Die Kommunistische Fraueninternationale

Monatschrift

Herausgegeben im Auftrag der Exekutive der Dritten Internationale und des internationalen kommunistischen Frauensekretariats in Moskau von Clara Zetkin

Januar 1923

Jahrgang 3 Heft 1

Preis 2000.— Mark

Verantwortlich für die Redaktion: Clara Zetkin, Sillenbuch.
Druck: Walther'sche Buchdruckerei, Komm.-Ges. - Stuttgart.

Inhaltsverzeichnis:

A) Artikel:

Zur Ruhrbesetzung. Von Clara Zetkin.
Die berufstätigen Frauen in den Gewerkschaften Sowjet-Rußlands. Von Sophie Smidowitsch, Moskau.
Der Friedensweltkongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

B) Berichte:

Aus der kommunistischen Frauenbewegung.

Gruß des Vierten Kommunistischen Weltkongresses an die Proletarierinnen, die Bäuerinnen Frankreichs!

Aus der bürgerlichen Frauenbewegung.

Die Weltkonferenz der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit im Haag.

C) Notizen:

Zur Annahme gelangte Resolutionen des Haager Weltfriedenskongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes.
Die abgelehnte Resolution der russischen Delegation zum Haager Weltfriedenskongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes.
Resolutionen und Beschlüsse der Haager Weltfriedenskonferenz, einberufen von der Frauenliga für Frieden und Freiheit.

Die Kommunistische Frauenintemationale

Heft 1 Monatschrift Januar 1923

Zur Ruhrbesetzung.

Krieg! Französische Truppen sind ins Ruhrgebiet einmarschiert, haben Essen und andere Zentren des deutschen Kohlenbergbaus und der Metallindustrie besetzt. Ein neuer Krieg mit seinen Furchtbarkeiten steht bevor! Und wir haben das Elend und die Verbrechen des letzten noch nicht überwunden! So und so ähnlich haben sicherlich Tausende von Frauen entsetzt ausgerufen, Hunderttausende Frauen schaudernd empfunden, gedacht, als die Zeitungen die verhängnisschwere Nachricht brachten, daß der französische Imperialismus am 11. Januar mit bewaffneter Faust nach dem Ruhrrevier gegriffen habe, dem Herzen der deutschen Industrie.

In dem Aufbäumen des Gefühls gegen das Geschehnis und eine seiner naheliegenden Folgen kommt instinktiv zum Ausdruck, was die Pflicht von Millionen sein müßte: der Kampf, der entschiedenste Kampf gegen den macht- und eroberungstollen französischen Imperialismus und seinen nicht um ein Haar besseren Bruder und Mitschuldigen, den deutschen Kapitalismus. Gewiß! Greifbar, herausfordernd tritt die Ruhrbesetzung als ein weltgeschichtliches Verbrechen des französischen Imperialismus wider das Volk der Arbeit in Deutschland, in Frankreich, in der ganzen Welt hervor. Eindeutig zeigt sie über die Gewalttat selbst hinaus das verbrecherische Wesen des Täters. Es ist und bleibt jedoch nicht minder wahr, daß der deutsche Kapitalismus als Mitverbrecher und als gleicher Natur wie der französische Imperialismus ebenfalls auf die Anklagebank gehört, ebenfalls niedergerungen werden muß. Er hat Poincaré das Einbruchstor in das Ruhrgebiet geöffnet, und seinem Profit, seiner Ausbeutungsherrschaft über das deutsche Proletariat zu Liebe wird er sich mit seinem Konkurrenten und Feind des Augenblicks vertragen, wird er sich mit all dem Unheil abfinden, das im Gefolge der Besetzung droht — inbegriffen ein Weltkrieg, die Herabstoßung Deutschlands zu einer Ausbeutungskolonie der Alliierten, und seine Zerstückelung.

Die Besetzung des Ruhrreviers ist eine Fortsetzung des Raubkriegs von 1914. Sie geht um ein Beutestück, für dessen Besitz der französische und der deutsche Imperialismus damals Millionen Werktätiger auf die Schlachtfelder kommandierten und viele Hunderttausende hüben und drüben erschlagen ließen. Oestlich des Rheins liegen die gewaltigsten Kohlenschätze des europäischen Festlandes, werden insbesondere Kohlen gefördert, die den besten Koks für die Erzverhüttung liefern. Westlich des Stroms befinden sich die riesigsten Erzreichtümer des Kontinents. Kohle und Erz sind die Urstoffe der modernen kapitalistischen Produktion.

Wer die Kommandogewalt über die französischen Erzlager und die deutsche Ruhrkohle besitzt, der ist der Herr der Wirtschaft Europas, der bestimmt offen oder hinter den Kulissen auch dessen Politik. Der Herrgott hatte offenbar bei der Schöpfung nicht vorausbedacht, daß der gemeinschaftlichen und gemeinnützigen Verwendung der gespendeten Schätze trennender als die Fluten des Rheins die politischen Grenzen zwischen bürgerlichen Staaten entgegenwirken würden, und die hinter den Grenzen lauernden Profitinteressen der nationalen Kapitalistenklassen. Der kleine Schöpfungsfehler ist für die großen Schlächtereien verantwortlich, in denen der französische und der deutsche Imperialismus darum rangen, wer von ihnen beiden die Oberherrschaft über Kohle und über Erz zusammen in seiner Hand halten solle. Er ist nun verantwortlich für die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, für den „Kohlenkrieg an der Ruhr".

Der Ausgang des imperialistischen Weltkriegs hat zur Folge, daß im Kampf um Kohle und Erz die Rollen heute vertauscht worden sind. 1914 stürzte sich der machtberauschte deutsche Imperialismus auf Frankreich, um ihm, getreu dem bekannten Gebot der sechs großen Wirtschaftsverbände, das gewaltige Erzbecken von Longwy und Briey zu entreißen und den deutschen Kohlenkönigen zu Füßen zu legen. 1923 ist der siegesgeschwollene französische Imperialismus über das am Boden liegende Deutschland hergefallen, um ihm, gehorsam dem Willen der organisierten Erz- und Hüttengewaltigen, die Kohle und den Koks des Ruhrreviers zu rauben. Gelingt der Streich, so wird die französische Schwerindustrie, der französische Imperialismus zum wirtschaftlichen und politischen Herrn Europas. Ein Teil der französischen Chauvinisten und Imperialisten verquickt mit diesem Hauptziel noch andere Pläne. Die Schaffung eines rheinischen „Pufferstaates" zwischen Frankreich und Deutschland, der unabhängig von diesem, durch Zollgrenzen und eigene Währung von ihm wirtschaftlich abgeschnürt, unter dem militärischen und politischen „Schutz" Frankreichs oder des Hampelmanns der Entente, des Völkerbunds gestellt werden und „einen neuen Einfall der teutonischen Horden" verhüten soll. Oder wohl auch über dieses Ziel hinausgehend die Herstellung eines klerikalen Donaustaatenbundes, dessen Bindeglied mit Frankreich und Belgien die „freie" Rheinische Republik sein werde.

Das imperialistische Völkermorden hat Frankreich mit der Zurückgewinnung Lothringens und seiner berühmten „Minette" den Besitz der größten Erzlager Europas, der zweitgrößten der Welt gebracht. Allein ihm mangelt Kohle und namentlich Koks zur Verhüttung, und seine Schwerindustrie steht nicht auf der Höhe kapitalistischer Entwicklung, um den Natursegen voll ausnutzen zu können. Erst die Vereinigung mit der deutschen Ruhrkohle und Ruhrindustrie gleicht das Manko aus. Es schien, daß eine solche auf „friedlichem Wege" durch einen französisch-deutschen Montantrust herbeigeführt werden würde. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", das Organ der deutschen Schwerindustriellen, hat ausgeplaudert, daß und warum die Gründung gescheitert ist. Schneider-Creuzot und die anderen französischen Erzherren forderten für sich 60 Prozent der Anteile und Profite, Stinnes und sein Wirtschafts-

geschwister aber bestanden auf Halbpart. Wegen 10 Prozent Ausbeutungsmacht und Profit beschworen die Herren diesseits und jenseits des Rheins die katastrophenschwangere Ruhrbesetzung herauf. Es ist, wie Karl Marx schrieb: mit der Höhe des Profits gibt es kein Verbrechen, dessen sich der Kapitalismus nicht schuldig machen würde. Und was ist der Profit? Geronnener Arbeiterschweiß, geronnenes Arbeiterblut, zerstörtes Arbeiterglück und Arbeiterleben. Der Kampf um Erz und Kohle geht in Wirklichkeit um das kapitalistische Shylockpfund Fleisch aus der Brust des deutschen und des französischen Proletariats.

In der Tat! Was anderes bedeutet Poincarés frecher Raubüberfall über Deutschland, als daß zusammen die Hungerpeitschen der deutschen Kapitalisten und die Bajonette der französischen Imperialisten zu Nutz und Frommen des Profits der Thyssen und de Wendel den Kohlengräbern des Ruhrreviers die letzte Minute Zeit, das letzte Fünkchen Kraft abpressen sollen. Da zwei gleich harte Herren ihren Vorteil aus der Arbeit der Unterjochten herausholen wollen, so muß deren stärkere Ausbeutung und Verknechtung die unvermeidliche Folge der Besetzung sein. Allein bei der ausschlaggebenden Bedeutung der Ruhrindustrie für die deutsche Wirtschaft wird das verschärfte Elend der rheinisch-westfälischen Grubenproletarier unaufhaltsam zum Schicksal der Arbeiter jeder Art in Deutschland. Das Elend macht auch keinen Halt an den Grenzpfählen. Dank der unzerreißbaren Zusammenhänge der kapitalistischen Wirtschaft ist Proletarierlos international. Wenn Herr Stinnes die Löhne „seiner" Belegschaft auf Darbeniveau herabdrückt, so wird auch Monsieur Schneider „seinen" Hüttensklaven den Brotkorb höher hängen. Zwingt de Wendel „seine" Arbeiter zu längerer Arbeitszeit, so kann auch Baron Krupp von Bohlen-Halbach „seinen" Werkshörigen den Achtstundentag fortdekretieren. Erst mit dieser internationalen Auswirkung ist das Ziel des kapitalistischen Drängens erreicht, das Erz und die deutsche Kohle unter organisierter Ausbeutungsmacht zu vereinigen. Von Deutschland und Frankreich aus wird die unheimlich steigende Elendsflut gegen das Proletariat der anderen kapitalistischen Länder heranstürmen.

Damit nicht genug. Die Besetzung des Ruhrgebiets trägt einen neuen Weltkrieg im Schoß. Die Schneider und de Wendel wie die Stinnes und Thyssen dürfen das Wesen, den Grund der Ruhrkrise nicht in seiner nackten kapitalistischen Ungeheuerlichkeit zeigen. Sie bedürfen wieder einmal des „Vaterlandes", um ihre gemeinen Profittriebe zu verhüllen. Als politische Geschäftsführer der Bourgeoisie wetteifern Poincaré und Cuno und ihre Nachgeordneten darin, im Namen des „Vaterlandes" die wildesten chauvinistischen Leidenschaften zu entfesseln und die verderbliche Stimmung der ersten Augusttage 1914 zu erzeugen. Doch in der durch die Ruhrbesetzung geschaffenen Situation kann aus dem frivolen Spiel sehr rasch furchtbarster Ernst werden, können leicht Gewehre „von selbst" losgehen und den Krieg „einschießen". In Deutschland fehlt es nicht an verzweifelten Wirrköpfen, die von einem Revanchekrieg die Erlösung von allem sozialen Uebel der Zeit erhoffen, fehlt es namentlich nicht an konspirierenden militaristisch-monarchistischen Gegenrevolutionären, die solche Stimmung auszubeuten gedenken, um die

bleichsüchtige bürgerliche Ebertrepublik abzutun und das Proletariat blutig niederzuwerfen. Frankreich hat seine lorbeerheischenden Offiziere und Boulevardkrieger, die von der völligen Vernichtung Deutschlands und der unumschränkten Herrschaft des französischen Imperialismus über den europäischen Kontinent träumen.

Ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland aber würde zwangsläufig zu einem neuen Weltkrieg werden, schreckens- und greuelreicher als der, von dessen Wüten noch Heere von Witwen, Waisen und Kriegskrüppeln zeugen, dessen Barbarei Wüsteneien und Ruinenhaufen dort künden, wo einst Stätten fleißiger Arbeit, hoher Kultur das Auge grüßten. Die weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Interessengegensätze zwischen den Kapitalistenklassen der verschiedenen Nationen haben Berge von Zündstoff für einen neuen imperialistischen Weltbrand zusammengehäuft. Ein Funke genügt, daß plötzlich die verschlingende Flamme hoch aufzüngelt. Das Auffliegen der Lausanner Konferenz zur Schlichtung des immer bedrohlicher sich entwickelnden Orientkonflikts redet Bände über die nahe Kriegsgefahr. Nun öffnet die Ruhrbesetzung der Kriegsfurie weit Tür und Tor. Schon gehen starke Gerüchte um, daß das weißgardistische Polen, der Vasall des französischen Imperialismus, rüstet. Es rüsten alle kapitalistischen Länder für den imperialistischen Zukunftskrieg, dessen Lasten- und Leidträger die Ausgebeuteten sein werden! In den Vereinigten Staaten verfügt die Regierung zu Edgewood über Anlagen der Rüstungsindustrie, wo in 218 Werkstätten täglich 66000 Gasbomben und Gasgranaten fabriziert werden. 1400 Tonnen furchtbarster Giftgase und 900000 Gasmasken sollen dort ihrer Verwendung harren. Einem englischen Ingenieur, so melden Fachblätter, ist es gelungen, ein Giftgas herzustellen, gegen das keine Gasmaske schützt, das sich rasch weit ausbreitet und Truppen wie Zivilbevölkerung unheilbar krank macht. Freue dich, kriegsbedrohte Menschheit, dieses „Triumphes der Wissenschaft", zu Ehren des grausamsten aller Götter: des macht- und profitgierenden Kapitals!

Es hieße Feigen von den Dornen und Trauben von den Disteln lesen wollen, wenn die Proletarier, die schaffenden Massen in Deutschland zu ihrem Schutz und ihrer Verteidigung gegen das heraufziehende zwiefache Ungewitter irgend etwas erwarten würden von der machthabenden Bourgeoisie der Ebertrepublik und der Regierung, die deren politische Geschäfte besorgt. Die deutsche Bourgeoisie hat die Situation heraufbeschworen, in der Poincarés skrupelloser Einbruch möglich wurde. Weil sie die demütige Unterwerfung unter die Entente dem Sieg der Revolution in Deutschland vorzog, weil sie die sich regenden revolutionären Kräfte des Proletariats mit dem Segen der Sozialdemokratie von Noske und seinen Spießgesellen im Blute ersticken ließ: mußte sie den Schmach- und Schwertfrieden zu Versailles annehmen, zu dem sie übrigens selbst in Brest-Litowsk das Vorbild geliefert hatte. Sie nahm ihn an, indem sie noch am Grabe ihres imperialistischen Größenwahnsinns die Hoffnung aufpflanzte, die Interessengegensätze zwischen den Alliierten würden sie vor der vollen Erfüllung des Friedensvertrags bewahren. Auch jetzt spielt die deutsche Bourgeoisie zum Teil mit der Illusion, Englands oder der Vereinigten Staaten Hilfe werde der

Ruhrbesetzung ein Ende machen. Sie hat die oberschlesische Lehre vergessen. Sicherlich! Weder der englische noch der amerikanische Imperialismus wünschen, daß ihr französischer Bruder seine Hegemonie über Deutschland und damit über das festländische Europa aufrichte. Aber doch nur, weil jeder von ihnen selbst nach dieser Hegemonie trachtet.

Soweit die Regierungen der deutschen Bourgeoisie — ob sie mit Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführern geschmückt waren oder nicht — „Erfüllungspolitik" getrieben haben, taten sie das auf Kosten der Arbeiter, Angestellten, kleinen und mittleren Beamten, Kleinbauern und Kleinbürger, kurz der breitesten schaffenden Massen. Die „ausgleichende soziale Gerechtigkeit der Besteuerung" hat im Reiche der „vollendeten Demokratie" die vollendetste Steuerdrückebergerei der Welt ermöglicht, ja geradezu gezüchtet und prämiert. Von den Einnahmen des Reichs an Einkommen-, Umsatz- und Kohlensteuer, an indirekten Steuern und Zöllen rühren mehr als 90 Prozent von den breiten werktätigen Massen her. Diese werden im buchstäblichen Sinne des Wortes durch Steuern „weißgeblutet". Der Opfersinn und die Vaterlandsliebe der Bourgeoisie machen vor ihren Geldschränken Halt. Wäre es anders, sie hätte mit Leichtigkeit das Zuwenig an Reparationskohle und Reparationsholz liefern können, das Poincaré den erwünschten Vorwand für seine Bandidentat bot. Und eines ist sicher. Während der Reichskanzler Cuno als politischer junger Mann der deutschen Bourgeoisie die Arbeiter und Angestellten der Gruben und Eisenbahnen zum passiven Widerstand gegen den erpresserischen französischen Imperialismus aufruft, Kohlenförderung und Kohlenlieferung für diesen verbrecherischen Gesellen verbieten läßt: schachern bereits „unoffiziell" die Vertrauensleute der deutschen Grubenherren mit den Vertretern der *französischen Hüttenbarone um den Preis ihrer Verständigung* zur gemeinsamen friedlich-schiedlichen Ausbeutung der Gruben- und Hüttenproletarier. Noch ehe daß die nationalistischen Hähne krähen, wird die deutsche Bourgeoisie das vielbesungene Vaterland dreimal verraten.

Den Proletariern Deutschlands steht nur ein Weg offen, um sich und die Ihrigen gegen Kriegswahnsinn und Notflut zu schützen. Der Weg des rücksichtslosesten Kampfes gegen den französischen Imperialismus und den deutschen Kapitalismus. So schwer, so gefahrenreich es ist, sie müssen den Kampf gegen die zwei feindlichen Fronten zugleich führen. Wider Poincaré und Cuno, wider Schneider und Stinnes muß ihr Feldgeschrei sein. Keine Arbeit unter dem Zwang französischer Bajonette, aber auch keine Arbeit für deutsche Ausbeuter unter Bedingungen, bei denen Leib und Seele verdirbt. Nein und tausendmal nein! Gerade weil es um Deutschlands Gegenwart und Zukunft geht, gerade weil das „Vaterland" in Gefahr ist, das heute die Beute der Besitzenden und Ausbeutenden ist und morgen durch die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zum Erbteil aller Schaffenden werden muß: dürfen die ausgewucherten und zertretenen Massen nicht in die sogenannte „nationale Einheitsfront" der Bourgeoisie eingehen. In proletarischer Einheitsfront, in stolzer, zielklarer Selbständigkeit müssen sie ihr kämpfend entgegentreten, wenn sie des französischen Imperialismus Herr werden wollen. Denn nur wenn sie den einheimischen

Todfeind in die Knie zwingen, wird es ihnen gelingen, den ausländischen Todfeind aus dem Lande zu treiben. Nichts was auf eine unmittelbare Begönnerung, auf ein duldsames Abfinden mit dem französischen Imperialismus hinausläuft. Jedoch ebenso wenig ein Beugen und Ducken unter die Fuchtel des deutschen Kapitalismus.

Schärfster proletarischer Klassenkampf allein ist die Rettung. Sein nächstes Ziel? Der Sturz der Regierung Cuno; die Verhinderung jeder bürgerlichen Regierung, auch wenn sie sich sozialdemokratischer Mitglieder oder sozialdemokratischer Unterstützung erfreut; die Aufrichtung einer Arbeiterregierung. Nur eine Arbeiterregierung, die sich auf die organisierten Massen der Werktätigen außerhalb des Parlaments stützt, wird zusammen mit der nötigen Respektlosigkeit vor dem bürgerlichen ausbeutenden Eigentum auch die erforderliche Kraft besitzen, um die kapitalistischen Sachwerte zu erfassen, um die Reichen und Sehrreichen durch Zwangsanleihen aus Nutznießern des Versailler Friedens in seine Erfüller und Zechzahler zu verwandeln. Gewiß! Einer Arbeiterregierung wird der erdrückende Pakt zwischen der deutschen Bourgeoisie und den alliierten Kapitalistenklassen kein heiliges Rührmichnichtan sein. Allein angesichts der gegebenen Situation wird sie dem gleichen Zwange unterstehen, der die russische Revolutionsregierung belastete: eine „Atempause" erkaufen zu müssen. Der Versailler Vertrag kann nur durch die robusten Fäuste der revolutionären Proletarier Frankreichs und Deutschlands zerrissen werden. Jedoch bis zu diesem ersehnten Augenblick kann die Arbeiterregierung bestimmen und mit eiserner Konsequenz durchsetzen, daß die Kriegs- und Friedensgewinnler zahlen.

In dieser schweren Stunde, wo die Generaloffensive der Weltbourgeoisie gegen das Proletariat in dem Ruhreinbruch ihren schärfsten Ausdruck findet, wo Riesenkatastrophen der Völkerverelendung und der Völkervernichtung drohen, würden die Steine von der brennenden Dringlichkeit der proletarischen Einheitsfront reden, wenn die Menschen von ihr schwiegen. National und international. Was aber tun die reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführer? In Deutschland wie in den Ententestaaten erneuern sie die Schmach des imperialistischen Weltkriegs. Während die Bourgeoisie schmutz- und bluttriefend vor ihr steht, goldfiebernd bereit zu neuen, unerhörten Verbrechen, schließen sich die Wels, wie die Vandervelde und Blum mit den Kapitalisten ihres Landes burgfriedlich in „heiliger Einheit" zusammen. Wieder führen sie die Ausgebeuteten und Beherrschten in die „nationale Einheitsfront" mit ihren Ausbeutern und Herren. Für die von den Kommunisten, von wachsenden Massen geforderte proletarische Einheitsfront haben sie nur Schmähungen. Wie während des Raubkriegs das Gerede von dem „demokratischen Frieden" so soll nun das Geseire von der „gerechten und billigen Verständigung über die Reparationen" die Massen einlullen. Wobei die reformistischen Handlanger der Bourgeoisie klüglich die entscheidende Frage im dunklen lassen, wer die Kosten dieser Verständigung tragen soll.

Wohl säuseln in den Ententestaaten die Vandervelde und Cie eine platonische Verurteilung der Ruhrbesetzung, gleichzeitig beschwören sie mit Donnerhall die Heiligkeit der „Reparationen", d. h. der heuchlerisch verschleierten Kriegskosten. Vor allem aber hüten sie sich, die Proletarier,

alle vom Großkapital Ausgebeuteten und Bewucherten zum Kampf wider die Bourgeoisie, den Imperialismus ihres Landes aufzurufen. In Deutschland bekreuzigen sich die Scheidemann, Müller und Hilferding vor dem Nationalismus der Hitler und Konsorten, fluchen sie dem Prozentpatriotismus des Kohlensyndikats, das das bettelarme Reich brandschatzte, indem es sich die 25 oder 42 Milliarden der schuldigen Kohlensteuer stunden ließ, wozu — es darf nicht vergessen werden — der sozialdemokratische Wirtschaftsminister Schmidt Ja und Amen gesagt hat. Aber gleichzeitig legen sie die Arme liebevoll schützend um die Cunoregierung, die doch nationalistische Stimmungen bewußt anbläst und erhitzt und die Orgeschbanden begönnert. Und gleichzeitig stellen sie sich in Reih und Glied mit den pfälzischen Anilinpatrioten, die gegen gute Barzahlung in französischen Franken wichtigste Patente der chemischen Ammoniakproduktion — die so bedeutsam für die Herstellung von Giftgasen ist — an den siegreichen „Erbfeind" im Westen verschachert haben, marschieren sie wieder Schulter an Schulter mit allen Helfferichs, die sie von Zeit zu Zeit auf der parlamentarischen Bühne unter Theaterdonner zur Beruhigung des proletarischen Publikums als „Kriegshetzer" und „Kriegsverbrecher" stäupen. Die Zweite Internationale, die sich nur langsam und schwach von ihrem schmachvollen Bankrott auf den Schlachtfeldern des Weltkriegs zu erholen begann, ist vor den Gruben der Stinnes, Thyssen und Glöckner und den Erzwerken der Schneider und de Wendel ein zweites Mal ehrlos zusammengebrochen.

Jedennoch! Trotz ihres Versagens, ja entgegen ihrem Widerstand entsteht im Kampfe wider die Ruhrbesetzung die proletarische Einheitsfront. Im Zentrum der Gefahr und des Ringens haben sich Betriebsräte der Zechen, der Schwerindustrie ohne Unterschied der Partei, der Gewerkschaftsrichtung, des religiösen Bekenntnisses zusammen gefunden. Kommunisten, Sozialdemokraten, Unabhängige, Parteilose, Hirsch-Dunkersche, Christliche, setzten nach eingehender Beratung der Situation einen Rheinisch-Westfälischen Betriebsräteausschuß ein, der mit bestimmten proletarischen Forderungen den einheitlichen, geschlossenen Zweifrontenkampf führt gegen Cuno und Poincaré, gegen den französischen Chauvinismus und den deutschen Nationalismus, gegen den gewalttätigen ausbeutenden Kapitalismus, der ein- und derselbe ist diesseits und jenseits des Rheins. Er wirkt zusammen mit dem Reichsausschuß der Betriebsräte für ganz Deutschland, und brüderlich geeint mit den proletarischen Massen deren junge, verheißungsvolle Kampforgane diese beiden Ausschüsse sind, steht die Kommunistische Partei, stehen die Roten Gewerkschaften.

Der Kampf gegen die Ruhrbesetzung hat die proletarische Einheitsfront über die Grenzen hinweg geschlossen. Die Kommunistische Partei und die revoluttionären Gewerkschaften Frankreichs haben das von ihren Vertretern auf der Internationalen Konferenz zu Essen in den ersten Tagen des Januar gegebene Versprechen aktiver revolutionärer Solidarität treulich eingelöst. Mit glänzendem Mut und Ungestüm haben sie sich zusammen mit den deutschen Proletariern Poincarés machtgieriger Ruhrpolitik entgegengeworfen. Ungeschreckt, befeuert dadurch, daß Cachin und Monmousseau, daß andere ihrer besten Führer für die bekundete

internationale revolutionäre Treue ins Gefängnis wanderten, daß die bürgerliche Presse sie bespeit, daß der Bourgeoisstaat seine Gewaltmittel rücksichtslos gegen sie gebraucht. Im Kampfe gegen den beutehungrigen Imperialismus sind würdige Nachfahren der ruhmreichen Pariser Kommunarden erstanden, die die Vendômesäule niederbrachen, das Symbol kriegerischer Völkerunterjochung. Der tapfere, zähe Kampf der französischen Kommunisten, der revolutionären Gewerkschaften, der kommunistischen Jugend Frankreichs ist die stärkste Stütze für das Zweifrontenringen der klassenbewußten deutschen Arbeiter. Die Kommunisten und Roten Gewerkschaften der Tschechoslowakei riefen ebenfalls von der ersten Stunde an die werktätigen Massen zur Solidarität mit ihren deutschen Brüdern auf, und in allen anderen kapitalistischen Ländern geschieht das Gleiche. Nur ein einziger Staat hat gegen Poincarés Schwertpolitik schärfsten Einspruch erhoben: die Arbeiter- und Bauernrepublik Sowjet-Rußland. Gewaltigste Massendemonstrationen bezeugen jeden Tag, daß hier das Proletariat in seiner Gesamtheit einheitlich und geschlossen den Kampf deutscher Brüder und Schwestern als seine eigene Sache wertet und zu jeder Hilfe, jeder Unterstützung bereit ist.

Die Kommunistinnen aller Länder sind sich klar darüber, was angesichts der Ruhrbesetzung das heilige Gebot der Stunde für sie ist. Ueberall, ganz besonders aber in Deutschland und Frankreich, wo jetzt in Folge der Ruhrbesetzung die großen Schlachten gegen Imperialismus und Kapitalismus geschlagen werden, stellen sich unsere Genossinnen in die vordersten Reihen der proletarischen Einheitsfront. Keine Aktion, kein Kampf ohne entschlossenste, freudigste Mitwirkung der Kommunistinnen. Und noch ein anderes wird ihre Aufgabe und ihre Ehre sein. Den Kampf in vollem Maße zu nützen für die Aufrüttelung der breitesten Massen schaffender Frauen und ihre Eingliederung in die proletarische Einheitsfront. Angesichts des Kohlenkriegs an der Ruhr, seiner verheerenden Folgen, seiner drohenden Gefahren werden ungezählte Frauenherzen unter den eingangs angeführten Gedanken erbeben. An den Kommunistinnen ist es, den gärenden, fragenden Gefühlen und Gedanken Richtung und Antwort zu geben, sie zu klären zu der Erkenntnis: Auch über unser Los würfeln die Diplomaten und Landsknechte der Weltbourgeoisie. Auf zum Kampf!

Jawohl! Mehr denn je, entschlossener denn je auf zum Kampf in proletarischer Einheitsfront! Hinter der proletarischen Auseinandersetzung mit dem kapitalistischen Feilschen, Schachern und Morden von Heute um die Herrschaft über die Ruhrkohle und das französische Erz steht der Kampf für die Zeit, wo die vereinigten Sowjetrepubliken Europas die Frage der gemeinschaftlichen Verwaltung und Nutznießung von Erz und Kohle im Geiste brüderlicher Solidarität lösen. Hinter dem Ringen für Sachwerterfassung und Zwangsanleihe zur Deckung der Kriegskosten und Wiedergutmachung von Kriegsschäden steht der Kampf für die wirtschaftliche und politische Expropriation der Bourgeoisie. Hinter dem Vorwärts für die Arbeiterregierung steht der Kampf für die proletarische Diktatur.

Clara Zetkin.

Die berufstätigen Frauen in den Gewerkschaften Sowjet-Rußlands.

Wie in den kapitalistischen Ländern so ist auch bei uns die Entwicklung der gewerkschaftlichen Frauenorganisation aufs engste mit der Entwicklung der modernen Fabrikindustrie und ihren Folgen verknüpft. Jedoch sie weist trotzdem manche besonderen Charakterzüge auf, und es ist das politische Leben der Arbeiterklasse, von dem sie geprägt worden sind. Mit der Aufrichtung der proletarischen Diktatur treten sie hervor, entwickeln sie sich.

Im zaristischen Rußland wirkten zur Verwandlung der Proletarierinnen in Lohnarbeiterinnen, zur Berufstätigkeit der Frauen die gleichen Kräfte zusammen, die diese überall aus der alten Hauswirtschaft in die soziale Wirtschaft führten: Die technischen Fortschritte der Industrie, des Handels und Verkehrs, die nach billigen Arbeitskräften verlangende Profitgier der Kapitalisten, die Not, die Klassenlage des Proletariats, die die auch in bürgerliche Schichten übergriff. Während des imperialistischen Raubkriegs nahm auch bei uns die berufliche Frauenarbeit aus den bekannten Gründen stark zu. All das mit den gleichfalls bekannten Folgen für die Männer: Lohn- und Gehaltssenkung, Verschlechterung der Arbeitsbedingungen überhaupt, Verdrängung aus der Brotstelle. In den verschiedenen Etappen der revolutionären Bewegung und von den verschiedenen revolutionären Parteien und Organisationen wurde versucht, auch die Arbeiterinnen, die weiblichen Berufstätigen wachzurütteln und zu erfassen. Besonders geschah das von Seiten der russischen Sozialdemokratie und nach ihrer Spaltung von den Bolschewiki. Die erste Broschüre für die russischen Arbeiterinnen wurde von Genossin Lenin-Krupskaja verfaßt. Die gewerkschaftlichen Organisationen, die in jenen Jahren unter den größten Schwierigkeiten entstanden und um ihr Leben kämpfen mußten, strebten danach, auch die berufstätigen Frauen zu gewinnen. Die weitaus größte Mehrzahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten erblickte in ihnen jedoch nichts als gefährliche Schmutzkonkurrentinnen.

Nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat scheint das Bild der Entwicklung das alte, jedoch der Inhalt ist verändert. Militärische Notwendigkeiten zwingen nach wie vor, in steigendem Maße die Frauen in die Industrie, in die gesamte soziale Wirtschaft einzureihen. Die Männer, die an den Fronten kämpfen, müssen am Webstuhl, an der Maschine, im Büro, in den Verwaltungen ersetzt werden. Es ist nötig, der schwachen und zerrütteten Wirtschaft die höchstmöglichen Leistungen abzuringen, um die Rote Armee zu rüsten und zu nähren. Allein all das geschieht nicht mehr in einem imperialistischen Eroberungskrieg unter kapitalistischer Peitsche. Krieg und Bürgerkrieg sind Notwehr zur Verteidigung Sowjet-Rußlands, das die kapitalistischen Unternehmer expropriiert hat. Die Frauen strömen in die Fabriken und Verwaltungen, um mit der Freiheit des ersten Arbeiter- und Bauernstaats ihre eigene Freiheit zu schützen. Die revolutionäre Sowjetregierung und ihre Organe rufen sie in die soziale Wirtschaft in der klaren, propagierten Erkenntnis, daß die Berufstätigkeit der Frau einem höheren

Zwecke dient, als demjenigen, geduldete „Nothelferinnen" zu finden, die später bei Seite gestoßen werden. Die Eingliederung der Frau in die soziale Wirtschaft wird gewertet als feste Grundlage für die volle soziale und menschliche Befreiung des Weibes, als Faktor größeren gesellschaftlichen Reichtums. Die Arbeiterin empfängt für gleiche Leistung gleichen Lohn wie der Mann. Sie wird geschätzt als Mitkämpferin wider die Gegenwartsnot, als Mitarbeiterin höheren sozialen Lebens.

Die Bemühungen zur gewerkschaftlichen Organisierung und Schulung der weiblichen Berufstätigen erhalten damit neue, starke Antriebe und gesteigerten Schwung. Aber bedurfte es denn dessen, um die Arbeiterinnen, die berufstätigen Frauen gewerkschaftlich zusammenzuschließen? Die Gewerkschaften waren doch in Sowjet-Rußland eine zeitlang staatliche Zwangsorganisationen, jeder Arbeitende, ob Mann ob Frau, ob Hand- oder Kopfarbeiter, mußte gewerkschaftlich organisiert sein. Das stimmt wohl, schloß aber das eifrigste Wirken zur Aufklärung und Schulung der Arbeiterinnen, der weiblichen Berufstätigen nicht aus, sondern umgekehrt, feuerte dazu an. Die gewerkschaftlich organisierten Frauen jeden Betriebs sollten innerlich erfaßt, sollten vom Geist des Kommunismus erfüllt werden. Sie sollten lernen, welche Bedeutung ihrer Berufspflicht und ihrer Organisation zukam, sowohl für das Fortschreiten der Gesellschaft zu neuen, besseren Lebensformen, wie auch damit für ihr eigenes Wohl, für ihre volle Befreiung. Sowjet-Rußlands Gewerkschaftsbewegung steht ja in innigster Verbindung mit der Kommunistischen Partei und empfängt von ihr die stärksten Anregungen, die tatkräftigste Förderung. So ist es selbstverständlich, daß auch die Tätigkeit zur geistigen Erweckung und Schulung der gewerkschaftlich organisierten Frauen von Anfang an kommunistisch orientiert war. Das hat reiche Früchte getragen. Als an die Stelle der obligatorischen die freie Gewerkschaftsorganisation trat, sind in manchen Betrieben sämtliche Arbeiterinnen und weibliche Angestellten freiwillig Mitglieder geworden.

Es liegt auf der Hand, daß dieses Ergebnis nur erzielt werden konnte, weil die Gewerkschaften der Organisierung und Schulung der Arbeiterinnen große Bedeutung beilegen und fortgesetzte Aufmerksamkeit schenken. Zum ersten Mal wurde die Frage der Arbeit unter den gewerkschaftlich organisierten Frauen auf dem III. Allrussischen Gewerkschaftskongreß 1920 erörtert. Die dazu angenommene Resolution betonte die Rückständigkeit der weiblichen Berufstätigen und lenkte die Aufmerksamkeit der Gewerkschaften auf die Notwendigkeit, Einrichtungen zu schaffen, die geeignet sind, diese Rückständigkeit zu überwinden. Sie forderte die Heranziehung der Frauen sowohl zu der Verbandsleitung und den Betriebsausschüssen, ebenso wie zu den Organen der Industrieverwaltung; ferner die Hebung des kulturellen Niveaus der Frau und ihrer beruflichen Leistungstüchtigkeit, zugleich aber auch die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen. Die Resolution schlug vor, daß für die gesamte Arbeit unter den berufstätigen Frauen keine besonderen Sektionen oder Sekretariate gegründet werden, sondern daß sie erfolgen solle in Verständigung und Gemeinschaft mit den Frauenabteilungen der Parteikomitees. Der Allrussische Zentralrat der Gewerkschaften erklärte, entsprechende

Organisationsformen schaffen zu wollen. Von diesem Augenblick an begann ein mehr oder weniger planmäßiges Wirken unter den weiblichen Berufstätigen, diese mit Hilfe besonderer Methoden aufzuklären und zu schulen. Die Gewerkschaften hatten diese Methoden den Frauenabteilungen der kommunistischen Partei zu verdanken, wie auch unsere organisierten Genossinnen in der Sache eifrigst tätig waren.

Auf dem IV. Allrussischen Gewerkschaftskongreß 1921 wurde die Tätigkeit unter den berufstätigen Frauen als eine wichtigste Tagesaufgabe bezeichnet. Der Kongreß erklärte: „In der Wirtschaft mit der gleichen Arbeit beschäftigt wie die Männer, können und sollen die Frauen auch im Verbande die gleichen Funktionen wie die Männer übernehmen." In Bestätigung der Resolution des Kongresses vom Vorjahre wurde beschlossen, für die Heranziehung der Frauen zu Konferenzen, Sitzungen und allen Arten der Arbeit in den Gewerkschaften mit noch größerem Nachdruck als bisher zu wirken. Das Wirken zur Schulung der Arbeiterinnen erfuhr in der Folge eine Erweiterung und Vertiefung. Der Allrussische Zentralrat der Gewerkschaften machte es in einem Rundschreiben und einer Instruktion für das Zentral-Komitee und den Gouvernementsrat der Gewerkschaften zur Pflicht, die Arbeit unter dem weiblichen Proletariat eifriger als seither zu betreiben und stellte obligatorische Formen für die Schulung der Frauen auf. Danach sollen die Fraktionen der Gewerkschaftsräte, das Zentralkomitee der Gewerkschaften und Gouvernementsabteilungen gemeinsam mit den Frauenabteilungen der Kommunistischen Partei besondere Organisatorinnen ernennen, die in das Präsidium der Gewerkschaftsräte und in die Leitung der Gouvernementsabteilungen mit beratender Stimme eintreten, und ebenso in das Kollegium der Frauenabteilung, damit alle diese Körperschaften in engster Verbindung miteinander einheitlich arbeiten.

Die Stellungnahme der Allrussischen Gewerkschaftskongresse hat unstreitig viel dazu beigetragen, daß die Arbeit zur gewerkschaftlichen Organisierung der Arbeiterinnen, der berufstätigen Frauen und zur Schulung der weiblichen Organisierten planmäßig betrieben wird. Das aber im Zusammenwirken mit den verschiedensten Körperschaften, die dafür in Betracht kommen, wie auch mit den Frauenabteilungen der Kommunistischen Partei. Die entfaltete Tätigkeit führt den Gewerkschaften sowohl die berufstätigen Frauen zu, als sie auch eine größere Zahl dieser vorbereitet und ausrüstet, aus nur zahlenden, tätige Mitglieder zu werden und ihrerseits wichtige gewerkschaftliche Vertrauensposten bekleiden zu können. Leider liegen uns aus jüngster Zeit keine Angaben über die Zahl der berufstätigen Frauen vor. Wir können daher nicht feststellen, in welchem Verhältnis sie organisiert sind. Dagegen ist die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder genau bekannt. Nach der Gewerkschaftsstatistik von 22 Verbänden betrug die Zahl der organisierten Frauen am 1. Oktober 1922 1 303 902 bei einem Gesamtmitgliederstand von 4 483 095. Die Frauen machten also 29 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder aus. Die Zahl der in den Gewerkschaften organisierten Frauen und ihr prozentuales Verhältnis zur Gesamtzahl der Verbandsmitglieder stellt sich wie folgt:

Verband der Arbeiter und Angestellten	Verhältnis der Frauen zur Gesamtmitgliederzahl	Absolute Zahl der organisiert. Frauen
Land- und Forstwirtschaft	23,7	67 016
Bergindustrie	15,8	35 962
Holzindustrie	14,8	12 109
Lederindustrie	20,4	15 744
Metallindustrie	16,2	68 299
Buchdruckergewerbe	23,5	14 444
Nahrungsmittelindustrie	25,8	47 123
Papierindustrie	29,7	6 108
Zuckerindustrie	5,4	1 677
Bauindustrie	12,5	12 766
Textilindustrie	57,7	230 670
Chemische Industrie	28,4	35 116
Schneidergewerbe	69,9	34 487
Volksaufklärung (Lehrer etc.)	59,4	263 621
Sowjetämter (Verwaltung)	25,9	122 487
Volksernährung (Verwaltung)	52,5	20 087
Kommunaldienst	21,9	27 389
Transportwesen	12,5	12 737
Schifferei	10,3	12 530
Arzt- und Sanitätswesen	56,2	167 160
Eisenbahnen	9,1	65 021
Sonstiger Verkehr	29,6	31 349
		1 303 902

Es gibt in Sowjet-Rußland keine einzige Nur-Frauengewerkschaft, aber es gibt auch keine einzige Gewerkschaft, die Frauen nicht als Mitglieder aufnimmt. Es ist Grundsatz, daß die Berufsorganisation alle Arbeitenden, die Angestellten, Techniker usw. inbegriffen, ohne Unterschied des Geschlechts aufnimmt. Die Gewerkschaften bemühen sich ernstlich, wie bereits erwähnt, die Aktivität ihrer weiblichen Mitglieder zu entwickeln und zu steigern. Der Erfolg kommt in den Zahlen der Frauen zum Ausdruck, die Betriebsausschüssen und leitenden Körperschaften angehören und an gewerkschaftlichen Tagungen teilnehmen. In verschiedenen Zentralkomitees der Gewerkschaften sitzen augenblicklich 18 Frauen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder in 24 Gouvernementsräten der Gewerkschaften betrug im April 1922 64. 79 Frauen sind in 7 Gouvernements Mitglieder der Gouvernements-Verwaltungsabteilungen.

An den Allrussischen Kongressen und den Sitzungen der Gewerkschaftsabteilungen nahmen 86 Frauen als Mitglieder solcher Abteilungen teil. Die Zahl der weiblichen Delegierten betrug auf dem IV. Allrussischen Gewerkschaftskongreß 1921 nicht weniger als 12, d. h. 2,4 Prozent der Gesamtzahl. An dem V. Allrussischen Kongreß 1922 nahmen 45 Frauen teil, d. i. 5 Prozent. Die Zahl der weiblichen Mitglieder von Betriebsausschüssen, der Ortskomitees und Arbeiterkomitees betrug für 9 Gouvernements 692. Sie verteilen sich also:

Rybinsk	20	Mitglieder
Brjansk	41	"
Tambow	303	"
Samara	129	"
Woronesch	20	"
Noworossijsk	16	"
Krim	40	"
Rostow am Don	42	"
Moskau (für zwei Verbände)	50	"

In Petersburg stellen in der Textilindustrie die Frauen 43,7 Prozent der gesamten Betriebsräte. In Moskau sind im Verband der Textilarbeiter 30 Prozent der Mitglieder der Betriebsausschüsse Frauen; im Schneiderverband 44 Prozent, im Verband der Arbeiter und Angestellten der Volksernährung 31 Prozent.

Entsprechend dem Beschlusse des IV. Allrussischen Gewerkschaftskongresses und den Ausführungsbestimmungen des Allrussischen Gewerkschaftsrats, auf deren Bedeutung weiter oben verwiesen wurde, gibt es weder ein besonderes Frauensekretariat der Gewerkschaften, noch besondere Orts- und Bezirksausschüsse der Arbeiterinnen bezw. weiblichen Berufstätigen. Der dem Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften angehörende Organisator oder die Organisatorin der berufstätigen Frauen tritt mit beratender Stimme in das Büro der Fraktionen und in das Kollegium der zentralen Frauenabteilung der Kommunistischen Partei ein. Die Zentralkomitees der Verbände stellen Organisatorinnen an, wenn ihrer Gewerkschaft eine erhebliche Zahl Arbeiterinnen, weibliche Angestellte, Beamtinnen usw. angehören. Im September. 1922 hatten 16 Zentralkomitees von Verbänden besondere Organisatoren, oder Organisatorinnen, die mit der Arbeit unter den Frauen betraut sind. Die Verbände der Schneider und Sowjetangestellten, die sehr viele weibliche Mitglieder haben, schicken keine solchen Beauftragten in das Zentralkomitee. Statt dessen entsenden sie ihre Vertreter zu den periodisch stattfindenden Tagungen der Organisatoren des Allrussischen Zentralrats, der Gewerkschaften und des Zentralausschusses der kommunistischen Frauenabteilungen.

Für 75 Gouvernements, Gebiete und Republiken liegen Auskünfte vor über die Arbeit unter den Frauen in den Gewerkschaften. In 65 davon sind bei den Gewerkschaftsräten besondere Organisatoren bezw. Organisatorinnen tätig. Bei den übrigen wird die Verbindung mit den Gewerkschaften durch die Tätigkeit der kommunistischen Frauenabteilungen hergestellt oder durch gegenseitige Vertretung bei den Sitzungen oder auch dadurch, daß für die gewerkschaftliche Arbeit in den kommunistischen Frauenabteilungen eine Organisatorin oder ein Organisator angestellt wird. Wo in den Gewerkschaftsorganen solche Beauftragte vorhanden sind, finden wir sie auch in den Gouvernementsabteilungen. Man zählte z. B. Gewerkschaftsorganisatoren im Gouvernement Moskau 6, Kostroma 8, Kaluga 9, Astrachan 9, Baku 9, Simferopol 7, zusammen in diesen 6 Gouvernements 53. Außer den besonderen Organisatoren der Gewerkschaften gibt es für jeden Betrieb einen Organisator oder eine Organisatorin für die Arbeit unter den Frauen. Diese Betriebsorganisatoren werden von der kommunistischen Zelle eines jeden Betriebs aufgestellt.

Das Organ der Frauenabteilung der Kommunistischen Partei: „Die Kommunistin", behandelt zur Schulung der Genossinnen und der organisierten Frauen in einem besonderen Teil Gewerkschaftsfragen. Fragen der Theorie und der Praxis werden hier erörtert, die grundlegenden Momente der Gewerkschaftsbewegung und des russischen Wirtschaftslebens in helle Beleuchtung gerückt, sowie die Aufgaben der berufstätigen Frauen. Selbstverständlich verfolgt die Zeitschrift auch mit

Aufmerksamkeit den Stand und die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisierung der weiblichen Berufstätigen im Auslande. Das Organ des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, das Tageblatt „Trud" bringt im allgemeinen Teil Artikel, die die Arbeit und Lebensbedingungen der berufstätigen Frauen behandeln. Besondere „Frauenspalten" haben von den periodisch erscheinenden Gewerkschaftsblättern: Das Verbandsorgan der Buchdrucker und das der Gerber. In der Wochenschrift des Textilarbeiterverbandes erscheinen Artikel über die Frauenarbeit und Frauenfragen im allgemeinen Teil. „Gudok", das Organ des Eisenbahnerverbandes, veröffentlicht Beiträge über das Leben der Arbeiterinnen.

Zur Aufklärung und Schulung der berufstätigen Frauen sind folgende Schriften herausgegeben worden: „Schutz der Frauenarbeit" von Kaplun, „Sammlung der Verordnungen und Vorschriften, betreffend die Heranziehung der Frau zu allen Arten der Aufbauarbeit, sowie den Schutz der weiblichen Arbeitskraft in der Produktion", Sammelschrift: „Die Gewerkschaften und die Arbeiterin", „Materialsammlung über den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit der Frauen", „Wegweiser für Mutter- und Säuglingsschutz", Material von der ersten Konferenz für Mutter- und Säuglingsschutz; „Die Arbeitspflicht und die Aufgaben der Arbeiterin und Bäuerin", eine Zusammenstellung von Artikeln und Dekreten über den Schutz der Arbeit bei Einführung der Arbeitspflicht.

Besondere Kurse zur Aufklärung und Schulung der arbeitenden Frauenmassen sind nicht errichtet worden. Dem Ziel sollen die allgemeinen Berufs- und Fachschulen dienen, ferner die Sowjet- und Parteischulen und die Arbeiter-Fakultäten, von denen manche für die Universitäten vorbereiten. Damit die berufstätigen Frauen in möglichst großer Zahl an den Arbeiter-Fakultäten lernen können, bestimmt eine besondere Verordnung, daß obligatorisch mindestens 10 Prozent der Plätze Frauen zugewiesen werden. Im welchem Umfange Arbeiterinnen, Angestellte usw. die vorhandene Bildungsmöglichkeit ausnützen, lassen diese Zahlen erkennen: 58 Arbeiter-Fakultäten und ähnliche Anstalten werden zusammen von 14212 Personen besucht, davon waren 10258 Männer und 3683 Frauen.

Zur Hebung der berufstechnischen Ausbildung der Frauen hat der Hauptausschuß für Berufsbildung am 8. März 1922 empfohlen, in alle vorhandenen berufstechnischen Schulen Männer und Frauen nach dem Verhältnis ihrer Verwendung in der betreffenden Industrie zu entsenden. Für das Tambowsche Gouvernement wurde eine Verfügung erlassen, daß obligatorisch mindestens 20 Prozent der Plätze in allen Lehranstalten mit berufstätigen Frauen besetzt werden müssen.

Um das kulturelle Niveau und die politische Bildung der Arbeiterinnen, der weiblichen Angestellten usw. zu heben, wie auch ihre Betätigung zu wecken, ihre Aktivität zu steigern, veranstalten die Gewerkschaften Sonderversammlungen der Arbeiterinnen in den Betrieben, wo die Tagesfragen des gewerkschaftlichen und öffentlichen Lebens behandelt werden. Die Betriebsversammlungen bilden die Vorbereitung für die allgemeinen Versammlungen und für Konferenzen, die von den Gewerkschaften einberufen werden. Die Gewerkschaften organisieren ferner Sonderkonferenzen der berufstätigen Frauen, teils von einzelnen Ver-

bänden, teils von mehreren Verbänden zusammen. Besondere Bedeutung als Schulungsmittel kommt ferner der Heranziehung von Arbeiterinnendelegierten in der Eigenschaft von Hospitantinnen zur Arbeit in den Betriebskomitees zu. Ebenso der Heranziehung der berufstätigen Frauen zu den Sitzungen der Betriebskomitees und den erweiterten Vollsitzungen der Verbandsleitungen. Schließlich wirken die Gewerkschaften darauf hin, daß die Arbeiterinnen und Angestellten den Vereinigungen zum Studium der Gewerkschaftsbewegung beitreten, wie an jeder Aufklärungsarbeit teilnehmen, die die Gewerkschaften vermittels ihrer „Kulturabteilungen" leisten.

Die Bemühungen der Gewerkschaften, die berufstätigen Frauen zu bilden, fallen auf fruchtbaren Boden. Im Jekaterinenburger Gouvernement wurden seit 1921 von den Arbeiterinnen 3110 Berichte über gewerkschaftliche Fragen ausgearbeitet. Innerhalb dreier Monate wurden in 14 Gouvernements Arbeiterinnenkonferenzen von einzelnen und vereinigten Verbänden abgehalten. In Petersburg war 1922 trotz der Abnahme der Arbeiterinnen die Zahl der in die Betriebskomitees gewählten Frauen größer als bei den vorhergehenden Wahlen. So sind z. B. bei den Textilarbeitern von 78 Mitgliedern der Betriebsausschüsse 34 Frauen; bei den Gerbern arbeiten in sämtlichen 17 Betriebskomitees Frauen, dasselbe ist bei den Druckern und Metallarbeitern der Fall. Auf der vierten Gouvernementssitzung der Gewerkschaften befanden sich unter 190 Delegierten 33 Frauen.

In Moskau nimmt die Arbeit unter den berufstätigen Frauen seit März erfolgreichen Fortgang. Die Arbeiterinnenfrage wird auf Gewerkschaftskonferenzen diskutiert. Die Frauen nehmen an der Arbeit in den meisten Betriebsausschüssen regen Anteil. Auch in Rostow am Don geht die Arbeit rüstig weiter. Als Mitglieder von Betriebskomitees sind 65 Frauen tätig; als Mitglieder der Vorstände der Gouvernementsabteilungen 9; als Arbeitsinstruktorin wirkt 1; in den Bildungskommissionen arbeiten 40; bei der Kommission für Arbeitschutz 32; in der Arbeiter- und Bauerninspektion 39. In Samara nahmen an der Konferenz für die städtischen Angestellten 114 Frauen als Delegierte teil. Von 229 aktiven Gewerkschaftsmitgliedern in Tambow sind 67 Frauen; zu den Mitgliedern der Betriebsausschüsse daselbst stellen die Frauen 25 Prozent.

Es ist ein Bild frischen, reichen Lebens, das die vorstehenden trockenen Ziffern und Tatsachen künden. Es zeigt sich darin nicht nur die Gewissenhaftigkeit und der Eifer, womit die Gewerkschaften ihre Aufgabe unter den berufstätigen Frauen zu erfüllen trachten. Auch der Bildungshunger und die Bildungsfreudigkeit der Arbeiterinnen, der breiten Frauenmassen. Man denke, welche Mühe, welcher Fleiß, welche eiserne Energie es fordert, daß russische Proletarierinnen sich organisieren, aktivste gewerkschaftliche Arbeit leisten, oft an führender Stelle. Viele von ihnen, wenn nicht die meisten konnten bis vor kurzem nicht lesen und schreiben. Sowjet-Rußland bedarf für seinen Aufbau der großen geistigen und sittlichen Werte, die in der geschilderten Betätigung sich ausleben. Und daß diese Werte freudigst und mit zähem Willen sich durchsetzen, ist eine sichere Bürgschaft dafür, daß Sowjet-Rußlands Aufbau erfolgreich fortschreiten wird. Allen kapitalistischen Gewalten zum Trotz.

Sophie Smidowitsch, Moskau.

Der Friedensweltkongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Vom 10. bis 15. Dezember 1922 hat im Haag ein Friedensweltkongreß getagt, der von der reformistischen Arbeiterpresse und von bürgerlich pazifistischen Organen als eines der fruchtbarsten, weittragendsten Ereignisse über den grünen Klee gefeiert worden ist. Einberufen von der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale vereinigte er mit deren Vertretern die der beiden reformistischen politischen Internationalen, ferner auch die Delegierten zahlreicher nationaler und internationaler bürgerlich-pazifistischer Vereinigungen. Rund 600 Delegierte vertraten: 14 dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossene Landeszentralen; 19 internationale Berufssekretariate; 2 nicht angegliederte Landeszentralen; die Zweite Internationale und 7 ihr angehörende Organisationen; die Wiener Arbeitsgemeinschaft und 3 ihr angeschlossene Organisationen; den Internationalen Genossenschaftsbund und 3 ihm angegliederte Vereinigungen; den Internationalen Genossenschaftlichen Frauenausschuß und 1 mit ihm verbundene Vereinigung; die Arbeiter-Jugend-Internationale mit 4 angeschlossenen Organisationen; die Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen; den Internationalen Arbeiterinnenbund; die Vereinigung zum Kampfe gegen die Hungersnot und für den Wiederaufbau Europas; den englischen Nationalausschuß „Hände weg von Sowjet-Rußland"; die Vereinigung Sozialistischer Prediger in Holland; 14 internationale pazifistische und wesensverwandte Organisationen. Kurz der Kongreß versammelte die „Blüte" der reformistischen und bürgerlich pazifistischen Führerschaft. Nur ein wesensfremdes Element störte die von vornherein garantierte Harmonie: die 3 Vertreter des Zentralrats der russischen Gewerkschaften, der allein von allen unreinen kommunistischen Organisationen zum Kongreß geladen worden war. Offenbar aus Gründen höherer Weisheit, die bisher unbekannt geblieben sind, aber sicherlich in ihrer Auswirkung den Vätern dieser Diplomatie mehr als einmal den schmerzlichen Stoßseufzer entlockt haben: „Hätten wir doch nicht!"

Selbstverständlich war der Kongreß nach Beteiligung, Aufmachung und Verlauf ein großer äußerer Erfolg. Die sachkundige Regiekunst der erfahrenen reformistischen Kulissenschieber und Drahtzieher bewährte sich trefflichst. Alles lief und alle liefen wie am Schnürchen, mit Ausnahme natürlich der „vertraxten" Russen. Jedoch darauf war man vorbereitet, daß sie aus der sanftgeschwungenen reformistischen Reihe tanzen würden. Wozu denn gab es ein Präsidium? Das sorgte schon dafür, daß dem Reformismus das letzte Wort bliebe. Wenigstens auf dem Kongreß und zunächst. Der Reformismus lebt stets aus der Hand in den Mund. Er vergaß über den Kongreßerfolg des Tages, daß die proletarischen Massen außerhalb des „Zoologischen Gartens", dem Sitzungslokal, und die Geschichte das wirklich letzte entscheidende Wort sprechen werden. Der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Th. Leipart, jubelt in dem „Korrespondenzblatt" darüber, daß der Kongreß „eine große Demonstration für den Friedensgedanken gewesen ist." Das stimmt innerhalb gewisser Grenzen, zeigt

aber gleichzeitig die volle Schwäche und Unzulänglichkeit der Veranstaltung, und die falsche geschichtliche Einstellung ihrer Träger. In der gegebenen historischen Situation genügt nicht mehr die Demonstration für den Friedensgedanken. Sie heischt gebieterisch die Tat, den entschlossenen, kraftvollsten Kampf für den Frieden. Und aus dem Willen zum Kampf, an der planmäßigen Organisierung des Kampfes für den Frieden, den konkreten tatsächlichen Frieden und nicht bloß einen abstrakten blutleeren „Friedensgedanken" ist der Kongreß dem Proletariat alles schuldig geblieben. So betrachtet, verwandelt sich die große Demonstration für den Friedensgedanken in eine große Kapitulation vor der Kriegsbereitschaft der Bourgeoisie.

Der Haager Friedenskongreß der Reformisten sollte „Ersatz" sein für die an dem bösen Willen dieser Herren gescheiterte internationale proletarische Einheitsaktion, die die Kommunistische Internationale als Antwort auf die internationale Konferenz der Regierungen in Genua vorgeschlagen hatte. Sie sollte zu diesem Zweck das Werk des Internationalen Gewerkschaftsbundes und namentlich seines letzten Weltkongresses zu Rom weiterführen. Dieser hatte feierlich geschworen, „daß die organisierten Arbeiter die Pflicht haben, allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterbewegung zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenzuwirken, und den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamierung und Durchführung eines internationalen Generalstreiks zu verhindern." Seither hatte das Hin und Her zwischen der fortschreitenden Zerrüttung der kapitalistischen Weltwirtschaft und den brutal-zähen Versuchen der Bourgeoisie, sie auf Kosten gesteigerter Ausbeutung und Knechtschaft des Proletariats zu überwinden, die Kriegsgefahr und Kriegsdrohung erheblich vermehrt. Die ergebnislose Konferenz zu Lausanne hatte den ungeheuren Konfliktstoff erkennen lassen, an dem von heut auf morgen ein Weltbrand im Orient aufflammen kann. Die Ruhrbesetzung mit ihrem Not- und Kriegsgefahrgefolge kündete sich an. Für die Gestaltung der nächsten Zukunft war es entscheidend, daß die breitesten Massen der Werktätigen, daß die Proletarier als Klasse nicht bloß Friedensgedanken säuselten, sondern zum Sturm für den Frieden übergingen. Dafür aber war es von großer Wichtigkeit, ob der Internationale Gewerkschaftsbund durch den Weltfriedenskongreß im Haag das Gelöbnis zu Rom einlösen ließ.

Das ist nicht geschehen. Der Weltfriedenskongreß im Haag ist nicht über den Internationalen Gewerkschaftskongreß der Amsterdamer hinausgegangen. Umgekehrt: gemessen an der Situation ist er hinter ihm zurückgeblieben. Auch nicht in einer einzigen Beziehung hat er einen schwachen Anlauf genommen, im Kampf gegen den Krieg von der bloßen Propaganda zur organisierten Tat überzugehen. Die Vereinigung mit den beiden politischen Internationalen der Reformisten und mit den bürgerlichen Pazifisten hat zwar die Front des Pazifismus erweitert, ihr aber keine verstärkte Kampfeskraft zugeführt. Wie würde es auch möglich gewesen sein, daß den Jouhaux und Thomas Kampfeswillen und Kampfesentschlossenheit gegen den Krieg eingehaucht worden wäre, von den Vandervelde, Wels und tutti quanti, die einer Auffassung mit ihnen vier Jahre lang ihren Regierungen Kriegskredite auf Kriegs-

kredite bewilligt oder die Durchhaltetrompete geblasen hatten? So war denn Haag weder Weiterführung noch Vertiefung des Beschlusses zu Rom, vielmehr nichts als Wiederholung und Bestätigung, ohne Frische und Schwung.

Die Frage drängt sich auf: Wozu der Lärm? Lediglich zu dem Zwecke, um wie im Shakespeare'schen Drama festzustellen: „Ein großer Aufwand ist hier umsonst vertan." Organisatorisch und auch finanziell. In diesen Zeiten, wo Holland zu den Staaten mit „Edelvaluta" gehört, und die bitterste Not täglicher Gast in den Familien von Millionen Arbeitern ist! Die reformistischen Führer sind zu gute Alltagsrechenmeister, um den von ihnen beherrschten Organisationen fantastischen Luxusaufwendungen zu gestatten. Sie mußten sich zu dem Weltfriedenskongreß entschließen, um angesichts der anschwellenden Elendsflut den ihnen anhängenden, aber in Unruhe geratenen Massen die Illusion nicht schwinden zu lassen, daß „etwas geschehe", daß auch im Lager des Reformismus gehandelt werde. International sollte sich außerdem im Haag vorbereiten, was in Deutschland der Zusammenschluß der Sozialpatrioten mit den Sozialpazifisten verwirklicht hatte: die Sammlung und Vereinigung aller reformistischen Kräfte. Die nicht zuletzt auch in der Absicht, daß die reformistischen Führer sich in der Pose als „Einiger" des Proletariats zwischen die Massen und die Kommunisten werfen und diese als „Spalter" zu isolieren vermöchten. Kein Zweifel. Der Reformismus mußte versuchen, den wachsenden Einfluß zu vernichten, den die Kommunistische Internationale durch ihren konsequenten Ruf nach der proletarischen Einheitsfront unter den Arbeitern aller Richtungen gewann. Das starke Einheitsbedürfnis des Proletariats sollte nicht zum reißenden Strom revolutionären Klassenkampfes werden, es sollte idyllisch murmelnd und plätschernd die klappernden Mühlen der Koalitionspolitik treiben. Darum auch die Einheitsfront mit den bürgerlichen Pazifisten. Die Losung: „Nie wieder Krieg" sollte nicht verpönte proletarische Klassenkampfaktion wecken, vielmehr einer proletarisch-bürgerlichen Koalition harmonisch vorausklingen. Früher und hier Koalition mit dem kriegstreiberischen Flügel der Bourgeoisie, nun und da Koalition mit deren friedenssehnsüchtigen liberalen Flügel. Die bürgerlich-proletarische Koalition des „Burgfriedens", der „Arbeitsgemeinschaft" blieb der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht.

Bei der kurz umrissenen Lage mußte es kommen, wie es gekommen ist. Die geschichtliche Bedeutung des Haager Weltfriedenskongresses besteht in dem, was er ablehnte, was er verwarf und nicht in dem, was er erklärte und beschloß. Die „große Demonstration für den Friedensgedanken" wird in der Geschichte der Zeit und der Arbeiterbewegung verzeichnet stehen als der Kongreß der Verneinung des Kampfes gegen den Krieg, als ein Kongreß der Sabotage des Kampfes für den Frieden. Was besagen all die auf dem Kongreß ausgesprochenen tausend schönen und richtigen Allgemeinheiten gegen die Kulturschmach, den Wahnsinn, das Verbrechen des Kriegs, von der Solidarität der Völker und dem heiligen Gebot der Stunde, den Frieden zu sichern, was besagen sie gegenüber der einen Tatsache, daß die Tagung sich weigerte, auch nur eine einzige Maßnahme des Kampfes wider den Krieg und zur Bewahrung

des Friedens zu beschließen? Nichts anderes, als daß der Reformismus des Willens zu solchem Kampfe bar ist, weil dieser zwangsläufig in jedem Lande zur schärfsten, rücksichtslosesten Abrechnung des Proletariats mit der Bourgeoisie, ihrer Wirtschaftsordnung und ihrem Staat werden muß. Der reformistische Weltfriedenskongreß mußte das unzweideutig und unverhüllt zum Ausdruck bringen, denn die Delegation des Zentralrates der russischen Gewerkschaften zwang ihn dazu. Sie nahm ihn in die Zange des Beschlusses zu Rom und positiver Vorschläge, die seine Erfüllung bedeuteten.

Was nützte es, daß das Kongreßpräsidium die Anträge der russischen Delegation ablehnte, daß deren Mitglieder zu den wichtigsten Punkten der Tagesordnung ein Korreferat bewilligt würde oder verlängerte Redezeit? Ebenso die anderen, daß die Regierungskonferenzen zu Lausanne und London behandelt und die Gründe mitgeteilt würden, weshalb die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale nicht zu dem Kongreß eingeladen worden seien. Was verschlug es, daß unsere Genossen nur in der Diskussion der Rednerliste nach je 20 Minuten sprechen durften, und daß es z. B. Losowski verwehrt wurde, schmutzigste, verleumderische Anwürfe gegen die russische Revolution, gegen Sowjetrußland, seine führende Kommunistische Partei und die Kommunistische Internationale sofort zurückzuweisen. Daß die Geschäftsordnung auch sonst gegen „die Russen" kleinlich bürokratisch als Maulkorb gehandhabt wurde. Sowohl durch ihre Kritik wie durch ihre sehr bestimmt gefaßten positiven Anträge stellten die Genossen Losowski, Radek und Rothstein die tagenden reformistischen Pazifisten vor die Notwendigkeit, auf die Frage antworten zu müssen: Wollt ihr für den Frieden kämpfen, ja oder nein. Und wieder und wieder schallte es aus dem Kongreß: nein, nein, nein! Das Kernstück der Verhandlungen waren deshalb keineswegs die mehr oder minder klangvollen Variationen der Verfluchung des Kriegs und der Treuschwüre für den Frieden, es waren vielmehr die klirrenden Zusammenstöße zwischen Reformisten und Revolutionären um die Frage: Deklamation für den Frieden oder Kampf für den Frieden.

Das Feuer wurde durch den Genossen Losowski eröffnet, als offensichtlich war, welch kleiner, schwacher Geist den großen Organismus des Kongresses beherrschte. Die offiziellen Wortführer des Kongresses wandten glänzende Redeblumen um Allgemeinheiten, die nicht zu bestimmten Aktionen verpflichteten. Jouhaux, einer der Vorsitzenden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, betonte die Notwendigkeit, trotz voller Selbständigkeit der verschiedenen Richtungen zum einheitlichen Handeln zu kommen, denn „der Friede müsse organisiert werden." Er wünschte bescheiden einen besseren Völkerbund und die Einstellung der Fabrikation von Kriegsmaterial. Henderson meinte, die Erklärung des Generalstreiks bei Kriegsausbruch komme zu spät, um neues Völkermorden zu verhindern. Die militärische und kapitalistische Politik müsse ständig bekämpft werden. Eine scharfe Kritik des Versailler Vertrags gipfelte nur in der Forderung seiner Revision, deren Herbeiführung Sache der Arbeiter sei, ebenso wie die volle Anerkennung Sowjet-Rußlands. Radikalere Töne schlug Fimmen an, einer

der Sekretäre des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Er charakterisierte für einen Reformisten mit ungewohnter Schärfe das Verhalten der Gewerkschaftsorganisationen während des Kriegs, unterstrich stark den Beschluß zu Rom, Boykott und Generalstreik im Kriegsfall betreffend und erklärte: „Lieber als in einen neuen Krieg soll die Arbeiterschaft, wenn es soweit ist, auf die Straße gehen und die Bourgeoisie in einem Aufstand stürzen." Jedoch keiner dieser Führer äußerte sich über das Wie, den Weg, die Bedingungen zur Verwirklichung der erhobenen Forderungen. Die von Henderson eingebrachte Resolution war so farb- und inhaltslos, daß sie noch erheblich hinter den Reden zurückstand. Ihre Kritik am Versailler Vertrag und am Völkerbund war mehr als matt. Sie formulierte nicht einmal bestimmte Forderungen zur Revision der Friedensanträge und heischte nur Abwehraktion gegen jeden Offensivkrieg. Mit anderen Worten: sie respektierte den Schwindel des „Verteidigungskriegs", der „Landesverteidigung" im Bunde mit der Bourgeoisie.

Genosse Losowski beleuchtete den „Koalitionscharakter" des reformistischen Kongresses. Die bürgerlich-pazifistischen Organisationen wurden zu ihm eingeladen, nicht so die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale. Es fehlen auch die Vertreter der vielen Millionen Proletarier in Indien, Java und anderen Kolonialländern, um deren Ausbeutung und Beherrschung die Bourgeoisie die greuelreichsten Kriege entfesselt. Losowski forderte im Interesse der Ausgebeuteten und Versklavten aller Länder vollste Klarheit darüber, daß der Kampf wider den Krieg geführt werden müsse als proletarischer Klassenkampf. Sicherlich sei Einheitsfront eine Vorbedingung des Sieges. Allein Einheitsfront nicht mit der Bourgeoisie, wie auf dem Kongreß, sondern zielklare, revolutionäre Einheitsfront des Proletariats. Unser Genosse zeigte in kräftiger Polemik und durch Tatsachen gestützt die Ursachen der bedauerlichen Gewerkschaftsspaltung. Trotz dieser Spaltung sei die Einheitsfront zur Bekämpfung der Kriegsgefahr nicht bloß unerläßlich, sondern auch möglich. Er unterbreitete deshalb dem Kongreß den Vorschlag, ein gemeinsames Aktionskomitee aller Internationalen einzusetzen, das den Kampf für den Frieden in der Erkenntnis zu organisieren habe, daß der Krieg wider den Krieg in erster Linie sein müsse Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie des eigenen Landes.

Es versteht sich am Rande, daß Zwischenrufe höchster Entrüstung auf Losowski's Ausführungen niederhagelten. Der französische Gewerkschaftsführer Dumoulin, ein leidenschaftlicher Apostel der „heiligen Einheit" während des letzten imperialistischen Kriegs, wähnte Tatsachen mit Mätzchen und Lügen widerlegen zu können. Er erdreistete sich zu der Behauptung, die Kommunisten seien Bourgeois, die die Einheitsfront der Proletarier störten. Sie handelten als Hörige der russischen Regierung, die offenbar revolutionäre Eroberungskriege plane. Die Tatsache störte dabei den Biedermann nicht, daß Sowjet-Rußland in Genua eine allgemeine Abrüstung beantragt und selbst seine Heeresstärke auf ein Sechstel herabgesetzt hat. Der deutsche Gewerkschaftsführer Grassmann wandelte in Dumoulins Spuren. Bemerkenswert ist seine Erklärung, er empfinde nur „Ekel für die Phrase der Einheitsfront."

Den Höhepunkt der Auseinandersetzung und damit des Kongresses bildeten unstreitig die Darlegungen des Genossen Radek, deren eindringliche Wucht auch die Gegner in Bann schlug. Jeder Satz war ein wohlgezielter Schuß, der ins Schwarze traf. Genosse Radek knüpfte an die entscheidenden Sätze des Beschlusses von Rom die Frage an: „Was bedeutet die Androhung des internationalen Generalstreiks im Falle des Krieges? Die Ablehnung jedes Krieges, den die kapitalistischen Staaten führen: ob sie diese Kriege als Verteidigung garnieren oder ob sie sie offen als imperialistische Raubkriege führen. Die Verpflichtung auf den internationalen Generalstreik gegen den Krieg bedeutet die Ablehnung der Verteidigung des kapitalistischen Vaterlandes. Unter der Losung der Verteidigung des Vaterlandes blutete das Proletariat vier Jahre lang für die Interessen der Bourgeoisie unter der Leitung der Mehrheit von Ihnen. Wenn Sie jetzt einsehen, daß das ein Fehler war, so haben Sie den Mut, es offen klar zu sagen. Eine Massenpolitik muß eine klare Politik sein. Wenn die Drohung mit dem internationalen Generalstreik keine hohle Drohung sein soll, dann gilt es, tagtäglich den Arbeitern der kapitalistischen Welt zu sagen: Ihr Proletarier der kapitalistischen Länder, ihr habt kein Vaterland zu verteidigen, ihr habt erst das Land eurer Väter zu erobern. Auf Grund eurer eigenen Erfahrungen müßt ihr wissen, daß die kapitalistischen Regierungen euch keine Freiheit der Aktion gewähren werden, wenn ein Krieg auszubrechen droht. Die Bourgeoisie wird ausgerüstet auftreten bis an die Zähne. Soll das Proletariat ihr wehrlos entgegentreten? Es muß gerüstet sein. Es muß zuerst politisch gerüstet sein durch das Bewußtsein seiner Aufgaben, seiner politischen Rolle. Kann es so gerüstet dastehen beim Ausbruch der Kriegsgefahr, wenn seine Massenpartei jahrelang es entnervt durch eine Politik der Koalition mit der Bourgeoisie? Wenn alles, was ihr gegen den Krieg sagt, nicht nur Phrase bleiben soll, so muß die erste Bedingung der Bruch der Koalition mit der Bourgeoise sein. Das so von der lähmenden Koalition mit der Bourgeoisie befreite Proletariat muß sich von ihrem politischen und geistigen Einfluß befreien. Es muß lernen, alle Tücken und Schliche der Bourgeoisie zu verstehen. Helft ihr dazu dem Proletariat? Ich habe hier die Resolution zum Referat von Henderson vor mir. In ihr wird nicht einmal die Aufhebung des Versailler Friedensvertrags gefordert! Jeder Liberale versteht heute die Unhaltbarkeit des Versailler Friedensvertrags, eure Resolution aber fordert nur die Aufhebung einzelner Punkte und sogar ohne zu sagen, um welche Punkte es sich dabei handelt. Glaubt ihr, daß eine solche Agitation die französischen und englischen Arbeiter zur opferreichen Aktion gegen die Besetzung des Ruhrgebiets bringen wird? Warum nehmt ihr nicht Stellung dagegen, daß jetzt in Lausanne ein neuer Versailler Frieden gegen das türkische Volk vorbereitet wird? Glaubt ihr, daß kein Krieg um das Mossulpetroleum möglich ist, oder daß er das Proletariat nichts angehen würde?

Aber geistige Vorbereitung des Proletariats, ja sogar seine Protestaktion gegen die Kriegsgefahr genügen nicht. Die Bourgeoisie beugt sich nicht vor Argumenten. Wenn alle eure Drohungen nicht

Drohungen mit einem Schwert aus Pappe sein sollen, dann sind Maßregeln nötig, daß ein Teil wenigstens von denen, die Waffen tragen, mit uns gehen. Könnt ihr das alles tun, ohne die entsprechenden Einrichtungen zu haben? Nein! Ihr habt gelassen das große Wort vom internationalen Streik gegen den Krieg gesprochen. Wir sind der Meinung, daß, wenn die Arbeiterklasse nicht aufsteht, bevor die Kanonen auffahren, sie desto weniger aufstehen wird, wenn das Kriegsgesetz über sie verhängt wird, alle Teufel des Nationalismus losgelassen werden, sie an Händen und Füßen gebändigt wird. Wir Kommunisten, die die Arbeiterklasse heute und morgen für den revolutionären Kampf gegen die Kriegsgefahr vorbereiten wollen, wir verpflichten uns nicht, den Massenstreik beim Kriegsausbruch zu organisieren. Massenstreik gegen den Krieg ist soziale Revolution und das Datum der sozialen Revolution kann man nicht von vornherein bestimmen. Wenn ihr sie machen könnt, wir werden nicht wegbleiben, obwohl wir keine Heroen auf Termine sind. Eins können wir euch aber sagen: Wenn dank eurer Politik der Koalition mit der Bourgeoisie, der pazifistischen Illusionen, die Arbeitermassen, in denen wir noch die Minderheit sind, von dem Weltkapital von neuem auf die Schlachtfelder gejagt werden, so werden wir, die Kommunisten, nicht desertieren, den Dienst nicht verweigern, sondern in den Krieg gehen, die Waffen nehmen, um in die Armee den Geist der Revolution zu tragen und die Waffen gegen die Bourgeoisie zu wenden. Jetzt aber zum Schluß noch ein Wort über die Probe aufs Exempel. Wenn ihr hier auch eine Woche lang Dolche sprecht und dann nach Hause geht, um euch zu heroischen Taten gegen den Krieg zu unbestimmtem Termin vorzubereiten, so wird die Bourgeoisie lachen, und das mit Recht. Zeigt ihr den Willen zum Kampfe jetzt, wo sie sich vorbereitet das deutsche Volk zu erdrosseln durch neue Reparationsdiktate, wo sie daran sind, einen neuen Krieg im Nahen Osten vorzubereiten. Als den Beweis des Willens zum Kampfe schlagen wir euch vor: 1. eine internationale Woche der Agitation gegen den Imperialismus sofort zu organisieren und 2. sie zu beenden durch einen eintägigen Proteststreik gegen die Friedensverträge von Versailles usw." Radek wies noch kurz die beliebte reformistische Unterstellung zurück, die Kommunisten seien Diener der russischen Auslandspolitik. Er konnte mit ruhigem Stolz erklären, daß Sowjet-Rußland keinen Angriff der Entente zu fürchten brauche. „Macht nicht unmöglich die Einigung des Proletariats zum Kampf gegen die Folgen des Krieges, die das westeuropäische Proletariat zermalmen werden. Wir reichen euch die Hand zur gemeinsamen Aktion. Weist ihr sie ab im Moment wo ihr euch mit den bürgerlichen Pazifisten koaliert, so wird das Proletariat erkennen, daß ihr keinen Kampf wollt."

Vandervelde, einer der Väter des Versailler Vertrags, sollte den „Bolschewisten" zerschmettern. Allein seine glänzende Rhetorik und sein routinierter Pathos vermochten nicht einmal auf diesem Kongreß über die sachliche Armut der Rede zu täuschen. Sie war eine Wiederholung des antibolschewistischen Klagegesangs über Georgien und die Sozialrevolutionäre. Zur Sache selbst führte er aus, daß er für die Oeffnung der Dardanellen sei — wie die französische Regierung. Er

verwerfe die Gewaltanwendung Frankreichs gegen Deutschland, doch müsse dieses seine Reparationsverpflichtungen erfüllen. Es dürfe keinem Lande verboten sein, sich gegen einen ungerechten kriegerischen Angriff zu verteidigen, ergo: die „Pflicht der Landesverteidigung" dürfe wie 1914 die internationale Solidarität des Proletariats sprengen und die nationale Einigung mit der Bourgeoisie herbeiführen.

Zum dritten Mal prallten die Geister der Aktionsfordernden und der Wortgenügsamen bei der Behandlung der Frage zusammen: „Was haben die Regierungen und die Parteien getan? Genosse Rothstein wies dazu die Brüchigkeit der Hoffnung nach, der „Völkerbund" werde den Frieden sichern. Er stellte fest, daß dieser so wenig wie die Regierungen das Geringste zur Bekämpfung der Kriegsgefahr leistet. An seine „radikale" Verbesserung zu glauben, sei Utopie. Das Proletariat müsse einheitlich, geschlossen handeln. Für dieses Ziel seien die vorgelegten Resolutionen völlig unzulänglich. Mit einer Textverbesserung sei es jedoch nicht getan. Der Kongreß müsse deshalb bestimmte praktische Maßnahmen beschließen. Zu diesem Zweck lege er der Tagung im Namen der russischen Delegation eine Resolution vor, die zur Durchführung von 14 genau formulierten Forderungen verpflichte. Unsere Leserinnen finden die Resolution an anderer Stelle. Als Möchtegern-Drachentöter entsendeten vergiftete Pfeile der Menschewist Abramowitsch, ein fanatischer Hasser der Sowjetordnung und Grumbach-Paris, der gelehrige junge Mann des französischen Imperialismus. Beide kamen nicht über die alltägliche Antibolschewistenhetze hinaus. Grumbach fabelte z. B., daß die Kommunisten in Deutschland den Revanchekrieg gegen das unglückliche Frankreich predigen, natürlich an der Seite Rußlands!

Das Präsidium hatte den Genossen Radek und Losowski Sitze in der Kommission zur Bearbeitung der Resolution eingeräumt. Sie hielten dort ihre eigene Resolution aufrecht. Genosse Radek begründete dies in der Schlußsitzung des Kongresses in folgender Erklärung: „Wir sind hierher gekommen, um zusammen mit euch einen Schritt vorwärts zu machen. Aber es zeigt sich, daß ihr diesen Schritt vorwärts nicht wollt. Die Resolution über die Reparationen, die in der Kommission angenommen wurde, zwingt den deutschen Arbeiter, der sich kein Hemd kaufen kann, für die Politik von Stinnes zu zahlen. Warum will der Kongreß nur Reparationen für Frankreich und Belgien, aber nicht für Jugoslavien oder Polen, die noch mehr unter dem Krieg gelitten haben? Weil der Kongreß sich dem Druck Poincarés mit seinen 800000 Soldaten fügt. Der Völkerbund ist weiter nichts als eine diplomatische Verhandlungsmaschine. Wie kann ihn ein proletarischer Kongreß als Allheilmittel bezeichnen? Es liegt die Resolution vor, die den Generalstreik im Kriegsfall fordert. Aber Vandervelde hat dazu unter lebhaftem Beifall seine Vorbehalte gemacht, daß er sich im Kriegsfall erst überlegen muß, ob es sich nicht um einen Verteidigungskrieg für Belgien handelt, und Huysmans hat in der Kommission ganz offen erklärt, daß er, unter den gleichen Verhältnissen genau so handeln würde, wie 1914. Die Kongreßmehrheit hat die praktischen Vorschläge der russischen Delegation abgelehnt. Sie will mit den bürgerlichen Pazifisten zusammen-

gehen, aber nicht mit den kommunistischen Arbeitern, die während des Weltkriegs unter den größten Opfern gegen den Krieg gekämpft haben. Wir werden in die Massen gehen und ihnen sagen, woran hier die Einheitsfront gescheitert ist."

Diese Erklärung traf wie ein Peitschenhieb. Der englische Vorsitzende des Internationalen Gewerkschaftsbundes J. H. Thomas beantwortete sie in Person mit einem wüsten Geschimpf gegen die kommunistische Partei Großbritanniens und die Kommunisten im allgemeinen. Zur Sache selbst wußte er nichts vorzubringen. Auch bei Jouhaux, der nach ihm sprach, sollten Gesten Gründe ersetzen. Sein Bannfluch gegen die russische Delegation endete mit der kindischen Bemerkung: „Wir stehen gegen unsere Regierung. Ihr aber steht zu der Eurigen." Der Eindruck dieser politischen Unzulänglichkeiten sollte durch eine flammende antimilitaristische Rede Fimmens verwischt werden, der die gewerkschaftliche Resolution zu begründen hatte. Er verwies auf den Boykott Horthy-Ungarns durch die Amsterdamer Internationale und die Verhinderung der Munitionstransporte nach Polen. Die Russen sollten sich mit der Amsterdamer vereinigen. Wenn Generalstreik und Aufstand des internationalen Proletariats vielleicht nicht genügten, um einen Krieg unmöglich zu machen, so könnten sie doch verhindern, daß die Internationale abermals wie 1914 in Trümmer falle. Losowski stellte demgegenüber fest, daß zwar Fimmens Rede radikale Worte enthalte, die Resolution hingegen keine radikalen Maßnahmen vorschreibe. Sie bringe nur allgemeine Redensarten, nichts für die Praxis. Nicht einmal eine antimilitaristische Agitation unter den Truppen forderte sie. Wir sind für den heiligen Krieg gegen die Bourgeoisie. Losowski wurde oft lärmend unterbrochen und schließlich entzog ihm der Vorsitzende das Wort.

Aus den Verhandlungen sind noch zu erwähnen die Ausführungen Fritz Adlers. Sie waren das offizielle Bekenntnis, daß der feurige und hoffnungsvolle Begründer der Wiener Arbeitsgemeinschaft, der stolz wie ein Spanier gegen die Zweite Internationale in die Schranken getreten war, sich wieder heim zu dieser gefunden hat. Wohl kam er mit schweren Bedenken nach Amsterdam, ob ein Zusammengehen möglich sei: Fimmens wahrheitsgetreue Darstellung der Kriegspolitik der Gewerkschaften in der Vergangenheit habe jedoch die Frage bejaht. Das Aussprechen der Wahrheit räume das Haupthindernis fort, das bis jetzt der Einigung des Gesamtproletariats im Wege gestanden habe. Fritz Adler verzichtete bescheiden-wohlwollend darauf, die Politik der Gegenwart kritisch zu prüfen. Der halbe und verschleierte Reformismus enthüllte sich als ganzer Reformismus. — Die bürgerlichen Pazifisten kamen reichlich zum Wort, sie traten zum Teil entschiedener, kraftvoller auf, als die Sozialpazifisten alten und neuen Bekenntnisses. Es ist nicht verwunderlich, daß der tapfere poltitische Eigenbrödler von Gerlach in seinem Hymnus auf die pazifistische Koalition die Arbeiter aufforderte, den Klassenstandpunkt bei Seite zu lassen und keine eigenen Forderungen aufzustellen. Daß jedoch kein einziger reformistischer Internationaler diese Auffassung mit der nötigen Klarheit zurückwies, redet Bände von der Richtung, die den Kongreß beherrschte. Professor Quidde hielt es für klug, die Bourgeoiswelt wegen Radeks Wort zu beruhigen, daß

der internationale Generalstreik gleichbedeutend mit der sozialen Revolution sei. Nach seiner eigenen Meinung ist er umgekehrt das Mittel, die bürgerliche Gesellschaft vor Krieg, Chaos und sozialer Revolution zu bewahren. Womit Professor Quidde bestätigte, daß viele bürgerliche Pazifisten aus Furcht vor der Revolution Kriegsgegner sind. Bürgerliche Pazifistinnen griffen die kapitalistische Profit- und Machtgier als Ursache von Kriegsrüstungen und Krieg mit einer Schärfe an, die sich die reformistischen Koalitionspolitiker nicht gestatteten. Frau Perlen-Stuttgart brandmarkte die Rolle der Stinnes-Lubersac als Kriegstreiber, feierte die unsterblichen Verdienste Rosa Luxemburgs im Kampfe gegen den Krieg und forderte die Gewerkschaftsführer auf, dafür einzutreten, daß die Arbeiter sich weigerten, Giftgase herzustellen. Frau Dr. Helene Stöcker-Berlin zerfetzte die hohle Redensart vom erlaubten, ja gebotenen Verteidigungskrieg. Sie kritisierte jene Sozialdemokraten, die vier Jahre lang Kriegskredite bewilligt haben und sich nun als Gegner jeder Gewalt aufspielen, wenn die Kommunisten Aktion, Kampf von ihnen verlangen.

Das Nachwort zum Weltfriedenskongreß im Haag und die schärfste, vernichtendste Kritik an ihm hat die Ruhrbesetzung geschrieben. Ein entschiedenes Auftreten der Tagung, Mobilisierung, Aktion, Kampf der proletarischen Massen gemäß der russischen Resolution hätte die Ruhrbesetzung zu verhindern vermocht. Die schmähliche Haltung des Kongresses, der Verzicht auf Aktion und Kampf mußte wie eine anreizende Prämie auf die Absicht des französischen Imperialismus zur Ruhrbesetzung wirken. Und wenn nun die Führer der Amsterdamer Internationale wehklagend erklären, die Gewerkschaften seien zu schwach, zu wenig gerührt, um den Kampf gegen das Verbrechen aufzunehmen, so kann man ihnen nur verachtungsvoll zurufen: „Schweigt! Ihr habt es gewollt! Ihr habt geschwätzt, statt zu handeln!“

Aus der Kommunistischen Frauenbewegung.

Gruß des Vierten Kommunistischen Weltkongresses an die Proletarierinnen, die Bäuerinnen Frankreichs!

Der in Moskau tagende 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale sendet seinen brüderlichen Gruß den schaffenden Frauen Frankreichs. Die reaktionäre französische Bourgeoisie, die mit ihrer Demokratie prahlt, um die Werktätigen zu täuschen und auszubeuten, hat sogar diese formale, leere Demokratie verraten und ihre Verachtung der schaffenden Frauenmassen bewiesen, indem sie den Französinnen noch nicht die politischen Rechte gewährt hat, die heute Millionen Frauen in der ganzen Welt besitzen. Darin hüllt sich in voller Klarheit der Unterdrückungswille der herrschenden Klassen.

Die schaffenden Frauen müssen jedoch verstehen, daß sie wirtschaftlich Unterdrückte und Ausgebeutete bleiben werden, solange die bürgerliche Klassenherrschaft besteht, selbst wenn die Bourgeoisie ihnen gleiche politische Rechte mit den Männer einräumen wird. Sind nicht auch die politisch gleichberechtigten Arbeiter, Angestellten, Kleinbauern

usw. Sklaven, Ausbeutungsobjekte der herrschenden Kapitalistenklasse? Hungerlöhne, lange Arbeitszeit in Fabrik und Werkstatt, eine erdrückende häusliche Arbeitslast, graues wachsendes Elend bleiben das Schicksal der schaffenden Frauenmassen in Frankreich wie überall, wo die Bourgeoisie das Recht und das Leben selbst der Ausgebeuteten zertritt, um sich bereichern und herrschen zu können. Nur ein Proletarierstaat wie Sowjet-Rußland befreit die schaffenden Frauen politisch und wirtschaftlich und steht ihnen bei Erfüllung ihrer Mutterpflichten helfend zur Seite.

Schaffende Frauen Frankreichs! Einzig und allein die soziale Revolution wird Euch befreien, denn sie legt die politische Macht in die starke Faust der Arbeiterklasse, die den Kapitalismus, die bürgerliche Ordnung vernichten muß. Sammelt Euch in der Kommunistischen Partei und schart Euch um die Kommunistische Internationale. Kämpft mit ihr für die Niederwerfung der Bourgeoisie, des Kapitalismus.

Hoch die politische und wirtschaftliche Befreiung der Frau! Hoch die III. Internationale! Hoch die proletarische Weltrevolution!

Aus der bürgerlichen Frauenbewegung.

Die Weltkonferenz der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit im Haag.

Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit darf sich unstreitig rühmen, die mutigsten, opferfreudigsten und ausdauerndsten bürgerlichen Kämpferinnen und Kämpfer gegen den imperialistischen Raubkrieg gestellt zu haben. So wenig der illusionsbefangene Pazifismus der Führerinnen der geschichtlichen Kritik Stand hält, er ist wurzelechte Ueberzeugung und hat deshalb 1914 bis 1918 mit seinen Taten sehr oft die auchpazifistischen sozialdemokratischen Reformisten tief beschämt. Die Liga hat mit aller Energie den Kampf gegen den sogenannten Frieden von Versailles und die ihm wesensgleichen Verträge aufgenommen. Diese Diktate machtberauschter, harter Sieger stehen in zu schroffem Gegensatz zu dem gläubigen Vertrauen der Pazifistinnen in die Macht der Grundsätze und des Programms eines Völkerbundes, „wie sie ihn auffassen." Allzu offensichtlich ist, daß sie nicht Friedenssicherungen sind, vielmehr Friedensbedrohungen und daß in ihrem Zeichen der Wiederaufbau der Welt unmöglich ist. In einer erweiterten Sitzung seines internationalen Arbeitsausschusses, an der Mitglieder mit beratender Stimme aus den verschiedensten Ländern teilnahmen, beschloß die Liga, der Tätigkeit der Organisation für die nächste Zeit ein höheres Ziel zu stecken als die Revision der Friedensverträge: den Kampf für einen neuen, einen wirklichen Frieden. Der internationale Arbeitsausschuß hatte vom 7.—15. September in Freiburg eingehend die wirtschaftliche und politische Lage Europas erörtert. Die Beratungen gipfelten in der Feststellung, daß der Geist der geltenden Friedensverträge eine wirksame Revision ausschließe. Eine vollständige Neueinstellung zu den vorliegenden geschichtlichen Aufgaben sei erforderlich, damit die Völker Europas, der ganzen Welt, daran gehen könnten, der steigenden Zerrüttung der wirtschaftlichen und politischen Zustände Halt zu gebieten. Der Arbeits-

ausschuß faßte daher den Beschluß, die Losung auszugeben: Ein neuer Frieden und die planmäßige Arbeit dafür durch eine Weltkonferenz einzuleiten, die dem Antrag der holländischen Sektion entsprechend vom 7.—10. Dezember im Haag stattfinden sollte, am Vorabend des Friedensweltkongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Der Beschluß fand in der Liga allgemeine begeisterte Zustimmung, obgleich er von empörten ultrachauvinistischen Kreisen — auch frauenrechtlerischen — als „einseitige Stellungnahme zu Gunsten Deutschlands" verketzert und bekämpft wurde. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß gerade Pazifistinnen der Ententestaaten ihn unerschrocken verteidigten. Die Liga bereitete ihre Weltkonferenz für die Forderung „Ein neuer Frieden" mit größter Begeisterung vor.

Diese war unzweifelhaft ein glänzender Auftakt zu dem internationalen Friedenskongreß des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes, mit dem sie innerlich mehr verband, als nur die Entsendung einer Delegation. Sie war gleich ihm äußerlich auch eine imposante Demonstration für den Pazifismus, damit aber ebenfalls seiner inneren Schwäche und seiner politischen Ohnmacht inmitten einer kapitalistischen Welt, deren Wesen der Krieg aller wider alle ist, und die von der Bourgeoisie aller Länder mit skrupellosester Gewalt geschützt wird. Es hieße indessen der bürgerlichen Weltkonferenz Unrecht antun, wollte man sie ohne weiteres dem sozialdemokratisch-reformistischen Friedenskongreß gleich werten. Um so viel sie hinter dem dort führenden Neu-Pazifismus, der den Weg vom proletarischen Klassenkampf zum „Völkerbund" gefunden hat, an Einsicht in die sozialen Zusammenhänge zurückstand, um so viel war sie ihm an fester Gläubigkeit, an Illusionsstärke und auch an Kühnheit überlegen. In der Tat! Die pazifistische Frauenliga hat nie die Auffassung vertreten, daß in den modernen Zeiten die kapitalistische Wirtschaft, daß die bürgerliche Gesellschaftsordnung die letzte Wurzel der Kriege sei, daß der hochentwickelte Kapitalismus unserer Tage geradezu mit elementarer Unwiderstehlichkeit zu den entsetzlichsten imperialistischen Machtkämpfen führe. Sie hat niemals die Ueberzeugung beschworen und verraten, daß nur der revolutionäre Klassenkampf des Proletariats Kriegsgefahr und Krieg zu bannen vermöge. Sie war stets des guten Glaubens, daß der „Geist" der Gerechtigkeit und Demokratie, der Völkerverständigung allein dieses Titanenwerk zu vollbringen im Stande sei. Und während die sozialdemokratischen Neu-Pazifisten im Vorstand des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes nicht wagten, in ihrem Resolutionsentwurf auch nur die Revision des ganzen Versailler Schwertvertrages zu fordern, rief die Liga laut in die Welt hinaus: Ein neuer Friede, mit anderen Worten: sie heischte die Null- und Nichtigerklärung des Versailler Pakts und seines Geschwisters.

Die Haager Weltkonferenz für den „Neuen Frieden" war wohl bis nun der allgemeinste und stärkste Aufmarsch des bürgerlichen Pazifismus. Sie vereinigte die verschiedensten Organisationen, Richtungen, führenden Persönlichkeiten. 350 Delegierte und 111 „Gäste" vertraten zusammen 111 national oder international zusammengefaßte Organisationen mit mehr als 20 Millionen Mitgliedern. Zahlreiche Vereinigungen aus den verschiedensten Ländern hatten sich mit den Leitsätzen der

Konferenz einverstanden erklärt, mit anderen Worten: forderten wie sie einen „neuen Frieden." Die Kosten der Veranstaltung wurden von den 20 nationalen Sektionen der Liga gemeinsam getragen. Die Sekretärinnen mancher Sektionen — so in den Vereinigten Staaten, in England, Schweden, Norwegen, Dänemark usw. — hatten durch wochenlange Vortragsreisen für die pazifistische Weltkonferenz und ihre Losung agitiert und eine Anhängerschaft geworben, die reiche Geldmittel zur Verfügung stellte. Das Programm der Konferenz erschöpfte sich in der Forderung: „Ein neuer Frieden." Es sollte der Nachweis erbracht werden, daß die bestehenden Friedensverträge in wirtschaftlicher, politischer, militärischer und psychologischer Beziehung sich verhängnisvoll für alle Staaten auswirken und auswirken müssen. Und zwar nach der pazifistischen Auffassung deswegen, weil „sie dem Prinzip des Rechts und dem Gesetz der Gemeinschaftsverbundenheit, wie sie in den Waffenstillstandsbedingungen und dem Vorwort der Völkerbundsverfassung niedergelegt sind, widersprechen." An den entsprechenden Nachweis sollte sich die Forderung schließen, auf einem Weltkongreß aller Völker neue internationale Vereinbarungen zu schaffen.

Ueber die allgemeine und politische Notwendigkeit eines neuen Friedens und dessen Voraussetzungen sprachen H. M. Swanwick-England, Dr. N. Surowzowa-Ukraine und Gabrielle Duchêne-Frankreich. Die wirtschaftliche Seite wurde behandelt von Sir George Paish-England, Simonne Rihouet-Frankreich und Dr. Helene Stöcker-Deutschland. Die militärischen und psychologischen Verhältnisse erörterten Th. Pottecher-Arnould-Frankreich, Lucy Biddle Lewis-Vereinigte Staaten, Andrée Jouve-Frankreich und Martha Larsen-Norwegen. Die Einberufung eines Weltkongresses aller Völker zu dem Ziel, einen neuen Frieden zu schaffen, wurde begründet von Catherine Marshall-England, Jeanne Mélin-Frankreich und Cor Ramondt-Hirschmann-Holland. Leider sind in keinem der vorliegenden Berichte die Reden auch nur auszugsweise wiedergegeben, mit einziger Ausnahme der Ausführungen von Sir George Paish. Organe der Internationalen Frauenliga erklären: „Gewiß, es sind auf internationalen Kongressen glänzendere, wissenschaftlich bedeutendere Reden gehalten worden als jetzt im Haag auf der Frauenweltkonferenz, aber stärker ist wohl kaum der Geist wahrer Menschengemeinschaft zum Ausdruck gekommen, mächtiger ist wohl kaum der Wille in die Erscheinung getreten, für die gequälte Menschheit einen Ausweg aus dieser trostlosen Verranntheit männerstaatlicher Zivilisation zu finden. Das war es, was der Frauenweltkonferenz ihr eigenes Gepräge gab; das ist es, was die Frau, die sich ihrer „Ur-Kraft" noch bewußt ist, in Zukunft der Welt zu geben hat. Möchte sich die Mehrheit der Frauen dieser Kraft endlich wieder bewußt werden."

Die Berichte verzeichnen noch, daß die Beschlüsse nicht immer einstimmig gefaßt worden sind, und daß auch abweichende Meinungen zum Ausdruck gelangten. Sie unterstreichen aber dabei stark, daß Meinungsgegensätze keineswegs bestanden zwischen den Pazifistinnen der Ententestaaten und ihren Schwestern aus Deutschland und anderen „Zentralstaaten." Gerade Delegierte aus Frankreich und England, wie auch aus den Vereinigten Staaten, übten die rückhaltloseste, schärfste Kritik an

dem Verhalten ihrer Regierungen und forderten nachdrücklichst den neuen Frieden. Die Delegierten aus Deutschland und Oesterreich vertraten unzweideutig ihre Meinung, beobachteten aber ihrerseits dabei eine gewisse „Zurückhaltung", von der Auffassung beherrscht, daß im Interesse der Sache für die Losung des neuen Friedens ihre Gesinnungsgenossinnen aus den Ententestaaten und den neutralen Ländern in den Vordergrund treten müßten. Es waren die Delegierten aus der Tschechoslowakei und aus Polen, die nicht mit der überwältigenden Mehrheit der Konferenz übereinstimmten, weil ihr „Nationalismus" größer war, als ihr Pazifismus. Offenbar glaubten sie es ihrem heimatlichen neuen Vasallenstaaten der Entente und namentlich Frankreichs schuldig zu sein, die schmachvollen Friedensverträge übermütiger Sieger doch nicht ganz zu verwerfen. Bekanntlich sind in der Tschechoslowakei und in Polen auch die Reformsozialisten besonders stark chauvinistisch gefärbt und getreueste Lakaien der Ententeregierungen, eine Parallelität der Entwicklung, die darauf hinweist, wie hemmend sich eine grundsätzlich unklare, verbürgerlichte Gesellschaftskritik und Haltung von sozialdemokratischen Parteien auch innerhalb bürgerlichen Bewegungen auswirkt.

Die Rede des englischen Nationalökonomen Sir George Paish sollte — so heißt es — der Eckstein zur Begründung der Forderung eines neuen Friedens sein. Sie behandelte die „wirtschaftlichen Folgen der Friedensverträge" und gab das Leitmotiv für die Resolutionen und Beschlüsse der Frauenweltkonferenz im Haag. Sir George Paish vertritt die Auffassung, daß ein Weltbankrott von unübersehbarer Tragweite bevorsteht, wenn nicht die Friedensverträge fallen. Das finanzielle, das wirtschaftliche Gleichgewicht der Welt ist zerstört. Obgleich Frankreich vor dem Kriege der zweitgrößte Gläubigerstaat der Welt war, steht es jetzt nach seinem Siege dicht vor dem Bankrott. Italien und andere Staaten droht das gleiche Schicksal. Sie sind gezwungen, in London und New-York Anleihe auf Anleihe aufzunehmen. Die Ursachen dafür sind die riesigen Kriegsanleihen, die die Staatsschulden der Welt um 50 000 Millionen Dollars erhöht haben. Sie können niemals zurückgezahlt werden. Wenn die verschuldeten Staaten ihre Waren nicht zu guten Preisen verkaufen, so können sie nicht einmal die Zinsen der Anleihen zahlen. Wie aber wäre es möglich, daß sie zu guten Preisen verkaufen? Der Wirtschaft Europas ist der Einkauf der notwendigsten Rohstoffe und Lebensmittel unmöglich, sie ist außer Stande vorteilhaft zu produzieren. Die Friedensverträge steigern die Gefahr des drohenden ökonomischen Zusammenbruchs. Sie verschlingen und vernichten den Ertrag der Produktion, haben zur Senkung der Löhne und zu allgemeiner wirtschaftlicher Unsicherheit geführt, Hunger und Not sind die natürlichen Folgen. Die Verhältnisse in den einzelnen europäischen Staaten bestätigen das. In England Massenarbeitslosigkeit; in Frankreich und Deutschland niedrige Löhne und wachsende Spannung zwischen dem Einkommen der schaffenden Massen und den Preisen des Lebensbedarfs, zunehmende Unfähigkeit, die Bedürfnisse im Ausland zu decken. Aehnlich liegen die Dinge in Italien. Die Vereinigten Staaten glauben irriger Weise, der übrigen Welt nicht zu bedürfen. Wenn sie

ihren Ueberfluß an Baumwolle und anderen Erzeugnissen nicht verkaufen können, so werden auf die Dauer nicht nur die Produzenten ruiniert, sondern auch die Finanzinstitute gehen zu Grunde. Canada und Australien können ihre ungeheuren Staatsschulden nur begleichen, wenn Europa seine alte Kaufkraft zurück erlangt.

Nur internationale Zusammenarbeit, nur Wohlwollen der Nationen für einander kann die Welt retten. Der erste Teil der Friedensverträge spricht das Prinzip aus, jedoch die übrigen Teile widersprechen diesem Prinzip. Ein vollkommener Wandel muß sich vollziehen. Die Voraussetzung dafür ist nach Sir George Paish, daß wir erstens „erkennen, welche fürchterlichen Schäden der Krieg, die Friedensverträge und die Revolutionen in den verschiedenen Ländern auch auf wirtschaftlichem Gebiete angerichtet haben; auch die Millionen von Menschenleben, die vernichtet wurden, repräsentieren ja vom ökonomischen Standpunkt einen unschätzbaren Wert. Ferner muß die Produktionsfähigkeit der Welt wieder hergestellt werden, indem man die vernichteten Gebiete wieder aufbaut und den wirtschaftlich zu Grunde gerichteten Ländern Kredithilfe leistet." Ein Kredit von 1500—2000 Pfund Sterling würde nach der Meinung des englischen Volkswirtschaftlers genügen, um das europäische Wirtschaftsleben wieder aufzubauen, Produktions- und Kreditfähigkeit zu sichern. Damit die Völker nicht allzu schwer belastet würden, müßten die Staatsschulden herabgesetzt werden. Mit einer Zinszahlung dafür sei nur zu rechnen, wenn die Produktionsfähigkeit in allen Ländern steige.

Unter normalen Verhältnissen könnten sich Rußland und Deutschland zu den kreditfähigsten Staaten Europas entwickeln, das zuerstgenannte dank seiner unerschöpflich reichen Produktionsquellen, das andere dank seiner geschulten, leistungstüchtigen Arbeitskräfte und seiner hoch entwickelten wirtschaftstechnischen Einrichtungen. Der Friedensvertrag verlangt von Deutschland Unmögliches. Es muß gefragt werden, was es tun kann und tun will. Wenn die europäische Wirtschaft wieder normal fuktioniert, so könnte Deutschland gut im Jahre 100 Millionen Pfund Sterling zahlen. Damit wäre der Wiederaufbau aller verwüsteter Gegenden und die nötige Hilfe für die zu Grunde gerichteten Völker möglich. Die ganze Welt habe ein Interesse daran, daß diese Summe für den Wiederaufbau Europas und keinesfalls für militärische Zwecke verwendet werde. Als Garantie wäre nach Sir George Paish das ernste und bereitwillige Versprechen Deutschlands genug. „Zur Durchführung dieses Plans gehört die Ueberzeugung aller, daß es nie mehr Krieg geben darf, nicht einmal einen bewaffneten Frieden, sondern Wohlwollen und Freundschaft ohne Armee und Flotte, ohne Zollschranken, denn diese verhindern den Geist des wirklichen Friedens und der internationalen Zusammenarbeit. Die Botschaft der Nächstenliebe, die wir seit 2000 Jahren wiederholt, aber nicht verstanden haben, muß endlich wirksam werden, damit das Leben lebenswert wird."

In Ideengemeinschaft mit Sir George Paish nahm die Konferenz bei Stimmenhaltung der polnischen und tschechoslowakischen Sektion und zweier holländischer Körperschaften einstimmig eine Resolution an, die wir an anderer Stelle dieses Heftes wiedergeben.

Die Frauenweltkonferenz übersandte der in Moskau tagenden Abrüstungskonferenz ein Schreiben, in dem sie anerkennt, „daß jede Vereinbarung einzelner Staatengruppen, betreffend Abrüstung, einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur allgemeinen Abrüstung bedeutet." Die Konferenz „beglückwünscht Rußland, Rumänien, Polen, Estland, Lettland, Livland und Finnland, welche die Moskauer Konferenz einberufen haben, um eine Bewegung für fortschreitende Abrüstung in die Wege zu leiten." Wir verstehen die gute Absicht dieser Beglückwünschung, durch Lob „in der Tugend zu stärken", zum erstrebten Handeln zu ermuntern. Geschichtlich aber stimmt die Huldigung nicht. Einzig und allein hat das bolschewistische Sowjetrußland die Beglückwünschung verdient. Denn die Initiative zur Moskauer Abrüstungskonferenz ging allein von dem revolutionären Arbeiter- und Bauernstaat aus, und das in konsequenter Verfolgung des allgemeinen Abrüstungsantrags, den dieser an die Internationale Konferenz zu Genua gestellt hatte. Es fällt auf, daß diese wichtige Tatsache von der Frauenweltkonferenz nicht beachtet worden ist, so wenig wie die andere, daß das erste Wort der proletarischen Revolution in Rußland die Aufforderung an alle Völker und Regierungen war, Frieden zu schließen. Daß die Moskauer Abrüstungskonferenz nicht fruchtbarer wurde, ist lediglich die Schuld der Staaten, die als militärische Büttel gegen die Räterepublik von der Entente geschaffen worden sind und unterhalten werden.

Wie die Verhandlungen und die Hauptresolution so kündet es die völlig unpolitische, ungeschichtliche Auffassung der Frauenweltkonferenz, daß diese sich mit dem „dringenden Ersuchen" an die am 9. Dezember in London tagenden alliierten Ministerpräsidenten wandte, „solche Vereinbarungen in Bezug auf die Reparationsfrage zu treffen, die das Vertrauen in der Welt wiederherstellen und dadurch die Stabilisierung der Valuta, die Wiederaufrichtung des internationalen Handels und die Erneuerung internationaler Zusammenarbeit ermöglichen." Alliierte Ministerpräsidenten mit Verständnis für dieses „nachdrücklichste Ersuchen" sind wahrhaftig „nicht von dieser Welt" des Kapitalismus. Zur praktischen Durchführung der Konferenzbeschlüsse wurde unverzügliches gemeinsames Vorgehen für eine Regelung der Reparationen beantragt, wie für die Zurückziehung der Besatzungsheere aus dem Rheinland, eine Forderung mit der auch jene verknüpft war, die Entente möge von einer Besetzung des Ruhrgebiets absehen. Die zur Annahme gelangten Anträge siehe an anderer Stelle dieses Heftes.

Die Konferenz wählte internationale Deputationen führender Pazifistinnen, die den Regierungen der verschiedenen Länder die Forderung eines Weltkongresses für den neuen Frieden vorzutragen haben. Jane Addams, Jeanne Mélin und Catherine Marshall haben diese Aufgabe bereits bei der holländischen und schwedischen Regierung erfüllt, selbstverständlich ohne etwas anderes erhalten zu haben, als einige unverbindliche freundliche Sätze. Harding wird sicher der Frauendeputation nichts anderes sagen. Die Konferenz richtete schließlich eine Resolution an den Weltfriedenskongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Sie begrüßt darin die Erklärungen des Internationalen Kongresses des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes zu Rom, allen Kriegen entgegen-

zutreten und versichert, daß die vertretenen Organisationen im Kampfe für dieses Ziel Seite an Seite mit den Arbeitern stehen werden. Sie wertet den einberufenen Weltfriedenskongreß als die Initiative des Gewerkschaftsbundes, eine gemeinsame internationale Aktion zu organisieren. Sie stellt des weiteren „mit Befriedigung" fest, daß der Internationale Gewerkschaftsbund alle internationalen Bestrebungen unterstützt, die auf eine Einschränkung und Kontrolle der Kriegsindustrie abzwecken und fügt hinzu, daß die Internationale Frauenliga „einen Schritt weiter geht, daß sie die völlige allgemeine nationale und internationale Abrüstung fordert." Die Resolution ruft schließlich die Arbeiter der Welt auf, diese Forderung zu unterstützen und den Kampf für die Aufhebung der jetzigen verheerenden Friedensverträge und die Einberufung eines Weltkongresses für einen neuen Frieden zu teilen. Die französische Sektion der Internationalen Frauenliga brachte noch am letzten Tage Leitsätze zur Frage des Völkerbundes ein, die wir in nächster Nummer mitteilen werden.

Wir haben die Stellungnahme und Beschlüsse der Haager Weltkonferenz ausführlich wiedergegeben, weil die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit und ihre Veranstaltung den radikalen und tatkräftigsten Flügel des bürgerlichen Pazifismus repräsentieren. Diese Linke — bei Kriegsausbruch verhöhnt und verfolgt — hat unstreitig unter den Intellektuellen, dem Klein- und Mittelbürgertum, ja in bestimmten Schichten der Bourgeoisie selbst an Einfluß und Gefolgschaft gewonnen. Und dennoch ist er, ist der bürgerliche Pazifismus die verkörperte politische Machtlosigkeit. Der Militarismus, der Imperialismus hat in der Ruhrbesetzung die Forderungen der pazifistischen Weltkonferenz und der dort vertretenen mehr als 20 Millionen Mitglieder mit einem brutal verächtlichen Blick bei Seite gestoßen. Wie kommt es, daß das Profitbegehren der französischen Hüttengewaltigen und der deutschen Kohlenfürsten so viel mächtiger, entscheidender ist, als der Wille von Millionen, als das Wohl Ungezählter? Hinter den Wenigen, die Kriege wollen, die Kriege heraufbeschwören, steht das Klasseninteresse der herrschenden Weltbourgeoisie, steht die kapitalistische Ordnung mit ihren starken Machtmitteln. Die herrschende Bourgeoisie aber wird sich nun und nimmer von den Pazifisten überreden lassen, auf Krieg und Kriegsverbrechen zu verzichten. Friedensstifter kann nur das Proletariat sein, das im revolutionären Klassenkampf die Macht der Bourgeoisie bricht, den Kapitalismus ausrottet. Der Pazifismus ist die letzte große Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft, gewiß eine schöne, eine berückende Ideologie. In der Praxis wird sie nichtsdestoweniger zur Bauernmädchenrechnung der Fénélon'schen Fabel, weil sie über den Stein des Kapitalismus stolpert. Dieser harte Gesell wird aber weder vor der besungenen mythischen „Urkraft der Frau" abdanken, noch vor den Gedankengängen eines Nationalökonomen, in denen sich kapitalistische Vulgärauffassung mit christlicher Moral verquickt. Nur die proletarische Revolution kann ihn niederzwingen, die trotz Sir Paish's Zusammenkoppelung mit gewöhnlichen kapitalistischen Kriegen die produktivste Kapitalanlage der Gesellschaft ist.

Zur Annahme gelangte Resolutionen des Haager Weltfriedenskongresses des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

I. Politische Resolution.

Der im Haag vom 10. bis 15. Dezember vom I.G.B. veranstaltete Weltfriedenskongreß lenkt die Aufmerksamkeit der Arbeiter aller Länder auf die Gefahren, die durch die wirtschaftlichen Gegensätze zwischen den um ihren Profit und um die Erweiterung ihrer Macht ringenden kapitalistischen Gruppen der verschiedenen Länder hervorgerufen und durch die nationalistische Agitation der diesen Gruppen untertänigen Presse verstärkt wird. Obgleich die Tendenz zum Kriege dem kapitalistischen System innewohnt, so kann ihr doch entgegengearbeitet werden durch den zielbewußten und entschlossenen Kampf der organisierten Arbeiterschaft, unterstützt von allen Kräften, die den Krieg bekämpfen.

Der Kongreß fordert deshalb von allen Organisationen, die zum Kampf gegen Militarismus und Imperialismus entschlossen sind, insbesondere von den sozialistischen Parteien aller Länder, daß sie an der Verwirklichung der Ziele mitarbeiten, die die in Rom gefaßte Resolution des IGB. ausdrückt, und ferner, daß sie ihre jetzt noch zersplitterten Kräfte zu gemeinsamen Aktionen zusammenfassen.

Der Kongreß erklärt ausdrücklich, daß die Führung des politischen Kampfes für den Frieden Angelegenheit der politischen Parteien ist. Die Organisationen, die sich der gemeinsamen Bewegung anschließen, behalten ihr selbständiges Programm.

Der Kongreß fordert:

1. Revision der Friedensverträge im Sinne der von den beiden sozialistischen und der Amsterdamer Internationale gemeinsam gefaßten Beschlüsse und im Einklang mit den Grundsätzen der wirtschaftlichen Solidarität der Völker.

2. Kampf inn- und außerhalb der Parlamente gegen Militarismus und Rüstungen; öffentliche Kontrolle über die Rüstungsindustrie durch den Völkerbund unter Mitwirkung der Arbeiterorganisationen; und Umgestaltung der Kriegsindustrien in solche, die für den Friedensbedarf arbeiten.

3. Aufnahme Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund; Umgestaltung des Völkerbundes zu einem allumfassenden Bund der Völker als oberste internationale Instanz zur friedlichen Regelung internationaler, ökonomischer, juristischer und politischer Fragen.

Zum Studium der Umgestaltung des Völkerbundes wird vom Kongreß eine Kommission eingesetzt.

4. Beseitigung der Geheimverträge und der Geheimdiplomatie.

* * *

II. Gewerkschafts-Resolution.

Der Krieg ist die fürchterlichste Geißel der Menschheit und ganz besonders des Proletariats.

Im Kriege ist das Proletariat immer Besiegter, der Kapitalismus immer Sieger.

Im Kriege mordet und schwächt das Proletariat auch nicht den Imperialismus eines Landes, sondern es mordet und schwächt nur sich selbst.

Jede Niederlage und Schwächung des Proletariats eines Landes ist immer auch eine Niederlage und Schwächung des Internationalen Proletariats und Sieg und Stärkung des internationalen Kapitalismus. Nicht in gegenseitiger Ueberwindung im nationalen Kampfe auf den Schlachtfeldern, sondern allein in der gegenseitigen Verbindung zum Internationalen Kampfe gegen die herrschende Klasse verbessert die Arbeiterschaft ihre Lage und sichert den Frieden.

Darum hat die Arbeiterschaft aller Länder die Pflicht, den Kampf gegen Krieg und Kriegsursachen mit allen Mitteln zu führen, direkt und indirekt, im Parlament und außerhalb des Parlamentes.

Zu diesem Zweck muß den innerhalb der Gewerkschaftsorganisationen bestehenden Spaltungen ein Ende gemacht und die Minderheiten müssen aufgefordert werden, sich mit der nationalen Zentrale wieder zu verbinden, um die Einheit der proletarischen Klasse herzustellen.

Außerdem ist eine unablässige und entschiedene Propaganda für den Völkerfrieden und gegen alle militaristischen und imperialistischen Kräfte zu organisieren mit dem zweifachen Ziel:

1. Alle Anstrengungen zur Beseitigung des Kriegsgeistes zu unterstützen und zu kräftigen;

2. die materielle Entwaffnung herbeizuführen, Kriegsgefahren zu verhindern und den Kampf zu leiten gegen alle Faktoren, die erst Kriege möglich machen.

Zur Erreichung dieser Ziele muß die Arbeiterbewegung den Kampf für den Frieden organisieren und allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen der Arbeiterschaft zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenwirken und den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch die Proklamierung und Durchführung eines internationalen Generalstreiks verhindern.

Durch Wort und Schrift muß die Arbeiterbewegung, wenn möglich in Verbindung mit außerhalb der Arbeiterbewegung stehenden Organisationen, eine Propaganda für den Gedanken der Völkerverbrüderung und gegen alles führen, was die bestehenden Gegensätze erhält oder verschärft.

Insbesondere muß sie ihre Aufmerksamkeit der antimilitaristischen und antikapitalistischen Erziehung der Jugend widmen und entsprechenden Einfluß auf das heutige Erziehungssystem ausüben.

Von höchster Bedeutung ist die strengste Kontrolle der Presse durch die Arbeiterschaft. Diese muß der Presse unablässig größte Aufmerksamkeit schenken und mit Hingebung für den Erhalt der bestehenden, sowie die Schaffung von neuen eigenen Presseorganen gegenseitige Beziehungen herstellen.

Von gleicher, wenn nicht noch größerer Bedeutung ist die Propaganda und die Aktion gegen Kriegsgefahren und für die zur Verhinderung eines Krieges notwendige Organisation.

Zu diesem Zweck darf die Arbeiterbewegung sich nicht darauf beschränken, eine Fabrikations- und Transportkontrolle über Kriegsmaterial auszuüben, sondern sie muß auch durch gewissenhafte und zähe Propaganda sowie durch Erziehungsarbeit unter den Arbeitern selbst in naher Zukunft die Fabrikation und den Transport von Kriegsmaterial unmöglich machen.

Die Gewerkschaftsorganisationen haben jeder Kriegsgefahr entgegenzuwirken und die Anrufung des Schiedsgerichtes für alle beteiligten Länder zu fordern.

In diesem Sinne obliegt dem Internationalen Gewerkschaftsbund die Verantwortlichkeit, gemäß dem Beschluß des Romkongresses, den Generalstreik und den wirtschaftlichen Boykott zu beschließen und durchzuführen.

Die Arbeiterschaft muß sich dafür einsetzen, die Schaffung eines wirklichen und wahren Völkerbundes herbeizuführen, in den die Arbeiter Vertrauen setzen können und dessen Entscheidung alle Differenzen zwischen einzelnen Staaten unterworfen werden müssen.

Die Propaganda für den Frieden ist mit allen Elementen zu führen, die bereit sind, für die Kampfführung die Resolution von Rom als Grundlage zu nehmen.

Die Vorbereitung jeder endgültigen Aktion liegt in Händen des vom Internationalen Gewerkschaftskongreß in Rom eingesetzten Komitees, das aus Vertretern des I.G.B. und der internationalen Berufssekretariate der Transportarbeiter, der Bergarbeiter und der Metallarbeiter besteht.

Die Leitung jeder endgültigen Aktion bleibt in Händen des Vorstandes des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der Weltfriede kann nicht eher gesichert werden, bis nicht die heutige kapitalistische Produktionsweise, die auf dem individuellen Gewinnstreben beruht, durch eine Produktionsweise abgelöst ist, die sich nach den Bedürfnissen und den Interessen der Gesamtheit richtet.

* * *

III. Resolution zur Ruhrfrage.

Unter dem tiefen Eindruck der beharrlich kursierenden Gerüchte, die — unter dem Titel von Garantien oder Pfändern — Gewaltmaßnahmen in Deutschland und namentlich eine militärische Besetzung des Ruhrgebiets befürchten lassen, wünscht der Kongreß vor allem mit Nachdruck zu erklären, daß der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete in Belgien, Frankreich und Italien eine unbedingte Voraussetzung für den moralischen und tatsächlichen Frieden zwischen den Völkern ist. In diesem Zusammenhang spricht der Kongreß seine Zustimmung aus mit den in Amsterdam (April 1921) und in Frankfurt (Februar 1922) vom Internationalen Gewerkschaftsbund und den sozialistischen Parteien ausgearbeiteten Vorschlägen.

Der Kongreß gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß einzig und allein die Durchführung dieses Programms eine befriedigende Lösung der beiden eng miteinander verknüpften Probleme der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete und des Wiederaufbaues der europäischen Wirtschaft verbürgt und macht es daher den hier vertretenen Organisationen zur Pflicht, sich mit allen ihren Kräften für ihre Verwirklichung einzusetzen.

Nachdem der Kongreß jedoch diese Prinzipien festgelegt hat, verurteilt er um so energischer und nachdrücklicher die Politik der Sanktionen, der Zwangsmaßnahmen und der Vergewaltigung, deren absolute Zwecklosigkeit durch die Tatsachen mehr als reichlich erwiesen ist, und die, auch wenn sie dem Buchstaben der Verträge zu entsprechen scheint, nichtsdestoweniger eine Verletzung des Rechts der Völker darstellt, die geeignet ist, den Geist des Mißtrauens und die Haßgefühle zwischen den Völkern aufrecht zu erhalten und so den Keim zu neuen Kriegen zu legen.

In gleicher Weise gibt der Kongreß seiner Entrüstung gegenüber einer Politik Ausdruck, die darauf gerichtet ist, statt wirklicher Reparationsmaßnahmen die Zerstückelung Deutschlands und eine verhüllte oder verwirklichende Annexion deutscher Gebietsteile herbeizuführen.

Der Kongreß verurteilt, ohne daß hier weiter die Vergeblichkeit solcher Bestrebungen nachgewiesen zu werden braucht, eine derartige Politik, die in das oberste Recht der Nationen und der Individuen, das Recht der Selbstbestimmung der Völker, eingreift.

Der Kongreß beauftragt alle vertretenen Gruppen, sich in ihrem Lande und in ihren Parlamenten für die Verwirklichung des obengenannten Programms einzusetzen und in feierlicher Weise ihrem Protest Ausdruck zu geben.

Der Kongreß ruft schließlich alle Völker als Vertreter des allgemeinen Gewissens auf, jeder Gewaltmaßnahme, die die Zivilisation und den Frieden bedrohen würde, ihren unerschütterlichen Willen entgegenzusetzen.

* * *

Die abgelehnte Resolution der russischen Delegation zum Haager Weltfriedenskongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

„In Erwägung, daß eine Unterdrückung der Kriege nur möglich ist, wenn auch das kapitalistische System beseitigt wird, dessen Folgeerscheinungen sie sind; in Erwägung, daß die Voraussetzung für jeden Kampf gegen die imperialistischen Kriege die Schaffung einer Einheitsfront ist, beschließt der Internationale Friedenskongreß:

1. Um den Kampf gegen den Krieg zu führen, ist ein Internationales Aktionskomitee zu ernennen, das aus Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes, der Zweiten Internationale, der Wiener Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien, der Kommunistischen Internationale, der Roten Gewerkschaftsinternationale (Moskau) und des Internationalen Genossenschaftsbundes zu bilden ist.

2. In allen Ländern sind ähnliche Aktionskomitees zu bilden, die sich aus Vertretern der obengenannten Organisationen zusammensetzen.

3. Zu diesen Aktionskomitees sind überdies jene Arbeiterorganisationen zuzulassen, die keiner Internationale angehören, aber den Kampf gegen den Krieg führen wollen.

4. Diese Aktionskomitees haben auch die Aufgabe, alles Erforderliche zu veranlassen, um der Spaltung innerhalb der Gewerkschaftsorganisation ein Ende zu machen, sowie eventuellen Spaltungen zuvorzukommen, dies unter der Voraussetzung, daß die Freiheit der Propaganda in den Organisationen selbst gesichert ist und die Einheit der Aktion respektiert wird.

5. Diese Aktionskomitees und die ihnen zugehörigen Organisationen haben unausgesetzt den Kampf zu führen gegen die Theorie und die Praxis der bürgerlichen Vaterlandsverteidigung, da diese Losung dazu benutzt wird, die Arbeiterklasse mit gebundenen Händen und Füßen der imperialistischen Bourgeoisie auszuliefern.

6. Damit der proletarische Kampf gegen den Krieg ein wirkliches Resultat zur Folge haben kann, ist die Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Klassen und Regierungskoalitionen aufzugeben und eine klare Scheidelinie zu ziehen zwischen den Arbeiterorganisationen und den bürgerlichen Regierungen.

7. In Rücksicht auf die Tatsache, daß der bürgerliche Pazifismus in der Illusion befangen ist, den Frieden aufrechterhalten zu können auf der Grundlage des Kapitalismus, fordert der Friedenskongreß alle Arbeiterorganisationen auf, durch eine systematische Arbeit diese pazifistischen Illusionen zu zerstören, zumal die Bekämpfung dieser gefährlichen Illusionen die Voraussetzung ist für einen wirksamen Kampf gegen den Krieg. Ohne die Mithilfe des bürgerlichen Pazifismus für die Sache des Friedens abzulehnen, spricht sich der Kongreß gegen einen Block mit der bürgerlichen Friedensbewegung aus, da ein derartiger Block nur eine Form der Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Klasse ist.

8. Um die Armee und die breiten Arbeitermassen für den wirklichen Kampf gegen den Krieg vorzubereiten, sind in der Armee gesetzliche und geheime Organisationen zu gründen, die durch unausgesetzte, zähe revolutionäre Arbeit sich im geeigneten Augenblick an die Spitze der Armee stellen können, um sich gegen die Bourgeoisie zu erheben.

9. Die Massen haben sich zum heftigsten Kampfe zu rüsten: für die Abschaffung des schmählichen Versailler Vertrages und analoger Verträge; gegen den unter der Firma des „Völkerbundes" tätigen imperialistischen Räuberbund; um mit äußerster Energie den Kampf zu führen gegen die durch die Wiedergutmachung bewirkte Versklavung der Arbeitermassen Deutschlands, Oesterreichs, Bulgariens etc. und auf diese Weise der Bourgeoisie aller Länder zu ermöglichen, die durch den imperialistischen Krieg in der ganzen Welt entstandenen Schäden zu bezahlen.

10. Die gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichteten Manöver des internationalen Imperialismus müssen demaskiert und alle zwischen den Regierungen geschlossenen Geheimverträge veröffentlicht werden.

11. Es ist nötig, zu dieser Aktion die Arbeiter und Bauern der von den imperialistischen Regierungen unterdrückten kolonialen und halbkolonialen Länder heranzuziehen.

12. Es ist eine Aktion einzuleiten zugunsten der sofortigen Räumung aller von den Alliierten besetzten Gebietsteile Deutschlands und der Räumung aller Länder, Gebiete und Territorien im Nahen und Fernen Osten, Afrika etc., deren Besetzung durch Truppen auf Grund von Mandaten des Völkerbundes, d. h. durch das einfache Recht des Stärkeren, erfolgte.

13. Den Kampf zu führen für die Entwaffnung aller weißgardistischen Organisationen (Faszisten, Bürgergarden, Orgesch) und für die Bewaffnung der Arbeitermassen, und eine Aktion in Angriff zu nehmen, um in allen Ländern Arbeiterregierungen zu bilden, deren Aufgabe ist, die oben genannten Forderungen gegen den Willen der herrschenden Klassen durchzusetzen.

14. Der Kongreß beschließt, vom 8. bis 15. Januar eine internationale Propagandawoche gegen den Krieg zu organisieren und für den 15. Januar einen 24-stündigen internationalen Generalstreik zu proklamieren, um zu protestieren: gegen den Krieg, gegen den Versailler Vertrag, gegen den Imperialismus, gegen die Diktatur des Kapitals, für die Machterhebung der Arbeit."

Resolutionen und Beschlüsse der Haager Weltfriedenskonferenz, einberufen von der Frauenliga für Frieden und Freiheit.

I. Resolution für einen neuen Frieden.

„Diese Konferenz, die von der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit einberufen ist, und an der 111 internationale und nationale Organisationen mit 20 Millionen Mitgliedern aus 20 Ländern teilnehmen, erklärt, daß der gegenwärtige trostlose Zustand Europas und seine Auswirkungen auf die übrige Welt nicht nur auf den Weltkrieg, sondern zu sehr großem Teil auch auf die gegenwärtigen Friedensverträge zurückzuführen sind.

Diese widersprechen den Waffenstillstandsbedingungen (den 14 Punkten des Präsidenten Wilson). Sie sind unvereinbar mit dem Geist des Völkerbundes, wie er im Vorwort zur Völkerbundsverfassung dargelegt ist und „gefährden" in der Tat „den Frieden der Welt". (Artikel 19 der Völkerbundsverfassung). Sie haben sich sowohl in politischer wie wirtschaftlicher, militärischer und psychologischer Beziehung als verhängnisvoll erwiesen.

Sie haben: a) den wirtschaftlichen Wiederaufbau auf der Grundlage internationaler Zusammenarbeit und Befriedigung internationaler Interessen verhindert, da sie seine Durchführung zu einer Angelegenheit jener Nationen machten, die in diesem Weltkriege den militärischen Sieg davontrugen; b) Feindseligkeit und Verdächtigungen geschaffen und anerkannt, welche die Abrüstung zu Land, Wasser und in der Luft immer mehr erschwert und die Ausschaltung chemischer und bakteriologischer Kriegführung

unmöglich gemacht haben; c) die Aufrichtung eines allgemeinen, demokratischen und wirksamen Völkerbundes verzögert.

Darum fordert diese Konferenz einen neuen Frieden auf Grund neuer Internationaler Vereinbarungen und seine Mitglieder beschließen, mit allen erdenklichen Mitteln für die Einberufung eines Weltkongresses, sei es durch den Völkerbund oder durch eine Nation oder eine Gruppe von Nationen zu wirken, um einen neuen Frieden zu schaffen."

* * *

II. Beschlüsse zur Frage der Reparationen, Gebietsbesetzungen, interalliierten Schulden und Indemnitäten.

1. Reparationen: Die Sektionen der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit in Großbritannien, Frankreich, Belgien und Italien schlagen eine sofortige Aktion vor, um gemeinsam einen Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit eine vernünftige Regelung der Forderungen, die von den Alliierten an Deutschland gestellt werden, herbeigeführt werde. Sie schlagen ferner vor, solidarisch vorzugehen und allen internationalen Organisationen oder Konferenzen besondere Vorschläge über die Frage der Reparationen zu machen. Ferner werden sie ein korrespondierendes Mitglied in allen obengenannten Ländern ernennen, um gemeinsames Vorgehen in Bezug auf zwischenstaatliche Unterhandlungen herbeizuführen. Des weiteren regen sie an, Literatur und eine Liste geeigneter Redner anzulegen und auszutauschen. Sie werden auch andere Mitglieder der Ententeländer zu gemeinsamer Arbeit einladen.

2. Besatzungsheere: Die Sektionen der Internationalen Frauenliga für Friede und Freiheit in Großbritannien, Frankreich, Belgien und den Vereinigten Staaten schlagen eine sofortige gemeinsame Aktion vor, um einen Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit die Besatzungsheere aus dem Rheinland zurückgezogen werden. Sie werden gemeinsam allen internationalen Organisationen oder Konferenzen, welche die Frage der Besatzungsheere besprechen, besondere Vorschläge machen.

3. Interalliierte Schulden und Indemnitäten: Diese Konferenz erkennt mit großer Bestürzung die internationale Gefahr einer Besetzung des Ruhrgebiets und legt der Reparationskonferenz, die binnen kurzem in Brüssel stattfinden wird, nachdrücklichst dar, daß der beste Weg zur Regelung des Problems der internationalen Verschuldung, die durch den Krieg entstanden ist, die sofortige Beseitigung der Indemnitäten und interalliierten Kriegsschulden ist, und daß die Wiederherstellung aller zerstörten Gebiete zu einer Angelegenheit internationalen Uebereinkommens gemacht werden sollte. Sie begrüßt den Vorschlag des Völkerbundes (Bericht der dritten Kommission, 1922) aufs wärmste, daß die Reparationsfrage von einem internationalen Gesichtspunkt aus betrachtet werden soll und fordert die Reparationskonferenz nachdrücklich auf, den Ententemächten zu empfehlen, sich des Völkerbundes zu bedienen, um alle Parteien zur Lösung der Frage in ihrer Gesamtheit zu vereinigen.

Diesen Forderungen soll Nachdruck gegeben werden durch:

a) Veranstaltung von Massendemonstrationen in Gemeinschaft mit verwandten Organisationen und Einzelpersönlichkeiten, mit religiösen Körperschaften, Hand- und Kopfarbeitern, Jugendbewegungen und den internationalen Verbänden ehemaliger Soldaten.

b) Gleichzeitige intensive Pressebearbeitung.

c) Betonung der Frage eines neuen Friedens in der politischen und Wahlarbeit.

d) Entsendung von Deputationen an Parlamentsmitglieder, Regierungen, Führer aller politischen Parteien und alle Organisationen, die in der Lage sind, einen Druck auf die Regierungen auszuüben.

e) Veranlassung einer Umfrage durch die Zeitungen über die Frage neuer internationaler Vereinbarungen, wie es bereits durch das französische Blatt „Le Matin" getan wurde.

Die Kommunistische Fraueninternationale

Monatschrift

Herausgegeben im Auftrag der Exekutive der Dritten Internationale und des internationalen kommunistischen Frauensekretariats in Moskau von Clara Zetkin

Februar 1923

Jahrgang 3 Heft 2

Preis 12000.— Mark

Verantwortlich für die Redaktion: Clara Zetkin, Sillenbuch.
Druck: Walther'sche Buchdruckerei, Komm.-Ges. - Stuttgart.

Inhaltsverzeichnis:

A) Artikel:

Der Internationale Kommunistische Frauentag 1923. Von Clara Zetkin.

B) Berichte:

Aus der kommunistischen Frauenbewegung.

Eine Konferenz des Frauen-Reichsausschusses der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Die Vorbereitung des Internationalen Kommunistischen Frauentags im Osten.

Eine Reichsfrauenkonferenz der Kommunistischen Partei der Tschechoslovakei.

Aufruf der russischen Genossinnen zum Internationalen Frauentag.

Aus der Frauenbewegung nichtkommunistischer sozialistischer Parteien und proletarischer Organisationen.

Die Vereinigung der Frauenbewegung der Mehrheitssozialdemokratie und der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands.

C) Notizen:

Frauenarbeit in der gesellschaftlichen Wirtschaft.

Umfang und Entlohnung der Frauenarbeit in Berlin 1921.

Prostitution.

Maßnahme zur Bekämpfung der Prostitution in Sowjet-Rußland.

D) Geschichtliches und Feuilleton.

Olympe de Gouges.

Die Kommunistische Fraueninternationale

Heft 2 Monatschrift Februar 1923

Der Internationale Kommunistische Frauentag 1923.

Und abermals ein Internationaler Kommunistischer Frauentag, der — von Sowjetrußland und den ihm angegliederten Räterepubliken abgesehen — nicht im Zeichen siegreicher Kämpfe des Weltproletariats gegen die ausbeutende und verknechtende Herrenmacht der Bourgeoisie steht! Im Gegenteil. Das unmöglich Dünkende ist Ereignis. Noch furchtbarer, noch zermalmender sind die Plagen und Nöte der Schaffenden geworden. Rücksichtsloser, gewalttätiger als je nützt die Bourgeoisie alle ihre Macht, um die Massen in Unterwerfung zu halten. Die Mordbanden des Faszismus ergänzen das Werk der Polizisten, Richter und Soldaten. Geldentwertung, Wucherpreise des unentbehrlichsten Lebensbedarfs, Ausplünderung durch Steuern und Abgaben, hier Arbeitslosigkeit, dort Anpeitschung der Lohn- und Gehaltsfrohnenden zu verlängerter Arbeitszeit, zu erhöhten Leistungen bei zermürbenden Arbeitsbedingungen, wachsende Unsicherheit des Erwerbs und der Existenz, sind internationale Charakterzüge unserer Zeit. Ebenso grausigstes Wohnungselend, chronische Unterernährung, gesteigert zum nackten Hunger, Mangel an Wäsche und Kleidung, an Licht, Wärme und Reinlichkeit, an den bescheidensten Kulturgütern, Proletarisierung des Klein- und Mittelbürgertums und namentlich der „Intellektuellen", Verwandlung von arbeitsfreudigen Besitzlosen in hungernde Bettler, unheimliche Ausbreitung von Seuchen, Verderben und Sterben in Not, namentlich von Kindern. Das aber in allen Ländern, wo der Kapitalismus noch unbeschränkter Herr ist im Hause seines Betriebs und auch im Hause seines Staats, trotz der „Demokratie", ja gerade mit ihrer Hilfe und mit ihrem Segen.

Das grauenvolle Massenschicksal wuchtet besonders schwer auf den Frauen, die nicht zu dem Klüngel kapitalistischer Unternehmer, Händler, Spekulanten, Schieber und Wucherer gehören. Kein Jammer der Gegenwart unter dem sie nicht doppelt, vielfach leiden. Die Arbeiterin und Angestellte, die Beamtin und Lehrerin etc. ist mehr als ihre Berufsgenossen von der Entlassung bedroht, und die Erwerbslose hungert und friert oft bitterer als der Mann ohne Verdienst, weil ihr schmälere Unterstützung wird, als ihm. Die Hausfrau trägt alle Sorgen, Entbehrungen und Schmerzen des Gatten, Sohnes und Bruders, sie leidet nicht bloß mit ihm, sondern auch für ihn. Die Mutter steht blutenden Herzens unter dem Golgathakreuz, wenn sie ohnmächtig ist, dem Hungerschrei ihrer Kinder nach Brot, Wärme, nach ein wenig Lebensfreude, Wissen und Schönheit zu stillen, sie vor den erbarmungslosen Griffen von Siechtum, Verkommen und Tod zu schützen. Ist nicht in allen kapitalistischen Ländern das Verkümmern und Sterben von Kindern, ist nicht die steigende

Zahl jugendlicher Verwahrlosten und Verbrecher eine der vernichtendsten Anklagen gegen die heutige Ordnung?

Die weiblichen Berufstätigen aber, die Hausfrauen und Mütter stehen im Allgemeinen dem gegen sie anstürmenden Elend widerstandsunfähiger, weniger gerüstet gegenüber als ihre Brüder der Plage und Pein. Sie empfinden des Lebens Nöte stark, allein sie sind schwach in der Abwehr, dagegen, sie sind Dulderinnen, statt Kämpferinnen. Das böse Erbe von vielhundertjähriger Botmäßigkeit unter dem Mann, des Eingepferchtseins in die Enge der vier Pfähle hat ihren Blick, ihren Willen kraftlos gemacht. So demütig, wie sie sich unter das Kommando des Mannes, der Familie beugt, so wenig wagt sie, sich aufzulehnen gegen die erbarmungslose Auswucherung durch die Kapitalisten, gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat.

Dazu kommt, daß noch immer in wichtigen Staaten die Frauen der öffentlichen, der politischen Rechte ermangeln, mittels deren sie für ihre Interessen und die der Ihrigen kämpfen können. Sind nicht so heute wie gestern und ehegestern die Frauen in der Schweiz, in Frankreich, in Italien, Belgien etc. ohne das Recht des Wählens und der Wählbarkeit zu den gesetzgebenden Parlamenten, „Objekte" der Gesetzgebung, nicht auch ihre „Subjekte"?

In den Jahren seit Ausbruch des verderbenreichen Machtkrieges zwischen den Imperialisten der großen Staaten haben sich die Mühsale und Qualen der werktätigen Frauen bergehoch getürmt. Ihre bescheidensten Hoffnungen auf Milderung wurden grausam enttäuscht, ihre Elendsbürde wuchs und wuchs. Am heutigen Internationalen Kommunistischen Frauentag finden sie sich trotzdem Aug' in Auge mit dem Unfaßbaren. Ein weiteres Anschwellen der Not steht vor der Türe. Die Internationale Konferenz der Regierungen zu Lausanne hat hell beleuchtet, daß es den Kapitalisten der verschiedenen Länder um alles geht, nur nicht um den Frieden, die Wohlfahrt der Völker. Es geht ihnen um die Herrschaft über die Dardanellen und Konstantinopel; um Eisenbahnen, Konzessionen und Ausbeutungsgewalt auf dem Balkan, in Kleinasien und Mittelasien; um den kürzesten und sichersten Weg nach Indien; um die Baumwollplantagen und Getreidefelder Aegyptens; um die Petroleumquellen von Mossul und Baku; um die Knechtung des russischen Arbeiter- und Bauernstaats und seine Umwandlung in ein Kolonialland der Weltbourgeoisie: kurz, um alles und jedes das ihnen einen Zuwachs an Macht und Reichtum verspricht.

Die beherrschende unstillbare Gier danach bereitet im Schoße der kapitalistischen Welt unzweifelhaft neuen Völkermord vor, größer an Umfang, furchtbarer an Schrecken und Greueln als der imperialistische Raubkrieg, den wir vier Jahre lang schaudernd erlebt haben. Noch sind die Millionen Todesopfer dieses Verbrechens an der Menschheit nicht verwest; noch bluten Herzenswunden von Müttern, Gattinnen, Schwestern und Bräuten; noch erweckt der Anblick hilfloser, unversorgter Kriegskrüppel und Kriegskranken tiefstes Mitgefühl und leidenschaftliche Empörung; noch zeugen die Trümmerhaufen ehemals blühender Arbeits- und Kulturstätten von der imperialistisch-militärischen Barbarei: und schon bereitet der Kapitalismus neuen Krieg vor. Die militärische Besetzung

des Ruhrgebiets durch den französischen Imperialismus ballt neue Wetterwolken zusammen. Ein Zufall kann darüber entscheiden, daß das Ringen zwischen den französischen Erzgewaltigen und den deutschen Kohlenfürsten, daß das Ringen zwischen dem siegestrunkenen Imperialismus der Poincaré's und dem von ihm gedemütigten und gefesselten Kapitalismus der Cuno zum blutigen Waffengang wird. Ein solcher kann sich aber nun und nimmer auf Frankreich und Deutschland beschränken. Er wird sich zu einem neuen imperialistischen Weltkrieg erweitern.

Doch auch ohne diese entsetzliche Zuspitzung ist und bleibt die Ruhrbesetzung Krieg. Krieg einer ausbeutenden und herrschenden Minderheit gegen ausgebeutete und unterdrückte Massen von Werktätigen, Krieg von Kapitalisten gegen Proletarier, geführt unter nationalen Fahnen. In der Tat! Letzten Endes sind es nicht die Thyssen, Klöckner und Stinnes, sind es nicht die deutschen Industrie- und Börsenritter, die die Lasten und Leiden der Besetzung tragen. Sie scheffeln Dank ihrer Milliardengewinne ein. Und die Nutznießer des raubgierigen imperialistischen Vorstoßes sind nicht etwa die Grubensklaven Nordfrankreichs, die von fressender Glut verzehrten Arbeiter in den Hüttenwerken von Longwy und Briey, die Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern jenseits des Rheins. Sie werden zusammen mit den Proletariern des Ruhrgebiets und ganz Deutschlands die Besiegten sein, wie sie zusammen mit ihnen und den Ausgebeuteten aller Länder als Unterworfene und Ausgeplünderte aus dem Krieg von 1914-1918 hervorgegangen sind.

Die zusammenfallende Gewalt der Bajonette des französischen Imperialismus und der Hungerpeitsche des deutschen Kapitalismus wird unvermeidlich dem Ruhrproletariat höchste Profite abzwingen wollen, wird über dieses mit gesteigerter Ausbeutung und Unterdrückung unsagbare Nöte heraufbeschwören. So unaufhaltsam aber seine Nöte sich zu Nöten der gesamten deutschen Werktätigen auswachsen, so todsicher werden sie sich auf die Enterbten in Frankreich und den andern kapitalistischen Ländern stürzen. Also will es die internationale Solidarität der Klassenlage, die die Ausgebeuteten und Unterdrückten, hinter welchen Grenzen auch immer sie wohnen, in einer nicht abzuschüttelnden Schicksalsgemeinschaft verbindet. Frauen und Männer! Auch die Frauen des schaffenden Volks sind in diese große Schicksalsgemeinschaft eingeschlossen. Mit den Gruben- und Hüttenarbeitern des Ruhrreviers werden die Arbeiterinnen, Kleinbürgerinnen, Kleinbäuerinnen in Frankreich, in England, in Italien etc. die Wirkungen von Poincaré's Säbel schmerzlich fühlen und auch sie werden erleichtert aufatmen können, wenn starke deutsche Proletarierfäuste die Stinnes- und Cunoherrlichkeit niederwerfen und eine Arbeiterregierung errichten.

So sind es verhängnisschwere Sterne, die über dem Internationalen Frauentag der Kommunisten funkeln. Und doch Sterne, die den Mühseligen und Beladenen der heutigen Ordnung nicht blos Unheil künden. Nein, sie leuchten ihnen auch die frohe Botschaft zu, daß sie wollend, handelnd das Unheil zu wenden vermögen. Je bedrohter gerade die schaffenden Frauen sich von ihm fühlen, um so mehr ist es ihre heiligste Pflicht, dazu auch ihre Macht voll zu nützen. Der Internationale Kommunistische Frauentag ruft sie zu dieser Pflichterfüllung. Er zeigt ihnen

den großen Schuldigen daran, daß sie und die Ihrigen trotz harten Schuftens und Schanzens hungernd vor leeren Tellern sitzen, während Müßiggänger roheste Genußorgien feiern. Er bringt ihnen die Möglichkeit, die Macht zum Bewußtsein, ihn zu überwinden und dadurch der Schlange ihrer Qualen den Kopf zu zertreten. Dieser große Schuldige ist weder der Franzose, noch der Deutsche, der Engländer oder Jankee. Er ist keiner Nationalität und ist von einer jeden. Es ist der Kapitalismus, der in seinem Todeskampf wild, verzweifelt um sich schlägt.

Kein Zweifel! Der Kapitalismus ist im Verfall, ist in der Auflösung begriffen. Seine Wirtschaft trägt nicht mehr genug Früchte, um die riesige Vergeudung und Vernichtung gesellschaftlichen Reichtums durch den Krieg wieder gut zu machen und die von diesem geschlagenen Wunden zu heilen; um die Parasitenklasse der Ausbeutenden in beispiellosen Luxus zu erhalten; um daneben das bescheidene, kümmerliche Dasein seiner Sklaven mit Hand und Hirn auf dem Niveau der Vorkriegszeit zu sichern. Noch aber herrscht die Bourgeoisie, die führende Klasse des Kapitalismus, in Wirtschaft und Staat. Noch eignet ihr die Macht zu den schmutz- und bluttriefenden Versuchen, auf den wundenbedeckten, gebeugten Rücken der Arbeiter, der Werktätigen alle Lasten und Leiden des Kriegs zu laden, auf ihre Kosten dem Kapitalismus das Leben zu fristen, ihm neue, gesunde Kräfte und Säfte zuzuführen. Was schiert die Bourgeoisie das zerstörte Lebensglück von Ungezählten, was das zerstampfte Leben selbst von Millionen? Die Menschen sind ihr nichts, der Besitz, ihre Ausbeutungsmacht ist ihr alles.

Jedoch Hand aufs Herz! Vermöchte die Bourgeoisie ihr Sinnen und Trachten durchzusetzen, wenn die Massen sich kämpfend wider sie erheben würden? Nein und zehnmal Nein! Ihre gewaltigen Machtmittel müssen wie Glas an dem Granit der Erkenntnis, des Willens, des Kampfes der Massen zersplittern, wenn diese entschlossen sind, Ausbeutung und Knechtschaft nicht länger zu tragen. Bei fortschreitender Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft herrscht und plündert die Bourgeoisie nicht mehr auf Grund ihrer sozialen Leistungen, nicht mehr auf Grund ihrer Stärke, sondern nur Dank dem Verrat der reformistischen Führer und seiner Auswirkung auf die Arbeiter. Sie kann nur noch Darbenden das letzte Stück Brot vom Munde reißen und kinderreiche Familien aus der trostlosen Mietskaserne in das Asyl für Obdachlose oder in einen leeren Stall treiben, weil die schaffenden Massen die Revolution und ihre Opfer fürchten. Es ist tief beschämend, daß die reformistischen Arbeiterführer die in Rußland in Fluß gekommene proletarische Revolution verraten haben, daß sie Stützen und Diener der Bourgeoisie und ihrer Profitmühlen sind. Allein, ist es weniger beschämend und schimpflich, daß die Ausgebeuteten und Versklavten solches dulden, ihr Teil am Verbrechen der Revolutionsfurcht und Revolutionsfeigheit tragen?

Die Kommunistische Internationale hat aus dem vielgestaltigen, mörderischen Jammer der Armen und Kleinen die richtigen Schlußfolgerungen gezogen. Laßt Euch nicht zertreten, erklärt sie ihnen. Schließt die Einheitsfront gegen die Weltbourgeoisie! Seid Ihr so sklavischer Gesinnung, daß Ihr an Eure Freiheit nicht zu denken wagt, so hört die

Stimme Eures knurrenden Magens! Auf zur Abwehr verschärfter Ausbeutung, höchster Not! Unser Internationaler Kommunistischer Frauentag gibt die Mahnung weiter an die Scharen werktätiger Frauen, denen Not und Tod ins vergrämte Antlitz starren. Wir wissen, daß die reformistischen Arbeiterführer um der nationalen Einheitsfront mit der Bourgeoisie willen die Anfänge der proletarischen Einheitsfront zu zertrümmern sich bemühen. Aber wir sind auch tief davon durchdrungen, daß diese sich gegen den verräterischen Willen der Herren bilden muß. Und wir sehen, daß die Frauen in der proletarischen Einheitsfront stehen müssen, wenn nicht eine große und verhängnisvolle Lücke in ihr klaffen soll.

So rufen wir in dieser Stunde, wo für das Proletariat Tod und Leben miteinander ringen, den Arbeiterinnen, weiblichen Berufstätigen, den Hausfrauen und Müttern ohne Unterschied des politischen Bekenntnisses und des Glaubens zu: Gedenket, daß Ihr eines Elends seid! Vereinigt Euch! Heraus aus Euren Marterwinkeln, um vor den Augen der goldtrunkenen, genußtaumelnden kapitalistischen Welt Eure Wunden zu enthüllen, Eure Forderungen heraus zu schreien und Euren Willen zu stärken, für diese Forderungen zu kämpfen. Stellt der rasenden Profitsucht der Kapitalisten und ihren Vorstößen Eure Ansprüche entgegen: Gleicher Lohn für gleiche Leistung und gleiche ausreichende Erwerbslosenfürsorge für Mann und Frau. Achtstundentag, freier Samstagnachmittag, Ausbau des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes für Erwachsene und Jugendliche und sinngemäße Ausdehnung auf alle Lohnarbeitenden. Strenge Maßregeln gegen Preiswucher! Kontrolle der Produktion, der Verteilung und der Preise durch Arbeiter- und Angestelltenräte, durch Kontrollausschüsse der Verbraucher, der Hausfrauen. Umfassender wirksamer Mutter-, Säuglings- und Kinderschutz; würdige soziale Fürsorge für Alte, Kranke, die Kriegsopfer. Befreiung der Werktätigen von den Steuerlasten und deren Abbürdung auf die Besitzenden durch Sachwerterfassung und Zwangsanleihen. Sicherstellung des Koalitions- und Streikrechts. Volles politisches, soziales Recht für alle Frauen. Sofortige Befreiung aller eingekerkerten revolutionären Kämpfer.

Der Internationale Kommunistische Frauentag fordert die werktätigen Frauen auf, mit ihren Brüdern zusammen den festen Willen zu bekunden, diese und ähnliche Forderungen durchzusetzen. Bekunden nicht durch Worte, vielmehr durch Taten, indem sie mutig den Kampf aufnehmen gegen die ausbeutende Eigentumsmacht der Bourgeoisie, gegen die knechtende Gewalt ihres Staats, wo immer und unter welcher Form auch diese beiden Todfeinde ihnen entgegentreten, Kampf, zähen, heißen, entschlossenen Kampf gegen die Kriegsrüstungen und Kriegstreibereien der Bourgeoisie, gegen die Ruhrbesetzung! Kampf gegen den weißen Terror, gegen den Faszismus! Kampf für die Sicherung der Rechte und die Stärkung der Machtposition der Betriebsräte und der Arbeiterkomitees. Kampf für die Entwaffnung der Bourgeoisie und die Bewaffnung der Arbeiter, der Werktätigen! Kampf für die Arbeiterregierung!

Wir sind zu klein, zu schwach, um großen Kampf für große Dinge zu wagen, werden viele Frauen erklären. Unser Frauentag antwortet ihnen: Ihr Kleingläubigen! Euer Kleinmut macht Euch schwach. Blickt

auf Euere Schwestern in Sowjet-Rußland! Sie haben gezeigt, wie unüberwindlich, wie stark Frauen sind, wenn sie für ihre Freiheit kämpfen. Der erste Arbeiter- und Bauernstand der Welt konnte nur geschaffen und gegen den wütenden Ansturm seiner Feinde verteidigt werden, weil auch Massen von Proletarierinnen, von Bäuerinnen für ihn kämpften, ihr Herzblut und nie rastende Arbeit an sein Werden und seinen Aufbau hingaben. Sie wußten warum. Hatte er nicht das Unrecht altersgrauer Zeiten von ihnen genommen und sie als Gleichverpflichtete, Gleichberechtigte und Gleichgewertete in das brausende, neue Leben der Gesellschaft geführt?

Bei unserem Frauentag stehen die Kommunisten Sowjet-Rußlands Seite an Seite mit uns, um die werktätigen Frauenmassen zu sammeln für die Verwirklichung ihrer vollen Befreiung. Kein Recht, kein Gesetz macht es ihnen streitig. Jedoch das Weltproletariat ist erschreckt vor seiner großen Aufgabe zurückgewichen, die Weltrevolution weiterzuführen. In der Folge machen sich nun auf Sowjet-Rußlands Boden alle Umstände geltend, die dem kommunistischen Aufbau hinderlich, ja feindlich sind. Sie wirken sich zumal in der Wirtschaft aus. In großen Scharen werden die Frauen wieder aus der modernen gesellschaftlichen Produktion ausgeschaltet und auf den Haushalt verwiesen. Arbeitslosigkeit droht ihnen mit all ihren Schrecken, mit dem Versinken in Not, dem Untergang in der Prostitution. Die zerrüttete, rückständige Wirtschaft gibt dem Sowjetstaat noch nicht die Mittel, all jene sozialen Einrichtungen für den Schutz der Mütter und Kinder zu schaffen, für die Entlastung der Hausfrau und Mutter, dank deren die Frau erst in Wahrheit und Tat frei wird.

So ist es der Widerspruch zwischen formalem Frauenrecht und der Wirklichkeit des Frauenlebens, beherrscht vom ungeschriebenen Zwangsgebot der Wirtschaft, der dem internationalen Frauentag in Sowjet-Rußland die Losungen vorschreibt. Sie sind im Einzelnen und in ihrer Gesamtheit darauf gerichtet, diesen Widerspruch zu überwinden. Das aber durch die Erweckung und Schulung der breitesten Frauenmassen für die verständnisvolle und freudige Mitarbeit am Aufbau der Wirtschaft und des sozialen Lebens in der Richtung zum Kommunismus. Die Forderungen, die die russischen Kommunistinnen und Kommunisten am Internationalen Frauentag den Proletarierinnen und Bäuerinnen vorantragen, müssen — ungleich den Verhältnissen in den kapitalistischen Ländern — nicht den sich sträubenden Gewalten einer herrschenden Bourgeoisie und des bürgerlichen Klassenstaats abgerungen werden. Von der Forderung, arbeitslose Frauen in produktiven Artelsverbänden — zusammenzuschließen bis zu jener der Errichtung von Ausbesserungswerkstätten und öffentlichen Waschhäusern, der berufstechnischen, wissenschaftlichen und praktischen Durchbildung der Frauen in allen Lern- und Lehranstalten finden sie die tatkräftige Unterstützung an der Sowjetregierung des Rätestaats, Gewerkschaften, Genossenschaften, alle Arten der proletarischen Organisationen und Sowjetorgane sind kraftvolle Helfer, daß ihnen Erfüllung wird. Von Räte-Rußland ausgehend flutet der Strom erweckenden Lebens unter die Frauenmassen der andern förderierten Sowjetrepubliken und des Orients. Hier ist

unser Internationaler Frauentag eines der erfolgreichsten Mittel, die Versklavtesten der Versklavten zum Kampf für ihre Freiheit wachzurütteln und unter dem kommunistischen Banner zu vereinen.

Der Kommunistische Internationale Frauentag ist Geist vom Geist, Kraft von der Kraft der Dritten Internationale. Keine Frauensache! Das gemeinsame Werk aller Kommunisten, ob Mann, ob Weib. Er ist ein Glied der Kette des Kampfes für die proletarische Einheitsfront und in proletarischer Einheitsfront. Diese Kette schließt sich nur ganz, wenn auch die werktätigen Frauen in ihr nicht fehlen. Sie dürfen in ihr nicht fehlen. Diese Kette allein ist stark und fest genug, die mörderischen, gewalttätigen Fäuste der Bourgeoisie zu binden. Und hat das Proletariat diese Fäuste gefesselt, so wird es das Selbstvertrauen gewinnen und seinen Todfeind, den Kapitalismus, niederschlagen. Auf die Abwehr schwärzesten Elends muß der Vorstoß folgen zur Eroberung der Macht durch das Proletariat, zur Errichtung seiner Diktatur. Auch unser Frauentag ist ein Schritt zu diesem Ziel.

Clara Zetkin.

Aus der Kommunistischen Frauenbewegung.

Eine Konferenz des Frauen-Reichsausschusses der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Die letzte Reichsfrauenkonferenz der KPD. hatte beschlossen, daß falls es im Hinblick auf die kommunistische Arbeit unter den Frauen nötig scheine, eine Sitzung des Frauenreichsausschusses einzuberufen sei. In Ausführung dieses Beschlusses wurde vom Frauenreichssekretariat im Einvernehmen mit der Zentrale eine solche Sitzung für den 28. Januar nach Leipzig einberufen. Sie war der Auftakt des Parteitags, der am gleichen Datum eröffnet wurde.

Die Konferenz nahm zuerst Stellung zur politischen Lage, die im Zeichen der Ruhrbesetzung und der damit drohenden Kriegsgefahr stand. Sie begrüßte es, daß das Frauenreichssekretariat sich bereits in einem Aufruf an die schaffenden Frauen gewandt und sie aufgefordert hatte, sich nicht wie 1914 widerstandslos in den Krieg hineinreißen zu lassen, sondern sich der wachsenden Welle des Nationalismus entgegen zu werfen. Es wurde beschlossen, die Bezirke aufzufordern, öffentliche Frauenversammlungen und Straßendemonstrationen gegen die drohende Gefahr zu veranstalten. Die Kampagne soll vor allem im Ruhrgebiet selbst durchgeführt werden, um dort der nationalistischen Verhetzung und dem gefährlichen Treiben der Faszisten entgegen zu wirken. Genossinnen wiesen auch auf die Pflicht hin, die Kinder den kommunistischen Kindergruppen zuzuführen, um ein Gegengewicht zu schaffen gegen die chauvinistische Beeinflussung durch die Schule. Befürwortet wurde, Versammlungen der Gegner zur Propaganda unserer Ideen auszunutzen.

Der Frauenreichsausschuß war einhellig der Meinung, daß der Kampf gegen die Teuerung fortgeführt und gesteigert werden muß. Alle Bemühungen sind zu machen, die breitesten Frauenmassen für ihn zu mobilisieren. Die Bildung von Hausfrauenkontrollausschüssen hat nur in

Thüringen und im Rheinland zu stärkerer Aktivität der Proletarierinnen und damit auch zu einigen kleinen Erfolgen geführt. Genossin Arendsee, die Vertreterin der Hausfrauen im Reichsausschuß der Betriebsräte, betonte besonders stark, wie nötig es sei, daß die Kontrollausschüsse aufs engste mit den Hausfrauenausschüssen zusammenarbeiten. Hausfrauenkonferenzen sollen bezirksweise organisiert werden; ein Reichsausschuß der Hausfrauenkontrollausschüsse ist zu bilden. Die Konferenz beauftragte die Genossinnen Arendsee-Berlin, Weinrich-Jena und Kruse-Essen damit, Richtlinien für die Tätigkeit der Hausfrauenkontrollausschüsse auszuarbeiten, die als Vorschläge den Organisationskommissionen des Parteitags vorgelegt werden sollen.

Die Tagung beschäftigte sich mit der kraftvollen Weiterführung des Kampfes für Mutter- und Kinderschutz und die Aufhebung des Abtreibungsparagraphen. Sie stimmte dem Vorschlag des Frauenreichssekretariats zu, in einem Offenen Brief die Gewerkschaften und die Vereinigte Sozialdemokratische Partei aufzufordern mit den Kommunisten gemeinsam für die Beseitigung des Abtreibungsparagraphen zu kämpfen. Durch diesen Brief wird die Bewegung in die Betriebe getragen und die Arbeiterinnen werden für sie mobilisiert, wie sie auch an der Revolutionierung der Geister in den Gewerkschaften und in der Sozialdemokratischen Partei interessiert werden. Es wurde den tagenden Genossinnen dringend empfohlen, dafür zu sorgen, daß Material über Mißstände in den Entbindungsanstalten, Säuglingsheimen und ähnlichen Anstalten, über Durchbrechung des Arbeiterinnenschutzgesetzes, über Verfolgungen proletarischer Frauen auf Grund des Abtreibungsparagraphen usw. sofort behufs Verwendung an das Frauenreichssekretariat oder die parlamentarischen Körperschaften eingeschickt wird.

Die Konferenz behandelte als eine der nächsten Aufgaben die Vorbereitung und Durchführung des Internationalen Frauentags in der Woche vom 4.—11. März. Beschlossen wurde statt der Herausgabe einer Sondernummer die entsprechende Ausgestaltung der laufenden Nummer der „Kommunistin". Es wurde unterstrichen, daß der Frauentag als Aktion der Gesamtpartei durchzuführen sei. Auf den bevorstehenden Bezirksparteitagen soll die Durchführung des Frauentags mit den Genossen besprochen werden. Das Frauenreichssekretariat wird rechtzeitig für Flugblätter, Referentenmaterial, Artikel in der Parteipresse etc. sorgen.

Besondere Aufmerksamkeit wendete die Konferenz der Betätigung zu, die Arbeiterinnen in den Betrieben und Gewerkschaften zu erfassen und die Frauen zur Mitarbeit in den Genossenschaften heranzuziehen. Die Diskussion darüber zeitigte wertvolle praktische Fingerzeige und Anregungen für planmäßige Kleinarbeit unter den Arbeiterinnen, weiblichen Angestellten und Hausfrauen. Als notwendig wurde erklärt, daß das Frauenreichssekretariat und die Frauenagitationskommissionen ganz regelmäßig und dauernd mit den Genossenschaftsabteilungen zusammenarbeiten. Im Zusammenhang mit der Frage der Propaganda in den Betrieben und Gewerkschaften wurde auch das Problem der „Doppelexistenz" erörtert. Die Konferenz erachtete es für geboten, den Jenaer Beschluß darüber vom Parteitag zu Leipzig bekräftigen und in einigen Punkten erläutern zu lassen.

Eindringlich wurde den Genossinnen ans Herz gelegt, eine regere Agitation für die Verbreitung der „Kommunistin" zu entfalten. Die unvermeidliche Preiserhöhung hat zu einem erheblichen Rückgang des Absatzes geführt. Wird er nicht wett gemacht, so muß mit der Möglichkeit eines nur einmaligen Erscheinens des Blattes im Monat gerechnet werden, wodurch es an politischer Aktualität verlieren würde. Genossin Sturm legte der Konferenz einen Antrag an den Parteitag vor, die Statuten der Partei betreffs der Stellung der Genossinnen in den leitenden Körperschaften zu ändern. Die Leiterinnen der Frauenagitation waren bisher vollberechtigte Mitglieder in der Zentrale, den Bezirks- und Ortsleitungen der Partei. Nach dem Antrag sollen sie als Vertreterinnen ihrer Abteilung nur mit beratender Stimme diesen Körperschaften angehören. Dadurch soll ein Sonderrecht der Genossinnen beseitigt und vermieden werden, daß diese politische Verantwortlichkeit für die Beschlüsse der Gesamtkörperschaft tragen, der sie nicht auf Grund ihrer politischen Eignung angehören, sondern nur wegen ihrer Tätigkeit für die Frauenagitation. Mit der Aufhebung des den Genossinnen eingeräumten Sonderrechts werden diese um so fester und vollständiger als Gleichberechtigte der Parteiorganisation eingegliedert. Der Antrag wurde sehr eingehend erörtert. Schließlich erklärte sich die Konferenz mit der Statutenänderung einverstanden, soweit es sich um die Vertretung der Genossinnen in der Zentrale handelt. Dagegen soll in den Bezirks- und Ortsleitungen der gegenwärtige Zustand zunächst noch bestehen bleiben. Die Genossinnen befürchteten von der Aenderung auch hier eine Schwächung ihrer Arbeit. Betont wurde von allen Seiten, daß die Frage nicht als Prinzipienfrage aufgefaßt werden dürfe, sondern lediglich Frage der Zweckmäßigkeit sei. Der entsprechend der Auffassung der Genossinnen abgeänderte Antrag Sturm wurde einstimmig angenommen und beim Parteitag eingebracht, der ihm seine Zustimmung gab.

Der Konferenz des Frauenreichsausschusses stand nur wenig Zeit zur Verfügung. Sie hat diese Zeit sehr gut ausgenutzt und eine Fülle tüchtiger Arbeit geleistet, ohne sich mit seichtem Gerede an der Oberfläche herum zu begnügen. Durch die Beschränkung auf das sachlich Notwendige, den Verzicht auf Ueberflüssiges haben die Genossinnen ihre Reife und ihre Entschlossenheit zu Arbeit und Kampf bekundet.

Die Vorbereitung des Internationalen Kommunistischen Frauentags im Osten

wird heuer durch die Orientabteilung des Internationalen Frauensekretariats mit besonderer Aufmerksamkeit und Energie planmäßig durchgeführt. Die von Genossin Casparova geleitete Abteilung hat sich in einem Rundschreiben an alle in Betracht kommenden Parteiorganisationen und Parteiorgane der Ostländer wie der östlichen mit Räterußland föderisierten Sowjetrepubliken gewendet. Unter Hinweis auf die Resolution unseres Vierten Weltkongresses zur kommunistischen Arbeit unter den Frauen hebt das Rundschreiben die Bedeutung und die Aufgaben des Frauentags hervor, die breitesten Massen der Proletarierinnen, Bäuer-

innen, der schaffenden Frauen jeder Art mit dem Bewußtsein der internationalen Solidarität der Ausgebeuteten und Unfreien aller Länder zu erfüllen wie mit der Erkenntnis, daß diese Frauen nur zusammen mit Werktätigen im revolutionären Kampfe gegen das einheimische und ausländische Kapital ihre Befreiung erringen können. Es unterstreicht ferner, daß die Einheitsfront des Proletariats im Kampfe gegen die Weltbourgeoisie, den Imperialismus und Militarismus ohne die Frauen unvollständig bleibt.

Dem Rundschreiben sind sehr eingehend und sorgfältig ausgearbeitete Leitsätze über den Internationalen Kommunistischen Frauentag beigefügt, die wir aus Mangel an Raum zu unserem Bedauern nur im Auszuge wiedergeben können. Die Leitsätze behandeln zuerst die Bedeutung unseres Frauentags, der wie der 1. Mai eine Bekundung des Kampfeswillens der Arbeiter aller Länder gegen den Kapitalismus sein soll, eine Bekundung, bei der die revolutionäre Avantgarde des Weltproletariats, die kommunistischen Parteien im Interesse der werktätigen Frauen nicht bloß deren volle Gleichberechtigung und Befreiung fordern, sondern auch alle Einrichtungen und Maßnahmen, die geeignet sind, ihre Tagesnöte zu lindern, ihre Lebensbedingungen als Berufstätige, als Mütter zu verbessern. Es folgt dann eine gedrängte Darstellung der Geschichte des internationalen Frauentags, dessen Vorläufer der Frauensonntag der amerikanischen Sozialistinnen von 1909 war. Entsprechend dem entscheidenden Beschluß der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz zu Kopenhagen 1910 wurde der Frauentag 1911 in verschiedenen Ländern veranstaltet, besonders in Deutschland und Oesterreich. In den folgenden Jahren bürgerte sich der Frauentag in immer mehr Ländern ein und wurde in größerem Umfange veranstaltet, 1914 zum ersten Mal auch in Frankreich. Von 1913 an tritt bei der Manifestation die Forderung des Friedens, der Kampf gegen Militarismus und Imperialismus in den Vordergrund.

Trotz des wütenden Zarismus wurde 1913 der Internationale Frauentag in Rußland veranstaltet, in Petersburg. Er mußte sich im Rahmen der drakonischen Legalität halten. Der zweite Versuch, den Frauentag in Rußland zu veranstalten 1914, führte in Petersburg zur Verhaftung aller Beteiligten. Die bei dieser Veranstaltung zu Gunsten der Frauen erhobenen Forderungen gipfelten in der Losung: Kampf für den Sturz des Zarismus. Die Bemühungen einer Minderheit revolutionärer Sozialistinnen Europas während des imperialistischen Raubkrieges den Internationalen Frauentag hochzuhalten und mit starker Betonung seines Klassenkampfcharakters zu einer Kundgebung revolutionärer internationaler proletarischer Solidarität gegen den Krieg und für den Frieden zu gestalten, stießen auf den Widerstand der sozialpatriotischen Parteien der Zweiten Internationale und wurden von den Behörden unterdrückt. Nur in Norwegen, in Christiania gelang es 1915 eine Frauentagsdemonstration mit dem Ruf durchzuführen: Krieg dem Kriege!

Im Jahre 1917 erhielt der Internationale Frauentag am 8. März in Rußland welthistorische Bedeutung. Er wurde mit der Hauptlosung veranstaltet: Frieden und Brot! Diese zündete unter den Schwerstes leidenden und hungernden Proletarierinnen und Soldatenfrauen. Zu

vielen Zehntausenden erschienen sie demonstrierend in den Straßen Petersburgs. Ihr Auftreten war der Auftakt der russischen Revolution. Die Kunde dieses gewaltigen Ereignisses führte auch in anderen europäischen Ländern zu Frauendemonstrationen wider den Krieg, so u. a. in Rumänien. Der Internationale Frauentag lebte jedoch zunächst noch nicht kraftvoll wieder auf. Das Streben revolutionärer Sozialistinnen und Kommunistinnen in Deutschland, 1919 den Frauentag abzuhalten, blieb in der Zeit des Noskidenterrors ganz erfolglos; der Internationale Frauentag der deutschen Kommunistinnen 1920 war nicht mehr als ein achtungswerter Beginn. Der Internationale Frauentag gewann erst wieder Leben und Bedeutung, als in verschiedenen Ländern Westeuropas Kommunistische Parteien entstanden und sich der zu Moskau gegründeten Dritten Internationale anschlossen. Damit wurde auch die kommunistische Frauenbewegung dieser Parteien unserer Internationale eingegliedert und kam in die innigste Verbindung mit den russischen Genossinnen. Beides war für die Wiedergeburt des Internationalen Frauentags entscheidend. Die Führer der Kommunistischen Internationale erkannten den revolutionären Wert, den der Frauentag haben kann: die kommunistischen Weltkongresse und internationalen Frauenkonferenzen erklärten es als Pflicht der kommunistischen Parteien, ihn als allgemeine Sache durchzuführen. Der Internationale Frauentag wurde zum Aufmarschtag, an dem die Frauen der Werktätigen aller Länder, geschart ums rote Banner des Kommunismus ihre internationale Solidarität im Kampfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung bekunden.

Die Leitsätze geben des weiteren einen Ueberblick über den Internationalen Frauentag in der Russischen Sozialistischen Föderierten Sowjetrepublik, also in Sowjet-Rußland und den mit ihm verbündeten Rätestaaten. Seit dem Sieg der Revolution, der Eroberung der Staatsmacht durch das Proletariat, wurde der Internationale Frauentag hier in allen Städten und ungezählten Dörfern begangen. Zum ersten Mal in diesem Umfang am 8. März 1918 und seitdem alljährlich immer allgemeiner und erfolgreicher. In Sowjet-Rußland und den mit ihm verbündeten Räterepubliken Georgien, Armenien, Aserbeidschan, Turkestan usw. ist der Frauentag erfüllt von dem Bewußtsein der internationalen Solidarität, die die von der Revolution rechtlich und sozial befreiten werktätigen Frauen mit ihren unterdrückten und rechtlosen Schwestern in anderen Ländern verknüpft. Er ist getragen von der Erkenntnis der Errungenschaften der proletarischen Revolution, von Begeisterung für die Revolution. In Räte-Rußland und all den Ländern, wo sich die Staatsgewalt in den Händen der Arbeiter und Bauern befindet, stellt das Sowjetgesetz die Frau dem Mann vollkommen gleich. Damit aber dieses Gesetz sich ganz auswirkt, und die werktätigen Frauen in jeder Beziehung ihre Freiheit erlangen, muß die Wirtschaft aufgebaut und zur kommunistischen umgewälzt werden. Die Frau findet dann ihren Platz in der planmäßig organisierten und geleiteten sozialen Wirtschaft, und die Gesellschaft ergreift alle Maßnahmen und schafft alle Einrichtungen, die die Frau als Mutter entlasten und ihr die Bürden der alten Haushaltung abnehmen. Ohne Mitarbeit der Frauen beim Aufbau der Wirtschaft und der Umwälzung der Gesellschaft ist der Kommunismus unmöglich.

Der Internationale Frauentag ruft und sammelt die breitesten Massen der schaffenden Frauen zur Erfüllung der ihnen dadurch erwachsenden Aufgaben. Gleichzeitig zeigt der Arbeiter- und Bauernstaat durch die Eröffnung von Krippen, Mütter- und Säuglingsheimen, Kinderheimen, Waschhäusern, Ausbesserungswerkstätten usw., daß er die tatsächliche Befreiung der Frau praktisch fördert. Die spezifischen Frauentagsforderungen wurden und werden selbstredend mit den allgemeinen politischen Aufgaben der Stunde verbunden. So war die Losung 1918 und 1919: Abwehr der Angriffe der Konterrevolution, der Weltbourgeoisie, Stärkung und Unterstützung der Roten Armee. Der Sammelruf des heurigen Frauentags wird sein: Verbleiben der Frau in der sozialen Produktion und Steigerung ihrer Leistungstüchtigkeit auf allen Gebieten. Genossenschaftliche Gestaltung der Lebensführung und Errichtung entsprechender Einrichtungen. Kampf gegen die Arbeitslosigkeit der Frauen durch Artels. Kampf gegen die um sich greifende Prostitution.

Der folgende Abschnitt der Leitsätze behandelt den Frauentag in den kapitalistischen Ländern in der Nachkriegszeit. Er gedenkt des belebenden Einflusses, den die erste Internationale Kommunistische Frauenkonferenz zu Moskau 1920 auf die Durchführung des Frauentags in Deutschland, Bulgarien, Oesterreich, der Tschechoslovakei usw. hatte. Er kennzeichnet den Unterschied in der rechtlichen und sozialen Stellung der Frau in den Sowjetstaaten und in den Ländern, wo der Kapitalismus infolge des Revolutionsverrats der Reformisten noch unumschränkter Herr ist. Die Leitsätze weisen auf die dadurch gegebenen Forderungen des Frauentags in diesen Ländern hin, wie Wahlrecht, gleicher Lohn für gleiche Leistung von Frau und Mann usw. und unterstreichen, daß der beherrschende Mittelpunkt die Werbung ist für den Kampf zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Aufrichtung seiner Diktatur. Sie verbreiten sich dann eingehender über den Internationalen Frauentag von 1922, bei dem überall zur Pflichterfüllung aktivster Solidarität mit Sowjet-Rußland besonders stark aufgerufen wurde. Sie begründen, weshalb die Kundgebung dieses Jahres im Zeichen der proletarischen Einheitsfront stehen muß.

Die Leitsätze beschäftigen sich schließlich mit der Bedeutung des Internationalen Frauentags und seinen Losungen für die schaffenden Frauen des Ostens. In der Türkei, in Aegypten, in Persien, ganz Mittelasien, Indien stöhnen die Frauen des werktätigen Volks unter der Ausbeutung und Unterdrückung durch die einheimischen Besitzenden und Herrschenden, und die fremdländischen Kapitalisten. Sie werden durch religiöse Satzungen und uralte Sitten und Gebräuche geknechtet. Das muß der Frauentag berücksichtigen, damit er die Frauenmassen wecken und im Bewußtsein der Solidarität aller Ausgesogenen und Unterdrückten den internationalen proletarischen Kampfesheeren einreihen kann. Der Frauentag wird oft genug zum Ausgangspunkt werden für die Verbindung erwachender Arbeiterinnen, Bäuerinnen mit den bestehenden jungen kommunistischen Parteien. Eine umfassende und gründliche Vorbereitungsarbeit ihrerseits ist für den Erfolg unserer internationalen Kundgebung notwendig. Ebenso nötig sind den Umständen

entsprechende Forderungen: Beseitigung der Zurücksetzung der Frauen im sozialen Leben; Abschaffung jeder Form der Polygamie; Abschaffung des Brautkaufs; Ehescheidungsreform; Recht der Frau auf Berufsarbeit und gleiche Entlohnung für beide Geschlechter; Achtstundentag und gesetzlichen Schutz für die Arbeiterinnen, Mütter und Kinder; politische Rechte für die Frauen und in erster Linie Kampf gegen den einheimischen ausbeutenden Reichtum, Kampf gegen den Imperialismus, zumal den englischen Imperialismus; Kampf für die nationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit; Solidarität mit Sowjet-Rußland, mit allen Sowjetstaaten.

In manchen Ländern des fernen Ostens sind bereits die Anfänge einer überwiegend bürgerlichen Bewegung für die Gleichberechtigung der Frauen vorhanden, ebenfalls auch die Ansätze zur Beteiligung der Frauen an den politischen und revolutionären Bestrebungen. Die moderne Industrie ist hier mehr oder minder stark entwickelt, es gibt ein zahlreiches weibliches Proletariat, kraftvolle kommunistische Organisationen aber fehlen. Auch in diesen Ländern muß der Frauentag genutzt werden, um die leidenden und verknechteten Frauenmassen in der Erkenntnis einer Not und eines großen gemeinsamen Feindes mit den Brüdern und Schwestern der Sowjetstaaten und der ganzen Welt zu verbinden. Die Losungen müssen unter Berücksichtigung der in jedem Lande gegebenen tatsächlichen Verhältnissen gewählt werden. Für das imperialistische Japan mit seinen Arbeiterorganisationen treten z. B. in den Vordergrund: Einbeziehung der Arbeiterinnen in die Gewerkschaften ihrer Berufsgenossen — nicht in Frauengewerkschaften — politisches Frauenrecht, Arbeiterinnen-, Mutter- und Kinderschutz. Sammlung der Frauen in der Kommunistischen Partei zum Kampfe gegen den Militarismus und den Kapitalismus. In Korea, China, Holländisch Indien, wo der ausländische Kapitalismus sich einzunisten beginnt und zum Teil schon festen Fuß gefaßt hat, muß der Frauentag einer energischen, planmäßigen Agitation unter den großen Massen ausgebeuteter Proletarierinnen und Bäuerinnen dienen, der Gewinnung von „Sympathiesierenden" für die Ideale des Kommunismus. Auch hier wird der Kampf gegen den Imperialismus und die internationale Solidarität der Schaffenden und Niedergetretenen der ganzen Welt im Mittelpunkt der Losungen stehen. Wenn die Kommunisten den Frauentag in den Ländern des Ostens mit grundsätzlicher Festigkeit und mit klugem Verständnis für die Besonderheiten eines jeden Landes und die dadurch gestaltete Lage der werktätigen Frauen gewissenhaft vorbereiten und tatkräftig durchführen, so wird er ein großer Tag der Erweckung jetzt hoffnungslos frohnender Frauen sein und ihrer Sammlung zum Kampf wider den Kapitalismus um das leuchtende Banner der Kommunistischen Internationale.

Eine Reichsfrauenkonferenz der Kommunistischen Partei der Tschechoslovakei

hat am 1. Februar als Einleitung des Parteitags stattgefunden. Mehr als 200 Delegierte aus allen Teilen der Republik nahmen an ihr teil. Die Tagung begann mit einer Bekundung internationaler Solidarität

Sie beschloß Sympathieadressen für die mutigen französischen Genossen, die im Kampfe gegen die Ruhrbesetzung stehen, bezw. wegen ihrer Beteiligung an der Essener Konferenz im Kerker schmachten, wie auch für die deutschen Genossinnen und Genossen, die sich gleichzeitig gegen die Bajonette der französischen Imperialisten und die Hungerpeitsche der deutschen Kapitalisten zur Wehr setzen.

Genossin Majerova gab einen Bericht über die zweite Konferenz der Internationalen Korrespondentinnen der Kommunistischen Parteien. Sie hob hervor, daß die Konferenz das Zusammenarbeiten der Genossinnen in den einzelnen Ländern gefördert habe, indem sie klareren und tieferen Einblick in den Stand der kommunistischen Frauenbewegung daselbst und die Bedingungen ihrer Betätigung vermittelte. Sie erörterte ferner die Beschlüsse der Konferenz, die nächsten Aufgaben der Kommunistinnen betreffend und verwies besonders auf die Notwendigkeit, die planmäßige Betätigung unter den Arbeiterinnen der Betriebe und Gewerkschaften entsprechend der angenommenen Richtlinien durchzuführen.

Die Genossinnen Wünsch und Bobecka berichteten über die Arbeiten und Beschlüsse des Vierten Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Beide unterstrichen besonders die Stellungnahme der Tagung zu den Fragen der proletarischen Einheitsfront und der Arbeiterregierung.

Der Bericht des Frauen-Zentralsekretariats und die Referate zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung waren gedruckt den Delegierten zugestellt worden. Es konnte mithin sofort in die Erörterung darüber eingetreten werden. Genossin Krenova behandelte: „Unsere künftigen Aufgaben und das Fortschreiten unserer Arbeit." Sie kam darüber zu diesen Forderungen: Arbeitsfähige Frauenagitationskommissionen müssen bei allen Parteiorganisationen geschaffen werden, wo solche noch nicht bestehen. Jeder Kreis muß seine Frauenagitationskommission haben, die die kommunistische Arbeit unter den Frauen der Organisationen anregt, überwacht und leitet und der Zentrale allmonatlich eingehend Bericht erstattet. Die Frauenagitationskommissionen müssen die ihnen zugehenden Anregungen ausnützen und planmäßig arbeiten, um die breitesten schaffenden Frauenmassen mit den kommunistischen Forderungen und Idealen bekannt zu machen. Sie müssen bestrebt sein, die Frauen für die proletarische Einheitsfront zu sammeln, die der Arbeiterklasse Kraft verleiht, die freche Offensive der Kapitalisten zurückzuschlagen, steigendes Elend abzuwehren und die Freiheit zu erobern. Genossin Krenova begründete ihre Forderungen mit einer Darstellung der wirtschaftlichen und politischen Situation und ihrer Rückwirkung auf die Lage der Arbeiterklasse und die Lebensbedingungen der Frauen des schaffenden und ausgebeuteten Volks. Der steigenden Auswucherung und Verknechtung der Armen und Kleinen müsse deren Kampf in der Einheitsfront entgegenwirken. Die Frauen dürften in ihr nicht fehlen. Um sie für den Kampf zu erwecken und zu schulen, müßten die Genossinnen im Einvernehmen mit der Partei organisatorische und agitatorische Aufgaben erfüllen. Die von der Zweiten Internationalen Frauenkonferenz und dem Dritten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale gebilligten Richtlinien für die organi-

satorische Eingliederung der Genossinnen und ihrer Betätigung in der Partei sei in der Tschechoslovakei noch nicht vollständig durchgeführt. Nicht bei allen Orts- und Kreisorganisationen bestehen die vorgesehenen Frauenagitationsausschüsse, in die Genossen gewählt werden müssen, wenn es an fähigen Genossinnen fehlt. Worauf es ankommt ist, daß ein Organ für die planmäßige kommunistische Arbeit unter den Frauenmassen besteht. Das gute Zusammenarbeiten zwischen Genossinnen und Genossen im allgemeinen genügt dazu nicht. Die Frauenagitationskommissionen müssen sich der Agitation unter den Frauen und ihrer kommunistischen Schulung widmen. Wir müssen die Fabrikarbeiterinnen, Heimarbeiterinnen, weiblichen Angestellten, Beamtinnen und Kleinhäuslerfrauen mit unserer Aufklärungs- und Erziehungsarbeit für den Kommunismus erfassen. Genossin Krenova wies noch nach, wie nötig es sei, den Gedanken der proletarischen Einheitsfront unter die Frauen zu tragen und zu verwirklichen. Die größten Frauenmassen müßten in den Kampf gegen die Kriegsgefahr geführt werden, der Internationale Frauentag sei sorgfältig vorzubereiten.

Zur Frage der Einheitsfront lag ein Referat von Genossin Krekova vor. Es stellte fest, daß die Zersplitterung des Proletariats zu Niederlagen führe, und daß unbeschadet der grundsätzlichen Unterschiede zwischen den Parteien und Gewerkschaften der Arbeiter diese sich sehr wohl im Kampfe gegen die entsetzlichen Tagesnöte zusammenfinden könnten, d. h. im Kampfe gegen die dafür verantwortlichen Kapitalisten. Während die Arbeiter überall über die Einheitsfront diskutierten, schienen die Frauen nur geringes Interesse für die bedeutsame Frage zu haben. Doch seien gerade unter ihnen die Bedingungen für die Einheitsfront besonders günstig. Genossin Krekova führte zum Beweis dafür die Fraueninteressen und Frauenforderungen an auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet, nach Mutter- und Kinderschutz, Aufhebung des Abtreibungsparagraphen usw. Sie betonte stark, daß die Einheitsfront nicht etwa Preisgabe auch nur eines Titelchens unseres Programms bedeuten werde, nur gemeinsamer Kampf für nächstliegende Forderungen gegen den gemeinsamen Feind.

Die Kreisvertrauenspersonen erstatteten Bericht über die Arbeit in den Organisationen. Sie konnten melden, daß trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die sich der Werbearbeit entgegenstellen, der kommunistische Gedanke sich immer weiter und immer fester unter den Frauenmassen einbürgert. Die Konferenz erwählte Genossin Kren wieder als Zentralsekretärin, die deutschen Angelegenheiten erledigt Genossin Kraus, die slovakischen Genossin Svarzova. In die Frauenreichsagitationskommissionen wurden gewählt die Genossinnen Grimmich, Liska, Jindra, Drazil, Schaffranke, Bosak und Knytl. Die Konferenz hat nach der Meinung der führenden Genossinnen nicht nur gezeigt, was geleistet worden ist, sondern auch, was geleistet werden kann. Die Erkenntnis bricht sich Bahn, daß die zu leistende Arbeit nicht nur Sache einiger Genossinnen sein darf, daß vielmehr alle Genossinnen höchste Aktivität entfalten müssen. Diese wachsende Einsicht ist eine Bürgschaft guter Fortschritte.

Aufruf der russischen Genossinnen zum Internationalen Frauentag an die Proletarierinnen aller Länder.

Im Namen von Millionen werktätiger Frauen Sowjetrußlands, die sich um die russische Kommunistische Partei geschart haben, wenden wir uns heute an unserem gemeinsamen, internationalen Tag, an Euch, Ihr Proletarierinnen des Westens.

Nicht der Friedensvertrag von Versailles, nicht die Unzahl der späteren Konferenzen haben es vermocht, die Interessengegensätze zwischen den Kapitalisten der verschiedenen Länder zu beseitigen. Verblendet von der Gier nach Gewinn machen sie vor nichts halt. Reihenweise mäht der Hungertod Eure Kinder dahin. Die Mittel Eurer Länder dienen dem Guß von Kanonen, dem Bau von Unterseebooten, damit Eure Lieben sich weiter gegenseitig morden können. Darum laßt Euch nicht einschläfern! Mag auch der Zuspitzung der Gegensätze, die die Besetzung des Ruhrgebiets mit sich brachte, auf die eine oder andere Weise ihre Schärfe genommen werden, mögen in der nächsten Zeit die Kapitalisten der verschiedenen Länder untereinander sogar handelseinig werden, immer wird dieser Handel auf Kosten der Arbeitenden geschlossen werden.

Mütter, Frauen, Proletarierinnen des Westens. Werdet Ihr gleichmütig zusehen, wie die blutige Flamme des Kriegs von neuem aufzulodern droht? Wollt Ihr Euch wieder vom Trug umgarnen lassen. Werdet Ihr auch fernerhin die Ketten schleppen, in die Euch das Kapital geschmiedet hat, und wollt Ihr wirklich zulassen, daß auch in Zukunft die Bourgeoisie Eure Kinder zum Hungertode verurteilt?

Nein Genossinnen, Proletarierinnen! An unserem internationalen Tage werdet Ihr die gebührende Antwort geben. Ihr werdet den Kapitalisten und den Regierungen an ihrer Spitze erklären, daß Ihr unerschütterlich, entschlossen und bereit seid, gemeinsam mit den Arbeitern um Eure Befreiung zu kämpfen. Ihr werdet erklären, daß Ihr Eure Männer, Eure Söhne nicht mehr im Kriege opfern laßt, Ihr werdet Eure Stimme erheben gegen die Teuerung, die Euch und Eure Kinder des Brots beraubt, Ihr werdet von Eurer Regierung, die auf Kosten der werktätigen Massen lebt, Mutter- und Kinderschutz verlangen. Ihr werdet die Kontrolle der Arbeiterschaft über die Produktion fordern. Und Ihr werdet die Befreiung derer heischen, die in den Gefängnissen Eurer Länder schmachten, weil sie gegen den Kapitalismus gekämpft haben.

An diesem, unserem Tage, dem 8. März, werdet Ihr Euch noch enger an Eure Kommunistischen Parteien anschließen. Ihr werdet der ganzen Welt verkünden, daß der Untergang des Kapitalismus nahe ist.

Im Namen der Proletarierinnen des Roten Sowjetrußlands rufen wir Euch zu: Auf in den Entscheidungskampf mit den Ausbeutern!

Die russische Proletarierin, die gemeinsam mit ihren männlichen Klassengenossen am Aufbau des eigenen Staates wirkt, sie feiert heuer, im Jahre 1923, den Internationalen Frauentag unter dem Feldgeschrei: Vereinigung der Werktätigen aller Länder in der Dritten Internationale, Hebung der politischen und kulturellen Bildung der russischen Arbeiterin, Hebung der Leistungsfähigkeit der Frauenarbeit, verstärkte Entlastung der Frau von Hausarbeit durch gesellschaftliche Einrichtungen.

Die Russische Kommunistische Partei und ihre Arbeiter- und Bauernregierung treffen alle Vorkehrungen zur beschleunigten Durchführung der auf diesem Gebiet geplanten Maßnahmen.

Nach langen Jahren des Kampfes, nach einer Reihe schwerer Prüfungen konnte die Proletarierin Rußlands endlich wieder an den friedlichen Aufbau gehen. Doch kann ihr Triumph kein voller sein, solange der raubgierige Kapitalismus mit seinen Krallen der Arbeiterklasse des Westens an der Kehle sitzt.

Zerreißt Eure Ketten! Kämpft! Sorgt für das rasche Ende des Kapitals! Und bringt so den internationalen Tag näher, da das befreite Proletariat der ganzen Welt an die Durchführung jener Aufgabe gehen kann, die sich vorerst nur die Proletarierinnen des roten Rußlands zusammen mit ihren Brüdern stellen konnten.

Es lebe der internationale Frauentag! Es lebe die proletarische Weltrevolution!

Die Kommunistinnen Sowjet-Rußlands.

Aus der Frauenbewegung nichtkommunistischer sozialistischer Parteien und proletarischer Organisationen.

Die Vereinigung der Frauenbewegung der Mehrheitssozialdemokratie und der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

war eine selbstverständliche Folge der Verschmelzung dieser beiden Parteien. Denn wenn auch in keiner von ihnen die Eingliederung der Frauenbewegung in die Parteiorganisation so fest und konsequent durchgeführt war, wie sie in den Sektionen der Kommunistischen Internationale verwirklicht wird, so bildete sie doch auch keine Sondergruppierung, keinen „Staat im Staate", sondern einen organisierten Teil des Ganzen. So war mit dem Beschluß der organisatorischen Vereinigung beider Parteien auch die Vereinigung der mehrheitssozialdemokratischen und unabhängigen Frauenbewegung beschlossen.

Es ist kennzeichnend für die Situation und die Einstellung, das Wesen der Parteien, die sich einigten, daß die „Gleichheit", das Frauenorgan der Mehrheitler, es nicht nötig befand, für ihre Leserinnen die Verschmelzungsfrage zu behandeln. Erst nachträglich nahm die Zeitschrift Stellung dazu und verzeichnete das Geschehnis mit einigen Sätzen. „Innerer Wunsch und äußere Verhältnisse drängten dazu. Kaum jemals war die Lage der gesamten Arbeiterschaft schwieriger und drohender als jetzt. Inländischer und ausländischer Hochkapitalismus schließen sich zusammen zu rücksichtslosem Vorgehen gegen die wirtschaftlich Schwachen. Nur ein geschlossenes Proletariat kann sich dem geschlossen auftretenden Kapitalismus gegenüber behaupten . . . Wir wissen, daß auch die geeinte Sozialdemokratie nicht die Lage mit einem Schlage ändern kann. Von der geeinten Partei wird aber eine ganz andere Werbekraft ausgehen, das Vertrauen zu ihr wird ein ganz anderes sein als zu der Zeit, da wir in Deutschland zwei getrennte sozialistische Parteien hatten, die ihre Kraft noch dazu in gegenseitiger

Bekämpfung verschwendeten. Die geeinte sozialdemokratische Partei wird innerpolitisch ein ganz anderer Machtfaktor werden". Die „Gleichheit" erklärt noch: „Die Einigung darf sich aber nicht nur auf das deutsche Proletariat beschränken, ihr muß die Einigung der Internationalen folgen".

Keine Andeutung der Unterschiede, der Gegensätze, die bis zum Nürnberger Vereinigungsparteitag Sozialpatrioten und Sozialpazifisten getrennt hielten. Kein Hinweis auf die Grundlagen der Verschmelzung, auf die zu befolgende Politik der wieder geeinten Partei. Zukunftswünsche und Zukunftswechsel auf die günstigen Folgen der Einigung, bei völligem Schweigen über wichtigste Voraussetzung dafür, daß die Einigung sich fruchtbar auswirke. Das mehrheitssozialdemokratische Organ hätte diese Fragen nicht aufrollen können, ohne Rede und Antwort über die Politik seiner Partei stehen zu müssen. Und das hatte es nicht notwendig. Seinen Leserinnen war diese Politik bekannt, und das Blatt hatte ihnen keinen bevorstehenden Wandel darin als Folge der Verschmelzung plausibel zu machen. Die Sozialdemokratie blieb, was sie seit Kriegsausbruch offen gewesen war: Eine kleinbürgerlich-demokratische reformistische Arbeiterpartei. Die Einigung betrachtete die Mehrheitsozialdemokratie mit Recht als die Rückkehr des verlorenen und gebesserten unabhängigen Sohnes ins Vaterhaus.

Gerade weil dem so war, lagen die Dinge ganz anders für die Unabhängige Sozialdemokratie. Mit der Verschmelzung gab diese ihre Vergangenheit, gab sie Grundsätze preis, zu denen sie sich bis dahin bekannt und auf die sie sich berufen hatte zur Rechtfertigung ihrer Spaltung von der Sozialdemokratie und ihrer Sonderexistenz als Konkurrenzpartei. Sie mußte verbrennen, was sie bis dahin angebetet hatte: ihr Bekenntnis zum revolutionären Klassenkampf, zur Diktaktur des Proletariats, zum beschworenen „Leipziger Aktionsprogamm". Und sie mußte anbeten, was sie bis dahin verbrannt hatte: Die mehrheitssozialdemokratische Politik der Koalition mit der Bourgeoisie. Für die meisten der Führer war der Wandel allerdings nicht schwer. Das Verbrennen wie das Anbeten war für sie stets nur eine symbolische Feiertagshandlung gewesen, nicht Gesetz ihres Handelns, ihrer Politik. Die Politik der Hilferding und Breitscheid hatte sich in den ausschlaggebenden Fragen auch mit der Lupe nicht mehr von jener der Scheidemänner unterscheiden lassen. Sie erwies die Unabhängige Sozialdemokratie als eine reformistische Arbeiterpartei mit revolutionärer Phrase. Aber immerhin: Proletariermassen nahmen noch diese Phrasen und Gesten für Willen und Tat. Ihnen mußte das Eingehen der Partei des „echten Marxismus und des klassenbewußten revolutionären Proletariats" in die Partei des unverhüllten Reformismus „erklärt", klipp und klar gesagt: entschuldigt werden.

Die „Kämpferin" (Das unabhängige Frauenorgan) nahm ihr Teil dieses undankbaren Geschäfts auf sich. In vier Artikeln — den Abschiedsartikel inbegriffen — beschäftigte es sich mit der Einigung. Eine Reichskonferenz der USP, hatte beschlossen, diese könne sich unter Bedingungen an der Regierungsbildung mit bürgerlichen Parteien beteiligen. „Die Kämpferin" hob hervor, daß dieser Beschluß ein

„opportunistischer" war. „Nicht um seines Inhalts Willen . . ." — man beachte diese Einstellung — sondern „weil er, ohne die dauernden Bedürfnisse der proletarischen Bewegung zu prüfen, aus einer parlamentarischen Schwierigkeit heraus entschied, und weil er, da nur ein strategischer Zug, vielleicht nur eine strategische Finte sein sollte, in Wirklichkeit die Frage des selbständigen Weiterbestandes unserer Partei aufwarf". Bis dahin hatte die Unabhängige Sozialdemokratie gerade die Koalition der Mehrheitler mit der Bourgeoisie als trennende Todsünde bekämpft. Ihre Bekehrung zur Koalitionsbereitschaft stellte die Frage: „Wozu noch zwei Parteien?" Die Kämpferin war betrübt darob, daß diese „Zukunftsfrage" in der gegebenen Form „ungünstig" aufgerollt wurde. Ja, hätte die SPD wenigstens „in Opposition zur Regierung" gestanden, so wäre die Verschmelzung leichter zu schlucken. „So aber, wie es jetzt gekommen ist, spricht der äußere Schein der Wiedervereinigung — und hoffentlich nicht mehr — für eine Billigung der gesamten Politik, die die SPD in den letzten Jahren getrieben hat, die die USP bekämpft hat". Trotz aller Bedenken kam der Leiter des Frauenorgans zu dem Schluß, daß die Frage der Verschmelzung der beiden sozialdemokratischen Parteien, nachdem sie gestellt war, mit „ja" beantwortet werden müßte. Und er klammerte sich an die Hoffnung, daß die Einigung nicht sein werde, „eine Wiederherstellung der sozialdemokratischen Partei, so, wie sie vor 1914 war". Dieses unabhängige Hoffnungsfell ist seither zusammen mit manch anderen schon weit bachab geschwommen. Die unabhängigen Lohgerber aber schauen nicht betrübt nach, eilen vielmehr mit ihm um die Wette den Sumpfniederungen des seichtesten Opportunismus zu.

In einer folgenden Nummer erinnerte die „Kämpferin" daran, daß das vorhandene Streben zum Zusammenschluß der beiden Parteien „vernichtet" worden sei durch den Beschluß des sozialdemokratischen Parteitags zu Görlitz, betreffend eine Regierungskoalition der Sozialdemokratie auch mit der Deutschen Volkspartei. Jedoch der Rathenaumord, so jubiliert das Blatt mit der Illusionsfähigkeit eines Backfisches, gab den Ebertinern „neuen Anstoß nunmehr Anschluß nach links zu suchen, nicht mehr nach rechts". Als die „Kämpferin" solches schrieb, war offenbar ihrem Gedächtnis entschwunden, daß die „große Koalition" von dem Sozialdemokraten Braun bis zu dem Monarchisten Boelitz in der preußischen Regierung bestand. Sie ließ aber auch den Schein des revolutionären Charakters ihrer Partei fallen und stellte sie als reformistische vor, indem sie schrieb: „Mit Recht fragen die Massen „Wozu zwei Parteien, wenn sie gleichgerichtete Politik machen". Nach einigen kleinen stumpfen „Möchte — gern — Bosheiten — auf Grund falscher Behauptungen gegen das unheilige „Moskau" und die deutschen Kommunisten flötet die Hoffnung süß von der „Durchdringung" der geeinten Partei mit der Auffassung der Crispiene. Zwar muß sich schüchtern die Kritik regen, weil das Aktionsprogramm der Gegenwartsforderungen „bei weitem nicht alle Wünsche erfüllt, die wir zu stellen nicht nur berechtigt, sondern sogar als Sozialisten verpflichtet sind". Allein unzeitgemäße Schlußfolgerungen werden sofort durch die erlösende Entdeckung zum Schweigen gebracht, daß die Sozialdemokratie sich

doch im Aktionsprogramm zum Klassenkampf bekenne und daß — „bis Taten beweisen" — man sich daran genügen lassen müsse, daß programmatische Festlegung den Willen zeige, durch Klassenkampf zum Sozialismus zu kommen! Man könnte meinen, diese Ausführungen seien auf dem Sirius geschrieben, so achtlos gehen sie an „Taten" vorüber, die erhärten, daß die Sozialdemokratie den Klassenkampf und den Sozialismus preisgegeben hatte, als beide noch unrevidiert in ihrem Programm prunkten.

Kurz die „Kämpferin" war ein getreuer Spiegel der grundsatz- und haltlosen „Einerseits- und Andrerseitsströmungen", die die USP am Vorabend ihres Heimfindens zur Mehrheitssozialdemokratie bewegten. Lauwarme Begeisterung für die Wiedervereinigung; ein wenig Kritik, etwas Zweifel, ein schwaches Erinnern an die alte revolutionäre Ideologie, die von der Praxis zur Phraseologie entwertet worden; das verständliche starke Drängen unklarer proletarischer Massen zum Zusammenschluß; der Zwang der Situation; die das „staatsmännische" Schaukel- und Gaukelspiel zwischen revolutionären Worten und reformistischen Taten nicht länger duldete und ein Diesseits oder Jenseis der Barrikade forderte; alles das klang in den Artikeln der „Kämpferin" an, alles, nur nicht eine grundsätzliche, feste Stellungnahme. Angesichts der Verschmelzungsbereitschaft der Mehrheitssozialdemokratie ging es dem Blatt und der USP wie dem Fischer in Goethes märchenraunender Ballade: „Halb zog sie ihn, halb sank er hin und ward nicht mehr gesehen". Nur ganz ohne Märchenzauber und Poesie.

Die Verschmelzung der Frauenbewegung von hüben und drüben hat ihren Ausdruck darin gefunden, daß es nur noch ein sozialdemokratisches Frauenorgan gibt: „Die Gleichheit". Die jüngere und weniger verbreitete „Kämpferin" mußte ihr weichen. Als Symbol und Bürgschaft des Friedensbundes und der Einigung trat ihre Redakteurin Mathilde Wurm in die Redaktion der „Gleichheit" ein, gleichberechtigt mit deren Leiterin Elli Radtke-Warmuth. Der „Gleichheit" dünkte es überflüßig, ihren Leserinnen das mitzuteilen. Ihr Kurs blieb der alte, rein reformistische. Die „Kämpferin" dagegen nahm „Abschied" von ihrem Leserkreis. „Es muß sein, Genossinnen", erklärte sie, denn die ältere Schwester der Kämpferin, „Die Gleichheit", soll fortab wie sie es jahrzehntelang vor dem Kriege gewesen, eure Führerin und Freundin werden".

Diese tröstliche Zusicherung konnte vielleicht manche vereinigte USP Genossin stutzig machen. Sie mochte sich daran erinnern, daß „Die Gleichheit", als sie jahrzehntelang vor dem Kriege die Führerin und Freundin der klassenbewußten Proletarierinnen war, mit fester, nie schwankender Konsequenz für die Grundsätze und Taktik des revolutionären Sozialismus kämpfte, während die jetzige „Gleichheit" den zahmsten Reformismus vertritt. „Die Kämpferin" hatte erstrebt — soweit dies die sanfte Seele der USP zuließ — den Klassenkampfstandpunkt festzuhalten. Sie verhieß daher ihren seitherigen Leserinnen und Mitarbeiterinnen: „Was die Kämpferin bisher gewollt und sich bemüht hat, ihren Leserinnen zu sein, das soll in der „Gleichheit" seine Fortsetzung finden . . . Zeigt, daß ihr durchaus Willens seid, das, wofür

ihr seit vier Jahren in der USP gekämpft, mit hinüber zu nehmen in die Vereinigte Sozialdemokratische Partei, daß auch ihr, Genossinnen überzeugt seid: nur durch den Klassenkampf ist die Ueberwindung der Klassengesellschaft möglich . . . Nun aber heißt es Abschied nehmen vom liebevoll aufgebauten Werk. Nicht um es zu verlassen, sondern nur um in anderem Gewand an ihm weiterzubauen, versuchen zu vollenden, was hier erst Anfang gewesen". Wie steht es mit der Verwirklichung dieser Trostworte und Eidschwüre?

Die erste Nummer der „Gleichheit" als Einheitsorgan, die als Werbenummer verbreitet wurde, brachte eine programmatische Erklärung der beiden vereinigten Leiterinnen: „Was wir wollen". Sie blieb zwar die Antwort auf viele drängende Fragen schuldig, sagte jedoch einiges von Klassenkampf, Klassenherrschaft usw. „Das Nürnberger Aktionsprogramm bildet das Fundament, auf welchem alle Kräfte des Proletariats zur Erringung der politischen Macht, zur Beseitigung der Klassenherrschaft und zur Verwirklichung des Sozialismus im einheitlichen Klassenkampf zusammengefaßt werden sollen . . . . Das deutsche Volk hat sich befreit von den Fesseln einer militaristischen und imperialistischen Regierung, nicht aber von denen der kapitalistischen Weltherrschaft. Unser Kampf gilt daher dem Kapitalismus. Alle Kräfte haben wir für diesen Kampf zu sammeln und bereit zu stellen, den Feinden der Arbeiterklasse einig, stark und geschlossen entgegenzutreten. Der Inhalt der „Gleichheit" als Ganzes erweist aber, daß diese Sätze nichts als Höflichkeitsknixe waren, keine gestaltenden Grundsätze. An der „Gleichheit" hat sich nichts geändert als die Lettern des Kopfes. An Stelle der alten Schlichtheit ist ausgesucht klobige Häßlichkeit getreten, ein Genie der Geschmacklosigkeit muß diese Lettern ausgewählt haben.

Doch das Wesentliche! In der „Gleichheit" funkelt und perlt nicht der feurige Wein des revolutionären Klassenkampfwillens, der Kampfesbereitschaft. Was das Blatt reicht, sind Wasserbettelsuppen, auf denen als sozialistische Fettaugen die politischen Leiter von Mathilde Wurm und ab und zu Artikel anderer ehemaliger Führerinnen der USP schwimmen. Und auch diese Fettaugen sind recht mager. Kein Kampfesodem in dem Blatt, nicht einmal scharfe rücksichtslose Kritik, der Segen der Demokratie und der Stinnesrepublik und kein Ende. Die Klassenstandpunktanwandlungen der einzelnen links angehauchten Sozialdemokratinnen wurden gebändigt durch die Koalitionspolitik der Vereinigten Partei. Die „Gleichheit" mag aus deren 200000 weiblichen Mitgliedern einen Stamm von Frauen schulen, fähig zur „Mitarbeit in Reich, Staat und Gemeinde" des stinnesierten Deutschland. Allein sie weckt nicht, wirbt nicht und schult nicht revolutionäre Klassenkämpferinnen, die sich kühn dem Kapitalismus entgegenwerfen. Sie ist das Organ einer Frauenbewegung die immer mehr ihren früheren, proletarischen Charakter verliert und kleinbürgerliches Gepräge annimmt, die Frauenbewegung und nicht Trägerin revolutionären Kampfes ist. Das Aufgehen der Frauenbewegung der USP in jener der alten Sozialdemokratie wird diese Entwicklung nicht aufhalten. Es wird von ihr heißen: „Der Tod ergreift das Leben". Es sei denn, daß breiteste proletarische Massen die Führer und Führerinnen der Vereinigten Sozialdemokratie zu einer

Revision ihrer Politik zwingen. Einstweilen ist es allein die Kommunistische Partei Deutschlands, die durch ihre Frauenbewegung mit Eifer dafür wirkt, daß die Massen der Proletarierinnen aufhören, langmütige, geduldige Kreuzesträgerinnen zu sein, daß sie sich als mutige, opferbereite Kämpferinnen wider den Kapitalismus erheben, geschart um das Banner unserer Internationale.

Frauenarbeit in der gesellschaftlichen Wirtschaft.

Umfang und Entlohnung der Frauenarbeit in Berlin 1921.

Der letzte Bericht der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin für das Jahr 1921 bringt interessantes Material über den Umfang und die Entlohnung der Frauenarbeit daselbst. Die angegebenen Ziffern erweisen, daß wie 1920 so auch 1921 die Frauenarbeit in Berlin eine weitere Ausdehnung erfahren hat, und das auch in Gewerben, wo die Männerarbeit zurückgegangen ist, was besagt, daß dort die kapitalistische Profitsucht die verhältnismäßig teure Männerarbeit durch billige Frauenarbeit ersetzt hat.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin zählte am 1. Januar 1921 299375 weibliche Mitglieder gegen 322526 am 1. Dezember; der Jahresdurchschnitt der weiblichen Mitglieder betrug 310724, 1920 hatte er 298493 betragen. Männer waren versichert: am Jahresanfang 202388, am Jahresende 195451, im Jahresdurchschnitt 197931, gegen 200590. Die Zahl der versicherten Proletarierinnen — überwiegend gewerbliche Arbeiterinnen und Angestellte — war also im Jahresdurchschnitt um 12231 und innerhalb des Jahres 1921 am Jahresschluß um 23151 gestiegen, der männliche Mitgliederstand dagegen war im Jahresdurchschnitt um 2659 gesunken und innerhalb des Jahres 1921 um 7037. Der Anteil der beiden Geschlechter zu dem Gesamtmitgliederstand der Berliner Ortskrankenkasse stellte sich prozentual wie folgt. Die Frauen machten am 1. Januar des Berichtsjahres 59,65 und am 1. Dezember 62,27 Prozent der Mitglieder aus, die Männer dagegen nur 40,35 bezw. 37,73 Prozent. Im Jahresdurchschnitt bildeten die Frauen 61,09 und die Männer 38,91 Prozent der Mitgliedschaft, im Durchschnitt der Vorjahre hatten die weiblichen Mitglieder 59,81 und die männlichen 40,19 Prozent ausgemacht. Die Ziffern lassen also erkennen, daß 1921 die Tendenz zur Einbeziehung der Frauen in die moderne Produktion nicht nur fortgewirkt, sondern sich im verstärkten Masse geltend gemacht hat. Die Zahl der männlichen Kassenmitglieder hat sich um 3,48 Prozent vermindert, die der weiblichen aber um 7,73 Prozent vermehrt.

Die weitaus meisten der weiblichen Versicherten waren im Handelsgewerbe beschäftigt, nämlich 62958, ihnen reihen sich an die Arbeiterinnen der Bekleidungsindustrie, der Konfektion mit 43608, die weiblichen Erwerbstätigen im bürgerlichen, öffentlichen und kirchlichen Dienst, wie in sogenannten freien Berufen mit 30149, die weiblichen Dienstboten mit 29368 und die im Hausgewerbe (Hausindustrie) beschäftigten Frauen mit 27871. Die Zahl der weiblichen Versicherten aus den folgenden Gewerbegruppen betrug: Reinigungsgewerbe 9984;

Gast- und Schankwirtschaft 7348; Industrie der Nahrungs- und Genußmittel 7141; Textilindustrie 6216; Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate 5277; Versicherungsgewerbe 5140; Chemische Industrie 4286; Metallverarbeitung 3297; Lederindustrie und Industrie lederartiger Stoffe 2939; Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 2760; Polygraphische Gewerbe 1539; Verkehrsgewerbe 1340; Baugewerbe 1320; Papiergewerbe 1249.

Weniger als 1000 Arbeiterinnen und weibliche Angestellte waren in den nachstehenden Gewerbegruppen versichert; Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht; Industrie der Steine und Erden; Industrie der land-forstwirtschaftlichen Nebenprodukte: Leuchtstoffe, Seifen, Fette, Oele und Firnisse; künstlerische Gewerbe; unständige Beschäftigung; Wandergewerbe. Frauen stellten die erdrückende Mehrzahl der nicht versicherungsverpflichteten, aber versicherungsberechtigten, freiwilligen Mitglieder, nämlich 45212 gegen nur 6556 Männer. Wir dürfen sie wohl alle ihrer Klassenlage nach als Proletarierinnen ansprechen, und die meisten von ihnen tragen sicherlich durch die eine oder andere Erwerbsarbeit zum Einkommen der Familie bei. Leider läßt der Bericht der Berliner Ortskrankenkasse nichts darüber, wie über die Art der Erwerbsarbeit, erkennen. Der Bericht stellt die bezeichnende Tatsache fest, daß seit 1914 nur in vier Gewerbegruppen eine Zunahme des Anteils männlicher Arbeitskräfte erfolgt ist, nämlich in den polygraphischen Gewerben, im Bekleidungs-, Versicherungs- und Hausgewerbe. In allen übrigen Gewerbegruppen ist die Frauenarbeit stärker als in der Vorkriegszeit vertreten.

Der Bericht schreibt zu dieser Entwicklung: „Die starke weitere Zunahme der Frauenarbeit ist unseres Erachtens auf die große wirtschaftliche Not zurückzuführen, die zur Folge hat, daß immer und immer wieder neben den ledigen zahlreiche verheiratete Frauen Erwerbsarbeit aufnehmen, weil der Verdienst des Mannes allein nicht ausreicht, um die rapid steigenden Kosten des Haushalts zu decken." Das stimmt und besagt nichts anderes, als daß unter dem Kapitalismus die Ausbeutung und Unterdrückung des Proletariats durch die Bourgeoisie eine starke Triebkraft für die Ausdehnung der erwerbenden Frauenarbeit ist. Was anders steht hinter den „rapid steigenden Kosten des Haushalts" und der „großen wirtschaftlichen Not" als Preiswucher, Steuerraub, Hungerlöhne, kurz alles, was die Reichen reicher macht. Die Kapitalisten der Ebertrepublik kennen keine Not, und sie beantworten die unheimlich emporschnellenden Preise des Lebensbedarfs mit steigender Verschwendung, mit rohesten Orgien.

Die Frauenlöhne sind ein wesentlicher Teil proletarischen Klassenelends. Sie züchtigen mit ihren Skorpionen nicht bloß die Proletarierinnen, sondern weiterwirkend auch die Männer, die Kinder, die gesamte Klasse. Frauenlöhne sind Hungerlöhne, das erhärten wieder einmal die ziffernmäßigen Feststellungen der Berliner Ortskrankenkasse. Die Versicherten sind eingeteilt in eine Gruppe für Lehrlinge, die keinen Entgelt erhalten, und in 12 Lohnstufen je nach der Höhe des Tagesverdienstes. Je nach der Lohnstufe, also nach der Höhe des Verdienstes, sind die Beiträge zur Krankenversicherung und ist das Kranken-

geld bemessen. In der Lohnstufe I sind alle Versicherten mit einem Tagesverdienst bis zu 2 Mk.; in Lohnstufe II bis zu 4 Mk; in Lohnstufe III bis zu 6 Mk. etc. Von Lohnstufe VII an steigt die Erhöhung von Stufe zu Stufe um je 3 Mk. Stufe XI umschließt alle Versicherten, die bis zu 27 Mk. täglich verdienen, Lohnstufe XII jene mit mehr als 27 Mk. Tageserwerb. Wenngleich 1921 die Preise des Lebensbedarfs noch nicht die tödliche Höhe von heute erreicht hatten, so waren sie doch hoch genug, daß ohne Uebertreibung ein Tagesverdienst bis zu 10 Mk. als ein Darbelohn bezeichnet werden kann. Mehr als zwei Fünftel der versicherten Proletarierinnen, nahezu die Hälfte, gehörte den Lohnstufen I bis V inbegriffen an, d. h. hatte einen Tagesverdienst von höchstens 10 Mk. In diesen Lohnstufen waren 45,65 Prozent der weiblichen Kassenmitglieder versichert. Zwischen 8 und 10 Mk. Tagesverdienst hatten nur 8,42 Prozent davon, die meisten dagegen, nämlich 9,79 Prozent verdienten täglich nur bis zu 2 Mk. In den betreffenden fünf Lohnstufen waren nur wenig mehr als ein Viertel der männlichen Mitglieder versichert: 27,96 Prozent, und davon hatten 12,41 Prozent einen Tagesverdienst zwischen 8 und 10 Mk. und 2,55 Prozent einen solchen bis zu nur 2 Mk. Man vergleiche! In den fünf untersten Lohnklassen hatten die männlichen Versicherten den kleinsten Anteil an der niedrigsten, den größten an der höchsten Lohnstufe. Bei den weiblichen Versicherten war es gerade umgekehrt, die meisten hatten den niedrigsten Tagesverdienst. Der volle Gegensatz in der Entlohnung von Frauen- und Männerarbeit tritt uns in diesen trockenen Zahlen entgegen und mit ihm die furchtbare, die blutige Not von Millionen Frauen, von dem Verzichtenmüssen auf alles, was das Leben lebenswert macht, bis zum Absturz in die Prostitution.

Der Anteil der männlichen und weiblichen Versicherten an der höchsten Lohnstufe vertieft das düstere Bild. In den Lohnklassen VI bis XI inclusive waren 40,61 Prozent, das ist zwei Fünftel der weiblichen Mitglieder versichert, gegen nur 23,60 Prozent, nahezu ein Viertel der männlichen Mitglieder. Für sie alle betrug der Tagesverdienst von 10,01—27 Mk. Es mag zuerst manchen verblüffen, daß der Anteil der erwerbstätigen Frauen an diesen Lohnstufen denjenigen der männlichen Mitglieder nicht unbeträchtlich übersteigt. Das Auffallende erklärt sich durch die Ziffern der Lohnstufe XII für Versicherte mit mehr als 27 Mk. Tagesverdienst. Sie umschließt nur 15,62 Prozent der weiblichen Kassenmitglieder gegen 48,30 Prozent der männlichen. Während also nahezu die Hälfte der männlichen Versicherten 1921 täglich über 27 Mk. verdienten, hatten nur etwa über ein Sechstel der versicherten Proletarierinnen den gleichen Erwerb. So künden die Zahlen über den Anteil der Geschlechter an den Lohnklassen VI bis XI keineswegs einen Fortschritt zur höheren Entlohnung der Frauenarbeit, sie sind vielmehr der Ausdruck Männerelends, Familienelends. 1920 waren 16,81 Prozent der männlichen und 3,30 Prozent der weiblichen Mitglieder in der höchsten Lohnstufe versichert. Geldentwertung hatte 1921 zu Lohnerhöhungen geführt, die jedoch — wie der Jahresbericht der Berliner Ortskrankenkasse wiederholt hervorhebt — keineswegs der Geldent-

wertung entsprechen und weit hinter der wucherischen Verteuerung der Lebenshaltung zürückgeblieben sind. Zu verzeichnen ist noch, daß 1921 bei beiden Geschlechtern viel jüngste und viel ältere Arbeitskräfte eingestellt worden sind. Ein Tatbestand, der zu dem Schlusse zwingt, „daß das Bestreben vielfach vorherrscht, Arbeitskräfte gegen geringere Entlohnung einzustellen." Profit ist im Kapitalismus Trumpf.

Der Bericht betont mehrmals, daß durch den starken Zustrom weiblicher Mitglieder die Berliner Ortskrankenkasse finanziell schwer belastet wird. Die ungeheure Mehrzahl der Proletarierinnen sind in den unteren Lohnstufen versichert, ihre Beiträge sind entsprechend niedrig. Auf die weiblichen Mitglieder entfallen aber mehr Krankheitsfälle und mehr Krankheitstage als auf die männlichen Mitglieder, dazu kommen die Aufwendungen für Schwangerenunterstützung, Wöchnerinnenfürsorge und Stillgeld. All das macht sich in einer Zeit sehr fühlbar, wo die Ausgaben der Kassen für Aerzte, Arzneien, Krankenhausbehandlung etc. ständig steigen. Trotzdem darf von verminderten Leistungen der Krankenversicherung für die erwerbstätigen Frauen nicht die Rede sein. Umgekehrt! Die Losung muß lauten: mehr Leistungen, bessere Leistungen! Alle bei der Krankenversicherung in Deutschland auftauchenden Schwierigkeiten — unter denen die „Aerztefrage" eine der größten und verwickeltsten ist — deuten sinnenfälligst darauf hin, daß der Kapitalismus und besonders der verfallende Kapitalismus, das Problem der sozialen Fürsorge für Kranke und ärztlicher Hilfe Bedürftige nicht zu lösen vermag. Das kann nur eine sozialistische, eine kommunistische Gesellschaft, die das Gesundheitswesen, die Krankenfürsorge organisiert und den Arzt aus einem privaten Unternehmer in einen freien Berufstätigen verwandelt. Das von der Berliner Ortskrankenkasse veröffentlichte Material wird den Genossinnen in Deutschland und anderwärts bei ihrer Aufklärungsarbeit in den Betrieben gute Dienste leisten. Nicht nur zur Begründung ihrer Forderungen im Kampfe wider das Gegenwartselend, sondern auch im Ringen für ihre Zukunftsfreiheit. Klar zeigt es den Feind, der geworfen werden muß; der Kapitalismus.

Prostitution.

Maßnahme zur Bekämpfung der Prostitution in Sowjetrußland.

Die im Zeichen der „neuen ökonomischen Politik" stehende Uebergangszeit vom Kapitalismus zum Kommunismus, die Sowjetrußland unter den gegebenen geschichtlichen Umständen nicht erspart bleiben konnte, hat auch ein Wiederaufleben der Prostitution gebracht. Mit ihr geht die Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten Hand in Hand. Die Sowjetregierung wendet diesen Erscheinungen fortgesetzt ernsteste Aufmerksamkeit zu. Ein Beispiel dafür ist das nachfolgende Rundschreiben. Es zeichnet sich vor den Maßnahmen zu dem gleichen Ziel in den Staaten unter kapitalistischer Herrschaft durch zweierlei vorteilhaft aus. Durch die rücksichtslose Offenheit, mit der es schwere soziale Uebel kennzeichnet und in ihren ursächlichen Zusammenhängen erfaßt und durch die Einsicht, daß der Kampf gegen diese Uebel nicht mit polizeilichen Zwangsmitteln gegen die unglücklichen Prostituierten geführt werden muß, vielmehr mit

sozialen Reformen und Fürsorgemaßregeln. Bemerkenswert ist ferner, daß das Rundschreiben auch die Gewerkschaftsorganisationen zur Mitarbeit aufruft. Es ist dies sowohl in der Grundauffassung begründet, die in dem Dokument zum Ausdruck kommt, wie in der Stellung, den Aufgaben der Gewerkschaften in Sowjetrußland. Das Rundschreiben richtet sich: „An alle Abteilungen der Gouvernements-Vollzugsausschüsse (der Sowjets) und der Gouvernements-Gewerkschaftsräte." Es heißt darin: „Nach der Oktober-Revolution, die für unser politisches und wirtschaftliches Leben grundlegende Veränderungen mit sich brachte, begann die Massenprostitution von der Bildfläche zu verschwinden. Die volle soziale Befreiung der Frauen, die Ehereform, die Heranziehung der Frauen zu allen Berufen, die umfassende Agitations- und Aufklärungsarbeit unter den Massen waren zusammen mit der wirtschaftlichen Befreiung der Werktätigen die Hauptmomente, die der Prostitution entgegenwirkten.

Die neue ökonomische Politik hatte jedoch ein Anwachsen der bereits verschwundenen Prostitution zur Folge. Aus den verschiedensten Orten der Republik laufen Nachrichten ein, nach denen alle Arten der gewerbsmäßigen Prostitution, geheime Spelunken und Kuppelei in der Ausbreitung begriffen sind. Mit dem Anwachsen der Prostitution, die auf das soziale Leben zersetzend wirkt, nehmen natürlich auch ihre ständigen Begleiterscheinungen zu, die Geschlechtskrankheiten.

Deshalb machen wir alle Organe der örtlichen Behörden auf die Notwendigkeit aufmerksam, sofort den entschiedensten Kampf gegen dieses Uebel aufzunehmen. Zu seiner Durchführung schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

a) Die strenge Durchführung der vom Volkskommissariat für Arbeit veröffentlichten Vorschriften, wonach der Entlassung von Frauen, die infolge einer Verminderung des Personalbestandes von Unternehmungen unvermeidlich wird, besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist. Dies gilt besonders für Gruppen unzureichend versorgter und wirtschaftlich unsicher gestellter Frauen: alleinstehende Frauen und Mädchen, Schwangere, Frauen mit minderjährigen Kindern. Es ist die Pflicht der Arbeitsschutzinspektionen, Gewerkschaften und Frauenabteilungen bei bevorstehenden Entlassungen aus der Arbeit in erster Linie die Interessen der genannten Gruppen zu schützen. Unvorsichtige Maßnahmen gerade in dieser Hinsicht treiben die weniger standhaften Frauen und Mädchen unvermeidlich in die Arme der Prostitution.

b) Die Förderung der Organisation von industriellen und landwirtschaftlichen Produktionsartels, Genossenschaften, Vereinigungen, die arbeitslose Frauen mit ungenügender Berufsausbildung beschäftigen können. Solche Artels müssen unter umfassender Anteilnahme der örtlichen Wirtschaftsorgane organisiert werden und es sind ihnen die günstigsten Bedingungen zu sichern, sowohl was die Zuweisung von Räumlichkeiten anbetrifft, den Mietzins, die Besteuerung, als auch die Gewährung von Kredit und die Versorgung mit Wirtschaftsinventar.

c) Die Förderung der beruflichen Ausbildung der Frauen durch Sicherstellung einer genügenden Anzahl von Plätzen in berufstechnischen Bildungsanstalten.

d) Die Bekämpfung der Schutzlosigkeit der Frauen durch Errichtung von Heimen für arbeitslose Frauen, Heimen für den zeitweiligen Aufenthalt zugereister Frauen und Mädchen.

e) Die Steigerung der Fürsorgetätigkeit für unbeaufsichtigte Kinder.

f) Die Erweiterung der entsprechenden Agitations- und Aufklärungsarbeit unter der erwachsenen und der jüngeren werktätigen Bevölkerung sowohl durch die Gewerkschaftsorganisationen, Jugendvereinigungen, Klubs und Rotarmistenabteilungen wie auch durch die Schulen. Diese Arbeit, die darauf abzielt, den Werktätigen das Wesen der Prostitution zum Bewußtsein zu bringen, die Unzulässigkeit und Schmach ihres Vorhandenseins in einer Arbeiterrepublik, haben die Gewerkschafts- und Parteiorganisationen, die Rotarmistenabteilungen usw. gemeinsam durchzuführen.

Alle Maßnahmen der gekennzeichneten Art sind Vorbeugungsmaßnahmen. Sie stärken den Widerstand der werktätigen Massen gegen das Uebel und wirken hemmend auf die Ausbreitung der Prostitution. Neben den aufgezeigten vorbeugenden Maßnahmen ist es aber gleichfalls notwendig, entschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung der bereits bestehenden Prostitution zu ergreifen, wie gegen die durch sie hervorgerufenen Folgeerscheinungen. Es seien folgende Maßnahmen hervorgehoben:

a) Eine stärkere Aufsicht der Verwaltungsorgane über Oertlichkeiten, wo die werktätige Bevölkerung demoralisiert werden kann, und die Frauen zur Prostitution verleitet werden können. Diese Aufsicht ist von den Verwaltungsämtern unter engster Mitwirkung der Frauenabteilungen und Gewerkschaftsräte durchzuführen. Dabei müssen ganz entschieden die alten Aufsichtsmethoden abgelehnt werden, die im vorrevolutionären Rußland zur Anwendung kamen, und die tatsächlich nicht dem Schutze der Frauen dienten, sondern vielmehr ihrer Unterdrückung. Dazu gehören „Razzias", Verfolgung der Prostituierten, Zwangsuntersuchungen usw. Der Kampf gegen die Prostitution darf auf keinen Fall ausarten in einen Kampf gegen die Prostituierten.

b) Entschiedener Kampf gegen die Mittelspersonen und Kuppler der Prostitution, gegen die Spelunkenwirte usw., ganz gleich unter welchem Deckmantel diese Spelunken bestehen. Dieser Kampf muß mit allen Mitteln der administrativen und gerichtlichen Macht geführt werden.

c) Organisation der öffentlichen unentgeltlichen ärztlichen Behandlung der Geschlechtskranken, besonders durch die Errichtung von ärztlichen Untersuchungs- und Beratungsstellen.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Prostitution lassen klar erkennen, daß zur erfolgreichen Durchführung die Mitwirkung der verschiedenen Abteilungen der Gouvernements-Vollzugsausschüsse nötig ist, wie auch aller Organisationen der Werktätigen am Orte. Zur geordneten Durchführung der Maßnahmen und zur Entscheidung aller Fragen, die den örtlichen Verhältnissen entspringen, werden besondere Organe der Gouvernementsräte zum Kampfe gegen die Prostitution gebildet. Da die Leitung in den Händen des Volkskommissariats für das Gesundheitswesen liegt, sind die genannten Räte dem Gouvernementsgesundheitsamt anzugliedern und bedienen sich seines Kanzleiapparats. Der Rat zur Bekämpfung der Prostitution besteht aus fünf Personen: dem Leiter

des Gouvernements-Gesundheitsamts, dem Leiter der Unterabteilung für soziale Krankheiten dieses Amts und je einem Vertreter der Verwaltungsbehörde, des Gouvernements-Gewerkschaftsrates und der Frauenabteilung der Kommunistischen Partei.

Der Zentralrat zur Bekämpfung der Prostitution, der dem Volkskommissariat für Gesundheitswesen angegliedert ist und dessen Kanzleiapparat benützt, ist das führende Organ, das die Tätigkeit der Gouvernementsräte vereinigt. Dem Zentralrat gehören an: der Volkskomissar für das Gesundheitswesen, der Leiter der Sektion für Geschlechtskrankheiten beim Volkskommissariat für das Gesundheitswesen, je ein Vertreter des Volkskommissariats für das Innere, des Obersten Wirtschaftsrates und der Frauenabteilung des Zentralkomitees der Russischen Kommunistischen Partei. Der Zentralrat und die Gouvernementsräte berufen periodisch Konferenzen zum Kampf gegen die Prostitution ein. An diesen Konferenzen nehmen Vertreter aller entsprechenden Ressorts, Organisationen und Wirtschaftsorgane teil.

Wie groß auch immer die Zahl der vor den Gouvernements-Vollzugsausschüssen, Gouvernements-Gewerkschaftsräten und Frauenabteilungen der Kommunistischen Partei stehenden dringenden Aufgaben ist, der Kampf gegen die wiederauflebende und rasch anwachsende Prostitution muß zu diesen dringenden Aufgaben gehören. Im Staate der Werktätigen darf für die Prostitution kein Platz sein.

Der Volkskommissar für das Gesundheitswesen: N. Semaschko.
Der Vertreteter des Volkskommissars für das Innere: A. Beloborodow.
Der Sekretär des Obersten Wirtschaftsrates: A. Dogadow.

Geschichtliches und Feuilleton.

Olympe de Gouges.

Die moderne Frauenbewegung ist von der großen französischen Revolution aus der Taufe gehoben worden. Während diese die feudale Herrschaft des unbeschränkten Gottesgnadentums, des Adels und der Geistlichkeit zerschmetterte, verfochten zum erstenmal Frauenorganisationen den Grundsatz, daß dem Weibe gleiches Recht mit dem Manne gebühre. Der Zusammenhang zwischen den beiden Tatbeständen springt in die Augen.

Die große französische Revolution war der Ausdruck dafür, daß die Wirtschaftsweise der mittelalterlichen Gesellschaft von dem jung aufstrebenden Kapitalismus überwältigt wurde. Die Grundlagen der Produktion — das zünftige Handwerk in der Stadt, die feudale Gutsherrschaft mit der von ihr abhängigen hörigen Bauernwirtschaft auf dem Lande — brachen in sich zusammen. Neue Beziehungen zwischen den Menschen wuchsen in der Folge empor. Eine so tiefgehende Umwälzung mußte auch Arbeit, Pflichtkreis, Bedürfnisse und mit dem allem zusammen das Fühlen und Denken der Frauen umgestalten.

Dazu trat der anregende, fortreißende Einfluß der allgemeinen freiheitlichen Ideale, die aus der gärenden Zeit geboren wurden. Mußte

das im Geiste geschaute, vorbereitete Vernunftreich der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht auch seine Tore weit für das weibliche Geschlecht öffnen? Diese Frage wurde schon am Vorabend der großen Revolution von einem erlesenen Gelehrten und geistigen Führer Frankreichs mit Entschiedenheit bejaht. Der Marquis von Condorcet forderte 1787 in seinen berühmten „Briefen eines Bürgers von New-Haven" die volle soziale Gleichberechtigung der Frau, insbesondere auch ihre staatsrechtliche Gleichstellung mit dem Manne. Nicht lange, und Frauen selbst erhoben leidenschaftlich diese Forderung und suchten sie in die Praxis umzusetzen. In Paris und in Provinzstädten traten die ersten politischen Frauenorganisationen ins Leben, kämpfende Frauenorganisationen, vom ungestümen Herzschlag der Revolution bewegt. Sie wollten eine Macht sein, die die Gesetzgebung, die Gemeindeverwaltung, das gesamte öffentliche Leben entscheidend beeinflußte und, „die Gebote der Natur erfüllend", den bürgerlichen Vernunftstaat aufbauen half. In ihm sollte, so heischten sie, die Frau als Gleichverpflichtete und Gleichberechtigte wohnen. Die Feuerseele der Frauenorganisationen, des Kampfes für das Bürgerrecht des Weibes war Olympe de Gouges.

Olympe de Gouges — oder, wie sie eigentlich hieß, Marie Gouze — wurde 1753, nach anderen Angaben 1755 zu Montauban in Südfrankreich geboren. Ihr Leben war von Geburt an mit dem Gerank des Unbestimmten, Umstrittenen, Romanhaften umsponnen. Als Kind der Liebe und des Leids trat sie in eine gesellschaftliche Welt, die aus den Fugen zu gehen begann. Man weiß nicht genau, ob die Mutter eine Modistin oder eine Kleidertrödlerin gewesen ist, der Vater blieb ganz im dunklen. Gewisse Züge bourbonischer Familienähnlichkeit ließen die Behauptung umgehen, Olympe sei eine Tochter Ludwigs XV. Sie selbst aber erklärte in ihrem „Politischen Testament": „Ich bin nicht die Tochter eines Königs, sondern eines Mannes, dessen Haupt der Lorbeer krönt." Der Dichter Franc de Pompignan wird von manchen als ihr Vater angesehen.

Das Kind erhielt keine Erziehung, es wuchs wild auf, wie die farbenprächtigen, düfteschweren Blumen des Südens. Olympe lernte weder Lesen noch Schreiben, aber in ihrer Seele webte die glühende, märchenfrohe Phantasie des Heimatlandes und eine unbändige Glückssehnsucht, der offenbar ein großer Tropfen Lust am Aberteuerlichen beigemischt war. Kaum fünfzehnjährig, verheiratete sie sich mit dem wohlhabenden Aubry, einem früheren Restaurateur aus Paris. Mit sechzehn Jahren war Olympe Mutter eines Sohnes und Witwe. Nach manchen Quellen soll jedoch nicht der Tod, sondern ihr freier Entschluß die Bande der unglücklichen Ehe gelöst haben. Olympe ging nun nach Paris, für sie der Inbegriff alles Glanzes und aller Größe. Mit der naiv-wilden Lebensfreude ihrer Jugend und ihres südlichen Blutes stürzte sie sich in den Genußstrom der galanten Welt, dessen Wellen nicht silberklare, stille Idyllen rauschten. Ihre anmutige Schönheit ihr sprühender Witz und die Leidenschaftlichkeit ihres Temperaments ließen sie bald berühmt werden.

Jedoch neben der Gier zu genießen schlummerte Starkes und Edles in ihr. Und das erwachte in der gewitterschweren Luft, die das Nahen der Revolution kündete. Die Ideen von der anbrechenden „Herrschaft der Natur, der Vernunft und Tugend" fanden in Olympe eine glühende

Bekennerin. Heißes Mitgefühl mit Leidenden und Unterdrückten verwandelte die Bacchantin in eine Schriftstellerin, die in Dramen und Romanen das Menschenrecht der versklavten Neger, der Farbigen, der Frauen verteidigte. Des Schreibens unkundig, diktierte sie in fliegender Hast ihre Werke, die mit Kunst nichts gemein hatten, aber in den Einzelheiten den reichen, scharfen Geist, den Gerechtigkeitssinn, die reine Menschlichkeit der Verfasserin offenbarten.

Olympe hat einmal erklärt: „Ich brenne darauf, mich der Arbeit für das öffentliche Wohl rückhaltlos in die Arme zu werfen." Das Wort wurde in den Revolutionsjahren das Gebot ihres Lebens. Sie nahm leidenleidenschaftlichen Anteil an allem öffentlichem Geschehen und trat als die erste politische Rednerin und Organisatorin der Frauenbewegung hervor. Sie sprach in den Frauenvereinen, auf öffentlichen Plätzen, in den Klubs der verschiedenen politischen Parteien und vor der Nationalversammlung. Ehe diese in ihre Tagesordnung eintrat, war es den Frauen gestattet, Anträge einzubringen und zu begründen, Meinungsäußerungen abzugeben usw. Die zündende Beredsamkeit Olympes, ihre schlagfertige Widerrede, ihre hochherzige Gesinnung riß mehr als einmal die Volksvertreter mit fort. Auch durch Broschüren, Artikel, öffentliche Aufrufe suchte Olympe an der Umgestaltung der Dinge mitzuwirken. Und es waren vielfach sehr beachtenswerte praktische Vorschläge, die sie mit der ungebändigten Energie ihres Wesens in die Oeffentlichkeit schleuderte. Das lautere Gold tiefer nie entmutigter Güte und Selbstlosigkeit leuchtete aus ihnen. Ein Aufruf Olympes und ihr eigenes Beispiel veranlaßten viele Frauen, ihren Schmuck dem Staat zu schenken. Das grause Elend des hungernden Volkes suchte sie zu lindern, dem Bettelwesen zu steuern — im Jahre des Bastillesturmes soll es in Frankreich 1200000 Bettler gegeben haben! Sie forderte die Unterstützung der Notleidenden aus öffentlichen Kassen und, als ihr das Demütigende der Almosen zum Bewußtsein gekommen war, die Errichtung staatlicher Musterwerkstätten für Arbeitslose.

Doch der Angelpunkt für Olympe de Gouges' Wirken war und blieb die heiße Sorge für das Wohl, für die Hebung ihres Geschlechts. Sie selbst hatte in ihrem stürmischen Dasein in reichstem Maße die Freuden und Leiden gekostet, die eines Weibes Leben erfüllen können. Dadurch war ihr Blick für die Lage ihrer Schwestern geschärft, ihr Ohr empfindlich für den hundertfachen Schrei der Plage aus Frauenmunde. Sie sah nur eine Ursache der Not: die Herrschaft des Mannes über das Weib; nur einen Weg, der ihr Geschlecht zu den Höhen reiner Menschlichkeit führte: die Freiheit, die Gleichberechtigung. Der Zutritt zu diesem Wege mußte durch die Vereinigung der Unterdrückten erzwungen werden. Die Frauen im Namen der Vernunft und Gerechtigkeit zu wecken, zu sammeln, zum Kampfe für volles Recht in der Gesellschaft zu führen: das war die wichtigste Aufgabe, der Olympe ihre erstaunliche Tatkraft und ihre geniale Begabung widmete.

In einer kleinen Flugschrift „Die Rechte der Frauen" ruft sie aus: „Mann wer hat dir das Recht gegeben, unser Geschlecht zu unterdrücken? Ueberblicke mit mir die Natur in ihrer ganzen Ausdehnung und zeige mir — wenn du es wagst — ein Beispiel der willkürlichen Gewalt, die

du dir anmaßest! Wirf einen Blick auf die ganze belebte Materie, befrage die Tiere, studiere die Pflanzen, prüfe, verfolge und erforsche die Beziehungen der Geschlechter in dem großen Haushalt der Natur, überall findest du sie vermischt, überall wirken sie in harmonischer Einheit an dem unsterblichen Kunstwerk. Ihr habt soeben die Privilegien des Adels abgeschafft, hebt auch die des männlichen Geschlechts auf. Das Volk wird in den Besitz seiner Rechte eingesetzt, die Neger werden befreit, warum befreit man nicht auch die Frauen?" Das Werk der Selbstbefreiung wollte Olympe ihren Schwestern lehren. „Ist es nicht Zeit, daß auch unter uns Frauen eine Revolution beginnt? Sollen wir ewig vereinzelt bleiben? Werden wir nie an der Gestaltung der Gesellschaft tätig mitarbeiten?"

Die berühmte „Erklärung der Menschenrechte" brachte eine einseitige Festlegung von Männerrechten. Olympe beantwortete sie durch ein nicht minder berühmtes Manifest: „Die Erklärung der Frauen- und Bürgerinnenrechte." Es ist die geschichtliche Geburtsurkunde der modernen Frauenbewegung. Klar, scharf, hinreißend formulierte hier die revolutionäre Kämpferin den Anspruch auf volle soziale und politische Rechtsgleichheit für das weibliche Geschlecht. Die „Erklärung" sollte, so forderte die Verfasserin, durch die Nationalversammlung oder die ihr folgende gesetzgebende Körperschaft rechtlich Kraft erhalten. Sie wirkte anfeuernd, aufpeitschend auf Freund und Feind wie die Marseillaise. In Flugschriften, Broschüren, Adressen wurde wie in den Klubs der Parteien und in gelehrten Gesellschaften heftig für und wider das volle Bürgerrecht des Weibes gestritten. Es entstand die erste Zeitschrift, die der Frauenbewegung diente. Petitionen für und gegen die Gleichberechtigung des Weibes überfluteten die Nationalversammlung. Olympe de Gouges hielt nun die Zeit für reif, die Frauen in politischen Vereinen zusammenzuschließen. Sie gründete die ersten politischen Frauenvereine und war ihre Leiterin und Agitatorin. Der Tod setzte ihrem Wirken bald ein Ziel.

Der blendende Zauber der Sprache übertüncht für uns nicht mehr, wie einseitig und unklar Olympes Auffassung der Frauenfrage war und in ihrer Zeit sein konnte, ja sein mußte. Des Mannes Einsichtslosigkeit und Selbstsucht allein macht sie für gesellschaftliche Verhältnisse verantwortlich, die unter dem Drucke wirtschaftlicher Notwendigkeit erwachsen waren. Weit verworrener noch waren ihre allgemeinen politischen Ueberzeugungen. Sie ließ sich dabei lediglich von ihren Gefühlen leiten und spann die Fäden ihrer politischen Betätigung aus dem Herzen, statt aus dem Kopfe. Sie flogen wie die Spinnweben mit jedem Winde. Mit ihrer politischen Einsichtslosigkeit verbündete sich ihr mitleidiges Herz, um sie zu verderben. Sie, die von der Nationalversammlung die Absetzung des Königs verlangt hatte, bot sich als seine Verteidigerin vor dem Konvent an, als es um den Kopf Ludwig Capets ging. Sie, die ungezählte Male ihr Leben für die Sache der Freiheit in die Schanzen geschlagen hatte, schauderte vor den Opfern zurück, deren Lebenssaft die Mauern des bürgerlichen „Vernunftreichs" tränkte. „Selbst das Blut der Schuldigen, das grausam vergossen wurde," so meinte sie, „schändet die Revolution." Ihr Gegensatz zu den Jakobinern spitzte sich schließlich zu einem persönlichen Kampfe gegen Robespierre zu. Olympe führte

ihn mit der ganzen Wucht und Rücksichtslosigkeit ihres Wesens. Der Verleumdung, von dem Anhang des Königs gekauft zu sein, konnte sie stolz mit dem Hinweis auf ihre freiwillige Armut begegnen. Jedoch sie blieb unter dem Verdacht, gegen das Vaterland zu konspirieren. Im Sommer 1793 wurde sie verhaftet, am 3. November fiel ihr Haupt unter dem Beil der Guillotine. Vor ihrem Tod erlitt sie noch den bittersten Schmerz, der sie treffen konnte. Der abgöttisch geliebte Sohn, dessen Glück nach ihren eigenen Worten ihr einziges Glück auf Erden war, sagte sich von ihr los und billigte ihre Verurteilung. Trotz des furchtbaren Schlags fand sie angesichts des Todes den ruhigen Mut wieder, der sie einen Augenblick verlassen hatte, als sie ihr Urteil empfing. Schwangere Frauen wurden nicht der Guillotine überliefert. Olympe de Gouges gab sich, auf diese Bestimmung bauend, im Gefängnis unter Tränen einem Freunde hin. Ihre mögliche Schwangerschaft war jedoch so jungen Datums, daß sie nicht festgestellt werden konnte. Olympe wurde auf die Guillotine geschickt. Festen Schrittes stieg sie die Stufen zum Schafott empor.

Olympes Schöpfung, die politischen Frauenvereine fielen in dem gleichen Jahre der Auflösung anheim. Die regierenden Jakobiner beriefen sich für ihre Unterdrückungsmaßregeln in blumenreichen Reden auf die grundsätzliche Gegnerschaft wider die politische Betätigung der Frauen und ihre Gleichberechtigung im öffentlichen Leben. Allein obschon diese zweifellos mitbestimmend gewesen ist, so führten doch letzten Endes die nämlichen Gründe zu der Vernichtung der Frauenvereine, die deren Begründerin unter das Fallbeil geschickt hatten. Diese Organisationen waren Herde verworrener, launenhafter, gefühlsmäßiger Politik. Ihnen ging jedes Verständnis für die grausame Notwendigkeit ab, die Existenz der jungen Republik auch mit Feuer und Schwert gegen die Verschwörungen der Todfeinde im Lande und dem Ansturm des monarchischen Europa an den Grenzen zu schützen. Als Opfer dieser Notwendigkeit sind die Frauenvereine gefallen. Je mehr die Sturmflut der großen Revolution verebbte, um so weniger konnten sie zunächst wieder aus der Asche erstehen. Sie waren wie ihre geniale Führerin ihrer Zeit vorausgeeilt. Noch hatte die kapitalistische Wirtschaftsweise ihre Kinderjahre nicht hinter sich, noch hatte sie nicht die Lebensbedingungen breiter Frauenschichten von Grund aus umgeformt. Heute ist die Zeit erfüllet. Der Kampf für Frauen- und Bürgerinnenrechte zieht unaufhaltsam, siegreich seine Kreise. Er wird immer unlöslicher mit dem gewaltigen Emanzipationskampf des Proletariats verbunden. Deshalb hat auch das Ringen für volles Menschenrecht der Frau in der umfassendsten Bedeutung des Wortes zuerst in Sowjetrußland triumphiert. Nicht frauenrechtlerische Organisationen haben den Sieg erstritten, sondern die revolutionären Proletarier, die ihre Diktatur in der Räteordnung aufrichteten. Die Erfolge im Kampf für Frauenrecht sind unverwelkliche Kränze, die Olympe de Gouges' Verdiensten um die Sache ihres Geschlechts gewunden werden. Ihr prophetisches Wort ist Wirklichkeit geworden: „Ich habe nur einen Augenblick, um meine Ueberzeugung zu sagen, aber dieser Augenblick wird die Aufmerksamkeit der spätesten Nachwelt auf mich lenken."

Die Kommunistische Fraueninternationale

Monatschrift

Herausgegeben im Auftrag der Exekutive der Dritten Internationale und des internationalen kommunistischen Frauensekretariats in Moskau von Clara Zetkin

März 1923

Jahrgang 3 Heft 3

Verantwortlich für die Redaktion: Clara Zetkin, Sillenbuch.
Druck: Walther'sche Buchdruckerei, Komm.-Ges. - Stuttgart.

Inhaltsverzeichnis:

A) Aufruf und Artikel:

An die Frauen des arbeitenden Volks in Frankreich und in Deutschland!

Die Internationale Arbeiterkonferenz zu Frankfurt a. M., ein Schritt vorwärts zur proletarischen Einheitsfront. Von Clara Zetkin.

Kampf dem Kinderelend. Von Else Baum, Berlin.

Die Frauen als Vortrupp der großen Reisaufstände in Japan 1918. Von Sen Katayama.

B) Berichte:

Aus der kommunistischen Frauenbewegung.

Dritte kommunistische Frauenreichskonferenz in Oesterreich.

Aus der bürgerlichen Frauenbewegung.

Leitsätze für einen reorganisierten pazifistischen Völkerbund.

C) Notizen:

Politisches Frauenrecht.

Machen die russischen Bäuerinnen Gebrauch von der vollen politischen Gleichberechtigung, die die Sowjetverfassung dem weiblichen Geschlecht gewährt?

Frauenarbeit in der gesellschaftlichen Wirtschaft.

Die Wertung der Frau als Aerztin in der Räterepublik Turkestan, die mit Sowjetrußland föderiert ist.

Prostitution.

Stand der Geschlechtskrankheiten in der Tschechoslovakei.

Das Anwachsen der geheimen Prostitution während des Krieges und nach ihm in Wien.

Die Kommunistische Fraueninternationale

Heft 3 Monatschrift März 1923

An die Frauen des arbeitenden Volkes in Frankreich und in Deutschland!

Arbeiterinnen, Angestellte, Berufstätige, Mütter, Frauen, Schwestern und Töchter aller derer, die in den Werkstätten, in den Hütten und Bergwerken schaffen, in den Büros und auf den Feldern, was wollt Ihr tun?

Eine furchtbare Katastrophe, ein neuer Krieg droht Euch! Herr Poincaré, der „Mann für alles" der französischen Imperialisten, hat das Ruhrkohlengebiet mit Truppen besetzt. Er will dort mit den Bajonetten die „Reparationspfänder" eintreiben die das französische Hüttenkomitee fordert. Das unter Berufung auf den Versailler Friedensvertrag.

Herr Cuno, der „Mann für alles" der deutschen Kapitalisten, beruft sich auf denselben Vertrag und fordert die Beamten und Arbeiter der Bergwerke und Eisenbahnen zum passiven Widerstand auf, ja zum Streik, zur Einstellung der Kohlenförderung und des Kohlentransports.

Sofern die Bergarbeiter und Eisenbahner Klassenbewußtsein haben, erklären sie: Weder für die Herren Poincaré und Schneider, du Creusot, noch für die Herren Cuno und Stinnes! Fort mit den Besatzungstruppen! Keine „heilige Einheit" mit den Grubenbesitzern, mit der deutschen Bourgeoisie. Wir werden ebensowenig arbeiten, bedroht von französischen Bajonetten, wie bedroht von den Mündungen deutscher Geschütze. Streik? Jawohl! Aber nur, um den deutschen Grubenherren die Forderungen aufzuzwingen, die unser Hunger nach täglichem Brot und unser Durst nach einem wahrhaft menschlichen Leben stellt.

Frauen des arbeitenden Volkes in Deutschland und Frankreich! Hört die Stimme Eurer Brüder, der Bergleute an der Ruhr! Sie ist die Stimme Eurer eigenen Klasse! Fallt nicht den Lügen zum Opfer, die die Kapitalisten diesseits und jenseits des Rheins Euch in ihren Zeitungen und durch ihre anrüchigen Politiker auftischen. In beiden Heerlagern spricht man vom Vaterland. Aber hinter diesem schönen Wort verbirgt sich der Geldschrank der Kapitalisten. Weder um das deutsche noch um das französische Vaterland geht es bei der Ruhrbesetzung und dem Kohlenkrieg. Es handelt sich um nichts anderes als um den Profit, der aus Tausenden und Tausenden von Bergarbeitern, Metallarbeitern, von Proletariern jeder Art herausgepreßt werden soll. Um den Anteil an diesem Profit tobt der Kampf zwischen den französischen Hüttengewaltigen und den deutschen Grubenbaronen.

Um zu verschleiern, daß es um ein fettes Geschäft geht, sind von den Herren Poincaré und Cuno und ihrer Dienstherrschaft wie in den unseligen Tagen des August 1914 die schlimmsten nationalistischen Leidenschaften entfesselt worden. Der drohende Staatsbankerott in

Frankreich, das entsetzliche Elend der Arbeiter, der Kleinbürger und der proletarisierten Intellektuellen in Deutschland sind schlechte Ratgeber. Die Monarchisten und Militaristen versuchen dreist die Umstände zur Wiederherstellung des alten wilhelminischen Regimes auszunutzen. Ein Zufall kann einen Krieg entfesseln, der bei der gespannten internationalen Situation zu einer neuen Weltschlächterei werden würde, noch entsetzlicher als die von 1914 gewesen ist. Alle Konferenzen bürgerlicher Regierungen zeigen die Unfähigkeit der kapitalistischen Bourgeoisie, der Welt den Frieden zurückzugeben, zeigen, daß sie bereit ist, den Frieden um des kapitalistischen Profits willen zu opfern, wie er aus Finanzabkommen, Baumwollpflanzungen, Petroleumquellen usw. gezogen wird.

Frauen der werktätigen Massen in Frankreich und Deutschland! Noch beweint Ihr die teuren Toten, die Euch der Bruderkrieg von 1914 entrissen hat. Euer Herz blutet beim Anblick der Verstümmelten, der Blinden, der Gelähmten und Kranken, die Euch aus Schlachten und Schützengräben zurückgeschickt worden sind. Wenn die Männer die Schrecken und die Greuel des Krieges vergessen würden, Ihr Frauen werdet sie niemals vergessen.

Erhebt Eure Stimme! Laßt Euren Ruf zusammenklingen trotz des Unterschiedes der Sprache und fordert laut entschlossen: Keine Ruhrbesetzung, die nur zu einem neuen militaristischen Gemetzel führen kann! Nieder mit allen Kriegsgewinnlern! Nur einen Kampf haben wir zu kämpfen, den letzten Kampf, der die Werktätigen vom kapitalistischen Joch befreien wird!

Frauen der unterdrückten Klasse! Ein anderer Feind bedroht Euch noch: Das Elend, die Tochter der kapitalistischen Raubgier! Bald wird die französische Proletarierin das Schicksal der deutschen kennen lernen! In zahllosen Familien Deutschlands ist der Herd erloschen, die Vorräte sind aufgebraucht, die Kinder verkommen und sterben. Unaufhörlich wächst in beiden Ländern die Teuerung, steigen die Mieten, werden die Steuern erdrückender. Die sinkenden Löhne und die Arbeitslosigkeit treffen immer furchtbarer die Massen der Armen, der Schwachen. Die Versuche der proletarischen Massen, ihre Lebenshaltung zu verbessern, werden grausam unterdrückt durch die Polizei, die Gerichte, die Gewehre des kapitalistischen und bürgerlichen Staates.

Die Unterwerfung der Arbeiter an der Ruhr unter das Doppeljoch des französischen und des deutschen Kapitalismus wird Lohnkürzung, Verlängerung der Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Zunächst für die deutschen Arbeiter, aber rückwirkend auch für die französischen Proletarier. Die kapitalistische Ausbeutung kennt kein Vaterland. Sie überspringt die Grenzen, sie ist international. Das arbeitende Volk Frankreichs und Deutschlands und der anderen Länder geht den gleichen Leidensweg. Es muß daher auch international solidarisch sein in seinem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung.

Arbeiterinnen, Bäuerinnen, Angestellte, Hausfrauen! Es ist Eure Pflicht, zu kämpfen, um zu verhindern, daß der Wiederaufbau des durch den Krieg zerstörten gesellschaftlichen Lebens zugunsten des gesellschaftlichen Profits erfolgt und mit der wachsenden Ausbeutung der

Werktätigen beider Geschlechter bezahlt werden muß. Er muß zum Wohle derer erfolgen, die arbeiten.

Fort mit den Steuern auf die lebensnotwendigen Dinge! Nieder mit dem Profit der Händler und Unternehmer und skrupellosen Geschäftemacher! Nieder mit dem räuberischen Wucher!

Arbeitende Frauen Frankreichs und Deutschlands! Es genügt nicht, Forderungen aufzustellen. Ihr müßt für sie kämpfen! Vereinigt Euch mit allen Proletariern, mit allen Proletarierinnen zur Bildung der geschlossenen proletarischen Einheitsfront, die allein die kapitalistische Klasse niederwerfen wird.

Ueberall werden heute die Kommunisten verfolgt, in Italien, in Frankreich, in Deutschland. Die Verfolgungen der Vergangenheit dauern fort.

Sie sind die Fortsetzung der Kommune von 1871, die so viele mutige Kämpferinnen schuf!

Sie sind die Fortsetzung der blutigen Kämpfe von 1919, in deren Verlauf in Deutschland durch die Henker der Bourgeoisie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ermordet wurden.

Sie sind die Fortsetzung der schrecklichen, mörderischen Schlachten, in denen das heroische russische Proletariat die russische Bourgeosie niedergeworfen hat und die Weltbourgeoisie bedroht.

Frauen! Folgt dem Beispiel der Kommunekämpferinnen, dem Beispiel Rosa Luxemburgs, unserer tapferen Genossinnen in Rußland, die ihr Leben eingesetzt und gelitten haben für die Revolution, für den Kommunismus! Vorwärts, ihr Frauen, gegen Elend und Krieg! Vorwärts gegen die Front der Poincaré und Cuno, der Schneider und Stinnes. Schafft die internationale proletarische Einheitsfront!

Es lebe das arbeitende Volk Frankreichs und Deutschlands! Es lebe der Kampf gegen die Kapitalisten und Imperialisten aller Nationen! Es leben die russischen Arbeiter und Bauern, die Schöpfer der Sowjetordnung! Es lebe die Kommunistische Internationale!

Für das Internationale Kommunistische Frauensekretariat:
Clara Zetkin. Hertha Sturm.

Für die Kommunistinnen Frankreichs:
Martha Bigot.

Für die Kommunistinnen Deutschlands:
Bertha Braun.

Die Internationale Arbeiterkonferenz zu Frankfurt a. M., ein Schritt vorwärts zur proletarischen Einheitsfront.

Die von dem Ausschuß der Rheinisch-Westfälischen Betriebsräte und dem Reichsausschuß der Betriebsräte Deutschlands einberufene internationale Konferenz zu Frankfurt a. M. trug nicht den Charakter einer glänzenden Parade von Parteien und Organisationen. Sie bot nicht das idyllische Bild eines Harmoniekränz-

chens gleichgesinnter Seelen, die sich in selbstgerechter Tugend die vollkommene Uebereinstimmung ihrer Meinung und damit deren Richtigkeit bescheinigen. Sie war auch nicht der Boden schneidiger, leidenschaftlich erregter und erregender Waffengänge um soziale, sozialistische Theorien. Sie wurde von der bürgerlichen Presse totgeschwiegen oder in entstellten Berichten verleumdet, begeifert, herabzusetzen versucht. Die reformistischen Partei- und Gewerkschaftsredaktionen wandelten gehorsam in den Fußstapfen ihres bürgerlichen Geschwisters. Und dennoch! Dennoch ist die Internationale Frankfurter Konferenz ein hochwichtiges Ereignis, ein Ereignis von einschneidender, fortwirkender Tragweite. Das geschichtliche Leben, das in ihr pulsierte und von ihr ausströmt, wird sich, das Schicksal der Völker bestimmend, mit wachsender, mit immer zwingenderer Kraft durchsetzen, wenn das Geplapper der Minister, Diplomaten und „Hauptleute der Wirtschaft" versunken und vergessen ist, das heute den Blätterwald erfüllt, und von dem politische Betrüger und Betrogene behaupten, es sei Geschichte, es mache Geschichte. Wehe den schaffenden Massen, wenn sie zulassen würden, daß Dem so wäre! Der eiserne Wille zur Auflehnung gegen solches Geschehenlassen war aber gerade Stern und Kern der Internationalen Arbeiterkonferenz.

Die bürgerlichen und reformistischen Blätter wenden viel zu starken Atem auf, um nachzuweisen, die Frankfurter Tagung sei ein bedeutungsloses Gerede, eine aussichtslose „kommunistische Mache" gewesen, als daß dies stimmen könnte. Die Massen der Schaffenden, der vom Kapital Ausgebeuteten und Zertretenen dürfen sich daher nicht täuschen lassen. Um ihre ureigenste Sache ging es bei der Frankfurter Konferenz, und ihre ureigenste Sache ist es, deren wichtiges Werk fortzusetzen. Denn was die Frankfurter Konferenz bedeutet, und was sie geschaffen hat, ist nichts als ein Anfang, jedoch ein Anfang, der für alle, die dem großen Kapital als Objekte der Ausbeutung und Bewucherung untertan sind, zur Notwende, zur Weltwende führen kann, ja führen muß, wenn diese Sklaven sich zählen und endlich in geschlossener Front den Kampf gegen ihre Herren und Peiniger aufnehmen.

Die Internationale Arbeiterkonferenz zu Frankfurt ist ein guter Schritt vorwärts zu dem gewaltigen Ziel, das die Zeit dem Proletariat steckt mit ihrem brennenden Elend für Viele, mit ihrem Prassen und Schwelgen für Wenige; mit ihrer Kulturarmut und ihrem Verdorren und Verwelken hier, mit ihrem Raffinement und ihrer Fäulnis da. Nämlich durch den einheitlichen Willen, den einheitlichen Kampf breitester ausgesogener und verknechteter Massen zunächst die Generaloffensive der Weltbourgeoisie gegen Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleinbauern und Kleinbürger zurückzuschlagen, und dann kühn zum Vorstoß überzugehen und die mörderische Kapitalistenherrschaft selbst zu brechen. Die Hauptbedeutung der Frankfurter Tagung liegt darin, daß sie der Ausdruck ist des erwachenden und aktiv werdenden proletarischen Willens zu solchem Kampf, der die Massen über die politischen Parteien und alle anderen Organisationen und trennenden Schranken hinweg als Ausgebeutete, als Unterdrückte und sich Wehrende zusammenschweißt in einer einzigen großen Front. Neben Kommunisten beteiligten sich

an ihr politisch und gewerkschaftlich verschiedengläubige und parteilose Vertreter von proletarischen Berufsorganisationen, Gewerkschaftskartellen, Betriebsräten, Belegschaften usw. Das aber nicht bloß aus einem Lande, sondern international.

An der Konferenz nahmen teil: 243 Delegierte, von denen die weitaus meisten deutsche Proletarier vertraten, 50 aus dem Auslande gekommen waren. Eine stattliche Zahl das, wenn man die Schwierigkeiten der Beteiligung an der Tagung bedenkt, ganz besonders für die französischen und italienischen Delegierten, von denen die einen die härtesten Verfolgungen durch die Behörden riskierten, die anderen den Tod durch faszistische Mörderhand. Die nichtdeutschen Arbeiterdelegierten verteilten sich wie folgt auf die einzelnen vertretenen Länder: Frankreich 10; Holland 9; Sowjet-Rußland 6; Italien und die Tschechoslowakei je 3; England und Polen je 2; die Schweiz, Oesterreich, Bulgarien, Indien je 1. Dazu kamen noch die ausländischen Vertreter internationaler Organisationen. Die Exekutive der Kommunistischen Internationale hatte zwei ihrer Mitglieder delegiert, darunter Genossen Kolarow, das Internationale Kommunistische Frauensekretariat ebenfalls. Vertreten waren ferner die Rote Gewerkschaftsinternationale und ihr Internationales Propagandakommitee, das provisorische Internationale Komitee zur Bekämpfung des Faszismus, die Internationale der Kriegsbeschädigten und die Internationale Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland. Es nahmen an der Konferenz teil Delegierte des Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte, der Landesausschüsse der Betriebsäte, der Kontrollausschüsse, verschiedenen Gewerkschaftskartelle, der Union der Hand- und Kopfarbeiter, die freigewählten Delegierten einer größeren Zahl einzelner Betriebe. Der politischen Parteizugehörigkeit nach waren von den deutschen Delegierten 17 Mitglieder von der USPD (Ledebour Partei); 9 Mitglieder der SPD; 2 waren parteilos, der Rest Kommunisten, die Zentrale der Kommunistischen Partei hatte 3 Vertreter entsendet. Alle ausländischen Delegierten gehörten der Kommunistischen Partei ihres Landes oder der Roten Gewerkschaftsinternationale an. Unter den Delegierten befanden sich nur 3 Genossinnen: Genossin Casper, Vertreterin der gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiterinnen Berlins; Genossin Sturm, delegiert vom Internationalen Kommunistischen Frauensekretariat und Genossin Zetkin, Vertreterin dieses Sekretariats und der Exekutive der Kommunistischen Internationale. Die kleine Zahl der delegierten Genossinnen weist darauf hin, wie schwach noch die kommunistische Arbeit unter den Frauen in den Gewerkschaften und in der Betriebsrätebewegung aller Länder ist, Sowjet-Rußland ausgenommen.

Nicht „Spitzenorganisationen" der Proletarier verhandelten und handelten in Frankfurt miteinander über die Notwendigkeit und die Bedingungen einheitlichen Vorgehens. Es waren freigewählte Vertreter der Arbeiter und Angestellten in Werkstätten, Fabriken, Gruben, Hüttenwerken, Kaufhäusern und Büros, die sich miteinander über die praktischen Mittel und Wege des gemeinsamen Kampfes gegen den gemeinsamen Feind verständigten. Unwiderstehliches Drängen nach der proletarischen Einheitsfront von unten auf kam zum

Durchbruch. Und gerade dieses von Unten auf ist das ausschlaggebende, ist der große Fortschritt. Charakteristisch dafür sind die zahlreichen Begrüssungen, die von Arbeitern und Angestellten aus allen Ländern, aus den verschiedensten Industrien der Konferenz zugeschickt oder persönlich überbracht wurden. Mochten sie auch manchmal unbeholfen gefaßt sein und schüchtern gestottert werden: sie sind wertvollste Dokumente des sich endlich aufreckenden proletarischen Massenwillens zum Kampf in geschlossener Front.

So ist die Internationale Frankfurter Konferenz an sich schon ein bedeutungsvolles Geschehen. Ihrem geschichtlichen Sein und Sinn entspricht ihr Verlauf, entsprechen die gefaßten Beschlüsse. Die Tagung stand im Zeichen der Erkenntnis, daß sie nicht mehr leisten könne, als das erste Glied einer Kette schmieden, die, Ring an Ring sich aneinander fügend, fest und unzerreißbar genug werden müsse, um den starken Feind zu fesseln und niederzuzwingen, der das Proletariat in Verderben und Tod treibt. Sie stellte daher für die Aktion, den Kampf der ausgebeuteten Massen in Einheitsfront keine allgemeinen, weitgesteckten Ziele auf, in deren Bewertung diese Massen leider noch gespalten sind. Sie beschränkte sich darauf, zur Erfüllung einiger weniger konkreten Aufgaben zu rufen, die aus der Not der Stunde geboren alle vereinigen müssen, denen das Versinken in einen Abgrund leiblicher und seelischer Pein sicher ist, es sei denn, sie entschließen sich zu kämpfen.

Die Ergebnisse der Frankfurter Arbeiterkonferenz sind zusammengefaßt in einem Manifest an die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder und in drei Resolutionen: 1. Der räuberische Ueberfall des französischen Imperialismus auf das Ruhrgebiet und die Gefahr eines neuen Kriegs. 2. Der Kampf gegen den Faszismus. 3. Die Herstellung der proletarischen Einheitsfront. Die Konferenz sandte außerdem die Versicherung ihrer tiefen, brüderlichen Solidarität den verhafteten und gehetzten Opfern der Poincaré'schen Gewalt- und Niedertrachtpolitik in Frankreich und des französischen Terrors in Italien, und sie protestierte gegen die Verhaftung des Genossen Höllein in Paris. Sie nahm mit größter Befriedigung die „Erklärungen" entgegen, in denen die beiden Fraktionen der Mitglieder der USPD und der SPD ihre solidarische Stellungnahme zu der Konferenz und zur proletarischen Einheitsfront darlegten. Ihre Resolutionen wurden wie das Manifest nach eingehender Beratung in besonderen Kommissionen, den nationalen Delegationen und den verschiedenen Fraktionen gefaßt. Diese Beratungen ergänzten und vertieften die Berichte, Vorträge und Diskussionen im Plenum. Hervorgehoben sei, daß der Eingliederung der Frauen in die proletarische Einheitsfront, daß ihrer Beteiligung am Kampf gegen Kriegsgefahr, Krieg und Faszismus die gebührende Bedeutung zuerkannt wurde. Genossin Casper sprach eingehend und wirkungsvoll darüber, ebenso Genosse Losowski, als Vertreter der Roten Gewerkschaftsinternationale. Die Wertung der Frau als Mitkämpferin findet in Punkt 6 der ersten Resolution ihren Ausdruck. Er lautet: „Die Arbeit unter der Jugend, unter den Frauen und den ehemaligen Kriegsteilnehmern und Kriegsopfern muß in verstärktem Masse in allen Ländern aufgenommen werden. Die revolutionären Jugendorganisa-

tionen und internationalen Kriegsteilnehmerorganisationen, die schon ihren Kampf erfolgreich begonnen haben, müssen wie die revolutionären Frauen noch mehr zum aktiven Kampf des Gesamtproletariats gegen Krieg, Imperialismus und Faszismus herangezogen werden."

Proletarier, Proletarierinnen aller Länder, aller Berufe, aller politischen und gewerkschaftlichen Richtungen, aller sozialen und religiösen Bekenntnisse, vereinigt Euch! Vereinigt Euch zur Abwehr vom Krieg und Kriegsgefahr! Laßt Euch durch den August 1914 warnen! Das begreift gegenwärtig in sich den internationalen Kampf des Proletariats gegen die Besetzung des Ruhrgebiets durch den französischen Imperialismus. Diese Besetzung enthüllt nicht nur, daß die Gegensätze des Profit- und Machtbegehrens zwischen den Kapitalisten der einzelnen Länder unablässig Brennstoff für eine neue kriegerische Weltkatastrophe auftürmen. Sie öffnet weit Tür und Tor der lauernden Kriegsfurie, deren erbarmungsloses Wüten den Werktätigen aller Länder, zum Verhängnis wird. Proletarier, Proletarierinnen aller Länder, aller Berufe, aller politischen und gewerkschaftlichen Richtungen, aller sozialen und religiösen Bekenntnisse, vereinigt Euch! Vereinigt Euch zum Kampf gegen den Faszismus! Laßt Euch durch das italienische Beispiel warnen! Der raffgierigen Weltbourgeoisie genügt es nicht mehr, in den einzelnen Ländern alle gewaltigen Machtmittel ihres Staats und ihrer Ordnung gegen Euch zu brauchen und zu mißbrauchen. Sie läßt sich außerstaatliche Gewalthaufen organisieren, und unterhält sie, um Euch niederzuschlagen. Es geht nicht nur um die bescheidensten Errungenschaften zähen, langen Ringens an Lohn und Sklavenrast, es geht um Euer nacktes Leben. Der Kampf gegen den Krieg und die Kriegsgefahr, gegen die Ruhrbesetzung, gegen Deutschlands Zerstückelung und Herabdrückung zu einem Kolonialland, der Kampf gegen den Faszismus ist bitterste Notwehr. Schlagt Ihr nicht den Feind, so seid Ihr geschlagen, seid tödlich getroffen.

Diese Erkenntnis führte auf der Internationalen Konferenz zu Frankfurt Kommunisten und Nichtkommunisten in einem starken Willen zusammen. Die Tagung gab sie als eindringlichsten Ruf zu Sammlung und Kampf an die bedrohten schaffenden Massen weiter. Und sie ging einen Schritt darüber hinaus. Ihr Werk war mit dem Ruf, mit der Losung allein nicht getan. In eifriger Arbeit der nationalen Delegationen, der internationalen Fraktionen und Kommissionen spürte sie dem Wie der Sammlung und Kampfesführung nach, zeigte sie die Organe, die sich die ausgebeuteten Massen als Träger ihres Willens und ihres Handelns schaffen müssen. Gewissenhaft, nüchtern wurden in Frankfurt alle praktischen Möglichkeiten geprüft, die Massen für die aufgestellten Kampfesziele zu mobilisieren und ihre gewaltige Kraft in einer Riesenfront zusammenzuballen, deren Wucht unwiderstehlich sein muß. Von der schlichten, aufrüttelnden und belehrenden Propaganda jedes Tages in den Betrieben und der erweckenden Agitation unter den Soldaten bis zum Massenstreik, bis zum Anhalten von Militär- und Rüstungstransporten, bis zur Straßendemonstration, bis zum ernsten Kampf mit bewaffneter Hand. Von der Ausnutzung der Parlamente, aller öffentlichen Körperschaften, aller demokratischen Rechte, bis zum proletarischen

Selbstschutz durch Hundertschaften, bis zur Beantwortung der Gewalt mit Gewalt, der Gewalt des organisierten revolutionären Massenkampfes und nicht des individuellen Terrors. Von der treuen Kampfesgenossenschaft der Arbeiter und Arbeiterinnen eines Betriebs, der ausgeplünderten Erwerbstätigen und Hausfrauen eines Bezirks bis zur internationalen Brüderschaft der Lohn- und Gehaltssklaven einer Industrie, bis zur Verbrüderung der Proletarier im Arbeitskittel und der Proletarier im Waffenrock. Von der Schaffung von Betriebsräten bis zur Gründung von Kontrollausschüssen, von Aktionskomitees für einzelne Orte, für ganze Wirtschaftsgebiete und Länder, bis zur Einsetzung internationaler Kampfesorgane. Alle Mittel und Wege aber, und alle Organe, die von der Frankfurter Konferenz für den einheitlichen Massenkampf gegen Krieg, Kriegsgefahr und den Faszismus ins Auge gefaßt wurden, sind nicht starre und erstarrende Formeln und Formen, sind lebendigstes, tätigstes, sich fortentwickelndes Leben der Massen selbst. Sie müssen in steter Bereitschaft und Aktivität die Mittel, Waffen und Organe des Kampfes zu Dem machen, was sie sein sollen und leisten können. Die Frankfurter Konferenz ist ein gewaltiger Appell an die schöpferische Aktivität der breitesten Massen, als einer bestimmenden Macht der Geschichte.

Angesichts der gegebenen Situation mit ihren ungeheuren Gefahren für die Werktätigen in allen kapitalistischen Staaten, mit ihrer Riesenverantwortlichkeit und ihren unabweisbaren Pflichten für die proletarischen Organisationen und Führer hat das Verhalten der Londoner, Wiener und Amsterdamer ein Blatt der Schmach und Schande mehr in der Geschichte der drei reformistischen Internationalen geschrieben. In der Tat! Wie die oben angeführten Daten über die Zusammensetzung der Konferenz ergeben, waren nur die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale bei ihr vertreten, und außer kommunistischen Landesparteien und revolutionären Gewerkschaften, die zu ihr delegiert oder sich mit ihr solidarisiert hatten, nahmen bloß Mandatträger der kleinen Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands an ihr teil. Die anwesenden Betriebsräte, Kartell- und Belegschaftsdelegierte, die der Sozialdemokratie oder reformistischen Gewerkschaftsorganisationen angehörten, handelten gegen deren Beschlüsse und brachen die Disziplin, weil sie die einheitliche proletarische Kampfesfront mit Recht höher werten, als die Uebereinstimmung mit reformistischen Führern und deren Segen.

Doch die führenden reformistischen Herrschaften haben Schlimmeres getan, als für ihre Parteien und Gewerkschaftsorganisationen die Einladung zur Beteiligung an der Internationalen Frankfurter Konferenz mit hochmütiger, grober Gebärde abzulehnen. Sie haben ihren ganzen Einfluß aufgeboten, um das Zustandekommen der Tagung zu sabotieren, und sie suchen zu vereiteln, daß deren Arbeiten und Beschlüsse sich im Handeln proletarischer Massen zu Fleisch und Blut verkörpern, Kampfesaktivität werden. Sie setzen damit das schmähliche und verderbliche Treiben fort, mit dem sie von Anfang an die Losung der Kommunistischen Internationale beantwortet haben, die proletarischen Reihen zur Abwehr der kapitalistischen Offensive zu schließen. Die

erste Etappe des Strebens nach Verwirklichung der proletarischen Einheitsfront schloß damit, daß die Mac Donald, Wels und Fritz Adler durch das Auffliegenmachen der Neunerkommission den Versuch zum Scheitern brachten, durch Verhandlungen der „Spitzenorganisationen", von oben her die Massen nicht als Bekenner von Schule und Katheder, sondern als Ausgebeutete zu einheitlicher Verteidigung zusammenzufassen.

Trotz aller reformistischen Widerstände setzte sofort die zweite Etappe ein, der Geschichte „ehernes Muß" zu vollbringen. Nämlich das Drängen erwachender Massen von unten her die proletarische Einheitsfront zum Kampf zu formieren. Die Internationale Konferenz zu Frankfurt ist Ausdruck und Werkzeug dieses Drängens. Sie zeigt den Fortschritt, der sich in weniger als einem Jahre in dem Selbstverständigungsprozeß breiter proletarischer Massen vollzogen hat. Dieser Selbstverständigungsprozeß bedeutet innere Emanzipation, geistige, politische Lösung aus dem Bann der reformistischen Führerklüngel. Denn diese beharren noch, blind und taub für alle Erfahrungen wie für die Lehren der Geschichte, auf ihrer bürgerlichen, arbeiterverräterischen Politik. Lieber Cuno in Deutschland, Poincaré in Frankreich, Bonar Law in England, Mussolini in Italien, als Lenin in Sowjet-Rußland, als die Kommunisten überall. Lieber die nationale Einheitsfront mit der Bourgeoisie gegen das Proletariat, als die Einheitsfront mit dem Proletariat gegen die Bourgeoisie. „Ist es auch Wahnsinn, hat es doch Methode". Die Methode der reformistischen Furcht vor der Revolution und des Hasses gegen die Kommunisten.

Die reformistischen Führer trachten, die sich bildende proletarische Einheitsfront für Kampfesziele und mit Kampfesmitteln zu zerstören, die sie selbst auf ihrem internationalen Kongreß im Haag vor kurzem feierlich als die ihrigen beschworen haben. Gelobten sie nicht, das Proletariat zum Einsatz all seiner verfügbaren Machtmittel zu rufen, um Krieg und Kriegsgefahr zu bannen? Siehe, der Krieg liegt auf der Lauer und diese Herren wissen nichts anderes zu tun, als ihre Hände zitternd und flehend dem Völkerbund entgegenzustrecken! Und das andere! Der Faszismus kehrt sich in Italien mit Mord und Brand und allen staatlichen Gewaltmitteln nicht nur gegen die sündigen Kommunisten. Er trifft die frömmsten Reformisten, erwürgt und zertritt jede Aeußerung proletarischen Klassenlebens, die bescheidenste Lohnforderung ahndet er als Rebellion. In allen kapitalistischen Ländern beginnt der Faszismus sich zu organisieren, denn in ihnen allen empfinden die Ausbeutenden und Herrschenden, daß unter ihren Füssen der Boden ihrer Wirtschaft und ihres Staates schwankt. Die reformistischen Führer aber sinnen nur darauf, wie die proletarische Einheitsfront zu zerreißen sei, die sich national und international zum Kampf gegen den Faszismus zu sammeln beginnt. Sie reden den proletarischen Massen ein, sie könnten mit diesem Mordgesellen fertig werden, wenn sie ihn anwimmern: „Ich tue Dir nichts, tu mir auch nichts." Was wollen Aug in Auge mit der verantwortungs- und notschweren Stunde, die von reformistischen Parlamentariern und Führern einberufenen internationalen „Ersatzkonferenzen" bedeuten, die Karrikaturen der großen, weltumspannenden proletarischen Solidarität sind und getreue Kopien der

imperialistischen Gegensätze der Bourgeoisie? Jene Konferenzen, wo die Reformisten der siegreichen Ententemächte sich über den Weg „zur Verständigung" schlüssig werden, den sie post festum ihren Brüdern in den Zentralstaaten „empfehlen"; jene Konferenzen, die die „heilige Einheit" des nationalen Burgfriedens mit der Bourgeoisie nicht aufheben, vielmehr befestigen. Der neue reformistische Verrat des Proletariats erhöht die Bedeutung der Frankfurter Tagung und macht die heilige Pflicht zwingender, unwiderruflicher, als Vollstrecker ihres Willens, ihrer Beschlüsse die breitesten Massen zu mobilisieren.

Nach dem deutsch-französischen Krieg und nachdem die französische Bourgeoisie mit Hilfe des siegreichen deutschen „Erbfeindes" die glorreiche Pariser Kommune im Blut ersäuft hatte, dauerte es volle achtzehn Jahre, bis 1889 auf dem Internationalen Kongreß zu Paris die revolutionären Proletarier sich in der Zweiten Internationale zu sammeln begannen, bis deutsche und französische Arbeiter sich die Bruderhände reichen konnten. Die deutschen Arbeiter kamen aus dem siegreichen „Vaterlande" als die Geächteten und Gehetzten der Sozialistengesetze.

Noch nicht fünf Jahre sind verstrichen, seit dem Ende des imperialistischen Völkermordens, und seit die besiegte deutsche Bourgeoisie dank Ebert-Scheidemann-Haases Politik und Noskes Stahlbehelmten die ersten revolutionären Erhebungen des Proletariats barbarisch niedergeschlagen, ihre Herrschaft auf den Leichen vieler Tausende revolutionärer Kämpfer wieder aufgerichtet hat. Jetzt ist es das siegreiche Frankreich, aus dem Vorkämpfer des Proletariats, der Hemmnisse und Gefahren nicht achtend, als Geächtete und Verfolgte das besiegte Deutschland aufsuchen, um sich Seite an Seite mit ihren deutschen Brüdern zum Kampfe gegen den einen gemeinsamen, internationalen Feind zu stellen: Gegen die Weltbourgeoisie. Beste Führer der französischen Kommunisten und roten Gewerkschaften büßen seit Jahresanfang die gleiche ruhmvolle Tat hinter Kerkermauern. Zusammen mit diesen beiden nationalen proletarischen Armeen, die zunächst vor allen anderen die volle Schwere und die große Ehre des Kampfes gegen die Ruhrbesetzung und damit gegen Krieg und Kriegsgefahr zu tragen haben, steht der mächtige Heerbann der Kommunistischen Internationale, steht der unbezwungene Arbeiter- und Bauernstaat Sowjet-Rußlands, die erste feste Machtposition, die von der proletarischen Weltrevolution geschaffen worden ist.

Die revolutionäre Entwicklung der Dinge rast stürmisch vorwärts, so stürmisch, daß ihr die Menschen kaum zu folgen vermögen. Krieg und Kriegsgefahr, alle Gewalttaten und Verbrechen, die die Bourgeoisie skrupellos häuft, um ihre Herrschaft — und Ausbeutungsmacht zu sichern, künden das herannahende Ende dieser Macht. Bei dem fortschreitenden Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft und der unaufhaltsamen Zersetzung des bürgerlichen Staats ist die Bourgeoisie nur stark, solange das Proletariat wähnt, es sei zu schwach zu Widerstand, Kampf und Sieg. Das Werk der Frankfurter Tagung wird dazu helfen, den Kleinmut breiter Proletariermassen zu überwinden. Denn es darf nicht Konferenz- nicht Delegiertenwerk bleiben, es muß Massentat werden. Massentat, in der die klare Erkenntnis, der unerschütterliche Wille, das opferbereite Handeln

von Millionen Unbekannter und Ungenannter lebt. So wird die Internationale Konferenz ein Schritt vorwärts sein zur proletarischen Einheitsfront. Daß in ihr die unterdrückten und ausgebeuteten Frauen nicht fehlen, muß Ziel unserer Betätigung sein, an das wir unsere volle Energie, unsere ganze Begeisterung setzen. Unserem Streben kann der Erfolg nicht versagt bleiben. Stürzen sich nicht alle Uebel, die der Krieg hinterlassen, alle Plagen, die der Kapitalismus schafft, mit voller Wucht auf die Frauen des schaffenden Volks? So müssen gerade auch die Frauen sich bewußt werden, daß jeder Schritt vorwärts zur Einheitsfront ein Schritt vorwärts ist im Kampfe gegen drohende furchtbare Feinde: Krieg und Faszismus. Auch die Frauen müssen das Ihrige tun, um das Werk der Frankfurter Arbeiterkonferenz über den bescheidenen Anfang hinaus zu treiben und den Schritt vorwärts gegen den Feind zum wagemutigen Sturmlauf zu machen, der dessen Macht niederwirft. An die Arbeit, die uns die Frankfurter Konferenz gezeigt hat! Schon der erste Schritt vorwärts gegen den Feind muß in proletarischer Einheitsfront siegverheißender Massenschritt sein.

Clara Zetkin.

Kampf dem Kinderelend.

Eugen Pottier, der Sänger der Kommune, der Verfasser unserer Internationale, charakterisiert in einem seiner kraftvollsten revolutionären Gedichte die bürgerliche Gesellschaft als die „Menschenfresserin." Mit Recht. Der Kapitalismus lebt vom Massenmord, gedeiht durch Massenmord. Im Frieden ebensowohl wie im Kriege. Je widerstandsunfähiger und wehrloser, je fürsorge- und schonungsbedürftiger Glieder der Gesellschaft sind, um so skrupelloser schlachtet er sie seinem Profitbegehren. Die Geschichte des Kapitalismus ist die Geschichte namenlosen, herzzerreissenden Kinderelends. Der Siegeszug des Kapitals ist überall bis in unsere Tage der schmerzensvolle Leidensweg von Millionen Proletarierkinder, denen die unersättliche, brutale und listige Profitgier die Kindheit stiehlt und die Jugend mordet.

Das Elend des proletarischen Nachwuchses beginnt bereits mit der harten Ausbeutung von Vater und Mutter, ganz besonders der Mutter. Es beginnt damit, daß Kinder von Eltern gezeugt werden, denen die kapitalistische Gewinnsucht das Mark aus den Knochen, das Blut aus den Adern gesaugt hat, so daß sie ihren Kleinen als einziges Erbteil Lebensschwäche, den Keim langen Siechtums oder frühen Sterbens übertragen. Schon im Mutterleib sind diese zum Hunger verdammt. Und sie werden in diese „beste aller Welten" hineingeboren, die ihnen unerbittlich grausam alles vorenthält, was für starkes und schönes Erblühen von Körper und Geist erforderlich wäre. Die Wohnungshölle, in der zahllose Proletarierfamilien vegetieren, ist keine Stätte für Kindergesundheit und Kinderglück. Es fehlt oft genug der nötige Bedarf an Wäsche und Kleidung, ja es fehlen oft genug die Bedingungen elementarer Reinlichkeit. In der Brust der ausgemergelten Mutter ist der natürliche Nahrungsquell für das Kind versiegt, und die Ersatznahrung ist nach Qualität und Quantität unzulänglich und wird leider durchaus nicht

immer mit der gebotenen Sorgfalt zubereitet. Auch sonst fehlt es an Betreuung und Pflege des Kindes. Die Mutter muß verdienen! Sie ist gezwungen zuerst Mehrwert für den Kapitalisten zu schaffen, nur im Nebenamt darf sie ihren „heiligen Naturberuf" als Mutter erfüllen und wenn ihr das Herz zu brechen droht. In den vorschulpflichtigen Jahren und in der schulfreien Zeit übernimmt die Straße zusammen mit Zufallsgespielen die Erziehung. Zum Darben und Entbehren aber tritt für hunderttausende und aberhunderttausende Proletarierkinder das Muß von Arbeiten, die ihre zarten Kräfte bei weitem übersteigen. Arbeiten für das Haus, Arbeiten für kapitalistische Ausbeuter. Um eines Verdienstes von Bettelpfennigen willen muß das proletarische Kind auf fröhliches Spiel und Naturgenuß verzichten, muß es von der Zeit für Schlaf und Lernen abbrechen, muß es sich als Rädchen der großen Profitmaschine des Kapitals einfügen lassen.

* * *

Die Ausbeutung der Kinderarbeit ist ein besonderes Kapitel der Schmach und des Verbrechens des Kapitals. Dieses Kapitel ist mit Blut und Tränen geschrieben; der bethlehemitische Kindermord des neuen Testaments ist eine harmlose Lappalie neben dem Massenhinschlachten proletarischer Kleinen durch ehrbare, gottesfürchtige Kapitalisten in dem bibelfesten England und anderen Staaten. Die Blüte ganzer kapitalistischer Industrien ist aus dem unsagbaren Jammer ausgebeuteter Proletarierkinder hervorgewachsen. In den meisten, wenn nicht in allen Ländern, sind namentlich die Villen der Textilbarone auf Kinderleichen errichtet.

England, das klassische Land des Kapitalismus, war auch das erste Land klassischer Kinderausbeutung und klassischen Kinderelends. Die Einführung der Maschinen in die Produktion, die Entwicklung des modernen mechanischen Fabrikbetriebs schuf die Grundlage dafür. Mit bitterem Sarkasmus, in dem das Herz empört aufschreit, stellt Marx fest, daß den „Heiden" des Altertums das Organ fehlte für das Tun der frommen englischen Kapitalisten, die um der geschickten und flinken Kinderhändchen willen „die Kinder ganz schlachteten", auf daß diese Herren dank dem erzielten höheren Profit zu „einflußreichen Schuhwichsefabrikanten und weltberühmten Wurstmachern" würden.

Kinderausbeutung und Kinderelend waren so hervorstechende, typische Wesenszüge des jungen englischen Kapitalismus, daß Friedrich Engels in seinem meisterlichen Buche: „Die Lage der arbeitenden Klassen in England" wiederholt darüber berichtet. So heißt es an der einen Stelle: „Vom Anfang der neuen Industrie an wurden Kinder in den Fabriken beschäftigt." Anfangs wegen der Kleinheit der später vergrößerten Maschinen fast ausschließlich, und zwar nahm man die Kinder aus den Armenhäusern, die scharenweise als Lehrlinge bei den Fabrikanten auf längere Jahre gemietet wurden. Sie wurden gemeinschaftlich logiert und bekleidet und waren natürlich die vollständigen Sklaven ihrer Brotherrn, von denen sie mit der größten Rücksichtslosigkeit und Barbarei behandelt wurden . . . ." „Hören wir, wie sie es getrieben haben", sagt Friedrich Engels an einer anderen Stelle, „ehe ihnen der

Fabrikinspektor auf den Fersen saß; ihr eigenes anerkanntes Zeugnis, der Bericht der Fabrikkommission von 1833 soll sie schlagen. Der Bericht der Zentralkommission erzählt, daß sie Kinder oft mit 5, 6, sehr oft mit 7, meist mit 8, 9 Jahren zu beschäftigen anfingen, daß die Arbeitszeit oft 14—16 Stunden (außer Freistunden zu Mahlzeiten) täglich daure, daß die Fabrikanten es zulassen, daß die Aufseher die Kinder schlugen und mißhandelten, daß die Fabrikanten selber tätig Hand anlegten."

Dem ausbeutenden Kapitalisten war jedes Gefühl für das Wohl und Wehe ihrer kleinen Sklaven fremd. Erst die Furcht vor dem drohenden Verlust des Maschinen- und Kanonenfutters führte zu Ansätzen eines Kinderschutzgesetzes. Zwar war in England bereits 1802 das sogenannte „Lehrlingsgesetz" geschaffen worden, das wenigstens die schrecklichsten Mißstände bei der Kinderausbeutung beseitigen sollte. Aber dieses Gesetz blieb auf dem Papier, wie alle Schutzbestimmungen, die der kapitalistischen Ausbeutung Grenzen ziehen sollen, so lange es keine Arbeiter-Organisationen gibt, die die Durchführung erzwingen. Der Bericht einer von der Regierung zur Untersuchung der einschlägigen Verhältnisse eingesetzten Kommission bestätigt, daß noch 1833, Jahrzehnte nach dem Erlaß des Lehrlingsgesetzes, die Ausbeutung der Kinder schrankenlos war. Im Jahre 1834 verbot ein neues Fabrikgesetz die Arbeit von Kindern unter 9 Jahren, (mit Ausnahme der Seidenfabriken). Die Arbeitszeit der Kinder zwischen 9 und 13 Jahren wurde auf 48 Stunden wöchentlich oder auf höchstens 9 Stunden an einem Tage, die von jungen Leuten zwischen dem 14. und 18. Lebensjahr auf 69 Stunden wöchentlich, oder auf höchstens 12 Stunden an einem Tage „beschränkt".

Als der Kapitalismus seinen Einzug in Deutschland hielt, entwickelten sich in der jungen Fabrikindustrie des Rheinlands, Sachsens usw. ganz besonders in der Textilindustrie die gleichen entsetzlichen Zustände. Auch hier stampfte die kapitalistische Profitgier bei der Kinderausbeutung alle Gesetze der Menschlichkeit unter die Füße. Auch hier mußte der Staat, der Diener der Besitzenden und Ausbeutenden, zügelnd eingreifen. Er tat es wahrhaftig nicht aus schönen Gefühlen, sondern aus Einsicht in die Herrschaftsbedingungen der ganzen Kapitalistenklasse. Es zeigte sich, daß die Kinderausbeutung die Stärke und Tüchtigkeit des preußischen Heeres bedrohte. Ein Regierungsbeamter wies nach, daß „die Fabrikgegenden ihr Kontingent zum Ersatz der Armee nicht mehr vollständig stellten". Der Schrecken ob dieser Tatsache verursachte ein „menschliches Rühren", 1839 kam ein erstes Kinderschutzgesetz zustande. Es verbot die Arbeit von Kindern unter 9 Jahren und beschränkte die Arbeitszeit der Jugendlichen bis zum 16. Lebensjahr auf 10 Stunden täglich.

Die Kinderausbeutung ist jedoch nicht nur den „Flegeljahren" des Kapitalismus eigentümlich. Zwar gemildert, aber noch hart und furchtbar genug in ihren Folgen besteht sie in England und Deutschland auch in der Zeit höchster kapitalistischer Entwicklung weiter. In keinem dieser beiden Staaten hat die Arbeiter-Klasse bis heute ein Gesetz erzwungen, das die erwerbende, ausgebeutete Kinderarbeit radikal verbietet und an ihre Stelle die Arbeitsschule setzt, d. h. die umfassende Erziehung

durch die Arbeit und für die Arbeit. In den Fabrik- und Werkstättenbetrieben soll zwar die Arbeit schulpflichtiger Kinder verboten sein. Allein zumal in Kleinbetrieben wird das Verbot häufig übertreten. Außerdem ist die Heimindustrie nach wie vor eine Brutstätte verderblichster Kinderausbeutung. In Thüringen, im sächsischen Erzgebirge und anderwärts ist die Heimindustrie im buchstäblichen Sinne des Wortes Mordindustrie für die darin beschäftigten Kinder. Und seit dem Krieg und mit der Zerrüttung des Kapitalismus seither hat die Heimarbeit an Umfang gewonnen, haben sich aber auch gleichzeitig ihre Bedingungen noch verschlechtert. Die Gesetzgeber haben sich peinlich davor gehütet, der Kinderausbeutung durch die Agrarier, die Landlords ein Ende zu machen. Die „Idylle" als „Hütejungen" ist ein „Vorrecht" proletarischer Knaben geblieben, und beim Rübenziehen, Kartoffelnlesen usw. können sich Jungen und Mädchen abrackern, pardon: „zerstreuen". Kurz, es gibt noch weite Gebiete, in denen es der Kapitalist mit dem Bibelwort hält: „Lasset die Kindlein zu mir kommen", auf daß billige und billigste, wehrlose Arbeitskraft den Profit mehre.

Selbstverständlich beschränkt sich die tiefe Not der Kinderausbeutung nicht auf England und Deutschland. Sie ist international wie der Kapitalismus, wie die Klassenlage des Proletariats. In allen Ländern, in allen Himmelsstrichen, wo sich der Kapitalismus eingenistet hat, gehört sie zu seinen untilgbaren Brand- und Schandmalen. Das Elend der Kinderausbeutung hat in Ländern mit junger kapitalistischer Entwicklung, hat in Australien, in Asien und in Amerika eine schreckliche Ausdehnung erfahren. In den Vereinigten Staaten, die geldgeschwollen aus dem Raubkrieg hervorgegangen sind, frohnden nach offiziellen Angaben 378 000 Kinder in den kapitalistischen Profitmühlen. Wahrscheinlich aber ist ihre Zahl bei weitem größer. In Chicago allein müssen gegenwärtig mehr als 200000 Kinder ihr Brot verdienen. Kleine vom sechsten Lebensjahre an befanden sich unter den Erwerbstätigen. Viele Kinder besuchen keine Schule. Die Kinderarbeit spielt sowohl in den hochindustriellen Oststaaten eine große Rolle, die sich ihrer alten angelsächsischen Kultur rühmen, ihrer Bibelgläubigkeit und ihrer festverwurzelten Demokratie, wie in den Südstaaten, mit ihren französisch-spanischen Traditionen der „Ritterlichkeit" gegen Schwache. Die Arbeitskräfte der südstaatlichen Zuckerindustrie wurden zu 73 Prozent von Kindern und Jugendlichen gestellt. Man stelle sich vor: Kinder und halbausgewachsene Burschen und Mädchen in der Gluthitze der Raffinerien bei Arbeit, die sogar für Erwachsene schwer und anstrengend ist. In der Stadt Danuba wurden die Schulferien verlängert, damit die Kinder anstatt zu lernen, den Kapitalisten Profit schaffen, und dies zu einer Zeit, wo in den Vereinigten Staaten trotz des Aufschwungs noch mehr als eine Million Erwachsene erwerbslos sind. Die amerikanische „Demokratie" hat nichts dagegen einzuwenden, daß Kinder in den Kohlenbergwerken frohnen und dabei zu Grunde gehen. Nach berühmtem Muster werden jedes Jahr von New-York und anderen großen Städten ganze Züge Waisenkinder zu der berüchtigten „Veilchen-Kompagnie" gebracht, wo sie mit dem Einpacken von Granaten beschäftigt werden. „Ein eigenartiges Leiden, sucht diese Kinder heim", schrieb die New-Yorker Volkszeitung vom

15. November 1922, „durch eine Reaktion der Granaten, die sie verpacken, ist das Fleisch an ihren Fingern bis zu den Knochen abgefressen. Erst als dasselbe Gift die Verpackung verdarb, wurde an Abhilfe gedacht". In den amerikanischen Konservenfabriken sind während der Saison Kinder von 9—10 Jahren 16 Stunden täglich beschäftigt. Die Handschuhfabrikanten im Staat New-York haben Maschinen in den Volksschulen aufgestellt, damit die Kinder hier gleich ihre Lehrzeit durchmachen können. Eine Berufung auf das bestehende Kinderschutzgesetz, um gewissenlosester Ausbeutung kleiner Proletarier zu wehren, wurde vom obersten Gerichtshof als „Angriff auf die Verfassung" zurückgewiesen. Trotz solcher Entscheidung mußte das seit 1919 bestehende ganz unzulängliche Kinderschutzgesetz fallen. Am 15. Mai 1922 wurde es beseitigt. Sogar das bischen Zwang, das es den Ausbeutegelüsten der amerikanischen Kapitalisten auferlegte, war diesen Herren noch zu viel. Gerade auch für die Kinderausbeutung wollen sie die „goldene Freiheit", die sie meinen.

In Australien arbeiten schulpflichtige Kinder schon der jüngsten Altersstufen in Kohlenbergwerken und auf Schiffswerften, auf Bauplätzen, Kanalbotten, in Werkstätten und Verkaufsstellen, ziehen Karren, schleppen Lasten und — haben längst das kindliche Lächeln verlernt. Die Aermsten verwahrlosen und verwildern. Im Laufe von 2 Jahren standen allein in vier großen Städten 7000 jugendliche Verbrecher vor dem Jugendgerichtshof und nahezu 5000 von ihnen wurden wegen Herumlungern oder Einbruchs verurteilt.

* * *

Zu dem, was die Kapitalistenklasse durch die skrupel- und schamloseste Ausbeutung der kindlichen Arbeitskräfte sündigt, gesellt sich die Riesensumme dessen, was die bürgerliche Ordnung dem proletarischen Nachwuchs an günstigen Entwicklungsbedingungen schuldig bleibt. Auch diese Schuld ist international, und sie wächst und wächst unaufhaltsam, entsetzlich in dem Maße, als die kapitalistische Weltwirtschaft unter den Auswirkungen des Krieges und der auf die Spitze getriebenen Gegensätze der Zerrüttung anheimfällt. Es begreift in sich, daß das Kinderelend himmelschreiender Lebens- und Entwicklungsbedingungen besonders kraß in jenen Ländern hervortritt, die in dem vierjährigen Völkermorden unterlegen sind. In Oesterreich und Deutschland gehören zu den ständigen Alltagsdingen Berichte über Fälle von Kinderelend, die das Blut erstarren machen. Wohlgemerkt, nicht etwa von Kinderelend in vereinzelten Fällen, sondern von Kinderelend als Massenerscheinung. Und während in beiden Ländern eine kleine Minderzahl fabelhafte Schätze aufhäufte, in Reichtum und Luxus geradezu erstickt, hatte die bürgerliche Gesellschaft kein anderes Mittel, hungernde, sterbende Kinder zu retten, als — den Bettelsack. Die Speisungen der amerikanischen und englischen Quäker, Ferienaufenthalte in der Schweiz, in den skandinavischen Ländern, sicherten Tausenden Kleiner den Teller Suppe und das Stück Brot, das ihnen die gut „vaterländische" Bourgeoisie vom Munde riß.

Auf dem Kongreß für Kinderhilfe in Genf 1922 berichtete die bürgerliche Reichtagsabgeordnete Adele Schreiber, daß in Folge chronischer Unterernährung, blutigen Elends in Deutschland jährlich $2^1/_2$ Mil-

lionen Kinder dem Tode geweiht und weitere 6 Millionen ernstlich gefährdet sind. In 43 deutschen Großstädten waren 200000 Kinder tuberkulös, 835973 unterernährt und kränklich. In Berlin allein sind 50 Prozent der Schulkinder tuberkulös, 80 Prozent unterernährt. In Leipzig siecht die Hälfte der Schulkinder an Unterernährung dahin, d. h. stirbt an dauerndem Hunger. Für Köln wurde durch ärztliche Untersuchung festgestellt, daß 25 Prozent der Volksschulkinder leicht und 60 Prozent schwer unterernährt sind. Aehnliche Feststellungen liegen aus allen Teilen Deutschlands vor, und sie stammen nicht von „aufhetzenden Kommunisten", sondern von Stützen der „Ordnung und des Eigentums".

Schon der Säugling in der Wiege erfährt, was Klassengegensatz, Klassenherrschaft und Klassenausbeutung bedeutet. Es ist eine bekannte, durch die Statistik erhärtete Tatsache, daß die Säuglingssterblichkeit im Proletariat größer ist, als bei der Gesamtbevölkerung, und daß sie ganz erheblich jene in den begüterten Kreisen übertrifft. Ein unverdächtiges Zeugnis, das deutlich die Ursachen dieser Erscheinung aufweist. Der Stadtmedizinalrat von Essen berichtete 1920, daß viele Mütter stillunfähig geworden waren in Folge der schweren Arbeit in der Rüstungsindustrie, zu der die Not sie gezwungen hatte. Viele Säuglinge erkrankten und starben, weil die Familien als Ersatz keine Milch beschaffen konnten, oder weil die Milch sehr schlecht war. In vielen deutschen Großstädten ist die Kindersterblichkeit gegen die Vorkriegszeit um das Dreifache und mehr gestiegen. Blutarmut, Rhachitis, Skrofulose, Tuberkulose sind das Schicksal Hunderttausender proletarischer Kleiner, die der Tod nicht schon im Säuglingsalter dahinrafft. Aus Barmen z. B. wurde von ärztlicher Seite mitgeteilt, daß viele Kinder, die das Säuglingsalter hinter sich hatten, so rhachitisch waren, daß sie weder stehen noch gehen konnten, darunter befanden sich solche bis zum Alter von 6 Jahren.

Allgemein stellen die Aerzte fest, daß die Ursache des Sterbens und Verkümmerns der Säuglinge und Kinder zarten Alters die Unterernährung ist. Nicht bloß in Essen ist die Stillfähigkeit der Mütter durch das Zusammenwirken von harter, die Kräfte übersteigender Erwerbsarbeit, unzulänglicher Ernährung und bitteren Sorgen zurückgegangen. Die Städte und Industriezentren werden — das ist durch Ziffern bewiesen — mit weit weniger Milch beliefert als in der Vorkriegszeit. Marksturz und Wucher haben die Preise der Milch unerschwinglich für den Beutel der Proletarier gemacht. Trotz der Milchknappheit können die alten und neuen Reichen in Milch und Schlagsahne schwelgen, weil sehr viele proletarische und kleinbürgerliche Familien außer Stande sind, die ihnen zustehende Milch bezahlen zu können. Mit der Anschaffung von Eiern, Butter, Fett, Fleisch usw. steht es ebenso, ja häufig genug kommt nicht einmal mehr genug Brot in die Familien, namentlich gutes Brot. So erhält das proletarische Kind nicht bloß zu wenig, sondern vor allem auch minderwertige oder gar wertlose Nahrung. Der kleine Magen wird allenfalls gefüllt, vielleicht sogar belastet, aber der Körper erhält nicht die nötigen kraftvollen und gesunden Aufbaustoffe.

„Entbehren sollst Du, sollst entbehren", herrscht die Not dem

proletarischen Kinde auch betreffs der Kleidung und Wohnung zu. Wohl gibt es heute in Deutschland Tausende proletarischer Kleinen, die gleich dem Jesuskindlein der biblischen Legende in einem Stall geboren werden oder sogar in einem schlechteren Raum, als in einem Stall, allein nicht jedes von ihnen kann von der Mutter in Windeln gewickelt werden. Die Neugeborenen, die nicht einmal in Leinwandfetzen, die in altes Zeitungspapier gewickelt werden, sind leider keine Fabel, sind schreckliche Wirklichkeit. Nicht bloß in armseligen Proletarierhaushaltungen, auch in öffentlichen Anstalten, in Heimen und Krankenhäusern gebricht es an Windeln, an Säuglingswäsche. Das besagt aber nicht nur, daß es den Kleinen an Schutz und Wärme fehlt, sondern auch an Bedingungen der Reinlichkeit, und diese ist die halbe Pflege und Gesundheit. Wie groß das Elend dieser Art ist, läßt sich nicht durch Ziffern beleuchten, denn in der Mehrzahl der Fälle verkriecht es sich in die einzelne Behausung, oder was sich so nennt. Dagegen sind Zahlen über die Bekleidungsnot der deutschen Schulkinder vorhanden.

In Auerbach im sächsischen Vogtlande bedurften von 42500 Kindern 60 Prozent, 25000 der Unterstützung mit Wäsche. In einer Volksschule für Mädchen in Düren hatten 20 Schülerinnen kein Hemd; 17 keine Hosen; 178 nur ein einziges Paar Strümpfe; 1 keine Strümpfe; viele hatten überhaupt nur Hemd, Hosen, Unterrock, die sie auf dem Leibe trugen. In sämtlichen Klassen wurde festgestellt, daß das Unterzeug sehr knapp und sehr schlecht war. Der Wohlfahrtsausschuß für Königsee in Thüringen verzeichnete Ausgang 1921, daß nur 10,3 Prozent der Schulkinder „geeignete Unterkleidung" hatten, alle übrigen litten den größten Mangel daran, ebenso auch an Schuhwerk. Im letzten Winter kamen in München 30—40 Prozent der Kinder trotz Kälte und Schnee barfuß zur Schule, 40—50 Prozent der Proletarierkinder hatten in diesem Orgeschparadies nur ein einziges Hemd. In Glatz in Schlesien, ebenfalls ein Dorado der Agrarier, Schwerindustriellen und Faszisten, besaßen von 1248 Kindern 466 nur ein einziges Hemd und 129 überhaupt keins.

In Thüringen mit seinen waldreichen Bergen und anmutigen Tälern steht die Lieblichkeit der Natur im schroffsten Gegensatz zu dem düsteren Elend der häuslichen Umwelt, in der vielzuviele Kinder des Proletariats aufwachsen. In Jena war 1920 der Aufenthaltsort von 1475 Kindern die Wohnstube; von 384 die Küche; von 66 bei fremden Leuten; von 57 in einer Anstalt; von 52 in der Schlafstube; von 52 auf der Straße; von 4 im Laden oder in der Werkstatt. Viele Kinder des Thüringer Proletariats haben kein Bett, sie schlafen in Hängematten, auf schmalen Sofas, und das oft genug zu zweien. Ein Bett muß zur Schlafstatt für zwei, drei, vier ja fünf Kinder dienen. Es wurde festgetellt, daß von 13899 Schulkindern 2747 zu zweien und 1136 zu dreien in einem Bett schliefen; in 355 Fällen zu fünf in einem Zimmer; in 233 Fällen zu sechs; in 47 zu sieben; in 17 zu acht; in 3 zu zehn. Aus München wurde berichtet, daß 40—50 Prozent der Schulkinder kein eigenes Bett haben, sondern es mit den Eltern oder Geschwistern teilen müssen. Auch in Berlin sind die Wohnungsverhältnisse besonders schrecklich, tausende von Kindern schlafen nicht allein in einem Bett.

Wie das offizielle Deutschland zu Wilhelm's II Zeiten mit den Ziffern seiner sozialen Versicherungen und ähnlichem prunkte, so verweist heute das offizielle Deutschland der Ebert und Cuno auf die entsetzliche Statistik des Kinderelends. Die Bourgeoisie versucht hinter den Bergen kleiner Leichen und den endlosen Zügen Totgeweihter ihre Geldsäcke vor den Reparationsforderungen zu verbergen, zu deren Erfüllung sie sich der Entente verpflichtet hat. Sie enthüllt damit die Ungeheuerlichkeit ihres Verbrechens am Proletariat und zugleich ihre ausgewachsene Schamlosigkeit, sogar noch aus diesem Verbrechen einen Extragewinn ziehen zu wollen. Aus anderen Hochburgen des Kapitalismus liegen mir zurzeit bedauerlicherweise keine Statistiken des Kinderelends vor*. Allein es wäre grundverkehrt, wähnen zu wollen, daß der Kapitalismus außerhalb der Grenzen Deutschlands der proletarischen Kindheit und Jugend ihr Recht werden ließe. Auch dort stößt er die proletarischen Kinder in die tiefsten Tiefen des Jammers. Zwei vielsagende Belege. Nach Angaben des Dr. Harry Warren endeten 1921 in den Vereinigten Staaten 885 Kinder durch Selbstmord, das waren 50 Prozent mehr als 1920 und 80 Prozent mehr als 1919. Aus England wird berichtet, daß in vielen Grafschaften — auch in den ländlichen — Trupps von hunderten von Kindern auf den Landstraßen und in den Wäldern und Feldern herumirren, Hunderte, in Lumpen gehüllt, barfuß, halb nackt und halb verhungert. Es sind Kinder der gepriesenen „Helden der Schlachtfelder" und der Frauen, die in den „Schützengräben der Munitionsfabriken das Vaterland verteidigt haben" und die nun als Arbeitslose mitsamt ihrem Nachwuchs erbarmungslos aller Unbill der kapitalistischen Ordnung preisgegeben sind. Und Angesichts solcher Zustände wagen es englische Bourgeois, wie „Antibolschewisten" aller Nationalitäten, über das von der katastrophalen Mißernte 1921 geschaffene Kinderelend in Sowjet-Rußland als über eine Schuld der kommunistischen Arbeiterregierung zu Gericht zu sitzen.

* * *

Das proletarische Kinderelend ist eine der krassesten und furchtbarsten Aeußerungen der wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze, die die bürgerliche Gesellschaft zerklüften und der Widersprüche, an denen sie zu Grunde gehen muß. Maßloses Kinderelend begleitete den Aufstieg des Kapitalismus und maßloses Kinderelend begleitet seinen Verfall. Es ist das heute eine unvermeidliche, typische Folge des verzweifelten Strebens der Bourgeoisie, durch gesteigerte Ausbeutung und Verknechtung des Proletariats den schmutz- und bluttriefenden Kapitalismus vor seinem Untergang zu retten. Auch aus gesteigerter Kindernot sucht der Kapitalismus letzte Lebenskraft zu saugen. Die Proletarier müssen in ihren Kindern ihre Gegenwart und Zukunft als Klasse gegen den blindwütigen Profit- und Machthunger der Bourgeoisie verteidigen. Der Kampf gegen das Kinderelend ist ein wichtiger integrierender Teil der proletarischen Abwehraktion gegen die Offensive der Weltbourgeoisie. Die Frauen müssen in diesem Kampf in den vordersten Reihen stehen.

---

* Hoffentlich werden unsere Genossinnen anderer Länder ergänzende Arbeiten einsenden. Die Redaktion.

Kinderelend ist stets im zwiefachen Sinne Frauenelend, Mütterelend. Wo der Kapitalismus Kindern die Bedingungen gesunden Wachstums für Körper und Geist vorenthält, wo er Kinder aus Pflege- und Erziehungsbedürftigen in Ausbeutungsobjekte verwandelt, da sind auch härteste Ausbeutung und notbelastete Lebensbedingungen das Schicksal der Proletarierinnen. Und die Mutter wird das Verwelken und Verdorren ihrer Kinder als schmerzlichstes ihrer Leiden empfinden.

Unser internationaler Frauentag wird auch Kampftag gegen das Kinderelend sein. Er sammelt breite Massen für Forderungen, die den Kindern der Enterbten und Ausgebeuteten einen gesunden Geist in einem gesunden Körper sichern sollen. Der Schutz des Kindes beginnt beim Schutz der Mutter. Deshalb heischen wir: Schwangerenheime, Entbindungsanstalten, Wöchnerinnen-, Mütter- und Säuglingsheime, Hauspflege für Wöchnerinnen, Stillgelder für nährende Mütter, Mütterberatungstellen. Kurz soziale Einrichtungen und soziale Fürsorge durchgreifender Art für die werdende Mutter und die Muttergewordene. Wir fordern des Weiteren: Krippen, Horte, Kindergärten, Ferienkolonien, Waldschulen, organisierte Betreuung und Erziehung in der schulfreien Zeit usw. Wir verlangen das strikte Verbot jeglicher ausgebeuteten, erwerbenden Kinderarbeit und die Umwandlung der Schulen aus Drillanstalten in Erziehungsinstitutionen auf der Grundlage des Arbeitsunterrichts. Wir wollen gesicherte gesunde Ernährung der Säuglinge, die Speisung, Bekleidung und Behausung aller Kinder, deren Bedürfnisse das Heim nicht kulturwürdig zu befriedigen vermag. In einem Satz zusammengefaßt: Wir kämpfen für das Recht jedes Kindes, gegen die Schädigung durch den leib- und seelenmordenden Kapitalismus geschützt zu werden, soziale Bedingungen für seine Entwicklung zu erhalten, die das freie Erblühen seiner Anlagen und Kräfte ermöglichen.

Der Kampf für diese unsere Forderungen, der Kampf gegen das Kinderelend ruft gebieterisch nach der proletarischen Einheitsfront. Das müssen ganz besonders die Mütter verstehen lernen, auch wenn sie heute noch politisch indifferent sind, die Fesseln bürgerlicher oder aber auch reformistischer Auffassung tragen. Hier geht der Kampf um Forderungen, deren Erfüllung jeder Tag, jede Stunde den Frauen, den Müttern als so dringlich erweist, daß sie sich als Proletarierinnen mit uns ohne Zögern und Schwanken vereinigen müssen, auch wenn sie nicht wissen, daß die Diktatur des Proletariats ihre Befreiung bedeutet, oder wenn sie diese Diktatur ablehnen und auf die Demokratie des Stimmzettels schwören. Noch ein anderer Umstand verdient Beachtung. Das Kinderelend ist in der Zeit des krachenden, sich auflösenden Kapitalismus weit über die Grenzen des eigentlichen Proletariats hinausgewachsen. Es ist auch in den Kreisen der proletarisierten oder von ihrer Proletarisierung bedrohten Kleinbürger, Intellektuellen heimisch geworden. Aerztliche Untersuchungen an den Mittelschulen deutscher Städte haben ergeben, daß auch da ein hoher Prozentsatz der Zöglinge, — Kinder von Beamten, Lehrern, Ingenieuren usw. — an Unterernährung dahinsiecht.

Der Kampf gegen das Kinderelend, zu dem wir in allen Ländern aufrufen, muß Kraft innerer Notwendigkeit unbedingt zu einem Kampf

wider den Kapitalismus, wider die Klassenherrschaft der Bourgeoisie werden. Alle Forderungen, die wir in diesem Kampf erheben, könnten morgen, könnten heute schon Verwirklichung finden, wenn — ja wenn das Klasseninteresse der Besitzenden und Ausbeutenden nicht wäre. Dieser harte Tatbestand, der sich nicht durch die schönsten demokratischen Formeln beseitigen läßt, stemmt sich auch den bescheidensten Forderungen zur Beseitigung des Kinderelends entgegen. Die Weltbourgeoisie wird eher Millionen Kinder dem Tod überantworten, dem Verkommen, sie wird lieber Kasernen, Krankenhäuser und Zuchthäuser bauen, als auf die Kinderausbeutung verzichten und die Quellen des Kinderelends zu verstopfen, denn das liefe ja darauf hinaus, Quellen ihres Profits zu verschütten. Um ihre Kinder zu retten, müssen die Frauen der schaffenden Massen, müssen die Arbeiter die morsche bürgerliche Ordnung niederbrechen und auf ihren Ruinen die Herrschaft des Proletariats aufrichten. Else Baum, Berlin.

Die Frauen als Vortrupp der großen Reisaufstände in Japan, 1918.

Zur Einleitung. Die Vorgänge auf den Hauptmord- und Hauptzerstörungsfeldern des imperialistischen Weltkriegs konzentrierten im Sommer 1918 das allgemeine Interesse derart auf sich, daß den großen Reisaufständen in Japan nicht die ihnen gebührende Aufmerksamkeit geschenkt worden ist. Und doch hätte schon allein ihr gewaltiger Umfang und ihr äußeres Um und Auf die Blicke auf sie lenken müssen. Die Reisaufstände brachen am 3. August aus und endeten am 7. September. Sie dauerten also nur 44 Tage. Jedoch in dieser kurzen Spanne Zeit dehnten sie sich über drei Viertel des japanischen Reichs aus, ergriffen 180 Ortschaften und mobilisierten mehr als 10 Millionen Rebellen. Bewaffnete Uebermacht schlug sie blutig nieder.

Aber nicht allein in dem, was diese trockenen Zahlen und Angaben besagen, beruht die Bedeutung der Rebellion. Den Reisaufständen verleiht besondere Wichtigkeit, daß sie die fortschreitende Umwälzung Japans durch den Kapitalismus erkennen lassen, seine Umwälzung aus einem feudalen Agrarstaat in einen modernen Kapitalistenstaat. Ferner und vor allem, daß sie der bisher stärkste Ausdruck sind der beginnenden Auflehnung der jungen Arbeiterklasse wider ihre Ausbeuter und Herren. Dies war der Grund dafür, daß sie über die lokalen Rebellionen hungernder, geschundener Bauern in früheren Zeiten hinauswuchsen und einen allgemeinen, einen nationalen Charakter annahmen. Neben verelendeten Bauern waren die Industriearbeiter die Träger der Aufstände, und sie richteten sich nicht nur gegen die Wucherpreise des Reises, des wichtigsten, unentbehrlichsten Nahrungsmittels der Volksmassen in Japan. Nein, in diesen Aufständen unternahmen die Industriearbeiter einen ersten großen Waffengang gegen die sie hudelnden und aussaugenden Kapitalisten. Die Spannung der modernen Klassengegensätze explodierte in ihnen.

Genosse Sen Katayama, der sturmerprobte Vorkämpfer des japanischen Proletariats, der treue, aufrechte Bekenner und Verfechter

des Kommunismus, der revolutionären internationalen Solidarität der Arbeiter aller Länder und Bauern, hat eine bemerkenswerte Darstellung der Reisaufstände gegeben. Sie führt tief ein in das Verständnis der Geschichte und der Entwicklung Japans. Leider liegt seine tatsachenreiche wertvolle Arbeit nur englisch vor, sie müßte baldigst in andere Sprachen übersetzt werden. Wir geben in folgendem mit Sen Katajamas Erlaubnis das Kapitel wieder, das die tatkräftige Initiative der Frauen bei den Reisaufständen schildert. Es bestätigt eine alte geschichtliche Erfahrung über die Rolle der Frauen bei den Erhebungen sich empörender Massen.

* * *

Wer glaubt, daß die japanischen Frauen nichts sind als die Sklavinnen ihrer Gatten und die Verkörperung der Sanftmut und Scheu, der wird höchlich überrascht sein durch die Darstellung der Rolle, die sie bei den Reisaufständen gespielt haben. Der westliche „Kenner" spendet der Sanftmut, Unterwürfigkeit und Milde der Orientalinnen reichlich Weihrauch, doch sein Urteil hat nur für die Frauen der oberen und mittleren Klassen Gültigkeit. Wir können kaum wahrheitsgetreue Schilderung des Lebens und Charakters der unteren Klassen im Orient von reisenden Bourgeois erwarten, die des Gefühls der Sympathie für die Unterdrückten ihrer eigenen Rasse bar sind. Wenn die Reisenden aus dem Westen von dem japanischen Volk der Arbeit sprechen, so erscheint dieses meist lächerlich, ekelhaft und verachtungswürdig, gerade gut genug, Gegenstand ihres müßigen Geschwätzes nach Tisch zu sein. Sie kennen die Wahrheit nicht oder entstellen sie.

Die Japanerinnen der unteren Gesellschaftsschichten erhalten sich selbst. Sie arbeiten Seite an Seite mit dem Mann und wirken mit ihm zusammen; sie haben daher das Bewußtsein ihrer Bedeutung und ihrer Würde. In dem gleichen Maße wie die Arbeiterinnen anderer Länder sind sie aktiv und werden sie zu Kämpferinnen für ihre Interessen. Sie sind durchaus fähig, an die Stelle des Mannes zu treten, wenn es not tut. Nur bei den oberen und mittleren Gesellschaftsschichten Japans findet sich das faule und stumpfsinnige Weib. Für diese Schichten hat das häusliche Schalten und Walten keine Bedeutung. Der Mann kann einen Koch und Dienstmädchen einstellen, er kann sich auch Nebenfrauen und Dirnen bezahlen. Er bedarf nicht der Mitarbeit der Frau seiner eigenen Klasse, des Zusammenwirkens mit ihr. Die Frauen der oberen Klassen sind unproduktiv und abhängig vom Manne, die völlige Unterwerfung unter ihn ist in der Folge ihr hervorstechender Charakterzug; sie tauschen für ihre Unterwerfung ein Leben der Bequemlichkeit und des Luxus ein.

In der nördlichen Provinz Echigo liegt ein Hafenstädtchen namens Nishimizubashi. Die Ufer werden von den Wellen des Japanischen Meeres bespült, die auch bis zu den Ufern Sibiriens rollen. Die Männer des Städtchens sind Fischer und Schiffer. Ihre Beschäftigung auf See führt sie bis Sachalin. Vielleicht haben sie an der Küste Sibiriens die wunderbare Geschichte von der „bolschewistischen Revolution" vernommen; vielleicht haben Matrosen der Dampfer mit Munition, die zwischen Psuruga und Wladiwostok hin und herfahren, von den außerordentlichen Ereignissen in Rußland erzählt. Japanische Zeitungen

berichteten, daß 1918 im Japanischen Meer große Fischknappheit herrschte, und daß viele Fischer, die weit nach Norden gefahren, noch nicht zurückgekehrt waren, weil der geringe Ertrag ihres Fangs die Heimreise nicht zahlte. Wie dem auch sei, gewiß ist, daß unter den Fischern die Nachricht von der russischen Revolution umging, daß manche von ihnen weit nach Norden auf den Fischfang fuhren und nicht zurückkehrten. Wir dürfen wohl annehmen, daß der Fischmangel nicht der einzige Grund war, der sie im Norden festhielt.

Unterdessen war der Preis des Reises stetig gestiegen. Die Frauen und Kinder daheim hatten schon längst den kleinen Vorrat an Lebensmitteln aufgezehrt, über den sie verfügten. Ihr täglicher Verdienst reichte nicht aus, auch nur die bescheidensten Bedürfnisse zu decken. Hunger, Unsicherheit, Aengste folterten sie, die Lage wurde für sie unerträglich.

Es war am 3. August 1918. Der Feuerball der Sommersonne war in dem bleifarbenen Japanischen Meer versunken. Die Abenddämmerung begann die Dächerspitzen des Städtchens einzuhüllen, aber „es lag etwas in der Luft". Die Hausmütter kehrten nicht in ihr Heim zurück, um die wohlverdiente Ruhe zu suchen, sie blieben in den Straßen in Gruppen beieinander. Dann sammelten sich ungefähr 180 von ihnen in der Bucht. In drei Trupps geteilt marschierten sie zur Stadt zurück. Der eine davon zog geradenwegs zur Wohnung des Bürgermeisters und bat ihn eindringlichst, keinen Reis ausführen zu lassen, weil die Ausfuhr Mangel im Ort herbeiführte und so zum unmittelbaren Anlaß der Preissteigerung wurde. Die anderen beiden Gruppen begaben sich zu den Reishändlern und forderten, daß sie Reis nur an die Einwohner der Gemeinde und zu herabgesetzten Preisen verkaufen sollten. „Für den Fall", so schrieen sie, „daß Ihr uns nicht hört, werden wir Euere Häuser zu Asche verbrennen." Die Polizei wurde herbeigerufen. Es kam zu Zusammenstößen zwischen ihr und den verzweifelten Frauen. Mehrere wurden verwundet. Gegen Mitternacht suchte ein Teil der Aufständigen das Haus auf, die andern standen Posten vor den Reisläden. Die ganze Nacht hindurch hielten diese Frauen Wache.

Am folgenden Tag erreichte die Nachricht von der „Störung der Ordnung" die Nachbarstadt Higashi-Mizubashi. Den ganzen Tag über war in den Straßen ein Leben wie in einem aufgestörtem Bienenschwarm. Gegen Abend sammelten sich ungefähr 800 Frauen und Kinder über zehn Jahre alt in der Bucht, teilten sich in Gruppen und marschierten nach der Stadt zurück, dem Beispiel ihrer Schwestern vom vorigen Abend folgend. Natürlich trat ihnen die gesamte Polizei entgegen, allein sie war machtlos gegen die streitbaren Amazonen. Ein Trupp von gegen 200 Frauen und Kinder zog vor das Haus eines reichen Reishändlers, der nach dem Gerücht 1000 Körbe Reis* aufgestapelt haben sollte, und forderte, daß er seinen Vorrat unter das hungernde Volk verteile. Die Frau des belagerten Händlers übertraf die infame Antwort Marie Antoinette an die uneingeladenen Gäste**. „Warum sterbt Ihr nicht, wenn Ihr so hungert?"

*) Ein Korb ist etwa 2 Scheffel Reis.

**) Marie Antoinette antwortete auf die Forderung der darbenden Pariser Proletarier und Kleinbürger nach Brot: „Wenn sie hungern, weil sie kein Brot haben, sollen sie Kuchen essen."

frug sie die Demonstrierenden. Das herzlose Wort entflammmte die Empörung der Frauen zu heller Wut, denn diese einfachen Gemüter hatten nie an den Tod als eine mögliche Lösung ihrer Lage gedacht. Sie verloren alle Selbstbeherrschung, drangen in das Haus ein und bedrohten die Händlersfrau mit dem Tod. Diese Katastrophe wurde jedoch durch ältere und versöhnlichere Elemente verhütet, die als Strafe statt des Todes eine gehörige Tracht Prügel vorschlugen. Nachdem dieses Urteil auf der Stelle vollstreckt worden war, zog der Trupp zum nächsten Reishändler weiter.

Zeremonielose Besuche der geschilderten Art mit tragikomischen Episoden wiederholten sich bis Mitternacht. Dann zogen sich die Frauen zurück, mehr der unwiderstehlichen Macht ihrer Ermüdung nachgebend als der Aufforderung der Polizei. Am nächsten Morgen trat der Stadtrat zusammen und telegraphierte nach Kobe, wo sich ein großes staatliches Getreidelager befand, es müsse sofort eine Schiffsladung Reis geschickt werden. Unterdessen schlug der „Provisorische Rat der Fischerfrauen", oder wie man die Leitung der Aufständigen sonst nennen will, sein Hauptquartier im Stadttempel auf und ließ in der Stadt und ihrer Umgebung Posten an allen „strategischen" Punkten aufstellen, von wo aus der Verkehr der Reishändler überwacht werden konnte.

Der Aufstand beeinflußte die Frauen einer anderen Stadt, Namerigawa, die ungefähr 10000 Einwohner zählt. Obgleich es Mitternacht war, als die Nachricht darüber eintraf, sammelten sich 400 Frauen, umzingelten das Haus eines reichen Reishändlers und verlangten „preiswürdigen" Verkauf von Reis. Das Polizeioberhaupt erschien mit einem starken Aufgebot auf der Szene. „Wenn Ihr zu denen gehört, die etwas zu essen haben", erklärten die Frauen, "so habt Ihr hier nichts zu suchen. Geht heim und legt Euch schlafen." Erst, nachdem die Frauen dem Polizeichef das Versprechen abgezwungen hatten, mit dem Bürgermeister über die Hungersnot des Volkes zu verhandeln, gingen sie in den ersten Morgenstunden heim.

Am Nachmittag des 6. August ergriff die Stimmung der Frauen auch die Männer, und in den einzelnen Städten wurde die Atmosphäre entschieden stürmischer. Gegen 8 Uhr sammelten sich in Namerigawa 2000 Männer vor den Toren eines wohlhabenden Reishändlers, Kanagawa, von dem es hieß, daß er große Vorräte zurückhielt, um den Preis in die Höhe zu treiben. Die Männer verlangten ihn persönlich zu sehen. An seiner Stelle erschien sein Geschäftsführer und begann ohne Erfolg Ausflüchte vorzutragen. Nun stieg der Bezirksvorstand auf einen Tisch und redete der Menge wegen des Händlers gütlich zu. Diese zeigte jedoch keine Neigung, auf ihn zu hören. Jemand rief: „Schlagt ihn tot!" Daraufhin fand es der Redner geraten, seine Ausführungen in der Mitte abzubrechen und in das Haus zu schlüpfen. In diesem Augenblick war die gesamte Polizeimacht der Stadt an Ort und Stelle zusammengezogen. Die Lage war ernst, jedoch vielleicht Dank der beruhigenden Seeluft, der vorgeschrittenen Stunde und der Ermüdung der Menschen verlor die Demonstration mehr und mehr ihren gewalttätigen Charakter und gegen Mitternacht zerstreute sich allmählich die Menge.

Am 7. blieb es still, die Behörden der von der Bewegung erfaßten Städte berieten in nutzlosen Sitzungen über die Situation. Am Nach-

mittag des folgenden Tages lief ein Schiff in den Hafen von Namerigawa ein und legte am Kai der Nichibei-Gesellschaft an, um 1000 Koku* Reis einzuladen. Sofort gaben die Trompeten des Stadttempels das Signal.** Die Frauen verließen daraufhin die Häuser, eilten nach dem Quai und verhinderten die Verfrachtung des Reises. Die Handelsgesellschaft bot 500 Yen in barem Geld für die Erlaubnis, den Reis einladen zu lassen. Der Bestechungsversuch wurde abgewiesen.

Am selben Tage verhaftete die Polizei zwanzig junge Männer, die unter der Menge gewesen waren, die in der Nacht vorher den reichen Reishändler mit dem Tode bedroht hatte. Von mehreren Hundert Sympathisierenden begleitet zogen die Angehörigen der Verhafteten vor das Polizeigericht und forderte die sofortige Freilassung. Zitternd vor Furcht rief das Polizeigericht die benachbarten Behörden um Hilfe an, während stündlich der Ruf nach Freilassung der Verhafteten immer stärker erscholl, denn die demonstrierende Menge wurde durch ständigen Zuzug vergrößert. „Wenn Ihr sie verhaftet," so wurde geschrieen, „so müßt ihr uns alle einsperren. Wir sind alle hungrige Leute wie sie." Dann zog ein Trupp nach dem Hauptquartier und protestierte dort gegen die ungerechte Verhaftung ihrer Schicksalsgenossen.

In der Stadt Echoo kam es zu mehreren kleineren Aufständen ähnlicher Art. Am 9. August setzte die Revolte in Tsuyama, in der Provinz Nimasaku ein. Die arme Bevölkerung, die furchtbar darunter litt, daß die Reishändler am Ort den Preis ihrer Ware ganz willkürlich festsetzten, verhinderte mit Gewalt die Ausfuhr von Reis aus der Stadt. In Mingoshi, Provinz Aki zogen am 9. August 2000 Aufständige — Männer und Frauen — vor die Magazine der größten Reishändler der Stadt und zwangen sie, 2500 Körbe verborgenen Reis zu niedrigem Preis zu verkaufen. Sie griffen auch den Bahnhof an und bemächtigten sich einer ganzen Ladung Reis, die irgendwohin transportiert werden sollte.

Bedeutsam war der Aufstand in Kyoto. Kyoto ist die älteste Hauptstadt Japans, eine altehrwürdige Tempelstadt, ruhig und schön, an den Ufern des Flusses Kamo gelegen und von grünen Hügeln umkränzt. Es ist die Stadt des Konservativismus, des Beharrens beim Alten und der Ordnung; die Stadt des Adels und der vom Geschäft zurückgezogenen Reichen, der Vergnügungsjäger, die aus allen Teilen Japans hier Jahr für Jahr zusammenströmen. Es ist die Stadt der Kirschenblüten und Geishas, eine „weibische", weichliche Stadt, wie das japanische Schlagwort zum Ausdruck bringt: „Frauen von Kyoto — Männer von Tokyo." Daß die Bevölkerung von Kyoto rebellieren und eine führende Rolle in großen nationalen Aufständen spielen werde, wäre am wenigsten zu erwarten gewesen. Allein das zwanzigste Jahrhundert ist eine Periode der Wunder!

Es war am 10. August 1918. In den armen, schlechten Vierteln der Stadt flog in den Straßen und Alleen das Wort von Ohr zu Ohr: „Vor die Reisläden!" Bald waren 800 Frauen und Männer zusammengeströmt, mit Stöcken und Knütteln bewaffnet. In einem Haufen zusammen-

*) Ein Koku ist ungefähr 5 Scheffel

**) In allen Städten, wo die Frauen sich erhoben hatten, war nach dem oben erwähnten Beispiel eine „Leitung" gebildet worden, die ihren Sitz im Stadttempel hatte und ihre Beobachtungsposten und Wachen ausstellte.

geballt stürzten sie durch die Straßen und machten vor dem Tor eines gewinnsüchtigen Reishändlers Halt. Sie schlugen das Tor ein, durchsuchten das Haus und fanden die Bewohner zitternd vor Furcht in einem Winkel. Der Händler versprach, am nächsten Tage den Preis des Reises herabzusetzen, und die Aufständigen zogen ab, ohne der Familie etwas zu Leide zu tun. Die Menge marschierte darauf zu den anderen großen Reishändlern in der Nachbarschaft und zwang ihnen unter ähnlichen Umständen die Zusage ab, die Reispreise zu verbilligen. Die Zahl der Aufständigen war stark gewachsen, gegen Mitternacht teilten sie sich in Gruppen, die jeden Reishändler der Stadtgegend aufsuchten und zusammen mit ihm „den richtigen Preis" für Reis festsetzten.

Ein Trupp stürmte und plünderte ein Warenhaus, das Murai gehörte, dem größten Kapitalisten der Stadt. Zwei Wächter und ein Angestellter, die das Eigentum ihres Herrn verteidigen wollten, wurden dabei verwundet. Die Polizei ließ unterdessen in der ganzen Stadt die Sturmsignale ertönen und schickte 200 Mann, die die Aufruhrviertel absperren sollten. Am folgenden Morgen strömten die Frauen abermals in den Straßen zusammen. Diesmal um zu fordern, daß die Reishändler ihr am Tage vorher gegebenes Versprechen auch hielten. Am Tor jedes Reismagazins trat ihnen die Polizei entgegen, die erklärte, daß sie keinen Reis zu Preisen haben könnten, die sie selbst festgesetzt hätten. Wer dagegen protestierte, wurde sofort verhaftet.

Als die Kunde von dem Aufstand in Yanagiwara — dem Stadtviertel, das der Schauplatz des ersten Vorgehens gegen die Reishändler war — zu den Arbeiterfrauen in anderen Teilen von Kyoto drang, sammelten sich diese Frauen ebenfalls in Gruppen von dreißig und mehr und zwangen die Reishändler, ihre Preise herabzusetzen. Trotz der verzweifelten Versuche der Behörden, die Bewegung aufzuhalten, wirkte die erfolgreiche Massenaktion ansteckend und breitete sich über die ganze Stadt aus. Der Polizeivorstand raste im Automobil durch die Stadt und hielt an den Straßenecken Ansprachen an die Menge. An jeder Polizeiwache wurden Plakate angeschlagen, die verkündeten, daß die städtischen Behörden 10000 Körbe importierten Reis zum Preis von 20 sen pro sho. — unter der Hälfte des Marktpreises — verkaufen würden. Während die Behörden die Bevölkerung äußerlich zu beruhigen und mit kleinen Zugeständnissen zu befriedigen suchten, organisierten sie im geheimen die bewaffnete Macht und verstärkten den Ring von „Schwertern" — die japanische Polizei trägt Säbel — der die Stadtviertel absperren sollte, wo der Aufstand ausgebrochen war. Der Verkehr in der Stadt wurde unterbunden. Leute, die zufälligerweise einen Schirm trugen, durften nicht zusammenstehen und zusammengehen, sie erschienen als „verdächtige Persönlichkeiten", die gefährliche Waffen trugen!

Jedoch trotz allem: die Flut des Aufstands stieg und stieg. Entrüstete Stimmen wurden laut, die behaupteten, die Behörden seien Mitschuldige der Lebensmittelwucherer. Als die Dämmerung sich über die Alleen und Gassen legte, verwandelten sich diese Stimmen in Wutschreie: zwei Kompagnien des 38. Infanterieregiments erschienen bewaffnet in den Straßen.

Die Aufständigen gingen nun in anderen Stadtteilen gegen die Reishändler vor. Ein Trupp von ungefähr 200 Frauen und Männern erschien

in den südlichen Teilen von Kyoto. Ihm wurde ein Banner vorausgetragen, ein sehr passendes Banner: ein Reiskorb an einem Bambusstab. Der später verhaftete Bannerträger war ein junger Bursche von kaum 18 Jahren. Auf dem Wege nach dem Herzen der Stadt wurden die 200 zu mehr als 1000. Die Aufständigen stürmten unterwegs Reisläden. Polizeiwachen wurden zerstört und die Polizisten verprügelt. Als die Aufständigen zu einer Karrenbahnlinie für Gütertransport kamen, legten sich manche von ihnen auf das Geleis. Kein Wagenführer wollte über ihre Körper vorwärts, und so war die Linie bis zum Abend gesperrt. Die Telephondrähte wurden an verschiedenen Stellen zerschnitten. Dann zerschnitt irgend jemand die Hauptleitung für das elektrische Licht, die halbe Stadt lag in Finsternis.

Ein anderer Trupp der Aufständischen tauchte in den nördlichen Außenvierteln der Stadt auf, griff mehrere Reisläden an und schlug 20 Polizisten in die Flucht, die gegen sie ausgeschickt worden waren. Den ganzen Abend erschollen die Schlachtrufe der Rebellen, die von Laden zu Laden zogen, plünderten und zerstörten. Gegen Mitternacht gelang es, sie in eine Falle zu locken, eine Kompagnie Infanterie umzingelte sie und nach einem verzweifelten Kampfe wurden 45 gefangen genommen, die übrigen zerstreuten sich.

Gegen 2 Uhr am Morgen des 12. August erschien in der unteren Stadt ein Schwarm Rebellen, mit Knütteln, Bambusstangen und Schwertern bewaffnet. Ihr erster Ansturm galt einem wohlbekannten, sehr reichen Reismagazin, dann warfen sie sich auf eine am Wege liegende Polizeiwache, die sie vollständig demolierten. Als sie später von Polizisten umzingelt wurden, ergaben sich 70 von ihnen. Auf beiden Seiten gab es Schwerverwundete.

Im Stadtbezirk Nishizin, dem Sitz der berühmten Seidenindustrie, brach der Aufruhr morgens um 3 Uhr aus, getragen von Frauen und Männern, die Frauen in den ersten Reihen. Den Reishändlern erging es wie in den anderen Stadtteilen. Da die Polizei stark und gut vorbereitet war, fuhr sie mit drei Autos geradenwegs in den Haufen der Aufrührer und bemächtigte sich 30 der hervorstechendsten Führer. Am Abend des 13. August hatte Polizei, Infanterie und Kavallerie die „Ruhe und Ordnung" in der Stadt wieder hergestellt. In anderen Orten brach der Aufstand erst los. Nirgends aber erhob sich das hungernde Volk, wo nicht die Frauen zu dem Vortrupp der Rebellion gehört oder ihn auch allein gestellt hätten. Sie bewiesen dabei ebenso viel Leidenschaft als Ausdauer, Unerschrockenheit und klugen Sinn für die praktischen Notwendigkeiten des Vorgehens, des Kampfes.

Sen Katayama.

Aus der kommunistischen Frauenbewegung.

Dritte kommunistische Frauenreichskonferenz in Oesterreich.

Anschließend an den VI. Parteitag der KPOe. hat in Wien am 6. März die III. Frauenkonferenz getagt, die von Wiener Genossinnen sehr gut, von den Provinzgenossinnen aber nur sehr schwach beschickt war. Das war teils auf materielle Gründe zurückzuführen, teils aber auch auf

die mangelnde Unterstützung der Provinzgenossinnen durch die Genossen. Es war aus vielen Gründen im verflossenen Jahre nicht möglich, von der Zentralstelle Referentinnen in die Provinz zu entsenden, und vielerorts mangelte es an der Einsicht der Genossen, die Frauenpropaganda energisch zu fördern. Diesem Mangel soll jetzt abgeholfen werden durch ein neuerliches Rundschreiben des Parteivorstandes an alle Landessekretariate, jetzt eifrig die Werbetätigkeit unter den Frauen zu beginnen.

Die Konferenz zeichnete sich ganz besonders durch die große Sachlichkeit aus, mit der alle Genossinnen die verschiedenen Themen besprachen, ebenso durch den großen Eifer, in Zukunft noch mehr als alle Kräfte anspannen zu wollen, um Erfolge zu erzielen. Sowohl unter den alten langjährigen Parteigenossinnen zeigte sich der starke Wille, ihr Bestes für die Partei herzugeben, als auch unter den neu hinzugekommenen Kämpferinnen, die zu jeder Frage mit Begeisterung Stellung nahmen und viel Initiative und Organisationstalent offenbarten.

Besonders das Referat der Genossin Strasser über „Unsere nächsten Aufgaben" erregte das größte Interesse und entfachte eine lebhafte Diskussion. Genossin Strasser ging von der Tatsache aus, daß die Kommunistinnen zwar eine verschwindend kleine Minderheit in der Masse der Frauen, seien, daß diese Minderheit aber, planmäßig organisiert und in die verschiedenen Institutionen, wie Konsumvereine, Elternräte, Mietervereine entsendet, unsere Ideen überallhin verbreiten und regste Propaganda für sie entfalten kann. Wirklich planmäßige Arbeit ist von Frauen bisher nur in den Gewerkschaften geleistet worden, wo besonders die Massenentlassungen, der Lohndruck, die Abschaffung des Achtstundentags und vieler Arbeiterinnenschutzmaßnahmen die Frauen sehr empfänglich für Aufklärungsarbeit gemacht haben. In Bezug auf die organisatorische Arbeit der Frauen und die Ausgestaltung der Presse gab Genossin Strasser verschiedene Anregungen, die in den Anträgen an die Zentralstelle genauer gefaßt wurden.

Die Diskussion, die über den Vortrag, wie zugleich auch über den Tätigkeitsbericht der Genossin Strömer geführt wurde, beschäftigte sich hauptsächlich mit organisatorischen Fragen, wobei die Rednerinnen immer wieder betonten, daß die Organisierung der Frauen in den einzelnen Ortsgruppen nur in Fühlungnahme mit den Genossen und mit der Zentralstelle für Frauenpropaganda durchzuführen sei. Die Zentralstelle wurde aufgefordert, mehr Anweisungen als bisher für die organisatorische Kleinarbeit herauszugeben. Viele Genossinnen ergänzten den gewerkschaftlichen Teil von Genossin Strasser's Referat durch Mitteilungen aus ihren Berufsgebieten und Betrieben.

In der Frage der „Doppelversorgten" wurde beschlossen, eine Klärung durch engste und baldigste Fühlungnahme mit den Gewerkschaftern herbeizuführen. Unter den einstimmig angenommenen Anträgen sind besonders diejenigen hervorzuheben, die auf rege Unterstützung der Frauengruppen durch männliche Mitglieder, hauptsächlich die Gewerkschafter und Arbeitslosen, auf die Erweiterung der Frauenbeilage der „Roten Fahne" und auf die rednerische Schulung der Genossinnen abzielten.

Viele Genossinnen fingen an, wegen der vielen Schwierigkeiten, die sich uns entgegenstellten, kleinmütig zu werden. Die Konferenz

hat allen viel frischen Mut zu neuer Arbeit und viel lehrreiche und beherzigenswerte Anregungen für die Zukunft gegeben.

Aus der bürgerlichen Frauenbewegung.

Leitsätze für einen reorganisierten pazifistischen Völkerbund.

Auf der Haager Weltfrauenkonferenz der Frauenliga für Frieden und Freiheit brachte die französische Sektion durch ihre Vorsitzende Gabrielle Duchêne die nachstehenden „Leitsätze" ein, die nach pazifistischer Meinung „ein konstruktives Programm" darstellen und die Organisierung und das Wirken eines „allgemeinen, demokratischen und wirksamen Völkerbundes" sichern sollen. Die Leitsätze stammen in gerader Linie von der Ideologie der liberalen Bourgeoisie Frankreichs in ihrer Jugendsünden Maienblüte, in der Zeit ihres revolutionären Emanzipationskampfes gegen die feudale Gesellschaft. Sie könnten, was die Grundeinstellung anbelangt, ebensogut am Vorabend der großen französischen Revolution, oder während ihrer geschrieben worden sein. Was aber damals revolutionär, was ein Fortschritt war, ist heute unter der Herrschaft des imperialistischen Kapitalismus objektiv reaktionär, ganz unabhängig davon, wie das Empfinden und Wollen des einzelnen Menschen ist. Die Leitsätze sind klassen- und letzten Endes ziellos, sie stehen in der blauen Luft des sittlich guten und übersehen die harten Bindungen durch den Kapitalismus. Dieses pazifistische Programm ist „konstruktiv" aufbauend, aber nur im Reich der Gedanken und auf dem Papier. In der kapitalistischen Welt mit ihren Wirklichkeiten bricht diese pazifistische Konstruktion wie ein Kartenhaus zusammen. Die Leitsätze lauten:

„A. Grundlage. I. Ziel.

Allen Beziehungen zwischen den Völkern muß die Anerkennung und Anwendung folgender Prinzipien zu Grunde gelegt werden:

1. Letztes und höchstes Ziel aller Bemühungen ist der Mensch, seine Bedürfnisse, sein Wohlergehen, seine Freiheit, sein Streben nach Fortschritt und den geistigen und sittlichen Idealen.

2. Die gegenseitige Abhängigkeit und unvermeidbare Rückwirkung aller individuellen und sozialen Faktoren aufeinander macht die Zusammenarbeit aller nötig, um Solidarität und Gemeinschaftsleben international organisieren zu können.

3. Der Krieg wird künftighin als ein Verbrechen gegen die Menschheit erklärt und verboten, folglich statt seiner Abrüstung und die Umgestaltung der Kriegsindustrie betrieben.

4. Die Völker haben Recht auf Selbstbestimmung, Schutz der Minderheiten, Verbot von Bündnissen und Koalitionen; die Grenzen erhalten wieder ihre rein administrative Bedeutung, obligatorische internationale Gerichtsbarkeit, Internationalisierung der Mandate über gewisse Kolonien und solche Gebiete, in denen beständige Unruhen herrschen.

5. Freihandel, gerechte und entsprechende Verteilung der Produkte der Erde, internationaler Schutz gegen Trusts und internationales Kapital.

6. Ausgleichung der früheren Kriegschäden im Geiste des Wiederaufbaues und internationaler Gegenseitigkeit.

7. Organisation, Schutz und Ansporn zu Hand- und Kopfarbeit in jeglicher produktiver Form vom internationalen Gesichtspunkte.

8. Ausbildung eines wahrhaft internationalen Geistes und seine systematische Entwicklung durch die Erziehung.

9. Errichtung einer ständigen Zentrale für alle Regungen und Einrichtungen des öffentlichen und privaten internationalen Lebens.

II. Organisation.

1. Völlige Umgestaltung der Völkerbundsverfassung, um einen wahren Völkerbund zu schaffen, der allgemein (Nationen, Kolonien und Bevölkerung unter Mandat umfassend), obligatorisch und demokratisch (eine direkte Vertretung der Völker, keine diplomatische Vertretung der Staaten) sein soll.

2. Eine Urkunde der internationalen Rechte und Pflichten der Einzelmenschen, Gruppen und Nationen; Aufstellung und Ausgestaltung der Organe des internationalen Lebens in Form einer Weltverfassung, welche fortan einen integrierenden, verpflichtenden Bestandteil der Verfassungen der Einzelstaaten zu bilden hat.

Ein Appell an Amerika, Europa im jetzigen Elend nicht im Stich zu lassen, vielmehr die den europäischen Staaten gegen Amerika erwachsenen Verpflichtungen dazu dienen zu lassen, um ein Werk gründlich und gesunden Aufbaues zugleich auf wirtschaftlichem, geistigem und politischem Gebiete zu fordern und zu fördern.

B. Weltaktion.

Die großen internationalen Körperschaften

1. sollen einen Gesamtausschuß einsetzen, um die Einberufung einer konstituierenden Tagung, eines Weltkongresses, zu veranlassen.

2. Sie werden eine Enquête und ein anschließendes Referendum veranstalten, um in allen Ländern und in allen politischen, wirtschaftlichen, sozialen, intellektuellen und geistigen Kreisen die Forderungen und Wünsche bezüglich des Wiederaufbaues festzustellen. Sie werden die Ergebnisse ihrer Untersuchungen dem Weltkongreß vorlegen."

Politisches Frauenrecht.

Machen die russischen Bäuerinnen Gebrauch von der vollen politischen Gleichberechtigung, die die Sowjetverfassung dem weiblichen Geschlecht gewährt?

Zur Antwort auf diese oft aufgeworfene Frage einige interessante Ziffern. 1921 waren in die Sowjets von 14 Gouvernements zusammen rund 300 Bäuerinnen gewählt worden, 1922 dagegen in die Räte von 20 Gouvernements 7221. Sowohl die Zahl der Gouvernements hat also zugenommen, in denen Bäuerinnen Sitz und Stimme in den Sowjets haben, wie ganz besonders die Zahl der in diese gewählten Bäuerinnen. Das Wahlrecht zu den Sowjets wurde 1922 in dem Gouvernement Woronesch von rund 53000 Bäuerinnen ausgeübt. Für die Delegiertenversammlungen, die behufs Stellungnahme zu wichtigen Fragen zusammentreten, sind in den 47 russischen Gouvernements 22734 Frauen gewählt worden. Wie viel Bäuerinnen sich darunter befinden, ist nicht ange-

geben, es steht jedoch fest, daß an jeder Delegiertenversammlung 35 bis 70 Bäuerinnen teilnehmen. Die Ziffern zeigen, wie rasch sich in dem Arbeiter- und Bauernstaat Sowjet-Rußland die „Politisierung" auch der Bäuerinnen vollzieht, die rechtlos vor der proletarischen Revolution dem politischen Leben ganz fern standen. Die Entwicklung der Dinge läßt einen Schluß auf die Philisterauffassung zu, die Frauen bedürften keiner politischen Rechte, weil sie sie doch nicht ausnützen würden. Oder sollten vielleicht die Frauen der westeuropäischen „Kulturstaaten" weniger belehrbar sein als die analphabetischen russischen Bäuerinnen? Nach dem Verhalten der westeuropäischen Arbeiter, die den Kapitalismus weiter ruhig erdulden, könnte man es fast meinen.

Frauenarbeit in der gesellschaftlichen Wirtschaft.

Die Wertung der Frau als Aerztin in der Räterepublik Turkestan, die mit Sowjet-Rußland föderiert ist.

Im Herbst vorigen Jahres hat an der staatlichen Universität Turkestans die Kirgisin Dorschanowa ihr ärztliches Studium mit der erfolgreich bestandenen Prüfung abgeschlossen. Sie ist die erste Eingeborene des Landes, die Universitätsbildung genossen hat. Der Rat der Volkskommissare Turkestans beschloß, die Doktorin der Medizin durch eine Prämie von 100000 Rubel der Ausgabe 1922 auszuzeichnen, was damals ungefähr gleich 200000 Mark war. Des weiteren bestimmte er, das Sprechzimmer der Aerztin auf Staatskosten einrichten und mit den nötigen Instrumenten usw. ausrüsten zu lassen. Die Sowjetregierung Turkestans brachte damit demonstrativ zum Ausdruck, daß die in der Verfassung festgelegte Gleichberechtigung der Geschlechter unter der Räteordnung keine blose Phrase ist. Bei der Macht religiöser Satzungen und Vorurteile, dem Einfluß alten Herkommens im Lande, hat der Beschluß der Regierung große Bedeutung. Er wird dazu beitragen, daß die gesetzlich anerkannte Gleichberechtigung der Frau in der Praxis Geltung erlangt. Namentlich wird er die vorwärts drängenden Frauen ermutigen. Man vergleiche mit diesem Beschluß der rückständigen „Turkestaner" das Verhalten von Regierungen und Parlamenten in den Staaten kapitalistischer Kultur und Herrschaft. Da finden gelegentlich noch immer homerische Schlachten statt um das Recht der Frau, auch auf den Gebieten der sogenannten „höheren Arbeit" in der sozialen Wirtschaft tätig zu sein. Ja, ja, es stimmt, der „Bolschewismus", die Sowjetordnung der „Barbaren" bedroht die Kultur des Westens, wie der Spiesser und der Kapitalist sie auffaßt. M Z.

Prostitution.

Stand der Geschlechtskrankheiten in der Tschechoslowakei.

Das Ministerium für das öffentliche Gesundheitswesen und die körperliche Erziehung der Tschechoslowakei begann 1920 eine Erhebung mittels Fragebogen über den Stand der Geschlechtskrankheiten in der Republik. Das Ergebnis ist bis jetzt kein vollständiges, jedoch immerhin derart, daß es wertvolles Material und wichtige Hinweise für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten geliefert hat.

Auf Grund der Fragebogen sind 22000 Fälle von Geschlechtskrankheiten so erfaßt worden, daß sie bearbeitet werden konnten. Das Ministerium nimmt an, daß 75 Prozent der Geschlechtskrankheiten gemeldet worden sind und für die Erhebung nutzbar gemacht werden können.

Aus der Statistik geht hervor, daß die größte Quelle der Geschlechtskrankheiten die Prostitution ist. Deshalb stellen auch die Männer einen größeren Anteil der Geschlechtskranken als die Frauen. Auf eine geschlechtskranke Frau kommen gegen vier angesteckte Männer. Die meisten Geschlechtskranken stellen die ledigen und geschiedenen Männer, beim weiblichen Geschlecht jüngere geschiedene Frauen. Die meisten Ansteckungen erfolgen zwischen dem 20. und 25. Lebensjahr, ihre Zahl geht später zurück. Die Erhebung führt das auf die Eheschließung und das geordnete Leben zurück. Die Ehe, die die Männer vor der Ansteckungsgefahr durch geschlechtskranke Dirnen schützt, bedroht oft genug die Frauen damit, angesteckt zu werden. Die meisten geschlechtskranken Frauen haben ihr furchtbares Leiden von ihrem Ehemann erworben. Die außerordentlich starke Verbreitung der Geschlechtskrankheiten nach dem Krieg bestätigt das.

In den tschechoslowakischen Städten mit mehr als 30000 Einwohnern erkrankten venerisch im Jahresdurchschnitt $2^1/_4$ Prozent. Auf dem Lande waren die Verhältnisse viel günstiger, so daß für die gesamte Bevölkerung sich nur 1,4 Prozent venerischer Krankheiten ergibt In einigen deutschen Bezirken Nordwestböhmens sind die Geschlechtskrankheiten weit über den Durchschnitt verbreitet, ebenso in dem karpathischen Landesteil magyarischer Bevölkerung, wo in Folge der früheren ganz unzulänglichen ungarischen Sanitätsverwaltung die angeborene Syphilis wütet. Ein Drittel der Fälle von Geschlechtskrankheiten, die die Erhebung erfaßt hat, kommt auf die Syphilis, zwei Drittel fallen auf Gonorrhoe und weichen Schanker, wobei die Gonorrhoe viel häufiger als der weiche Schanker ist. Nach der vorliegenden Statistik sind nur 40 Prozent der Geschlechtskranken von Spezialärzten behandelt worden.

Leider lassen die uns vorliegenden Auszüge aus dem Ergebnis der Erhebung nicht erkennen, ob diese auch die soziale Stellung der Geschlechtskranken berücksichtigt hat. Die Feststellung der wirtschaftlichen Lage, der sozialen Verhältnisse der Geschlechtskranken ist von größter Wichtigkeit, um den sozialen Untergrund der Prostitution als Hauptquelle der Ansteckungsgefahr aufzuhellen, ferner das durchschnittliche Heiratsalter der verschiedenen Bevölkerungsklassen und damit deren Anteil an den Geschlechtskrankheiten, Ansteckungsmöglichkeiten usw. Solche Aufhellung läßt wichtige Anhaltspunkte für die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gewinnen. Statistische Ziffern beweisen z. B., daß in dem Deutschland der Vorkriegszeit die Truppen und die Studenten einen besonders hohen Prozentsatz zu den Geschlechtskranken stellten. Ebenso daß — wie auch in anderen kapitalistischen Staaten das durchschnittliche Heiratsalter in der Bourgeoisie, zumal bei der „Intelligenz", den Trägern der sogenannten „freien Berufe", ein immer höherer wurde. Die letztere Tatsache bringt zum Ausdruck, daß in der bürgerlichen Gesellschaft die Männer jener sozialen Schichten die Eheschließung so weit als möglich hinausschieben, weil sie unter

den gegebenen Umständen die Lasten einer „standesgemäßen" Familienhaltung fürchten. Auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung und unter ihren ungeschriebenen Gesetzen bedeutet die wachsende Zahl unverheirateter Männer eine Zunahme der Prostitution und der venerischen Ansteckungsgefahr. Ein anderer sozialer Zusammenhang, der größte Beachtung verdient. Die erbärmlichen proletarischen Wohnungsverhältnisse schaffen Brutherde der Ansteckung. Man denke an die überfüllten Elendsheime zehntausender und zehntausender Proletarier, an die ungelüfteten Betten, in denen nur zu oft Alte und Junge, Gesunde und Kranke, zu zwei und drei nebeneinander liegen. Weiter: der reiche Geschlechtskranke wird sich meist frühzeitig an einen tüchtigen Spezialarzt wenden und ihm stehen alle materiellen Mittel einer gründlichen Kur zur Verfügung. Die Proletarier dagegen, die Wenigbemittelten werden nur zu oft die Opfer von gewissenlosen Kurpfuschern und die Möglichkeiten einer gründlichen Ausheilung des furchtbaren Uebels sind beschränkt. Auch die psychische Einstellung zu den Geschlechtskrankheiten spielt dabei mit eine Rolle. Unter der „goldenen Jugend" in der Bourgeoisie gilt es als durchaus „standesgemäß", daß ein Mann „von Frau Venus einen Fußtritt" empfängt. In den Kreisen der kleinen Leute, der Arbeiter hingegen wird nur zu viel noch Geschlechtskrankheit als eine Schuld, eine Schande betrachtet und nicht als ein Verhängnis. Kurz, die Verknüpfungen zwischen der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten und den sozialen Verhältnissen sind so mannigfach und fest, daß ohne ihre Berücksichtigung der Kampf zur Eindämmung der verhängnisvollen Volksseuche gar nicht aufgenommen werden kann.

Das Anwachsen der geheimen Prostitution während des Kriegs und nach ihm in Wien

wird durch diese Ziffern beleuchtet. 1913 wurden von der Polizei 623 „geheime" Dirnen aufgegriffen, d. h. Prostituierte, die nicht unter polizeilicher Kontrolle standen. Im ersten Halbjahr 1914 betrug die Zahl dieser Unglücklichen 405. 1918 verhaftete die Wiener Polizei 5545 geheime Prostituierte und 1921 mehr als tausend darüber: 6741, zehnmal mehr als 1913. Dabei ist es eine Tatsache, die jeder „Polizeitechniker" für die Prostitution bestätigt, daß nur der kleinste Teil der Dirnen festgestellt werden kann, die in der „ehrbaren" bürgerlichen Gesellschaft durch den Verkauf ihres Körpers ohne polizeiliche Kontrolle einen Lebensunterhalt suchen.

Von den aufgegriffenen Prostituierten waren 1913 im Durchschnitt ein Elftel geschlechtskrank, 1921 aber ein Viertel. Von den in den letzten Jahren verhafteten Prostituierten war nur die Hälfte großjährig und gegen ein Sechstel waren junge Mädchen bis zu 18 Jahren, darunter halbe Kinder. Und gerade bei den ganz jungen und minderjährigen Mädchen stieg die Zahl der Geschlechtskranken bis auf 40 Prozent. Das alles sind Ziffern, Tatsachen, die eine vernichtende Anklage gegen den Kapitalismus und seine Welt erheben. Denn das Anwachsen der Zahl aufgegriffener Dirnen und der Geschlechtskranken unter ihnen seit Kriegsausbruch läßt deutlich den ursächlichen Zusammenhang zwischen Not, Prostitution und Geschlechtskrankheiten hervortreten. Ecrasez l'infame! Zerschmettern wir den Schändlichen!

Die Kommunistische Fraueninternationale

Monatschrift

Herausgegeben im Auftrag der Exekutive der Dritten Internationale und des internationalen kommunistischen Frauensekretariats in Moskau von Clara Zetkin

April 1923

Jahrgang 3 Heft 4

Verantwortlich für die Redaktion: Clara Zetkin, Sillenbuch.
Druck: Walther'sche Buchdruckerei, Komm.-Ges. - Stuttgart.

Inhaltsverzeichnis:

A) Artikel:

Um Deutschlands nationales Lebensrecht. Von Clara Zetkin.

B) Berichte:

Aus der kommunistischen Frauenbewegung.

Der Internationale Kommunistische Frauentag 1923.
Oesterreich
Tschechoslowakei
Holland
Norwegen
England
Frankreich
Italien
Bulgarien
Deutschland
Schweiz
Jugoslawien

Der Internationale Kommunistische Frauentag im Orient.

Gruß der jugoslavischen Kommunistinnen an das Frauensekretariat der Kommunistischen Internationale.

Aus der Frauenbewegung nichtkommunistischer sozialistischer Parteien und proletarischer Organisationen.

Frauentagsversammlungen der reformistischen Sozialdemokratie in Berlin.

Aus der bürgerlichen Frauenbewegung.

Die revolutionären Irländerinnen im Hungerstreik.

Die faszistische Frauenbewegung Italiens.

Resolutionen der Internationalen Arbeiterkonferenz zu Frankfurt a. M.

Der räuberische Ueberfall des französischen Imperialismus auf das Ruhrgebiet und die Gefahr eines neuen Krieges.

Der Kampf gegen den Faszismus.

Die Herstellung der proletarischen Einheitsfront.

C) Notizen:

Arbeiterinnenschutzgesetzgebung.

Die Ausgestaltung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes in den Vereinigten Staaten Nordamerikas.

Soziales Frauenrecht.

Die Gleichberechtigung der Frauen bei den Innungsämtern in Deutschland.

Die Frauenarbeit in der gesellschaftlichen Wirtschaft.

Ferien für erwerbstätige Proletarierinnen in der Schweiz.

Die Kommunistische Frauenintternationale

Heft 4 Monatschrift April 1923

Um Deutschlands nationales Lebensrecht.

Als der französische Imperialismus mit schwertbewehrter Faust das „Pfand" des Ruhrgebiets nahm, gab es nicht wenige — auch unter den Kommunisten, — die an eine rasche, akute Krise glaubten. Oberflächlich gesehen schienen die Dinge zu baldiger schärfster Zuspitzung zu drängen. Jedoch einer solchen wirkten andere starke Kräfte und Strömungen international entgegen. Am stärksten wohl die Furcht der Bourgeoisie diesseits wie jenseits des Rheins und der Ruhr, ja in der ganzen Welt, daß eine rasche Zuspitzung der Krise Gewalten entfesseln könnte, geeignet, die zerrüttete bürgerliche Ordnung vollends aus den Fugen zu treiben. Das Gespenst des beschleunigten, vollständigen Zusammenbruchs des Kapitalismus, das Gespenst der proletarischen Revolution grinste der Bourgeoisie aus dem „Kohlenkrieg" an der Ruhr entgegen. Weder Poincaré noch Cuno wagten ihm die Tür zu öffnen. So gaben die Ereignisse denen recht, die von Anfang an mit einer schleichenden, langandauernden Krise gerechnet hatten. Eine solche hat — von allem übrigen abgesehen — in den Augen der Bourgeoisie einen unschätzbaren Vorteil. Mit der allgemeinen Versumpfung der Zustände führt die chronische Krise auch zu einer Versumpfung des Stroms der revolutionären Kräfte im Proletariat. An Stelle tatentschlossener Auflehnung gegen härtere Peitschenschläge der Ausbeutung und Not tritt bei den Gepeinigten Gewöhnung, Stumpfheit, müde Ergebung. Das Gesetz der „Trägheit", des Beharrens macht sich geltend.

Nach einem Vierteljahr der Ruhrbesetzung hat weder der französische Imperialismus für sein Ziel einen entscheidenden Schlag geführt, noch ist es dem deutschen Kapitalismus gelungen, ihn aus seiner eingenommenen Position zu verdrängen. Der Kampf um die Vorherrschaft über Kohle und Eisen Mitteleuropas, um den Löwenanteil auf Schweiß und Blut schanzender, ausgebeuteter Massen, geht als hartnäckiger Stellungskrieg weiter. Der formale Vorwand für die Ruhrbesetzung besteht nach wie vor. Deutschland kann die geschuldeten Reparationen nicht abführen, weil sie sich trotz weißblutender Steueraderlässe am Proletariat und den Schichten der Wenigbesitzenden nicht herauspressen lassen, und weil die Bourgeoisie sich beharrlich weigert, von ihrem Besitz und ihren Profiten zu zahlen. Die deutsche Bourgoisie und ihre Regierung halten gegen die Besetzung des Ruhrgebiets am „passiven Widerstand" fest. Er kostet die herrschenden Schwerindustriellen nichts, im Gegenteil, er bringt ihnen ein. Nicht bloß den Glorienschein eines patentierten, waschechten Patriotismus, ja Märtyrertums, sondern auch unermesslichen Reichtum. Die Ehre und die Last des Opferns den armen Teufeln! Der

französische Imperialismus seinerseits hat sich ebensowenig durch den „passiven Widerstand" wie durch das Schmierenpathos des deutschen Appells an die Gerechtigkeit und andere Tugenden ausgerechnet der kapitalistischen Regierungen der Welt aus dem Ruhrgebiet werfen lassen. Er hat die Besetzungszone an der Ruhr ausgedehnt, hat das ergriffene Gebiet durch Ausfuhrverbote und andere Maßnahmen von dem übrigen Deutschland abgeschnürt, hat durch seine Vorstöße in Baden und Hessen die Schaffung des „Korridors" vorbereitet, der eine sichere Verbindung mit der Tschechoslovakei, Polen und Frankreichs Vasallenstaaten im Südosten Europas herstellen soll.

Die Krise an der Ruhr zwingt die politischen und militärischen Gerichtsvollzieher des siegreichen französischen Imperialismus, größere Truppenmassen in das besetzte Gebiet zu senden und die dort stationierten Heeresgruppen häufiger zu wechseln; mehr Eisenbahner und Verwaltungsbeamte für die Verwendung im fremden Lande zu mobilisieren; der Heimat immer schwerere Finanzlasten aufzubürden; das bischen erheuchelte Freundlichkeit gegen die Ruhrproletarier fallen zu lassen und zu immer schärferem Zwang gegen Kohlengräber und Eisenbahner zu greifen. Es mehrt sich die Zahl der Gruben und Werke, wo unter französischen Bajonetten gearbeitet wird, die Zahl der Züge, die Kohle und Koks nach Frankreich und Belgien transportieren. Allein noch sind die Quantitäten davon nicht erreicht, auf die die Reparationsverpflichtungen einen Anspruch geben. Dafür stürmt das Budget Frankreichs dem Bankerott entgegen, und die weiter verarbeitenden Zweige der Metallindustrie werden durch die stockende und ausbleibende Zufuhr von Rohmaterial und Kohle schwer geschädigt, treiben einer Krise entgegen, geraten in steigenden Gegensatz zu dem Komitee der Erzgewaltigen und ihrer Ruhrpolitik. Es knistert im Gebälk des „nationalen Blocks", dessen politischer Geschäftsführer Poincaré ist. Jedoch dieses Knistern ist keine unfehlbare Friedensbotschaft, wie naive Gemüter wähnen. Es kann ebensowohl Vorbote eines neuen Weltkriegs werden.

In Deutschland hat die Ruhrkrise bis heute noch nicht die erwartete allgemeine Auswirkung auf die Gesamtwirtschaft gezeitigt. Die kapitalistische Wirtschaft außerhalb des Ruhrgebiets hat sich elastischer und widerstandsfähiger erwiesen, als anzunehmen war. Für die vom französischen Imperialismus abgedrosselten rheinisch-westfälischen Rohstoffe und Halbfabrikate führten die Kapitalisten Ersatz aus dem Ausland ein und nutzten das aus, um den Verbrauchern fette Extraprofite abzuzwingen. So brach kein großer, allgemeiner Stillstand des Wirtschaftslebens herein, und Massenarbeitslosigkeit blieb aus. Anders natürlich im Ruhrrevier selbst. Hier lastet die Besetzung mit voller Schwere auf der Produktion, auf Handel und Wandel, auf den breitesten Bevölkerungsschichten. Ein großer Teil der Belegschaften von Gruben und Hüttenwerken feiert oder verrichtet andere als die berufsmäßige Arbeit. In der Folge sind zahlreiche Betriebe der Metallindustrie und anderer Gewerbe zum Stillstand gekommen. Der Verkehr liegt danieder. Die Zahl der Arbeitslosen beinahe aller Berufe schwillt immer höher an. Und die Situation wuchtet erdrückend auf der Arbeiterschaft und ihren Familien, auf den breiten Massen der „kleinen Leute". Die

vielbesungene, zusammengebettelte „Ruhrhilfe" ist weniger gerecht verteilte Unterstützung der Proletarier, die dank ihrer gekreuzten Arme den ausländischen Klassenfeind aus dem Lande jagen wollen, als Korruptionsmittel für solche Arbeiter, die sich durch „Wohlverhalten", durch blinde Unterwerfung die Gunst ihres einheimischen Klassenfeindes erwerben. Fast stets ist sie unzureichend. Die Milliardenkredite des Reiches, die in erster Linie dazu dienen sollen, die notleidenden Massen über Wasser zu halten, werden von den Unternehmern im größten Umfange dazu verwendet, ihren durch den Kriegsraubbau verlotterten Produktionsapparat zu verbessern und wieder auf die Höhe zu bringen. Während die Werktätigen von allen Furien geringen oder mangelnden Einkommens und unerhörter Wucherpreise des Lebensbedarfs gepeinigt werden, scheffeln die Kapitalisten und allen voran die Schwerindustriellen nie dagewesene Riesenreichtümer ein. Sie sind die Besetzungsgewinnler, wie sie die Kriegsgewinnler gewesen sind. Ihr Weizen blüht beim Wohlstand wie bei dem tiefsten Elend Deutschlands. Sie können „durchhalten", durchhalten „bis zum bitteren Ende" — für die Ausgebeuteten.

Scheinbar stehen sich der französische Imperialismus und der deutsche Kapitalismus im Ruhrgebiet als Todfeinde gegenüber, die einander ins Weiße der Augen blicken. Die Regierungen von hüben und drüben mimen die Unerschütterlichen und Unbeugsamen. Allein ihre Herren, die Stinnes, Thyssen und Krupp, die Schneider-Creuzot und Wendel tuscheln bereits im Geheimen vertraulich und zahm miteinander über mögliche Verträge und eine friedlich-schiedliche Teilung der ungeheuren Beute. Sie nähern sich verständnisinnig, wohlwollend als versöhnte Verwandte, sobald und wo sie auf „meuternde" Lohnsklaven stoßen, denn ihre nationale Profiteifersüchte und Profitgegnerschaften verblassen vor ihrer gemeinsamen internationalen Klassenfeindschaft gegen die proletarischen Schöpfer des Mehrwerts, der die Quelle ihrer Profite ist. Mehr und mehr Ausblicke auf das „Zusammenwirken" der deutschen Grubenkönige und der französischen Hüttenherren tun sich auf, Ausblicke, deren Voraussetzung die Demütigung, die Unterwerfung, die Ausplünderung des deutschen Volks ist. Das alles allerdings keineswegs bloß durch die Imperialisten Frankreichs, der Entente, sondern nicht minder durch die mit ihnen brüderlich geeinten Kapitalisten Deutschlands selbst.

Zwar hat die deutsche Bourgeoisie vor dem „Altar des Vaterlandes" leidenschaftliche patriotische Eide geschworen, alles zu wagen und zu tragen, um den Boden, die Selbständigkeit, das Recht, die Würde, die Größe und etliches mehr der Heimat gegen die „welsche Anmaßung und Herrschaft", gegen die Beutegier des französischen Imperialismus zu verteidigen. Allein das „alles" hat sehr enge Grenzen. Es gibt ein Allerheiligstes, vor dem „alles" Halt machen muß. Es ist der kapitalistische Geldschrank, die Sicherheit der Profitpresserei, möglichst uneingeschränkter, stärkster Profitpresserei, es ist die Machtstellung als ausbeutende und herrschende Klasse. Mit den 500000 Frcs. Geldstrafe des Herrn Fritz Thyssen wegen schellenlaut maskierter Aufsässigkeit wider die Befehle der französischen Imperialisten, mit den Jahren Gefängnis und hohen Geldbussen anderer Unternehmer an der Ruhr

hat die deutsche Bourgeoisie wahrlich billig genug das phantastische Milliardengeschäft der durch die Ruhrbesetzung geschaffenen Situation bezahlt. Schandbar, verbrecherisch billig, wenn man sich des blutigen Massenelends erinnert, das die andere Seite dieses Geschäfts ist: der darbenden, brot-, obdach-, heimatlosen Proletarier, der verkümmernden und sterbenden Kinder, der verlotternden Jugend, des Jammers der verhungernden Sozialrentner und Kriegskrüppel, der vielen Zehntausende vernichteter klein- und mittelbürgerlicher Existenzen. Die Bourgeoisie hat — um nur eines von vielen herauszugreifen — aus der Stabilisierung der Mark wie aus ihrer neuerlich einsetzenden reißenden Entwertung ebenso schmutzige als hohe Spekulationsgewinne gezogen. Nach Hunderten zählen die großen Industrie- und Handelsfirmen, die bei französischen Kapitalisten um die Aufnahme geschäftlicher Beziehungen betteln. Das diplomatische Notengespräch zwischen Cuno und Poincaré — direkt oder auf dem Umwege über England und andere Ententestaaten — bereitet trotz der ständigen „Unstimmigkeiten" und des lauten nationalistischen Geschreies mancher Industriekreise und der Hakenkreuzler die Kapitulation der deutschen Kapitalisten vor den französischen Imperialisten vor. Denn die deutsche Bourgeoisie will für das Vaterland nicht viel zahlen, will am liebsten dafür garnichts zahlen, und sie kann gegen dessen Bedränger so wenig kämpfen, als jemand über seinen eigenen Schatten zu springen vermag.

In der Tat! Die gesamte Geschichte der sogenannten „Erfüllungspolitik" der deutschen Bourgeoisie ist nichts als eine fortlaufende Kette von Versuchen, der nämlichen Bourgeoisie, sich um die übernommenen Verpflichtungen des Versailler Friedensvertrags herum zu drücken, der ebenso wie der Raubkrieg, den er abschloß, auch mit ihr eigenstes Werk ist. Soweit diese Verpflichtungen erfüllt worden sind, waren in der Hauptsache die Proletarier, die Klein- und Mittelbürger, die „Intellektuellen" inbegriffen, die Kleinbauern die Last- und Leidtragenden. Die Steuerergebnisse sind ein einziges riesiges Schuldbuch der deutschen Bourgeoisie, ein vernichtender Beweis nicht nur für ihre Fühllosigkeit gegen die „Volksgenossen", sondern auch für ihre Preisgabe des Vaterlandes". Nun aber haben die Zerrüttung der deutschen Wirtschaft und die Armut, das Elend der breitesten schaffenden Massen einen Grad erreicht, der die Einhaltung der Reparationsbedingungen ausschließt, es sei denn, daß neue, stärkste Geldquellen erschlossen werden. In den eigenen Geldsack zu greifen, entsprechend den erpreßten und erschwindelten Gewinnen und Besitztümern zu steuern oder auch nur dem „teuren Vaterland" gegen Sicherheit und Zinsen zu leihen, daran denkt die Bourgeoisie nicht. Der offene Betrug der Gold-Milliarden-Anleihe besagt darüber genug. Nein, die deutsche Bourgeoisie will den Abzug der französischen Heere aus dem Ruhrgebiet nicht durch materielle Opfer erkaufen, will für die Errettung des Vaterlandes aus wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft nicht zahlen.

Allein die deutsche Bourgeoisie ist auch außerstande, den eingedrungenen Imperialismus zu zwingen, den deutschen Boden zu verlassen. Die Papierkügelchen der Cuno'schen Proteste, die Tränen und Flüche moralischer Entrüstung prallen von dem Stahlpanzer dieses

furchtbaren Gegners ab. Sie ersetzen nicht Waffen, nicht militärische Machtmittel. Die deutsche Bourgeoisie kann nicht mit dem französischen Imperialismus kämpfen. Ihr früher gefürchteter militärischer Machtapparat ist zerschlagen worden. Deutschland ging gründlich besiegt aus dem Weltkrieg hervor, die triumphierenden Gegner strichen es aus der Reihe der konkurrenzfähigen imperialistischen Staaten. Jetzt steht es wehr- und waffenlos, an Händen und Füßen gefesselt dem riesig gerüsteten Imperialismus Frankreichs gegenüber, der gewaltigsten Militärmacht der Welt. Die Roßbach- und Oberlandformationen, all die offenen und geheimen Orgeschbanden mit und ohne Hakenkreuz und schwarzweißroten Abzeichen können mitsamt der verludendorfften Reichswehr nicht daran denken, einen ernsten Kampf gegen den französischen Imperialismus aufzunehmen. Der furor teutonicus mag sich bei ihnen noch so wortgewaltig austoben, sie können diesen Feind höchstens durch terroristische Einzeltaten reizen, aber nie bezwingen. Aus den Geldschränken der großen kapitalistischen Unternehmer und Agrarier gespeist, vom Reichswehrministerium und anderen Reichs- und Staatsorganen begönnert, kehren die nationalistischen Freischärler ihren Kampfesmut und ihre Kampfeswaffen immer öfter „zur Abwehr des Bolschewismus" gegen den „inneren Feind": gegen die Kommunisten, klassenbewußten, revolutionären Proletarier, ja sogar gegen die bürgerlich salonfähigen Sozialdemokraten, die „Novemberverbrecher". Der französische Imperialismus fürchtet diesen Feind so wenig, daß er ihn sogar am blauweißen Bändchen gegen gute französische Franken in seinen Dienst nimmt.

Nein, die deutsche Bourgeoisie kann nicht für das „Vaterland" gegen den französischen Imperialismus kämpfen. Es gibt in Deutschland nur eine Macht, die stark genug wäre, den Kampf gegen diesen Bedroher des Weltfriedens und Verbrecher an der Wohlfahrt der Völker aufzunehmen: das Proletariat. Allein daß diese Macht kampfwillig, kampffähig, ja unüberwindlich wird, — nicht etwa von heute auf morgen für einen abenteuerlichen Revanchekrieg, wohl aber für dauernde Abwehr und Bändigung des französischen Imperialismus, — ist an eine bestimmte, große, umwälzende Voraussetzung gebunden. An die Verteidigungs- und Wehrhaftmachung der deutschen Proletarier durch ihre Bewaffnung, an die Entfesselung aller ihrer revolutionären Kräfte und Energien. Diesen Preis will die Bourgeoisie am allerwenigsten an Deutschlands Behauptung setzen. Sie wird dem „Vaterlande" lieber durch den französischen Imperialismus die schimpflichsten und schädlichsten Bedingungen auferlegen lassen; wird der tödlichen Würgung der Wirtschaft, der Kontrolle der Reichsfinanzen, der Vernichtung des Budgetrechts, der Zerstampfung jeder politischen Selbständigkeit zusehen; wird sich mit der Schaffung eines „neutralen" rheinisch-westfälischen Pufferstaats unter französisch-belgischem Protektorat oder dem ententistischen „Völkerbund" abfinden, mit der Lostrennung Bayerns von der deutschen Republik und seiner Eingliederung in eine klerikal-monarchistische Donaustaatenföderation; als daß sie dem Proletariat Waffen in die Hand gibt. Sie weiß genau, diese Waffen können sich nicht blos gegen Poincaré und de Wendel kehren, sie

müssen ebenso Cuno und Stinnes treffen. Das deutsche Proletariat vermag seine Heimat nur aus der erstickenden Umklammerung der französischen Imperialismus zu retten, wenn es sie gleichzeitig von des Herrschaft des deutschen Kapitalismus erlöst.

Solche Tat kann nun und nimmer mit dem Segen der deutschen Bourgeoisie und im Bunde mit ihr geschehen, weil die Bourgeoisie die Nutznießerin des Kapitalismus ist. Solche Tat kann nur die Frucht des schärfsten, zähesten revolutionären Klassenkampfs gegen sie sein. Nicht in nationaler Einheitsfront mit den ausbeutenden Landeskapitalisten vermögen die deutschen Arbeiter den französischen Imperialismus zu schlagen, — das kann einzig und allein in internationaler Einheitsfront geschehen im Bunde mit den Proletariern Frankreichs, mit den Ausgebeuteten der ganzen Welt, mit dem Arbeiter- und Bauernstaat Sowjet-Rußland. Wessen die deutsche Bourgeoisie um des kapitalistischen Profits halber fähig ist, das ist zum Greifen deutlich in dem Schmachhandel der badischen Anilinkönige verkörpert. Gegen bare vier Millionen Francs und fortlaufende Profite haben diese Herren bereits 1919 wichtigste Patente und Fabrikationsgeheimnisse an die französische Regierung verkauft. Patente und Fabrikationsgeheimnisse, die keineswegs bloß der chemischen Erzeugung künstlichen Düngstoffs dienen, vielmehr auch der Herstellung furchtbarster Kriegsgiftgase. Und dieser Landes- und Hochverrat von „ehrbaren Kaufleuten" erfolgte mit dem Wissen und der Zustimmung einer Regierung, in der die sozialpatriotischen Scheidemänner saßen.

Das nationale Schicksal eines Deutschland, in dem das Proletariat nicht das Selbstvertrauen, den Mut, die Opferbereitschaft findet, im Zweifrontenkampf gegen den ausländischen und inländischen Kapitalismus kraftvoll vorzustoßen, ist in dem Los Oesterreichs vorgebildet. Eine erschütternde Warnung an das deutsche Proletariat, sich nicht von den reformistischen Partei und Gewerkschaftsführern auf die aussichtslosen Irrwege der nationalen Einheitsfront mit der Bourgeoisie verlocken zu lassen. Die österreichische Arbeiterklasse ist unter dieser Führung diese Pfade gewandelt, geblendet durch den Wahnglauben, an die alleinseligmachende formale bürgerliche Demokratie, hypnotisiert durch das Starren auf die Macht des Ententeimperialismus und die Stärke der Klassenfeinde im eigenen Land, feig und schwach gemacht durch die Predigt von seiner Ohnmacht. Sie hat mit ihrem Verzicht auf den revolutionären Klassenkampf Oesterreich als Nationalstaat nicht gerettet, sondern umgekehrt in das tiefste Elend versinken lassen. Dieses unglückselige Land hat aufgehört, ein staatliches Eigenleben zu führen. Seit dem Genfer Vertrag ist es auch formell wirtschaftlich und politisch zu einer Kolonie des Ententeimperialismus geworden, die von einem ihrer Kommis des Völkerbundes verwaltet wird. Neben ihm und seinen auftraggebenden Herren sind Oesterreichs Parlament und Regierung Nullen, bloße Dekorationen und nicht einmal schöne Dekorationen. Soll es mit Deutschland so weit kommen? Soll dem deutschen Volk der Werktätigen nur die Wahl bleiben, ob es zum Kolonialhörigen des französischen Imperialismus allein wird oder aber zu dem der alliierten Imperialisten mehrerer Staaten?

Die deutsche Bourgeoisie wird auf diese Schicksalsfrage mit Ja antworten, wenn sie neben den ausländischen Kapitalisten und als ihr Frohnvogt reiche Profite aus der gesteigerten Produktivität der deutschen Wirtschaft herauspressen kann, d. h. aus der gesteigerten Ausbeutung und Unterdrückung der Proletarier, der schaffenden Massen. Sie wird es vorziehen, Gewinn und Macht mit der französischen oder ententistischen Bourgeoisie zu teilen, aber nimmermehr mit den volksgenössischen Proleten. Sie weiß es, diese können, dürfen sich bei Strafe des Geprelltwerdens nicht auf eine Teilung des Gewinns und der Macht einlassen. Wie die ganze politische Macht, so gehört in ihre starke Faust der ganze moderne, jetzt großkapitalistische Produktionsapparat mitsamt dem mittels seiner erzeugten Mehrwert. Dieser Zusammenhang der Dinge bestimmt die Antwort der Bourgeoisie und keineswegs die Rücksicht auf das „Vaterland". Allein welches wird die Antwort der Arbeiter, des schaffenden Volks in Deutschland auf die Schicksalsfrage sein? Können, dürfen die Ausgebeuteten und Getretenen Deutschlands nationales Lebensrecht erschlagen lassen, das „Vaterland" seinen andrängenden Feinden preisgeben?

Es fehlt nicht an guten Revolutionären, sogar nicht an guten Kommunisten, denen diese Frage allein schon ein Prinzipienverrat, ein verhängnisvolles Hinabgleiten auf die schiefe Ebene des Opportunismus dünkt. Steht nicht im „Kommunistischen Manifest" geschrieben: „Die „Proletarier haben kein Vaterland?" Und wird dieser Fundamentalsatz nicht täglich durch Tatsachen über Tatsachen bestätigt? Sicherlich! Jedoch wenn kommunistische Parteien, als Führerinnen der Proletarier, in ihren Klassenkämpfen und zu ihrem gewaltigen geschichtlichen Ziel der Weltrevolution, vom „Vaterland" der Werktätigen reden und von dem nationalen Lebensrecht eines Volkes, eines Staats, so löschen sie wahrhaftig kein Jota des „Kommunistischen Manifestes" aus, im Gegenteil: sie wollen seine großen grundsätzlichen Weisungen erfüllen. Das „Vaterland" der Kapitalisten kann nicht gleichzeitig das Vaterland der Proletarier sein. Es ist ausgeschlossen, daß der bürgerliche Nationalstaat die Verwirklichung des nationalen Einheitsgedankens, des Nationalstaats werktätiger Massen bedeutet. Aber das „Kommunistische Manifest" zeigt eindeutig den Proletariern den Weg, den sie beschreiten müssen, um sich ihr Vaterland zu erobern, es aus einer Beute und Herrschaftsdomäne der besitzenden Minderheit in das Erbgut aller Schaffenden — der Hand- wie der Kopfarbeiter — zu verwandeln; zeigt ihnen den Hammer, den sie zu schwingen haben, um den bürgerlichen in den proletarischen Nationalstaat umzuschmieden. Die Arbeiter müssen sich als Nation konstituieren, indem sie die Staatsmacht erobern und sich zur führenden, herrschenden Klasse erheben, mit anderen Worten: ihre Diktatur aufrichten.

„Vaterland" und „Nationalstaat" haben für die Bourgeoisie und das Proletariat wesensgegensätzlichen Inhalt und Sinn. Die Bourgeoisie hält es mit dem Spruch der alten Römer: "Ubi bene, ibi patria", wo es mir gut geht, ist mein Vaterland. Ins Moderne übersetzt: wo ich meine Klassenherrschaft ausüben und die Werktätigen ausbeuten kann, dort ist mein Vaterland. Das „Vaterland" der Habenichtse und Wenig-

besitzenden dagegen liegt erst jenseits der Grenzen bürgerlicher Ausbeutung und Klassenherrschaft. Es ist das Bewußtsein der Solidarität mit den Millionen Unfreier und Ausgesogener, die mit dem Mühen ihrer Hände und dem Ringen ihres Geistes den Wohlstand, die Kultur eines Landes geschaffen haben, meist ohne auch nur die brennenden Lippen mit seinen Früchten kühlen zu können. Es ist die Erkenntnis der Verpflichtung gegen die Millionen Heranwachsender, Ungeborener, die nicht vom Kapitalismus als Kulturdünger zerstampft werden dürfen, die bewußte Träger und Mehrer, aber auch die freudigen Genießer der möglichen materiellen und kulturellen Werte sein sollen. Das "Vaterland" der Schaffenden ist daher nicht der reale Boden des bürgerlichen Nationalstaats, auf dem lohnende Geschäfte und fette Profite für die „Hauptleute der Industrie" und die Finanzkönige gedeihen. Es ist unerfüllte, lodernde Sehnsucht und leidenschaftlicher, tosender Kampf zur Vernichtung der kapitalistischen Plusmacherei, die Leiber und Seelen knechtet und zertritt, zur Ueberwindung der bürgerlichen Klassenherrschaft, die das „Vaterland" ausplündert und seinen arbeitsamen Söhnen und Töchtern kaum die Brosamen des kapitalistischen Ueberflusses gönnt. Das „Vaterland" der Schaffenden wird nur dort lebendige, beglückende und befeuernde Wirklichkeit, wo das Proletariat die Zwingburgen der bourgeoisen Klassenherrschaft niedergebrochen hat und das Banner seiner eigenen Macht stolz wehen läßt.

Der bürgerliche Nationalstaat, die politische Form des bürgerlichen „Vaterlandes", was ist er bei Lichte betrachtet anders, als der ideologisch beblümelte und herausgeputzte große nationale Markt, dessen die Bourgeoisie für die Erfüllung ihrer geschichtlichen Mission bedurfte? Der nationale Staat der Bourgeoisie ist deren politisch, gesetzlich und vor allem auch militärisch gesichertes wirtschaftliches Herrschafts- und Ausbeutungsgebiet. Er ist nicht das verkörperte heiße Verlangen von Geschlechtern nach einem einheitlichen und freien Willensausdruck und sozialem Werk einer einheitlichen Gemeinschaft von Volksgenossen. Diese lockenden, bezaubernden Begriffe bleiben schemenhafte, zerfließende Abstraktionen, solange der kapitalistische Profit Menschengemeinschaften regiert und der Klassengegensatz zwischen den Erzeugern und den Aneignern des gesellschaftlichen Reichtums jedes Land, jeden Staat zerklüftet. Es ist eitel Torheit oder eitel Betrug, den bürgerlichen Nationalstaat als den nationalen Staat schlechthin, als den nationalen Volksstaat anzusprechen. Denn dieser Staat ist nicht die Heimat eines Volks von freien, gleichverpflichteten und gleichberechtigten Arbeitern, Schaffenden, er ist der äußere politische Rahmen, der die zwei Nationen zusammenhält, deren unversöhnliche Gegensätzlichkeit bereits Disraeli, der spätere Lord Beaconsfield, in seinem Roman „Sybill" geschildert hat: „die winzige Nation der Reichen, Ausbeutenden, Herrschenden auf der Sonnenseite dieses Staats, die millionenköpfige Nation der Armen, Kleinen, Ausgewucherten und Unterdrückten auf seiner Schattenseite."

Auf dieser Grundlage verwandelt sich der nationale Staat der Bourgeoisie bei seiner Ausweitung und Entwicklung zum Kolonialstaat, zum „Imperium", zum imperialistischen Reich in sein Gegenteil und in den schärfsten Gegensatz zu der ihn schmückenden Ideologie. Der

Imperialismus zertrümmert die „völkische" Basis und Rechtfertigung des Nationalstaats. Selbst der vollblütigste Hakenkreuzler wird nicht zu behaupten wagen, daß stammesverwandtschaftliche Bande die Deutschen mit den afrikanischen Eingeborenen verknüpfen, die der imperialistische Heerführer Trotha zu Zehntausenden in der Kahalariwüste verschmachten und verhungern ließ, um „das größere Vaterland" zu schaffen. Das „nationale Recht" des einen Bourgeoisstaates trägt außerdem die Bedrohung, Leugnung, ja Vernichtung des nämlichen „nationalen Rechts" jedes anderen Bourgeoisstaats in seinem Schoß. Dieses national vermummte Recht des einzelnen Bourgeoisstaats ist die Macht, innerhalb seiner Grenzen sich gegen kargen Lohn die Arbeitsfrüchte der Werktätigen anzueignen. Die Ausübung dieser Macht führt zu scharfen Gegensätzen, zu schlimmen Konflikten, zu tödlicher Feindschaft zwischen den bürgerlichen Nationalstaaten. Denn die Notwendigkeit zur Realisierung der kapitalistischen Profite zeitigt den Wettbewerb der einzelstaatlichen Ausbeuter unter einander um den Markt, den einheimischen, den ausländischen Markt. Trotz aller Wirtschafts-, Handels- und Freundschaftsverträge stehen die bürgerlichen Nationalstaaten einander gegenüber wie hungrige Wölfe. Die gegensätzlichen Profit- und Marktinteressen ihrer herrschenden Klassen explodieren in Kriegen. Im Zeitalter des Imperialismus, wo es nicht mehr bloß um Absatzmärkte geht, sondern um große geschlossene Gebiete für hochzinsende Kapitalsanlagen und wichtigste Rohstoffgewinnung, beschwören sie Weltkatastrophen herauf von ungeheuersten Dimensionen und teuflischen Greueln. Ein jeder Nationalstaat der Bourgeoisie beruft sich dabei auf das nämliche Existenz- und Selbstbestimmungsrecht der Völker, das er seinen Nebenbuhlern um Macht und Gold bestreitet und wenn er kann raubt und zunichte macht, auch wenn er dabei alle „göttlichen Gesetze" und alle menschlichen Ideale hohnlachend unter die Füße tritt. Das letzte entsetzliche Völkermorden und der Ruhrkrieg bestätigen es. Grillparzer prägte in heißem, bitterem Grimm das Wort: „Von der Humanität durch die Nationalität zur Bestialität." Es kennzeichnet treffend die Entwicklung, das Wesen des bürgerlichen Nationalismus, des bürgerlichen Nationalstaats.

Der wahre Nationalstaat der Völker kann nur nach der Ueberwindung und Aufhebung des bürgerlichen Nationalstaats erstehen. Als Werk des revolutionären Proletariats, das dank seiner Diktatur führende Klasse und damit zur Nation wird.

Der proletarische Nationalismus beruht nicht auf der Aufrechterhaltung und Ausnutzung der Klassengegensätze, er ist Zusammenschluß, Kampf für ihre Ausrottung mit der Wurzel. Er führt nicht zwangsläufig zur gegenseitigen Zerfleischung der Klassengenossen verschiedener Länder, fordert vielmehr gebieterisch ihre Vereinigung als Ausgebeuteter und Unterdrückter zur Niederzwingung der Klassenfeinde innerhalb jeder Nation und in der ganzen kapitalistischen Welt. Aus dem Nationalismus der Arbeiter, ihrer nationalen Solidarität im Kampfe gegen ihre Ausbeuter und Herren, blüht ihr Internationalismus empor, ihre internationale Schicksalsgemeinschaft als Leidender wie als stolzer Rebellen und Kämpfer. Es klingt paradox und ist doch schlichte Wahrheit, daß der proletarische Internationalismus die höchste, klassische Ausdrucksform

des bewußten proletarischen Nationalismus ist. Denn das höchste Gebot dieses Internationalismus lautet: soziale Revolution, Vereinigung der Proletarier aller Länder, um ihre Ketten zu verlieren und eine Welt zu gewinnen.

Es war ebenso ungeschichtlich als verhängnisvoll, daß die reformistischen Sozialdemokraten der Zweiten Internationale bei Kriegsausbruch über Nacht im bürgerlichen Nationalstaat das zu verteidigende „Vaterland" des Proletariats entdeckten, weil sie, mit bürgerlichen Eigentumsbegriffen messend, die diesem Staat abgezwungenen Reformbröckchen als Anteil am Besitz des Vaterlandes werteten. Sie übersahen oder wollten nicht sehen, daß es für die Proletarier nur einen Besitz gibt, der ihnen das „Vaterland zu erb und eigen macht: der ungeteilte Besitz der Staatsgewalt. Allein nicht minder ungeschichtlich und verhängnisvoll wie die sozialpatriotische Einstellung der reformistischen Führer würde es sein, wollten die Proletarier Deutschlands nicht verstehen, daß es in der gegenwärtigen geschichtlichen Stunde im Ruhrkrieg für ihre Klasse und letzten Endes gerade für ihre Klasse, um das „Vaterland", um nationales Lebensrecht geht, allerdings in einem ganz anderen als dem bürgerlichen Sinne. Sie dürfen sich nicht erschrecken lassen, dürfen nicht scheu gemacht in den anationalen, geschweige denn in den antinationalen Trutzwinkel flüchten, angesichts des Mißbrauchs der nationalen Begriffe und Dinge für die Zwecke der bourgeoisen Klassenherrschaft, angesichts des taumeltollen chauvinistischen Treibens der nationalistischen „Selbstschutzorganisationen", die sich immer unzweideutiger im Stile der terroristischen Mörderbanden des italienischen Faszismus entwickeln.

Die deutschen Proletarier haben wider den französischen Imperialismus ihr revolutionäres Zukunftserbe zu verteidigen, vaterländische nationale Werte, die für den Judasschilling zu verschachern die deutsche Bourgeoisie sich anschickt. Zu diesem Ziele müssen sie mit robuster Faust die verräterische deutsche Bourgeoisie beiseite stoßen und selbst im Doppelkampf die revolutionäre Aufgabe lösen, die die profitgierende, zitternde kapitalistische Hand nicht lösen kann und nicht lösen will. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat die Führung der Proletarier im Ringen für das nationale Lebensrecht des Reichs zu übernehmen. Sie muß ihnen auf dem mit Gefahren und Opfern besäten Weg des Kampfes zu ihrer Konstituierung als Klasse, als herrschende Klasse und damit als Nation kühn, entschlossen, zielklar voranschreiten. Diese ihre geschichtliche Aufgabe gebeut ihr, um ihr Schlachtpanier außer den breiten und tiefen proletarischen Heeressäulen auch alle anderen sozialen Schichten zu sammeln, deren materielle und kulturelle Interessen die Bourgeoisie skrupellos ihrem Profit- und Machtbegehren opfert. So muß die Partei der stärksten, klarsten, bewußtesten Internationalität gleichzeitig auch zur führenden nationalen Partei werden. Nicht erst morgen, in siegreicher Zukunft, nein heute schon in kämpfender Gegenwart, indem sie gegen den französischen Imperialismus wie den deutschen Kapitalismus die gesamten Interessen der großen „Nation" der Werktätigen mit unwandelbarer Treue und unbeugsamer Energie verficht, den Blick unverwandt auf das nächste weltgeschichtliche Etappenziel

gerichtet: die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat und die Aufrichtung seiner Diktatur in dem Rätestaat.

Die russischen Proletarier und ihre führenden Klassen- und Revolutionspartei haben um den harten Preis des Brest-Litowsker Friedens mit dem übermächtigen, erbarmungslosen deutschen Imperialismus den unsterblichen geschichtlichen Beweis dafür erbracht, daß ein Volk der Arbeit sich nur seiner ausländischen Todfeinde zu erwehren vermag, wenn es den einheimischen Todfeind des Proletariats im revolutionären Kampf unerbittlich niederwirft. Das revolutionäre Sowjetrußland ist heute der stärkste, festeste Nationalstaat. Es hat ebenso beispielgebend die „nationale Frage" auf internationaler Grundlage gelöst. Es hat die verschiedensten Nationalitäten, auf den verschiedensten Stufen der gesellschaftlichen Entwickelung stehend, nicht in dem Todeszeichen kapitalistischer Ausplünderung und Versklavung zusammengeführt, sondern unter dem Stern der auf den Kommunismus gerichteten Sowjetordnung, in der Föderation russischer sozialistischer Räterepubliken. Es hat damit erreicht, was der russische Zarismus mit allen Mitteln der Gewalt nicht zu erreichen vermocht hat, was der englische Imperialismus mit Peitsche und Zuckerbrot zu erzielen außerstande ist. Die Zusammenballung vieler Nationalitäten zu einer Grossmacht, ihr Zusammenwirken zur Emporentwicklung, zu höchster Kultur. In der russischen föderativen Sowjetrepublik hat die harmonische Vereinigung des Nationalen und Internationalen Gestalt und schöpferisches Leben gewonnen, ein hinreißender Vorklang, daß: „die Internationale wird die Menschheit sein".

Auf dem Hintergrund des kapitalistischen Ringens um die Herrschaft über Kohle und Erz an der Ruhr kündigt sich in der Haltung der Kommunistischen Partei Deutschlands an, daß diese Partei die gesetzte Aufgabe als Verteidigerin des nationalen Lebensrechts und als Führerin der „Nation" zu erfüllen beginnt. Also auch der Zusammenschluß des Nationalen und Internationalen zum unzerbrechlichen Ring in dem gemeinsamen brüderlichen Kampf der Kommunisten und revolutionären Gewerkschaften Deutschlands und Frankreichs zur Bezwingung des Kapitalismus hüben und drüben und in der großherzigen Brotgabe des russischen Proletariats, dessen Bissen noch knapp sind, in den reich fließenden Sammlungen russischer Gewerkschaften und Genossenschaften zur Unterstützung des Ruhrproletariats. Für das internationale Proletariat ist der Kampf um das nationale Lebensrecht, um die nationale Selbstbehauptung Kampf für die Revolution auf nationalem Boden, ist die Praxis proletarischer Nationalität und Internationalität Kampf für die Weltrevolution. Clara Zetkin.

Aus der kommunistischen Frauenbewegung.

Der Internationale Kommunistische Frauentag 1923.

Der Internationale Frauentag dieses Jahres war wie sein Vorgänger eine Aktion der Kommunistischen Internationale, um die breiten Massen der Frauen des Proletariats zum Kampf gegen die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu mobilisieren. Die reformistischen

Internationalen zwei und zweieinhalb haben längst die guten Traditionen der Vorkriegszeit aufgegeben, als in der noch geeinten II. Internationale revolutionäre Kräfte am Werk waren. Heuer ebensowenig wie im Vorjahre riefen sie die Massen auf den Plan. Und auch keine der ihnen angeschlossenen Parteien hatte die Initiative besessen, von sich aus die sozialdemokratischen Frauen zur Wiederbelebung der Aktion zusammen zu rufen. Nur zaghaft und schwächlich gingen einzelne Parteien daran, Pläne für die Durchführung eines Frauentages aufzustellen — losgelöst von allen internationalen Beziehungen zu den Bruderparteien. So die ziemlich bedeutungslose sozialistische Partei Frankreichs, so die zahlenmäßig sehr starke Labour-Party in England, die beide den Juni für ihre Aktion ausersehen haben.

Im Gegensatz dazu hatte die Kommunistische Internationale, als die berufene Führerin aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, schon im November vorigen Jahres, auf ihrem letzten Weltkongreß die geistig-politische Vorbereitung dieser Märzwoche in Angriff genommen. Wochenlang vor dem historischen Tage des März waren durch das Frauensekretariat der Kommunistischen Internationale an alle Sektionen der Komintern die politischen und organisatorischen Anleitungen gegangen, nach denen der Frauentag als einheitliche Aktion überall da gefeiert werden sollte, wo die Rote Fahne des Kommunismus von Arbeiterfäusten erhoben wurde. Scharf auf die politisch-wirtschaftliche Weltlage zugeschnittene Parolen waren als Wegzeichen aufgestellt. Alle Sektionen waren auf die Einhaltung eines bestimmten gemeinsamen Termins — die Woche vom 4.—11. März — verpflichtet. Allen Parteigenossen und Parteiorganisationen vom Zentralkomitee über den Lokalredakteur bis zum letzten einfachen Parteisoldaten war die vorbehaltlose Durchführung und weitestgehende Unterstützung der Aktion als revolutionäre Aufgabe gestellt.

In diesem Sinn ist der Frauentag durchgeführt worden, soweit die Kräfte der Kommunistischen Parteien ausreichten. Aus allen Berichten geht deutlich hervor, daß die Frauentagswoche keine Aktion der Genossinnen allein war, vielmehr war überall die Gesamtpartei sich bewußt, daß die Sammlung der Frauen, wenn auch zunächst nur um sogenannte spezielle Frauenforderungen eine Vorbereitung des Klassenkampffeldes, einen Schritt näher zur Weltrevolution bedeutet. Und die Sektionen der Komintern haben entsprechend alle ihre Mittel und Kräfte in den Dienst der Aktion gestellt. In allen wichtigen Ländern haben nicht nur die kommunistischen Frauenzeitschriften, sondern auch die Zentralorgane der Partei Aufrufe und Artikel zum Internationalen Frauentag gebracht; die Referenten der Partei stellten sich für Versammlungen zur Verfügung, besondere Flugblätter wurden herausgegeben.

Alles in allem vermochte die Kommunistische Internationale in diesem Jahr breitere Massen zu erfassen als 1922. Einerseits hat der fortschreitende Verfall der kapitalistischen Wirtschaft das Elend in ganz Westeuropa so gesteigert, daß zu den Frauen der eigentlichen Arbeiterklasse gewisse Schichten des ehemaligen Mittelstandes gestoßen sind. Mit der Arbeiterklasse in gleicher Verdammnis werden sie auch zur Abwehr des gemeinsamen Elends mehr und mehr geneigt. Anderer-

seits haben sich die kommunistischen Organisationen im Laufe des letzten Jahres weiter gefestigt, sodaß an neuen Orten, in weiteren Gebieten Versammlungen veranstaltet und der Vertrieb der kommunistischen Literatur organisiert werden konnte.

Im Mittelpunkt des Internationalen Frauentages stand die neue große Offensive des internationalen Kapitals, die sich in verschärfter wirtschaftlicher Ausbeutung und politischer Unterdrückung des Proletariats äußert. Ihre Wesensmerkmale sind der Faschismus und die imperialistischen Konflikte, die furchtbare Kriegsgefahr heraufbeschwören. Die Ruhrbesetzung spielte dementsprechend in den Veranstaltungen aller Länder eine Hauptrolle, der Kampf gegen den Versailler Frieden, sowie alle anderen imperialistischen Friedensverträge war fast überall eine der zentralen Losungen.

Ganz im Gegensatz zu den Sozialpatrioten der Zweiten Internationale gab es bei unserer kommunistischen Aktion keine Stimme, die sich für die kapitalistischen Forderungen ihrer angestammten Regierung eingesetzt hätte. Der Geist der internationalen Klassensolidarität beherrschte die ganze Kampagne. So brachte die „Ouvrière" in ihrer ersten Märznummer zur Frauentagswoche auf der ersten Seite den gemeinsamen Aufruf des Internationalen Frauensekretariats, der französischen und der deutschen Kommunistinnen an die Arbeiterinnen und Hausfrauen des schaffenden Volkes in Frankreich und Deutschland, jenen Aufruf, der den Kampf gegen den Versailler Frieden, gegen die Ruhrbesetzung, gegen den internationalen Kapitalismus und Imperialismus proklamiert. So erklärt die französische Presse der Kommunistinnen, daß das französische Proletariat gemeinsam mit seinen Klassenbrüdern und Klassenschwestern den Kampf gegen alle kapitalistischen Regierungen zu führen bereit ist, gegen Poincaré, wie gegen Cuno und Mussolini. Der internationale Charakter des Frauentages kam in einer äußeren Erscheinung symbolisch zum Ausdruck: ohne Verabredung, gleichsam aus dem Geiste des Frauentages heraus, wählten 4 Länder als sichtbare Parole ihrer Kampagne das Titelbild der Frauenzeitschrift der K. P. Rußlands, der „Rabotnitza" (Arbeiterin) als Titelbild der Frauentagsnummer auch ihrer Zeitschrift. Die russische Arbeiterin, die über den rauchenden Fabrikschloten des ganzen Erdballs die mächtige rote Fahne des Kommunismus entrollt, schmückte in der Frauentagswoche die „Kommunistin" der K. P. Deutschlands, die „Kommunistin" der K. P. der Tschechoslowakei, die „Rawenstwo" der K. P. Bulgariens, die „Arbeiterkwinden" der K. P. Norwegens. In Bild, Schrift und Wort beherrschte das heldenhafte russische Volk von Arbeitern und Bauern, Arbeiterinnen und Bäuerinnen das Bewußtsein der Demonstranten. Rußlands Sieg, die Machtergreifung durch das Proletariat, die Errichtung seiner Diktatur ist unser starker Hort, seine Nachfolge — unser Ziel, sein Weg — unser Weg, sein Kampf — unsere ureigenste Sache.

Auf dem Wege zum Ziel gilt es die Kräfte zu sammeln und zu organisieren um die Gegenwartsforderungen, wie sie den breitesten Massen verständlich sind: Der Kampf gegen Teuerung und Steuerdruck, gegen Lohnabbau und Verschlechterung des Arbeiterinnenschutzes, gegen die Arbeitslosigkeit, gegen Mutter- und Kinderelend, gegen die politische

Entrechtung der Frau, boten ziemlich übereinstimmend die Anknüpfungspunkte für die Eingliederung der Frauenmassen in die internationale Einheitsfront des kämpfenden Proletariats.

Ehe wir die eingesandten, eingehenderen Berichte über den Frauentag in Deutschland, der Schweiz, Jugoslavien und im Orient wiedergeben, seien die zusammenfassenden Darstellungen über seinen Verlauf in einer Reihe anderer Staaten gegeben.

Oesterreich.

In Oesterreich, dessen kleine Kommunistische Partei gegenüber der noch sehr starken Sozialdemokratie keine großen Massen um sich zu sammeln vermochte, wurde der internationale Frauentag nur in Wien begangen. Hier fand eine von etwa 200 Frauen besuchte Versammlung statt. Genossin Jsa Strasser verstand es, mit ihren packenden Schilderungen der Leiden der Nachkriegszeit, der zunehmenden Frauen- und Kinderausbeutung, der neuerlich drohenden Kriegsgefahr, den Frauen aus dem Herzen und zu Herzen zu sprechen. Aber sie brachte daneben auch nackte Daten und Zahlen über die zunehmende Arbeitslosigkeit, die sich weiter ausdehnende Kinderarbeit, die auch jede indifferente Frau aus ihrem Schlaf aufrütteln müßten. Der Abend wurde durch künstlerische Darbietungen verschönt und mit allgemeinem Gesang der Internationale abgeschlossen.

Die Tschechoslowakei.

Der Internationale Frauentag fand großen Wiederhall unter den Massen der proletarischen Frauen vor allem in den größeren Städten. Die Losungen, unter denen dieser Kampftag begangen wurde, lauteten: Für die Einheitsfront des Proletariats! Gegen das Ausnahmegesetz „Zum Schutze der Republik"! Gegen Mietzinserhöhung und gegen die Einführung der Getreidezölle! Für umfangreichen Mutter- und Kinderschutz! Gegen imperialistische Kriege! Gegen die Besetzung des Ruhrgebiets! Gleichen Lohn für die gleiche Arbeit! Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern! Für sofortige Anbahnung geregelter Beziehungen mit Sowjet-Rußland, im Interesse der Massen der Arbeitslosen! Der besondere lokale Kampf in der Tschechoslowakei galt vorzugsweise der Arbeitslosigkeit und der Reaktion, die in keinem Staat zu gleicher Zeit so stark wüten, wie in dieser „demokratischen" Republik. Den besten Beweis dafür lieferte die Pressezensur, die in der Nummer der „Kommunistin" vom 1. März in dem Artikel zum Frauentag auf der Titelseite die zweite Hälfte gestrichen hatte, genau an der Stelle, wo das Stichwort „Reaktion" fällt. Trotz der Reaktion nahmen die 3 Frauenzeitschriften der K. P Tsch. wie ihre Tagespresse in einer Reihe von Artikeln zu den brennenden Forderungen des Tages Stellung. In der Stadt Prag wurde außerdem ein besonderes Flugblatt für den Frauentag in einer Auflage von 10000 Exemplaren vertrieben. Mit Rücksicht auf die zahlreichen Orte, die mit Versammlungen zu belegen waren, wurde die Kampagne für den Frauentag vom 8. März bis Ende des Monats geführt.

Alle Versammlungen waren gut besucht. Es war jedoch bemerkenswert, daß, obwohl die verschiedenen Schichten von Frauen sich beteiligten, die Lohnarbeiterinnen verhältnismäßig schwach vertreten waren. In zahlreichen Fällen wurden die Versammlungen durch Rezitation proletarischer Dichtungen und Sprechchöre eröffnet, um ihnen einen festlichen Charakter zu geben. Besonders hervorzuheben sind die Versammlungen in Prag mit 1500 Teilnehmern (Referentin Genossin Grimmich und Genosse Roucos aus Brünn); in Kladno, in Aussig mit 500 Teilnehmern, (Referenten Genossin Kurkowa aus Prag und Genosse Paul aus Aussig); in Türmitz mit 150 Personen, (Referenten Genossin Vobetzky, in 2 Sprachen); Weiss-Kirchlitz 300 Arbeiterinnen (Genossin Neumann in 2 Sprachen); Weipert 600 Personen; hier sprach Genossin Martha Wunsch aus Aussig, Delegierte zum vorjährigen Weltkongreß in Moskau, die unter anderem auch über die Verhältnisse in Rußland berichtete. In dieser Versammlung wurden trotz der großen Arbeitslosigkeit am Ort 40 neue Mitglieder für die Kommunistische Partei gewonnen. In Reichenberg und Neustadt a. T. waren je 300 Personen anwesend. Weitere Versammlungen fanden statt in Smecno, Louny, Motyein, Slany, Rozdelov (2. Kreis), in Pardubiz, Chocen, Svotkov (4. Kreis); Königgrätz, Horic, Cerekovice, Lucavec (5. Kreis); Friedland, Böhmisch Leipa, Chrastava, Hradek, Tannwald, Zwickau, Nimes, Warensdorf, Münchengrätz, Rumburg (6. Kreis); Kaden, Teplitz, Laun bei Dux (7. Kreis); Pilsen, Rokycan, Dudlece, Choteschau, Nyrany, Lin, Klatan (9. Kreis); Strakonic, Rozsedla, Protivin, Vodanny (10. Kreis); Busweis, Jungbunzlau, Dudleby, Domaradice, Prebon (11. Kreis) und einige Versammlungen im 12. Kreis. Außer den schon genannten Referenten sprachen in diesen Versammlungen u. a. die Genossinnen Lauterbach, Kinzl, Malicova, Reckziegel, Felkl, Münzenberg, Jindra, Hüningen, Krenova, Knytlowa, Basakowa, Drazil, Kraus, Malir, Suchard, Blaske, Mala, Simova, Mickova u. s. f. In einigen Kreisen wurden keine Versammlungen abgehalten, aus anderen fehlen ausführliche Berichte. In der Slovakei, die ein eigenes kommunistisches Frauensekretariat besitzt und wo seit dem vorigen Jahre eine besondere kommunistische Frauenzeitschrift „Proletarka" besteht, wurden 8 Frauenversammlungen abgehalten.

*

Holland.

Die Kommunistische Partei hatte sehr planmäßig mit den Vorbereitungen begonnen. Zur Vorbereitung der Frauenwoche diente neben einem Rundschreiben, das vom zentralen Frauenagitationskomitee an alle Ortsgruppen versandt wurde eine Referentenzusammenkunft am 5. März in Utrecht, die gut besucht war und sehr reges Interesse bewies. Die Aktion wurde von der Gesamtpartei wirksam unterstützt. Alle Ortsgruppen, selbst solche, die bis dahin sich wenig um die Frauenagitation gekümmert hatten, beteiligten sich diesmal wenigstens durch Vertrieb der 2 Nummern des „Vorboden", die der Frauentagswoche gewidmet waren, und des für den Frauentag herausgegebenen Flugblattes. 4200 Exemplare des „Vorboden" und 10000 Exemplare des

Flugblattes wurden verkauft, dank dem regen Eifer vor allem der Genossinnen. Es war gelungen, diese in großer Zahl für eine lebhafte Agitation unter den proletarischen Frauen in den Häusern und auf den Straßen zu mobilisieren.

In 11 Städten, darunter Amsterdam und Haarlem, wurden Frauentagsversammlungen abgehalten, die von zahlreichen Arbeiterfrauen besucht waren. Die Stimmung war überall den kommunistischen Rednern und Rednerinnen günstig. Genossin Henriette Roland-Holst, die in einer der ersten Versammlungen in Haarlem sprach, betonte vor allem die Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses aller proletarischen Frauen, die überall unter der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung leiden. Sie schilderte den Kampf der französischen und der deutschen Arbeiterschaft gegen die Ruhrbesetzung, die brutale Verfolgung der italienischen Arbeiterklasse durch den Faschismus, das Elend der Arbeitslosen in England und Dänemark und die Versklavung der farbigen Frauen in den Kolonialländern in Asien und Afrika, auf deren Kosten sich der Kapitalismus noch eine zeitlang am Leben zu halten sucht.

Der Hauptkampf der Frauentagswoche galt der Arbeitslosigkeit und der Kriegsgefahr. Sinnbildlich wurden diese Geißeln der Arbeiterklasse in einer eindrucksvollen Zeichnung auf dem von Genossin Stam-Ponsen verfaßten Flugblatt „An alle Frauen" dargestellt. Das Bild zeigt eine verzweifelte Arbeiterfrau, in einer kahlen elenden Hütte über die Wiege eines kümmerlichen Kindes gebeugt, während durch die Wand überlebensgroß die gräßlichen Fratzen der Kriegsfurie und des Hungergespenstes hereingrinsen.

Den Haupterfolg der Frauentagswoche sehen unsere holländischen Genossinnen darin, daß es zum erstenmal gelungen war, trotz der zahlenmäßigen Schwäche der Partei einen Stab von Genossinnen und Genossen für die Aktion zu energischer Betätigung zu veranlassen und durch sie an breite Massen der proletarischen Frauen außerhalb des engen Rahmens der Partei heranzukommen.

*

Norwegen.

Die Internationale Frauentagswoche in Norwegen wurde von der Arbeiterpartei (Kommunistische Partei) Norwegens gemeinsam mit den kommunistischen Frauenvereinen Norwegens durchgeführt — eine besondere organisatorische Eigentümlichkeit der norwegischen Partei. Soweit sich aus den Berichten in der norwegischen Presse entnehmen läßt, trugen die Veranstaltungen keinen einheitlichen Charakter. Vor allem schien die zentrale Aufstellung konkreter Parolen, von Forderungen, um die die Massen der proletarischen Frauen sich sammeln sollten, ganz zu fehlen. Im allgemeinen wendete sich die Agitation vorwiegend an die Mitglieder der Partei und die mit ihr Sympathisierenden, statt an die breiten Massen außerhalb. Besonders deutlich zeigte sich das im Bericht über eine Zusammenkunft in Kongsberg; dort wurden nach dem Referat über die Bedeutung und Aufgabe des Internationalen Frauentags das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung des Frauenvereins verlesen, worauf der unterhaltende Teil des Abends und eine Bewirtung mit Kaffee und Kuchen folgte.

Ebenso ungeeignet für eine Veranstaltung, die der Werbung unter den indifferenten Massen dienen soll, scheint eine Behandlung der organisatorischen Umstellung der Arbeit unter den Frauen, die der 4. Weltkongreß für die Arbeiterpartei Norwegens beschlossen hatte, wie es in Larvite geschehen ist. Solche innerpolitischen Fragen sollten in geschlossenen Mitgliederversammlungen der Partei gründlich erörtert werden, haben aber kein Interesse für die breiten Massen der proletarischen Frauen, die zunächst nur ihre unmittelbaren täglichen Sorgen sehen und Abhilfe dagegen suchen. Wenn als Parole der Frauentagswoche in einem Artikel zu deren Beginn angegeben wurde: Alle Arbeiterfrauen müssen in die Arbeiterbewegung einbezogen werden, so vermißt man bei dieser allgemeinen Formulierung wiederum das unmittelbare, konkrete Ziel der Bewegung. Wirkungsvoll und zweckmäßig in dieser Hinsicht war zweifellos die Agitation gegen die Wohnungsnot, über die der kommunistische Frauenverein Drammen berichtet, ferner die immer rege und lebendig geführte Werbung für das russische Kinderheim „Kyrre Grepp".

Die sehr zahlreichen Versammlungen in allen Teilen des Landes waren meist mit künstlerischen Darbietungen, Musik und Rezitation verbunden. Als Redner waren nicht nur die aktiven Genossinnen bestellt, wie u. a. Lydia Johannessen, Rachel Grepp, Kaspara Larsen, Nanna Bloch, Sara Bakke, sondern auch Parteisekretäre und andere Genossen hatten sich in den Dienst der Aktion gestellt. Trotz der anscheinend zu engen Begrenzung des Ziels der Frauentagswoche auf den Kreis der durch die Frauenvereine schon erfaßten Frauen ist die Woche doch zweifellos von Erfolg begleitet gewesen. In verschiedenen Orten sind parteilose Frauen, die den Versammlungen beiwohnten, in die kommunistischen Frauenvereine und damit unmittelbar in die Kommunistische Partei eingetreten.

*

England.

Für die Kommunistische Partei Englands war es besonders schwer, die Agitation für den Frauentag in großem Maßstabe zu entfalten, angesichts der kleinen Zahl ihrer weit über das ganze Land verstreuten Mitglieder. Die Labour Party umfaßt dagegen etwa 120000 Frauen, 78891 Frauen gehören den genossenschaftlichen Frauengilden an, 1363000 Frauen waren 1920 in den Gewerkschaften organisiert. Es war der K.P. nicht möglich, große Versammlungen abzuhalten und Redner auch nur in die wichtigsten Industriezentren zu entsenden. Ihre Haupttätigkeit beschränkte sich auf die Herausgabe einer „Frauenseite" in dem offiziellen Wochenorgan der Partei „The Workers' Weekly" und auf die Agitation unter den Arbeitslosen. An den Arbeiterbörsen, wo die Arbeitslosen registriert werden, um Arbeit nachfragen und ihre Unterstützung erheben, gelang es in vielen Fällen, die Arbeitslosen zu sammeln und vor den Gebäuden unter freiem Himmel improvisierte Versammlungen abzuhalten. Unter den Arbeitslosen befinden sich sehr viele Frauen, vor allem Textilarbeiterinnen, im ganzen schätzungsweise 300000. Sehr viele von ihnen beziehen überhaupt keine, die übrigen eine ganz unzulängliche Arbeitslosenunterstützung. Die daraus folgende

Not, verbunden mit furchtbaren Mißständen im Wohnungswesen und weitverbreiteter Unterernährung von Frauen und Kindern bildeten die Anknüpfungspunkte für die Agitation.

*

Frankreich.

Hier fiel der Internationale Frauentag gerade mitten in die Zeit des Kampfes der revolutionären Arbeiterschaft Frankreichs und Deutschlands gegen die Ruhrbesetzung. So stand die Aktion in Frankreich vor allem im Zeichen der Mobilisierung der Massen gegen die Kriegsgefahr. Das Zentralorgan der Partei, die „Humanité", nahm Stellung dazu, ebenso wie die Frauenzeitschrift „L'Ouvrière", die nach mehrmonatiger Unterbrechung im März wieder neu erschien. Das Aktionskomitee gegen Imperialismus und Kriegsgefahr gab in Massenauflage ein Flugblatt an die Arbeiter und Arbeiterinnen in Stadt und Land heraus, das besonders an die Frauen gerichtet war. Seine Kampflosungen lauteten: Nieder mit der Teuerung, die die Arbeiterfamilien aller Länder geißelt! Die Reichen sollen die Kosten des Krieges zahlen! Nieder mit dem Krieg für die Interessen der Ausbeuter!

Das Frauensekretariat der Kommunistischen Partei hatte für die Frauentagskampagne ein reiches Material als Unterlage für Referate und Diskussionen ausgearbeitet und versandt. Dieses Material umfaßte neben einem ausführlichen Abriß über die Geschichte des Internationalen Frauentags genaue Angaben über die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse und speziell der Frauen in Frankreich, über die Auswirkungen der Ruhrbesetzung, über den zerrütteten Zustand der Staatsfinanzen, sowie vor allem über die aktuellen Forderungen der proletarischen Frauen.

Am 11. März fand in Paris ein großes Meeting statt. Zum erstenmal waren hier mehr Frauen als Männer anwesend, und zwar sah man neben aktiven Genossinnen auch Arbeiterinnen und Hausfrauen, die nicht zu den gewöhnlichen Versammlungsbesuchern gehören. Das Hauptreferat hielt Genossin Martha Bigot, die in ihren inhaltsreichen Ausführungen unter anderem mitteilte, daß in manchen Vierteln von Paris 65 Prozent der Kinder in den beiden ersten Lebensjahren dahinsterben. Genossin Gilberte Lesage rief insbesondere die jungen Arbeiterinnen zur Einreihung in die Kommunistische Jugend auf. Louise Heuchel sprach für die revolutionäre Arbeit unter den Arbeiterinnen in Betrieben und Gewerkschaften. Lucie Colliard schilderte die drohende Kriegsgefahr und den Kampf dagegen. Am Schluß nahm die Versammlung die folgende Resolution an:

„Die Kommunistischen Frauen Frankreichs senden am Internationalen Frauentag ihren Klassengefährtinnen in den andern Ländern ihren brüderlichen Gruß. Vor der ganzen Welt brandmarken sie die Besetzung des Ruhrgebiets durch den französischen Imperialismus. Sie erblicken darin die Bedrohung mit einem neuen Kriege und den unfehlbaren Anstoß zu einer neuen Teuerung, die mit den Interessen der Arbeiterklasse im Widerspruch steht.

An diesem Internationalen Frauentage rufen die Versammelten zusammen mit ihren Schwestern in Deutschland, in England und in allen

Ländern: Nieder mit dem imperialistischen Kriege! Es lebe die Weltrevolution! Es lebe die Kommunistische Internationale!"

Eine weitere Versammlung, die jedoch mehr den Charakter einer Mitgliederzusammenkunft hatte, fand am 9. März in Montpellier statt. Hier sprachen Genossin Bognier und ein Genosse, der in großen Zügen die gesellschaftliche Stellung der Frau von den Urzeiten bis zur Gegenwart schilderte. Die Versammlung verlief sehr anregend. Sie soll den Ausgangspunkt für die Wiederholung solcher Zusammenkünfte bilden, in denen Hausfrauen, Näherinnen und andere Gruppen industrieller Arbeiterinnen zusammengefaßt werden. Ueberall wurde die „Ouvrière" in großer Zahl vertrieben.

*

Italien.

In diesem Lande war es unseren Genossinnen durch den Triumph des Faschismus verwehrt, den Frauentag zu einer großen Kundgebung der Ausgebeuteten und unterdrückten Frauen zu gestalten. Nicht nur konnten keine Versammlungen abgehalten werden, sondern auch die Herausgabe einer illegalen Frauentagsnummer der „Campagna" wurde in letzter Minute vereitelt. Unsere Genossinnen hatten es trotz der faschistischen Verfolgung bis zum März fertiggebracht, bald hier, bald dort in geheimen Druckereien ihre Zeitschriften herzustellen, durch Vertrauenspersonen zu vertreiben und so den Kampf gegen den Faschismus unterirdisch zu führen. Die Märznummer zum Internationalen Frauentag war bereits zusammengestellt und gesetzt, als die Faschistenbanden die illegale Druckerei überfielen, den Satz und das Papier beschlagnahmten und die dort beschäftigten Genossen und Genossinnen verhafteten. Trotz dieses empfindlichen Schlages für die Frauentagswoche dürfte es unseren Genossinnen gelungen sein, durch ihre zuverlässigen Vertrauenspersonen in Betrieben und Gewerkschaften wenigstens in einem kleinen Kreise des revolutionären Proletariats den Gedanken von der internationalen Klassensolidarität der Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder zu entwickeln und zu kräftigen.

*

Bulgarien.

Der Internationale Frauentag wurde in ganz Bulgarien sehr gut durchgeführt. Er wurde am 18. März abgehalten, wobei er mit der Balkanaktion der Partei gegen Krieg und Faschismus, mit der internationalen Aktion der K.J.I. gegen die Kriegsgefahr, sowie mit dem 52. Jahrestag der Pariser Kommune und dem 40. Todestag von Karl Marx zusammenfiel.

Die zentrale Frauenkommission richtete ein besonderes Rundschreiben an die lokalen Frauenkommissionen mit Angabe von Direktiven für die Agitation, sowie der Losungen dieser Kampagne. Die Zeit vom 4. bis 18. März wurde als Rote Agitationswoche bestimmt. „Rawenstwo" erschien zum 8. März als Sondernummer mit zu diesem Zweck ausgewähltem Material. „Rabotnitscheski Westnik" und „Selski Westnik", Parteiorgane, veröffentlichten besondere Frauenseiten. Alle andern

Partei- und Gewerkschaftszeitungen brachten besondere Artikel, in denen die Bedeutung des Internationalen Frauentages gewürdigt wurde. In der Nummer vom 1. März veröffentlichte das zentrale Parteiorgan ein Rundschreiben des Zentralkomitees der Partei über die am 18. März im ganzen Lande abzuhaltende Aktion, wobei auch die Feier des Internationalen Frauentags hervorgehoben wurde.

Bereits am 4. März begann in allen Ortsgruppen der kommunistischen Bewegung, in allen Ecken des Landes, in Städten und Dörfern eine rege Tätigkeit für die erfolgreiche und gute Durchführung dieser wichtigen Aktionen. Jeder arbeitete in seinem Gebiete: die Partei unter den indifferenten Arbeitern und Bauern, die Frauenkommissionen unter den unaufgeklärten Frauen, der Verband der Kommunistischen Jugend unter den noch nicht klassenbewußten Jugendlichen in Stadt und Dorf. Durch die lokalen Parteiorgane unterstützt, verrichteten die Frauenkommissionen eine gewaltige Agitationsarbeit. In den größeren Städten, wie z. B. Sofia veranstaltete die Frauenkommission in der Zeit vom 4. bis 18. März 24 öffentliche Frauenversammlungen in den verschiedenen Vierteln der Stadt mit dem Thema: „Die Bedeutung des Frauentages und der Balkanaktion". An diesen Versammlungen nahmen ungefähr 600 Frauen teil. 20 Agitationstrupps von Frauen und Jugendlichen durchkreuzten während dieser 14 Tage das proletarische Sofia und verbreiteten 10000 Aufrufe und Flugblätter, die für diese Aktion herausgegeben wurden. Außerdem wurden 2500 Exemplare der Sondernummer der „Rawenstwo", die besonders warm von den Frauen empfangen wurde, und auch 500 Exemplare des „Rabotnitscheski Westnik" mit der Frauenseite verbreitet. Das Ergebnis dieser Arbeit war: 7 Neuaufnahmen für die Partei, 72 für die Frauenbildungsgruppe, 4 für die Gewerkschaften, 1 für die Genossenschaft und 90 Abonnentinnen für die „Rawenstwo". Es wurden 4 neue Bildungsgruppen gegründet. In Plovdiv hat die Frauenkommission in der Zeit vom 4.—18. März 8 öffentliche Versammlungen abgehalten, die von ca. 400 Frauen besucht wurden. Frauenagitationstrupps verkauften 1200 Exemplare der „Rawenstwo" und 150 Exemplare des „Rabotnitscheski Westnik". Es wurden für die Partei 5 Mitglieder, für die Frauenbildungsgruppe 20 Mitglieder, und für die „Rawenstwo" 12 neue Abonnenten gewonnen. In Sliwen, einem Arbeiterzentrum mit starker Textilindustrie und vielen Weinbergen, wo vorwiegend Frauen beschäftigt werden, hat die Frauenkommission 6 Versammlungen in den verschiedenen Stadtvierteln abgehalten. Von der Sondernummer der „Rawenstwo" wurden 570 Exemplare verkauft. Für die Frauenbildungsgruppe wurden 25 Mitglieder und für die Zeitung 30 neue Abonnentinnen gewonnen. Am Frauentage selbst veranstaltete die Frauenkommission eine feierliche Abendunterhaltung, die massenhaft von den Frauen besucht und mit dem Absingen der Internationale eröffnet wurde. In ähnlicher Weise wurde die Agitation auch in den andern Arbeiterzentren wie Russe, Maskowo, Pleven, Dupnitza, Warna u. a. durchgeführt.

In den Vorbereitungsarbeiten für den internationalen Frauentag blieb auch die bulgarische Bäuerin nicht hinter ihrer Schwester aus der Stadt zurück. In allen 33 Dörfern, in denen Frauenbildungsgruppen bestehen,

wurden alle Mittel mit großer Ausdauer angewandt, um die werktätige Bäuerin zur Beteiligung an der Aktion des 18. März heranzuziehen. In Dabokl gingen die Mitglieder der Frauenbildungsgruppe im Dorf von Haus zu Haus und setzten den Bäuerinnen die Bedeutung des Frauentages auseinander. Es wurden 85 Exemplare der Sondernummer der „Rawenstwo" verkauft und 9 Mitglieder für die Frauenbildungsgruppe sowie 3 Abonnentinnen für die „Rawenstwo" gewonnen. Am 18. März nahmen am Meeting und an der Demonstration 80 Bäuerinnen teil. Im Dorfe Nadeschda besuchten unsere Genossinnen 80 Familien, unter deren Frauen sie für den Frauentag agitierten. Es wurden 70 Exemplare der „Rawenstwo" verkauft und 3 Mitglieder für die Frauenbildungsgruppe und 5 Abonnentinnen für die „Rawenstwo" gewonnen. Aehnlich wurde auch in den anderen Dörfern gearbeitet, in denen es Frauenbildungsgruppen gibt.

Für das ganze Land läßt sich ungefähr folgendes Bild zusammenstellen: In der Zeit vom 4. bis zum 18. März wurden ca. 300 öffentliche Vorbereitungsversammlungen in den verschiedenen Ortsvierteln, Betrieben usw. veranstaltet. An diesen Versammlungen nahmen ca. 10 000 Frauen teil. Die lokalen Frauenkommissionen hielten 100 Sitzungen und Konferenzen mit den weiblichen Parteimitgliedern ab. Es wurden 30 Mitglieder für die Partei, ca. 300 für die Frauenbildungsgruppen und 350 Abonnentinnen für die „Rawenstwo" gewonnen. Die Sondernummer der „Rawenstwo" wurde in einer Auflage von 15 600 Exemplaren gedruckt. Diese Zahl erwies sich als noch ungenügend.

Am 18. März wurden im ganzen Lande große Protestmeetings und Demonstrationen abgehalten, an denen mehr als 10 000 Frauen teilnahmen. Das in Sofia abgehaltene Balkan-Meeting war gewaltig und glänzend. Es drückte die Macht, die Kampfbereitschaft und die Disziplin des Proletariats Sofias aus. An dieser Veranstaltung nahmen 700 Frauen teil. Unter den Rednern befand sich auch Genossin Arbore-Ralli, die das Internationale Frauensekretariat vertrat. Im Namen der bulgarischen Kommunistinnen sprach Genossin Tina Kirkowa. Aus Sofia wurden für die Meetings folgende Genossinnen nach den verschiedenen Arbeiterzentren der Provinz als Rednerinnen entsandt: Plovdiv: Genossin K. Lukanowa, Plewen: A. Mai, Dupnitza: G. Pawlowa, Wratza: St. Bakalowa, Warna: G. Kraitschewa, Russe: ZL. Tokuschewa usw. Natürlich sind wir mit unsern Erfolgen noch nicht zufrieden. Sie müssen noch größer werden. Anerkannt sei, daß unsere Arbeit unter den Frauen stets die großzügigste Unterstützung der Partei findet. Das stärkste Hindernis unserer Arbeit liegt in dem Umstand, daß viele der weiblichen Parteimitglieder sich von der aktiven Arbeit fernhalten. Sie entschuldigen dies mit ihren Mutter- und Hausfrauenpflichten. Die Kleinarbeit in der Agitation, die wir bei uns die „schwarze" nennen, wurde von ungefähr 300 weiblichen Parteimitgliedern verrichtet; der andere Teil, über 400, hielt sich von dieser Arbeit fern. Selbstredend sind ungefähr 200 davon durch ihre Pflichten als Mutter usw. entschuldigt, doch der Rest hat seine Augen mit dem Schleier der Spießbürgerei verbunden. Unsere Aufgabe ist es, diesen Schleier durch unsere Aufklärungsarbeit zu zerreißen.

*

Deutschland.

Wieder hat eine internationale Frauentagswoche uns einen Schritt vorwärts gebracht in der Erfüllung der wichtigen Aufgabe, die proletarischen Frauenmassen zu mobilisieren und der internationalen Einheitsfront aller Ausgebeuteten und Unterdrückten einzugliedern. In fast allen Bezirken Deutschlands waren gute Erfolge unserer Propagandawoche zu verzeichnen. Unsere Versammlungen waren durchgehends gut, in einigen Mittel- und Großstädten sogar glänzend besucht und zeigten als hervorstechendste Merkmale das Heraustreten vieler Proletarierinnen aus der bisherigen Zurückhaltung und ein wachsendes Vertrautwerden mit der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Situation wie mit den parteipolitischen Fragen und insbesondere der Stellung der Kommunisten. In den Versammlungen wurden die besonderen Lasten und Nöte der Proletarierinnen, der Frauen des werktätigen Volks dargelegt. Als Schlußfolgerung daraus ergab sich: all diese Frauen gehören zum Weltproletariat, zu den Unterdrückten und Ausgebeuteten aller Länder, darin das Kapital herrscht; ihr Schicksal ist eng verknüpft mit dem Los dieser ungezählten Millionen, es ist der Kapitalismus, der sie alle ausbeutet und knechtet, und ihre Befreiung wird kommen mit dem Tag der Befreiung des Proletariats von der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, von der kapitalistischen Lohnsklaverei. In der kapitalistischen Ordnung kann es für die Frau keine volle Freiheit, kein volles Menschentum geben. In der zerrütteten kapitalistischen Ordnung dieser Tage steigert die Klassenherrschaft der Bourgeoisie die Nöte und Lasten der schaffenden Frauen auf das Unerträglichste. Darum lauteten die Forderungen des Internationalen Frauentags zum Teil gleich mit den Losungen der politischen Aktionen, die gegenwärtig in Deutschland durchgeführt werden. Es gehörten zu ihnen der Kampf gegen die Ruhrbesetzung als Zweifrontenkampf gegen Poincaré und Cuno, der Kampf gegen die Wucherpreise des Lebensbedarfs und die um sich greifende Arbeitslosigkeit. Kurz, die gesamte wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands mit ihren besonderen Auswirkungen im Leben der Werktätigen war Hintergrund des Frauentags und prägte seine Forderungen.

Unsere Frauentagswoche führte der Kommunistischen Partei viele neue, vorwiegend weibliche Mitglieder zu und der kommunistischen Presse weitere Leser und Leserinnen, namentlich der „Kommunistin". In großem Umfange wurden in den Versammlungen Broschüren und Zeitschriften verkauft. Die Frauentagsnummer der „Kommunistin" ging in 36000 Exemplaren hinaus. Sammlungen ergaben größere Beträge für bestimmte Zwecke. So für die „Rote Hilfe", für die russischen Kinderheime etc. Unsere Bewegung für die Gründung von Frauen-Kontrollausschüssen erhielt einen neuen, kräftigen Anstoß. In manchen Frauentagsversammlungen wurden solche Ausschüsse gewählt. Zahlreiche proletarische Frauen, die bisher den Bestrebungen des revolutionären Proletariats gleichgültig gegenüber standen, wurden erweckt und erkannten ihre Pflicht, am Kampfe ihrer Klasse teilzunehmen.

Unser Erfolg wäre unstreitig noch größer gewesen, wenn nicht in einigen Bezirken die Vorbereitungsarbeit versagt hätte. So in Magde-

burg, Frankfurt a. M., in der Lausitz und in Nordbayern. In den Bezirken Wasserkante und Nordwest fanden in Hamburg und Bremen Versammlungen statt, die von gegen 1800 Frauen und Männern besucht waren. Die gleiche Zahl war in unserer Versammlung in Königsberg zusammengeströmt. Hier wurde von dem Erfolg des Frauen-Kontrollausschusses berichtet. Es war ihm gelungen, den Preis der Butter herabzudrücken. In den drei genannten Bezirken fanden außerdem noch eine größere Anzahl gut vorbereiteter und gut besuchter Versammlungen statt. Aus Danzig wird das Gleiche berichtet. In Niedersachsen ist nach sorgfältiger Vorbereitungsarbeit wenigstens im Unterbezirk Braunschweig unsere Aktion erfolgreich verlaufen. In der Stadt Braunschweig selbst nahmen 750 Frauen an unserer Veranstaltung teil, der Mehrzahl nach Arbeiterinnen aus den Konservenfabriken, die bittere Klage und schwere Anklage gegen die dort herrschende Ausbeutung erhoben. Unsere 30 Versammlungen im Bezirk Halle-Merseburg waren fast durchweg gut besucht und brachten der Partei stattlichen Zuwachs. In den 3 Bezirken Sachsens hatte die Partei 64 Frauentagsversammlungen veranstaltet, die durch ihren starken Besuch — in Chemnitz 2000 Teilnehmer — die Gärung und Erregung des sächsischen Proletariats erkennen ließen und ihr entsprechend eine Arbeiterregierung für das Land forderten. Leider wurde die Frauentagswoche in Baden und in den rheinisch-westfälischen Bezirken zu keiner starken Aktion. Es erklärt sich das zum Teil aus der Besetzung durch die Franzosen und die von diesen verfügten Maßnahmen, wie durch die gesamte dort vorliegende Situation.

Das eingangs hervorgehobene Erwachen großer Frauenschichten äußerte sich dadurch, daß in den meisten Versammlungen eine lebhafte Diskussion stattfand. Mit schlichten, oft erschütternden Worten schilderten Proletarierinnen das sie zermalmende Elend, das Martyrium ihrer Kinder, das auch ihr eigenes, zehnfach empfundenes Martyrium ist, die Ohnmacht, den mangelnden guten Willen der Behörden, Abhilfe zu schaffen, die Hochnäsigkeit, den Spott und Hohn mancher dieser Herrschaften gegen die politisch ungewandten Frauen. Die Diskussionsrednerinnen bekundeten aber auch ihre zunehmende Erkenntnis, sich selbst kämpfend im Bunde mit ihren Brüdern helfen zu müssen. Die schwarze Not lehrt die Frauen statt des Betens das Denken und Kämpfen. Sie lernen ihre Klassenlage verstehen und die Ursache davon: die Profitwirtschaft des Kapitalismus. Schritt für Schritt kommen sie mit ihrem Wollen und Handeln ins Lager der Revolution. Besonders zeigte sich das in Thüringen. Die Proletarierinnen von Zella-Mehlis z. B. kamen in geschlossenem Zuge zur Versammlung in Suhl marschiert und konnten dort von verschiedenen Erfolgen ihres energischen Vorgehens gegen die Wucherer berichten. Auch eine proletarische Hundertschaft hatten diese tapferen Frauen geschaffen. In anderen Orten Thüringens konnten die Frauen ebenfalls gute Erfolge melden, besonders was die Tätigkeit ihrer Kontrollausschüsse anbelangt.

Nur hier und da traten in den Versammlungen Gegner der Kommunisten auf. Nationalistische Elemente, Hakenkreuzler machten in Ostpreußen den Versuch, mehrere unserer Veranstaltungen zu stören, sie

wurden jedoch von den Genossen bald aus dem Saal befördert. In Breslau trat eine Sozialdemokratin unserer Referentin entgegen, wurde aber von ihr mit gewichtigen sachlichen Argumenten abgefertigt. Die örtlichen Führer der Sozialdemokratie wohnten unserer Versammlung in Brunsbüttelkoog bei, fanden jedoch in der Diskussion, daß Schweigen Gold ist, obgleich sie dringend aufgefordert worden waren, mit dem Silber des Redens herauszurücken. In einer Versammlung zu Berlin war eine Antisemitin dummdreist genug, die Arbeiterinnen aufzufordern, aus ihren Organisationen die Juden herauszuwerfen, da sie an allem Elend der Zeit schuld seien. Die Versammelten stellten sich einmütig der von Hakenkreuzlern und Gesinnungsverwandten irregeführten Proletarierin entgegen, die nur nach mehrmaligem Eingreifen der Versammlungsleitung ihre Rede beenden konnte.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß der heurige Frauentag auch eine Schwäche unserer kommunistischen Frauenbewegung, ja unserer gesamten Partei in Deutschland hervortreten ließ. Nur in wenigen Fällen ist den Genossinnen ein Erfolg ihres eifrigen Bemühens beschieden gewesen, in Betriebsversammlungen Losungen des Frauentags an die Massen der Arbeiterinnen heranzubringen, die doch gerade die Verteidigung von deren Interessen gelten, wie: Gleicher Lohn für gleiche Leistung! Gegen die Entlassung der Arbeiterinnen als „Frauen"! Erweiterung des Arbeiterinnen- und Mutterschutzes! Gegen den Abbau des Achtstundentags! Es weist dies darauf hin, daß in Sachen der Betriebs- und Gewerkschaftsagitation unter den Arbeiterinnen noch lange nicht genug geschehen ist. Unsere Gewerkschaftsfraktionen müssen jede Gelegenheit nützen, die Interessen der Arbeiterinnen energisch zu verfechten. Erhöhte und planmäßige kommunistische Zellenarbeit unter den Arbeiterinnen in den Betrieben und Gewerkschaften tut bitter not. Sie ist eine der wichtigsten Aufgaben für uns alle. Daß solche Arbeit nicht vergeblich bleibt, daß sie auch die Arbeiterinnen zu erfassen vermag, beweist ermutigend das Beispiel der Arbeiterinnen in den Braunschweiger Konservenfabriken. Das Erkennen einer Schwäche ist der Anfang zu ihrer Ueberwindung.

Eine weitere Aufgabe wird uns durch den Erfolg der Frauentagswoche gestellt. Die neugewonnenen Kampfesgenossinnen müssen bei unserer Fahne gehalten werden, die neu eingegliederten weiblichen Mitglieder unserer Partei sind zu schulen, so daß an Stelle eines oft gefühlsmäßigen Bekenntnisses klares Wissen tritt, der Stab unserer Rednerinnen und Organisatorinnen ist zu vergrößern. Die besonderen Frauenabende der Partei, ihre Referentinnenkurse und andere Bildungsorgane verlangen Ausgestaltung, Erfüllung mit kraftvollem Leben. Kurz, wir müssen die langsam einsetzende Mobilisierung und Revolutionierung breiter Frauenmassen zielklar und energisch weitertreiben und vertiefen. Es muß uns gelingen, die proletarische internationale Einheitsfront gegen die Generaloffensive der Weltbourgeoisie zu stärken und fester zu schließen, indem wir ihr zwiefach ausgebeutete und verknechtete Frauenmassen zuführen. Um diese Aufgabe zu bewältigen, müssen wir auch unablässig an der organisatorischen und ideologischen Vervollkommnung der Partei arbeiten.

Bertha Braunthal.

Schweiz.

Die kleine K. P. der Schweiz hat ihre Vorbereitungen zum Internationalen Frauentag sehr rechtzeitig begonnen. Der Frauentag wurde als eine wichtige Parteiaktion eingeleitet und durchgeführt. Alle Sektionen der Partei wurden dafür mobilisiert. Die Zentrale der Partei erließ im Zentralorgan, dem Basler „Vorwärts" einen Aufruf an die werktätigen Frauen und an die Sektionen der K.P. der Schweiz, der die Arbeiterfrauen und Mädchen, die Proletariermütter zu einem wuchtigen Aufmarsch, zum Kampf für die Befreiung des Proletariats Schulter an Schulter mit der internationalen Arbeiterschaft auf den Plan rief. Die Sorge um die nackte Existenz, die Arbeitslosigkeit, die Unversorgtheit und das Elend der Kinder, die drohende Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges, waren die Losungen, um die die Proletarierinnen-Massen sich sammeln sollten. In diesem Sinn war auch eine vom Aktionskomitee der Partei herausgegebene Frauentagszeitung gehalten, einfach und volkstümlich in der Sprache, anziehend ausgestattet in Rot-Schwarz-Druck und mit einem Titelblatt geschmückt, das eine gebückt unter schwerer Last einherschreitende Arbeiterin darstellt, ein verkümmertes Kind neben ihr. Diese Zeitung wurde in 5000 Exemplaren verbreitet — ein achtenswerter Erfolg im Hinblick auf die geringe Zahl der in der K.P.S. organisierten Frauen.

Es wurden zahlreiche Versammlungen abgehalten, vor allem in den deutsch-sprachigen Gebieten, wo die Partei ihre besten Stützpunkte hat. In den wichtigsten dieser Versammlungen sprach Genossin Rosi Wolfstein von der Kommunistischen Partei Deutschlands, so in Zürich, Winterthur, Schaffhausen und Basel.

In Zürich war die Versammlung von ca. 500—600 Personen, hauptsächlich Frauen, besucht. Genossin Moser, die Leiterin der F.A.K., schilderte die Lage der Schweizer Arbeiterinnen und zeigte klar die Notwendigkeit des Anschlusses an den Befreiungskampf der Arbeiter für die politisch rechtlosen, wirtschaftlich unendlich unterdrückten Frauen des werktätigen Volkes. Auf die geschichtliche Bedeutung des Internationalen Frauentages, die Aufgabe, die er den Frauen der ganzen Welt in dieser besonderen Situation stellt, den Kampf gegen die aufmarschierende Konterrevolution, gegen die Kriegsgefahr, gegen die politische Rechtlosigkeit der Frauen, ging Genossin Wolfstein dann in einem längeren, mit größter Aufmerksamkeit angehörten Referat ein. Die Gebundenheit des siegreichen revolutionären Kampfes, wie auch jeder einzelnen Klassenaktion an die aktive Unterstützung durch die Frauenmassen wurde im Referat besonders aufgezeigt. Ist doch das Vorurteil gegen die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Anteilnahme der Frau am politischen Leben immer noch, selbst bis tief in die Kreise der klassenbewußten Arbeiter verbreitet. Eine Abstimmung im Kanton Zürich über die Zulassung eines teilweisen Frauenwahlrechts wurde mit überwältigender Mehrheit zurückgewiesen. Die proletarischen Viertel zeigten kaum eine Beteiligung bei dieser Abstimmung, während die Bürgerlichen geschlossen den Kampf für die Aufrechterhaltung der politischen Rechtlosigkeit der Frau führten.

In Winterthur, einer kleinen Industriestadt mit starker Erwerbstätigkeit der Frauen, erschienen bei der Frauentagsversammlung ca.

100 Personen, darunter in der Mehrzahl Frauen aus den Betrieben. Auch die Leitung der S.P.D.-Frauengruppe hatte sich mit einem kleinen Anhang eingefunden, offenbar in der Absicht zu diskutieren. Leider kam es trotz aller Aufforderungen nicht zu der von der Versammlung gewünschten Aussprache über revolutionäre oder reformistische Taktik in den „Frauenfragen".

Schaffhausen hatte die öffentliche Versammlung mit einem Lichtbildervortrag über das alte Rom verbunden. So richtig die Anwendung von Lichtbildern in der revolutionären Propaganda zur Unterstützung des gesprochenen Wortes auch ist, so fiel diese Darbietung doch reichlich stark aus dem Rahmen des Internationalen Frauentages heraus. Uebrigens war diese Versammlung nicht einmal besser von Frauen besucht, als die üblichen Versammlungen.

In Basel hatte man den Frauentag unter Anwendung einer mißverstandenen Einheitsfronttaktik organisiert. Die Sozialdemokratische Frauengruppe, die wußte, daß die K.P. wie in jedem der letzten Jahre, auch in diesem ihren Internationalen Frauentag veranstalten würde, hatte angefragt, ob die Frauen der Parteien nicht gemeinsam den Frauentag begehen könnten. Unsere Partei antwortete bejahend. Jedoch wurde unterlassen, für die Losungen, für die das prinzipielle Zugeständnis der S.P. zu haben war, auch die einheitliche Aktion zu verlangen. Eine Straßendemonstration gegen die politische Rechtlosigkeit, gegen die Kriegsgefahr, gegen die Abtreibungsparagraphen, wäre politisch sehr nützlich gewesen. Ein Flugblatt jedoch herauszugeben, das keine der prinzipiellen Forderungen enthält, eine große gemeinsame Propaganda-Versammlung zu organisieren, in der man zwei Referate ansetzt, das erste von der S.P., das zweite von der K.P. halten läßt, und Vereinbarungen einzugehen, daß man bei dieser Kundgebung sich nicht mit den Reformisten scharf auseinandersetzen dürfe, sind Fehler bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik, die festgestellt werden müssen, um ihrer Wiederholung vorzubeugen. Auch die kleinen Versammlungen in den einzelnen Stadtteilen, in denen eifrig über die Tagesforderungen diskutiert wurde, waren zweckmäßig und nützlich. Die S.P.-Zentralleitung in Bern suchte mit allen Mitteln ihre Baseler Organisation vor dem Zusammengehen mit den Kommunisten zurückzureißen. Es gelang ihr aber nicht.

Die öffentliche Veranstaltung hatte einen guten Besuch, insbesondere von Frauen. Für die S.P. sprach die deutsche Reichstagsabgeordnete Toni Sender, theoretisch zwar glänzend, inhaltlich aber unaufrichtig. Ueberging doch diese linke Sozialdemokratin die tatsächliche Haltung der deutschen S.P. und ließ bei den unaufgeklärten Versammlungsbesuchern eine falsche Meinung aufkommen, daß die S.P. und die Gewerkschaften in Deutschland zum revolutionären Klassenkampf rüsten. Die kommunistischen Ausführungen wurden alsdann von der Versammlung mit großem demonstrativem Beifall aufgenommen.

Der K.P.S. brachten diese Versammlungen eine Reihe von Neuaufnahmen und Presseabonnenten. Für die Opfer des weißen Terrors wurden durch Kartenverkauf und Sammlung 111 Franken aufgebracht. Die Werbewoche der Kommunistischen Partei unter den Proletarier-

innen der Schweiz für die K.P. und die soziale Revolution hat die kommunistische Bewegung sicherlich einen Schritt vorwärts gebracht.

* Rosi Wolfstein.

Jugoslawien.

Am 8. März begingen die revolutionären Arbeiterinnen von Belgrad den Internationalen Frauentag durch eine Konferenz, die wegen des weißen Terrors geheim in einer Privatwohnung abgehalten werden mußte. Genossin Syn eröffnete die Konferenz mit Ausführungen über die Bedeutung des Frauentages. Damals, als die Losung des politischen Wahlrechts des weiblichen Geschlechts die breiten Massen der Frauen elektrisierte, in großen Versammlungen zusammenballte und in gewaltigen Demonstrationen auf die Straße trieb, damals schrieb die „Gleichheit", das Organ der sozialdemokratischen Partei Serbiens, in ihrem Maiheft 1911 im Anschluß an den Bericht über die Durchführung des Internationalen Frauentages in Europa: „Diese mächtige Bewegung der Frauen beweist am besten, daß die Frauen des schaffenden Volkes fähig sind, die Wichtigkeit des Kampfes nicht nur für die Eroberung ihrer Rechte als Frauen, sondern auch aller Rechte ihrer Klasse zu begreifen. Aber nur starke Organisationen, so wie sie unsere europäischen Genossinnen geschaffen haben, werden imstande sein, solche kolossalen Demonstrationen zu veranstalten. Ihre Arbeit soll uns in Serbien als Beispiel dienen. Vor uns steht eine riesengroße Arbeit. Auf uns ruht die große und erhabene Pflicht, die Arbeiterinnen aus dem Schlummer zu wecken, sie für unsere Organisationen zu gewinnen, sie im Geiste des Sozialismus zu erziehen, aus ihnen Kämpferinnen für die sozialistischen Ideale zu machen. Nächstes Jahr, wenn unsere internationalen Genossinnen die zweite internationale Demonstration der Frauen ausführen werden, dürfen wir nicht fernbleiben. An die Arbeit, Genossinnen!"

Und in der Tat, in den nächsten Jahren blieben die Arbeiterinnen Serbiens beim Frauentag nicht aus, bis der imperialistische Krieg kam, um über die ganze Welt seine Schrecknisse und Greuel zu verbreiten. Jetzt aber sind die jugoslawischen Frauen nicht imstande, den Internationalen Frauentag zu begehen. Sie rufen heute, wie ihre russischen Genossinnen im Jahre 1911 aus: Seid gegrüßt unsere Schwestern, Arbeiterinnen und Bäuerinnen der ganzen Welt! Die Reaktion, die seit 2 Jahren in Jugoslawien heftig wütet, hat es uns unmöglich gemacht, in öffentlicher und legaler Aktion unsere Forderungen zu erheben und die unserer Schwestern in allen Ländern zu unterstützen. Aber die Gesetze der Gesellschaftsentwicklung sind stärker als die der kapitalistischen und imperialistischen Bajonette. Unzähligen Hindernissen zum Trotz sammeln und organisieren sich die proletarischen Frauenkräfte.

Nieder mit der Reaktion und dem weißen Terror! Hoch der 8. März, der internationale kommunistische Frauentag! Nieder mit dem Faschismus! Nieder mit den imperialistischen Kriegen! Hoch der internationale proletarische Friede! Nieder mit den Verrätern der Arbeiterklasse! Hoch die Einheitsfront des Proletariats!

Im Namen der revolutionären jugoslawischen Arbeiterinnen:
Genossin Syn.

*

Der Internationale Kommunistische Frauentag im Orient.

In den sowjetistischen Republiken des Orients wurde der Internationale Frauentag in diesem Jahre in größerem Umfang gefeiert als bisher. In Transkaukasien hatte die muselmanische Räterepublik Aserbeidschan die Kampagne für den 8. März mit dem größten Erfolg organisiert. An der Frauenkonferenz im Klub Ali-Bairamow zu Baku nahmen nicht weniger als 1200 Muhamedanerinnen teil. Außerdem wurde der Tag in allen Stadtteilen durch Versammlungen, Bankette und Aufführungen in türkischer und armenischer Sprache gefeiert. Die Stadt war mit roten Fahnen und Guirlanden geschmückt. Alle Geschäfte waren geschlossen, und die Zeitungen brachten viele Artikel und Berichte über die Frauenbewegung. Der Gemeinderat von Baku hatte zur Feier des 8. März 4 Milliarden gestiftet. In den großen Dörfern des Bezirks Baku fanden Versammlungen und eine Bezirksfrauenkonferenz statt, an der sich 99 delegierte Arbeiterinnen beteiligten. Am Bankett, das die Konferenz schloß, nahmen 250 Frauen teil. Die offizielle Feier des Tages für den Bezirk Guoc-Ktschai fand in der Stadt selbst statt. Am 7. März tagte dort außerdem eine Frauenkonferenz, der 70 delegierte Frauen beiwohnten. Am 8. März gab es eine Straßendemonstration von ungefähr 400 Personen, darunter 147 Muhamedanerinnen, 11 muselmanischen Schülerinnen usw. Nach der Demonstration fand im Stadttheater eine Aufführung statt. Die Feier schloß im Klub der muselmanischen Arbeiterinnen mit orientalischen Tänzen usw. Am gleichen Tage wurde ein Wollspinnereiartel (Genossenschaft) für arbeitslose Frauen eröffnet. Auch in Kasach wurde der 8. März mit großem Erfolg begangen. Der Versammlung in der schöngeschmückten Stadt wohnten 300 Muhamedanerinnen bei. Die Beteiligung an der Demonstration, Abendaufführung und den Banketten war lebhaft. In Lenkoran wurde die Konferenz von ungefähr 100 delegierten Frauen besucht, darunter 30 Muhamedanerinnen; um 12 Uhr fand ein Meeting statt, dem eine Demonstration in den Straßen folgte. Die Tagesfeier schloß mit einer Versammlung in der türkischen Moschee, wo Schülerinnen in Anwesenheit der Mullah sprachen. Der 8. März verlief fast mit demselben Erfolg in den Bezirken Schamhor, Schuscha und Schemacha.

Bemerkenswert ist, daß in der Republik Aserbeidschan der internationale Frauentag dieses Jahr zum ersten Male so populär war, daß er nicht nur die Frauen, sondern auch Männer mitriß. Alle sowjetistischen Institutionen nahmen aktiven Anteil an der Organisation der Kundgebung. Der Rat der Volkskommissare von Aserbeidschan gab an diesem Tage ein Gesetz heraus, das die Heirat der muselmanischen Mädchen unter 16 Jahren untersagt und schon lange von den Frauen verlangt worden war. Muhamedanische Arbeiterinnen und Bäuerinnen, die zu den Meetings und Demonstrationen mit verschleiertem Gesicht gekommen waren, nahmen während deren Verlauf ihre „Tschadra" herunter, und viele von ihnen zerrissen sie demonstrativ. Der Erfolg des heurigen Frauentags war die Frucht der systematischen Arbeit der Kommunistischen Partei unter den Frauen. Die muhamedanischen Frauenklubs finden immer mehr Anklang unter der Bevölkerung Aserbeidschans. Der Zentral-

klub von Baku zählt jetzt 800 weibliche muselmännische Mitglieder, die anderen Frauenklubs zusammen ungefähr 4000. Die Zahl der Arbeiterinnen- und Bäuerinnendelegierten beträgt in der ganzen Republik 958. 44 dieser Delegierten, darunter 10 Muhamedanerinnen, haben sich am 25jährigen Jubiläum der Kommunistischen Partei als Mitglieder in sie aufnehmen lassen. Die Partei eröffnete 30 Schulen für erwachsene Mädchen, die von 600 Muhamedanerinnen besucht werden. In Baku allein befinden sich unter den Organisatorinnen der Frauensektion 7 Muhamedanerinnen.

In Georgien war unser Internationaler Frauentag ebenfalls ein großer Erfolg. Die Frauenkonferenz in Tiflis zählte zu Teilnehmerinnen außer den überwiegenden Georgierinnen 70 Muhamedanerinnen, 27 Isidinnen und 7 Jüdinnen. An der Demonstration nahmen über 300 Muhamedanerinnen und mehr als 1000 Georgierinnen teil. In den Sowjets von Georgien wirken gegenwärtig 96 Frauen als gewählte Mitglieder.

Auch in Armenien wurde diesmal der 8. März mit großem Enthusiasmus gefeiert. Die Kommunistische Partei hatte während des Jahres eifrigste Propaganda unter den Frauen betrieben. Die armenische Sowjetrepublik ist ein Bauernland. Der Aufklärung und Schulung der Bäuerinnen wird die größte Bedeutung beigelegt. In den Dörfern sind gegenwärtig 314 Organisatorinnen der Kommunistischen Partei tätig. 400 Armenierinnen wurden dieses Jahr als Mitglieder in die Gemeindesowjets gewählt. Es existieren 33 Schulen für erwachsene Mädchen, ein Klub für Muhamedanerinnen und 38 Genossenschaftswerkstätten für Frauen.

In den transkaukasischen Republiken müssen jetzt unsere Parteiorgane für die kommunistische Arbeit unter den Frauen gegen deren ziemlich große Arbeitslosigkeit ankämpfen. Die Arbeitslosenunterstützung wird durch Kommissionen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Werktätigen organisiert. Diese Kommissionen sind dem Exekutivkomitee jeder Republik angegliedert und erhalten monatlich 100—300 Goldrubel. Am Frauentag wurden 1500 Goldrubel für die transkaukasische Kommission gestiftet.

In der Sowjetrepublik Turkestan wurde der Frauentag zu einem ebenso glänzenden Erfolg, wie in den transkaukasischen Staaten. Zum erstenmal nahmen an der Demonstration in Taschkent 700 Usbekinnen (Muhamedanerinnen) teil. Auch in Turkestan hat die kommunistische Arbeit unter den Frauen in diesem Jahre große Fortschritte gemacht. 47 Muhamedanerinnen sind als Mitglieder der Sowjets in Taschkent gewählt worden, drei davon sind Mitglieder des Exekutivkomitees, also der Regierung. In Turkestan bestehen gegenwärtig 20 Artels für Frauen, 5 Frauenklubs und 8 Schulen für erwachsene Mädchen. Trotz aller Bemühungen und Fortschritte hat sich jedoch die Propaganda und Organisationsarbeit der Frauenkomitees noch nicht genügend in den verstreut liegenden „Auls" (muhamedanische Dörfer) der wilden Gegenden Turkestans ausdehnen können.

Im fernen Orient wurde zum ersten Male der Internationale Frauentag in Wladiwostok, der Hauptstadt der neuen Sowjetrepublik des fernen Ostens, begangen. Die Arbeiterinnen von Wladiwostok

beteiligten sich zahlreich an den Demonstrationen, zusammen mit den Arbeitern, Matrosen und Soldaten der Roten Armee. Die Frauen der koreanischen Bevölkerung der Stadt, ungefähr 10000, wohnten der Hauptfeier, den Meetings, den Versammlungen bei. Der Ausschuß der Kommunistischen Partei für die Arbeit unter den Frauen in Wladiwostok hat einer koreanischen Genossin die Instruktions- und Propagandaarbeit unter ihren Landmänninnen in der Stadt anvertraut. In der Tageszeitung „Die Vorhut", die in ganz Korea verbreitet ist, wurde an die Frauen des Landes ein Aufruf für die Feier des 8. März veröffentlicht. Die japanische Polizei erlaubte jedoch nicht die öffentliche Feier des historischen Tages.

In Japan, wo sich die Arbeiterbewegung mehr und mehr entwickelt, wurde heuer der Versuch gemacht, den Internationalen Frauentag öffentlich zu begehen. Die Polizei jagte jedoch die Meetings auseinander, da die japanische Regierung sich der Gefahr wohlbewußt ist, die ein Erwachen der so entsetzlich ausgebeuteten Arbeiterinnen für die Reichen und ihren imperialistischen Staat mit sich bringen würde. Die japanischen Arbeiterinnen nehmen aktiven Anteil an den Streiks und treten in immer größerer Zahl den Gewerkschaften bei. Die Arbeiterinnen der Webereiund Spinnerei-Industrie von Tokio, die gewöhnlich dicht bei den Fabriken selbst in Räumlichkeiten wohnen, die den Kapitalisten gehören, konnten am 8. März ihre „Heime" nicht verlassen, um an den Meetings teilzunehmen. Die Fabrikverwaltung hielt nämlich die Türen geschlossen und hatte sogar Polizeiposten rings um die Fabriken aufgestellt. Das Meeting der Frauen in Tokio am 8. März wurde durch die Polizei in dem Augenblick gesprengt, als Genossin Kanecko, Leiterin der Sozialistischen Frauenvereinigung Japans, damit begann, die Arbeitsbedingungen der japanischen Arbeiterin und die Lage der Frau in Sowjetrußland zu erörtern. Die Polizei nahm massenhafte Verhaftungen vor. Das geschah auch an anderen Orten Japans. In einer einzigen Stadt gelang es den Arbeiterinnen, die Wachsamkeit der Polizei zu täuschen, indem sie das Meeting auf den 9. März verlegten. Die werktätigen Frauen Japans lassen sich durch die Gewalt der ausbeutenden Klasse nicht entmutigen. Den Beweis dafür gibt uns das Manifest der Sozialistischen Vereinigung japanischer Frauen zum Internationalen Frauentag. Hier ein Bruchstück dieses Manifestes:

„Schwestern! Vor uns steht eine Frage, die wir um jeden Preis beantworten müssen: Wer sind die, die uns unterdrücken, indem sie uns die gemeinsten Erniedrigungen auferlegen? Was ist die Ursache, daß Jene, die arbeiten, hungern müssen, während die Nichtstuer fett werden? Warum werden wir gehaßt und behandelt wie Tiere, wenn wir arbeiten, um unser Leben zu erhalten?

Denkt darüber nach, Schwestern, und sucht die Antwort auf diese Fragen. Wir dürfen nicht vergessen, welche Rolle die Frauen im Reich der Arbeit und in den Agrarrevolten der Vergangenheit gespielt haben. Sie haben für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen gekämpft, und wir müssen diesen Kampf fortsetzen. Man sagt uns, daß die Pflichten der Frauen anderswo liegen. Was kümmert uns das, wenn wir darben? Die Wohltätigkeitswerke und Zerstreuungen

sind etwas für die Töchter reicher Familien. Was uns angeht, das ist unsere Pflicht, die Bedingungen zu zerstören, unter denen zu arbeiten man gegenwärtig die Frauen zwingt."

Der Klassenkampf beginnt auch die japanischen Arbeiterinnen zu erfassen und in Reih und Glied dem kämpfenden Weltproletariat einzubeziehen.

In China fiel der Frauentag mit der Erdrosselung des Eisenbahnerstreiks durch die Regierung und mit der Verhaftung der revolutionären Studenten zusammen. Nur in Shanghai versuchten die Sozialistische und die Kommunistische Gruppe der Studentinnen eine Versammlung zusammen mit den Arbeiterinnen als Internationalen Frauentag zu organisieren. So wenig das scheint, es ist ein Symptom einer großen geschichtlichen Erscheinung: des Erwachens der Frauen des Orients. Es wird dazu beitragen, die alte Welt der Ausbeutung und Versklavung der Vielen durch Wenige zu verändern und zu vernichten und eine neue Welt zu schaffen, die des Kommunismus. E. Arbore-Ralli.

Der versprochene Bericht aus Sowjetrußland ist leider bis zur Stunde der Drucklegung noch nicht eingetroffen. Wir veröffentlichen ihn im nächsten Heft. D. R.

Gruß der jugoslavischen Kommunistinnen an das Frauensekretariat der Kommunistischen Internationale.

„Die Arbeiterinnen Jugoslaviens waren durch die Reaktion und den weißen Terror, der schon seit 2 Jahren im Lande wütet, verhindert, durch öffentliche Versammlungen und Konferenzen den 8. März, den Internationalen Tag der arbeitenden Frauen zu feiern. Sie haben aber an diesem Tag auf einer engeren Konferenz einen Ausschuß der arbeitenden Frauen Jugoslaviens geschaffen, der dem Frauensekretariat der Kommunistischen Internationale seine warmen, kameradschaftlichen Grüße entbietet.

Wir wollen alle unsere Kräfte für den Befreiungskampf der arbeitenden Klasse, für die Verwirklichung unserer Ideale einsetzen! Nieder mit der Reaktion, dem Faszismus! Nieder mit den imperialistischen Kriegen! Es lebe die Einheitsfront desProletariats! Hoch der Weltfriede!

Belgrad, 8. März 1923.

Aus der Frauenbewegung nichtkommunistischer sozialistischer Parteien und proletarischer Organisationen.

Frauentagsversammlungen der reformistischen Sozialdemokratie in Berlin

sind in diesem Jahre zu verzeichnen. Nicht bloß als Kuriosum, sondern auch als Quittung darüber, daß die glücklich wieder versöhnten Verwandten der Sozialpatrioten und Sozialpazifisten die kommunistischen Frauentagsveranstaltungen zu fürchten beginnen. Als „Konkurrenz" gegen sie waren die reformistischen Versammlungen offenbar gedacht, sie sollten den Zustrom der Berliner Proletarierinnen zu unseren Veranstaltungen verhindern. Es ist bezeichnend dafür, daß diese „Kund-

gebungen für den Frieden" auf den 2. März einberufen wurden, also wenige Tage vor der kommunistischen Frauentagswoche. Ihre Tagesordnung lautete: „Frauentag und Ruhrbesetzung." Die Einladung dazu war pazifistischen Geistes voll, das heilige Feuer revolutionären Kampfeswillens glühte nicht in ihnen. Nach den vorliegenden Berichten waren die reformistischen Frauentagsversammlungen sehr gut besucht. Nach Gehalt und Stimmung scheinen sie sich in nichts über das Durchschnittsniveau reformistischer Veranstaltungen erhoben zu haben. Es war der Geist der tausend Aengste und Beklemmungen vor dem Kampf, der Geist des Ausweichens vor dem Kampf, der sie beherrschte. In der Vorkriegszeit stellte die sozialdemokratische Frauenbewegung dem linken Flügel der Sozialdemokratie zuverlässige Kerntruppen. Heute ist sie eine Stütze des zahmsten Reformismus. Der „Vorwärts" schließt seinen Bericht über die Versammlungen mit Worten, die für jede Spießerzusammenkunft gelten könnten: „Durch die Gesangvereine, die Darbietungen der Arbeiterjugend und der Kindergruppen wurde den Parteigenossen manche Freude bereitet, und die Gäste sahen, daß in unserer Partei auch auf außenpolitischem Gebiet manches Beachtenswerte geleistet wird." Es genügt, diese sinnige-minnige Charakterisierung aufzubewahren, es wäre allzu grausam und billig, sie zu kommentieren.

Aus der bürgerlichen Frauenbewegung.

Die revolutionären Irländerinnen im Hungerstreik.

Bekanntlich haben die Irländerinnen von Anfang an leidenschaftlichen Anteil an der revolutionären nationalen Bewegung genommen, die für die „grüne Insel" volle Unabhängigkeit von England, volle nationale Selbständigkeit fordert und erkämpfen will. In diesem nationalen Freiheitskampf stehen bürgerliche und proletarische Frauen Seite an Seite. Das erklärt sich nicht nur aus den allgemeinen geschichtlichen Umständen, die den festen Boden der nationalen Freiheitsbewegung in Irland bilden, sondern auch daraus, daß sich starke soziale, proletarische Momente mit dieser Freiheitsbewegung verschlingen. Nicht wenige der irischen „Nationalisten", Männer und Frauen, treten für eine „Arbeiterrepublik" ein.

Die englische Regierung wähnte, durch ein Kompromiß — die Einsetzung eines irischen Parlaments und andere Maßnahmen der „Demokratie" — den irischen Unabhängigkeitsbestrebungen das Rückgrat gebrochen zu haben. Jedoch der Kampf für die vollständige Lostrennung Irlands von England ging ungeschwächt weiter. Er verschärfte sich mehr und mehr, als die politischen Kommis der englischen Bourgeoisie wieder zu härtesten Unterdrückungspraktiken ihre Zuflucht nahmen. Die Minister, Politiker und andere „Leuchten" des öffentlichen Lebens in England, die für die weitestgehende politische Meinungsfreiheit schwärmen, für grenzenlose Milde und Humanität gegen Feinde, für alle Tugenden christlicher Sanftmut und Friedensliebe — wenn es sich um andere Staaten als um das „großbritannische Imperium" handelt —, fanden es gerecht, duldsam und gottselig, so viel als möglich der revolutionären

Irländer aufhängen, erschießen und in den Kerkern verhungern zu lassen. Die Scheußlichkeiten des englischen Ordnungswütens riefen stärksten Widerstand hervor, unter anderem auch im April Hungerdemonstrationen von Frauen.

Wie viele bekannte Nationalisten, so waren auch sechs Führerinnen der republikanischen Bewegung verhaftet worden. Sie standen wochenlang im Hungerstreik. Daraufhin erschienen große Gruppen republikanisch gesinnter Proletarierinnen vor dem Gefängnis Kilmainham und erklärten, den Platz nicht eher räumen und ihrerseits in den Hungerstreik treten zu wollen, wenn die sechs Führerinnen nicht freigelassen würden. Auch die sehr angesehene Führerin der englischen Frauenrechtlerinnen, Frau Despard, Schwester des Generals French, erschien vor dem Gefängnis, um durch Hungerstreik gegen die englische Gewaltpolitik zu demonstrieren. Zu den Verhafteten gehören tapfere revolutionäre Frauen. So Miß Ryan, eine Schwägerin des Kriegsministers, die infolge des Hungerstreiks dem Tode nahe war. So Miß Mac Swiney, die Schwester des Bürgermeisters von Cook, der für seine nationalistische Ueberzeugung den freiwilligen Hungertod im Gefängnis starb. So Frau O'Callaghan, die Witwe eines von den Engländern ermordeten republikanischen Führers. Außer den Führerinnen, so hieß es, befanden sich gegen 150 Republikanerinnen im Gefängnis. Ihre Freilassung wurde natürlich ebenfalls gefordert. Die demonstrierenden Frauen beschlossen, nötigenfalls für die Befreiung der Eingekerkerten zu kämpfen. Die Zeitungen brachten Gerüchte, daß auch sie hinter Schloß und Riegel gesetzt worden seien, ehe daß sie ihren Beschluß in die Tat umsetzen konnten. Hunderte und Hunderte irischer Republikanerinnen schmachten hinter Kerkermauern. Der Kampf für Irlands nationale Existenz wirft immer höhere Wellen. Wie lange noch, und Englands ausbeutungsgierige Herrschaft über „Irin' die Niobe der Nationen", wird gewesen sein.

Die faszistische Frauenbewegung Italiens.

Organisierte, aktive Faszistinnen in Italien, das ist die neueste Blüte am Baum der bürgerlichen Frauenbewegung. Die ersten faszistischen Frauengruppen tauchten auf, als der Faszismus den Höhepunkt seiner Macht erreichte, im Sommer und Herbst 1922. Diese Gruppen bestanden zuerst aus Studentinnen, aber bald schlossen sich ihnen auch Beamtinnen, kaufmännische Angestellte, Frauen und Töchter von Kaufleuten, Kleinbürgerinnen aller Art und Kleinbäuerinnen an. Die meisten dieser organisierten Faszistinnen hatten vor dem Krieg und noch 1919 für den Weltfrieden geschwärmt und hatten pazifistisch jeder Gewalt geflucht. Jetzt erschienen sie in „schwarzen Hemden", den Revolver an der Seite, und die Waffe war ihnen nicht etwa bloß „Schmuckstück". Das Auftreten der faszistischen Frauengruppen weckte unter den Kleinbürgerinnen etc. große Begeisterung, die faszistischen Reihen wurden durch viele weibliche Mitglieder verstärkt. Die Faszistinnen erwarben schon nach kurzer Zeit den sogenannten „Glorienschein" als Kämpferinnen. Sie zerstörten Volkshäuser, die Redaktionen proletarischer Zeitungen,

kurz, erwiesen sich als aktive Terroristinnen. Eine ihrer „Heldentaten" sei berichtet. Die Faszisten von Pisa hatten beschlossen, die „Nation" von dem in ganz Italien bekannten und angesehenen kommunistischen Lehrer Cammeo „zu befreien". Nach diesem Beschluß begaben sich einige „Schwarzhemdlerinnen" nach der Schule, in der Genosse Cammeo den Kindern Unterricht erteilte. Sie ließen ihn durch den Schuldiener herausrufen. Nichts ahnend trat der „Gerichtete" den „Damen" lächelnd entgegen. Er wurde sofort von einer Kugel tot zu Boden gestreckt.

Ungefähr 10000 Frauen gehören faszistischen Organisationen an, obgleich der Faszismus sich programmatisch zu keiner einzigen der Forderungen bekennt, die sehr viele dieser Frauen früher erhoben haben. Als sie zu dem Faszismus stießen, waren sie politisch keine unbeschriebenen Blätter. Vor dem Krieg und namentlich in den Jahren 1919 und 1920 standen die meisten der heutigen Faszistinnen im Lager des bürgerlichen Pazifismus und gehörten kleinbürgerlichen politischen Parteien und Organisationen an. Der Kommunistischen Partei standen sie fern, denn sie lehnten den „Radikalismus" ab und begeisterten sich für den „goldenen Mittelweg". Die „Volkspartei", eine christlichsoziale Partei, zählte sehr viele der politisch erwachenden Kleinbürgerinnen als Mitglieder. Diese Partei trat für Frauenforderungen ein. Sie agitierte sehr rührig für das Frauenwahlrecht, arbeitete Gesetzentwürfe aus über den Arbeiterinnenschutz, das Recht des unehelichen Kindes etc.

Die Frage drängt sich auf: Wie kommt es, daß die Tausende pazifistisch, reformistisch gesinnter Frauen sich für eine Bewegung und Partei begeisterten, die sich programmatisch zur Gewalt als Prinzip bekennt? Der völlige Umschwung in der Einstellung der Frauen erklärt sich dadurch, daß die kleinbürgerlichen Parteien im Verlauf der drei Jahre seit 1919 vollständig Bankerott gemacht und alles Vertrauen beim Kleinbürgertum verloren haben. Sie haben nicht eine einzige ihrer Versprechungen gehalten. Die klein- und mittelbürgerlichen Frauen fanden so wenig wie ihre Klassengenossen den Weg zum Kommunismus. Mit ihnen begannen sie im Faszismus das Heil zu erblicken, wie sie hofften, sie durch ihre terroristischen Greuel die revolutionäre Bewegung des Proletariats vernichtet, die „Nation" gerettet zu haben.

Man braucht nicht Prophet zu sein in Israel, um vorauszusagen, daß der Faszismus die kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Frauen ebenso bitter enttäuschen wird, wie der Pazifismus, der Reformismus und die Demokratie der kleinbürgerlichen Parteien sie enttäuscht hat. Mussolini verweigert den Frauen das politische Wahlrecht, das er anfangs für sie gefordert hatte. Er gesteht ihnen nur das Wahlrecht zu den Gemeinde- und Provinzialräten zu, also zu verwaltenden Körperschaften. Und auch das nicht einmal allen Frauen, sondern nur den Damen, die einen bestimmten Bildungsgrad nachweisen können, bestimmte Steuern zahlen oder Gatten haben, die solche Steuern entrichten, schließlich erhalten noch die sogenannten „kriegsdekorierten" Frauen das vorgesehene Wahlrecht. Der regierende Faszismus hat viele Staatsbeamtinnen und andere öffentliche Beamtinnen entlassen, ohne daß sie Aussicht haben, anderwärts eine Berufstätigkeit und Brot zu finden. Tausende und Tausende Frauen und Töchter von Beamten und Angestellten in staat-

lichen und öffentlichen Stellungen und Betrieben werden schwerer Not preisgegeben, weil die Familienväter „aus Sparsamkeitsgründen" auf die Straße gesetzt worden sind. Die Aufhebung des Mieterschutzes durch Mussolini hat durch ungeheure Steigerung des Hauszinses die Frauen sehr hart getroffen. Erhöhte und neue indirekte Steuern verteuern die Kosten des Lebensunterhalts, die so wie so schon sehr hohe sind. Die Kleinbauern werden durch eine neue Berechnung des Einkommens von Grund und Boden mit einer stärkeren Steuerlast bebürdet. Kurz, der Faszismus tut sein Möglichstes, um die Kleinbürgerinnen und Kleinbäuerinnen zu ernüchtern. Er hat eine einzige Maßnahme ergriffen, die die Frauen unmittelbar angeht. Prostituierte fremder Abstammung sollen nach einem Rundschreiben Mussolinis an die Präfekten aus Italien ausgewiesen werden. Den Italienerinnen allein der Prostitutionsmarkt! Diese „nationale" Verfügung dürfte den Faszistinnen doch zu wenig sein, um sie für vorenthaltenes Recht, entrissenes Brot, vermehrte Sorgen zu entschädigen. Die Zeit wird kommen, wo die meisten Frauen, die 1919 Pazifistinnen und 1922 „Schwarzhemden" waren, die Fahnen des Faszismus verlassen. Die Not des Leibes und der Seele wird viele dieser Frauen dazu treiben, im Kommunismus den Weg in eine helle, kulturwürdige Zukunft zu suchen. Die Kommunistische Partei Italiens hat nichts zu unterlassen, um ihnen das Finden dieses Weges zu erleichtern.

Resolutionen der Internationalen Arbeiterkonferenz zu Frankfurt a. M.

1. Der räuberische Ueberfall des französischen Imperialismus auf das Ruhrgebiet und die Gefahr eines neuen Krieges.

Die in Frankfurt tagende Internationale Konferenz, die auf Initiative der rheinisch-westfälischen Betriebsräte einberufen wurde, und die beschickt ist von Delegierten der wichtigsten europäischen Länder und die vereinigt Arbeiter der verschiedenen Richtungen: Sozialdemokraten, Unabhängige, Syndikalisten, Kommunisten und revolutionäre Gewerkschaftler, beschließt auf Grund der durch die Ruhrbesetzung geschaffenen Lage:

1. Der Kampf gegen die Okkupation muß national und international, besonders in Deutschland, Frankreich und Belgien, in gesteigertem Maße fortgeführt werden. Die Losung in diesem Kampfe ist: Hinaus aus den okkupierten Gebieten!

2. Für die Beseitigung der internationalen Raubverträge und vor allem gegen den Vertrag von Versailles muß der Kampf mit aller Kraft in allen Ländern organisiert und durchgeführt werden.

3. Zur Durchführung dieses Kampfes ist eine planmäßige Agitationsarbeit in der Armee im allgemeinen und unter den Truppen im besetzten Gebiet im besonderen zu führen. Die Aufklärungsarbeit unter den weißen und farbigen Soldaten ist die wichtigste Aufgabe der nächsten Periode.

4. Unter der Arbeiterschaft und den Truppen im besetzten Gebiet ist eine systematische Arbeit zur Verbrüderung dieser von den

feindlichen Bourgeoisien aufeinander gehetzten Arbeitssklaven zu organisieren. Den französischen, belgischen und englischen Soldaten muß durch die Tat bewiesen werden, daß die deutschen Arbeiter den herrschenden Klassen in Deutschland und Frankreich gleicherweise unversöhnlich gegenüber stehen.

5. Der notwendige Aufbau der zerstörten Gebiete ist auf Kosten der herrschenden Klassen aller Länder unter Kontrolle der proletarischen Organisationen vorzunehmen, bis der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete durch den allgemeinen sozialistischen Aufbau gelöst wird.

6. Die Arbeit unter der Jugend, unter den Frauen und den ehemaligen Kriegsteilnehmern und Kriegsopfern muß in verstärktem Maße in allen Ländern aufgenommen werden. Die revolutionären Jugendorganisationen und internationalen Kriegsteilnehmerorganisationen, die schon ihren Kampf erfolgreich begonnen haben, müssen, wie die revolutionären Frauen, noch mehr zum aktiven Kampf des Gesamtproletariats gegen Krieg, Imperialismus und Faszismus herangezogen werden.

7. Aus allen Ländern, besonders aus Frankreich, Belgien und England, müssen Reisen von Vertretern aus den Betrieben und Gewerkschaften nach dem Ruhrgebiet organisiert werden, damit diese Vertreter mit der Lage der Arbeiter im besetzten Gebiet bekannt werden, die unter dem Doppeljoch ihrer eigenen und der fremden Ausbeuter schmachten.

8. Es müssen deutsch-französisch-russische Brüderschaften der Arbeiter der wichtigsten Industriegruppen, vor allem der Eisenbahner, Berg- und Metallarbeiter, gebildet werden. Aufgabe dieser Brüderschaften ist es, gemeinsame Solidaritätsaktionen vorzubereiten und durchzuführen und mitzuhelfen, die vom Aktionskomitee organisierten internationalen Aktionen den entsprechenden Umständen gemäß zu koordinieren.

9. International und national müssen Kontrollausschüsse aus den Arbeitern jener Industriezweige gebildet werden, die für den Transport und die Herstellung der Kriegsmittel verwendet werden (Arbeiter der Rüstungsbetriebe, Luftfahrzeugwerke, Chemischen Fabriken, Bergbau, Seeleute, Eisenbahner und Transportarbeiter). Diese Kontrollausschüsse müssen in erster Linie an den Grenzen, in den Eisenbahnknotenpunkten und den wichtigsten Häfen geschaffen werden.

10. Spezialkonferenzen von Vertretern der Betriebsräte und Gewerkschaften aus Deutschland, Frankreich, Belgien und den besetzten Gebieten, besonders aus Paris, Brüssel und Rheinland-Westfalen, sowie Berlin müssen sofort organisiert werden zur Erörterung aller Fragen, die mit der Lage der Arbeiterklasse im besetzten Gebiet verbunden sind, um über die zweckmäßigsten, gemeinsamen Kampfmaßnahmen zu beraten.

11. Vom 15 bis 22. April muß in allen Ländern eine internationale Protestwoche gegen die Besetzung des Ruhrgebietes durchgeführt werden. Diese Manifestationen und Demonstrationen müssen ausgeweitet werden zu machtvollen Kundgebungen gegen den Versailler Raubvertrag, gegen die Kriegsgefahr und gegen den Faszismus. Zu diesen

Kundgebungen sind die Arbeiterorganisationen aller Richtungen und hauptsächlich die breiten parteilosen Massen der Arbeiterklasse heranzuziehen.

12. Während dieser Woche muß in den Parlamenten aller Länder und der Gemeinden die außerparlamentarische Kampagne gegen die Kriegsgefahr und Ruhrbesetzung unterstützt werden.

13. In dieser internationalen Protestwoche muß überall gegen die Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie der Kampf aufgenommen werden. Die Schaffung der proletarischen Einheitsfront und die Organisierung eines internationalen Streikes im Falle diplomatischer und kriegerischer Verwicklungen kann nur siegreich durchgeführt werden durch ständigen, zähen und unerbittlichen Kampf gegen all die verschiedenen Maßnahmen der Kapitalsoffensive.

14. Die Internationale Konferenz wählt aus ihrer Mitte Delegationen, die mit der Amsterdamer und 2. Internationale, der Wiener Arbeitsgemeinschaft, sowie den Organisationen der Arbeiter der verschiedenen Länder über die Vorbereitung und Durchführung dieser Protestwoche und die Bildung der proletarischen Einheitsfront zum Kampf gegen Faszismus, Kriegsgefahr und Versailler Friedensvertrag verhandeln. Diese Delegationen werden aus Anhängern der verschiedenen, auf der Konferenz vertretenen Richtungen zusammengesetzt.

15. Die Konferenz wählt ein 21gliedriges internationales Aktionskomitee aus Vertretern aller auf der Konferenz anwesenden politischen und wirtschaftlichen Organisationen. Schließen sich nach der Konferenz noch nicht vertretene politische oder gewerkschaftliche Organisationen der internationalen Kampffront an, so können dieselben Vertreter in dieses internationale Aktionskommitee entsenden.

16. Das internationale Aktionskommitee wird in seiner Eigenschaft als außerparteiliches Organ beauftragt, kameradschaftliche Beziehungen mit den Arbeiterorganisationen aller Richtungen anzuknüpfen und aufrecht zu erhalten. Wo sich die Spitzen der nationalen und internationalen Organisationen weigern, mit dem Komitee zusammen zu arbeiten, wird dieses beauftragt, sich über die Köpfe der Führer unmittelbar an die Massen, die Betriebe, die Betriebsräte und die örtlichen Organisationen zu wenden.

17. Das internationale Aktionskommitee hat die Aufgabe, alle politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Werktätigen zum Kampf gegen den internationalen Imperialismus zusammen zu fassen. Zu diesem Zweck soll das internationale Aktionskommitee mit allen Arbeiterorganisationen über die Einberufung eines internationalen Arbeiterweltkongresses zum Kampf gegen Krieg, Imperialismus und Faszismus verhandeln.

18. Die Konferenz beauftragt das internationale Aktionskomitee, einen Kampffonds zur Aufbringung der Mittel für die Errichtung der internationalen einheitlichen Kampffront zu schaffen. Alle Arbeiter sind beauftragt, Sammlungen für diesen Kampffonds zu organisieren und die gesammelten Beiträge an das internationale Aktionskomitee abzuliefern.

Da die Besetzung des Ruhrgebietes eine Folge der französisch-deutsch-englischen Konflikte um die Hegemonie ist, so haben die

revolutionären Arbeiter dieser Länder neben den allgemeinen Aufgaben und Pflichten noch eine Reihe von besonderen Aufgaben zu erfüllen.

In Frankreich, wo die Kommunistische Partei und die Unitaristische Arbeits-Konföderation bisher einen heftigen Kampf gegen die imperialistischen Gelüste ihrer Bourgeoisie führten, muß dieser Kampf verstärkt und auf ein höheres Niveau gebracht werden. „Nieder mit dem Versailler Friedensvertrag!", „Hinaus aus Deutschland!" — das müssen die Kampfparolen in allen Versammlungen der breiten Massen sein. Von der Agitation und Propaganda muß zu öffentlichen Manifestationen und Demonstrationen übergegangen werden mit folgenden Zielen:

Kampf gegen die Teuerung; gegen die Lohnsteuer; gegen die Ausbeutung der Kolonien und für ihre Emanzipation; gegen die Verwendung der Armee und der farbigen Truppen insbesondere bei den sozialen Konflikten zwischen Kapital und Arbeit; für die Auferlegung aller Steuerlasten auf die Besitzenden; für die Beseitigung der permanenten Armeen; für die freie Meinungsäußerung der Beamten; für die Bewaffnung des Proletariats.

Die Taktik der Einheitsfront, die in Frankreich bereits gute Resultate zeitigte, muß fortgeführt werden, sowohl von der politischen Partei, als auch von den revolutionären Gewerkschaften. Da in Frankreich die Betriebsräte erst in der Bildung begriffen sind, ist es notwendig, mit einer Kampagne zur Einberufung von Kongressen aus den Vertretern aller Fabriken und Betriebe, zuerst nach Bezirken und später im nationalen Maßstabe, zu beginnen, um die Fragen der Einheit der Gewerkschaften und der Kriegsgefahr zu besprechen.

In Deutschland ist die Aufgabe der revolutionären Arbeiterklasse, den Kampf gegen zwei Fronten zu führen. Das nächste Ziel ist:

Hinauswurf Poincarés mit Hilfe der internationalen Aktion der Arbeiterklasse.

Im Gegensatz zu 1914 tritt heute die Arbeiterklasse als einzige Kraft auf, um den äußeren Feind zu schlagen und den Konflikt im proletarischen Interesse zu lösen. Sie vertritt dabei zugleich das Interesse der breitesten nichtproletarischen Volksmassen. Während die Bourgeoisie durch ihre Bereitschaft zur Verständigung und gemeinsamen Ausbeutung der Werktätigen mit der französischen Bourgeoisie die Abwehr der Ruhrbesetzung lähmt und zerbricht, sammelt und organisiert die Arbeiterklasse die revolutionären Kampfkaders gegen den französischen Imperialismus.

Der Kampf gegen den Entente-Imperialismus kann nur als revolutionärer Kampf siegreich geführt werden.

Um die imperialistischen Pläne der französischen Machthaber zunichte zu machen, um die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse in stärkstem Maße zu schaffen, ist die Entfesselung des Massenkampfes

zum Sturz der Cuno-Regierung und Bildung einer revolutionären Arbeiter-Regierung

erforderlich. Während die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer die Interessen der Arbeiterklasse denen der Bourgeoisie unterordnen, während sie die Cuno-Regierung mit allen Mitteln stützen,

muß es Aufgabe der revolutionären Arbeiter sein, die Kräfte der Arbeiterklasse, besonders auch außerhalb des Ruhrgebietes, für den Kampf gegen die Regierung Cuno zusammenzufassen.

Das kann nur geschehen, indem überall dem wirtschaftlichen Druck, dem Bestreben die Löhne zu drücken, die Arbeitszeit zu verlängern, den von der Schwerindustrie bezahlten faszistischen Mörderbanden die einige revolutionäre proletarische Kampffront entgegengestellt wird. Die Arbeit der Betriebsräte und Kontrollausschüsse zur Herabsetzung der Preise und Erkämpfung der Produktionskontrolle, sowie die Bildung von proletarischen Hundertschaften zur Abwehr der faszistischen Reaktion muß in verstärktem Maße fortgesetzt werden.

Gegenüber der Steuerdrückerei der besitzenden Klasse muß der Kampf um die Sachwerterfassung durch eine Arbeiterregierung von den breitesten Massen begonnen werden. Die Arbeiterschaft lehnt es ab, die Kosten aufzubringen für den Scheinabwehrkampf, den die deutsche Bourgeoisie führt, um sich mit der französischen zu verständigen. Sie kämpft für die Abwälzung der Lasten eines wirklichen Abwehrkampfes von den Schultern der Arbeiterklasse auf die der Bourgeoisie, wie für die des Zusammenbruches der gesamten kapitalistischen Wiederaufbaupolitik mit allen Kräften.

Die revolutionäre Arbeiterschaft Deutschlands wiedersetzt sich jedem neuen kapitalistischen Kriege; sie wird zehnmal lieber die aus der deutschen Arbeiterklasse erpreßten Reichtümer der deutschen Bourgeoisie dem blutrünstigen französischen Imperialismus in den Rachen werfen, um eine Atempause für den Aufbau der proletarischen Macht zu gewinnen, statt die Leiber des deutschen Proletariats für einen kapitalistischen Krieg zu opfern. Wenn dieser Versuch, den Frieden zu erhalten, an der Ländergier des französischen Imperialismus gescheitert sein soll, wenn trotz der starken Unterstützung und Begeisterung, die eine revolutionäre Arbeiterregierung in Deutschland international hervorrufen wird, der dann geschwächte Entente-Imperialismus seinen Angriff auf die deutsche Arbeiterregierung nicht aufgeben sollte, wird ein revolutionärer Verteidigungskrieg der deutschen und russischen Roten Armee im Bunde mit der revolutionären Aktion der Arbeiterklasse in den Ententeländern auch diesen konterrevolutionären Imperialismus besiegen können.

Die revolutionären Arbeiter Grossbritanniens haben die Aufgabe, die britische Arbeiterpartei und die Gewerkschaften für eine entschiedene Aktion gegen die Okkupation in Deutschland und gegen die Gefahren eines neuen Krieges zu gewinnen. In der Presse, in den Parlamenten, in den Gemeinden und in der breitesten Oeffentlichkeit muß eine breite Kampagne geführt werden, die die englische Arbeiterschaft über die Lage im Ruhrgebiet, wie über die Räuberpolitik der englischen Bourgeoisie in Irland, im Nahen und Fernen Osten, speziell in der Türkei, Indien und Aegypten, aufklärt und zum Kampf gegen diese Politik der herrschenden Klasse zu sammeln imstande ist.

Es ist notwendig, daß das revolutionäre Proletariat in der Armee und Flotte eine breite Propaganda gegen die Bourgeoispolitik und für den proletarischen Klassenkampf führt.

Die Massenarbeitslosigkeit, die Offensive des Kapitals in England, die Versuche, die Arbeitszeit zu verlängern, die Löhne herabzudrücken, die Steuern der Arbeiterschaft aufzubürden und die Wohnungsnot müssen zum Gegenstand einer breiten Propaganda für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront gegen die bürgerliche Klassenherrschaft, gegen die bürgerliche Reaktion gemacht werden.

In Italien, wo das faszistische Bacchanal fortdauert, daß die arbeitenden Massen dieses Landes in den gegenwärtigen Zustand der Versklavung versetzt hat, um sie leichter in neue Kriege zu stürzen, ist die dringendste Aufgabe zunächst die Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte des Landes, ferner die Wiederherstellung der proletarischen Massenorganisationen und die Konzentration des werktätigen Volkes in Stadt und Land, ohne Unterschied der Parteirichtungen.

Es muß gekämpft werden um die Versammlungs-, Presse- und Organisationsfreiheit wieder zu erobern, um die Befreiung der politischen Gefangenen zu erzwingen, um den Arbeitern Wohnungen ohne Erhöhung der Mietpreise zu sichern, gegen die Herabsetzung der Löhne, gegen die willkürliche Entlassung der Arbeiter und Beamten aus politischen Gründen und um alle Steuerlasten der Bourgeoisie aufzuerlegen, sowie um die Innehaltung der Pachtverträge der Pächter und um die volle Durchführung des Achtstundentages zu sichern.

Eine legale, halblegale und illegale Tätigkeit muß kräftig in der Armee und den faszistischen Organisationen geführt werden.

Diese Arbeit der Organisation, der Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte im Kampf zur Verteidigung der Lebensinteressen der arbeitenden Massen wird, gestützt auf die Solidarität des internationalen Proletariats, die nötige Macht schaffen für den Sturz des faszistischen Regimes.

In der Tschechoslowakei, in Polen, Rumänien und Jugoslawien, deren Regierungen sich unmittelbar unter dem Einfluss des französischen Imperialismus befinden, und die Frankreich in einen Korridor verwandeln will, durch den es direkt bis an die Grenzen Sowjetrußlands gelangt und das deutsche Gebiet auseinanderreißt, hat sich im Moment internationaler Verwicklung und eines drohenden Krieges die ganze Agitation und Propaganda unter den Massen um die Parole zu konzentrieren: „Nieder mit der französischen Börse und ihren Lakaien!", Nieder mit all jenen, die das Blut der Arbeiter für französisches Gold herzugeben versprechen!" In diesen Ländern, die Sowjetrußland am nächsten gelegen sind, muß besonders kräftig unterstrichen werden, daß die Werktätigen dieser Staaten im Falle neuer kriegerischer Zusammenstöße auf der Seite Sowjetrußlands stehen werden. Die Arbeit der revolutionären Organisationen dieser Länder muß in engstem Kontakt mit den revolutionären Arbeitern Frankreichs und Deutschlands geführt werden. Die Agitation und Propaganda muß aufs engste verbunden werden mit der Propaganda und Aktion gegen Arbeitslosigkeit, Teuerung, Steuerdruck, politische Unterdrückung usw.

Die russische Arbeiterschaft, die in der Zeit der Ruhrkrise die nternationale Solidarität durch große Demonstrationskundgebungen, Geldsammlungen und Getreidelieferungen praktisch bekundet hat, wird

die deutsche und französische Arbeiterschaft in allen Kämpfen gegen ihre Ausbeuter entschieden unterstützen. Die revolutionären Arbeiterregierungen werden bei der russischen Arbeiterschaft rückhaltlose Unterstützung finden und die Bereitschaft, eine Kampfgemeinschaft zu schließen, um die Herrschaft der Arbeiterklasse mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen und zu sichern. Das Bündnis der russischen Sowjetmacht mit den siegreichen Arbeiterregierungen Westeuropas wird die Herrschaft der Arbeiterklasse unüberwindlich machen.

* * *

II. Der Kampf gegen den Faszismus.

Der Arbeiterklasse fällt auch die Aufgabe zu, den Kampf gegen den siegreichen Faszismus in Italien und den sich organisierenden Faszismus in der ganzen Welt aufzunehmen. Sie muß den Faszismus politisch überwinden und sich zum erfolgreichen Selbstschutz gegen seine Gewalttaten organisieren. Zu diesem Zweck muß folgendes geschehen:

1. In allen Ländern muß durch die Arbeiterparteien und -organisationen jeder Richtung ein besonderer Organismus zur Leitung des Kampfes gegen den Faszismus geschaffen werden. Die Aufgaben dieses Organes sind:

a) Sammlung der Tatsachen der faszistischen Bewegung im eigenen Lande;
b) systematische Aufklärung der Arbeiterklasse über den klassenfeindlichen Charakter der faszistischen Bewegung durch Zeitungsartikel, Broschüren, Plakate, Versammlungen usw.;
c) Organisierung des Abwehrkampfes der Arbeiterschaft durch Gründung von Hundertschaften und ihre Bewaffnung. Organisierung von Arbeiterkontrollausschüssen zur Verhinderung des Transportes faszistischer Banden und der Waffen für sie. Schonungslose Niederschlagung aller faszistischen Versuche, die Arbeiter zu terrorisieren und die Aeußerungen ihres Klassenlebens zu verhindern;
d) Heranziehung der Arbeiter ohne Unterschied der Richtung zu diesem Kampfe. Aufforderung an alle Arbeiterparteien, Gewerkschaften und überhaupt an alle proletarischen Massenorganisationen zur gemeinsamen Abwehr des Faszismus;
e) Kampf gegen den Faszismus in den Parlamenten und allen öffentlichen Körperschaften;
f) besondere Aufmerksamkeit soll der antifaszistischen Aufklärung unter der arbeitenden Jugend, in deren Reihen die Faszisten in erster Linie ihre Anhänger werben, gewidmet werden. Die revolutionären Jugendorganisationen sollen aktiv an der Tätigkeit der gesamtproletarischen Abwehrorganisationen teilnehmen.

2. Die Organisierung der faszistischen Kräfte vollzieht sich international. Es ist daher notwendig, auch den Kampf der Arbeiterschaft gegen den Faszismus international zu organisieren. Zu diesem Zweck muß ein internationales Arbeiterkomitee geschaffen werden. Aufgabe dieses internationalen Komitees ist außer dem Austausch der Erfahrungen

die Organisierung des internationalen Kampfes, in erster Linie gegen den italienischen Faszismus. Für den Kampf kommen in Betracht:

a) eine internationale Aufklärungskampagne durch Zeitungen, Broschüren, Bilder, Massenversammlungen über den absolut arbeiterfeindlichen Charakter der italienischen Faszistenherrschaft und über die systematische Zerstörung aller Arbeiterorganisationen und Institutionen durch den Faszismus;
b) Organisierung von internationalen Massenversammlungen und Demonstrationen gegen den Faszismus, gegen die Vertreter des faszistischen italienischen Staates im Ausland usw.;
c) Ausnutzung der Parlamente, Aufforderung an die Parlamente, besonders an die Arbeiterfraktionen in den Parlamenten, sowie an die internationalen Arbeiterorganisationen, Kommissionen zur Untersuchung der Lage der Arbeiterklasse nach Italien zu entsenden;
d) Kampf für die sofortige Befreiung aller verhafteten revolutionären proletarischen Kämpfer;
e) materielle und moralische Unterstützung der verfolgten Arbeiterschaft Italiens durch Geldsammlungen, Unterbringung der Flüchtlinge, Unterstützung ihrer Arbeit im Ausland usw. Die internationale Rote Hilfe muß zu diesem Zweck entsprechend ausgebaut werden. Die Arbeitergenossenschaften sind zur Hilfeleistung heranzuziehen;
f) das internationale Aktionskomitee wird beauftragt, alle Möglichkeiten eines moralischen, politischen und materiellen Boykotts der faszistischen Regierung zu erwägen;
g) die Konferenz beauftragt das internationale Aktionskomitee, sich mit dem provisorischen internationalen Komitee für den Kampf gegen den Faszismus und mit den Organisationen, die es gebildet haben, in Verbindung zu setzen, um ein ständiges Komitee zu schaffen.

Es muß den Arbeitern ins Bewußtsein gehämmert werden, daß das Schicksal der italienischen Arbeiterklasse ihr eigenes Schicksal sein wird, wenn sie nicht durch energischen revolutionären Kampf gegen die herrschende Klasse das Zuströmen der minder klassenbewußten Elemente zum Faszismus verhindern. Die Arbeiterorganisationen müssen daher mit höchster Energie zum Schutze der breitesten schaffenden Volksmassen gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Wucher gegen das Kapital vorstoßen und den scheinrevolutionären demagogischen Parolen des Faszismus den ernsten organisierten Massenkampf entgegenstellen. Sie müssen des weiteren die ersten Versuche faszistischer Organisierung im eigenen Lande mit aller Kraft niederschlagen.

* * *

III. Zur Herstellung der proletarischen Einheitsfront.

Die Amsterdamer, die Zweite Internationale und die Wiener Arbeitsgemeinschaft haben der Einladung des 23er-Ausschusses der rheinisch-westfälischen Betriebsräte zur Teilnahme an der Frankfurter Konferenz nicht Folge geleistet. Sie haben nicht einmal eine Antwort auf die

Einladung geschickt. Dennoch hat die deutsche USP. eine offizielle Delegation geschickt, und lokale Sozialdemokratische Vereinigungen haben trotz des Verbots ihrer Führer Vertreter entsandt. Englische, der Amsterdamer Internationale angeschlossene Gewerkschaften haben Begrüßungstelegramme geschickt. Breite Schichten der Arbeiterschaft sind für die kämpfende proletarische Einheitsfront, trotz der Sabotage ihrer Führer. Deshalb beauftragt die Frankfurter Internationale Konferenz das eingesetzte Aktionskomitee, sich an die Amsterdamer und Zweite Internationale und an die Wiener Arbeitsgemeinschaft zu wenden mit der Aufforderung, im Sinne der Beschlüsse die Einheitsfront zum Kampfe gegen die Ruhrbesetzung und gegen den Faszismus national und international zu organisieren. Das Aktionskomitee soll auch direkte Verhandlungen mit den wichtigsten Sektionen der gesamten Internationale aufnehmen.

Arbeiterinnenschutzgesetzgebung.

Die Ausgestaltung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes in den Vereinigten Staaten Nordamerikas

stößt auf den zähen Widerstand der Herren Kapitalisten, die an den Politikern dieser „echt demokratischen Republik" eine starke Stütze haben. Der Gouverneur des Staates New York hatte beim Parlament zwei Gesetzentwürfe eingebracht, die für die Industriearbeiterinnen den Achtstundentag und einen Minimallohn sicher stellen sollten. Die mit der Beratung der Entwürfe betraute Kommission des Senats hatte ihre Zustimmung dazu gegeben. Die Unternehmer verstanden es jedoch, die politischen Drähte — Golddrähte — im Parlament so zu ziehen, daß die Entwürfe nicht einmal zur Beratung kamen. Damit sie auf die Tagesordnung gesetzt werden konnten, hätten 76 Stimmen dafür abgegeben werden müssen. Es stimmten jedoch nur 71 „Volksvertreter" für die Beratung der beiden Gesetzentwürfe.

Das Hauptargument gegen die beiden Reformen war, daß sie „verfassungswidrig" seien, da sie die in der Konstitution „verbürgte Freiheit" der Person und der Betätigung einschränken würden, d. h. die „goldene Freiheit" des Ausbeuters, die der Kapitalist „meint". Es ist das Argument, mit dem die Yankeekapitalisten auch den bescheidensten gesetzlichen Arbeiterschutz bekämpfen, nicht bloß den Schutz der erwachsenen Arbeiter und Arbeiterinnen, sogar denjenigen der Kinder zarten Alters. Haben Regierung und Parlament ein nur einigermaßen fortschrittliches Gesetz zum Schutze der Proletarier gegen die zügelloseste kapitalistische Ausbeutung geschaffen, flugs kommt der Oberste Gerichtshof und erklärt das Gesetz als einen Verstoß gegen die Verfassung. Und das Gesetz, das der Oberste Gerichtshof für einen Bundesstaat als verfassungswidrig zerrissen hat, kann auch für andere Staaten der Union annulliert werden. In Folge von Entscheidungen des Obersten Gerichtshofs steht in den Vereinigten Staaten in Wirklichkeit nur auf dem Papier, was sich gesetzlicher Arbeiterschutz nennt. Es ist eine Vorspiegelung falscher Tatsachen. Wo und wann es die Gewaltigen von des Geldsacks Gnaden nur wollen, stoßen oberrichterliche Lakaien einschlägige gesetzliche Vorschriften um

unter Berufung auf die in der Verfassung gesicherte „Freiheit". Im Namen dieser „Freiheit" sind die Proletarierinnen und ihre Kinder der gewissenlosesten Ausbeutung preisgegeben. In den meisten Staaten z. B. wurden Gesetze beschlossen, die die Kinderarbeit verbieten und regeln. Nichtsdestoweniger ist die Ausbeutung der Kinder ein besonders schwarzes Kapitel in der Geschichte des amerikanischen Kapitalismus.

Die Gouverneure einiger Bundesstaaten empfinden vielleicht ein menschliches Rühren angesichts der schmachvollen Profitkelterung aus den Leibern und Seelen von Frauen und Kindern. Vielleicht auch begreifen sie lediglich vom Standpunkt kluger, weiterblickender Vertreter der Bourgeoisie das Verkehrte solchen Raubbaus. Sie fordern deshalb für die einzelnen Unionstaaten das Recht, unbeschadet der Bundesverfassung Gesetze zu schaffen, die einen Minimallohn für Frauen und Kinder festlegen. Der Gouverneur des Staates Washington hat in einem Aufruf die Gouverneure aller übrigen Staaten der Union zu einer Konferenz eingeladen, die über die entsprechende Aenderung der Bundesverfassung beraten und beschließen soll. Der Anstoß zu dem Vorgehen des Washingtoner Gouverneurs ist dadurch gegeben worden, daß der Oberste Gerichtshof Gesetze über einen Minimallohn für Frauen und Kinder in Columbia für verfassungswidrig erklärt hat. Dadurch ist die Gefahr heraufbeschworen, daß Gesetze dieses Inhalts auch in anderen Bundesstaaten als null und nichtig umgestoßen bezw. unmöglich gemacht werden. Nach den uns bis jetzt vorliegenden Berichten haben sich bereits die Gouverneure von New York, Oregon, Wisconsin und Kansas für die Konferenz und ihren Zweck ausgesprochen. Würde dieser Zweck erreicht, so wäre damit auch eine Bresche in den Widerstand der profithungrigen Kapitalisten gegen andere Gesetze des Arbeiterinnen- und Arbeiterschutzes geschlagen. Der jetzige Stand der Dinge charakterisiert nicht nur das heuchlerische Wesen der bürgerlichen „Demokratie". Er spricht auch das härteste Verdammungsurteil über die Politik der Gompers & Cie., der reformistischen Gewerkschafts- und Parteiführer. Sie hat die Arbeiter und Arbeiterinnen der Vereinigten Staaten mit Verhandlungen, Hoffnungen und Bettelbrocken abgespeist und sie abgehalten, für ihre Interessen, ihr Recht energisch, rücksichtslos zu kämpfen. Nicht nur die unersättliche Goldgier der Bourgeoisie ist dafür verantwortlich, daß das Land der meisten und größten Milliardäre die Stätte grenzenlosen proletarischen Elends ist. Der feige, kurzsichtige Verzicht des Proletariats auf den Klassenkampf gegen die Ausbeuter hat sein Teil Schuld daran.

Soziales Frauenrecht.

Die Gleichberechtigung der Frauen bei den Innungsämtern in Deutschland.

Obgleich in Deutschland die verkrüppelte Revolution von 1918 die volle Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens proklamiert hatte, blieben den Frauen zunächst manche wichtigen sozialen Rechte durch Gesetzestexte vorenthalten. Nur langsam hinkt die Praxis hinter dem anerkannten

Prinzip drein. Das galt bis zum vorigen Jahre auch für das ehrsame Handwerk und seine Organisationen. Nach Paragraph 93a der Gewerbeordnung können zu Mitgliedern der Innungsvorstände und Innungsausschüsse nur solche wahlberechtigten Innungsmitglieder gewählt werden, die zum Amt eines Schöffen nach dem Gerichtsverfassungsgesetz fähig sind. Das Amt eines Schöffen aber durften die Frauen noch jahrelang nach der Proklamierung ihrer Gleichberechtigung in der deutschen „demokratischen Republik" nicht ausüben. Es blieb Männervorrecht. Jedoch „der Maulwurf Geschichte" zernagte dieses Vorrecht. Das Recht, nach bestandener Gesellen- und Meisterprüfung Handwerksmeisterinnen zu werden und als solche einem Gewerbe nachzugehen, hatten die Frauen bereits vor 1918 im wilhelminischen Reiche erlangt. Auf Grund dieses Rechts schlossen sich Schneidermeisterinnen und Putzmacherinnen zu eigenen Innungen zusammen oder traten auch Schneiderinnungen bei. Es kam in der Folge vor, daß Frauen als Mitglieder von Innungsvorständen oder zu anderen Innungsämtern gewählt wurden. Das aber im Widerspruch zu dem geltenden Recht. Die Frauen bewährten sich offenbar auf ihren Posten, uns ist kein Fall bekannt, daß ihnen unter Berufung auf die Gewerbeordnung Innungsämter aberkannt worden sind.

1922 hat endlich der Reichstag nach vielem Hin und Her und langem Wackeln des Philisterzopfes ein Gesetz geschaffen, das den Frauen das Recht verleiht, als Schöffen und Geschworene zu amtieren. Damit hat nun auch die Amtstätigkeit von Frauen in den Innungsverbänden und Innungsausschüssen etc. rechtliche, gesetzliche Gültigkeit erlangt. Allein die Reform kommt nicht nur den Meisterinnen zugute, sondern auch den Arbeiterinnen der Handwerke, für die Innungen bestehen. Diese Arbeiterinnen sind nun gesetzlich wahlberechtigt und wählbar zu den Gesellenausschüssen. Ihr Recht ist gebunden an die Volljährigkeit (21 Jahre), den Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte und an den der deutschen Staatsangehörigkeit, sei es durch Geburt, sei es durch Erwerbung. Es ist bekannt, daß die Arbeitsbedingungen gerade in den handwerksmäßigen Betrieben sehr oft außerordentlich traurig sind, schlimmste Ausbeutung bedeuten. Der biedere Innungsmeister sucht nur zu häufig durch die rücksichtsloseste Anspannung und Auspressung der Arbeitskräfte die materiellen und technischen Vorteile des modernen Großbetriebs auszugleichen, dessen Konkurrenz ihn bedroht. Welche besonders schmachvolle Rolle dabei die Lehrlingszüchterei und Lehrlingsausbeutung spielt, ist bekannt. Die Arbeiterinnen können wie die Arbeiter in den Gesellenausschüssen proletarische Interessen und Forderungen kämpfend vertreten. So wenig „weltbewegend" das neue Recht ist, sollen sie es ausnützen, um sozial zu wirken und zu kämpfen und sich dadurch für größere Aufgaben und entscheidendere Schlachten vorzubereiten. Das schließt eine Wiederkehr kleinbürgerlicher mittelalterlicher „Zunftidylle" aus, von der manche Meister und Meisterinnen träumen. Uebrigens darf bei der Bewertung dieser „Zunftidylle" nicht vergessen werden, daß auch im schönsten Mittelalter Klassenkämpfe zwischen Meistern und Gesellen durchgefochten wurden. Sollten die Arbeiter und Arbeiterinnen unserer Tage hinter das Mittelalter zurückflüchten wollen? Und das im Feuerzeichen der

russischen Revolution und angesichts des Chaos der bürgerlichen Welt?

Die Frauenarbeit in der gesellschaftlichen Wirtschaft.

Ferien für erwerbstätige Proletarierinnen in der Schweiz.

Bereits in der Vorkriegszeit setzte in den kapitalistischen Staaten unter der Arbeiterschaft eine Bewegung ein, die eine bestimmte, gesetzlich festgelegte Ferienzeit für alle Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten forderte. Selbstverständlich bei Fortzahlung des Lohnes oder Gehaltes. Ohne diese würde die Ferienzeit für die meisten Ausgebeuteten statt Erholung und Stärkung der in kapitalistischer Frohn überangespannten Kräfte nur Sorge, vielleicht sogar Entbehrung und Hunger bedeuten. Die Notwendigkeit und Billigkeit regelmäßiger jährlicher Ferien für die Sklaven des Kapitals ist einleuchtend. Der tägliche Verschleiß an Arbeitskraft wird durch die Sonn- und Feiertagsruhe keineswegs ersetzt. Eine größere Pause der Ausspannung aus der kapitalistischen Profitmühle tut bitter not. Nicht bloß, um Kraft und Gesundheit zu sparen und zu erneuern, auf daß „die menschliche Arbeitsmaschine" länger und besser im Gang bleibt, als die der Kapitalist den Proletarier bewertet. Nein, auch und vor allem, um diesem etwas von dem Menschentum zurückzugeben, das der Ausbeuter für nichts achtet und mit der Ware Arbeitskraft zusammen zu dem üblichen Marktpreis kauft und mit Beschlag belegt. Die Ausgebeuteten bedürfen einer „Sklavenrast", in der sie sich selbst gehören und nicht in jeder Stunde, jeder Minute die Fuchtel des Herrn über sich knallen hören. Ganz besonders gelten die vorstehenden Gründe für die Arbeiterinnen, die weiblichen Angestellten. Die meisten von ihnen haben ja zu der Erwerbsarbeit in der Fabrik, im Laden, im Büro etc. noch die Bürde häuslicher Verrichtungen und mütterlicher Pflichten zu tragen. Davon zu schweigen, daß der weibliche Organismus bei der beruflichen Tätigkeit im Joch des Kapitalismus häufig in ungesündester, in verbrecherischer Weise überanstrengt und ausgenutzt wird.

Trotzdem die triftigsten Gründe für Arbeiterferien sprechen, hat die Gesetzgebung keines einzigen bürgerlichen Staats solche festgelegt. In Deutschland und einigen anderen Ländern noch hatten in der Vorkriegszeit die Gewerkschaften für die Arbeiterschaft mancher Betriebe, mancher Industriegruppen einige Ferientage erkämpft. Das waren jedoch vereinzelte Ausnahmen, die seither in der Periode der allgemeinen Wirtschaftszerrüttung zum Teil wieder verschwunden sind. Weiße Raben sind auch die Unternehmer geblieben, die ihren Arbeitern und Arbeiterinnen freiwillig jährlich Ferien gewähren. So ist die Forderung gesetzlich geregelter Arbeiterferien bei Fortzahlung des Lohnes oder Gehalts noch eine proletarische Kampflosung. Wie wenig bis jetzt erreicht ist, zeigt eine Stichprobe über die einschlägigen Verhältnisse Schweizer Arbeiterinnen. Sie findet sich in einem Buche des katholischen Sozialreformers Dr. Ferdinand Buomberger, das sich mit der Lage der „Lehrtöchter" und jener Arbeiterinnen in der Schweiz beschäftigt, die nicht dem Fabrik-

gesetz unterstellt und nicht in der Hausindustrie beschäftigt sind. Es handelt sich in der Hauptsache um Verkäuferinnen, Büroangestellte und Arbeiterinnen des Kleingewerbes, handwerksmäßiger Betriebe. Der Darstellung Dr. Buombergers liegt eine Erhebung zugrunde, die der Bund bürgerlicher Schweizerischer Frauenvereine veranstaltet hatte. Das Buch ist bereits vor mehreren Jahren erschienen, hat jedoch leider nichts von seiner Aktualität verloren. Die von Dr. Buomberger geschilderten Arbeitsverhältnisse Schweizerischer Proletarierinnen haben sich seither nicht gehoben. Umgekehrt! Die Weltwirtschaftskrise hat die Schweizer Industrie stark in ihre Wirbel gezogen. Unregelmäßige Beschäftigung, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren das bittere Los vieler Frauen, die als kapitalistisch Ausgebeutete ihr Brot erwerben müssen, nicht selten auch das der Männer. In solchen Zeiten aber suchen erfahrungsgemäß die Unternehmer den Proletariern die Reförmchen zu rauben, die sie früher zugestehen mußten, und die Arbeiter und Arbeiterinnen verlieren nur zu oft Mut und Kraft, ihr Recht kämpfend zu verteidigen und zu erweitern.

Nach Dr. Buombergers Buch hatten von 1080 „Lehrtöchtern" und Arbeiterinnen, die die Umfrage beantwortet hatten, 864 Ferien. Dem Beruf nach waren diese „Günstiggestellten": 456 Verkäuferinnen, 201 Schneiderinnen, 84 Büroangestellte, 48 Näherinnen, 45 Putzmacherinnen, 18 Plätterinnen und 12 Angehörige verschiedener Berufe. Die weitaus größte Zahl der „Beurlaubten" gehört also zu den „Gehaltsempfängerinnen", nicht zu den Lohnarbeiterinnen im engen Sinne des Wortes. Daß aber die „Gehaltsempfängerinnen" ebenso wie Fabrikarbeiterinnen nichts anderes sind als Lohnsklaven des ausbeutenden Kapitals, beweist die Antwort auf die Frage, wie es mit der Gehaltszahlung während der Ferien aussieht. Nur 634, nicht ganz drei Viertel, nämlich 73,3 Prozent der Feriengenießenden erhielten Gehalt oder Lohn weiter, 230, das ist etwas über ein Viertel, 26,7 Prozent, mußten zusehen, wie sie ohne Erwerb zu leben vermochten. Es bekundet die hohe Wertung von Ferien durch die berufstätigen Frauen, daß so viele von ihnen ein längeres Ausspannen von der Arbeit dem Geldverdienst vorzogen. Was die Dauer der Ferien anbelangt, so hatten 225 der weiblichen Erwerbstätigen Ferien bis zu 6 Tagen mit Fortzahlung des Lohnes oder Gehalts, 16 ohne Fortzahlung, 84 bis zu 10 Tagen mit Fortzahlung und 7 ohne Fortzahlung des Verdienstes; 284 bis zu 14 Tagen mit Fortzahlung und 19 ohne Fortzahlung; 31 bis über 2 Wochen bei Fortzahlung des Gehalts oder Lohnes und 158 ohne diese. Danach hatte die Mehrzahl längere und bezahlte Ferien, eine zweite größere Gruppe kürzere und bezahlte Ferien, eine kleinere dritte Gruppe meist längere, aber unbezahlte Ferien.

Dr. Buomberger hebt hervor, daß die Genossenschaften anderen Betrieben mit der Gewährung von bezahlten Ferien beispielgebend vorangehen. Der Züricher Konsumverein z. B. gibt seinen Verkäuferinnen wie seinem gesamten Personal Ferien von einer Woche, wenn sie 1 bis 3 Jahren bei ihm beschäftigt sind; von 2 Wochen bei einer Beschäftigungsdauer von 3 bis 10 Jahren; von 3 Wochen bei mehr als 10jährigem Arbeitsverhältnis. Es verdient gewiß anerkannt zu werden, daß die Genossenschaften in der Schweiz — und auch in anderen Ländern —

den kapitalistischen Unternehmern mit bezahlter Feriengewährung vorangehen. Jedoch sollten sie das gegebene gute Beispiel vollständig machen. Und das ist es nicht, solange die Staffelung der Ferienzeit nach der Dauer des Arbeitsverhältnisses zur Genossenschaft besteht. Diese Staffelung ist letzten Endes unsozial und steht in Widerspruch zu dem Sinn der Arbeitsferien. Es liegt ihr eine bürgerliche Auffassung des Arbeitsverhältnisses zugrunde, die sie auf eine Stufe stellt mit der Prämierung „treuer Dienstboten" für langjähriges Mühen bei ein- und derselben „Herrschaft". Die Feriendauer für Arbeiter und Arbeiterinnen ist zu bemessen nach hygienischen Notwendigkeiten, nach sozialen Gesichtspunkten, die durch die Wertung des Menschentums der Schaffenden und ihres Rechts auf ein kulturwürdiges Dasein diktiert werden und nicht durch die Länge ihres Arbeitsverhältnisses zu einem Unternehmer, auch wenn dieser eine Genossenschaft ist. Ferien von genügender Dauer sind ein Recht der Arbeiter und Arbeiterinnen und nicht ein Geschenk für Wohlverhalten und gute Beziehungen zu den kapitalistischen Betriebsbesitzern und Betriebsleitern. Sehr oft hängt die Dauer der Beschäftigung in einem Unternehmen lediglich von der Gunst oder dem Uebelwollen des Vorgesetzten ab.

Angesichts der Bedeutung der Ferien gerade für die erwerbstätigen Frauen müssen unsere Genossinnen auch dieser Frage bei dem Kampf für Arbeiterinnenschutzforderungen die gebührende Aufmerksamkeit zuwenden. Sie ist sowohl bei der Agitation in den Betrieben, wie bei der gewerkschaftlichen Arbeit zu berücksichtigen, damit breite Arbeiterinnenmassen mobilisiert werden, den ausbeutenden Kapitalisten die bescheidene Reform abzuzwingen. Durch die Selbsthilfe des gewerkschaftlichen Kampfes, wie durch die vom politischen Klassenkampf des Proletariats erzwungene „Staatshilfe" der Gesetzgebung. Die Schwäche der reformistischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien, die Sträflichkeit ihrer Politik der „Arbeitsgemeinschaft" und des „Burgfriedens" mit den Kapitalisten zeigt sich auch darin, daß sie in all den Jahren nicht einmal diese dringende Verbesserung in den Arbeits- und Lebensbedingungen des Proletariats durchgesetzt haben.

In der Frage der Ferien für alle gegen Lohn oder Gehalt Tätigen ist bis jetzt einzig und allein der Staat der proletarischen Revolution und Diktatur wirklich beispielgebend vorangegangen: Sowjet-Rußland. Hier schreibt das Arbeitergesetz vor, daß alle Arbeiter, Angestellten, Beamten etc. nach sechsmonatlicher Tätigkeit in ihrem Berufe jährlich 14 Tage Ferien bei Fortbezahlung des volles Lohnes oder Gehaltes haben müssen. Wir werden besonders über die einschlägigen Vorschriften und Einrichtungen berichten. Nicht scharf und fest genug kann den Proletarierinnen ins Bewußtsein gehämmert werden, daß die russischen Arbeiter die politische Macht erobern, daß sie den Hammer ihrer Diktatur auf die Bourgeoisie herabsausen lassen mußten, damit sie Ferien als ihr Recht erhielten. Im Kleinen wie im Großen verweisen die Tatsachen die Proletarierinnen für die Verbesserung ihrer Lage auf den opferreichen Weg der Revolution.

Die Kommunistische Fraueninternationale

Monatschrift

Herausgegeben im Auftrag der Exekutive der Dritten Internationale und des internationalen kommunistischen Frauensekretariats in Moskau von Clara Zetkin

Mai 1923

Jahrgang 3 Heft 5

Verantwortlich für die Redaktion: Clara Zetkin, Sillenbuch.
Druck: Walther'sche Buchdruckerei, Komm.-Ges. - Stuttgart.

Inhaltsverzeichnis:

A) Artikel:

Der einzige Friedensstaat. Von Clara Zetkin.
Zum internationalen Kampf gegen die Bestrafung der Abtreibung. Von Katty Guttmann.
Die Stellung der russischen Gewerkschaften zu den Arbeiterinnen. Von Isa Strasser, Moskau.

B) Berichte:

Aus der kommunistischen Frauenbewegung.

Der internationale kommunistische Frauentag in Sowjet-Rußland. Von Sophie Smidowitsch, Moskau.
Aufruf der Ostabteilung des Internationalen Frauensekretariats an die revolutionären Studentinnen Chinas.
Unsere Arbeit unter den Proletarierinnen und Bäuerinnen des Bundes der Sozialistischen Sowjetrepubliken. Von S. Nurina, Moskau.

Aus der bürgerlichen Frauenbewegung.

Die konterrevolutionäre Frauenbewegung in Finnland. Von Arissa Balkuina.

C) Notizen:

Volksgesundheit.

Die Zerrüttung der Volksgesundheit durch Geschlechtskrankheiten in Frankreich.

Die Frauenarbeit in der gesellschaftlichen Wirtschaft.

Menschenmord in der deutschen Glasindustrie. Von Isa Strasser.

Politisches Frauenrecht.

Der Verrat des Frauenwahlrechts durch die Sozialistische Arbeiterpartei Belgiens.
Der erste weibliche Staatsanwalt in Deutschland amtiert.
Weibliche Diplomaten.
Eine Frau als diplomatische Vertreterin Sowjet-Rußlands.
Eine Frau als Gouverneurin der australischen Insel Badu.

Familienrecht.

Für die Gleichberechtigung von Mann und Frau bei Ehescheidungen in England.

D) Geschichtliches und Feuilleton.

Eine chinesische Revolutionärin. Von Arboré-Ralli, Moskau.

Die Kommunistische Fraueninternationale

Heft 5 Monatschrift Mai 1923

Der einzige Friedensstaat.

Immer düsterer, drohender türmt der Weltkapitalismus die Wolken zusammen, aus denen das furchtbare zerstörende Ungewitter eines neuen Weltkriegs über die Völker hereinbrechen kann. Und sie haben sich noch nicht von den greuelreichen Verwüstungen des jüngsten imperialistischen Raubkriegs erholt. Die gutgläubigen wie die pharisäerhaften Pazifisten singen und sagen wohl viel von einem Bund der Nationen für den Wiederaufbau des Trümmerfelds Europa. Derweilen aber schließen sich die ausschlaggebenden kapitalistischen Staaten zu Geschäftskonzernen zusammen zur Verhinderung des Wiederaufbaus, zur vollkommenen Zertrümmerung der noch stehenden Reste dessen, was einst Europa war, und mit dem allen und anderen noch zur Vorbereitung weiteren riesigen Völkermordens. Schließen sich zusammen in rasch wechselnden Verbindungen, heute mit dem, morgen mit jenem Spekulationskompagnon, je nachdem es die wirtschaftliche, politische oder militärische Konjunktur im Interesse der herrschenden Klassen hier und dort zu heischen scheint. Das Schaukel- und Gaukelspiel ihrer schlangenzüngigen Diplomaten, plumpen und raffinierten Intriguen, geheimen und offenen Kriegsrüstungen, fieberhaft aufgepeitschten Gold- und Machtappetiten steigert unablässig die Gefahr einer Weltkatastrophe größten Umfangs und barbarischsten Charakters. Das Ganze trotz höchster kapitalistischer Machtentfaltung ein Symptom der für die Weltbourgeoisie herannahenden Weltkatastrophe, Sturmvogel der historischen Sintflut, von der die bürgerliche Ordnung hinweggeschwemmt werden wird.

Der „Kohlenkrieg" an der Ruhr geht weiter. Opferreich, würgend für die Arbeiter Deutschlands und namentlich für das Ruhrproletariat; militärisch ein Guerillakampf, der still, kaum bemerkt ungezählt blühendes Menschenleben verschlingt. Man denke an die Proletarier des Kruppbetriebs, durch deren Mord der französische Imperialismus seiner würdig Ostern einleitete, an die Attentate verzweifelter, verblendeter Nationalisten. Verschiedengestaltig stellt sich die „Lösung" der Ruhrkrise dar, um die die französischen Hüttenherren und die deutschen Grubenkönige jetzt mit einander würfeln, während die englischen Kapitalisten ihnen über die Schulter schauen, bereit, jederzeit in das Spiel einzugreifen. Eins nur ist sicher inmitten aller Möglichkeiten. Dafern nicht das deutsche Proletariat mit starker Faust die politische Macht an sich reißt, um „als Nation konstituiert" auf seine eigene historisch gesetzte Weise die Situation zu wenden: wird diese Situation eine stete Gefahrenquelle für weitergreifenden Krieg bleiben. Jede bürgerliche Lösung der Ruhrkrise, die die deutschen Arbeiter geduldig hinnehmen, schafft die

bereits früher hier aufgezeigten wirtschaftlichen und politischen Gegensätze zwischen Deutschland, Frankreich, England und anderen Ländern noch, Gegensätze, die in der Welt des Kapitalismus früher oder später unvermeidlich in einem Weltkrieg explodieren werden.

Die Konferenz zu Lausanne läßt einen anderen Wetterwinkel aufziehender Weltstürme erkennen. Sie soll Frieden zwischen Griechenland und der Türkei sichern; sie soll zwischen dieser und den übrigen Mächten Europas die Meerengenfrage regeln; soll das Verhältnis zwischen dem neuen ottomanischen Reich und den Gläubigern wie Konzessionären der alten Türkei ordnen und neue Konzessionen sichern. Die der Konferenz zugewiesenen Aufgaben erweisen sich immer deutlicher als unlösbar, wie die Quadratur des Zirkels. Die „Vereinbarungen" sind nichts als tote Buchstaben auf wertlosen Fetzen Papier. Was besagen alle „Abmachungen", betreffend die griechisch-türkischen Streitfragen, die Grenz- und Machtregulierungen für den Angorastaat in Europa? Als wahre Kriegführende standen hinter der Türkei Frankreich und hinter Griechenland England. Als dauernde, unversöhnliche Konkurrenten und Gegner um die Ausplünderung der Bauernvölker auf dem Balkan und in Kleinasien stehen sie weiterhin schroff wie je einander gegenüber, auch wenn sie zeitweilig als Verwandlungskünstler die Rollen vertauscht haben. In Lausanne hat Frankreich seine alte Maske als der großmütige Freund und Beschützer der Türkei fallen lassen. England dagegen mimt uneigennütziges Verständnis für deren Interessen. Es gedenkt damit billig die Sympathien der Mohamedaner in Indien zu gewinnen und sie aus den nationalen Kämpfen dort wider die britische Herrschaft auszuschalten, gleichzeitig aber auch die große Bedeutung der russischen Freundschaft für die junge Türkei herabzumindern. Zu den Konfliktstoffen auf dem Balkan und in Kleinasien tritt für England noch die Rücksicht auf die Sicherung des kürzesten Weges nach Indien, nach seinen Kolonien im fernen Südosten und seinem australischen Dominion.

Im ersten Abschnitt der Lausanner Konferenz konnten so die politischen Roßtäuscher der Bourgeoisie die „Meerengenfrage" nur provisorisch lösen. Von anderen Gründen dafür abgesehen schon deswegen nur provisorisch, weil der Arbeiter- und Bauernstaat Sowjet-Rußland mit seinen Bundesgenossen von den Beratungen ausgeschlossen war. Und das, obgleich gerade die sowjetistische Staatengruppe ein wirkliches Lebensinteresse daran hat, daß ihre Häfen am Schwarzen Meer nicht durch die Kriegsschiffe imperialistischer Staaten bombardiert und genommen werden können, um aus Mittelpunkten friedlicher Wirtschaft in Einfallstore des eroberungsgierigen Weltkapitalismus verwandelt zu werden. Der Kampf zwischen Frankreich und England um die Petroleumfelder von Mossul — ein Teil des Kampfes um das Weltmonopol über das Petroleum — drohte die Konferenz zu sprengen. Die Frage ist nicht erledigt, sie ist nur beiseite geschoben worden, — dank der „Chester Konzession", die die Türkei früher schon einer amerikanischen Gesellschaft gewährt hat, einstweilen zu Gunsten der Vereinigten Staaten als lachenden Dritten. Die Regelung der Schuld- und Konzessionsfrage, die im zweiten Teil der Lausanner Tagung zustande gebracht werden soll, rückt nicht vom Flecke. Bis jetzt ist ihr Ergebnis nichts

als ein Händchen Unbestimmtheiten und Versprechungen. Die diplomatischen Vertreter der Türkei scheinen mit orientalischer Gelassenheit ihre westeuropäischen Herren Kollegen über den Löffel zu barbieren. Allah will es! Kurz, die „Orientfrage" bleibt nach wie vor eine gewaltige Anhäufung gefährlichsten Zündstoffs für einen Weltbrand. Zwei Welten stehen dabei einander gegenüber: die erwachende, um neue Gestaltung ringende Welt des Ostens und die alte Welt des Imperialismus, die ihre Macht und Herrschaft behaupten will.

Ein weiterer Glutenherd liegt im fernen Osten. Unsere Leserinnen erinnern sich, wie gründlich seinerzeit die Washingtoner Abrüstungskonferenz die blütenreichen Hoffnungen der Pazifisten enttäuscht hat. Sie brachte keineswegs eine Abrüstung der Land- und Luftstreitkräfte. Heute müssen sich selbst die hoffnungsseligsten Schwärmer eingestehen, daß auch das dürftige Ergebnis der Konferenz wie Märzschnee an der Sonne zerrinnt. Nämlich die angebliche Einschränkung des Wettrüstens zur See. Kernstück davon war die Einschränkung des Baus von Dreadnaughts. Das imperialistische Japan verstand, daß diese Festlegung gegen seine Eroberungsgelüste gerichtet war, daß sie England und den Vereinigten Staaten die Herrschaft am großen Ozean sichern und ihnen namentlich die Zerreißung und Kolonisierung Chinas ermöglichen sollte. Es drückte sich um das lästige Washingtoner Abkommen herum, indem es viele Unterseeboote und geschwinde Kreuzer baute. Die Antwort der beiden Mächte darauf, die in Ostasien „ein größeres Vaterland" suchen? Auch die Vereinigten Staaten vergrößern ihre Kriegsflotte durch den Bau zahlreicher Unterseeboote und Kreuzer, und England gestaltet Singapore zu einem Fottenstützpunkt ersten Ranges aus. Allein während es dadurch seine Machtposition in Hongkong und im äußersten Orient überhaupt erheblich stärkt, bedroht es die ostasiatischen Kolonien der Niederlande, Kolonien, die außer anderen Naturschätzen reiche Petroleumquellen besitzen. Wie lange noch, und Holland wird seinerseits an ein riesiges Rüsten gehen! „Der bewaffnete Friede" kapitalistischer Staaten ist eine Lüge. Ihre Rüstungen sind stets bewußte Vorbereitungen für blutige Machtkämpfe.

Die Schüsse des weißgardistischen Mordbuben Conradi, die in Lausanne Worowski niedergestreckt haben, lenken zwingend die Aufmerksamkeit der schaffenden Massen auf nächste, folgenschwerste Kriegsdrohung. Worowski, der Vertreter Sowjet-Rußlands in Italien, sollte bei der Lausanner Konferenz die Interessen der Räterepublik wahrnehmen. Er war einer der hingebungsvollsten Träger der russischen Revolution und der Sowjetordnung, ein unerschütterlicher, treuer Vorkämpfer des internationalen Proletariats; vor der Reinheit seines Charakters beugten sich auch die Gegner. Sein Amt und seine Bedeutung wiesen ihn den Banditenkugeln als Ziel. Aber wie kam es, daß er, der nach internationalem Völkerrecht unantastbare Gesandte eines Staats, nachweislich von Seiten der Schweizer Behörden nicht den gebotenen Schutz genoß, vielmehr den verschworenen gegenrevolutionären Meuchelmördern geradezu preisgegeben wurde? Als ergebene Lakaien der großen kapitalistischen Raubmächte verkrochen sich die regierenden schweizerischen Bourgeoisierepublikaner hinter den formalen Vorwand,

daß die großen Ententemächte noch immer Sowjet-Rußland die Anerkennung als Staat verweigern, und daß der von Frankreich, England und Italien nach Lausanne eingeladene Vertreter der Räterepubliken deshalb nicht gleichen Rechts gewesen sei, wie etwa ein Gesandter von Monaco. In Wirklichkeit ist unser Genosse gefallen nicht nur als wahrer Freund der türkischen Bauern, der von den französischen und englischen Beutepolitikern bitter gehaßt wurde, sondern mehr noch als der Vertreter der Räterepublik, Ausdruck der russischen Revolution, der proletarischen Revolution. Worowski fiel, weil die Gegenrevolutionäre Morgenluft witterten. Seine Ermordung ist ein Symbol der Todfeindschaft, mit der die Weltbourgeoisie die emporsteigende Macht des sich befreienden Weltproletariats bekämpft. Sie ist tatsächlicheres. Der Signalschuß, der einen neuen Kreuzzug der kapitalistischen Staaten gegen Sowjet-Rußland kündet, die stolze Vormacht der proletarischen Weltrevolution.

In der Tat! Dieser Kreuzzug ist keineswegs eine Schöpfung ausschweifender, schreckhafter Fantasie, er ist nüchterne, wohlbedachte Vorbereitung. Als erster Stoßtrupp des Weltkapitalismus gedenkt das imperialistische England vorzurücken. Schon hat es durch seinen stockkonservativen Außenminister Curzon Drohnoten gegen den Arbeiter- und Bauernstaat schleudern lassen, die einer Kriegserklärung gleichkommen. Am 8. Mai ließ es an die Sowjetregierung eine Reihe von Forderungen stellen, bei deren Nichterfüllung der Abbruch der Handelsbeziehungen als sichere Folge erschien. Binnen 10 Tagen heischte Curzon herrisch die Entscheidung. Forderungen und Ton des befristeten Ultimatums charakterisieren dieses als eine kaum verhüllte Kriegsprovokation. Als solche wurde das imperialistische Dokument auch in England selbst eingeschätzt. Nicht bloß von dem Tageblatt der englischen Arbeiterpartei „The Daily Herald", sondern ebenso von den Organen der Liberalen. Ja mehr noch. Einer der angesehensten konservativen Schriftsteller erklärte im „Observer", dem verbreitetsten Sonntagsblatt, daß Curzon's Note vom 8. Mai der Wirkung nach eine Kriegsherausforderung sei. Der kriegslüsterne Inhalt des Ultimatums beleuchtete grell wie ein Scheinwerfer einen der Gründe, weshalb das christliche England von der unchristlichen Türkei die Durchfahrt von Kriegsschiffen durch die Dardanellen so hartnäckig erzwungen hatte. Kennzeichnend für die Absicht eines Ueberfalls auf Sowjet-Rußland war auch das vom „Manchester Guardian" veröffentlichte Geheimtelegramm, das der Vertreter Italiens in Moskau an Mussolini gesandt hatte. Es besagte nicht mehr und nicht weniger, als daß zusammen mit der englischen auch die italienische Mission Sowjet-Rußland verlassen solle, falls dessen Regierung sich dem Ultimatum nicht unterwerfen werde. Ferner, daß die italienische Regierung alle anderen Regierungen auffordern möge, ebenfalls die Beziehungen zu dem Rätestaat abzubrechen und die Blockade zu beginnen. Es ist klar, daß der Abbruch der Handelsbeziehungen mit dem Sowjetbund eine Erneuerung der mörderischen Wirtschaftsblockade bedeutet, und wie die Dinge liegen, Vorläufer eines neuen ententistischen Interventionskriegs ist, der die gesamte Welt in seine blutigen Strudel reißen wird. Hat England nicht

bereits in das Weiße Meer Kanonenboote geschickt, die die russische Küste bedrohen?

Was der Junker Curzon von der Sowjetregierung als unbedingten Preis für das Weiterbestehen des Handelsabkommens begehrt, ist zum Teil so kleinlicher, aber alles in allem so schamloser Art, daß ein Blinder mit dem Stock den Plan der Provokation fühlen kann. Die Sowjetregierung soll die Schreiben zurücknehmen und tadeln, mit denen ein Beamter des Auswärtigen Amts in Moskau den ebenso dreisten als heuchlerischen Einspruch des englischen Kabinetts gegen die Erschießung des katholischen Priesters Budkiewicz beantwortet hatte, die in „Religionsverfolgung" umgefälscht wurde. Sie soll die englischen Kutter freigeben und ihre Eigentümer entschädigen; die wegen widerrechtlicher Fischerei an der nordrussischen Küste aufgebracht und beschlagnahmt worden waren. Sie soll eine Entschädigung zahlen von 10000 Pfund Sterling für den als Spion erschossenen Engländer Davison und von 3000 Pfund für die als Spionin verhaftete und ausgewiesene Frau Stan-Harding. Sie soll endlich ihre derzeitigen Vertreter in Persien und Afghanistan abberufen und durch Persönlichkeiten ersetzen, die der englischen Regierung angenehm sind; das Gleiche gilt für das Mitglied der sowjetistischen Delegation in London, den Genossen Klischko. Im Zusammenhang damit verlangte Curzon eine Entschuldigung wegen der seither betriebenen angeblich englandfeindlichen Orientpolitik.

Die „englandfeindliche" Orientpolitik Sowjet-Rußlands, das ist's! Sowjet-Rußlands Sympathie für die an ihren Ketten rüttelnden Völkermassen des Ostens, die Rückwirkung der unsterblichen weltgeschichtlichen Tat, daß die russischen Arbeiter und Bauern revolutionär aufgestanden sind und mit der Staatsgewalt ihr Schicksal in die eigene Hand genommen haben — hinc illae lacrimae! Auf deutsch: das ist die Quelle der Tränenströme, die frömmelnde wie freidenkerische Bourgeois und die konservative Regierung in England — übrigens in rührender Seelenharmonie mit Gesinnungs- und Klassengeschwister in allen kapitalistischen Staaten — über das Schicksal Budkiewicz vergossen haben. Dabei ist erwiesen, daß dieser „Märtyrer" der „bolschewistischen Religionsverfolgung" keineswegs wegen seines religiösen Bekenntnisses verurteilt und gerichtet worden ist, vielmehr wegen seiner politischen Verbrechen. Das priesterliche Amt hatte ihn nicht davon zurückgehalten, während der schwersten Zeit der jungen Arbeiter- und Bauernrepublik Spionagedienste für das weißgardistische Polen zu tun. So konnte es ihn auch nicht vor der Strafe seines schändlichen Handelns schützen. Außerdem ist das imperialistische England gerade der berufenste Ankläger und Richter vor dem Tribunal der „Gerechtigkeit", der „Duldsamkeit", der „Menschlichkeit" und anderer schöner Ideale. Ist nicht das kapitalistische England geboren worden, triefend von dem Blute verelendeter Bauern und Handwerker und bereichert mit den Besitztümern vertriebener und ermordeter Geistlichkeit? Schreitet nicht das imperialistische England über den Erdball, triefend vom Blut der unterjochten und ausgeschundenen Kolonialvölker, triefend vom Blut der indischen Rebellen, die vor Kanonen gebunden wurden; der füsilierten und gehängten südafrikanischen Arbeiter; der für die Unabhängigkeit ihres

Landes kämpfenden Iren, die englische Kugeln niederstrecken, ohne Rücksicht darauf, ob ihre Opfer das Priestergewand tragen oder nicht? Heuchelei, Dein Name ist englische Bourgeoispolitik!

Wie steht es mit dem „verletzten" und beanspruchten „Recht" der englischen Fischdampferbesitzer, denen sowjetistische Behörden das kapitalistische Geschäft etwas gestört haben? Die Frage, bis zu welcher Entfernung die Hoheitsrechte eines Staats über begrenzende Seegewässer reichen, ist nicht international geregelt. Die englischen Kutter wurden beim Fischfang in nächster Nähe der russischen Küste angehalten und beschlagnahmt. England will für seine Fischerei das Recht durchsetzen, bis zu einer Entfernung von 3 Meilen von der russischen Nordküste den Fang zu betreiben. Sowjet-Rußland hat dafür die Zwölfmeilenzone festgesetzt. England erstreckt zum Teil seine Hoheitsrechte viel weiter hinaus in die See, dort, wo etwas aus ihr zu holen ist. So hat es wegen der Perlenfischerei an der Küste von Ceylon seine Herrschaft über das Meer auf 25 Meilen festgelegt. Man sieht es: das Recht des Großbritanniens der Bourgeoisie und das Recht des Sowjet-Rußlands der Arbeiter und Muschiks, „ja Bauer, das ist ganz was andres!"

Was die „Ritterlichkeit" anbelangt, mit der Curzon im Namen der „Nationalehre und Nationalinteressen" die Kassengeschäfte englischer Spitzel besorgt, so liegen die Dinge wie folgt. Davison ist in der Zeit der ententistischen Blockade und des Bürgerkriegs, der auch mit englischem Gelde geführt wurde, noch vor dem russisch-englischen Handelsabkommen auf Grund eines rechtmäßigen Gerichtsverfahrens und Urteils als überführter Spion erschossen worden. Bewiesen ist ebenfalls das Spionagehandwerk der Frau Stan-Harding, die Curzon so liebevoll an sein Herz genommen hat. Dagegen könnte die Sowjetregierung eine Rechnung aufstellen über die Entschädigung für Hunderte von Angehörigen des Arbeiter- und Bauernstaats, die in Verteidigung ihres Landes und ihres Rechts zur Revolution von englischen imperialistischen Einbrechern in Rußland gemordet worden sind. Es sei nur an die 26 Volkskommissare in Baku erinnert, an die Massenopfer des englischen Terrors in Archangelsk. Nicht zu vergessen, wieviel Menschenleben die Hungerblockade dem Tode, dem Siechtum überliefert hat, welche Berge von Leichen, von verwüsteten, geplünderten Dörfern und Städten die Koltschak- und Wrangelheere, die Petljurabanden und andere gegenrevolutionäre Horden aufgetürmt haben, sie alle, denen der Imperialismus Englands und Frankreichs Sold und Waffen gab, um die junge Arbeitermacht zu vernichten.

„Schön steht es den Gracchen an, sich über Aufruhr zu beklagen!" Lord Curzon unterfängt sich, sittlich entrüstet über vorgebliche Feindseligkeit und Treibereien zu wettern, deren sich in Teheran und Kabul, im Orient überhaupt, ja auch in London selbst offizielle Sowjetvertreter und verkappte Sowjetagenten schuldig machen sollen. Gegen das nämliche harmlose imperialistische England, das für seine Spitzel auf dem Boden der Sowjetrepubliken die Fülle seiner Autorität, seiner Mittel und Macht einsetzt; das innerhalb seiner Grenzen gegenrevolutionäre Verschwörer wider das neue Rußland schützt, unterhält und ausrüstet; das mit seinen Pfunden die baltischen Randstaaten, Bulgarien, Rumänien

zu Brutherde von Komplotten zur Organisierung der Spionage, zur Vorbereitung von Aufständen gegen das Rätereich macht! Das Ultimatum konnte für die erhobenen Beschuldigungen auch nicht einen Fall anführen, der als Tatsache ernster Prüfung Stand hielte. Es wärmte zum Teil alte Behauptungen auf, obendrein aus der Zeit vor Abschluß des Handelsabkommens. In der Hauptsache arbeitete es mit gefälschten Zitaten und erlogenen Begebenheiten, die deutlich lesbar die Produktionsmarken tragen: gegenrevolutionäre Lügenfabrik des Baron Uexküll in Helsingfors, englische Lügenfabrik in Nordindien etc.

Was dem englischen Imperialismus an der russischen Orientpolitik so peinlich auf die empfindsamen Nerven fällt, ist wahrhaftig nichts, was die Sowjetregierung zu verheimlichen hätte. Im Gegenteil, sie darf sich seiner rühmen. Es ist die schlichte Tatsache, daß die Arbeiter- und Bauernrepublik, die unter den ungeheuersten Schwierigkeiten bewußt vorwärts zum Kommunismus geführt werden soll, der einzige moderne Staat der Welt ist, der keine imperialistische Politik treibt. Sowjet-Rußlands Orientpolitik ist in der Folge darauf gestimmt, Freundschaft mit den erwachenden und sich erhebenden Völkern des Ostens zu halten, den Prozeß ihrer Entwicklung, ihrer Befreiung von Knechtschaft und Ausbeutung jeder Art zu fördern. Die Orientpolitik der kapitalistischen Staaten hingegen ist in Konkurrenz untereinander nur auf Eroberung, gewalttätige Kolonisation, Ausraubung der Länder und Volksmassen gerichtet. Ihr feindseliger Gegensatz zu den Orientvölkern schließt den Haß, die Todfeindschaft gegen Sowjet-Rußland in sich. Das gilt im höchsten Maße für England, obendrein in dieser geschichtlichen Stunde.

England hat zwar mit Hilfe der Entente im vierjährigen imperialistischen Völkermorden das kapitalistische Deutschland niedergeworfen, seinen gefürchteten Nebenbuhler um die Hegemonie in Europa, ja vor dem Kriege um die Herrschaft über den Weltmarkt. Allein gleichzeitig hat es damit und mit den Auswirkungen des Siegs durch den Versailler Vertrag seinen besten europäischen Warenmarkt der Verarmung preisgegeben, hat die Wirtschaft Europas auf das schwerste erschüttert und ihr früheres Verhältnis zu der übrigen Welt — namentlich zu den Vereinigten Staaten — zerstört. Nicht genug damit, daß England im imperialistischen Frankreich ein neuer, machtgieriger und machtstarker Rivale ersteht. Die Vereinigten Staaten und Japan machen ihm die Märkte, das Ausbeutungsmonopol in Südamerika, in China etc. streitig. Es ist ein Wetterzeichen, wenn Wolken sich über dem Kapitalismus in England zusammenballen, daß trotz des verhältnismäßigen wirtschaftlichen Aufschwungs die Zahl der Arbeitslosen noch immer über eine Million beträgt.

Manche Kreise der englischen Kapitalisten rechnen für die Aufrechterhaltung und Weiterexistenz ihrer „Ordnung", d. h. ihrer Herrschaft nur noch auf die Kolonien. Zumal Aug in Auge mit dem Umstande, daß in den Dominions sich anwachsende Neigungen zur Verselbständigung zeigen und zur Annäherung an die Vereinigten Staaten, wie andere Konkurrenten des Mutterlandes. Diese Kreise der Kolonialfanatiker stellen die Ultras der englischen Imperialisten, die Erzkonservativen, es befinden sich unter ihnen Leute, für die der alte Gegensatz zu dem

imperialistischen Zarismus und seinen östlichen Eroberungsappetiten weiterlebt. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Herrschaften bereit sind, jedes nationale und erst recht jedes soziale Rütteln der Ostvölker an ihrer Kolonialsklaverei mit brutalster Gewalt niederzuschlagen. Ferner, daß sie jede Spur des Einflusses Sowjet-Rußlands zerstampfen möchten, das durch seine Sympathien für das rebellierende Menschentum aller Ausgebeuteten und Unterdrückten, ja durch seine bloße Existenz eine Quelle der Ermutigung und Kraft für die meuternden englischen Kolonialhörigen ist. Die Reaktionärsten der Konservativen und Imperialisten Englands sind denn auch treibende Kräfte und Stützen der Kriegspolitik Curzon's, des früheren Vizekönigs von Indien, gegen Sowjet-Rußland. Eine zweite Gruppe der Bourgeoisie gesellt sich ihnen zu. Es sind die englischen Kapitalisten, die vor der Revolution in Einzelunternehmungen oder Aktiengesellschaften in Rußland reichen Mehrwert, Profit aus russischen Arbeitern und Bauern herausquetschten. Bei der Nationalisierung des Grund und Bodens, der Banken, der Industrie, des Handels hat natürlich die Sowjetmacht nicht in tiefem Respekt vor der Etikette Halt gemacht: englisches Kapital. Sie hat auch das Privateigentum an englischem Kapital aufgehoben, das Eigentumsrecht englischer Kapitalisten ausgelöscht, d. h. ihre Macht, russische Proletarier auszubeuten. Darob selbstverständlich leidenschaftliches Wehgeschrei der „Verlustträger der bolschewistischen Revolution und Politik". An ihrer Spitze, am lautesten jammernd und fluchend, ein gottwohlgefälliger Hohepriester des englischen Kapitalismus, Leslie Urquhart. Dieser honette Mann, dem das Eigentum heilig ist — es sei denn, daß es ihm in Gestalt von Arbeiterkraft, Arbeitergesundheit und Arbeiterleben begegnet —, kann es nicht verwinden, daß die „rüden Bolschewisten" ohne Verständnis für sein Plänchen waren, ihn als Konzessionär des Rätestaats aus den reichen Kupferbergwerken von Kyschtyma Schätze heben zu lassen und ihn dadurch für das nationalisierte, „wohlerworbene" Eigentum zu entschädigen.

Jedoch in Curzon's verbrecherischer Kriegsprovokation lebt noch mehr als nur das Drängen jener aufgezeigten beiden Gruppen der englischen Bourgeoisie. Lebt der unversöhnliche Haß der ganzen Klasse gegen den einzigen Staat der ganzen Welt, der der Ausdruck, die Schöpfung des sich revolutionär emporringenden Proletariats ist, und der deshalb die Entschlossenheit, die Tatkraft hatte und haben muß, das Allerheiligste der bürgerlichen Ordnung anzutasten und zu verneinen: das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Die Existenz dieses Staates allein schon ist der nicht verstummende gewaltigste Aufruf zur Revolution der Ausgebeuteten und Enterbten. Kein „normaler" bürgerlicher Staat kann Sowjet-Rußland sehen, ohne nach dem Schwertgriff zu fassen. Im Bunde mit seinen Alliierten des Weltkriegs hatte England gehofft, mit blutiger Waffengewalt und der würgenden Blockade der „Kulturschmach" der proletarischen Diktatur ein Ende zu machen. Der unsterbliche Sieg der Rotarmisten über Wrangel zerbrach das geführte Schwert des ententistischen Imperialismus, und das Handelsabkommen mit England, mit noch anderen Staaten bescheinigte, daß der Kapitalismus nicht nach Belieben ein Volk von 150 Millionen aus der Weltwirtschaft ausschalten kann.

Lloyd George wähnte, durch Konzessionen auf Sowjet-Rußlands Kosten der Rätemacht Herr zu werden. Auf der internationalen Konferenz zu Genua erwies sich die Diplomatie der Entente ohnmächtig wie ihre Söldnerheere, die Sowjetordnung zu stürzen. Der Arbeiter- und Bauernstaat ließ sich auch um den Preis seiner Anerkennung de jure und großer Kredite nicht dazu verlocken, das Prinzip des Gesellschaftseigentums zu opfern und damit seine historische Existenzberechtigung zu verneinen. Die Finanzblockade zwang Sowjet-Rußland, aus eigener Kraft an den Aufbau seiner Wirtschaft zu gehen und zu diesem Behuf notgedrungen die „neue ökonomische Politik" durchzuführen. Und siehe, es ward unbestreitbar, daß die proletarische Revolution auch in der Wirtschaft auf dem Boden des Verfalls, der Zerrüttung junge Riesenkräfte zur Entfaltung bringt. Trotz der ungeheuersten Schwierigkeiten und Hindernisse und ungeachtet der entsetzlichen Mißwachs- und Hungerkatastrophe von 1921 erholt sich Sowjet-Rußlands Wirtschaft sichtlich, wenn auch langsam. Die Anbaufläche hat um 20 Prozent zugenommen, man rechnet damit, daß die Räterepublik heuer mit 150 Millionen Pud Brotgetreide auf dem Auslandsmarkt erscheint. Die Industrie hat einen merkbaren Aufschwung genommen. Die sowjetistische Orientpolitik erhält mit den rasch aufblühenden Handelsbeziehungen mit Persien und Afghanistan und anderen östlichen Gebieten auf Kosten Englands eine feste Grundlage. Entgegen den Wünschen und Wollen der Bourgeoisie und ihrer reformistischen Schutztruppe hat „die neue Politik" die Sowjetmacht gestärkt und nicht geschwächt. Sowjet-Rußland ist heute der einzige Staat Europas, der sich in aufsteigender Linie entwickelt. Einige Jahre des Friedens, ruhiger, konsequent gerichteter Aufbau- und Kulturarbeit, und es wird das reichste, das blühendste Land des Erdteils sein.

Curzon gedenkt dieses Werden mit Blockade und Krieg zu zertreten. Er will den jungen, sich reckenden Titanen niederschlagen, ehe dieser das volle Maß seines Wuchses und seiner Kraft erreicht hat. Und der englische Junker spekuliert dabei ebenso auf die Krankheit Lenins, des genialsten Führers der Sowjetrepubliken, wie er dem englischen Imperialismus nutzbar zu machen strebt die nicht zu besänftigende Todfeindschaft aller kapitalistischen Staaten gegen Räte-Rußland und die Generaloffensive der Weltbourgeoisie gegen das Proletariat. Er baut auf die Gunst der Stunde.

Der englische Imperialismus wird scheinheilig kaum selbst sofort das Schwert gegen Sowjet-Rußland aus der Scheide reißen. Er wird voraussichtlich die trockene Mordwaffe der Blockade gebrauchen, wird andere Länder zu dem gleichen Vorgehen bestimmen. Dazu wird er gegen den Arbeiter- und Bauernstaat andere Mächte mit bewaffneter Hand kämpfen lassen. Die englischen Sovereigns werden sich in tödliches Blei und mörderischen Stahl verwandeln. Sie werden die russischen Gegenrevolutionäre jeder Färbung sammeln und aufs neue zur Anzettelung von Verschwörungen und Aufständen anreizen. Edelvalutarische Pfunde Sterling werden die baltischen Randstaaten, werden Polen, Rumänien, Bulgarien und andere Länder noch als Vasallen und Landsknechte des englischen Imperialismus gegen Sowjet-Rußland in den Krieg treiben. Mit und durch Polen kann und soll womöglich Frankreich seine

gewaltige Militärmacht wider dieses erproben und Deutschland als Blachfeld der greuelreichen Auseinandersetzung in den Vernichtungsfeldzug einbezogen werden. Die baltischen Nachbarn der russischen Räterepublik und Polen brachten den Vertrag zur Einschränkung der Rüstungen zum Scheitern, den diese mit ihnen schließen wollte. Marschall Foch, der „Degen" des imperialistischen Frankreichs, inspizierte in Warschau und Prag die mit dessen Geld ausgehaltenen polnischen und tschechoslovakischen Truppen. Eine englische Militärmission besuchte Rumänien. Der König Englands — eine Puppe an Curzon's Draht — besuchte den König Italiens, der augenblicklich Mussolini's Marionette ist. Curzon's Ultimatum ist die Kriegstrompete, die den Weltkapitalismus zum Angriff auf Sowjet-Rußland ruft und damit einen neuen Weltkrieg ankündigt.

Die schaffenden Massen Sowjet-Rußlands haben sich in den Jahren des Bürgerkriegs mit Blut und Tränen ihre magna charta, ihren Rechtsbrief als Nation geschrieben. Sie haben die Nation geschaffen, indem sie als Klasse im revolutionären Kampfe die Staatsgewalt ergriffen, die einheimischen und ausländischen Feinde ihrer Freiheit überwanden und mit der Räterepublik den Arbeiter- und Bauernstaat aufrichteten. Sie haben um höchsten Preis Jahre des Friedens erkauft, in denen sie die angespannteste Energie daran setzen und schmerzhafte Opfer dafür bringen, daß auf einem Trümmerfeld eine kommunistisch orientierte Wirtschaft entsteht. Diese schaffenden Massen empfanden das englische Ultimatum gleich einem Peitschenhieb ins Gesicht. Die Bourgeoisie Deutschlands, die so hochfahrend mit ihrer Kultur prunkt, so lärmend von der Ehre und Würde der Nation deklamiert, als die sie sich spreizt, kuscht hundedemütig vor jedem Stirnrunzeln der Ententemächte, liefert den französischen Hüttenbaronen und ihren Poincarés die Wirtschaft des Reichs aus, seine finanzielle und politische Selbständigkeit und Unabhängigkeit, ja sie ist bereit, sich mit seiner Zerstückelung und Zerreißung abzufinden. Die „stumpfsinnigen, analphabetischen, passiven" russischen Arbeiter und Muschiks hingegen bäumten sich mit elementarer Kraft wider Inhalt und Ton des Curzonschen Diktats auf. Sie stellten sich wie ein Mann hinter ihre Sowjetregierung, um als wirkliche lebendige Nation die Ehre, das uneingeschränkte Selbstbestimmungs- und Entscheidungsrecht des „Vaterlandes" zu verteidigen, das ihr ureigenstes Werk ist, das Werk der proletarischen Revolution. Welch ein Schauspiel, und welche Lehre!

Ungleich den Gepflogenheiten in kapitalistischen Staaten kein zweideutiges, handwerksmäßiges Geflüster über die Situation in wohlabgesperrten, muffigen Diplomatenzimmern; kein Beugen der Millionen unter fertige Beschlüsse, die sie materiell und moralisch mit Skorpionen züchtigen. Die Massen der Werktätigen selbst erscheinen in Sowjet-Rußland als Mitwirkende und Mitbestimmende bei der Antwort an das imperialistische England auf der geschichtlichen Bühne. Am 12. Mai in Moskau, dann in Petersburg, diesen „roten" Zentren des politischen Lebens, treten die Sowjets zusammen. Hier, vor Zehntausenden von erwählten, verantwortlichen Vertretern des Proletariats, des schaffenden Volks, sprechen die großen Baumeister der Räterepublik, die kühnen Führer der Revolution über das Ultimatum und die Perspektiven, die

es eröffnet. Sie legen Rechenschaft ab über ihre Politik, sie entwickeln und begründen ihre Auffassung der Situation, sie prüfen und wägen gewissenhaft das Für und Wider der praktischen Schlußfolgerungen, die sie daraus für die Antwort der Sowjetregierung ziehen. Die Massen der Arbeiter und Bauern tun ihre Meinung, ihren Willen nicht bloß durch Zwischenrufe, Reden und Beschlüsse ihrer Vertreter in den Sowjetversammlungen kund. In Zehntausenden, zu Hunderttausenden sind sie in den Straßen aufmarschiert, um den englischen Imperialisten, den Kriegs- und Ausbeutungslüsternen der ganzen Welt zuzudonnern: Wir stehn gerüstet, wir, die „rote" Vorhut eines Volks, das sich selbst befreite, das den Frieden will, das aber bis zum letzten Blutstropfen für seine Freiheit und Selbständigkeit kämpfen wird. Wie in Moskau und Petersburg, also in allen Industriezentren, in den großen und kleinen Provinzstädten. In den Dörfern strömen die Bauern aus ihren Hütten zusammen mit der Losung: alles für den Frieden, alles für die Sowjetmacht!

Eine gewaltige, einheitliche Volksbewegung von höchstem Schwung brandete durch die Sowjetrepubliken. Die unvergleichliche Demonstration von Millionen, daß die Regierung keines Landes so fest und vertrauensvoll von den Schaffenden getragen wird, als diejenige des Arbeiter- und Bauernstaats, daß hier die Regierenden Beratende und Führende sind, nicht aber Herrschende und Unterdrückende. Massen und Führende waren eines Sinnes und eines Willens in der Stellungnahme zum Ultimatum. Mit Entschlossenheit und Selbstvertrauen antworteten sie Curzon: Keine Prestigepolitik, aber auch keine Demütigung, keine Kapitulation! Alles für den Frieden, aber auch alles für Sowjetrußlands Recht und Freiheit! Genosse Tschitscherin, Volkskommissar für das Auswärtige, erklärte: „Die Arbeitermassen Sowjetrußlands werden sich der Gewalt der kapitalistischen Regierungen nicht unterwerfen . . . Auf die Herausforderung, auf die Drohung des Lord Curzon müssen wir mit ruhiger Entschlossenheit, kraftbewußt antworten, ohne auf die Herausforderung, die Provokation einzugehen. Die Sowjetrepubliken lassen sich nicht erniedrigen. Ihre ruhmbedeckten Fahnen neigen sich nicht vor den ausländischen Gewalthabern . . . Zugleich werden wir allen Völkern zeigen, daß nicht wir die Friedensbrecher, nicht wir die Initiatoren des Bruches sind . . . Man setzt uns die Pistole auf die Brust in der Form eines Ultimatums, wir aber antworteten darauf ruhig damit, daß wir Verhandlungen zweier gleichberechtigter Parteien vorschlagen. Wir lehnen jede Verantwortung für die Erhöhung der Kriegsgefahr ab. Wir erwarten fest unseren Feind vor unserer Schwelle, und wir denken, daß er nicht den Mut haben wird, uns anzugreifen. Wir rechnen darauf, daß vor der geschlossenen Abwehr der Arbeitermillionen der Sowjetrepubliken die uns drohenden Militaristen zurückweichen werden." Genosse Trotzki gab dem Ernst der Stunde in lapidaren Sätzen Ausdruck. „Verflucht sei jeder in unseren Reihen", so rief er aus, „der seine Stimme für einen Angriff, für einen Krieg erhebt . . . Wir wollen den Frieden über alles, selbstverständlich nicht um den Preis der Kapitulation . . . Die Ententemächte sind gewohnt, nur im Kommandotone zu Vasallenstaaten zu sprechen. Darauf sagen wir, daß

die Kommandoworte nicht bis zum roten Moskau dringen . . . Zu Zugeständnissen sind wir bereit, aber nur auf Grund von Vereinbarungen, Verträgen, nur auf Grund unserer Unabhängigkeit und Gleichberechtigung . . . Die Rote Armee und die Rote Flotte, die eine friedliche Arbeit wünschen, werden ihre Pflicht immer erfüllen."

Die Sowjetregierung hat bei ihrer Auseinandersetzung mit Curzon's Anmaßung und Kriegstreiberei den vorgezeichneten Kurs mit fester Hand gesteuert. Noch ehe daß die zehntägige Frist für ihre Entscheidung abgelaufen war, beantwortete sie das Ultimatum. Sie stellte vor allem Sowjetrußlands Recht fest zur selbständigen Regelung der eigenen staatlichen Angelegenheiten. Sie verwies darauf, daß die beschlagnahmten Fischkutter bereits freigegeben seien, und daß die Frage der staatlichen Hoheitsrechte über angrenzende See allgemein international durch Abkommen geregelt werden müßte. Zur Beilegung der von Englands Regierung aufgeworfenen Streitfragen schlug sie eine englisch-russische Konferenz vor. Curzon wies die sowjetistische Note mit hochmütiger Handbewegung als ungenügend zurück, wagte aber trotzdem nicht, die durch sie eingeleiteten Verhandlungen abzubrechen. Ein persönlicher Meinungsaustausch zwischen ihm und Genossen Krassin ergab nur eine mündliche Wiederholung des Diktats. Die Sowjetregierung ist sich bewußt, daß sie nicht wie die englische Bourgeoisregierung einen Krieg mit Gold bezahlt, sondern mit dem unendlich kostbareren Blute russischer Arbeiter und Bauern. Sie wertet den Frieden nach seiner vollen Bedeutung für die Ausgestaltung der Räteordnung, für den wirtschaftlichen Aufbau in Rußland, für die Wiederaufrichtung des zerrütteten Europa und den Befreiungskampf des Weltproletariats. Um dem Arbeiter- und Bauernstaat, um der Welt den Frieden zu bewahren, ist sie bis an die äußerste Grenze von Zugeständnissen an die imperialistischen Forderungen gegangen. Unter Betonung ihres Rechtsstandpunktes und der Gründe ihres Verhaltens ist sie ihnen in allen Punkten entgegengekommen. Nur dem einen Ansinnen konnte, durfte sie nicht nachgeben. Unbeugsam mußte sie das Recht der Sowjetrepubliken festhalten, frei, selbständig die ihnen gutdünkende Orientpolitik zu treiben, mit ihrer Vertretung im Auslande Persönlichkeiten zu betrauen, die in erster Linie und vor allem ihr Vertrauen genießen. So lehnte sie nach wie vor ab, die den englischen Imperialisten verhaßten Gesandten in Teheran und Kabul abzuberufen wie auch den Genossen Klischko in London. Sie erklärte sich jedoch ebenso nach wie vor bereit, alles von der englischen Regierung zusammengelegte Material zu prüfen und über den ganzen Komplex der aufgerollten Streitfragen auf einer englisch-russischen Konferenz zu verhandeln. Selbstverständlich unter der unerläßlichen Vorbedingung vollständiger Gleichberechtigung und Gleichstellung beider Mächte. Wie die Antwortnote ausdrücklich hervorhebt, begreift das in sich die Einstellung der Unterstützung weißgardistischer, monarchistischer und sonst sowjetfeindlicher Elemente durch die Regierung Englands und die Regierungen seiner Dominions und Kolonien.

Sowjetrußland hält, was seine werktätigen Massen und ihre Führer gelobten. Wird sich der englische Imperialismus, der Weltkapitalismus dadurch bestimmen lassen, auf seine Ueberfalls- und Vernichtungspläne

gegen den Arbeiter- und Bauernstaat zu verzichten? Zur Stunde, da dieser Artikel in die Presse gehen muß, ist die von ungezählten Millionen heiß ersehnte Entspannung der Lage noch keineswegs sicher. Zwar wenden sich in England Teile der Bourgeoisie, namentlich Handelskapitalisten und Liberale gegen Curzon's Haß- und Gewaltpolitik. Allein ihre Gegnerschaft ist kein unerschütterlicher Schutzwall für den Weltfrieden. Die von Curzon heraufbeschworene englisch-russische Krise ist ja nur Ausfluß der gewaltigen weltgeschichtlichen Krise aller Krisen, die unser Zeitgeschehen beherrscht: das Ringen zwischen proletarischer Revolution und bürgerlicher Gegenrevolution. Deshalb ist nur eine Faust stark genug, dem Friedensfrevler Curzon die erhobene Mordwaffe gegen Sowjetrußland aus der Hand zu schlagen. Die Faust der proletarischen Massen, die sich in allen Ländern und insbesondere in England auf ihre Klassenpflicht gegen den ersten und einzigen Friedens- und Freiheitsstaat besinnen, den proletarischer revolutionärer Wille geschaffen hat. Die Executive der Kommunistischen Internationale hat die Arbeiter der Welt zur Pflichterfüllung gerufen. Mit ihrer leidenschaftlichen Glaubensseligkeit, der aus bittersten Enttäuschungen immer wieder neue Hoffnungen erwachsen, haben die russischen Proletarier sich an ihre Brüder und Schwestern des Auslands gewandt. Die Sowjets von Moskau, Petersburg — um nur sie zu nennen — beschlossen Aufrufe an die Arbeiter aller Länder, an die Arbeiter Englands im Besonderen, an die englische Arbeiterpartei und ihren Führer Macdonald, der sich Pazifist und Sozialist nennt. Die Gewerkschaftsverbände fast aller russischen Industriezweige traten an die ausländischen Bruderorganisationen, an ihre internationalen Verbindungen mit der Mahnung zu Friedensaktionen heran. Ebenso haben sich die russischen Genossenschaften gerührt, damit ihre friedliche Aufbauarbeit nicht zerschlagen werde.

Als revolutionäre Vorhut der Ausgebeuteten und Unterdrückten haben wohl alle nationalen Sektionen der Kommunistischen Internationale den Kampf wider die Bedrohung Sowjetrußlands und des Weltfriedens aufgenommen. Zumal in den Ländern, die der englische Imperialismus in sein verbrecherisches Abenteuer verstricken möchte. In Deutschland wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen an die Größe der Gefahr und das heilige Gebot internationaler Solidarität erinnert durch einen gemeinsamen Aufruf der Kommunistischen Partei, des Internationalen Aktionsausschusses gegen Kriegsgefahr und Faszismus, der Union der Hand- und Kopfarbeiter, des Verbands der ausgeschlossenen Bauarbeiter, des Deutschen Schiffahrtsbundes, des Internationalen Bundes der Kriegsopfer, des Reichsausschusses der Betriebsräte. Weder die „Warnungen" der reformistischen Führer noch strömender Regen hielten die Proletarier Berlins ab, bei der Ueberführung der Leiche des ermordeten Genossen Worowski nach Rußland durch eine machtvolle Demonstration ihre Solidarität mit der Sache Sowjetrußlands und ihren Protest gegen die imperialistischen Kriegstreiber zu bekunden. Der Internationale Transportarbeiterverband, der der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale angegliedert ist, hat die Arbeiter des Berufs aufgerufen, sich der Kriegsgefahr aktiv entgegenzustemmen. Das Internationale Aktions-

komitee gegen Kriegsgefahr und Faszismus hat den in Hamburg tagenden Einigungskongreß der beiden reformistischen Internationalen aufgefordert, seine Pflicht zu tun, damit die Proletarier aller Länder in unwiderstehlicher Einheitsfront den verhängnisschweren Anschlag des Imperialismus zunichte machen.

Die Tagung hatte kein Verständnis für die eindringliche Mahnung. Der Haß gegen den Kommunismus — wir werden das im nächsten Heft nachweisen — war bei ihr größer, beherrschender, als die Erkenntnis der Situation und ihrer Aufgaben für das Weltproletariat. Jedennoch! Sogar diese Versammlung spürte einen Hauch des Ernstes der Stunde. Die ebenso gemeine als triviale antibolschewistische Hetzrede des russischen Menschewisten Abramowitsch veranlaßte die englischen Delegierten, mit bemerkenswertem Nachdruck die juristische Anerkennung Sowjet-Rußlands, normale Beziehungen zu ihm und die Verurteilung der Curzon'schen Politik der Kriegsprovokation zu fordern, Henderson, der während des imperialistischen Kriegs Minister des englischen Königs war, und seine Freunde der Labour Party, die heute noch gut imperialistisch sind, müssen sich der Stimmung der breitesten Arbeitermassen beugen. Diese Massen sind stark pazifistisch eingestellt. Es hat unstreitig einen tiefen Eindruck auf sie gemacht, daß die Sowjetregierung sich entschieden von der Prestigepolitik bürgerlicher Regierungen losgesagt hat, so fest und entschlossen sie auch das Recht nationaler Selbstbestimmung und Unabhängigkeit wahrt. Der englische Premier Baldwin teilte Henderson als Vorsitzenden der Labour Party mit, er habe gegen die Ultimatumpolitik so viel Protestresolutionen von Arbeiterorganisationen und Arbeiterversammlungen erhalten, daß er nicht im Einzelnen ihren Empfang bestätigen könne und bitte, diese seine Erklärung als Quittung für alle zu betrachten. Aber wird der sich auftürmende Berg von Protestresolutionen ein Riesenhaufen totes Papier bleiben, oder wird der Wortprotest Widerstandsaktion englischer Proletariermassen werden? Das ist die entscheidende Frage, und nicht bloß in England, auch in den anderen kapitalistischen Staaten.

Die Antwort darauf hängt zusammen mit der anderen Frage, ob die Massen der Arbeiter sich endlich aus dem Bann der reformistischen Führer und ihrer bürgerlichen Gedankenwelt lösen und in proletarischer Einheitsfront revolutionär kämpfend gegen die Bourgeoisie aufmarschieren. Sie müssen aus Curzons Aeußerung lernen, daß er eventuell auch ohne Zustimmung des Parlaments mit dem Rätestaat brechen werde. Die bestgedrechselten Protestresolutionen wider den tückischen Ueberfall auf den Friedens- und Aufbaustaat Sowjet-Rußland und den Weltfrieden werden von den Curzons aller Nationen auf den Kehricht gefegt, solange die Arbeiter ihren Führern erlauben, den offenen oder vermummten Imperialismus ihrer Regierungen zu unterstützen und mit der Bourgeoisie ihrer betreffenden „Vaterländer" Koalitionspolitik zu treiben. Das Proletariat tritt erst als entscheidende Friedensmacht an dem Tage auf, wo es rückhaltlos, opferbereit seine großen Schlachten zur Niederwerfung der Bourgeoisie, des Kapitalismus schlägt. Solange dies nicht der Fall ist, bleibt Sowjet-Rußland der einzige Friedensstaat und auch die einzige ernste Friedensmacht. Die proletarische Welt-

revolution allein bringt den Weltfrieden. Sowjet-Rußland ist Vorbote und Vorkämpfer des Weltfriedens, wie es Vorbote und Vorkämpfer der Weltrevolution ist. Der einzige Staat der Welt, in dem die proletarische Revolution triumphiert hat, ist heute der einzige Friedensstaat. Sowjet-Rußland tut angesichts der aufziehenden Kriegsgefahr seine Pflicht als Friedensstaat. Wann endlich werden die Proletarier und Proletarierinnen unter kapitalistischer Herrschaft voll die ihrige tun? Clara Zetkin.

Zum internationalen Kampf gegen die Bestrafung der Abtreibung.

Der Geburtenrückgang gehört in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern zu den bemerkenswertesten Erscheinungen. In Frankreich trat er zuerst in großem Umfange und andauernd auf. Hier fiel die Zahl der Geburten ständig und immer stärker, der Bevölkerungszuwachs erfolgte später nur noch durch die Abnahme der Sterblichkeit, und diese ist nicht groß genug, um auf die Dauer den Ausfall an Geburten wett zu machen. Auch in England setzte der Geburtenrückgang mit steigender Progression ein. Deutschland, das früher zu den kinderreichen Staaten gehört hatte, gesellte sich den beiden hinzu. Auch in anderen Ländern wurde ein Geburtenrückgang verzeichnet. Im allgemeinen zeigte sich, daß die Agrarländer stärkeren Kinderzuwachs haben als die Industriestaaten. Mit der steigenden Industrialisierung nimmt der Geburtenrückgang zu. Natürlich gibt es Ausnahmen. Eine solche ist z. B. Frankreich, wo gerade die bäuerliche Bevölkerung die größte und gewollte Beschränkung der Geburten aufweist.

Der Geburtenrückgang wird in allen Ländern überwiegend gewollt herbeigeführt, sei es durch Verhinderung der Empfängnis, sei es durch Abtreibung der Frucht. Die Verhinderung der Empfängnis wie die Abtreibung werden sehr widerspruchsvoll erklärt und gewertet. Die Einen erblicken in ihnen eine Begleiterscheinung fortschreitender höherer Kultur. Die Frau soll und will nicht bloß „Gebärmaschine" sein; sie soll und will sich als Mensch ausleben, befreit von den Bürden rasch und zahlreich aufeinander folgender Mutterschaft. Die Eltern empfinden mit aller Schwere die Verantwortlichkeit für die Entwicklung und Erziehung ihrer Kinder. Sie wollen weniger, aber leiblich und geistig hochstehende Nachkommen. Es fehlen ihnen die materiellen Mittel, die sozialen Bedingungen, um zahlreiche Kinder gut groß zu ziehen. Andere hingegen betrachten die gewollte Beschränkung der Kinderzahl als Ausdruck zunehmender Sittenverderbnis und Lasterhaftigkeit. Nichts als Egoismus und Genußsucht treibt die Frauen, sich der Mutterschaft zu entziehen. Nur roher Sinnenrausch ist es, den Mann und Weib in ihrer Umarmung suchen, sie scheuen die Mühen und Sorgen der Elternschaft. Und so weiter in der Begründung der sozialen Erscheinung im einen und anderen Lager, mit und ohne Grazie, moralinsauer oder moralinfrei.

In dem einzelnen Fall kann selbstverständlich die Abtreibung wie verhinderte Empfängnis sehr verschiedene Gründe haben, verwerfliche

und achtungswerte. Es sei nur an die sichere Gefahr erinnert, physische oder psychische erbliche Belastung als furchtbares Verhängnis auf ein neues Leben zu übertragen, eine Gefahr, die die Verhinderung dieses Lebens zur sittlichen Pflicht macht. Jedoch für die richtige Beurteilung der Abtreibung, um bei dieser zu bleiben, kommen nicht der Einzelfall und die oft vielfach verschlungenen Einzelmotive in Betracht. Maßgebend ist, was die Abtreibung zur Massenerscheinung macht. Als Massenerscheinung betrachtet, darf man aber den Abortus nicht als Ausdruck höherer Kultur ansprechen. Geburtenrückgang als Folge verhinderter Empfängnis oder Abtreibung tritt bei Völkerschaften niederster Kulturstufe auf. Diese Tatsache weist auf die soziale Wurzel der Massenerscheinung hin. Es ist der außerordentlich enge Spielraum für Nahrung und Lebensfürsorge, es ist die rückständige, armselige Wirtschaft jener Völkerschaften, die die Geburtenbeschränkung bestimmt. Jeder Mund mehr wird als Konkurrent für die dürftigen Nahrungsmittel gefürchtet. Die Völkerkunde und die Geschichte berichten von Völkerschaften, bei denen die Geburtenbeschränkung zum Aussterben geführt hat, weil es ihnen nicht gelang, durch höhere Formen ihrer Wirtschaft die engen Grenzen ihrer Nahrungsfürsorge zu erweitern. Völkerschaften dagegen, denen dieser Fortschritt gelang, vermehrten sich allmählich stärker, Kinderreichtum ging bei ihnen mit dem größeren Reichtum an materiellen Gütern Hand in Hand.

Die Geschichte meldet auch Geburtenrückgang bei hochstehenden Kulturvölkern. Schriftsteller des klassischen Altertums beklagen und verdammen es, daß in Griechenland und Rom viele Frauen nur noch eine kleine Zahl Kinder großziehen oder auch gar nicht mehr Mütter sein wollen. Bei Griechen und Römern handelt es sich dabei um die Zeiten des Verfalls, der Auflösung der alten Ordnung und Kultur, und die bitter getadelte Erscheinung war so gut wie ausschließlich auf die Frauen der Besitzenden und Herrschenden beschränkt. Das Herumdrücken um die Mutterschaft bei zügellosestem Geschlechtsverkehr war tatsächlich der Ausfluß grober Selbstsucht, wilder Genußgier, von Trägheit und anderen Lastern, die von Ueberfluß und Müßiggang erzeugt wurden. In ihm offenbarte sich der Verfall der Sitte und Sittlichkeit eines Volkes, oder richtiger der oberen Schichten eines Volkes, die arbeitslos nicht nur zu leben, sondern zu vergeuden vermochten. Auch diese historischen Lehren tragen zum Verständnis der Abtreibung in den modernen Zeiten bei.

Als soziale Massenerscheinung untersucht, enthüllt sich als letzte und stärkste Wurzel des freiwilligen Abortus Nahrungsmangel und Nahrungsknappheit, mangelnde Sicherheit der Lebenshaltung und Lebensentfaltung. Das scheint ein toller, grasser Widerspruch, eine bare Unmöglichkeit. Wie? Gehört nicht gerade eine früher ungekannte, ja kaum in Märchen geahnte Steigerung des materiellen und kulturellen Reichtums und damit der Beschaffung und Sicherheit aller Lebensnotwendigkeiten zu den historischen Leistungen des Kapitalismus? Unter seiner Herrschaft pflügen Riesendampfer die Ozeane, durchqueren Eisenbahnzüge die Länder und bohren sich durchs Gebirge, sammeln die Naturgüter und Produktionsfrüchte in Nord und Süd, in Ost und West und ermöglichen ihren raschen Austausch, Telegraf, Telefon und Funken-

stationen tragen die Kunde von der Nachfrage nach Dingen, die des Leibes Notdurft und Nahrung dienen, im Nu über den Erdball, berichten darüber, daß es hier Ueberfluß, dort Mangel gibt. Die Wissenschaft hat der Natur eine reiche Fülle ihrer früheren Geheimnisse entrissen, hat den Menschen immer mehr von den Gesetzen und Kräften ihres Webens und Waltens kennen gelehrt. Die Natur ist aus einer unumschränkten strengen Herrin des Menschen innerhalb sehr weiter Grenzen zu seiner gefügigen Dienerin geworden. Er ist für die Sicherung seiner Existenz geradezu unabhängig geworden von dem natürlichen Milieu seines Wohnorts, von Jahreszeit, Klima, Witterung etc. Und angesichts dieses Standes der Dinge sollen Menschen um die Füllung ihres Magens, um Wohnung und Kleidung bangen, sollen Kinder als Mehrer ihrer Sorgen und Lasten, als Räuber von Brot und Lebensannehmlichkeit fürchten, den Wilden gleich, die auf der Stufe der Such- und Sammelwirtschaft, des primitiven Fruchtbaus etc. auf die freiwilligen Gaben der Natur angewiesen sind oder vor ihrer Ungunst zittern! Die soziale Verknüpfung zwischen Not oder Furcht vor Not und der Abtreibung scheint in unserer Zeit ein Wahnsinn, und doch ist sie Wirklichkeit, harte, graue kapitalistische Wirklichkeit.

Entscheidend für die Frage nach der Ursache des Abortus ist in der bürgerlichen Ordnung keineswegs die riesige Ergiebigkeit der kapitalistischen Wirtschaft mit ihren vielgestaltigen Möglichkeiten menschlicher Existenzsicherung. Diese kapitalistische Wirtschaft hat ja als Ziel die Abwerfung von Profit für die Besitzer der Produktionsmittel, die Herren des Wirtschaftsapparates, nicht aber die Deckung des Bedarfs aller Gesellschaftsmitglieder. Ob die einzelne Familie oder das einzelne Weib Kinder zu ernähren und zu erziehen imstande ist, darüber besagt es garnichts, daß in der Gesellschaft des Kapitalismus die reichsten Möglichkeiten der Lebensfürsorge vorhanden sind und erzeugt werden können. Ein kaltes, grausames Ding drängt sich zwischen Möglichkeit und Wirklichkeit. Es ist der Besitz und seine Verteilung. Nur jenen kommen die vorhandenen Möglichkeiten der Ernährung und Erziehung von Nachkommen zugute, die bei der Verteilung von Besitz und Einkommen zehnmal, hundertmal hier! hier! gerufen haben und entsprechend bedacht worden sind. Die Proletarier, die große Mehrzahl der kleinen Handwerker, Geschäftsleute, Bauern, Angestellten, Beamten, „Intellektuellen" gehören nicht zu jenen klugen Leuten. In dieser besten aller Welten können sie nicht einmal die Früchte ihrer eigenen Arbeit genießen. Auf die legt der Kapitalist Beschlag und gibt ihnen dafür nicht einen Pfennig mehr und gern ein paar Pfennige weniger, wie er ihnen nach den ungeschriebenen, aber unerbittlichen Gesetzen des Marktes zahlen muß.

Millionen existieren oder besser vegetieren heute unter uns, die gleich den Wilden im dunkelsten Afrika oder auf den kulturärmsten Südseeinseln aus der Hand in den Mund leben und darbend, hungernd nicht einmal wie sie die an ihrem Wege lockende Frucht brechen dürfen, denn diese ist heiliges Privateigentum, der Polizist steht neben ihr und das Gericht straft für ihren „widerrechtlichen" Genuß. Unter diesen Millionen wächst die Zahl der Männer und Frauen, die mit Entsetzen

daran denken, daß ihre Liebe fruchtbar ist und neues Leben zeugt. Manche von ihnen mögen Kindersegen als die Ursache verschärfter Mühsal, Sorgen und armseligster Lebensgestaltung scheuen. Andere hinwiederum denken nur an die Freudlosigkeit und Pein, an das schwere Schicksal, das das Erbteil ihrer Kinder sein würde. Aus Verantwortlichkeitsgefühl und unter bitteren inneren Konflikten entschließen sie sich zur Beschränkung der Kinderzahl oder zur Kinderlosigkeit. Bei all dem ist zu berücksichtigen, daß „Not" ein dehnbarer Begriff ist, und daß ihr Grad zum großen Teil von dem gewohnten Lebensstandard abhängt. Für die einen beginnt schwarzes Elend und mit ihm der materielle und moralische Zwang zur Abtreibung, wenn für das zu erwartende Kind nicht mehr die Schlafstätte vorhanden sein würde, die es mit seinen Geschwistern teilen müßte. Für andere ist die Unabweisbarkeit der Geburtverhinderung dann gegeben, wenn die Gewißheit fehlt, einem Kinde mehr eine sogenannte höhere Bildung zu geben. Die Abtreibung als soziale Massenerscheinung hat die ganze, schier endlose Skala materieller und kultureller Nöte unserer Zeit zur Voraussetzung, einer Zeit voller höchster Gegensätze und Widersprüche.

Es ist unstreitig einer dieser Widersprüche, daß ehe die nagende Not die Abtreibung zur Massenerscheinung in den breiten Schichten der Güterlosen und wenig Begüterten werden ließ, sie schon eine gang und gäbe Praxis in den Kreisen von „Besitz und Bildung" gewesen ist. Hier können alle vorhandenen Möglichkeiten für beste Pflege und sorgfältigste Erziehung einer zahlreichen Kinderschar ausgenützt werden. Aber gerade hier ist die freiwillige Beschränkung der Kinderzahl — meist mit Hilfe des „vertrauenswürdigen Hausarztes" — geheiligte Familientradition und Familiengesetz. Der große Familienbesitz darf nicht in viele kleine Erbteile zersplittert werden. Das Familienansehen verlangt, daß jedem Kind eine entsprechend „großzügige", luxuriöse Lebensgestaltung verbürgt sei. Der „geniale" Finanzfürst, der „weitausschauende" Industrieführer kann sich nicht allzuoft bei seinen Geschäften durch Aussprachen und Sorgen belästigen lassen, seine hoffnungsvollen Nachkommen betreffend. Die „berühmt schöne" Figur der repräsentationsverpflichteten Dame darf nicht durch häufige Mutterschaft entstellt werden. Die Freuden einer Sommer- oder Winterreise vertragen keine Störung durch Schwangerschaft, Niederkunft und Stillmonate. Wenn irgendwo von Sittenverrohung und Sittenverlotterung als Grund der Abtreibung gesprochen werden kann, so ist es oft genug in den Kreisen der Reichen und Sehrreichen. Womit nicht gesagt sein soll, daß der Wunsch, sich ernster Pflichterfüllung zu entziehen, daß Sittenverrohung und Sittenverlotterung nicht auch in den Tiefen der Gesellschaft Abtreibungen veranlassen. Wir leben in der Niedergangsperiode des Kapitalismus, der bürgerlichen Ordnung. Die alten sozialen und moralischen Bindungen lösen sich und zerreissen, die neuen bilden sich allmählich heraus und sind noch nicht gefestigt. Es wäre ein Wunder, wenn sich die Schaffenden dem Einfluß dieser Zustände und dem Beispiel der Herrschenden zu entziehen vermöchten.

Halten wir fest im Auge, was aus den vorstehenden Darlegungen hervorgeht. Es tritt dann lichtvoll hervor, wie ohnmächtig und verlogen

die bürgerliche Gesellschaft dem Abtreibungsproblem gegenübersteht; wie kurzsichtig, grausam und grundverkehrt namentlich die bürgerliche Gesetzgebung und Rechtspflege in der Frage des Abortus ist; wie ausgesprochen die Praxis dieser Gesetzgebung und Rechtspflege den Charakter einer empörenden Klassenjustiz gegen die werktätigen Massen trägt. Der Kampf dagegen ist brennend notwendig und zwar als international geführter Kampf. International treten in Verbindung mit der Abtreibung als soziale Massenerscheinung die gleichen Fragen und Nöte vor das Proletariat, das Volk der Arbeit und namentlich vor die Frauen. Es ist Pflicht, die Schlußfolgerungen daraus zu ziehen, jedoch handelnd, aktiv, unwiderstehlich, und nicht etwa papieren.

Die Abtreibung ist in allen bürgerlichen Staaten vor dem Gesetz strafbar. Das „Verbrechen wider das keimende Leben" wird als eine Art Mord betrachtet und mit mehr oder minder harten Strafen geahndet. Dem liegt überwiegend die kirchliche Auffassung zugrunde, daß der Abortus eine schwere Sühne wider das „göttliche Gebot" der Schöpfungslegende sei: „Seid fruchtbar und mehret Euch". Diese Sünde heischt umso mehr Sühne, als nach der kirchlichen Auffassung mit dem Fötus eine Seele getötet wird. Theologen haben darüber gestritten, ob diese Seele, weil ungetauft, der ewigen Verdammnis überliefert oder, weil unschuldig dem Taufwasser entzogen, dank himmlischer Gnade gerettet werde. Es sind Fälle bekannt geworden, wo streng katholische Bäuerinnen durch die Hebamme oder Nachbarinnen eine Art Nottaufe an dem Fötus vollziehen ließen oder selbst vollzogen und diesen dann unter Gebet und mit Beobachtung des kirchlichen Ritus begruben.

Solche Vorkommnisse reden erschütternd davon, welche zerwühlende Tragödie die Abtreibung sein kann. Ist es nicht überraschend und scheint wiederspruchsvoll, daß die bürgerliche Gesellschaft, die so gern mit ihrer „Aufklärung" prunkt, den Reflex beschränktester kirchlicher Dogmatik in ihrer Gesetzgebung festgehalten hat? Es erklärt sich das weniger aus dem unmittelbaren Einfluß klerikaler und konservativer Parteien auf die Schaffung des bürgerlichen Rechts. Besonders stark hat bei den einschlägigen Strafbestimmungen der Wille der bürgerlichen Gesetzgeber mitgesprochen, „die Familie zu festigen", sie „in der Erreichung ihrer Zwecke" zu schützen.

Es ist dies ein Motiv, das sich durch die gesamte bürgerliche Gesetzgebung zieht. Siehe z. B. die Gesetzgebung der meisten kapitalistischen Staaten über die Ehescheidung, das Recht der ledigen Mutter, des unehelichen Kindes etc. Die bürgerliche Familie ist trotz ihrer dichterischen und moralischen Verklärung ihrem tiefstem Wesen nach eine Institution des bürgerlichen Eigentums. In ihr „schützt" der ehrsame Bourgeois, der in jeder anderen Beziehung auf die „Familie" pfeift, das bürgerliche Eigentum, die bürgerliche Ordnung. Je mehr der Kapitalismus und seine Auswirkungen diese bürgerlichen Herrlichkeiten unfreiwillig auflösen und zerstören, umso stärker wird der Drang der Bourgeoisie, sie als Säulen ihrer Klassenherrschaft zu erhalten und zu schützen. Zumal den Proleten soll heilig sein, was dem Kapitalistenklüngel nützlich ist. Zu der „Hochachtung vor der Familie und ihren Zwecken" tritt gegenüber dem Abtreibungsproblem bei der Bourgeoisie noch ein anderer „ernster" Grund.

Es ist die Sorge um die Erhaltung von genügend Maschinen- und Kanonenfutter. Die Ziffern der Statistik über den anhaltenden und steigenden Rückgang der Geburten ängstigen die Kapitalisten. Solange die Abtreibung in der Hauptsache eine Gepflogenheit, ja eine „Pflicht" der Besitzenden war, verstaubten alle Gesetzestexte dagegen in den Archiven oder wurden mit äußerster Laxheit gehandhabt. Erst als die Abtreibung Massenerscheinung wurde, bedrohte sie das „Volk", die Sittlichkeit, das „Vaterland" und etliches andere noch. Denn die Massen der Werktätigen müssen Produzenten von Menschenmaterial für den Kapitalismus bleiben. Dieser bedarf nicht bloß genügend Menschenmaterial, er bedarf überschüssiges Menschenmaterial, damit er seine Sklaven in Konkurrenz gegeneinander treiben und ihre Löhne herunterdrücken kann. In der Periode der rapiden kapitalistischen Entwicklung der Welt besinnen sich alle bürgerlichen Staaten auf ihre alten Strafbestimmungen gegen den Abortus, neue schärfere wurden geschaffen, und oberster Grundsatz ist überall die Strenge der Handhabung gegen die Proletarierinnen, die Frauen des schaffenden Volkes. Alle Redensarten der Bürgerlichen über die physische Schädlichkeit und die moralische Verwerflichkeit der Abtreibung verdecken nicht die Tatsache, daß die betreffenden Paragraphen des Strafrechtes in ihrer Praxis lediglich eine Klassenjustiz gegen die Proletarierinnen darstellen.

Trotz der Gesetzestexte und der zunehmenden Strenge ihrer Handhabung ist die Zahl der Abtreibungen groß und wächst, wächst entsprechend der Zuspitzung der Verhältnisse im Zeitalter des Imperialismus und der Verelendung breiter Massen. Das geht aus der Zahl der Verurteilungen gegen Abortus hervor, aus den Statistiken von Krankenkassen über Früh- und Fehlgeburten, aus den Berichten vieler Aerzte. Bei der Bewertung all dieser einschlägigen Angaben muß das Folgende berücksichtigt werden. Nur der kleinste Teil der Abtreibungen kommt zur ärztlichen Behandlung, zur Anzeige bei den Behörden, zur Verurteilung. Die Zahl der Fälle, in denen Frauen ihre Gesundheit, ja ihr Leben aufs Spiel setzen, um ihre Leibesfrucht abzustoßen, ist ungleich viel größer, als die Ziffern erkennen lassen. Kaum annähernd läßt sich der Umfang der Abtreibungen abschätzen, die meist unter den ungünstigsten hygienischen Umständen erfolgen und eine geradezu riesige Einbuße an Gesundheit und Lebenskraft des weiblichen Geschlechts, der gesamten Bevölkerung bedeuten. Es liegt auf der Hand, daß der geschwächte und zerrüttete Organismus der Mutter den Kindern verhängnisvoll wird, die nach einem folgenschweren Abortus oder wiederholten Abtreibungen geboren werden. Für das Vorstehende einige Beweise.

Der Abtreibungsparagraph des Baseler Kantongesetzbuches wird nach Bedarf auch außerhalb seines eigentlichen Geltungsbezirks in der „freien" Schweiz angewendet. Die „Gutgesinnten" und „Moralischen" zetern über seine „laxe" Handhabung. In dem Jahrzehnt von 1900 bis 1909 sind auf Grund dieses Paragraphen 103 Verurteilungen erfolgt, was bei der Bevölkerungszahl der Schweiz und „laxer" Praxis immerhin eine richterliche „Leistung" ist. Dabei wird Genf der Vorwurf gemacht, daß dort der Abortus geduldet werde, und daß 80% aller

Hebammen gewerbsmäßige Abtreiberinnen seien. In Schweden ist die Zahl der bestraften Abtreibungen von 3,04 auf 100000 Einwohner im Jahre 1890 auf 20 im Jahre 1903 gestiegen. Die kleinen Niederlande hatten in einem Jahrzehnt nicht weniger als 1924 Verurteilungen wegen Abortus. In Oesterreich ist die Anzahl der Früh- und Fehlgeburten in Krankenanstalten binnen 20 Jahren von 400 auf 4500 gestiegen. 74% dieser Fälle sollen „kriminell" sein, d. h. absichtlich herbeigeführt. Für die Tschechoslowakei wurden im Durchschnitt der letzten Jahre jährlich 65000 Abtreibungen geschätzt mit 2600 Todesfällen. 50000 der Frauen sollen krank und siech zurückgeblieben sein! Wenn die Tschechoslowakei auch 13 Millionen Einwohner zählt, so sind diese Zahlen doch erschreckend. Kürzlich stand im Parlament der jungen Republik ein Gesetzentwurf zur Debatte, „betreffend das keimende Leben". Seine Behandlung ist noch nicht abgeschlossen.

Frankreich ist das klassische Land des Geburtenrückgangs und der Abtreibung. Diese ist eine alte, „bodenständige" Gepflogenheit. Wie wir in der „Ouvrière" (Die Arbeiterin) lesen, dem Frauenorgan der Kommunistischen Partei Frankreichs, wurden 1660 in dem Prozeß der Hebamme Constantin in einem Jahre 600 Frauen des Abortus für schuldig befunden. Die gewollte Beschränkung der Kinderzahl ist bekanntlich unter der bäuerlichen Bevölkerung fest eingebürgert. Der französische Klein- und Zwergbauer ist ein Fanatiker des Zweikindersystems, um sein kleines Besitztum nicht durch Erbteilung auf viele Nachkommen zu zersplittern. Vor der großen Revolution konnte sich die Aristokratie den Luxus zahlreicher Nachfahren gestatten. Es gab eine Unzahl geistlicher und weltlicher Pfänder und Privilegien für die Versorgung ihrer Söhne und Töchter. Die Damen des Hofes waren nichts destoweniger gute Kundinnen abtreibender Aerzte, Quacksalber und Hebammen. Unter der Großbourgeoisie und dem „guten Bürgerstand" nahm die Praxis des Abortus rasch überhand. Verhältnismäßig spät erst verbreitete sie sich im französischen Industrieproletariat.

Ungezählte ledige Frauen wurden durch Artikel 340 des französischen Zivilrechts zur Abtreibung veranlaßt: „Die Nachforschung nach der Vaterschaft ist verboten." Er ist der Triumph der bürgerlich-individualistischen Auffassung von der „freien Persönlichkeit" und ihrer Loslösung von allen sozialen Pflichten, die sie binden können. Der Code civil hat neben der „Freiheit der Persönlichkeit" nicht die Solidarität der Persönlichkeit mit anderen Persönlichkeiten berücksichtigt, zusammengefaßt in der Gesellschaft. Deshalb fehlte in ihm diese nötige Ergänzung des Artikels 340: Die Gesellschaft hat die Pflicht, für den Unterhalt und die Erziehung der Kinder zu sorgen. Das Verbot der Nachforschung nach der Vaterschaft gab in sehr vielen Fällen die ledige Mutter der Verzweiflung preis, weil sie nicht wußte, wie sie niederkommen, wie sie für das sich unter ihrem Herzen regende Leben sorgen sollte. 1912 ist der berüchtigte Artikel 340 aufgehoben worden. Die Gesetzgeber hofften dadurch, dem Sinken der Geburtsziffer entgegenzuwirken, denn die Bevölkerungsabnahme schreckte das bürgerliche Frankreich, das wie hypnotisiert auf das imperialistische Deutschland, seine hohe und stärker wachsende Volkszahl starrte. Allein die Reform

des Zivilrechts hat die Abtreibungen so wenig vermindert, wie andere Mittel zu diesem Zweck. Dazu gehört auch das schlimmste und nutzloseste von allen: Die frühere gewohnheitsmäßige Nachsicht gegen den Abortus ist größerer Strenge gewichen. Die Abtreibungsprozesse sind häufig und enden meist mit strengen Verurteilungen. Ihre Opfer sind so gut wie ausschließlich Proletarierinnen, arme Bäuerinnen, Kleinbürgerinnen und „kleine" Hebammen. Die Damen der Bourgeoisie und Aristokratie mit ihren Aerzten und Hebammen von Ruf kommen nicht vor die Tribunale. Im Jahre 1904 wurden in 6 Pariser Krankenhäusern 1341 Aborte behandelt. Bertillon schätzt die Zahl der kriminellen Abtreibungen in Paris allein auf 50000 bis 70000 im Jahr! Lacassagun schrieb im Jahre 1910 im „Matin", daß auf 700000 jährliche Geburten in Frankreich 500000 Aborte kommen.

Deutschland zeigt in seinen Zuchthausparagraphen gegen die Abtreibung, die §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuchs, wie auch bei ihrer Durchführung die barbarische Strenge, die die Einsichtslosigkeit seiner herrschenden Klassen von jeher charakterisiert. Das Wüten der „amtlichen Organe" gegen den Abortus hat nicht die geringste Aenderung gebracht. Die Abtreibungen nehmen zu, der Geburtenrückgang wächst. Die Bevölkerungsvermehrung, auf die besonders die Schwärmer für die „Erneuerung Deutschlands" durch den Militarismus ihre Hoffnung setzen, ist in unaufhaltsamem Abnehmen begriffen. Es ist unbestreitbar, daß die Abtreibungen ihr Teil zu diesem Ergebnis beitragen. In der „Zeitschrift für Geburtshilfe" für 1917 schätzte Professor Bumm für das angegebene Jahr die Zahl der Aborte in ganz Deutschland auf 300000. 90 Prozent davon bezeichnet er als „kriminell". Von 1890 bis 1900 wurden in Deutschland durchschnittlich 411 Verurteilungen wegen Abortus pro Jahr ausgesprochen, im Jahre 1914 dagegen 1751. Das ist mehr als eine Vervierfachung. In dem „liberalen Musterländle" Baden wie in Württemberg, wo jetzt in der „republikanischen Regierung das Zentrum und der orthodoxe Protestantismus Trumpf sind, wurde auf die Abtreibung geradezu Jagd gemacht.

Im Jahrzehnt vor 1900 kamen auf je 1000 Einwohner im Jahresdurchschnitt Verurteilungen wegen Abortus: In Baden 0,1 Prozent, in Württemberg 0,165 Prozent, 1914 aber 0,47 und 0,46 Prozent. 1921 betrug in dem kleinen Württemberg die Zahl der Verurteilungen für „kriminellen" Abortus 796. Eine schamlose Spitzelwirtschaft sucht in den beiden deutschen „Gliedstaaten" jeden Fall von Abtreibung aufzuspüren und zur Bestrafung zu bringen. An der Sache wird dadurch nicht ein Jota geändert. Der bürgerliche Staatsapparat ist der furchtbaren sozialen Massenerscheinung gegenüber vollständig hilflos. Die schmachvollen Verfolgungen und die grausamen Bestrafungen haben nur eine Wirkung. Die unglückseligen Frauen, die zur erdrückenden Mehrzahl unter dem Drucke der Not gegen ihren Leib und das sich regende Leben wüten, das ihr Fleisch und Blut ist, trachten die Operation zu verbergen. Sie nehmen sie selbst vor, sie vertrauen sich Hebammen, Kurpfuschern, Laien an. Sie bezahlen für die Heimlichkeit des Abortus sehr häufig mit langem oder lebenslänglichem Siechtum, ja manchmal mit dem Tode. Die Bourgeoisdame ist durch ihren Geldsack vor

diesem Schicksal geschützt. Sie sucht ein „Sanatorium" auf oder geht „ins Bad."

Es gibt nur einen einzigen Staat, dessen Gesetzgebung die sozialen Ursachen der Abtreibung richtig würdigt. Es ist der revolutionäre Arbeiter- und Bauernstaat Sowjet-Rußland. Hier bleibt der Abortus straffrei, der in einem öffentlichen Krankenhaus von einem geprüften Arzte vorgenommen wird. Eine Abtreibung, die dieser Vorschrift nicht entspricht, ist strafbar. Im Krankenhaus wird die Abtreibung kostenlos und wie jede andere Krankheit behandelt, das besagt: sie trägt keinen infamierenden Charakter. Berufstätige Frauen, die sich einem Abortus unterziehen, haben Anspruch auf 3 Wochen „Urlaub", Schutzzeit, mit der entsprechenden vorschriftsmäßigen sozialen Fürsorge. Der Arzt, der den Abortus vornimmt, hat die seine Hilfe suchende Frau über die Gefahren der Operation zu belehren. Das Volkskommissariat, Ministerium für das Gesundheitswesen, das die Vorschriften über die gesetzliche Behandlung der Abtreibung schuf, hat außerdem bestimmt, daß eine kraftvolle, planmäßige Agitation zu betreiben sei, die den Frauen die Gefahren des Abortus zum Bewußtsein bringt, wie die Bedeutung einer starken Volksvermehrung für den jungen Rätestaat. Durch diese Maßnahmen strebt Sowjet-Rußland danach, den verhängnisvollen Folgen der heimlichen Abtreibung für die Frauengesundheit entgegenzutreten, möglichst günstige Bedingungen für den operativen Eingriff zu sichern und dadurch dessen Gefahren auf ein Minimum herabzudrücken. Die Zahl der Abtreibungen, die auch in Sowjet-Rußland ungeheuer groß ist, sucht die Rätemacht dadurch herabzusetzen, daß sie sich bemüht, die Schwierigkeiten und Bürden der Schwangerschaft, Niederkunft und Mutterschaft zu erleichtern. Sie begann mit einer beispielgebenden Mutterschafts-, Säuglings- und Kinderfürsorge. Leider hat der Mangel an Mitteln gezwungen, manches abzubauen, was in dieser Beziehung geschaffen worden war. Allein trotzdem ist ein großzügiger Anfang vorhanden, der zielklar, bewußt weiter ausgebaut wird, und von dem die Gesetzgeber und — die Proletarier in kapitalistischen Staaten lernen können. Vor diesem Anfang stand die proletarische Revolution und bahnte ihm den Weg.

Manche Gelehrten und Ungelehrten erhitzt heute besonders die Frage, ob bei unbeschränkter Volksvermehrung die Gesellschaft künftighin genügend zu erzeugen vermöge, um Wohlstand und Kultur für alle ihrer Glieder sicher stellen zu können. Es ist die Frage, die der „Pfaffe Malthus" aufwarf, angesichts des himmelschreienden Elends, das der junge Kapitalismus in England schuf. Malthus beantwortete sie bekanntlich pfäffisch, indem er sexuelle Enthaltsamkeit predigte. Oberstes Gebot zur Lösung der sozialen Frage war ihm: Niemand darf mehr Kinder zeugen, als er bürgerlich gut zu versorgen imstande ist. Natürlich sollte dieses Gebot für die Armen gelten. Wir haben in den vorstehenden Darlegungen nicht an die modernisierte Frage und Antwort des Malthus für die Zukunft gerührt. Uns genügt für heute, für die Gegenwart diese Gewißheit: Die moderne Wirtschaft ist so hoch entwickelt, so reichen Ertrag bringend geworden, daß sie eine erheblich größere Menschenzahl als gegenwärtig kulturwürdig erhalten könnte. Was heute nottut,

was sofort nottut, das ist nicht die Beschränkung der Geburten, sondern die andere, die kommunistische Verteilung der materiellen Güter, der Kulturschätze, die in der zeitgenössischen Wirtschaft erzeugt werden. Wir wissen, daß die sichere Grundlage dieser Verteilung das kommunistische Eigentum an den großen Produktionsmitteln ist. Ferner, daß die geschichtliche Entwicklung die Verwirklichung dieser Forderung vorarbeitet, nicht vorschreibt. Das Proletariat muß sie im Kampfe gegen die Bourgeoisie durchsetzen.

Wir Kommunistinnen sind keine Schwärmerinnen für die Abtreibung. Wir empfinden mit den armen Frauen, die ihren fruchtbaren Leib der Operation unterwerfen. Wie vielen von ihnen würde die Mutterschaft nicht höchstes Glück sein? Wir würdigen auch voll die Bedeutung einer zahlreichen Nachkommenschaft für das Proletariat. Aber wir können uns nicht der Einsicht verschließen, daß die Abtreibung allen Moralpredigten zum Trotz eine soziale Massenerscheinung bleiben wird, solange der Kapitalismus oder seine Nachwirkungen, die Nachwirkungen rückständiger wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwickelung, soziales Elend als Massenerscheinung erzeugen. Die Zahl der Abtreibungen kann nur vermindert, die der Geburten vermehrt werden, wenn die Gesellschaft sich zu durchgreifenden Schutz- und Fürsorgemaßregeln für Mütter und Kinder entschließt, wenn die allgemeine Klassenlage der Proletarier, der Werktätigen gehoben wird. Nun und nimmer wird es dem Büttelstock gelingen, den Frauen Fruchtbarkeit abzuprügeln. Den Gefahren des Abortus ist nicht mit Verurteilungen zu begegnen. Sie sind zu bekämpfen durch Straffreiheit unter den in Sowjet-Rußland geltenden Bedingungen. Deshalb fort mit den Abtreibungsparagraphen in allen Ländern!

Wir erheben diese Forderung um so lauter, um so nachdrücklicher, als — wie wiederholt gezeigt worden ist — die Praxis der Abtreibungstexte den Charakter einer verlogenen und schändlichen Klassenjustiz trägt. Den Damen der „besseren Stände" ist die Straflosigkeit des Abortus doppelt gesichert. Durch die Gunst der Verhältnisse, in denen sie leben, und durch die bewußte oder unbewußte bürgerliche Klasseneinstellung der hohen Obrigkeit und ihrer Organe. Wir möchten den Spitzel sehen, der die Frau Gemahlin oder das Fräulein Tochter eines Reichen wegen dringenden Verdachts eines Abortus zu belästigen wagte. Seine schmutzigen Kniffe und Pfiffe wenden sich nur gegen das arme Weib, das von Sorge und Elend gemartert, sich zur Abtreibung entschließt. Der Kampf für die endliche Beseitigung der Strafbestimmungen gegen den Abortus ist in allen kapitalistischen Staaten ein Teil des proletarischen Klassenkampfes gegen die Schändlichkeiten der bürgerlichen Klassenjustiz. Wäre es nicht unverzeihlich, wenn die Proletarierinnen, die Frauen des schaffenden Volks nicht in hellen Scharen diesen Kampf für ihre ureigenste Sache gemeinsam mit ihren Brüdern führen würden? Proletarierinnen allüberall, in Stadt und Land, heraus zum Kampf gegen die Schmach und das Unheil der Abtreibungsparagraphen!

Ketty Guttmann.

Die Stellung der russischen Gewerkschaften zu den Arbeiterinnen*)

In den russischen Gewerkschaften hat es niemals eine „Frauenfrage" gegeben, in dem Sinne, wie sie in den Gewerkschaften Westeuropas leider auch heute noch häufig aktuell ist. Wenn auch nicht überall in der Theorie, so dafür um so mehr in der Praxis, und das in dem Maße, als die mit den Lippen bekannte sozialistische Theorie von der reformistischen Praxis der „Arbeitsgemeinschaft" verhöhnt und mit Füßen getreten wird. Die russischen Gewerkschaften, geführt von bewußten Sozialisten, nahmen von Anfang an eine wesentlich andere Haltung zur Frauenarbeit und den mit ihr verknüpften Fragen ein, als etwa die zünftlerischen „Trade Unions" in England und den Vereinigten Staaten, und heute beschämt ihr Handeln oft genug das kleinbürgerlich gewordene Verhalten der deutschen Gewerkschaften, die früher einmal Vorbilder für die Berufsorganisationen des russischen Proletariats gewesen sind. Die Zulassung der Frauen zu den Gewerkschaften und den höher qualifizierten Arbeiten, der Grundsatz: gleicher Lohn bei gleicher Arbeitsleistung waren in den russischen Gewerkschaften schon 1905 Selbstverständlichkeiten. So wird in einer Resolution der Buchdrucker aus dem Jahre 1905 die Einstellung von gelernten Setzerinnen für gleiche Entlohnung bei gleicher Arbeitsleistung mit den Setzern verlangt. 1907 stellte ein führender Gewerkschaftler, Dimitrow, fest, daß die Beschäftigung einer verhältnismäßig nicht sehr großen Zahl von gelernten Setzerinnen in Petersburg und Moskau in erster Linie der Haltung der Gewerkschaften zu verdanken sei, die sich für die gleiche Ausbildung der männlichen und weiblichen Lehrlinge des Berufs eingesetzt hatten.**)

Aber auch in anderen Industrien, so in der Metallindustrie, der Holzindustrie usw. war die Gleichberechtigung der Frauen in Gewerkschaft und Betrieb schon vor der Revolution theoretisch Gemeingut der russischen Gewerkschaften. Gewiß in der kapitalistischen Welt, in der Arbeiter- und Unternehmerwille hart aufeinander stoßen, konnte bei der Schwäche der jungen russischen Gewerkschaften die Anerkennung der Grundsätze noch nicht ihre volle Verwirklichung bedeuten. So heißt es z. B. in einem Bericht des Buchdruckerverbandes aus dem Jahre 1909: „Wenn man die Löhne der Männer und Frauen dieses Gewerbes mit einander vergleicht, so muß man feststellen, daß nur wenig erreicht wurde".

Erst die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat schuf freie Bahn für die russischen Gewerkschaften, ihre alten Theorien in die Tat umzusetzen. Heute wird Frauenarbeit in Sowjetrußland genau so bewertet, wie Männerarbeit. Die Arbeiterin erhält bei gleicher Leistung denselben Lohn wie der Arbeiter. Auch die Umwandlung des „Pajok" (Naturalentlohnung), die Zahlung von Geldlöhnen hat an diesem Verhältnis nicht das mindeste geändert, wie eine Untersuchung in dieser Frage ergab. Trotzdem erhält die große Masse der Ar-

*) Zu diesem wichtigen Gegenstand sei auf den wertvollen Beitrag von S. Smidowitsch in Heft 1 verwiesen.

**) Aus der soeben erschienenen Broschüre Rjasanow's „Frauenarbeit".

beiterinnen nach wie vor bedeutend niedrigere Löhne als die Mehrzahl der männlichen Arbeiter.

Warum das so ist, wird leicht verständlich, wenn man einen Blick auf die Verteilung der Frauen auf die verschiedenen Berufsklassen wirft. Zu der untersten Kategorie, den ungelernten Arbeitern, gehörten bei den Metallarbeitern 63% aller in dieser Industrie beschäftigten Frauen; zu der nächsthöheren Stufe der angelernten Arbeiter dagegen nur 13%. Bei den Holzarbeitern gehörten 74% aller Arbeiterinnen zu den ungelernten und angelernten Arbeitern. Etwas günstiger steht das Verhältnis in der Textilindustrie. Hier zählten nur 17% der Arbeiterinnen zu den ungelernten Hilfsarbeiterinnen, dagegen 43,3% zu den angelernten und 31,4% zu den qualifizierten Arbeitern.

Die russischen Gewerkschaften nehmen die Tatsache, daß Frauenarbeit hauptsächlich unqualifizierte Arbeit ist, nicht als Fatum hin. Die Frage: „Was muß geschehen, um die Arbeiterinnen aus der Lage der ungelernten Hilfsarbeiterinnen zu befreien, ihnen den Zugang zu den qualifizierten Arbeiten tatsächlich zu ermöglichen und dadurch sie selbst wie auch die russische Industrie auf eine höhere Stufe zu heben?", ist eine der Fragen, denen die russischen Gewerkschaften heute die größte Aufmerksamkeit schenken. So berief im April dieses Jahres der Metallarbeiterverband eine Konferenz von Trustleitern, Fabrikdirektoren und den Arbeiterschutzkommissionen der Gewerkschaften ein, auf der diese Frage im Zusammenhang mit der Frage der Arbeitslosigkeit behandelt wurde. Die Konferenz faßte den Beschluß, daß eine Untersuchung eingeleitet werden solle darüber, welche weiteren Arbeitszweige in der Metallindustrie den Frauen ohne Schädigung ihrer Gesundheit zugänglich gemacht werden können. Außerdem wurde ein Zirkular verfaßt und an alle Gewerkschaftsleitungen versandt, das Folgendes besagt: „Warum ist die Arbeitslosigkeit unter den Frauen in der Metallindustrie größer als unter den Männern? Weil die übergroße Mehrzahl der Frauen unqualifizierte Arbeiten verrichtet. Tatsächlich ist aber erwiesen, daß die Frauen auch zu qualifizierten Arbeiten fähig sind. Es ist deshalb darauf hinzuwirken, daß die Mädchen in der Metallindustrie für jene Arbeiten, die sie ohne Schädigung ihrer Gesundheit ausführen können, genau dieselbe Ausbildung erhalten wie die jungen Burschen."

Auch in den übrigen Industrien (Holzverarbeitung und chemische Industrie) geht man daran, die Erschließung neuer Arbeitszweige für die Frauen von Fachleuten, Aerzten und Technikern untersuchen zu lassen. Ueberall hat man Maßnahmen getroffen, um die Ausbildung der Frauen und Mädchen in Fabrikschulen und Abendkursen zu fördern, die Fabriken angegliedert sind. So hat z. B. der Verband der graphischen Arbeiter in einem Rundschreiben an die Gewerkschaftsleitungen verlangt, daß 25% der Plätze den Mädchen offen gehalten werden.

Die Kluft, die durch die Arbeitsteilung in der Manufaktur und großen Industrie zwischen Arbeitern und Arbeiterinnen, gelernten und ungelernten Arbeitskräften geschaffen wurde, trachtet der Kapitalismus künstlich aufrecht zu erhalten, ja, zu erweitern, längst nachdem die technischen Voraussetzungen dafür nicht mehr gegeben sind. Er handelt

dabei gemäß dem Grundsatz: „Teile und herrsche". Es ist klar, daß diese Kluft auch in einem Sowjetstaat, auch bei bestem Willen der stärksten Gewerkschaften nicht mit einem Male, sondern nur allmählich in langem zähem Ringen überbrückt werden kann. Aber eins kann diesen Prozeß wesentlich beschleunigen, der nicht etwa nur im Interesse der Arbeiterinnen selbst, sondern im Interesse des Aufbaues der sozialistischen Wirtschaft notwendig ist. Es ist die aktive Mitarbeit der Frauen in den Gewerkschaften.

Es versteht sich von selbst, daß diese auch in der Räterepublik noch verhältnismäßig gering ist. Trotzdem scheint der Anteil der russischen Arbeiterin an dem Leben und Weben der Gewerkschaft in Sowjet-Rußland viel lebendiger zu sein, als in den Gewerkschaften Westeuropas. Diese Tatsache ist um so höher zu werten, als die russische Arbeiterin, was Schulbildung betrifft, auf einer viel niedrigeren Stufe steht, als etwa die deutsche oder österreichische Arbeiterin. Unter den russischen Textilarbeiterinnen z. B. sind 40% Analphabeten, unter den Männern nur 10%. Trotzdem sind in Moskau in der Leitung des Textilarbeiterverbandes 29,3% Frauen, in der Provinz immerhin noch 17% tätig. In die Moskauer Fabrikkomitees der Schneider wurden bei den letzten Wahlen 90 Frauen und 60 Männer gewählt, dabei sind nur 67% der in der Schneiderei und Näherei Beschäftigten Frauen. In der Ukraine, in der etwa 30% der Gewerkschaftsmitglieder Frauen sind, wurden 10% Frauen in die Leitung gewählt. Diese Zahlen geben zu denken. Sie sind nicht Zufallsergebnisse, vielmehr die praktische Auswirkung einer bestimmten grundsätzlichen Einstellung. Sie können die auf ihre angebliche „Ueberlegenheit" so stolzen Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen Westeuropas veranlassen, ihre Stellungnahme zur Frauenarbeit und zur Betätigung der Frauen in den Organisationen gründlich und unbefangen zu überprüfen. Sie müssen unsere Genossen und Genossinnen in den Gewerkschaften anspornen, dem russischen Beispiel zu folgen. Isa Strasser, Moskau.

Aus der kommunistischen Frauenbewegung.

Der Internationale kommunistische Frauentag in Sowjet-Rußland.

Der heurige internationale Frauentag hat in den sozialistischen Sowjetrepubliken bei weitem alle seine Vorgänger übertroffen. Nach Umfang und Charakter war er eine gewaltige Demonstration für den Kommunismus, ein lebensvoller Beweis der schöpferischen Kräfte, die durch die proletarische Revolution in den breiten Volksmassen erweckt wurden, und die nun bewußt für die Verwirklichung des hehren Ideals tätig sind. Wie bereits mitgeteilt worden ist, hatte unser Frauentag abgesehen von seinem allgemeinen internationalen Inhalt noch besondere Aufgaben zu erfüllen. Er sollte den Proletarierinnen und Bäuerinnen ihre soziale Pflicht und ihr eigenes Interesse zum Bewußtsein bringen, mit allem Eifer und größter Begeisterung an dem Aufbau der Wirtschaft und Gesellschaft mitzuarbeiten. Gleichzeitig aber sollte er ihnen

auch die Pflicht und das Interesse der Gesellschaft dartun, sie für diese Mitarbeit fähig zu machen durch Hebung ihres Kulturniveaus und ihrer beruflichen Ausbildung; durch günstige Arbeitsbedingungen und rationelle Lebensgestaltung, was umfassende Fürsorge für Mutter und Kind in sich begreift. Endlich sollte der internationale Frauentag den Proletarierinnen und Bäuerinnen zeigen, was der Arbeiter- und Bauernstaat in dieser Hinsicht bereits geschaffen, oder wenigstens in Angriff genommen hat, und was er unter intensivster Mitwirkung der werktätigen Frauen weiter zu tun gedenkt.

Der reiche Gedankeninhalt unseres Frauentags hat das ganze Sowjetgebiet durchflutet, ja ist nach Osten über dessen Grenzen gedrungen. Die schaffenden Frauen der Randstaaten des Ostens sind von ihm erfaßt worden. Koreanerinnen sandten eine Protestresolution gegen die Offensive des Kapitals und die Versicherung ihrer Bereitschaft, stets unter Führung der Kommunistischen Partei zu marschieren. Im Euratgebiet, 6000 Werst von Moskau, wurde der Frauentag durch praktische Maßnahmen zur Frauenbefreiung und sozialer Hilfe begangen. Die schaffenden Frauen Turkestans, im Kaukasus, der Tartarenrepublik, des Tschuwaschen-, Marinsker und anderer Sowjetgebiete feierten zu vielen Tausenden den 8. März. Der „Tag" dauerte vielerorts eine Woche und umfaßte die abgelegensten Winkel. Aus einem fernen Dörfchen des Bezirks Kamensk in Sibirien z. B. sandten die Bäuerinnen Begrüßungstelegramme an die Kommunistische Internationale, Genossen Lenin, die Genossinnen Zetkin und Kollontay. Außer Arbeiterinnen, Arbeiterfrauen und Bäuerinnen setzte der Frauentag auch die weiblichen Sowjetangestellten und die Studentinnen in Bewegung. So in Omsk, Jaroslaw, Moskau usw. Häufig waren die Räumlichkeiten zu klein, um alle sich zu den Versammlungen Drängenden zu fassen. Das wurde aus Briansk, Smolensk und vielen anderen Orten gemeldet.

Deutlich, stark und begeistert bekundete sich am Frauentag die internationale Solidarität der Proletarierinnen und Bäuerinnen, der schaffenden Frauen. Die von der Delegiertenversammlung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen des Moskauer Gouvernements angenommene Resolution gegen den Vorstoß des französischen Imperialismus an der Ruhr und gegen die drohende Kriegsgefahr fand lauten Widerhall in allen russischen Gouvernements, in allen Gebieten und Republiken des Sowjetbundes; viele hunderttausend Hände reckten sich empor, um internationale Gesinnung zu bekräftigen. Das besagt auch, daß die Massen sich zum Kommunismus bekannten. Niemals noch ist die Einheit zwischen den parteilosen Proletarierinnen und Bäuerinnen und der Kommunistischen Partei so stark hervorgetreten wie beim diesjährigen Frauentag. „Nur Du allein bist der Ausdruck unseres Strebens, nur Du allein führst der völligen Entsklavung entgegen", hieß es in Hinblick auf die Partei in hunderten von Resolutionen, die aus der Provinz der Zentralen Frauenabteilung beim Zentralkomitee der R.K.P. zugegangen sind. Die Delegiertenversammlung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen des Moskauer Gouvernements bekundete ihre Einheit mit der R.K.P. durch Ueberreichung von Fahnen, Huldigungsadressen und Geschenken an sie. Auch in Iwanowo-Wossnessensk, Jaroslaw, Wiatka

und anderen Städten überreichten Arbeiterinnen der Kommunistischen Partei prächtige Fahnen. Vielerorts traten Arbeiterinnen der Partei als Mitglieder bei; in Moskau z. B. 238. Bei der Feier in Petrograd wurde daran erinnert, daß der Frauentag hier vor 10 Jahren in Rußland zum ersten Male begangen wurde. Die Genossinnen Kudeli, Nikolajewa und andere hervorragende Organisatorinnen uud Führerinnen der Proletarierinnen wurden feierlich geehrt, der Arbeiterinnen-Abteilung des Komitees der K.P. Büsten von Marx und Lenin überreicht.

Die gesamte Kommunistische Partei entfaltete gelegentlich des Frauentags eine außergewöhnlich umfassende und kraftvolle Propaganda und Agitation, sowohl mündlich, wie auch durch die Presse. Alle Zentralblätter der Partei beschäftigten sich eingehend mit den Arbeits- und Lebensbedingungen der schaffenden Frauen, beleuchteten die wichtigsten Aufgaben des Frauentags in diesem Jahre und ihren Zusammenhang mit dem kommunistischen Ziel. Das Gleiche gilt von mehr als 70 Provinzzeitungen und von über 20 Sonderblättern und Flugschriften, die von den Frauenabteilungen der Parteikomitees in der Provinz herausgegeben wurden. Auch die Gewerkschafts- und Genossenschaftsorgane hatten dem Frauentag Nummern gewidmet. Außerdem waren zum 8. März zehn Zeitschriften und Sammelhefte verschiedener Art und Aufmachung herausgegeben worden: „Die Arbeiterin", „Die Bäuerin", „Die Kommunistin" (Ausgabe der Frauenabteilung des Zentralkomitees), „Die Delegierte", „Ortsorgan der Arbeiterinnen", „Arbeiterin und Bäuerin" (Petrograder Abteilung), „Die Sibirierin" (Organ der Frauenabteilung des Sekretariats für Sibirien), „Auf neuem Wege" (Organ der Frauenabteilung des Parteisekretariats der Tartarenrepublik), „Der 8. März — der internationale Tag der Arbeiterfrauen" (Frauenabteilung für Transkaukasien), „Zum internationalen Frauentag" (Ausgabe der Homeler Frauenabteilung) und einige Zeitschriften in östlichen Sprachen. Herausgegeben wurden weiter zehntausende von Vortragsdispositionen, Richtlinien, Flugblättern, Plakaten, Wandparolen usw. usw.

In umfassendster Weise setzte am 8. März die mündliche Agitation ein. Es fanden Vorträge statt, Diskussionen, Vorlesungen, „Festsitzungen", „Plauderabende für den Austausch von Erinnerungen" etc. In den Versammlungen erfolgten fast allerorts Ehrungen der „Heldinnen der Arbeit", Ehrungen von Arbeiterinnen, die sich aus Analphabetentum und politischer Dumpfheit emporgerungen haben zu klarer Erkenntnis, und die nun ihren Klassengenossinnen wegweisend vorangehen und zielbewußt am Aufbau des neuen Rußland mitarbeiten. Diese Genossinnen wurden von den Partei-, Staats- und Gewerkschaftsorganisationen durch Diplome und Geschenke ausgezeichnet. Fast überall folgten den Versammlungen die Aufführung von Schauspielen („Der große Kommunard", „Die Kommunistin"), Konzerte usw. Feiertagsstimmung lag überall auf den Veranstaltungen, glänzte aus den leuchtenden Augen der Teilnehmerinnen und zeigte sich auch in ihrem festtägigen Gewande.

In Petrograd allein wurden 277 Vorträge vor 15000 Personen gehalten, und es fanden außerdem noch 145 „Erinnerungsabende" statt. Im Moskauer Gouvernement zählte man 1641 Versammlungen, Fest-

sitzungen und Frauentagsabende, bei denen mehr als 159000 Personen anwesend waren. In Kostroma wohnten über 4300 Frauen den 110 Vorträgen am 8. März bei. In dem kleinen Industrieort Grosny hatten die Frauentagsversammlungen mehr als 7000 Zuhörer, proletarische Frauen und Männer. An den 104 Versammlungen und zwei Konferenzen in Baschkirien beteiligten sich 3300 Personen. An Vorversammlungen zum Frauentag in den Städten haben mehr als ein und einhalb Millionen Frauen teilgenommen.

Die Frauentagskampagne erstreckte sich im größten Umfange auch auf die Dörfer, die Bauernschaft. In 35 Gouvernements von Sowjet-Rußland allein haben die Versammlungen und Festsitzungen ungefähr $^1/_4$ Million Personen vereinigt. In Baschkirien, Astrachan etc. fanden Demonstrationen mit mehr als 20000 Teilnehmern statt, Frauen und Männern. Im Wiatkaer Gouvernement wurden zwei Bezirksparteitagungen und 59 Gemeindekonferenzen der Bäuerinnen abgehalten; im Petrograder Bezirk 125 Gemeindekonferenzen; im Gouvernement Kaluga 23 Gemeindekonferenzen. In den Dörfern wurde bei der Begründung der Frauentagsforderungen die Bedeutung der Vereinigung von Stadt und Dorf hervorgehoben. Viele Veranstaltungen waren für Bäuerinnen und Arbeiterinnen gemeinsam. So wurde im Gouvernement Stawropol am 8. März ein Parteitag der Arbeiterinnen und Bäuerinnen abgehalten, von dem aus sich die Bäuerinnen zu einer Festsitzung der Arbeiterinnen in die Stadt begaben. Im Terek-Gebiet wirkte die Kommunistische Jugend mit den Delegierten der Arbeiterinnen und Bäuerinnen zusammen, um durch Theaterstücke und Konzerte am Frauentag in sechs Kosaken-Stanitzen die weibliche Bevölkerung zu sammeln und unsere Gedankensaat unter sie zu streuen. Die Delegiertenversammlung der Arbeiterinnen der Stadt Pensa übernahm am Frauentag die Pflicht als „Chef" (Berater und Helfer) über das Dorf Bessonffka. Fast in allen Delegiertenversammlungen in den Städten nahmen am Frauentag Delegierte der Bäuerinnen aus den benachbarten Gemeinden teil. Nicht selten wurden bei den Festsitzungen in den Städten Bäuerinnen geehrt. Im Bezirk Odessa erhielten 5 Bäuerinnen Ehrentafeln, weil sie sich durch Ueberwindung des Analphabetentums ausgezeichnet hatten. In der Stadt Kotelnitschi (Wiatkaer Gouvernement) empfingen die Bäuerinnen Auszeichnungen, die 5 Jahre lang selbständig die Wirtschaft geführt, alle staatlichen Verpflichtungen erfüllt haben und mit deren Wirtschaft es vorwärts geht.

Der internationale Frauentag konnte nur so gewaltigen Umfang annehmen und so gute Erfolge zeitigen, weil er als eine Aufgabe und Veranstaltung der gesamten Kommunistischen Partei aufgefaßt und durchgeführt wurde. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Presse der Partei, die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung sich in den Dienst der Frauentagslosungen gestellt hatten. Die anderen Organe der Partei taten das gleiche. Ein Rundschreiben des Zentralkomitees der R.K.P. hatte den Zusammenhang aufgezeigt zwischen den Frauentagsforderungen und den Problemen, die der Aufbau der Wirtschaft stellt. Es hatte zur energischen Kraftentfaltung der Partei bei Durchführung der Veranstaltung aufgerufen. Ein besonderer Erlaß des

Allrussischen zentralen Vollzugsausschusses forderte alle staatlichen Institutionen auf, am 8. März mit vermehrter Kraft an die Errichtung von Kinderheimen, Gemeinschaftsküchen, Waschhäusern und anderen Einrichtungen zu gehen, die die Lage der Arbeiterinnen, der berufstätigen Frauen erleichtern. Ferner Maßnahmen zu ergreifen, um eine Woche zur Propaganda für Mutterschafts- und Säuglingsschutz durchzuführen, sowie zur Beschaffung von finanziellen Mitteln für die betreffenden Abteilungen durch Abgabe eines Teils vom Lohn bezw. Gehalt. Der Erlaß enthielt eine Reihe von Einzelvorschlägen. So an die Hauptbildungsausschüsse der Gewerkschaften über die Teilnahme der Frauen an den Schulen der gewerkschaftlichen Bildungsausschüsse und den Betriebsunterrichtskursen. An den Obersten Rat für Volkswirtschaft, er möge gelegentlich des Frauentags Kommissionen zur beruflichen Ausbildung der Frauen einsetzen und die Aufmerksamkeit der Wirtschaftsorgane auf die Erfüllung bereits übernommener Verpflichtungen der Kollektivverträge lenken, die Arbeitsbedingungen der Frauen betreffend. An den Hauptausschuß für politische Aufklärung, eine Reihe praktischer Maßnahmen zu ergreifen, um das Analphabetentum der Arbeiterinnen und Bäuerinnen zu bekämpfen und sie bei allen Arten politischer Aufklärungsarbeit zu berücksichtigen. An das Volkskommissariat für Arbeit, am 8. März Institutionen zu eröffnen bezw. mit Maßnahmen zu beginnen, die die Lage der weiblichen Arbeitslosen erleichtern usw. Die Vorschläge des obersten ausführenden Regierungsorgans lagen den Zirkularen zugrunde, die einzelne Volkskommissariate anläßlich des 8. März verschickten. Was ist geschehen, um die Vorschläge zur Verwirklichung der Frauentagsforderungen durchzuführen?

Geben wir zuerst einen gedrängten Ueberblick über das, was der 8. März zur Verbesserung der Lebenshaltung der werktätigen Frauen geleistet hat. Die Hauptarbeit in der Provinz dafür bestand in einer Kampagne für den Mutterschafts- und Säuglingsschutz. Bei den Unternehmungen der Städte und Gemeinden waren Institutionen für Mutterschafts-, Säuglings- und Kinderschutz zu eröffnen; die bereits bestehenden Einrichtungen solcher Art mußten verbessert werden. Es galt, das Verständnis für Mutterschafts- und Säuglingsschutz durch Vorträge, Diskussionen, Kurse in die weitesten Kreise zu tragen, Ausstellungen zu diesem Zwecke zu organisieren und ihnen Massenbesuch von Frauen zu sichern. Im Gouvernement Archangelsk wurde z. B. eine Wanderausstellung für die Stadt und die Landkreise zustande gebracht. Die Ausstellung für Mutter- und Säuglingsschutz in Smolensk wurde von mehr als 2000 Proletarierinnen und Bäuerinnen besucht. Ueberall leitete der 8. März die „Woche für Mutter- und Säuglingsschutz" ein. Wir verfügen bisher über das Material, betreffend die „Woche" in 25 Gouvernements. Danach wurden besondere Fonds für Mutter- und Säuglingsschutz geschaffen; aus Lohnabzügen, aus den Ergebnissen der am 8. März veranstalteten „Samstage", d. h. freiwilliger gemeinsamer Arbeit; aus Sammlungen und Beiträgen von Organisationen, Gewerkschaften, Genossenschaften, aus Spenden einzelner Personen; aus den Einnahmen von Theatern und Kinos etc. In einzelnen Bezirken (Iwanowo-Wosnessensk, Ostroma, Ural) führten Arbeiterinnen und Arbeiter einen

ganzen Tagesverdienst und noch darüber hinaus dem Fond zu. Auch auf dem Lande wurden solche Fonds geschaffen, hauptsächlich durch die Sammlung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, aber auch durch Geld. Außerdem wurde für diesen Zweck ein Teil der Fonds der Komitees für gegenseitige Hilfe verwendet. So stellte das Komitee im Kargan'schen Landkreis, Gouvernement Nowo-Nikolajewsk (Sibirien) 25 Prozent seiner Mittel dem Fond für Mutter- und Säuglingsschutz zur Verfügung. Insgesamt wurden am 8. März in 24 Gouvernements 84 Anstalten der Kinderfürsorge eröffnet. Nämlich 18 Krippen, 17 Kinderhäuser und ähnliche Institutionen, 13 Kindergärten und Horte, 20 Kinderspielplätze, 11 Mütterberatungsstellen, genannt „Ein Tropfen Milch", weil dort auch Milch und andere Kindernährmittel etc. verteilt werden, „Haus für Mütter und Säuglinge" und 4 Kindersanatorien und Kinderlazarette.

In manchen Gouvernements wurden die schon bestehenden Institutionen für Mutterschafts- und Säuglingsschutz ausgestaltet. Das Kinderhaus in Tula erfuhr eine Erweiterung. In Samara erhielt die Kinderkrippe 70 Bettstellen mehr, und die Aufnahmefähigkeit des „Hauses für Mütter und Kinder" wurde vergrößert. In den Krankenhäusern mancher Dörfer des Gouvernements Zaryzin wurden auf Kosten der Komitees für gegenseitige Hilfe eine bestimmte Anzahl von Betten für die Niederkunft von Bäuerinnen gesichert. In Tscheljabinsk und Jenissejsk fand am 8. März im Gouvernementskrankenhaus und in dem „Hause für Kinder und Mütter" die Eröffnung einer Wöchnerinnenabteilung statt. In den Gouvernements Kaluga, Smolensk, Nischni-Nowgorod und anderen wurden am Frauentag alle Anstalten der Kinderfürsorge inspiziert und die Verhältnisse dort durch Mitwirkung der Sowjetbehörden sofort gebessert, oder ihre Verbesserung in nächster Zeit eingeleitet. Die Wirtschaftsorgane im Gouvernement Omsk übernahmen am 8. März das Patronat über die Einrichtungen für Mutter- und Säuglingsschutz. In Jaroslaw wurde das Patronat über die Anstalten der Kinderfürsorge von den Hörerinnen der medizinischen Fakultät übernommen. Energische Maßnahmen zugunsten der Lage der proletarischen Frauen und Bäuerinnen sind in den Gouvernements Saratow, Jekaterinenburg, Smolensk, Kiew, Tscherepowezk u. a. in Angriff genommen worden. In vielen Dörfern des Gouvernements Orel wurden Kinderspielplätze eingerichtet. Im Gouvernement Saratow begann man die Einrichtung von 7 Kinderhäusern und von 20 Kindergrippen für die wichtigsten Landkreise. Die Erstellung von 5 Kinderkrippen in den Landkreisen des Gouvernements Kiew ist gesichert. In Grosny ist die Errichtung eines Sanatoriums für kranke Arbeiterkinder sichergestellt. Am 8. März wurde in Kaluga und in Murmansk der Grund gelegt für Genossenschaften, genannt „Mutter und Kind". Sie werden schwangere Frauen und Frauen mit Säuglingen mit den nötigen Nahrungsmitteln und Gegenständen der Hygiene und Pflege versorgen.

Aus Beiträgen der Wirtschaftsorgane, der Gewerkschaften und genossenschaftlichen Organisationen wurden in Rjasan, Wjatka, Kaluga und anderen Gouvernements Fonds für bessere Lebensbedingungen für Proletarierinnen und Bäuerinnen geschaffen. Die Gouvernementsabteilung Kostroma der Textilindustrie hat z. B. einen Fonds von 28000 Goldrubel

gestiftet, der zugunsten einer Arbeiterheimgenossenschaft verwendet wird. Am 8. März wurden vielerorts Anstalten der Gemeinschaftswirtschaft der Proletarierinnen und Bäuerinnen eröffnet oder in Angriff genommen. In Moskau ließ z. B. der „Verein der Verpflegungsarbeiter" in Arbeitervierteln 3 Gemeinschaftsküchen mit Speisesälen für 2700 Personen eröffnen. Andere Organisationen haben 12 Gemeinschaftsküchen für 6600 Personen geschaffen, wie auch 2 Wohnhäuser mit gemeinschaftlichen Einrichtungen für 240 Personen und 5 Wäschereien. Gemeinschaftsküchen mit Speisesälen wurden ferner eröffnet in Tambow, Kiew, Kostroma und Grosny.

In den Gouvernements Smolensk, Kostroma u. a. m. fand am Frauentag eine Untersuchung der Verhältnisse statt, in denen die Arbeiterfamilien leben. In Smolensk wurde die Lage von mehr als 750 Familien geprüft, 60 Prozent davon erhielten diese oder jene Hilfe. Kinder wurden in Kinderhäusern untergebracht, alleinstehende Frauen sowie auch Frauen mit Kindern bekamen bessere Wohnungen etc. In Jekaterinenburg stellte die Gemeindeverwaltung zwei in guten Stand gebrachte Häuser für die Errichtung von Arbeiterkommunen (Hausgenossenschaften) zur Verfügung.

Der Frauentag war auch Ausgangspunkt einer besonderen Tätigkeit zur Hebung der Lage der Bäuerinnen. Außer der Erstellung von Kinderkrippen in den Landkreisen und von Wöchnerinnenabteilungen in den Krankenhäusern durch die Landkreiskomitees für gegenseitige Hilfe wurden z. B. in zwei Bezirken des Gouvernements Kaluga 493 Bäuerinnen und Rotarmisten-Frauen von der Errichtung ihrer Naturalsteuer in Höhe von 8602 Pud Getreide befreit. In den Gouvernements Irkutsk, Nowgorod und anderen halfen die Rotarmisten den Bäuerinnen beim Bestellen der Felder; die Komitees für gegenseitige Hilfe ließen den Frauen materielle Unterstützung zuteil werden. In den Bezirken des Gouvernements Nowonikolaijewsk beschlossen die Versammlungen der Parteigenossen zum Frauentag, die Felder der Rotarmisten-Frauen und der Bauernwitwen gemeinsam zu bestellen.

Es ist selbstverständlich, daß der internationale Frauentag auch für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen praktisch nutzbar geworden ist. Die zu diesem Behuf entfaltete Tätigkeit galt vor allem der Beseitigung von Uebeln, die sich bisher betreffs des Arbeitsschutzes, des Arbeitslohnes, der Verkleinerung der Betriebsbelegschaften fühlbar machten. In den Gouvernements Perm, Brijansk, Wladimir, Kostroma, Kaluga, Zaryzin, Orel usw. wurden die Betriebe in Hinblick auf diese Uebel untersucht und Mißstände durch Eingreifen der Frauenabteilungen der Parteikomitees, Betriebsausschüsse und Gewerkschaften beseitigt. In den Städten Wladimir und Moskau prüfte man in mehreren Gewerben — so in den Druckereien — die Leistungen und die Entlohnung der Arbeiterinnen. Es hatte zur Folge, daß Arbeiterinnen höheren Lohnklassen zugeteilt wurden, in Moskau z. B. mehr als 350 Abeiterinnen.

Der Frauentag bedeutete auch Betätigung im Interesse der arbeitslosen Frauen. Die Bemühungen, ihr trauriges Los zu erleichtern, gingen in drei Richtungen. 1.) Unterstützung durch Arbeitsnachweis

und durch Organisierung der Erwerbslosen in Artels (Arbeitsgenossenschaften. 2.) Errichtung gemeinsamer Wohnungen und Küchen mit Speisesälen für die arbeitslosen Frauen, von Heimen für ihre Kinder, Aufnahme ihrer Kinder in die bestehenden Anstalten der Kinderfürsorge. 3.) Erhöhung der Zahl der unterstützten erwerbslosen Frauen und Erhöhung der Unterstützung durch den Arbeitsnachweis der Zentrale für soziale Versicherung und durch freiwillige Spenden für Arbeitslose.

In den Gouvernements, Iwanowo-Wosnessensk, Jaroslaw, Wjatka, Samara u. a. m. wurden 14 Artels (Arbeitsgenossenschaften) organisiert (Wäschereien, Schneiderei-, Flick- und Schuhmacherwerkstätten, Gemüsegärtnereien). Hier erhielten 700 arbeitslose Frauen Beschäftigung. Es erfolgte ferner die Errichtung von 14 Werkstätten für Schneiderei- und Flickarbeiten, Spitzenklöppelei, Spielzeug und Kartonagefabrikation, die über 600 erwerbslose Frauen einstellten. Einer Reihe weiterer Gouvernements, Jekaterinenburg, Twer, Tscheljabinsk, Kostroma u. a. m., wurde die Gründung von Artels und Werkstätten in Angriff genommen. In Verbindung mit ihnen sollten im Troizker Bezirk des Gouvernements Tscheljabinsk und in Kostroma gemeinschaftliche Wohnungen wie auch Berufs- und Fachschulen organisiert werden.

In 10 Gouvernements — Moskau, Zaryzin, Kiew, Tula u. a. m. — wurden 11 Gemeinschaftsheime für Arbeitslose errichtet, die über 800 Frauen aufnehmen können. In Omsk, Kiew und anderwärts sind diese Heime mit Kinderasylen verbunden. In manchen Städten erstellte man Arbeitslosenküchen, natürlich mit Speisesälen. So in Petrograd für 400 Personen; hier gehört zu der Einrichtung noch ein Lesesaal. In Moskau verabfolgt die Gemeinschaftsküche im Samoskworejzki Bezirk, die 2500 Personen versorgt, 500 Mittagessen für arbeitslose Frauen unentgeltlich. Gleiche oder ähnliche Maßnahmen zur sozialen Hilfe für arbeitslose Frauen sind auch in Kiew, Jekaterinenburg und an anderen Orten durchgeführt worden.

Unterstützung in Geld erhielten arbeitslose Frauen in Iwanowo-Wosnessensk, Orel, Jaroslaw, Moskau, Brijansk, Kiew und in vielen anderen Städten und Gouvernements.

Für die Hebung des Kulturniveaus und der Berufstüchtigkeit der Arbeiterinnen und Bäuerinnen hat der Frauentag ungemein anregend und fördernd gewirkt. Um die Bedeutung der Frauenarbeit für die Produktion hervorzuheben und der Wertung der Frauenarbeit durch die Sowjet- und Gewerkschaftsorgane Ausdruck zu verleihen, fanden fast in allen Gouvernements öffentliche Ehrungen von „Heldinnen der Arbeit" statt. In den Gouvernements Jwanowo-Wosnessensk, Astrachan, Wjatka, Moskau und Orel erhielten mehr als 300 „Heldinnen der Arbeit" öffentliche Anerkennung durch die Ueberreichung von Geschenken, Diplomen und Ehrenabzeichen. Ihr Lebens- und Entwicklungsgang wurde in den Versammlungen geschildert. In einigen Orten erzählten die Geehrten Erinnerungen aus ihrem Leben.

Bei den Frauentagsveranstaltungen wurde besonders hervorgehoben, welches große Interesse die Gesellschaft daran hat, mit dem Analpha-

betentum der Arbeiterinnen und Bäuerinnen aufzuräumen. „Nieder mit dem Analphabetentum des Frauenproletariats", das war eine Aufforderung, die auf vielen Plakaten stand und wieder und wieder unter die Massen geworfen wurde. In manchen Gouvernements wurden am 8. März erfolgreiche Lehrkurse für analphabetische Arbeiterinnen durch entsprechende Feiern abgeschlossen. In Iwanowo-Wosnessensk beendeten 350 Arbeiterinnen ihren Lehrkurs; in Jaroslaw 400 Arbeiterinnen. Mehr als 4000 Arbeiterinnen, die als Frauendelegierte in den Betriebsausschüssen oder als Sowjetmitglieder tätig sind, hatten in ganz Sowjetrußland bis zum Frauentag ihre Lehrkurse beendet.

In einem Bezirk des Gouvernements Odessa wurden am 8. März 5 Vertreterinnen der Bäuerinnen jener Dörfer öffentlich geehrt, die im Kampf gegen das Analphabetentum der Bäuerinnen mustergültige Erfolge erzielt hatten. Zahlreiche Kurse für den Unterricht der analphabetischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen sind in den Gouvernements Odessa, Kostroma, Wjatka, Saratow usw., am Frauentag eröffnet worden und wirken bereits mit gutem Erfolg.

Die gehobene Berufstätigkeit der Frauen wird ihnen den Weg zur gesellschaftlichen Produktion erleichtern, wird die Bedeutung der weiblichen Arbeit für die Gesellschaft erhöhen und eine feste unzerstörbare Grundlage für die volle Gleichberechtigung und Freiheit des weiblichen Geschlechts schaffen helfen. Der Frauentag brachte praktische Anregung und Förderung der Bestrebungen, die Berufstüchtigkeit der Arbeiterinnen zu heben. Er gab den Anstoß, daß weitere Arbeiterinnen in die schon bestehenden Fach- und Betriebsschulen aufgenommen, daß kurze Lehrkurse für Berufsausbildung der Frauen eröffnet und daß in den Lehranstalten der Zentrale für Fachausbildung den Arbeiterinnen eine Anzahl von Plätzen gesichert worden sind.

Am 8. März wurden ferner in Iwanowo-Wosnessensk, Jaroslaw, Grosny, in der Deutschen Kommune, in Perm, Wladimir, Nischni-Nowgorod und in anderen Städten und Gouvernements Fachschulen für Zuschneide- und Näharbeiten, für Mutter- und Säuglingspflege, für landwirtschaftliche Arbeiten eröffnet; in diese Fachschulen nahm man hauptsächlich arbeitslose Frauen auf. Die ersten sicheren Schritte zur Errichtung von Fachlehranstalten für Frauen in Iwanowo-Wosnessensk, Orel, Saratow, Kostroma, Nord-Dwinsk, im Tscheremissen-Gebiet und in Brijansk erfolgten. Es handelt sich um Trikotage- und Strickschulen und Frauenlehrkurse für Elektromontage. Die Losungen des 8. März haben die örtlichen Behörden veranlaßt, der beruflichen Ausbildung der Frauen eine größere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Gouvernements Iwanowo-Wosnessensk, Zaryzin, Saratow u. a. m. verlangten, daß in den bestehenden wie auch in den jetzt zu eröffnenden Lehranstalten für die berufliche Ausbildung der Frauen den Arbeiterinnen ihrer Bezirke eine bestimmte Anzahl von Plätzen sicher gestellt werde. In den Fachschulen des Gebiets Kubano-Tschernomorskaja wurden 200 Plätze für die Arbeiterinnen gesichert, und im Uralgebiet erhalten die Arbeiterinnen 30 Prozent der gesamten Plätze in den Berufsschulen. Die Gouvernementsabteilung für Fachbildung in Tula hat 25 Prozent der Plätze für die Arbeiterinnen bestimmt usw.

Wir sind uns wohl bewußt, daß alles, was der 8. März 1923 praktisch angeregt oder auch schon gebracht hat, erst Anfänge zur Verwirklichung der herausgegebenen Losungen sind. Aber was geleistet wurde, soll der Ausgangspunkt weiterer Arbeit unter den Frauen und für die Frauen sein. Es soll gesteigert, entwickelt und vertieft, das noch nicht Vollendete soll vollendet werden. Schon der 8. März 1924 muß einen großen Fortschritt der bis dahin geleisteten Arbeit und der erreichten Erfolge zeigen. Der internationale Frauentag ist wie kaum eine zweite kommunistische Veranstaltung zu einem allgemeinen Volks- und Feiertag geworden. Das kommt in den Resolutionen der Festsitzungen von Arbeiterinnen und Arbeitern zum Ausdruck, die den Allrussischen Zentralen Vollzugsausschuß ersucht haben, den 8. März, den Frauentag als allgemeinen proletarischen Feiertag zu erklären. Solche Resolutionen wurden angenommen in den Versammlungen der Bergarbeiter in Sudschenka und Kemerowo in Sibirien; der Arbeiterinnen und Arbeiter im Gouvernement Nowo-Nikolajewsk; in der Vollversammlung der K. P. R. der Stadt Wologda; in der Festsitzung zu Zaryzin, wo die Einführung des 8. März als proletarischen Feiertag anstelle von Lichtmeß oder Himmelfahrt empfohlen wurde; in den Versammlungen und Festsitzungen noch anderer Gouvernements. Kurz, das gesamte Proletariat und wachsende Teile der bäuerlichen Bevölkerung sind von stärkster Sympathie für den Internationalen Frauentag und seinen Inhalt beseelt. Sie empfinden oder erkennen auch klar, welche große Tragweite es für den Aufbau der Volkswirtschaft, der Kultur hat, daß daran die Massen der schaffenden Frauen als Volleistungstüchtige und Vollberechtigte teilnehmen.

Daß diese Erkenntnis sich verhältnismäßig rasch durchsetzt, ist in erster Linie das Verdienst der Kommunistischen Partei in ihrer Gesamtheit, inbegriffen die Genossinnen, die jederzeit innerhalb der Partei treibende Kräfte für diese vorliegende Aufgabe gewesen sind und außerhalb der Partei tätigste Arbeitskräfte für ihre Erfüllung. Der Frauentag ist wahrhaftig ein Triumphtag der Kommunistischen Partei Sowjetrußlands. Er läßt helles Streiflicht fallen auf ihre lebendige Macht in allen Organisationen und Organen des Proletariats, allen Organen und Institutionen der Sowjetordnung, des Sowjetstaats und damit unter den breitesten Massen des schaffenden Volks. Der Frauentag bringt zum Ausdruck, daß für Sowjetrußland gilt: die Gewerkschaften und die Partei, die Genossenschaften und die Partei, die Sowjets und die Partei: sie sind Eins. Willens- und Tatverkörperung der sich regenden und der webenden Kräfte eines sich befreienden Volks der Arbeit.

Und noch ein anderer Wesenszug des internationalen Frauentags tritt in Sowjetrußland im Unterschied zu der Veranstaltung in kapitalistischen Ländern hervor. Es ist die innigste Vereinigung von Agitation, Propaganda und aufbauender Praxis. Aufbauende Praxis als Ausgangspunkt und tragende Kraft der Agitation und Propaganda, die Millionen erwecken und zu bewußter Mitarbeit für den kommunistischen Arbeiter- und Bauernstaat heranziehen und bilden soll. Die aufbauende Praxis, von der wir berichteten, ist ein buntes Mosaik großzügiger, kleiner und auch kleinster Reformen und Maßnahmen. Aber alle die einzelnen Steine

und Steinchen fügen sich zusammen zu einem einheitlichen Gesamtbild, zu dem lebenstrotzendem Bild, von dem durch die Kommunistische Partei zusammengeballten Willen von Millionen, den Kommunismus zu verwirklichen als Werk von Männern und Frauen und als Befreiung für Männer und Frauen. Das Proletariat der nichtsowjetistischen Länder sei eingedenk, daß nur die proletarische Revolution freie Bahn für die Betätigung dieses Willens geschaffen hat. Denn Hand aufs Herz! Wo außerhalb Sowjetrußlands wäre solche Betätigung möglich?

Sophie Smidowitsch, Moskau.

Aufruf der Ostabteilung des Internationalen Frauensekretariats an die revolutionären Studentinnen Chinas.

Genossinnen, Studentinnen Chinas!

In den schweren Augenblicken des Kampfes, wo auf Befehl ausländischer Machthaber und einheimischer Reaktionäre chinesische Generäle aufs neue sich bemühen, die revolutionäre chinesische Studentenschaft niederzuschlagen und mit blutigen Unterdrückungsmaßregeln den Geist des Protestes und des Kampfes für die nationale Unabhängigkeit aus Euren Herzen auszuroden, sind wir mit unseren Gedanken bei Euch. Wir senden Euch unsere heißen Wünsche für mutiges Aushalten und die Versicherung unserer herzlichsten Solidarität.

Wir wissen, unter welch unerhört schwierigen Verhältnissen der Kampf des chinesischen schaffenden Volks und der chinesischen Frauen vor sich geht. Schon viele Jahre verheert der Bürgerkrieg China, weil ein Häuflein militärischer Gewalthaber, erkauft von ausländischen Räubern, angestachelt von inländischen Kapitalisten, sich um die Macht reißen. Ungezähltemale sind Eure Dörfer von den Soldaten der kriegführenden Armeen gebrandschatzt und ausgeplündert worden. Die Bauern sind zugrunde gerichtet und hungern. Sie verkaufen ihre Töchter. Sie sind gezwungen in die Städte abzuwandern, wo das Schicksal eines Bettlers, eines Kuli oder Rickschamannes der Männer harrt und die kapitalistische Fabrik und die Prostitution die Frauen erwartet.

Wir wissen, wie schwer Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen Chinas unter dem Druck einheimischer und insbesondere ausländischer Kapitalisten seufzen, die ihre Krallen tief in das von Bürgerkriegen zerrissene Land geschlagen haben. England, Frankreich, Japan und Amerika haben einen Blutsaugerbund geschlossen, um zu Vieren das schutzlose China auszurauben. Mit ihrem Gelde unterstützen sie den Bürgerkrieg der sich befehdenden Militärs.

Die kapitalistischen Fabriken und Werkstätten sind die Friedhöfe vieler Tausende chinesischer Arbeiter und Arbeiterinnen, die vor Hunger, Erschöpfung und Krankheit in den Betrieben zugrunde gehen. Die ausländischen Imperialisten haben das reiche Land in ein Hungergefängnis verwandelt und ihre millionenköpfige Bevölkerung in Bettler und Sklaven. Ueber die Portale ihrer Prachtpaläste schreiben sie in dem Lande, das dem chinesischen Volk gehört: „Hunden und Chinesen ist der Eintritt verboten." Mit Stöcken schlagen sie auf den Rücken des abgehetzten Rickschamannes los. Der Chinese ist in ihren Augen kein

Mensch. Das chinesische Dienstmädchen einer europäischen Familie muß das Schoßhündchen seiner ausländischen Herren beneiden.

Mit Freude und Hoffnung schauen wir auf das Wachstum der revolutionären Bewegung im unterdrückten China, der Bewegung, an deren Spitze chinesische Studenten und Studentinnen stehen, zusammen mit den aufgeklärten Proletariern des Landes. Wir haben Eure entschlossenen Worte gehört, Eure Stimme, die die Arbeitermassen zum Boykott gegen Washington und Versailles aufrief, die sie aufrief zum Kampf gegen den unersättlichen ausländischen Imperialismus für ein freies und unabhängiges China. Wir sahen den regen Anteil, den Ihr an den letzten Demonstrationen und Kämpfen der chinesischen Eisenbahner nahmt, die den englischen Imperialisten und anderen Kapitalisten zu Gefallen von einem verräterischen chinesischen General niedergeschmettert wurden.

Der Haß, mit dem Euch die Militärclique und die Kapitalisten Chinas wie die ausländischen Imperialisten verfolgen; die zur Unterdrückung der studentischen Agitation erlassenen Verordnungen; die Erschießung Eurer Genossen; die Entfernung Eurer beliebtesten Professoren aus ihrem Amte; die von der englischen Presse gegen Euch unternommene Hetze; all das beweist, welch eine Stütze der revolutionären Bewegung Ihr seid, welch eine Gefahr Ihr für alle Reaktionäre und Gewalthaber darstellt. Wir wissen, daß gegenwärtig die chinesische Studentenschaft ein wichtiger Faktor sowohl in der national-revolutionären Bewegung als auch in der Arbeiterbewegung Chinas ist, der Arbeiterbewegung, die in letzter Zeit sich in eine drohende Streikwoge verwandelt hat, Vorläuferin der revolutionären Kämpfe, die der Herrschaft des ausländischen Imperialismus wie des inländischen Kapitalismus ein Ende machen werden.

Aber die vorbereiteten Kämpfe können nicht vollen Erfolg haben, wenn daran die millionenköpfige Menge weiblicher Arbeiter keinen Anteil hat. Die unorganisierte, unaufgeklärte Masse der Arbeiterinnen kann von den Feinden irregeführt werden und im entscheidenden Augenblick dem Kampfe mit den Unterdrückern fern bleiben. Den revolutionären Studentinnen in China liegt die große Aufgabe ob, mitzuwirken, daß die breiten Massen der Arbeiterinnen in einem organisierten Kampf gegen das Kapital einbezogen wird. Ihr, „Rote Studentinnen", besitzt bereits Erfahrung in solcher Arbeit durch die patriotischen Frauenverbände.

Tausende von Arbeiterinnen sind noch unorganisiert, in Unwissenheit versunken, von Arbeit und Not zu Boden gedrückt. Die Arbeit unter ihnen muß mit höchster Energie betrieben werden. Sie sind unlösbar dem Kampf des chinesischen Proletariats einzugliedern. Es gilt, ihnen klar zu machen, daß die Interessen des Arbeiters, der Arbeiterin und der revolutionären Studentenschaft zu dieser Stunde die gleichen sind, daß nur der Sieg der Werktätigen über die kapitalistischen Gewalthaber, über den Imperialismus der Weltbourgeoisie die zur Sklavin herabgesunkene werktätige Frau Chinas befreien kann.

Die Erfahrungen der großen russischen Revolution legen Zeugnis davon ab, daß nur bei einer Regierung des schaffenden Volkes die

Frau wirklich frei und gleichberechtigt wird, und daß ihre Rechte nicht nur auf dem Papier bleiben. Die russische Revolution war aber gemeinsamer Kampf der Proletarierinnen und Bäuerinnen zusammen mit allen Werktätigen des Landes gegen die kapitalistischen Gewalten der Heimat und des Auslands.

Euch revolutionäre Studentinnen Chinas, die Ihr die kämpfende Vorhut der Frauen Eures Landes seid, steht die ungeheure und wichtige Aufgabe bevor, mitzuhelfen, die Proletarierinnen in den Kampf zu führen für die nationale Unabhängigkeit, für die Ueberwindung jeden Kapitalismus, in den Kampf für die eigene Befreiung. Darum schreitet kühn an der Spitze der weiblichen Massen auf dem Kampfesweg vorwärts, bis zum Sieg der Revolution. Für Euch ist Euer Recht, mit Euch sind die werktätigen Frauen der ganzen Welt.

Hoch die Befreiungskämpfe des chinesischen Volks!

Hoch die chinesische Arbeiterin, die Streiterin im Kampfe um ein unabhängiges, freies China!

Hoch die revolutionäre chinesische Studentin, die Freundin der Arbeiterinnenmassen!

Die Ostabteilung des Internationalen Frauensekretariats der Dritten Kommunistischen Internationale.

Unsere Arbeit unter den Proletarierinnen und Bäuerinnen des Bundes der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Seit dem Jahre 1922 hat die Arbeit der Kommunistischen Partei Rußlands unter den werktätigen Frauenmassen eine bemerkenswerte Vertiefung erfahren. Bei den Parteikomitees sind die Abteilungen für die Arbeit unter den Frauen bedeutend erstarkt, und ihre Tätigkeit ist zu einem wesentlichen, unablösbaren Teil der Parteiarbeit geworden. Für die Parteikomitees der Gouvernements sind 360, für jene der Kreise 1505 und für die der Bezirke 300 verantwortliche Funktionäre — Genossinnen oder Genossen — mit der Arbeit unter den Frauen beauftragt. Eine bedeutende Zahl erstklassiger Betriebszellen widmet sich der gleichen Aufgabe. Außerdem wirken in einer Reihe von Bezirken unter den Frauen Organisatoren, die von der Partei besoldet werden.

Die Delegiertenversammlungen der Proletarierinnen und Bäuerinnen dienen nach wie vor der Erfassung und Schulung der Frauenmassen. Diese Form unserer Arbeit ist durch die kulturelle und politische Rückständigkeit der Arbeiterinnen und Bäuerinnen geboten. Sie hat jedoch größere Systematisierung und Erweiterung erfahren. Im Herbst 1922 fanden gleichzeitig in allen Städten des Bundes die Neuwahlen der Delegierten statt. Es wurden wie früher insgesamt 60000 weibliche Delegierte gewählt. Eine neue Methode zur Heranziehung der weiblichen Delegierten zur praktischen Arbeit auf den verschiedenen Gebieten des Sowjetaufbaues ist bestimmt, die frühere Methode des Praktikantentums zu ersetzen. Der Rat der Volkskommissare hat nämlich die Gleichstellung der weiblichen Delegierten mit den Sowjetmitgliedern

bei der Arbeit in den einzelnen Sektionen der Stadtsowjets vorgeschrieben. Die in den Sektionen arbeitenden weiblichen Delegierten machen sich in der Folge genau bekannt mit dem entsprechenden Zweig des Sowjetaufbaus und nehmen teil an der praktischen Arbeit der verschiedenen dazu gehörenden Institutionen. Nach den Mitteilungen aus einem autonomen Gebiet und 25 Gouvernements sind dort 972 weibliche Delegierte in den Sowjetsektionen der Städte beschäftigt. Dort, wo die Stadtsowjets nicht mit einzelnen Sektionen zu arbeiten haben, werden Versammlungen der weiblichen Delegierten selbst in solche Sektionen geteilt. Derartige Sektionen gibt es in 18 Gouvernements. In den meisten davon sind folgende Sektionen der Delegiertenversammlungen organisiert: für Mutter- und Säuglingsschutz; für Volksaufklärung; für Fachausbildung; für das Genossenschaftwesen und für Arbeiterschutz. Die Sektionen werden von Genossen und Genossinnen geleitet, die in entsprechenden Organisationen arbeiten. Die Heranziehung der Arbeiterinnen zur Tätigkeit in den Sowjets hatte zum Ergebnis, daß in einigen Gebieten die Arbeiterinnen viele verantwortliche Posten inne haben. Im Jahre 1921 waren in 35 Gouvernements von den Leitern der Gouvernementsabteilungen für Mutter- und Säuglingsschutz 15 Prozent Arbeiterinnen; unter den Leitern der Kreisabteilungen befanden sich 33 Prozent Arbeiterinnen. In 64 Gouvernements kamen 1923 auf die Führenden der Kreisfrauenabteilungen 15 Prozent Arbeiterinnen. Die auf solche verantwortliche Posten gestellten Arbeiterinnen haben sich rasch die nötigen speziellen Kenntnisse zu eigen gemacht, so z. B. für Hygiene, Kinderpflege, etc., und bilden sich allmählich zu guten Organisatorinnen und Verwalterinnen aus.

Die Zahl der weiblichen Sowjetmitglieder wächst ständig. Im Jahre 1921/22 entfielen in den Sowjets der Gouvernementsstädte auf die Gesamtzahl von deren Mitglieder 7,2 Prozent Frauen, 1922/23 erhöhte sich dieser Prozentsatz auf 11,3. In den Sowjets der Kreisstädte waren im Jahre 1921/22 7 Prozent Frauen Mitglieder, jetzt nach den Angaben von 27 Gouvernements schon 8,3 Prozent. In einzelnen Städten ist die Zahl der weiblichen Sowjetmitglieder besonders groß: in Saratow machen die weiblichen Mitglieder 40 Prozent des Stadtsowjets aus, in Petrograd 20 Prozent. Insgesamt sind in Stadt- und Dorfsowjets von 49 Gouvernements 14469 Proletarierinnen und Bäuerinnen tätig.

Seit Beginn des Jahres 1922 haben die Gewerkschaftsorgane mit einer planmäßigen Arbeit zur Schulung der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder eingesetzt. Einem Mitglied des Allrussischen Gewerkschaftsrates ist die Aufgabe zuteil geworden, die Aktivität der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder zu wecken. Dieser Genosse wirkt in der Organisations- und Instruktionsabteilung des Allrussischen Gewerkschaftsrates als „Instrukteur", — als Organisierender und Schulender — für die Arbeit unter den Frauen; er gehört außerdem zum leitenden Kollegium der Arbeiterinnenzentrale. In den Gouvernements-Gewerkschaftsräten ist die nämliche Aufgabe einem entsprechenden Funktionär übertragen worden, dessen Arbeit organisch mit jener der lokalen Frauenabteilung verbunden ist. In den untersten Gewerkschafts-

zellen der Betriebsräte und Angestelltenräte liegt die Aufgabe in der Hand von Organisatoren — Genossen oder Genossinnen —, die in den meisten Fällen gleichzeitig Zellenorganisatoren der Kommunistischen Partei sind. Diese Arbeit hatte das erfreuliche Ergebnis, daß sich die Zahl der Frauen in den Gewerkschaftsverwaltungen erhöhte, obgleich die Zahl der erwerbstätigen Frauen sich vermindert hat. So ist 1922 im Textilarbeiterverband der Satz der Frauen in Verwaltungsposten auf 7,2 Prozent gestiegen, im Verband der Schneider und Näherinnen auf 6,4 Prozent. Gleichfalls ist 1922 die Zahl der Teilnehmerinnen an den Allrussischen Gewerkschaftkongressen in die Höhe gegangen. Bei den Textilarbeitern machten sie 12,1 Prozent der gesamten Delegierten aus, bei den Bergarbeitern 3 Prozent. Auf dem 4. Allrussischen Gewerkschaftskongreß stellten die Frauen 8,3 Prozent der Delegierten, auf dem 5. Kongreß aber bereits 9,9 Prozent. Es wird eifrig darauf hingearbeitet, daß die Proletarierinnen und Bäuerinnen aktiv in die Genossenschaftsbewegung einbezogen werden. In der Frauenabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei wurde ein „Instrukteur" gewählt, zu dessen Aufgaben es gehört, Fühlung und Zusammenwirken mit Genossenschaftsorganen zu unterhalten und die werktätigen Frauenmassen zur Betätigung in den Genossenschaften heranzuziehen. Eine bedeutende Agitationsarbeit ist zu diesem Zweck geleistet worden. In 37 Gouvernements sind 436 Proletarierinnen und Bäuerinnen in die Verwaltung und in die Kontrollorgane der Konsumgenossenschaften entsendet worden. Zu verschiedenen Lehrkursen über das Genossenschaftswesen wurden in 14 Gouvernements 128 Frauen delegiert. Laut Berichten aus 39 Gouvernements arbeiten dort in den genossenschaftlichen Organen 237 „Praktikantinnen", d. h. delegierte Lernende. Zum Zwecke der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter den Frauen sind dank der Initiative und Unterstützung der Frauenabteilungen durch den Genossenschaftsverband 296 Produktivgenossenschaften (Artel) für Frauen gegründet worden.

Die Frauenabteilungen der Partei haben der Frage ihre volle Aufmerksamkeit zugewandt, wie die berufliche Leistungsfähigkeit der Frauen gehoben und die Verwendung der Frauen bei qualifizierter Arbeit gesichert werden könne. Das Gleiche gilt auch für das Aufhören des Analphabetentums der Frauen und für die Hebung ihrer Lebenshaltung auf sozialer Grundlage.

Als eine Maßnahme, um die berufliche produktive Leistungsfähigkeit der Frauen zu heben, gleichzeitig auch, um ihre Arbeitslosigkeit zu mildern und ihre Arbeitsbedingungen zu bessern, wurde ein Prozentsatz der Plätze festgelegt, die den Arbeiterinnen in den Betriebsschulen und anderen Anstalten für Fachausbildung vorbehalten bleiben müssen. Was die Ueberwindung des Analphabetentums anbelangt, so wird sie mit Unterstützung der Frauenabteilung in erster Linie unter den organisierten Arbeiterinnengruppen in Angriff genommen, unter den weiblichen Delegierten und Gewerkschaftsmitgliedern. Alle 60000 weiblichen Delegierten, die seit dem Jahre 1922 tätig sind, werden nach Beendigung ihrer Amtsdauer lesen und schreiben

können. Auf die Hebung der Lebensgestaltung der Arbeiterinnen wirken organisierte Bestrebungen der Sowjet-, Gewerkschafts- und Genossenschaftseinrichtungen hin. Die Gründung von Krippen, Kindergärten, Speisehäusern und ähnlichen Anstalten, die seit dem Uebergang zur „neuen Wirtschaftspolitik" zunächst eingeschränkt werden mußten, erfolgt jetzt wieder in größerer Zahl. Die Bedürfnisse der großindustriellen Arbeiterinnen müssen von den sozialen Institutionen vor allen berücksichtigt werden.

Die besonderen Existenzbedingungen der Frauen in den Sowjetstaaten des Ostens, wo noch alte patriarchalische Satzungen und Sitten herrschen, erfordern eingehende Kenntnis und Berücksichtigung, wenn unsere Arbeit hier Erfolg haben soll. Im März 1923 berief die Frauenzentrale der Kommunistischen Partei eine außerordentliche Konferenz der Funktionäre ein, die unter den Frauen der Ostrepubliken tätig sind. Sie sollte die Summe der geleisteten Arbeit ziehen und Richtlinien für die fernere Arbeit festlegen. Während des letzten Jahres sind bedeutende Fortschritte des kommunistischen Wirkens auch unter diesen rückständigen Massen werktätiger Frauen erzielt worden. So haben 1922 z. B. 112 Kongresse und Konferenzen stattgefunden, an denen in den südöstlichen Bezirken allein gegen 1500 Frauen der Bergvölker teilgenommen haben, in Aserbeidschan 1300 Muhamedanerinnen u. s. f. Es sind 282 Lese- und Schreibschulen eröffnet worden, 28 Frauenklubs wurden gegründet, 134 Arbeitsgenossenschaften und Werkstätten für Frauen eröffnet. Unter noch nie dagewesener Begeisterung ward heuer in den Ostrepubliken der Internationale Frauentag begangen. In der Stadt Taschkent nahmen an dem Umzug 700 Usbeekinnen teil, in der Stadt Urda 500 Kirgisinnen, in Tiflis 300 eingeborene Frauen usw.

In letzter Zeit hat unsere periodisch erscheinende Literatur für Proletarierinnen und Bäuerinnen sowohl seitens der Zentrale als auch der Provinzabteilungen eine großartige Entwicklung erfahren. Als führendes Organ der Zentrale erscheint seit dem Jahre 1920 die Zeitschrift „Die Kommunistin". 1922 kamen 7 Nummern in zusammen 91 000 Exemplaren heraus. Außerdem wird seit dem Juli 1922 eine populäre illustrierte Frauenzeitschrift für das Land herausgegeben: „Die Bäuerin". Es erschienen von ihr 12 Nummern in zusammen 170000 Exemplaren. Seit Januar 1923 läßt die Zentralabteilung eine populäre Zeitschrift erscheinen: „Die Arbeiterin, für die städtischen Frauenmassen bestimmt. Es wurden bisher 4 Nummern veröffentlicht in einer Auflage von je 15000 Exemplaren. Das Bedürfnis der Arbeiterinnen und Bäuerinnen nach populärer Lektüre hat in vielen Orten zur Gründung von Zeitschriften geführt. Die Frauenabteilung für Sibirien gibt die Zeitschrift heraus: „Die Rote Sibirierin". Die Bergrepublik veröffentlicht „Die Frau der Berge", in Aserbeidschan erscheint: „Die werktätige Frau Transkaukasiens", in Moskau: „Die Delegierte"; die Ukraine hat nach wie vor ihre Zeitschrift „Die Kommunistin".

Dank der rührigen Arbeit unter den parteilosen Massen der Proletarierinnen und Bäuerinnen ist die Zahl der weiblichen Mitglieder

der Kommunistischen Partei gewachsen. Nach der allrussischen Statistik für 1922 stellen die Frauen 7,8 Prozent der Parteimitglieder. Die Angaben über den Verhältnissatz der Männer und Frauen unter den Kandidaten für die Partei sprechen dafür, daß die Zahl der weiblichen Parteimitglieder sich in Zukunft erhöhen wird. Auf je 100 männliche Parteimitglieder kommen acht weibliche, auf je 100 Kandidaten aber 9 Kandidatinnen. In den Parteiorganisationen der Städte ist das Verhältnis noch günstiger. Auf 100 männliche Mitglieder der städtischen Organisationen kommen 10 Frauen, auf 100 Kandidaten jedoch 14 Kandidatinnen. Der sozialen Stellung nach sind die Kandidatinnen Arbeiterinnen und Bäuerinnen. Mit Recht darf man daraus schließen, daß diese Frauen durch die Abteilung für die Arbeit unter den Frauen der Kommunistischen Partei zugeführt worden sind. Wir hoffen in Zukunft auf noch größere Erfolge, denn wir wollen sie, und wo ein Wille ist, da ist ein Weg.

S. Nurina, Moskau.

Aus der bürgerlichen Frauenbewegung.

Die konterrevolutionäre Frauenbewegung in Finnland.

Noch vor der faszistischen Frauenbewegung in Italien hat in Finnland die „weiße" Frauenorganisation bewiesen, daß die „Schwesternschaft" aller Frauen eine hohle, frauenrechtlerische Phrase ist. Wo die proletarische Revolution ihr Haupt erhebt und daran geht, die sozialen Vorbedingungen für das volle Menschentum und Menschenrecht aller Frauen zu schaffen, da werfen sich ihr zusammen mit den Männern auch die Frauen der besitzenden Klassen entgegen, um „die Ordnung" des Kapitalismus zu verteidigen und zu erhalten. An der Revolution 1918 nahmen die Finnländerinnen einen hervorragenden Anteil, sowohl bei den „Roten" wie bei den „Weißen". Im Lager der „Weißen" betätigten sich die Frauen schon bei der Vorbereitung des Bürgerkrieges. Sie beschafften Waffen, Proviant, Verbandsmaterial und sammelten Geld für die Zwecke der Gegenrevolution. Beim Ausbruch des Bürgerkrieges beeilten sich alle „wirklich patriotischen Frauen", sich in den Dienst der „weißen" Helden, der Henker der Arbeiterklasse zu stellen. Noch lange nach dem Siege der Gegenrevolution, als 15000 Proletarier und Bauern erschlagen waren und 10000 in den Gefängnissen dem Hungertod entgegen sahen, herrschte unter den „patriotischen" Damen heller Jubel darüber, daß auf diese Weise die „Ordnung" hergestellt war.

Die erste Begeisterung flaute ab. Es zeigte sich, daß die Proletarier, die für immer zersprengt und niedergeschlagen schienen, sich aufs neue sammelten, ihre Reihen wieder zu ordnen begannen, sich organisierten und gegen die Bourgeoisie vorstießen. Zwei Jahre nach der Revolution eroberten sie 80 von 200 Sitzen im Parlament. Manche der „weißen" Helden verloren damit ihre Zuversicht. Andere von ihnen kamen zu der Ueberzeugung, der endgültige Sieg der „Ordnung" fordere vor allem, daß die „Gutgesinnten" sich organisierten. Die „Weißen" setzten nunmehr ihre ganze Hoffnung auf die „Ochranagarde", die freiwillige weiße Garde, die seit der Revolution besteht und staatliche Unterstützung, Waffen und dergleichen erhält. Die gesamte Tätigkeit der „Weißen"

konzentrierte sich auf ihre Organisation. Die Ochranagarde stellt nun eine gewaltige militärische Macht dar von gegen 100 000 Leuten. Ihre Führer spielen in der Landespolitik eine hervorragende Rolle. Es dünkte jedoch den „Weißen" nicht genügend für die Sicherung der Bourgeoisherrschaft. Sie verstanden, welchen Machtzuwachs sie durch die Organisation der Frauen erhalten würden. Die weiße Frauengarde „Lotta Swerd" ward organisiert, und sie hat jetzt überall in Finnland festen Fuß gefaßt; ihre Zentrale befindet sich in Helsingfors. Die Mitglieder der Organisation haben eine eigene Uniform und tragen am Aermel ein weißes Band. Sie lernen eifrig mit der Waffe umgehen. Die Mitglieder der Organisation „Lotta" werden zum größten Teil in den kleinbürgerlichen Kreisen geworben, die in Finnland von jeher in Verkennung ihres eigenen Interesses und ihres Gegensatzes zur Bourgeoisie die Waffen gegen die Arbeiterklasse gekehrt haben. Die Leiterinnen dagegen sind Gattinnen hoher Offiziere und andere Damen der „großen Welt", die ein weites Tätigkeitsgebiet gefunden haben, in dem sie mit ihrem Patriotismus glänzen können und als Vorbild für die kleinbürgerlichen Frauen dastehen, die nichts besseres zu tun wissen, als den Spuren der „Frau General" und der „Frau Staatsrätin" zu folgen.

Von den Zielen und der Tätigkeit der weißgardistischen Frauenorganisation gibt der Bericht über die große Versammlung in Helsingfors am 11. Dezember 1921 eine Vorstellung. Es nahmen an ihr 1000 „Lotten" teil, als Vertreterinnen der örtlichen Organisationen Finnlands. Der Eröffnung wohnte Frau General Ignatus in Uniform bei. Unter den Agitatorinnen tat sich die bekannte „Schwester Logmara" hervor. Während des Bürgerkrieges, in dem die bourgeoisen Schützer der „Kultur" erbarmungslos Tausende Proletarierinnen hinmetzelten, darunter zahlreiche „rote Schwestern", war sie als „Schwester" bei den „Weißen" tätig. Sie ist auch als Verfasserin außerordentlich sentimentaler Schriften bekannt. Nun ist sie aufs eifrigste bemüht, für die „Lotta Swerd" zu agitieren und diese gut zu organisieren. Ihre Anträge zweckten auf dieses ab: 1. Gute Organisierung der Sanitätsarbeit. Vorbereitung der Mitglieder zu tüchtigem Sanitätspersonal. 2. Einbeziehung der weiblichen Jugend in die Organisation „Lotta Swerd" und Durchdringung der Frauenwelt mit dem Bewußtsein, welche hochbedeutsame Pflicht es ist, in die Seelen der Kinder die „weiße Idee" einzupflanzen. 3. Schulung der Mitglieder in der Kunst, durch die Macht der Ueberredung für die Ziele der Organisation zu wirken. Schwester Logmara gab zahlreiche praktische Hinweise für die Organisierung der jungen Mädchen und drang auf die militärische Ausbildung sämtlicher Mitglieder der „Lotta".

Diese hat seither in dem charakterisierten Sinne gewirkt. Sie ist unzweifelhaft eine sehr gut organisierte, bewußt konterrevolutionäre Vereinigung, in der die Kleinbürgerinnen dafür gedrillt werden, der Bourgeoisie die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden auch in anderen Ländern bürgerliche Frauenorganisationen entstehen, die gleichen Wesens sind. Wo die Klassengegensätze sich verschärfen und steigende Nöte die Proletarier zwingen, für ihre nackte Existenz und ihre Befreiung aus der Knechtschaft des Kapitalismus zu kämpfen, da werden sie auch auf die tödliche Feind-

schaft bürgerlicher Frauen stoßen. Diese werden in den Reihen der organisierten Gegenrevolutionäre nicht fehlen, ganz gleich, mit welchen Mitteln sie die arbeitenden, ausgebeuteten Massen niederzuschlagen suchen. Den Proletarierinnen muß die drohende Gefahr zum Bewußtsein gebracht, und sie müssen darauf vorbereitet werden, ihr mit Erfolg entgegenzutreten. Die Internationale Arbeiterkonferenz zu Frankfurt a. M. hat die Wege dazu gewiesen. Es sind diese zwei: politische Ueberwindung der weißgardistischen, faszistischen Bewegungen und Organisationen durch politische Aufklärung der klein- und mittelbürgerlichen Schichten, die nichts als Kanonenfutter für Bourgeoisie und Junkertum sein sollen. Selbstschutz des Proletariats in fester Einheitsfront, um der Gewalt mit Gewalt zu begegnen. Arissa Balknius.

Volksgesundheit.

Die Zerrüttung der Volksgesundheit durch Geschlechtskrankheiten in Frankreich.

Beim Ministerium für Hygiene in Frankreich besteht eine Kommission für vorbeugende Maßnahmen gegen die Ausbreitung venerischer Krankheiten. Vorsitzender ist Dr. Pinard, der auch in Arbeiterkreisen als tüchtiger Arzt, Wissenschaftler und ernster Sozialreformer geschätzt wird. Die Kommission hat das Ministerium für Hygiene ersucht, vom französischen Parlament die nötigen Kredite anzufordern, um unentgeltliche ärztliche Untersuchungs- und Behandlungsstellen zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten zu errichten. Nach der Meinung der Kommission müßten jährlich 20 Millionen Francs für diesen Zweck vom französischen Staat ausgegeben werden. Und das während einer Reihe von Jahren. Die Kommission führt zur Begründung ihrer Forderung Folgendes an.

Ungefähr ein Zehntel der Bevölkerung Frankreichs, nämlich fast 4 Millionen, ist syphilitisch verseucht, genau 3920000 Personen, Männer und Frauen. 20000 Kinder sterben jährlich vor der Geburt im Mutterschoß infolge syphilitischer Verseuchung des Keims. Geschlechtskrankheiten verursachen jedes Jahr mindestens 40000 Fehlgeburten. Venerischen Leiden erliegen im Durchschnitt jährlich mindestens 80000 Personen. Der von Geschlechtskrankheiten verursachte Bevölkerungsverlust Frankreichs beträgt jährlich im Durchschnitt also 140000. Die Kommission bemerkt, daß die von ihr angegebenen Ziffern sicherlich weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben. Es ist unmöglich, alle Fälle festzustellen, in denen Tod, Abortus etc. auf venerische Erkrankung zurückzuführen sind.

Die Kommission verweist weiter darauf, daß Geschlechtskrankheiten und namentlich die Syphilis viele andere Leiden und Schädigungen im Gefolge haben, Blödsinn, Blindheit, Taubstummheit, Lähmung, Rückenmarksschwindsucht, Wahnsinn, allgemeine physische und psychische Degenerationserscheinungen. Mit dem Alkoholismus zusammen ist die Syphilis im Besonderen eine der Hauptursachen des Irrsinns. Ein Viertel der Gelähmten in den öffentlichen Asylen haben ihren traurigen Zustand der Syphilis zuzuschreiben. Diese schafft auch günstige Entwicklungsbedingungen für den Krebs und die Tuberkulose. 40 Prozent der mit

chronischen Krankheiten behafteten Insassen der französischen Krankenhäuser trägt schwer an den Folgen von Geschlechtskrankheiten. Die Kommission erachtet, daß die Geschlechtskrankheiten Frankreich jedes Jahr mehrere Milliarden kosten.

Die vorstehenden Angaben besagen nichts Neues und enthüllen kein Elend, das nicht auch in anderen Ländern anzutreffen wäre. Sie sind von internationaler Bedeutung. Sie zeigen den Umfang und die Tiefe der Gefahr, der die Gesellschaft durch die Geschlechtskrankheiten ausgesetzt ist. Es ist eine bekannte Tatsache, daß der Krieg die geschlechtlichen Erkrankungen ungeheuer vermehrt und bis in die stillsten Dörfer verschleppt hat. Die Geschlechtskrankheiten sind zu den furchtbarsten zeitgenössischen Volksseuchen geworden. Sie sind um so verhängnisvoller, als sie fortwirken bis ins dritte und vierte Glied und darüber hinaus. Die Geschlechtskrankheiten sind ebenso wenig wie die Prostitution ein Erzeugnis des Kapitalismus, der bürgerlichen Ordnung. Geschlechtskrankheiten sind auch bei Völkerschaften primitivster Kultur vorhanden, und das noch ehe diese mit der sogenannten Zivilisation der bürgerlichen Welt in Berührung kommen. Die Syphilis soll ja nach der Entdeckung Amerikas von dort nach Europa gebracht worden sein. Aber jedenfalls ist das eine sicher: Der Kapitalismus schafft wirtschaftliche und soziale Bedingungen, die die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten außerordentlich begünstigen. Ebenso gewiß ist ein anderes. Der Kapitalismus und das bürgerliche Eigentum, auf dem er fußt, verhindern, daß alle vorhandenen wissenschaftlichen und materiellen Möglichkeiten zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten voll ausgenutzt werden. Namentlich den großen schaffenden Massen der Besitzlosen und Geringbegüterten kommen diese Möglichkeiten nur zum kleinsten Teile zugute. Auch bei der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten macht sich der Klassengegensatz zwischen Reichen und Armen, Ausbeutern und Ausgebeuteten mit aller Wucht geltend.

Deshalb genügt es nicht, der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten durch medizinische, hygienische Maßnahmen allein entgegenzuwirken. Zu solchen müssen soziale Reformen größten Stils treten. Man erinnere sich nur einiger Tatsachen. Das Wohnungselend der schaffenden Massen in Stadt und Land macht die venerischen Ansteckungen nicht bloß möglich, sondern geradezu unvermeidlich. Der Zusammenhang zwischen Prostitution und Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten ist bekannt. Die kapitalistische Wirtschaft, die bürgerliche Ordnung steigert aber unzweifelhaft die Ausbreitung der Prostitution. Wie alle anderen Beziehungen von Mensch zu Mensch, so ist auch das sexuelle Verhältnis von Mann und Frau sozial von der Macht des Eigentums beherrscht. Die Kauf- und Schacherehe ist der eine Ausdruck dafür, die Prostitution als ihre Ergänzung der andere. Ehe und Prostitution stehen im Zeichen der zweierlei Moral für Mann und Frau. Der Kapitalismus schafft wachsende Scharen geschlechtsreifer Männer, die aus wirtschaftlichen und sozialen oder psychologischen Gründen vor den Kosten und Bindungen einer Ehe zurückschrecken. Er läßt durch die schamlose Ausbeutung der Frauenarbeit steigende Scharen von Frauen entstehen, die ihren Unterhalt ständig oder auch nebenher und zeitweilig durch den Verkauf

ihres Körpers gewinnen müssen. So gibt es in der bürgerlichen Gesellschaft vermehrte Nachfrage nach Dirnen und steigendes Angebot von ihnen. Dazu erzeugt der Kapitalismus in Gestalt der Bordellbesitzer, Kupplerinnen, Zuhälter etc. Ausbeuter der Prostitution. Es liegt auf der Hand, daß diesem Stand der Dinge entsprechend die Geschlechtskrankheiten zunehmen. Zumal so lange nicht die Prostitution bekämpft wird, sondern die Prostituierte, die sozial verfehmt, in ihrem Gewerbe von polizeilichen Schichten bedroht, sich im Falle ihrer venerischen Erkrankung oft rechtzeitiger und gründlicher Behandlung entzieht. Auch die soziale Brandmarkung der Geschlechtskranken als „Ausschweifender" etc. trägt zur Verheimlichung der Syphilis etc. bei und damit zur Steigerung der Ansteckungsgefahr. Kurz, die bürgerliche Gesellschaft mit ihrem durch die kapitalistische Ausbeutung geschaffenen Massenelend, mit ihren unnatürlichen sexuellen Beziehungen zwischen den Geschlechtern, mit ihrer verheuchelten, brüchigen, oberfaulen Moral, mit ihrer Atmosphäre grober Genußsucht und skrupellosen Schachertums ist geradezu eine Brutstätte für Geschlechtskrankheiten. Es ist gewiß unerläßlich, eine elementare Forderung im Interesse der Volksgesundheit, alle Mittel der Medizin, der Wissenschaft aufzubieten, um die Geschlechtskrankheiten zu bekämpfen. Allein ebenso unerläßlich ist es, zu diesem Zwecke die entsprechenden Maßnahmen durch weitreichende gründliche soziale Reformen zu ergänzen, wie auch durch Umstellung der Erziehung und der Moral. Eine Utopie ist die Hoffnung, auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung und der bürgerlichen Moral mit den Geschlechtskrankheiten als Volksseuchen fertig zu werden. Es ist ebenso unmöglich, wie die „Abschaffung der Prostitution".

Die Frauenarbeit in der gesellschaftlichen Wirtschaft.

Menschenmord in der deutschen Glasindustrie.

Das Fachblatt des Verbandes der Glasarbeiter Deutschlands veröffentlicht alljährlich eine Statistik über den Gesundheitszustand seiner Mitglieder. Wir entnehmen der diesjährigen Veröffentlichung folgende Angaben, die die Verwüstung menschlicher Lebenskraft und insbesondere weiblicher Arbeitskraft durch den Kapitalismus beleuchten. Die Sterblichkeit der Mitglieder des Verbandes ist in den letzten zwei Jahren gewaltig gestiegen. 1920 kam auf 209,3 Mitglieder, 1922 jedoch bereits auf 176,3 Mitglieder ein Todesfall. Schwindsucht, Nieren-, Darm- und Magenleiden, die „Berufskrankheiten" der Glasarbeiterschaft, haben eine bedeutende Zunahme erfahren. Auf sie entfallen im Jahre 1922 nicht weniger als 60,94 Prozent aller Sterbefälle gegen 50,7 Prozent im Jahre 1920. Die Zahl der Unglücksfälle ist ungeheuer groß, in 2432 Fällen wurden dem Kapitalismus die gesunden Glieder der Glasarbeiter geopfert. Die in der Glasindustrie beschäftigten Frauen werden durchschnittlich nicht älter als 38 Jahre. Bei den Schleifern, der durch ihren Beruf besonders gefährdeten Kategorie der Glasarbeiter, beträgt das Durchschnittsalter 39 Jahre, bei den übrigen Arbeitern der

Glasindustrie 45—51 Jahre. Zwei Drittel aller im letzten Jahre verstorbenen Arbeiterinnen hatten das 25. Lebensjahr noch nicht erreicht. Sind das nicht Ziffern, die anklagend zum Himmel schreien! Sie bringen den gewissenlosen Raubbau zum Ausdruck, den der Kapitalismus mit Menschenleben treibt. Frauenleben fallen ihm besonders zahlreich zum Opfer.

Welche Folgerungen zieht das offizielle Organ der Glasarbeitergewerkschaft Deutschlands aus der grauenhaften Statistik? Unter der Ueberschrift: „Was ist nun zu tun, um Abhilfe zu schaffen?" erklärt es für „unbedingt notwendig" eine Verlängerung der Urlaubszeit, eventuell die Stillegung der Betriebe in der heißesten Sommerzeit, bei Auszahlung der vollen Höhe des Lohnes, den vollen Lohn bei Krankheitsfällen, ausreichende Entlohnung überhaupt. Das Blatt stellt dann fest, daß die Glasindustrie in den letzten Jahren Gewinn auf Gewinn gehäuft hat, d. h. ausbeutende Kapitalisten haben sich in ihr bereichert. Darauf heißt es weiter: Werden aber der Industrie und dem Reich diese Zahlen maßgebend sein, um die von uns geforderten Bedingungen zu erfüllen? Wird nicht das Interesse an der Ausbeutung ein weit größeres sein, als das Interesse an der Arbeiterwohlfahrt?" Und nachdem der Fragesteller diese schüchternen Zweifel gerechtfertigt findet, kommt er zu folgendem Schluß: „Die kapitalistische Wirtschaftsform wird kaum eine wesentliche Aenderung in den bestehenden Verhältnissen zulassen, darum muß unsere Losung sein: „Für Sozialismus, für Arbeiterwohlfahrt" u.s.f. Worauf läuft dieses Sätzchen hinaus? Lediglich auf Dieses: „Es ist zwar betrüblich, daß in der Glasindustrie alljährlich immer mehr und mehr Männer und Frauen zur höheren Ehre und zwecks höherer Profite des Kapitals ihr Leben lassen müssen, aber da kann man vorläufig nichts machen. Hoffen und Harren wir auf den Sozialismus, dann wirds schon anders werden." Ja, dann — wann und wenn Nur daß die kapitalistische Hölle immer unerträglichere Wirklichkeit werden wird, solange die Arbeiter und Arbeiterinnen sich mit solchem sozialistisch frisierten Jenseitsglauben beruhigen lassen und gottergeben auf das Kommen „des neuen Reiches" warten. Die zunehmende Zerrüttung der kapitalistischen Wirtschaft peitscht ja den Trieb der Kapitalisten, Mehrwert aus „ihren" Arbeitern und Arbeiterinnen herauszupressen, zur blindesten wütendsten Gier auf. Dieser Tatbestand macht es zur Lebensnotwendigkeit für die Arbeiter und Arbeiterinnen, daß sie für das unscheinbarste Arbeiterschutzgesetz den Kampf führen. Das geschieht aber nicht, indem sie weinerlich an die Vernunft der Kapitalisten und ihrer Regierungen appellieren. Solches Geflenne hat zu keiner Zeit etwas genützt. Die Besserung kann nur das Werk der Arbeiter und Arbeiterinnen selbst sein, indem sie durch den entsprechenden Druck von unten die Kapitalisten soweit als möglich zur Raison bringen. Ohne diesen Druck, ohne revolutionären Kampf der proletarischen Massen wird auch der Sozialismus nur ein „schöner Traum" bleiben.

Isa Strasser.

Politisches Frauenrecht.

Der Verrat des Frauenwahlrechts durch die Sozialistische Arbeiterpartei Belgiens.

Mit der Regelmäßigkeit von Schillers Mädchen aus der Fremde kehrt — wenn auch nicht mit jedem neuen Jahr — periodisch der Verrat des vollen Bürgerrechts der Frau durch die Sozialistische Arbeiterpartei Belgiens wieder. Diese ist bis heute damit ihrer kleinbürgerlich-reformistischen Natur treu geblieben. Trotz der Lehren des Krieges über die soziale Bedeutung der Frauenleistungen auf den verschiedensten Gebieten hat sie auf ihrem letzten Jahreskongreß zu Ostern abermals abgelehnt, den Kampf für das Frauenwahlrecht zum Parlament aufzunehmen. Den Debatten und der Beschlußfassung des Parteitags ging eine außerordentlich interessante Sitzung in der Brüsseler Federation der Partei voraus. Auf dieser Tagung wurde leidenschaftlich darüber gestritten, ob die Partei für die Frauen Wahlrecht und Wählbarkeit zum Parlament fordern solle oder nicht. Die Frauen besitzen bekanntlich in Belgien das Gemeindewahlrecht, und es wäre nur konsequent, ihnen nun auch das politische Wahlrecht einzuräumen. Davon abgesehen, daß diese Reform „grundsätzlich" auch von allen reformistisch-sozialistischen Parteien geheischt wird und in ihrem Programm steht. Aber es hieße Trauben von den Dornen und Feigen von den Disteln pflücken wollen, wenn man Konsequenz und Prinzipienfestigkeit von der belgischen Arbeiterpartei erwartete. Duldet sie nicht in ihren Reihen hervorragende Führer, die Poincarés Ruhrverbrechen billigen?

Die Sitzung der Brüsseler Federation sah Vandervelde als Vorkämpfer für das Recht der Frauen. Er berief sich darauf, daß er sich persönlich verpflichtet habe, dafür einzutreten. Aber mehr noch. Er, der imperialistische Kriegspolitiker und Justizminister des belgischen Königs, besann sich darauf, daß es auch für einen reformistischen Sozialdemokraten so etwas wie Grundsätze und Programm gebe. Wenigstens auf dem Papier, was ihm sofort klar gemacht wurde. Vandervelde betonte nämlich vor allem, daß die Forderung der vollen politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts grundsätzlich von der Partei in ihrem Programm erhoben werde. Sein Freund Bertrand belehrte ihn darüber, daß das garnichts besage. Dieser Abgeordnete für Brüssel und einer der Begründer der belgischen Arbeiterpartei gab für die Ablehnung der Reform eine Begründung, die so typisch für das Wesen der Partei ist, daß sie verzeichnet zu werden verdient. „Gewiß", so erklärte Bertrand, „die Forderung des Frauenwahlrechts steht in unserem politischen Programm! Aber die Errichtung der Republik und die Durchführung des Kollektivismus (Sozialismus) steht ebenfalls in unserem Programm, und niemand von uns denkt doch daran, diese Forderungen heute durchzuführen". Welche vernichtende Kennzeichnung der belgischen Partei! Die Brüsseler Federation entschied sich unter Vanderveldes Einfluß trotz allem für die Einführung des politischen Frauenwahlrechts.

Auf dem Osterkongreß der Partei kam es jedoch anders. Hier erhielten die Gegner der politischen Reform starken Zuzug durch die

Delegierten aus den wallonischen Provinzen Henegau (Hainaut) und Lüttich (Liège). Die Kämpen gegen das politische Frauenwahlrecht schreckten die Mehrheit des Kongresses mit den Wirkungen, die die Zuerkennung des Gemeindewahlrechts an die Frauen gezeitigt hat. Als in Belgien endlich das gleiche Wahlrecht für die Männer eingeführt werden mußte, erhielten die Frauen eine bescheidene Abschlagszahlung auf ihr Recht in Gestalt des Kommunalwahlrechts. Die Gemeinderatswahlen haben ergeben, was sich noch überall gezeigt hat, wo die sozialistischen Parteien verschmäht haben, die Frauen der breiten Massen für ihre Ideale zu gewinnen. Die Frauenstimmen haben den Klerikalen Siege gesichert. In Charleroi z. B. blieben bei den Gemeinderatswahlen die sozialdemokratischen Stimmen um rund 25000 hinter denen der Klerikalen zurück. Bei den Parlamentswahlen dagegen hatten sie einen starken Vorsprung vor diesen gehabt. In 1800 von 2638 Gemeinden Belgiens ist kein einziger sozialdemokratischer Gemeinderat gewählt worden. In der Provinz Henegau hatte die Arbeiterpartei bei den Parlamentswahlen 53,2 Prozent der Stimmen erhalten, bei den Gemeinderatswahlen jedoch bloß 43,6 Prozent. Die aufgezeigten Unterschiede erklären sich dadurch, daß die ungeheure Mehrzahl der Frauen, auch der proletarischen Frauen, für die Klerikalen gestimmt hat. Sogar die Frauen und Töchter der sozialistisch-reformistischen Arbeiter haben sich zum großen Teil gegen die Kandidaten der sozialistischen Arbeiterpartei entschieden.

Infolge dieser Situation ist in der belgischen Arbeiterpartei eine starke Strömung gegen das Eintreten für die Einführung des politischen Frauenwahlrechts. Der Parteitag erklärte sich mit 369213 Stimmen dagegen; für das Frauenrecht wurden nur 258259 Stimmen abgegeben. Das Ergebnis der Abstimmung ist um so bemerkenswerter, als Vandervelde, Anseele und De Brouckere für die Forderung eingetreten waren, und das, indem sie starken Nachdruck auf die prinzipielle Bedeutung der Frage legten. Diese Schwärmerei für das „Prinzip" ist sehr überraschend. Nicht nur wegen der Prinzipienlosigkeit dieser Helden im allgemeinen, sondern auch in Erinnerung ihrer schwankenden Stellungnahme zur Frage des Frauenwahlrechts im besonderen. Das Verhalten Vandervelde's dazu wurde früher nie von der Begeisterung für die schönen Augen des Prinzips bestimmt, vielmehr von den echt opportunistischen Rücksichten auf die Freundschaft mit den Liberalen und der Furcht vor Stimmen- und Mandatverlusten. Wenn sich Vandervelde nicht stets unumwunden gegen die Einführung des politischen Frauenwahlrechts erklärte, so pendelte er zweideutig zwischen dem Einerseits und Andererseits hin und her wie der erste beste bürgerlich liberale Philister.

Die belgische Arbeiterpartei gehörte in der 2. Internationale zu jenen Gliedern, die darauf verzichteten, für die grundsätzliche und programmmatische Forderung des Frauenwahlrechts in der Praxis einzutreten. Diese Parteien wurden bekanntlich auf dem Kongreß der 2. Internationale zu Stuttgart 1907 in aller Form dazu verpflichtet, den Kampf für das politische Frauenwahlrecht aufzunehmen als einen Teil des proletarischen Emanzipationskampfes, als ein Mittel unter anderen

Mitteln, die breitesten Frauenmassen zu mobilisieren und wider den Kapitalismus zu führen. Die holländische Arbeiterpartei war damals in gleicher Verdammnis mit ihrer Schwesterpartei in Belgien, Oesterreich und anderen Ländern. Sie fügte sich dem Beschlusse des Kongresses der 2. Internationale und hat wahrhaftig keinen praktischen Anlaß gehabt, sich über die Folgen zu beklagen. Anders in Belgien. Hier kämpfte die Arbeiterpartei nicht für die Einführung des Frauenwahlrechts und rang nicht mit allen bürgerlichen Parteien um die Seelen, die Ueberzeugung der Frauen. Die Stärkung der Klerikalen durch die Frauenstimmen bei den Gemeinderatswahlen ist die Quittung dafür, daß die belgische Partei eine Aufgabe jeder revolutionären proletarischen Partei nicht erfüllt hat. Nämlich mit aller Kraft und Treue auch die proletarischen Frauen zum Klassenbewußtsein zu erwecken, zu schulen und in den revolutionären Kampf gegen die bürgerliche Ordnung zu führen. Die Nichterfüllung dieser Pflicht läßt aber noch auf einen anderen Umstand schließen. Daß es in Belgien an einer größeren Gruppe von Frauen fehlt, die, von dem Geist des Klassenbewußtseins und von revolutionärem Kampfeswillen erfüllt, die belgische Arbeiterpartei gezwungen hatte, für volles politisches Frauenrecht zu kämpfen, d. h. die Proletarierinnen als revolutionäre Kraft zu werten und zu mobilisieren. Es wird Aufgabe der kleinen, aber rührigen Kommunistischen Partei Belgiens sein, zu tun, was die große reformistische Partei vernachlässigt hat. Den Kampf aufzunehmen für die volle politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts und die Massen der schaffenden Frauen selbst zu zielklaren Mitträgerinnen dieses Kampfes zu machen, der verstärkend einmünden muß in den gewaltigeren revolutionären Strom des Kampfes zur Niederwerfung des Kapitalismus.

Der erste weibliche Staatsanwalt in Deutschland amtiert.

Frau Dr. jur. Sussmann ist als Referendar einer Strafkammer des Berliner Gerichts zugeteilt worden. Heill rufen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen ob dieses Fortschritts. Die Proletarierinnen würdigen die grundsätzliche Bedeutung des Rechts, verhehlen sich aber nicht, daß die Aemter der Rechtspflege ein bürgerliches Privilegium bleiben, solange der bürgerliche Klassenstaat besteht.

Weibliche Diplomaten.

Die erste Diplomatin in den Vereinigten Staaten für den Auslandsdienst ist ernannt worden. Es ist Miß Lucille Atchersonnal. In den vorliegenden Nachrichten ist nicht angegeben, welcher Posten im Auslande ihr anvertraut worden ist. Aber eins ist sicher. Die Dame wird selbstverständlich im Auslande auch von frauenfeindlichen Regierungen mit der Achtung aufgenommen werden, deren sich heute mehr als je der amerikanische Dollar erfreut. Die Diplomatin ist sehr reich, sie wird im Ausland zum größten Teil auf eigene Kosten leben, da ihr Gehalt nur 2500 Dollar beträgt. So melden die bürgerlichen Zeitungen. Natürlich fügen sie nicht hinzu, was in diesem Falle bedeutet: „auf eigene Kosten leben". Nichts anderes natürlich, als dank ausbeutenden

Reichtums leben, d. h. dank des Sklavensinns schaffender Massen, die sich widerstandslos unter das kapitalistische Joch beugen.

Eine Frau als diplomatische Vertreterin Sowjet-Rußlands

ist schon seit mehr als Jahresfrist tätig. Der Arbeiter- und Bauernstaat ernannte Genossin Alexandra Kollontay zur Gesandtschaftsrätin in Norwegen. Genossin Kollontay hat sich nach einstimmigem Urteil in ihrem Amte vortrefflich bewährt. Das gilt nicht nur betreffs der allgemeinen diplomatischen Aufgaben, die zu erledigen waren, sondern auch für die wichtige Herstellung guter Handelsbeziehungen zwischen Norwegen und Sowjet-Rußland.

Eine Frau als Gouverneurin der australischen Insel Badu

amtiert bereits seit 9 Jahren. Sie hat viel zur kulturellen Hebung der eingeborenen Bevölkerung getan, die von Perlenfischerei, Schildkrötenfang, Korbflechterei und Netzstrickerei lebt. Die Einführung von Alkohol wird stark besteuert, Fremde, die landen, stehen unter strenger Kontrolle. Die englische frauenrechtlerische Presse, die das vorstehende meldet, gibt leider nicht an, ob die Insel Badu zum englischen Kolonialreich gehört, und ob die Gouverneurin Ausländerin oder Eingeborene ist.

Familienrecht.

Für die Gleichberechtigung von Frau und Mann bei Ehescheidungen in England

hat sich das Unterhaus ausgesprochen. Es nahm einen entsprechenden Antrag mit 231 gegen 27 Stimmen an. Der Antrag ist von „der öffentlichen Meinung" getragen, die die jetzt geltenden rechtlichen Vorschriften über die Ehescheidung als ein schreiendes Unrecht empfindet. Bei der starken Unterstützung, die er im Unterhaus gefunden hat, und den Sympathien, deren er sich im Hause der Lords erfreuen soll, rechnet man damit, daß er noch in dieser parlamentarischen Tagung zum Gesetz wird.

Geschichtliches und Feuilleton.

Eine chinesische Revolutionärin.

Die revolutionären Kämpfe, die in den letzten Jahrzehnten immer sichtbarer künden, daß der „Maulwurf Geschichte" auch an der Umwälzung des chinesischen Riesenreichs arbeitet, sind fest mit dem Widerstand gegen die Eroberungsabsichten des beutegierigen Imperialismus verflochten. Sie zeitigen eine Fülle interessanter Begebenheiten und Gestalten, die außerhalb der Grenzen des „Reichs der himmlischen Mitte" meist so gut wie unbekannt bleiben. Das trifft auch auf eine hervorragende Frau zu, eine starke Eigenpersönlichkeit, die während der ersten chinesischen Revolution dieses Jahrhunderts gegen die knechtenden Gewalten des alten China und den neuen Feind der Freiheit, den Weltkapitalismus, eine außerordentlich aktive, wichtige Rolle gespielt hat, ein Gegenstück zu der reaktionären Kaiserin des Landes. Es ist die

Chinesin Tsu-Tsin, die ihre Familie aus Unabhängigkeitssinn, aus heißer Liebe zur Revolution verließ, in freiwilligem, freudig getragenem Elend lebte und tragisch endete.

Tsu-Tsin war die Tochter eines Beamten von Chao-Sin. Sie hatte eine gute Bildung erhalten und besaß insbesondere eine gründliche Kenntnis der chinesischen Literatur. Sie selbst dichtete. Mit 17 Jahren verheiratete sie sich und siedelte mit ihrem Manne Wan nach Peking über, wo ihr wissensdurstiger Geist reiche Anregung fand und fruchtbare Keime revolutionärer Ideen aufnahm. Es wurden ihr zwei Kinder geboren. Ihr lebhafter Sinn und ihr unabhängiger Charakter schlossen es aus, daß sie sich mit dem Glück einer beschränkten häuslichen Idylle begnügt hätte. Das traditionelle Familienleben, wie es sich in China unter dem Druck wirtschaftlicher und rechtlicher Verhältnisse gestaltet hat, geheiligt durch altersgraue Sitten und Bräuche, fordert ihre Auflehnung heraus. Tsu-Tsin trat bald als Vorkämpferin für die Gleichberechtigung der Frauen hervor.

Unerschrocken und kraftvoll wendete sie sich gegen die viele Jahrtausende alte Versklavung des weiblichen Geschlechts, die diesem nicht nur äußere Fesseln anlegt, sondern auch innere Unfreiheit schafft. Religiöse und philosophische Satzungen wie das Herkommen unterzog sie in Artikeln ihrer scharfen Kritik. Namentlich kämpfte sie gegen die Unsitte, die weiblichen Füße zu verkrüppeln. „Besonders diesem barbarischen Brauch", so schrieb sie, „hat es die chinesische Frau zu verdanken, daß sie nicht das geringste Verständnis für Unabhängigkeit und Initiative besitzt, denn sie kann ja nicht einmal ohne die Hilfe anderer gehen." Das revolutionäre Sinnen und Trachten Tsu-Tsins suchte sich bald genug höhere als frauenrechtlerische Ziele. Es sprang auf die allgemeinen sozialen Zustände, auf politisches Gebiet über. Sie nahm in der Folge 1900 in Peking aktiven Anteil an den Boxerrevolten und empfand dabei schwer die Kleinlichkeit und Enge des Familienlebens. Drei Jahre nach diesen revolutionären Kämpfen trennte sie sich mit Einwilligung ihres Mannes von ihrer Familie. Von nun an gehörte ihr Sein, ihr Leben bald ganz der Revolution. Während ihrer politischen Betätigung erwarb sie den Namen „Tsin-Sun, d. h. „die mit dem Mann Wetteifernde" oder auch Tsian-Chu-Nuitse, „die Frauenführerin von Tsian-Chu-See".

Tsu-Tsin hatte während des Boxeraufstandes ihr Hab und Gut verloren. Nach ihrer Trennung von ihrer Familie verkaufte sie ihre letzten Schmuckstücke, um in Tokio studieren und sich auf ihre revolutionäre Betätigung in voller Unabhängigkeit vorbereiten zu können. Tokio war damals für die oppositionelle und revolutionäre studierende Jugend Chinas eine Art Mekka, der ideologische Mittelpunkt ihres Sturmes und Dranges nach einem Wissen, das geistige und politische Freiheit geben sollte. Als Tsu-Tsin 1904 nach Tokio übersiedelte, zählte sie 28 Jahre. Sie gab sich mit der ihr eigenen Leidenschaftlichkeit und Energie dem wissenschaftlichen Studium hin, stand aber dabei in regster Fühlung mit den Kreisen der politischen Emigranten und der fortschrittlichen Studenten aus China. Ihr revolutionäres Temperament und ihr Tatendrang machten sie bald zu einem der aktivsten Mitglieder dieser Kreise und zu einer der bekanntesten und beliebtesten Meetingsredner. Mit zehn Chinesinnen

zusammen organisierte sie eine geheime Gesellschaft zum Sturze der Mandschu-Dynastie. Sie lernte den chinesischen Revolutionär Tao-Tschen-Djan kennen und verfocht begeistert die von ihm vertretenen Ideen für die politische Umwälzung der Heimat.

1905 waren Tsu-Tsin's Mittel erschöpft. Sie konnte nicht weiter studieren und war gezwungen, nach China zurückzukehren, um eine Stellung zu suchen. Tao gab ihr ein Empfehlungsschreiben für die Führer der revolutionären Partei dort mit, damit sie an deren Arbeit und Kampf ihren Anteil nehmen könnte. Im Juli 1905 wurde sie dadurch mit Sui-Si-Lin bekannt, einem Mann, der der Revolution mit religiösem Fanatismus diente. Das Schicksal der beiden außergewöhnlichen Persönlichkeiten war von da an bis zu ihrem Ende unlöslich miteinander verbunden. Tsu-Tsin trat offiziell der revolutionären Partei Guan-Fu-Hoi bei (Gesellschaft der glorreichen Wiedergeburt), die von Sun-Yat-Sen gegründet worden war. Mit Tao zusammen ging sie in das südwestliche China und knüpfte dort feste persönliche Beziehungen mit einigen anderen Führern der Revolution an. Im Oktober kehrte sie jedoch nach Tokio zurück und nahm ihre Studien an der Frauenschule Dzissen-Dzeo-Hacho wieder auf, denn sie war der Meinung, daß ihr Wissen für den Dienst der Revolution nicht umfassend und gründlich genug sein könne. Gleichzeitig hielt sie es für wichtig, an der geistigen und praktischen Schulung der revolutionären chinesischen Studierenden in Japan mitzuarbeiten, in ihnen eine Kerntruppe von Kämpfern und Kämpferinnen heranzuziehen und sie in feste Verbindung mit der Bewegung in der Heimat zu bringen.

Es konnte nicht ausbleiben, daß die chinesische Regierung über die revolutionären Strömungen und Pläne in den Kreisen der chinesischen Studenten in Japan unterrichtet wurde. Sie ergriff in der Folge die strengsten Maßnahmen gegen die in Tokio studierenden Chinesen und lieferte sie schrankenloser Polizeiwillkür aus. Die Studenten organisierten Protestmeetings dagegen, deren Seele Tsu-Tsin war. Da diese sich nicht der vorgeschriebenen Polizeikontrolle unterwerfen wollte, verließ sie Tokio und kehrte nach China zurück, um für die Revolution zu leben und zu sterben. In Shanghai wurde sie von Tao und seinen Freunden empfangen, die in sie drangen, ihre Gedichte zur Veröffentlichung niederzuschreiben. Tsu-Tsin versprach es, allein der Strom des revolutionären Lebens ergriff sie so stark, daß die Veröffentlichung erst nach ihrem Tode zustande kam. Eines der Gedichte bringt Tsu-Tsins Sehnsucht nach der Freiheit, dem Recht der Frau besonders stark zum Ausdruck. Jedoch sie ließ diese Sehnsucht hinter ihrer revolutionären Betätigung zurücktreten. Sie war sich klar darüber, daß in China die politische Freiheit, eine grundlegende politische Revolution unbedingte Voraussetzung für die Befreiung der Frau von alten Fesseln war. Was uns über ihre Ideale und ihr Wirken vorliegt, läßt kein Urteil darüber zu, ob und inwieweit ihr die tieferen sozialen Zusammenhänge klar geworden waren, die zwischen der Herrschaft des Besitzes und der Versklavung der Frau bestehen, und die bewirken, daß die Frau nur mit der Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln durch den Kommunismus ihre volle soziale und menschliche Freiheit erlangen kann.

Da Tsu-Tsin ihren Lebensunterhalt erwerben mußte, meldete sie sich als Lehrerin in Nantsin, in der Provinz Tje-Tszian. Eine andere Bewerberin, Sui-Tszi-Hua wurde ihr vorgezogen. Sie war Gesinnungsgenossin der Revolutionärin und teilte die Stelle mit ihr. Sechs Monate lang unterrichteten die beiden zusammen an der nämlichen Schule, so daß Tsu-Tsin durch ihre Berufstätigkeit nicht allzu stark in Anspruch genommen wurde. Es blieb ihr Zeit und Kraft, sich an der Organisierung einer Schule mit revolutionären Zielen zu beteiligen, die Verbindung mit anderen revolutionären Führern zu pflegen und eine neue Sektion der Geheimgesellschaft der „glorreichen Wiedergeburt" zu gründen. Sui-Sin-Lin war es unterdessen gelungen, einen wichtigen Beamtenposten in An-Tsin-Tu zu erhalten, von wo aus er in ständiger Verbindung mit Tsu-Tsin und anderen Revolutionären bleiben konnte. Mit Hilfe ihrer politischen Freunde mietete die Revolutionärin in Shanghai ein Haus, in dem ein Laboratorium für die Herstellung von Bomben errichtet wurde. Eines Tages erfolgte dort eine Explosion, Tsu-Tsin und ein anderer Revolutionär Namens Tschen-Bo-Pin wurden verwundet und entgingen nur wie durch ein Wunder der Verhaftung.

Tsu-Tsin gab damals eine Frauenzeitung heraus: „Tjun-go-nuibao", die einen ausgesprochenen politischen Charakter trug und die Frauen politisieren, den Reihen der Revolutionäre eingliedern sollte. Im Winter 1906 kam es in der Provinz Tsian-Su zum Aufstand. Tsu-Tsin hielt in Schao-Sin ein Meeting für die organisierte bewaffnete Unterstützung der Rebellen ab. Leider aber griff der Aufstand nicht um sich und konnte von der Regierung bald unterdrückt werden. Tsu-Tsin verzweifelte trotz der Niederlage nicht an der Revolution. Das Glück lächelte ihr in ihren persönlichen Verhältnissen. Sie erhielt die Leitung einer Schule für körperliche Erziehung in Schao-Sin, ihrer Geburtsstadt. Das kam Tsu-Tsin's revolutionärem Wirken zugute. Schao-Sin wurde bald ein Herd und Zentrum der revolutionären Propaganda. Die Zeit, die Tsu-Tsin hier verbrachte, war die tätigste Periode ihres Lebens. Nicht lange, und es war ihr gelungen, die Geheimgesellschaft „Guan Fu" vollständig zu reorganisieren. Zu diesem Zwecke reiste sie viel zwischen Schao-Sin, Han-Tschjan und Shanghai hin und her und organisierte hauptsächlich die Propaganda in der Armee und unter den Studenten. Auch sonst entfaltete sie eine äußerst rührige Agitation. So wurde in mehreren Provinzen ein Aufstand vorbereitet, der die herrschende Dynastie, das alte China stürzen und die „glorreiche Wiedergeburt" durch die Errichtung eines neuen Reichs bewirken sollte, einer Republik des Parlamentarismus, der politischen Gleichberechtigung und sozialer Reformen, mit einem Wort: ein modernes bürgerliches China, das den Kampf um seine nationale Unabhängigkeit gegen den europäischen und amerikanischen Imperialismus aufnehmen würde.

Es war beschlossen, daß die Revolution am 19. Juli gleichzeitig in verschiedenen Orten ausbrechen sollte. Einer der Führer ließ sich jedoch zu dem Fehler hinreißen, schon im Juni vorzeitig loszuschlagen. Am 1. Juli flammte darauf der Aufstand in Vui auf, zwei Tage später in Tsin-Hua. Tsu-Tsin sandte sofort Tschen-Bo-Pin zu Sui-Si-Lin, um diesen von der Situation zu unterrichten. Dieser tötete daraufhin am

6. Juli den Gouverneur Ess Men. Er wurde mit Tschan-Bo-Pin zum Tode verurteilt. Das Attentat rief in den Kreisen der Regierenden größte Bestürzung hervor, der Polizeiapparat arbeitete fieberhaft Tag und Nacht, um der Verschwörung auf die Spur zu kommen und sie zu ersticken. Tsu-Tsin wurde als gefährliche Umstürzlerin denunziert, ließ sich aber dadurch nicht schrecken. Obgleich die Hinrichtung ihrer teuersten Freunde und nächsten Kampfesgenossen sie bis ins Herz getroffen hatte und das Scheitern der ersten lokalen Revolten eine bittere Enttäuschung war, gab es für sie kein Wanken und Schwanken.

Am 10. Juli berief sie die revolutionäre Studentenschaft von Schao-Sin zusammen. Es ward beschlossen, ebenfalls die Fahne des Aufstandes zu erheben, den Regierungsvertreter zu töten, die Stadt zu stürmen und andere Orte in die Bewegung zu reißen. Tsu-Tsin wollte dafür den 19. Juli abwarten, weil sie hoffte, daß dann die Anhänger der „glorreichen Wiedergeburt" auch in anderen Städten in den Kampf treten würden. Jedoch schon am 12. Juli rückten Reichstruppen gegen Schao-Sin an. Die abgehaltenen Meetings hatten nicht den Erfolg, die breiten Bevölkerungsmassen für die Revolution zu gewinnen. Angesichts der Lage gaben sich Freunde Mühe, Tsu-Tsin zur Flucht zu überreden. Sie lehnte das entschieden ab und wurde mit sechs ihrer Gesinnungsgenossen verhaftet. Vor dem Gericht verweigerte sie stolz und fest jede Antwort. Am 18. Juli wurde sie in Schao-Sin hingerichtet. Vor ihrem Tod hatte sie nur eine Zeile geschrieben: „Regen und Wind im Herbst erfüllen das Herz mit Kummer." Ihr Name Tsu-Tsin bedeutet auf deutsch: Herbst.

In ganz China rief es Entrüstung hervor, daß die Reichsregierung die außergewöhnliche Frau dem Henker überliefert hatte. Tsu-Tsin's Name gewann große Popularität, zahlreiche Elegien und andere Gedichte wurden der aufrechten Kämpferin zu Ehren verfaßt. Im Jahre 1912 siegte die Revolution oder richtiger schlug große siegreiche Schlachten, die das alte China aufs tiefste erschütterten, die Dynastie und mit ihr die despotische Herrschaftsform wegfegten und zur Proklamierung der Republik und Einsetzung eines Parlaments führten. Führer und Volksmassen erinnerten sich in der Stunde des Triumphes dankbar der tapferen Vorkämpferin. Tsu-Tsin's Ueberreste wurden an die Ufer des Schao-Sin-Sees überführt, ein Denkmal soll hier die Erinnerung an die große Tote lebendig erhalten. Tsu-Tsin's Ziel war nicht der Kommunismus, aber die Ideale, für die sie wirkte, kämpfte und starb, sind zum Teil auch kommunistische Ideale, zum andern Teil liegen sie in China auf dem Wege zum Kommunismus. Und abgesehen von dem, was sie als „glorreiche Wiedergeburt" Chinas erstrebte, bleibt die Reinheit und Größe des Wesens, die beispiellose Hingebung, mit der sie für ihr Ideal wirkte. Tsu-Tsin wird so uns Kommunistinnen kein toter Name sein, so wenig wie uns die revolutionären Kämpfe in China gleichgültige, fremde Dinge sind. Diese Kämpfe gliedern sich dem Menschheitsringen für Befreiung aus Sklaverei und Ausbeutung ein. Ihre Wasser münden in den gewaltigen Ozean der Weltrevolution.

Arboré-Ralli, Moskau.

Die Kommunistische Fraueninternationale

Monatschrift

Herausgegeben im Auftrag der Exekutive der Dritten Internationale und des internationalen kommunistischen Frauensekretariats in Moskau von Clara Zetkin

Juni 1923

Jahrgang 3 Heft 6

Verantwortlich für die Redaktion: Clara Zetkin, Sillenbuch.
Druck: Walther'sche Buchdruckerei, Komm.-Ges. - Stuttgart.

Inhaltsverzeichnis:

A) Artikel:

Der Vereinigungskongreß der Internationalen Zwei und Zweieinhalb zu Hamburg. Von Clara Zetkin.

Die Hamburger Frauenkonferenz der Internationalen Zwei und Zweieinhalb. Von Hertha Sturm.

Zum dreijährigen Jubiläum des Frauenorgans der proletarischen Revolution Sowjet-Rußlands. Von Clara Zetkin.

Der Streik der Pariser Näherinnen. Von Isa Strasser.

B) Berichte:

Aus der kommunistischen Frauenbewegung.

Fortschritte der kommunistischen Frauenbewegung in Frankreich.

C) Notizen:

Politisches Frauenrecht.

Die erste Parlamentswahl mit dem Stimmrecht der Frauen in Holland.

Frauen in den Gemeinde- und Bezirksvertretungen der Tschechoslovakei.

Familienrecht.

Verbessertes Recht des unehelichen Kindes in Neuseeland.

Die Kommunistische Fraueninternationale

Heft 6 Monatschrift Juni 1923

Der Vereinigungskongreß der Internationalen Zwei und Zweieinhalb zu Hamburg.

Was nach der Vereinigung der „alten" Sozialdemokratie und der „Unabhängigen" Sozialdemokratie Deutschlands nur eine Frage der Zeit sein konnte, ist geschehen. Die beiden politischen Internationalen der Reformisten haben sich organisatorisch verschmolzen. Nach ihrem inneren Wesen, ihrer Einstellung zu den unsere Zeit bewegenden gewaltigen Problemen, ihrem Handeln, waren sie längst eine Einheit geworden. Die Zweite Internationale und die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien unterschieden sich bei wichtigen Ereignissen nur durch Nuancen der rhetorischen Musikbegleitung zu ihrem kapitalistenfrommen, die bürgerliche Ordnung stützenden Verhalten. So ist ihre Vereinigung ein Teil des geschichtlichen Entwicklungsprozesses innerhalb der Arbeiterklasse. Allein das ist das Kennzeichnende dafür. Dieser Entwicklungsprozeß kündet nicht neues, kraftvolles historisches Leben, vielmehr Sterben, Zersetzung, Fäulnis. Im Ablauf des geschichtlichen und des natürlichen Seins ist das Vergehen wie das Werden Entwicklungserscheinung. Das absterbende Alte macht Platz für das sich emporringende Neue.

Die vorliegenden Tatbestände verwehren uns Kommunisten, die vollzogene Vereinigung der Internationalen Zwei und Zweieinhalb als eine Quelle größerer Kraft für das kämpfende Proletariat zu preisen. Jedennoch werten auch wir sie als einen Fortschritt. Gewiß: zunächst und vorübergehend wird sie der Ausgangspunkt sein erneuter, verstärkter Illusionen eines Teils der proletarischen Massen über die Berechtigung der reformistischen Auffassungen von Zeit- und Streitfragen, der reformistischen Politik und Methoden. Jedoch sehr bald wird dem Aufflackern solcher Illusionen ihr Erlöschen folgen. Der Rausch der Begeisterung über das „Ende des Bruderkampfs", die „Ueberwindung der Spaltung" wird abgelöst von dem Katzenjammer der Ernüchterung darüber, daß in der großen Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat die vereinte reformistische Internationale unfähig ist zu entscheidenden Taten. Die für einen Augenblick von der „Einheit" der reformistischen Internationale angezogenen und geblendeten proletarischen Massen werden die Konsequenzen davon ziehen, indem sie sich von dem Bann der reformistischen Ideen und Führer befreien. Die Vereinigung wird so den Selbstverständigungsprozeß der Arbeiter als

Klasse auf die Dauer beschleunigen und damit die Sammlung des Weltproletariats in der Kommunistischen Internationale und für das Ziel der Weltrevolution. Solches zu prophezeien ist wahrlich nicht kommunistische Voreiligkeit und Ueberhebung. Es steht trocken, nüchtern zu lesen in den Verhandlungen und Beschlüssen des Hamburger Kongresses, die doch Spiegelung des Wesens und Wirkens der nun international vereinten politischen Parteien sind, sobald man das alles mit seinem Um und Auf nicht zeit- und raumlos betrachtet, vielmehr im Zusammenhang der Weltsituation in dieser Stunde der Geschichte.

In der kommunistischen Presse ist von dem Hamburger Einigungskongreß häufig als von der „Hochzeit" der reformistischen Linken und Rechten gesprochen worden. Auch im reformistischen Lager hat man sich des Bildes bedient. Der französische „Dissident" = „Unabhängige" Faure beantwortete auf der letzten, entscheidenden Konferenz der Zweieinhalben die Ansätze zu etwas wie einer Kritik der Zweiten Internationale mit dieser Mahnung: „Wenn man sich verheiraten will, so soll man seiner Braut und Schwiegermutter nicht ins Gesicht spucken, sonst wird die Ehe kaum angenehm und fruchtbar sein." So charakteristisch das Wort für die reformistischen Parteien selbst ist, die am Vorabend ihrer Vereinigung standen, so hinkend dünkt uns der Vergleich für den Internationalen Kongreß zu Hamburg. Was sich dort vollzog, war nicht eine Hochzeit, nicht eine Vereinigung zweier blühender Leben, um ein Neues zu zeugen, das über sie hinauswachsen, mehr werden könne als sie selbst. Nein! Es war — wenn man schon „bei der Familie" bleiben will — das Begräbnis eines an angeborener Lebensschwäche verschiedenen Säuglings, und die Zangengeburt und Nottaufe eines ebenfalls welken Kindleins. Der gleiche Pfarrer sprach links das letzte Gebet für das kleine entflohene Seelchen und besprengte rechts den kümmerlichen, greisenhaft ausschauenden Neugeborenen mit dem heiligen Taufwasser. Das alles natürlich nach dem reinen „marxistischen" Ritus, denn der Pfarrer hieß Fritz Adler.

Dem Hamburger Vereinigungskongreß waren tastende Versuche vorausgegangen, die beiden reformistischen Internationalen von London und Wien einheitlich marschieren zu machen und zusammenzuschließen. So die sozialistischen „Fünfmächtekonferenzen" in London und Frankfurt a. M., an denen Vertreter der sozialistischen Parteien aus Deutschland, Oesterreich, Frankreich, Belgien, England teilnahmen. Dazu eine Reihe von Besprechungen der Führer einzelner reformistischer Landesparteien, von internationalen Zusammenkünften und Sitzungen verschiedener Parteileitungen, beauftragter Delegierter etc. Seit dem Haager Weltfriedenskongreß des Internationalen Gewerkschaftsbundes setzte die planmäßige Vorbereitung eines internationalen Kongresses ein, der nicht bloß einheitliche Aktion, sondern eine organisatorische Einheit bringen sollte. Die internationale Tagung im Haag hatte offenbar den Führern der Zwei und Zweieinhalb sehr deutlich zwei Gefahrenquellen ihrer Herrschaft in der Arbeiterbewegung erkennen lassen. Die bereits zum Teil verwirklichte Möglichkeit, daß die Londoner und die Wiener Internationale an Macht und Bedeutung von dem internationalen Amsterdamer Gewerkschaftsbund überflügelt würden. Eine Aussicht

das, die angesichts der unbestrittenen „Radikalisierung" mancher großer Gewerkschaftsverbände den Führern des politischen Reformismus besonders bedrohlich dünken mußte und die wider sie aufziehende Hauptgefahr steigerte. Diese Hauptgefahr ist die Erstarkung und Ausdehnung der Kommunistischen Internationale, ihr rasch wachsender Einfluß auf die Arbeiter, die Massen der Schaffenden, die von dem Kapitalismus in die tiefsten, dunkelsten Abgründe des Elends gestoßen werden. Die organisatorische Einheit der Londoner und Wiener Internationale ist zum erheblichen Teile entstanden sowohl als Verfälschung und Karrikatur der von der Kommunistischen Internationale eindringlich geheischten nationalen und internationalen Einheitsfront des Proletariats im Ringen mit der Bourgeoisie, wie auch als Kampfesorganisation gegen die Kommunistische Internationale.

Der Geburt und Taufe der „neuen" „Sozialistischen Arbeiterinternationale" auf dem Einigungskongreß ging das Begräbnis der Wiener Internationalen Arbeitsgemeinschaft auf der letzten Konferenz dieses Zwittergebildes voraus. Ein Begräbnis ohne aufrichtige große Trauer und ohne den Aufwand grundsätzlicher Gedankenketten und programmatischer Forderungen, die den Anschein erwecken könnten, als habe es sich bei dieser Tagung des Abschlusses und der Ueberleitung um ein Tieferschürfen und Weiterfassen der Aufgaben einer Sozialistischen Arbeiterinternationale der Tat gehandelt. Führer der sehr Wenigen, die mit ernster Betrübnis Abschied nahmen, war der unverbesserliche Illusionär Ledebour. Trotz aller faustdicken Erfahrungen von der Aktionsunfähigkeit der Internationale Zweieinhalb, trotz der unzweideutigen Konferenzreden ihrer ausschlaggebenden Führer, konnte er nicht von der Ueberzeugung lassen, daß ihre revolutionäre Phraseologie schließlich doch das Unmögliche möglich machen würde. Nämlich den Reformismus zu erneuern und aus einem bescheidenen Helfer der Bourgeoisie in einen reisigen Klassenkämpfer gegen sie zu verwandeln. Der von solchen hoffnungsvollen Torheiten politischer Bettler und Kinder gründlich kurierte Fritz Adler belächelte mildväterlich die „romanische Leidenschaft" des temperamentvollen Graukopfs. Er gab sich keiner Täuschung darüber hin, wie fest der Teufel des Reformismus das Völkchen der Zweieinhalben am Kragen hatte. Die überwältigende Mehrheit der 163 Kongreßdelegierten trennte sich denn auch von ihrer internationalen Organisation, eine mühsam hervorgepreßte winzige Abschiedsträne im Auge und ein breites Freudenlächeln für die Vereinigung mit den „Brüdern" der Londoner Internationale auf den Lippen.

In dieser die Konferenz beherrschenden Stimmung kam unwillkürlich zum Ausdruck, daß die Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien nie lebensfähig, geschweige denn je lebensstrotzend gewesen war; daß sie in Wahrheit und Tat aufgehört hatte zu existieren, eine bewußt und selbständig treibende Kraft der Geschichte werden zu wollen, ehe ihr Ende offiziell beschlossen und bescheinigt wurde. Ihre von der Gründungskonferenz zu Wien im Februar 1921 festgelegten Grundsätze waren stets papieren, bloße Deklamation geblieben, nie hatten sie sich zu konsequenter Tatenfolge

verkörpert. Indem die Wiener Internationale ihrer Londoner Schwester Hilfe und Vorwand gab, die Neunerkommission der drei Internationalen zu sprengen und das Zustandekommen eines Weltkongresses der Arbeiter zu hintertreiben, der der Schwindelkonferenz kapitalistischer Regierungen zu Genua die gebührende Antwort erteilt hätte; versetzte sie sich selbst den schwersten Schlag, der ihr Dahinsiechen beschleunigen mußte.

Bis dahin war ihre Betätigung ein Schaukelspiel gewesen zwischen reformistischer Praxis und revolutionärer Ideologie. Ihre „vermittelnde Rolle" für die einheitliche internationale Zusammenfassung aller organisierten Kräfte des Weltproletariats hatte sich in einem entsprechenden Hin und Her erschöpft zwischen Verbeugungen vor Prinzipien des proletarischen Klassenkampfes, die Kern und Stern der Dritten Internationale sind, und der Solidarisierung mit Taten der Zweiten Internationale, die jenen Prinzipien ins Gesicht schlagen. All das verschleiert durch Redewolken „ausgleichender Gerechtigkeit", aus denen die Donner gegen die „Frevel der Diktatur von Moskau" rollten und ein sanftes Säuseln ertönte über die „Schwächen und Unzulänglichkeiten der Demokratie von London". Nach dem Auffliegen der Neunerkommission verzichteten die Adler & Cie auf das revolutionäre Wortzeremoniell und das Kokettieren mit den Kommunisten. Sie begruben ihre Hoffnung, die Zweieinhalbe könne eine „Verständigung mit diesen herbeiführen" und die „allein umfassende" Internationale werden. Mit den Vandervelde & Cie. innig gesellt kehrten sie ihre Waffen einzig und allein gegen die „Moskowiter" und bekämpften offen oder hinterrücks durch Sabotage die von diesen geheischte proletarische Einheitsfront. Kein Stäubchen Tatsächlichkeit unterschied noch ihre Politik von jener der Sozialpatrioten und Koalitionspolitiker, kaum gelegentlich klangen noch Reminiszenzen an die frühere revolutionäre Wortgewaltigkeit auf. So hatten sich die beiden reformistischen Internationalen nicht auf halbem Wege zu einander getroffen, die Zweieinhalb war vielmehr in immer rasenderem Galopp schnurstracks nach London gelaufen. Die organisatorische Vereinigung war der notwendige äußere Ausdruck der inneren abgeschlossenen, fertigen Mauserung der Wiener Arbeitsgemeinschaft.

Fritz Adler hatte daher leichtes und von vornherein gewonnenes Spiel, als er die Auflösung der Zweieinhalb, die Beteiligung an dem Hamburger Kongreß und den Zusammenschluß mit der Zweiten Internationale zu der Sozialistischen Arbeiterinternationale befürwortete. Er begründete solche Entscheidung mit der gegebenen geschichtlichen Situation und der aus ihr geborenen Notwendigkeit zur Einigung des Proletariats. Wobei er sich wohlweislich über das Bestimmende ausschwieg. Nämlich über das grundsätzliche Ziel, das diese Situation dem zu einigenden Proletariat weist, die Aufgaben, die sie ihm damit stellt, und die Wege und Methoden, die sie ihm zu deren Erfüllung vorschreibt. So war die von ihm gezeigte Einigung des Proletariats im Zeichen Hamburgs eine zwar vergoldete, aber dennoch taube Nuß. Sie enthielt keinen festen, fruchtbaren Kern durch die Versicherung, daß für Auflösung und Verschmelzung die gleichen prinzipiellen Erwägungen maßgebend seien, die zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft

geführt hatten; das alte große Ziel werde nur in andere Form gebracht. Statt einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Zweiten Internationale dieses lässliche, müde Gerede: „Zufolge der Einigung müssen wir mit manchen Personen und Parteien zusammenwirken, die uns nicht gefallen, doch das war in früheren Jahren auch so".

Um so dicker zog Fritz Adler dafür den Trennungsstrich gegen die Kommunistische Internationale. „Was uns von dem Bolschewismus, der Dritten Internationale trennt", so behauptete er, „ist nicht die Frage Diktatur oder Demokratie im Verhältnis des Proletariats zur Bourgeoisie. Es ist die Frage Diktatur oder Demokratie innerhalb der Partei, des Proletariats selbst. Ob wir innerhalb des Proletariats die Mehrheit des Proletariats entscheiden lassen wollen, ob wir das Selbstbestimmungsrecht des Proletariats anerkennen, oder ob wir die Entscheidung über den Weg, den das Protetariat zu gehen hat, einer Minderheit ausliefern wollen, die sich anmaßt, der Diktator des Proletariats zu sein. So lange dieser Unterschied nicht bereinigt ist, ist alles, was uns von der Dritten Internationale über die Einheitsfront gesagt wird, wahrer Humbug . . . Die beiden Internationalen werden sich nicht so sehr unterscheiden durch die Formen ihres Kampfes gegen den Kapitalismus und ihre Grundprinzipien, als durch die Organisationsform, in der sie im Proletariat arbeiten." Wir werden auf diese plump enstellenden Behauptungen zurückkommen.

Die Führer fast aller der Zweieinhalben angeschlossenen Parteien trotteten mit ihren Darlegungen in den Fußstapfen ihres Meisters. Von Hillquitt, der für die Sozialistische Partei Amerikas sprach, über die Crispiene verschiedener Nationen bis Locker, Vertreter der Paole Zion. Der Menschewik Abramowitsch, auf allen Tagungen der Reformisten Vorbeter der antibolschewistischen Litaneien und Verfluchungen, weinte Krokodilstränen über das angebliche Scheitern der beiden großen Revolutionen in Rußland und Deutschland. Jeder Versuch, in Deutschland jetzt weiter vorwärts zu gehen, sei von vornherein zum Scheitern verurteilt. Topalowitsch, der Führer der jugoslavischen Unabhängigen, suchte seine tapfere Haltung während des Kriegs dadurch in Vergessenheit zu bringen, daß er die Kommunisten seines Landes nach bekannter Schablone verantwortlich machte für das Wüten der Reaktion und den Mitgliederschwund seiner Partei und der reformistischen Gewerkschaften. Im Bewußtsein der Mängel und Sünden der selig entschlafenen Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands hielt Crispien eine Bußtagspredigt gegen die „Selbstgerechtigkeit" und beschwor, daß die Recken der Zweieinhalb sich nicht mit den kompromittierten Führern der sozialpatriotischen Londoner Internationale zusammenschließen, sondern mit den Massen.

Der Ausgang der Konferenz war totsicher. Ihre Macher konnten sich mithin den Luxus gestatten, die Kritik und Forderungen der kleinen Opposition kleiner Parteien zu Wort kommen zu lassen. Durch Ledebour sprach das erste ehrliche wunschbefangene Wollen der Internationalen Arbeitsgemeinschaft, ihre Selbsttäuschung über die Bedeutung des historisch Gegebenen und die eigene Kraft. Sprach das Gewissen der Zweieinhalb aus der Zeit ihrer Blütenträume, das da wähnte,

durch Erinnerung an das, was einst war, verhindern zu können, was vorbereitet wurde. Ledebour forderte die Aufrechterhaltung der Internationalen Arbeitsgemeinschaft „als Kristallisationskern der Organisationen, die sich zum kompromißlosen Klassenkampf durchringen". Weder die Zweite noch die Dritte Internationale könne alle proletarischen Parteien zusammenfassen, und eine einseitige Verschmelzung der Wiener mit der Londoner Internationale werde die Einigung des Weltproletariats nur hemmen und verzögern statt fördern. „Zweck der Zusammenfassung aller proletarischen Parteien zu einer tatkräftigen Internationale ist die Vorbereitung und Durchführung der Weltrevolution durch den proletarischen Klassenkampf." Scharf und leidenschaftlich trat der Delegierte der „linken" Sozialrevolutionäre Rußlands, Steinberg, den Verleumdungen und Beschimpfungen der russischen Revolution entgegen und rechnete mit den Ueberläufern ins Lager der Kriegsdurchhalter und Koalitionspolitiker ab. Nachdem die Entscheidung gefallen, verließ er mit Protest die Konferenz. Mit 99 gegen 6 Stimmen — die der Unabhängigen Deutschlands, der Unabhängigen Polens und der linken russischen Sozialrevolutionäre — nahm diese die Resolution Adler an. Sie stimmte damit im „Prinzip" der vorbereiteten provisorischen Geschäftsordnung des Einigungskongresses zu, wie dem Statutenentwurf für die geeinte Internationale.

* * *

Nicht bloß ohne eindringliche Kritik, auch ohne jede Bedingung ging die Zweieinhalb in der Zweiten Internationale auf, ohne Festlegung von Richtlinien für Grundsätze und Taktik. Was die restlos gebilligten Statuten darüber enthalten, ist mehr als dürftig und von keinem Hauch der stolz proklamierten Prinzipien der Wiener Gründungskonferenz durchweht. Mit dem Verzicht auf grundsätzliche und taktische Richtlinien, mit dem Sich-genügen-lassen an einigen marxistisch klingenden Allgemeinheiten, die des durch die Stunde gebotenen konkreten Inhalts ermangeln, treten uns hervorstechendste Wesenszüge des Einigungskongresses selbst entgegen. Nicht zufällig, sondern organisch bedingt. Solcher Verzicht und solches Sich-bescheiden schuf die innere Verbindung zwischen Konferenz und Kongreß, war unerläßliche Vorbedingung für die Einigung der Zentristen mit den rechten Reformisten. Ungeachtet des Umstands, daß die Führer der Weiland-Unabhängigen sich in die alte Heimat zurückgefunden hatten. Hinter diesen Führern standen linksgerichtete Massen, die die Einigung wollten, um vorwärts, nicht zurückzugehen, und die nicht vor den Kopf gestoßen werden durften. Bei jedem Aufrollen prinzipieller und taktischer Grundfragen des proletarischen Klassenkampfes, bei jeder entschiedenen, klaren Stellungnahme zu seinen Aufgaben: mußten Meinungsgegensätze der vertretenen nationalen Parteien aufeinander platzen, mußte die sozialpatriotische Vergangenheit der einen wider das sozialpazifistische Gestern der anderen aufleben, mußten Worte gegen Taten und Taten gegen Worte zeugen, kurz war die Gedanken- und Sprachenverwirrung des reformistischen Turmbaus zu Babel sicher. Schon auf der Konferenz

der Zweieinhalben reckte sich das Gespenst zerklüftender nationaler Gegensätze im Hause der neuen und doch schon so alten Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft empor. Für den Augenblick gebannt, kehrte es auf dem Einigungskongreß um so bedrohlicher wieder.

Czermak, Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei, erhob vor dem Forum der Zweieinhalben vernichtende Anklagen gegen den bösartigen Nationalismus und die schmählichste arbeiterfeindliche Koalitionspolitik der tschechischen Sozialdemokratie, einer Zierde der Zweiten Internationale, ihr gerade durch die gebrandmarkte Praxis wesensverwandt und würdig. Die Konferenz hörte die schwersten Beschuldigungen, ging aber um die Stellungnahme dazu wie die Katze um den heißen Brei herum. Sie vertröstete die Beschwerdeführenden auf die Untersuchung und Entscheidung durch den Einigungskongreß. Dieser hat sie denn auch „mit staatsmännischem Takt" in seiner Weise erledigt, d. h, einzig und allein von der Rücksicht bestimmt, „Krach zu vermeiden", der die sehr unstaatsmännisch empfindenden proletarischen Massen aufmerksam gemacht haben würde auf das trügerische Wesen des Kongresses und seiner Schöpfung auf die revolutionsfeindliche, kapitalsdemütige Grundeinstellung der sich einigenden „Brüder". Der Kongreß verschob die Auseinandersetzung zwischen der deutschen und der tschechischen Sozialdemokratie im Reiche des Ententelakaien Benesch in die Dunkelkammer der neuen Executive. Die tschechische Sozialdemokratie hatte die auf dem Kongreß vorbereitete „Denkschrift" der deutschen „Bruderpartei" promptest mit einem Schriftstück beantwortet. Leicht und geschickt parierte es den geführten Stoß, indem es sich gegen ein Ausnahmerecht für die tschechische Sozialdemokratie wendete und Ausdehnung der Untersuchung auf die Haltung aller Parteien der neuen Internationale während des Kriegs und in der Nachkriegszeit forderte. Nichts weniger also, wie den Prozeß gegen die Zweite Internationale, den Prozeß gegen die Parteien und Parteiführer, die mit dem Blute des imperialistischen Machtkriegs und den Verbrechen der Koalitionspolitik besudelt sind. „Knechte wider Knechte", ein Treppenwitz der Geschichte. Das salomonische Urteil der reformistischen Executive dürfte interessant werden.

Ein anderer Vorgang noch warf ein helles Streiflicht auf die Aeußerlichkeit, die innere Unwahrhaftigkeit der „Einigung". Die Tagesordnung des Kongresses mußte umgestellt und konnte nicht glatt erledigt werden, obgleich sie das Werk sorgfältiger Erwägungen erfahrenster Kongreßtechniker war. Der Verhandlungsgegenstand „Der imperialistische Frieden und die Aufgaben der Arbeiterklasse" — er begriff die Fragen der Reparationen und der Ruhrbesetzung in sich — rutschte von der ersten an die letzte Stelle. Die Behandlung des Themas: „Der internationale Kampf gegen die internationale Reaktion" mußte mehrmals unterbrochen und vertagt werden und zog sich bis zum Schluß des Kongresses hin. Die Kommissionen für die Resolutionsfabrikation hatten es nicht leicht, den Stein der Weisen von „allseitig befriedigenden" Formeln zu entdecken. Es handelte sich in beiden Fällen um ganz bestimmte Probleme, die von den proletarischen Parteien die Erfüllung unabweisbarer tatsächlicher Aufgaben

heischen. Es war ein Kunststück sich an dieser harten Wirklichkeit mit allgemeinen Deklamationen herumzudrücken, ohne bindende Verpflichtungen für klipp und klares Handeln. Nicht der Wille zu einheitlichen Aktionen in unversöhnlichem Klassenkampfe gegen die Weltbourgeoisie einte ja die tagenden Reformisten. Was sie zusammenführte, war vielmehr die Furcht vor der proletarischen Revolution und als Konsequenz davon der bitterste Haß gegen die Kommunisten und ihre weltumspannende Organisation, die Vorhut und Vormacht des vorstürmenden Proletariats. Die schwindsüchtigen Trompetenstöße gegen die internationale Reaktion, gegen die Herrschaft des Kapitalismus, wurden bei weitem übertönt durch das Halloh und Hussah einer frisch-fröhlichen Kommunistenhatz. Es mußte so sein. Parteien, die mit der Bourgeoisie und ihrer Ordnung paktieren, müssen die Kommunisten hassen und bekämpfen, diese nicht zu entwaffnenden Todfeinde des Kapitalismus.

* * *

Die innere Zwiespältigkeit des Einigungskongresses — Zwiespältigkeit angesichts der welthistorischen Lage und der unverrückbaren Mission der Arbeiterklasse — das Kompromiß mit der bürgerlichen Welt hatte sein Symbol. Ueber dem Tagungslokal rauschte neben einer bescheidenen roten Fahne das schwarzrotgoldene Banner der deutschen Bourgeoisrepublik, und das Kongreßlokal war innig-minnig auch mit den Nationalflaggen der bürgerlichen Staaten geschmückt, aus denen Arbeiterparteien delegiert hatten. Und nicht mit dem Herzblut revolutionären Kämpfens, brav schwarzrotgold waren die Begrüßungsreden der Hamburger Mehrheitssozialdemokraten gefärbt. Oudegeest, der Sekretär und Delegierte der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, segnete in deren Namen die Tagung des „Zusammenarbeitens auf dem Boden der Demokratie". Er brachte zwar „herzliche Grüße" für die Ruhrarbeiter im Besonderen, aber wisperte keine Silbe, ob der Internationale Gewerkschaftsbund die Eidschwüre des Haager Weltfriedenskongresses zu halten gedenke. Keine Tatbereitschaft angesichts der verzweifelten Notlage des deutschen Proletariats und schwerster Friedensbedrohung infolge der Ruhrbesetzung! Wels polterte lungenstark gegen die „Balkanisierung" Europas und schwärmte wie ein harmloser Backfisch für die „Vereinigten Staaten der ganzen Welt". Um dann mit der konventionellen Kommunistenverleumdung das einzige Mittel abzulehnen, das die Arbeiterklasse befähigt, den Rückfall in die Vergangenheit abzuwehren, das Zukunftsziel aufzubauen: den revolutionären proletarischen Klassenkampf.

„Den Ruhm," so erklärte er, „im Klassenkampf des Proletariats die Strategen der Niederlage zu sein, die Arbeiter aus Uebermut und Führereigensinn in noch tieferes Elend hineinzujagen, diesen Ruhm überlassen wir neidlos den Kommunisten. Den Reaktionären aller Länder soll unser Kongreß zudonnern: Bis hierher und nicht weiter. Das Ziel ist für uns alle das gleiche, aber die Wege zu ihm sind verschieden. Wir werden das Ziel nicht erreichen, wenn wir nicht klar darüber werden, was die Arbeiterbewegung geschwächt und ihre Gegner

gestärkt hat. Blicken Sie über die ganze Welt, denken Sie an Ihre eigenen Erfahrungen! Ueberall werden Sie Trümmerfelder finden, die die Schlammwelle der kommunistischen Bewegung hinter sich gelassen hat. Nie, Genossinnen und Genossen, werden wir stark sein gegen die Reaktion, wenn wir schwach sind gegen ihre Helfer, gegen die Zerstörer der Arbeiterbewegung, die die Proletarier der Welt verunei-nigenden Kommunisten." Wels schlug mit diesem Gemisch von Lüge, Beschimpfung und kindsköpfiger Wertung des historischen Geschehens eines der Leitmotive dieses „Einigungskongresses" an.

Dieses Leitmotiv war auch für die Stellungnahme der Tagung zur Frage des Internationalen Kampfes gegen die internationale Reaktion entscheidend. Etwas abgewandelt, aber ganz im Wels'schen Sinn, als Begeiferung der russischen Revolution und als Kampf gegen ihre trotzig-kühne Schöpfung: den Arbeiter- und Bauernstaat Sowjetrußland und die ihn tragenden Kräfte. Otto Bauer hatte das Hauptreferat zu der Frage. Er gab unzweifelhaft sachlich die beste Leistung vor dem Kongreß und hielt sich auf einer gewissen Gedankenhöhe, die kein anderer Redner erreichte. Jedoch sein Vortrag krankte an dem auffallenden Widerspruch zwischen dem historisch Schauenden und dem politisch Zielsetzenden und Kämpfenden. Scharf durchleuchtetes geschichtliches Material, treffende geschichtliche Vergleiche, wuchtig beginnende Darlegungen führten nur zu der Empfehlung kleiner und kleinster Mittel für die Praxis des proletarischen Kampfes gegen die internationale Reaktion. Otto Bauers großzügige Schilderung der Situation — großzügig im Allgemeinen, von den „Schönheitsfehlern" im Einzelnen sei abgesehen — verdichtete sich letzten Endes zu einer einzigen positiven Forderung. Gründung eines internationalen Informationsbüros, das eine Koordinierung der parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktionen ermögliche. Den Charakter dieser Aktionen und ihre Voraussetzungen ließ Bauer völlig im Dunkeln. Der klaffende Widerspruch in seinem Referat ist die klare Spiegelung des Gegensatzes zwischen der Größe der geschichtlichen Stunde, ihrer ungeheuren Aufgaben für das Proletariat und der Zwergenhaftigkeit des reformistischen Geschlechts. Ist Spiegelung des Unvermögens oder auch der Unwilligkeit des Kongresses, des Reformismus überhaupt, die Erkenntnis, den Willen, die Tatkraft des Proletariats lebendig zu machen und zusammenzuballen zum revolutionären Kampfe gegen die Reaktion, gegen die bürgerliche Ordnung.

Immerhin hat Otto Bauer einen Anlauf genommen zur Kritik und Berichtigung mancher allzu grob ungeschichtlichen reformistischen Auffassungen und Praktiken. So, als er feststellte, daß zur Ueberwindung der gewalttätigen internationalen Reaktion die Mittel der Demokratie versagen, und als er schlußfolgernd ausrief: „Deshalb sind wir heute gezwungen, Abwehrorganisationen der Arbeiter in allen Ländern zu schaffen." So als er den Völkerbund, diese dem Herzen der Kautskys und Vanderveldes noch immer so teure heilige Allianz der Ententekapitalisten, als Gefahrenzentrum für den Weltfrieden, als „Herrschaftsinstrument der Westmächte" bezeichnete. Es ist kennzeichnend, daß solche und andere Stellen des Vortrags, die Bauer selbst hervorhob, vom Kongreß nicht

durch Beifall ausgezeichnet wurden. Laute Zustimmung fanden dagegen seine Ausfälle gegen den „Bolschewismus", die „bolschewistische Phase der russischen Revolution" etc. Uebrigens waren diese Ausfälle zahm, gemessen an den Ausführungen der reformistischen Bolschewistentöter par excellence. Unter Hinweis auf den Terror der Deutschen und Oesterreicher in der Ukraine sprach Bauer z. B. den kapitalistischen Regierungen jedes Recht ab, im Namen der Demokratie und Menschlichkeit gegen Sowjetrußland zu kämpfen. Er erkannte an, daß der Bürgerkrieg „den Terror zum Teil erforderte und erklärt".

* * *

Von den Absichten der Drahtzieher des Kongresses, diesen als „Welttribunal" über den „Bolschewismus" einzusetzen, den Vater des Kommunismus, der Dritten Internationale, reden unzweideutig verschiedene Tatsachen. Der russische Rätestaat wird programmgemäß unter die Träger der schlimmsten internationalen kapitalistischen Reaktion eingereiht. Ausgerechnet der Menschewik Abramowitsch wird mit einem Referat über die russische Revolution, richtiger gegen Sowjetrußland betraut. Der Vorsitzende verliest nacheinander zwei Schriftstücke. Die Mitteilung ungarischer Sozialdemokraten, daß die Bedrohung durch den Horthy-Terror sie verhindert, das ihnen übertragene Kongreßmandat auszuüben. Die Erklärung der russischen Sozialrevolutionäre Gotz, Hendelmann u. a., daß sie als gewählte Delegierte nicht an der Tagung teilnehmen können, weil die „bolschewistische Gewaltherrschaft" sie im Kerker hält. Mit raffinierter Durcheinanderwirrung von Tatbeständen und Begriffen stellte die Kongreßleitung auf eine Stufe das Schreckensregime einer kleinen Kaste, die die schaffenden Massen in Stadt und Land in mittelalterlicher Hörigkeit halten will, und die Notwehr des einzigen Arbeiter- und Bauernstaats, der seine Existenz wider Gegenrevolutionäre verteidigen mußte, die ihn im Bunde mit zaristischen Heerführern und kapitalistischen Regierungen abwürgen wollten. Jedoch trotz aller gerissenen Regie gelang die erstrebte Verfehmung Sowjetrußlands nur zum Teil.

Gewiß, Abramowitsch, der Fanatiker bürgerlichster Demokratie und demütigen, kleingläubigen proletarischen Duckens, erklomm den Gipfel geschichtlicher Verständnislosigkeit, der Widersprüche mit sich selbst, der dummdreisten Verunglimpfungen der proletarischen Revolution Rußlands und insbesondere der führenden revolutionären Klassenpartei des Proletariats. Er schied die russische Revolution in die „schöne" bürgerliche und in die „häßliche" proletarische Revolution, als ob Marx selbst solches Tun nie mit grimmigem Spott gegeißelt hätte. Er machte die „bolschewistische" Revolutionspolitik für alle hinterlassenen Sünden des Zarismus, des Kapitalismus und des Weltkriegs verantwortlich. Er faselte davon, daß die proletarische Diktatur eines Tages zu einem „despotischen Kapitalismus" führe. Rettung sei nur möglich, wenn die Arbeiter und Bauern auf die Diktatur verzichten und zur Demokratie übergehen würden. Diese schaffe einen „demokratischen Kapitalismus", das nächste Ziel der Entwicklung. Im Zu-

sammenwirken aller lebenskräftigen Elemente Rußlands werde dann eine „ideale Demokratie" entstehen. Der Ungar Kunfi unterstützte den menschewistischen Vorstoß gegen Räte-Rußland, indem er über das böse Beispiel der russischen Kommunisten greinte und zeterte. Schließlich trug der unvermeidliche Wels sein Scheitlein zu dem Scheiterhaufen bei, auf dem die deutschen Kommunisten in ehrenvoller Gemeinschaft mit dem russischen Bolschewismus verbrannt werden sollten. Er setzte die Reaktion, den Faszismus einfach auf die Rechnung der „Kommunistischen Putsche und ihrer sinnlosen Zerstörungen . . . Aus dem Spartakusbund entwickelte sich der Kapp-Putsch . . . Moskauer Kommunismus und Pariser Imperialismus sind die beiden Helfer der deutschen Reaktion."

Aus der Mitte des Kongresses selbst erfolgte Widerspruch gegen das schamlose Treiben. Modigliani, der zu den gemäßigtsten der gemäßigten italienischen Zentristen gehört, wendete sich gegen Abramowitsch's „übertriebene und scharfe Kritik, die nur den Imperialisten hilft". Er feierte die gewaltige Leistung der Bolschewisten, den Zarismus gestürzt zu haben. Allein weit härter als diese sanften Mahnungen zu etwas geschichtlicher Einsicht traf das Auftreten der Engländer das Wünschen der eingeschworenen Bolschewistenfresser. Bevor Abramowitsch das Wort erhielt, legte Henderson als Vorsitzender der Sitzung, im Namen der englischen Delegation „energischsten Protest" gegen Curzon's Ultimatum ein. Er erklärte die angeführten Gründe für den angedrohten Abbruch der Beziehungen zu Rußland als leere Vorwände. England habe weder wegen Horthys Schreckensherrschaft mit Ungarn, noch wegen des faszistischen Terrors mit Italien gebrochen. Es sei höchste Zeit für die Aufnahme normaler Beziehungen zu dem großen russischen Staat. Henderson enthielt sich peinlichst jeder kritischen Aeußerung wider Sowjet-Rußland, dagegen forderte er Abramowitsch auf, in Hinblick auf die Situation jedes seiner Worte sorgfältig zu wägen. Doch es kam noch besser. Brailsford, der Redakteur des Labour Leader, unterstrich und verschärfte den Einspruch wider die Ultimatumspolitik des englischen Imperialismus. Den Abramowitsch und Wels erteilte er eine kleine Geschichtslektion unter Hinweis auf die große französische Revolution und den Terror der Bourgeoisie. „Für die Exzesse der russischen Revolution", so rief er aus, „sind die kapitalistischen Regierungen verantwortlich . . . Alle kapitalistischen Mächte waren verbündet, um Rußland durch Hunger, Blockade und Bürgerkrieg niederzuzwingen. Die Leute dort benahmen sich wie Hungernde und Verzweifelnde". Was Deutschland anbetrifft, so lasse die Entente die Keime fortschrittlichen politischen und sozialen Lebens nicht zur Entwicklung kommen.

Die tiefen Gegensätze in der Beurteilung „des russischen Problems" und der Widerstand gegen das so gehässige wie törichte Zu-Gericht-sitzen über den „Bolschewismus" fanden bei der Abstimmung den schärfsten Ausdruck. Die reformistischen, blindwütigen Hasser des „Bolschewismus", im Grunde der proletarischen Revolution, hatten die Resolution zum „Internationalen Kampf gegen die internationale Reaktion" zu einem großen Bannfluch wider die Sowjet-

macht ausgenutzt. Der Protest gegen militärische Intervention, Blockade und Boykott, die Forderung der vollständigen rechtlichen Anerkennung der russischen Regierung war schlaumeierisch verflochten mit der Verurteilung „fortgesetzter Anwendung terroristischer Methoden und der Beseitigung der demokratischen Grundrechte" durch diese Regierung. Die Verkoppelung war in der Resolutionskommission hart umstritten worden. Die „Antibolschewisten" bestanden auf ihrem Schein. Im Plenum fand für den betreffenden Passus getrennte Abstimmung statt. Er gelangte zur Annahme mit 196 Ja gegen 2 Nein und 39 Enthaltungen. Es enthielten sich der Abstimmung: die Delegationen aus England, der Schweiz, der Ukraine und der Paole Zion. Gegen den Absatz stimmten die tschechischen Unabhängigen und die italienischen Sozialisten, in deren Namen Modigliani erklärte, daß für sie dieser Teil „als eine Unterstützung menschewistischer Forderungen unannehmbar sei". Der einmalige Bannfluch genügte den Abramowitsch und tutti quanti noch nicht. Der Kongreß verdreifachte ihn durch eine besondere Resolution. „Gegen die bolschewistische Parteidiktatur in Rußland" und durch einen besonderen Absatz „der Friedensresolution": „Gegen die Unterwerfung Georgiens und Armeniens".

Die Befürworter unentwegter Koalitionspolitik vom Schlage des „Vorwärts" suchen die ihnen sehr unbequeme Haltung der englischen Delegation erklärend abzuschwächen. Nur die von Curzon geschaffene gefahrenreiche Situation habe die sonst so anständigen englischen Reformisten davor zurückgehalten, den Ringelreigen um den brennenden antibolschewistischen Holzstoß mitzutanzen. Sicherlich! Rücksichten auf diese Situation waren für die englische Delegation mitbestimmend, jedoch nicht allein ausschlaggebend. Die Engländer sind „Empiriker". Kautsky mag als „großer Theoretiker" auf Grund „zuverlässiger" statistischer Ziffern von 14 Tagen zu 14 Tagen an den Knöpfen seiner Weste abzählen, wie lange der grobe Unfug eines Arbeiter- und Bauernstaats dauern darf, der ohne Respekt für seine Formeln und Rezepte im revolutionären Kampfe entstanden ist. Die englischen Reformisten rechnen mit „facts", mit Tatsachen. Sowjet-Rußland, die Schöpfung des „asiatischen Sozialismus", besteht seit fünf Jahren und entwickelt sich in aufsteigender Linie, allem Haß und allen Widerständen zum Trotz. Wie doch erklärte Henderson? Es ist höchste Zeit, normale Beziehungen mit einem so großen Staat herzustellen. Ein anderer Umstand noch entschied das Verhalten der englischen Delegation. In der Labour Party kristallisiert sich langsam, aber deutlich erkennbar eine „Linke" heraus. Ihr Kern wird in der Hauptsache von revolutionär gerichteten Elementen der „Unabhängigen Arbeiterpartei" gebildet — meist Schotten. Diese „Linke" hat die Stellungnahme der gesamten englischen Delegation beeinflußt. Die Ablehnung des Antibolschewistenkollers kündet also auch Entwicklung. Der reformistische Block der Labour Party zeigt revolutionäre Sprünge und Einsprengungen.

Die Einstellung des Hamburger „Einigungskongresses" zur russischen Revolution verdient besondere Beachtung. Sogar in der engen Begrenzung, in der — äußerlich gesehen — die Tagung absichtlich „das

russische Problem" behandelte, ist das Entstehen und Bestehen der proletarisch-bäuerlichen Räterepublik von überragender Bedeutung. Aber in Wirklichkeit sprengt der geschichtliche Inhalt des „russischen Problems" die enge Begrenzung. Die Eroberung der Macht durch das russische Proletariat und die Aufrichtung seiner Diktatur ist keine nationale, sondern eine internationale Angelegenheit. Im Gefolge des Weltkriegs begann mit der russischen Novemberrevolution die proletarische Weltrevolution. Auch unausgesprochen oder verleugnet bleibt das Tatsächlichkeit. Indem die Hamburger Tagung Stellung zum „Bolschewismus" nahm, hat sie in Wirklichkeit Stellung genommen zur proletarischen Weltrevolution und den Fragen, die sie für Grundsätze, Taktik und Strategie des proletarischen Klassenkampfs aufwirft. Indem sie aus der Froschperspektive der bürgerlichen Demokratie „den Bolschewismus" betrachtete und ablehnte, hat sie in Wirklichkeit die proletarische Weltrevolution abgelehnt. Indem sie in der gegenwärtigen historischen Stunde die Zentralprobleme des proletarischen Klassenkampfes im Nebenbei und Zwischendrein ihrer Verhandlungen abtat, hat sie die innere Unwahrhaftigkeit, aber auch die innere Schwäche des Reformismus enthüllt. Die Mittel und Waffen zum internationalen Kampfe gegen die internationale Revolution können nur richtig gewählt und erfolgreich gebraucht werden, wenn dieser Kampf klar, unzweideutig erfaßt wird, als das, was er ist. Ein Teil, eine Etappe des Ringens zwischen Weltproletariat und Weltbourgeoisie, zwischen proletarischer Revolution und bürgerlicher Gegenrevolution. Die Weltrevolution mußte überhaupt der Blickpunkt sein für alle Fragen, die zur Behandlung standen. Allein zur proletarischen Weltrevolution verhielt sich die Reformistentagung wie jener sächsische Polizeier, der unter dem Sozialistengesetz verfügte: „Ueber Thema darf nicht gesprochen werden." Die innere Unwahrhaftigkeit und Schwäche des Reformismus haben denn auch die Resolution des Kongresses zu der Frage geprägt, eine Resolution, die an Schärfe und Kampfesentschlossenheit keineswegs über die Beschlüsse der Haager Friedenskonferenz hinausgeht,*) die in zu nichts verpflichtenden Allgemeinheiten redet, wo sie positive Kampfeslosungen geben müßte.

* * *

Die Behandlung und Beschlußfassung des Kongresses zu der Frage: „Der imperialistische Frieden und die Aufgaben der Arbeiterklasse" stand unter dem Drucke zwiefacher Furcht. Es durfte nicht an die sozialpatriotischen Verbrechen und die bürgerlich-nationalistische Gesinnung der Scheidemann, Vandervelde, Renaudel und Henderson gerührt werden, wenn nicht die gerühmte Einigkeit der Reformisten aller Länder zum Teufel gehen sollte. Es durfte keine Aufforderung hinausgehen zum ernsten, rücksichtslosen Kampf gegen die imperialistischen Kriegstreiber, gegen die krieggebärende kapitalistische Ordnung, denn das hätte die bestehende oder die heiß ersehnte Bundes-

*) Die Resolutionen des Hamburger Kongresses werden aus Mangel an Raum im nächsten Heft veröffentlicht.

brüderschaft von Reformisten und bürgerlichen Parteien im Zeichen des Ministerialismus gefährdet. „Lieber Krieg als Revolution", das war die Auffassung der Tagenden. Sie diktierte Inhalt und Ton der Referate von Sidney Webb, Hilferding und Léon Blum. Keiner von ihnen wagte die brennende Gegenwartsfrage der Ruhrbesetzung ihrer vollen Tragweite gemäß zu behandeln, d. h. konkrete Mittel zu ihrer Lösung vorzuschlagen. Die Resolution begnügt sich mit einer Kußhand für die Ruhrproletarier und einem Knix vor ihrem passivem Widerstand.

Sidney Webb, der Möchte-gern-Premier einer wohlgesitteten parlamentarischen Arbeiterregierung in England, wendete sich dagegen, daß Deutschland die Pensionen für die Kriegsopfer an Frankreich zahlen müsse und forderte Anpassung der Reparationen an die Zahlungsfähigkeit, wie die Revision des Versailler Friedens „im demokratischen Sinne." Die konsequenten bürgerlichen Pazifisten sind der Entente gegenüber nicht so bescheiden wie dieser Sozialdemokrat. Hilferding zeigte die Zerrüttung der Weltwirtschaft und namentlich der europäischen Wirtschaft durch den imperialistischen Krieg. Er behandelte und revidierte Reparationen als eine „moralische Pflicht" Deutschlands und als eine Bedingung für den Wiederaufbau Europas. Für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete empfahl er den Plan der internationalen reformistischen Konferenzen zu Amsterdam und Frankfurt a. M., der bekanntlich den Aufbau auf der Grundlage der Arbeitsgemeinschaft von Unternehmer- und Arbeiterorganisationen verlangt. Hilferding kennt als zerstörte Gebiete natürlich nur Belgien und Frankreich, nicht auch Polen, die Ostseeländer, Jugoslavien und die Ukraine. Nach den vorliegenden Berichten hat er geschwiegen von der Forderung der Sachwerterfassung zur Begleichung der Reparationen, von der Forderung, daß die Kosten und Lasten des Völkermordens von den Kriegs- und Friedensgewinnlern zu tragen seien. Davon zu reden hätte sich schlecht zusammen gereimt mit seiner Anwärterschaft auf ein Finanzministerportefeuille in der vorbereiteten Regierung der großen Koalition. Die beschämendste Kritik seines Referats war die Erklärung Léon Blums, dieses eingefleischten französischen Sozialpatrioten, er könne sich jedem Wort Hilferdings anschließen. Die Behandlung der Frage schloß mit einer des Kongresses würdigen melodramatischen Szene. Vandervelde versuchte an seinem blutigen Sozialpatriotismus eine Mohrenwäsche. Er verwies darauf, daß nicht nur er, daß auch Hermann Müller und Karl Renner die Schwertfriedensverträge des Ententeimperialismus unterzeichnet hätten. Und in rauschender Rhetorik variierte er das Thema: So sind wir alle, alle ehrenwert, tauschen wir den Bruderkuß, beschwören wir die Heiligkeit des Friedens bis zur nächsten Notwendigkeit „der Landesverteidigung."

Das Referat des englischen Gewerkschaftsführers Thomas über Achtstundentag und Arbeiterschutz wurde nicht einmal vom Standpunkte des Reformismus aus der Frage gerecht. Es betonte, wie notwendig es sei, daß die Arbeitszeit und der Arbeiterschutz international geregelt werde. Die wirtschaftlichen Folgen des Kriegs machten die internationale Durchführung des Achtstundentags unabweisbar. Er müsse gegen den Widerstand der Unternehmer behauptet bezw. erobert werden. Gewerkschaftliche und politische Organisationen der Arbeiter haben zu

diesem Zweck zusammenzuarbeiten. Thomas tadelte mild die Regierungen, die die Verträge und Konventionen in puncto Arbeiterschutz nicht halten. Trotz der entsprechenden schlimmen Erfahrungen bekundete er gläubiges Vertrauen zu dem Fortwirken der Washingtoner Arbeiterschutzkonferenz und zu ihrem Geschöpf: dem Internationalen Arbeitsamt zu Genf. Die Arbeiterparteien müssen mit allem Nachdruck den Versuchen der Kapitalisten entgegentreten, diese Institution zu mißbrauchen, um Maßregeln durchgreifenden Arbeiterschutzes und die Hebung der Arbeiterlage zu verhindern. Niemand sonst äußerte sich zu der Frage. Der Kongreß verhielt sich zu ihr, als ob es nichts derartiges gäbe wie eine internationale Generaloffensive der Kapitalisten zur Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen des Proletariats und gegen den Achtstundentag im besonderen; keine hungernden Abeitslosenheere, keine Schutz- und Fürsorgebedürftigen, vom Kapital ausgesogenen Arbeiterinnen, Mütter und Kinder!

* * *

Die auszugleichenden „Unstimmigkeiten" verhinderten, daß — wie vorgesehen — die Gründung der sozialistischen Arbeiterinternationale die Arbeiten der Tagung abschloß, ihren Höhepunkt bildete die Apotheose des Reformismus. Fritz Adler begründete den Statutenentwurf. Er betonte, nur über die „grundsätzlichen Gedanken" des Statuts sprechen zu wollen. „Das konnte kein großes Programm sein, denn sonst wären wir auf lange Zeit noch zu keiner Einigung und keiner organisatorischen Arbeit gekommen." Nach ihm können die Fragen der Landesverteidigung und der Koalition zwischen Proletariat und Bourgeoisie — beherrschende Gegenwartsfragen — jetzt nicht gelöst werden. Ihre Lösung müsse späteren Zeiten vorbehalten bleiben. Welches Zeugnis der Armut, des Kraftmangels für die Arbeiterinternationale, trotz der aus 30 Ländern zusammengekommenen 620 Teilnehmer — 426 Delegierte und 196 Gäste — des Kongresses! Adler versicherte freiwillig, daß die Reformisten die Einigung „durch demokratische Zusammenarbeit" erstreben und nicht „nach berühmten Mustern durch 21 Bedingungen". Als „Hauptaufgabe" der neuen-alten internationalen Organisation bezeichnete er: „gemeinsames internationales Denken in immer weiterem Maße herzustellen". Diese Bescheidenheit des Ziels ist das offene Eingeständnis der Schwäche der geeinten Reformisten, ihrer Unfähigkeit und ihres mangelnden Willens zur Aktion. Sie verweisen die internationale Solidarität des Proletariats von dem rauhen Blachfeld des Klassenkampfes in die luftigen Höhen des Gedankens. Gemeinsames internationales Denken ist gewiß ein schönes, ein hehres Ziel und aufs innigste zu wünschen. Für das Proletariat genügt es jedoch nicht, es muß Ausgangspunkt sein für gemeinsames internationales Wollen, Handeln, Kämpfen. Das deutete Fritz Adler nicht einmal an.

Mit besonderem Nachdruck sprach er über zwei Punkte des Statuts. Ueber Punkt 3, der besagt, daß in „internationalen Fragen" die Beschlüsse der Sozialistischen Arbeiterinternationale bindend für alle ihre Teile sind.

Ueber Punkt 4, der erklärt: „Die Sozialistische Arbeiterinternationale ist nicht nur ein Instrument für die Aufgaben im Frieden, sondern ebenso ein unentbehrliches Instrument während jeden Krieges." Unter stürmischer Zustimmung rief der Referent aus: „Was sich einmal ereignet hat, wird sich nicht nochmals wiederholen." Da der Kongreß „kein großes Programm" aufstellte, da er die Frage der sogenannten „Landesverteidigung" ungeklärt lassen mußte: hat er jedoch nicht festgelegt, wie das „unentbehrliche Friedensinstrument" zu funktionieren hat, damit es die Kriege der Bourgeoisie verhindert. Beachtung verdient auch die Bestimmung, daß aus der Exekutive der Arbeiterinternationale jedes Mitglied „automatisch" ausscheidet, das Minister wird. „Das ist keine Präjudizierung für die Frage der Koalitionsregierung", meinte Fritz Adler begütigend zu den vielen gewesenen Mitgliedern von Koalitionsregierungen und den zahlreichen Hangenden und Bangenden um solche Posten. „Es ist nur eine praktische Maßnahme, um die Exekutive mit dem Problem des Ministerialismus zu verschonen."

Die Bestimmung ist ein Freibrief für alle Verbrechen, alle Tat- und Unterlassungssünden, deren sich Sozialdemokraten als Minister, auf deutsch als Diener von Bourgeoisstaaten schuldig gemacht haben oder machen. Wenn auch nicht der Exekutive, so doch der Arbeiterinternationale bleiben ihre Minister erhalten. Obgleich Punkt 1 des Statuts festsetzt, daß der Sozialistischen Arbeiterinternationale nur sozialistische Arbeiterparteien angehören können, die „im Klassenkampf das Mittel der Emanzipation der Arbeiterklasse erkennen." Fritz Adler gedachte wohl all des Dynamits der Meinungsgegensätze im Lager der zu einigenden Reformisten, als er davor warnte, „auch nur ein Steinchen" aus den Statuten herauszunehmen, denn sonst werde der ganze mühselig zusammengefügte Einigungsbau zusammenbrechen. Es geschah nach seinen Wünschen. Die Statuten wurden ohne Abänderung und sogar ohne Debatten angenommen.

Ad majoram gloriam dei, zum größeren Ruhm der reformistischen Götter, erfolgte in der Gründungssitzung der Arbeiterinternationale die feierliche Exkommunikation der ungläubigen Kommunisten. Das in Verfolgung der Internationalen Arbeiterkonferenz zu Frankfurt a. M. eingesetzte Internationale Aktionskomitee gegen Kriegsgefahr und Faszismus hatte sich Aug in Auge mit der kriegsschwülen Situation in einem Schreiben an das Präsidium des Hamburger Kongresses mit der Aufforderung zu einheitlicher Kampfesfront gewendet. Eine Delegation von 13 Beauftragten aus England, Frankreich, Rußland, der Tschechoslovakei, Deutschland, Italien und Polen war nach Hamburg entsendet worden, um in einer Plenarsitzung der Tagung praktische Maßnahmen des gemeinsamen Kampfes zu begründen und mit einer Delegation des Kongresses die ins Auge gefaßten Aktionen zu besprechen. In einem ausführlichen Schreiben an die Delegierten des Kongresses hatte das Aktionskomitee diesen vorgeschlagen, beim Beginn der Tagung das Proletariat zu einem eintägigen Proteststreik gegen Kriegsdrohung und Faszismus aufzufordern, ferner Beauftragte für gemeinsame Verhandlungen zu ernennen. Da keine Antwort erfolgte, richtete die Delegation einen zweiten Brief an das Kongreßpräsidium und teilte

mit, daß sie ein Ausbleiben der Antwort bis zum Abend des nächsten Tages als eine Ablehnung des gemachten Vorschlags auffassen müsse.

Dieser schlichte Sachverhalt gab Fritz Adler den Vorwand, vor dem Kongreß die Kommunisten in Acht und Bann zu tun, indem er im Namen des Organisationskomitees den gemeinsamen Kampf mit ihnen und damit die proletarische Einheitsfront ablehnte. Zur Begründung wiederholte er, was er bei der Leichenfeier der Zweieinhalb als Trennungsmoment zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten hingestellt hatte. Seine persönliche Meinung über die verschiedene grundsätzliche Einstellung zu Demokratie und Diktatur. Seine Behauptungen darüber wurden durch Wiederholung nicht richtiger. Dieses aber ist kennzeichnend und erschwerend. Fritz Adler redete nicht aus Unkenntnis Falsches, Irreführendes über die kommunistische Auffassung, sondern wider besseres Wissen. Wenn nicht die Liebe für die gesamte Arbeiterbewegung, so bestimmt ihn der bittere Haß gegen die Kommunisten, ihre Beschlüsse, ihre Literatur genau zu verfolgen. Er kennt die Beschlüsse der kommunistischen Landes- und Weltkongresse, er ist mit der kommunistischen Literatur vertraut. Er weiß daher, daß die Kommunisten nicht die Diktatur über das Proletariat erstreben, wohl aber die Diktatur des Proletariats, und daß sie für dieses Ziel die Mehrheit des Proletariats, der schaffenden Massen erobern wollen. Er weiß, daß die straffe Disziplin der Kommunistischen Parteien und ihrer Internationale demokratische Zentralisation ist. Und sein Lanzenbrechen für die von den Kommunisten mißhandelte Demokratie wirkt wenig überzeugend auf einem Kongreß, dessen Vorbereitung, Beschlüsse etc. geradezu unter Ausschluß der Oeffentlichkeit als Werk „einer kleinen Clique" zustande gekommen waren. Die Presse und die Versammlungen der in Hamburg vertretenen Parteien haben die Frage der internationalen Einigung, die Fragen der Tagesordnung des Kongresses etc. höchst nebensächlich, zum Teil gar nicht behandelt. Die Resolutionen wurden erst in letzter Stunde den Delegierten bekannt, der Statutenentwurf für die zu gründende Internationale am 10. Mai im „Vorwärts" veröffentlicht. Wo ist bei dem allen die „demokratische Mitwirkung" der Parteimehrheit, geschweige denn der Mehrheit des Proletariats? Wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen.

* * *

Die vom Hamburger Reformistenkongreß geschaffene internationale Einigung des Proletariats ist Kulisse, Fassade, hinter der die Leere, die Oede wohnt. Der Verzicht auf das, was nach dem Wort eines unserer Meister erste Erfordernis erfolgreicher Betätigung im proletarischen Klassenkampf bleibt: „Aussprechen was ist." Der Verzicht damit auch auf Tat und Kampf. Der Hamburger Einigungskongreß ist Ausdruck der historischen Rat- und Tatlosigkeit des Reformismus angesichts des Chaos, in das die bürgerliche Welt sich immer mehr auflöst. Reformistische Betriebsamkeit für Pläne zur Wiederaufrichtung des Kapitalismus bedeutet geschichtlich gesehen weder Rat noch Tat. Die Rat- und Tatlosigkeit des Reformismus im revolutionären Sinne ist aber Abklatsch

der Verlegenheit und Verlogenheit der Bourgeoisgesellschaft, die keinen Ausweg aus dem Chaos sieht, es sei denn der Sturz der Klassenherrschaft der Besitzenden und Ausbeutenden, es sei denn die Revolution. So enthüllt der Hamburger Kongreß sinnenfällig das bürgerliche Wesen des Reformismus. Es stimmt daher nicht, daß die internationale Einigung der Reformisten Wiederauferstehung der Zweiten Internationale bedeute, Rückkehr zu ihr. Sie ist Schlimmeres. Die Zweite Internationale hatte bei ihrer Gründung als Ziel die Vorbereitung der proletarischen Revolution. Durch das Sozialistengesetz geächtet war die deutsche Sozialdemokratie damals revolutionär. Im französischen Proletariat war die Erinnerung an die heldenhafte Kommune noch lebendige Kraft. Neben dem alten zünftigen Trade-Unionismus begann sich in England die Bewegung der ungelernten Arbeiter vielversprechend zu entfalten, es entstanden sozialistische Parteien. Die junge österreichische Sozialdemokratie war revolutionär und trat revolutionär vorwärtstreibend auf.

Die Zweite Internationale war anfangs Vorkämpferin der proletarischen Revolution, bis allmählich ihre führenden Parteien es auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung gut fanden und dort reformistische Hütten bauten. So endete sie beim Ausbruch des imperialistischen Weltkriegs mit schimpflichem Bankerott. Die geeinte reformistische Internationale beginnt aber dort, wo die Zweite Internationale aufgehört: mit dem Bankerott als proletarische Klassenorganisation. Und das den Bankerott der bürgerlichen Ordnung vor Augen, in einer Situation, wo das Leiden und Sterben von Millionen nach der revolutionären Lösung ruft, wo Tatsachen über Tatsachen die Ausweglosigkeit jeder anderen Lösung künden. Wahrhaftig! Die Kommunistische Internationale braucht die reformistische Internationale des Bankerotts nicht zu fürchten. Diese ist Auflösungsprodukt der sterbenden bürgerlichen Gesellschaft. Die Kommunistische Internationale dagegen ist neues, ist revolutionäres Leben. Sie beherrscht in steigendem Maße die Gegenwart, ihr gehört die Zukunft. Sie wird im Ringen mit der Internationale des Bankerotts um die Seelen der Proletarier, der Ausgebeuteten und Getretenen siegreich bestehen. Ihr Sieg über jene entscheidet gleichzeitig ihren Sieg über die bankerotte Bourgeoisordnung. Clara Zetkin.

Die Hamburger Frauenkonferenz der Internationalen Zwei und Zweieinhalb.

Die Internationale Frauenkonferenz, die dem Hamburger Vereinigungskongreß der Internationalen Zwei und Zweieinhalb voraufging, war ein echtes Kind ihrer Veranstalter. Unverkennbar spiegelte sie alle die Züge wider, die dem Reformistenkongreß sein Gepräge aufdrückten. Aber die im Vergleich zu dem Kongreß stärkere Zusammendrängung der Konferenz auf einen Tag, die sehr viel schlechtere Vorbereitung

und Regie, die geringere politische Raffiniertheit ihrer Leiter und Teilnehmer ließen den Verlauf und das Ergebnis dieser Tagung noch grotesker erscheinen, übertrumpften noch den Eindruck des völligen Bankerotts der neugeleimten Internationale, den der Kongreß in seiner Gesamtheit hinterließ.

Wenn auf dem Kongreß Otto Bauer einen für einen Sozialdemokraten einigermaßen beachtenswerten Versuch machte, die politische und wirtschaftliche Weltlage zu analysieren und daraus die Aufgaben des internationalen Proletariats abzuleiten, so verzichtete die Frauenkonferenz vollständig auf jede noch so flüchtige Kennzeichnung der heutigen Situation im allgemeinen und der spezifischen Lebensbedingungen und Kampfforderungen des weiblichen Proletariats im besonderen. Während der Kongreß die internationale Reaktion mit ihren Gefahrenzentren wenigstens aufzeigte und die Notwendigkeit eines Kampfes dagegen — trotz aller Unzulänglichkeit der vorgeschlagenen Kampfmittel — doch in Worten proklamierte, existierte für die Frauenkonferenz überhaupt keine Not, keine Unterdrückung, keine Gefahr für das Proletariat. Und ebensowenig war hier die Rede von Klassenkampf oder gar Revolution. Selbst das Wort Sozialismus tauchte außer in den Resolutionen nur bei der Benennung der Parteien auf. Kein Referat, keine Debatte, keine zusammenfassende Resolution gab einen Wegweiser für das Proletariat in dieser verhängnisschwangeren Situation.

Die Beschickung der Konferenz war gut. Die sozialdemokratischen Parteien aller wichtigen Länder Europas hatten Vertreterinnen entsandt, zum Teil sogar in stattlicher Anzahl. 93 Delegierte von 21 Parteien aus 18 Ländern waren anwesend, nämlich aus: Amerika 2; Belgien 5; Dänemark 10; England 4; Deutschland 27; Finnland 3; Frankreich 2; Holland 3; Jugoslavien 1; Lettland 1; Litauen 1; Oesterreich 11; Polen 3; Schweden 4; Schweiz 1; Tschechoslovakei: deutsche Sozialdemokratie 2; tschechoslovakische sozialdemokratische Partei 7; sozialistische Vereinigung 1; Ukraine 1; Rußland: Menschewiki 3; Sozialrevolutionäre 1. Die Vertreterin Ungarns war durch das Horthy-Regime am Erscheinen verhindert. Aus einem ähnlichen Grunde fehlte vermutlich Italien. Norwegen und Estland hatten telegraphisch Grüße gesandt.

Bei dieser Zusammensetzung fällt sofort auf, daß — mit Ausnahme der ziemlich bedeutungslosen sozialistischen Partei Amerikas — nur europäische Parteien vertreten waren. Das ist bezeichnend für die reformistische Internationale, deren internationales Klassen- und Solidaritätsbewußtsein sich auf die weiße Rasse beschränkt. Die Reformisten und Sozialpatrioten haben sich wohl gehütet, die unterdrückten farbigen Völker in den Kolonial- und Halbkolonial-Ländern in den internationalen Klassenkampf einzubeziehen, weil sie damit ihren respektiven Vaterländern, will sagen ihrer Bourgeoisie, bei der Ausbeutung der Kolonien Schwierigkeiten machen würden.

Trotz dieses Mangels hätte eine solch große Konferenz, deren Teilnehmerinnen einen vollständigen Ueberblick über alle brennenden Probleme des proletarischen Klassenkampfes in Europa haben konnten,

in diesem begrenzten Rahmen wertvolle Arbeit leisten können — für die Arbeiterklasse in den Siegerländern, wie im besiegten Mitteleuropa, in den neutralen Ländern sowie in den Domänen des weißen Terrors. Die aufgestellte Tagesordnung bot auch die Möglichkeit dafür. Vor allem durfte man auf ihre ersten beiden Punkte: Berichte der Delegierten und die Aufgaben der Frauen in der sozialistischen Arbeiterbewegung gespannt sein. Aber gerade hier offenbarte sich am schmählichsten das Versagen der Reformisten: Zu dem zweiten Punkt, der der wichtigste hätte sein sollen, fehlte nicht nur jedes Referat, oder irgend eine programmatische, grundsätzliche Resolution, sondern die Konferenz hielt es nicht einmal für nötig, die Frage überhaupt zu diskutieren. Die Erledigung dieses Tagesordnungspunktes bestand in der debattelosen Annahme einiger Resolutionen, die in Kommissionen verfaßt und der Konferenz in später Abendstunde einmal verlesen wurden. Selbst die Resolutionen waren so zeit- und farblos, so ohne Beziehung zu allen aktuellen Kämpfen der Arbeiterschaft, daß sie genau so gut vor dem Krieg hätten angenommen sein können. Das galt für die Resolution zum Mutter- und Kinderschutz, wie für das Frauenwahlrecht, für die Wiedereinführung des einst im Jahre 1910 in Kopenhagen beschlossenen Internationalen Frauentages wie für die Erziehung zur Friedensgesinnung.

Betrachtet man dieses einzige greifbare Ergebnis der Konferenz genauer, so springt dabei zweierlei in die Augen. Einmal die Tatsache, daß außerordentlich brennende und tief in das Leben speziell der Proletarierfrauen einschneidende Fragen aus dem Kreis der Erörterung überhaupt ausgeschaltet sind. Kein Wort von Teuerung, keins von Steuerdruck, nichts vom Abbau des Achtstundentages, von Ruhrbesetzung und Reparationslasten. Ferner aber zeugte die Behandlung sogar der auserwählten Fragen von einer völlig falschen Einschätzung ihrer Bedeutung und von einer jammervollen Hilflosigkeit, wenn nicht bewußter Unwilligkeit zur Lösung der aufgeworfenen Probleme.

Der Charakter und die Bedeutung der gefaßten Resolutionen läßt sich am besten auf der Grundlage der Berichterstattung würdigen. Beide waren von gleichem Geist. Alle Delegierten — mit Ausnahme der russischen Menschewiki und Sozialrevolutionäre — schwelgten in Ausführungen über die Errungenschaften der Frauen, die seit dem Besitz des politischen Wahlrechts so und so viele Sitze in Reichs-, Landes- und Kommunalparlamenten erobert haben, die es so herrlich weit gebracht haben, Elternräte, Richter und sogar leibhaftige Bürgermeister werden zu können. Und selbst solche Länder wie Frankreich, wo die Frauen das Wahlrecht noch nicht besitzen, und Belgien, wo sie es vorerst nur für die Gemeinden haben, rühmten sich des segenreichen Einflusses der Frauen auf den Gebieten der Schulpolitik, der Mutterfürsorge, des Kinderschutzes. Gerade als ob alles soziale Elend nicht in der Herrschaft des Kapitalismus verwurzelt sei und nur mit ihm gemeinsam ausgerottet werden könne, sondern als ob die Herrschaft der Männer unter Ausschaltung des milde versöhnenden weiblichen Prinzips Schuld an allem sei. Die Schweizerische Sozialdemokratin Kunz prägte

den Ausdruck von der „Männerdemokratie"; Frau Juchacz-Deutschland fand, daß in Bezug auf das Wahlrecht in Deutschland nichts zu wünschen übrig bliebe, und daß die „Demokratie" verlange, daß die Frauen sich ganz in ihren Dienst stellen, vor allem auf dem Gebiete der Volkswohlfahrt. Sie verschwieg wohlweislich, daß auf diesem Gebiet noch alles zu wünschen übrig bleibt. Frau Seidel-Oesterreich preist die „politische volle demokratische Gleichberechtigung der Frauen" in Oesterreich; Frau Kuszinska-Polen triumphiert, daß eine nur sechswöchige sozialistische Ministerpräsidentschaft den Frauen das politische Wahlrecht verschafft habe — wenn es sich auch leider im Sinne der Stärkung des Klerikalismus auswirke. Mrs. Lawrence-England bemängelt zwar, daß die Frauen ihrer Heimat das politische Wahlrecht erst vom 30. Lebensjahr an besitzen, und daß bis jetzt keine Arbeiterfrau, sondern nur konservative Damen im Parlament sitzen, fühlt sich aber gleichwohl glücklich in dieser „Periode von Propaganda, Fortschritt und Erziehung". Besonders stolz ist sie darauf, daß die Konservativen aus dem Wahlpropaganda-Buch, das die Labour-Party herausgegeben hat, 6 Seiten wörtlich abgedruckt haben. Dies sei der beste Beweis für die Güte des Buchs. Der freudige Beifall der Konferenz bewies, daß diese Frauen gar kein Gefühl dafür hatten, wie sehr sie ihrer selbst spotteten! Die ganze Einstellung zur Frage der formalen politischen Gleichberechtigung der Frau verrät eine vollständige Verkennung oder absichtliche Verschleierung des Wesens des Klassenstaates und der in ihm wirksamen Kräfte, mithin auch der Klassengegensätze und des Klassenkampfes. Es war kein Wunder, daß bei der absoluten Ueberschätzung des Parlamentarismus von der wirtschaftlichen und sozialen Lage der proletarischen Frauen und ihrer Kämpfe in Einheitsfront mit der ganzen Arbeiterklasse für ausreichenden Arbeitslohn, für den Achtstundentag, für Arbeiterinnenschutz, gegen Teuerung und Wohnungsnot keine Rede war. Und wenn schon einmal dieses heikle Kapitel angeschnitten wurde, so in absolut irreführender Weise, die die Tatsachen auf den Kopf stellte. So wenn Nina Bang-Dänemark die kühne Behauptung aufstellte, daß seit 1914 in Dänemark die Löhne um 150 Prozent gestiegen seien, wovon 100 Prozent als Ausgleich für die Teuerung gerechnet, 50 Prozent aber als absolute Verbesserung der Lebenshaltung betrachtet werden müßten.

In der Berichterstattung gab es zwei besonders interessante Punkte. Der eine wurde von dem Konferenzbüro offenbar peinlich empfunden. Das war die Auseinandersetzung zwischen Anna Aster von der tschechoslovakischen Sozialdemokratischen Partei (2. Internationale) und Gusti Burock von der deutschen Sozialdemokratie der Tschechoslovakei ($2^1/_2$. Internationale). Anna Aster hatte ein Loblied auf die wunderbare vollendete Demokratie und ihre soziale Gesetzgebung unter Führung der Sozialdemokraten gesungen. Gusti Burock wollte aber weder mit der tschechischen Sozialdemokratie etwas gemein haben, die überhaupt keine sozialistische Partei sei, noch viel von der „Demokratie" im Prager Parlament wissen. Das Wahlrecht, sagte sie, sei zwar demokratisch, nicht aber die Praxis der Parlamente. Die Gesetze werden nicht von der „Volksvertretung"

im Plenum, sondern in engen Ausschüssen hinter den Kulissen beschlossen. Die wahre Herrschaft übe ein Fünferkomitee aus, und alle Gesetze im Interesse der Arbeiterklasse werden entweder abgewürgt oder wie das von Anna Aster genannte Hausgehilfengesetz und Mutterschutzgesetz als Vorlagen in den Ausschüssen begraben. Adelheid Popp, die Veteranin der österreichischen Arbeiterinnenbewegung, fühlte sich als Vorsitzende hier berufen, einzugreifen. Die friedliche Vereinigung zwischen den bis dahin feindlichen Brüdern der 2. und $2^1/_2$. sollte durch keinen Mißklang getrübt werden, und darum schnitt sie die Behandlung solcher allgemein politischen Fragen ab, mit der Begründung, daß die kostbare kurze Zeit der Frauenkonferenz für spezielle Frauenfragen vorbehalten bleiben müßte.

Natürlich war es nur der für die Reformisten heikle Charakter dieser Frage, der sie aus dem Rahmen der Konferenz verbannte. Das zeigte die andere „Sensation" der Konferenz, die Emmy Freundlich-Wien in ihrem Bericht über die Konferenz in der sozialdemokratischen österreichischen „Arbeiterinnen-Zeitung" als das „Erschütterndste" der Konferenz bezeichnete. Es waren die Berichte über die Lage der Frau in Rußland seit der proletarischen Revolution und der Machtübernahme durch die Bolschewiki, erstattet von Eva Broida (Menschewikin) und Olga Tschernoff (Sozialrevolutionärin), die beide eine unerhörte Hetze gegen Sowjet-Rußland betrieben. Sie wurden von der Vorsitzenden nicht unterbrochen, weil Antibolschewismus zum Wesen der 2. Internationale gehört. Man wußte nicht, worüber man sich mehr wundern sollte: über die Schamlosigkeit dieser Auch-Sozialistinnen, die von einer Vernichtung aller Arbeiterrechte in Sowjet-Rußland seit der Oktoberrevolution faselte, oder über die Begriffsstutzigkeit und Schamlosigkeit der Konferenz, die mit Entrüstung zur Kenntnis nahm, daß nach dem neuen Arbeitskodex in Rußland die Mütter in den Betrieben nur mehr alle $3^1/_2$ statt wie früher alle 3 Stunden eine halbstündige Pause zum Stillen ihrer Säuglinge haben. Während doch in sämtlichen kapitalistischen Ländern, selbst in den hochgepriesenen vollendetsten Demokratien wie Oesterreich, Tschechoslovakei und Deutschland trotz aller echten Sozialdemokraten in den Parlamenten überhaupt Stillpausen für Arbeiterinnen noch nie bestanden haben. Aehnliches leistete sich Frau Marie Matjutschenka, Vertreterin der Ukraine, in ihren Behauptungen über die schreckliche politische, nationale und moralische Lage der ukrainischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen unter der Besetzung des Landes durch die Bolschewiki. Sie bittet die Konferenz um Hilfe zur Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten gegen die Gewaltherrschaft der Bolschewiki mit derselben frechen Stirn, mit der Olga Tschernoff von der Konferenz einen Protest gegen die Barbarei des bolschewistischen Regimes gegen die Frauen und Kinder fordert, und mit der Eva Broida von der neuen Internationale eine Intervention zugunsten des völlig entrechteten Proletariats in Rußland unter der Diktatur der Bolschewiki erwartet.

Die Konferenz hatte inzwischen vergessen, daß vor knapp 3 Stunden das Konferenzbüro besonders warm Hilja Pärsinnen-Finnland

im Kreise der Delegierten begrüßt hatte, die eben erst in die Freiheit zurückgekehrt war, nachdem sie 3 Jahre 3 Monate im Kerker geschmachtet hatte, in den sie nicht etwa die bösen Bolschewiki, sondern der weiße Terror der Bourgeoisie geworfen hatte. Aber solche Kleinigkeiten stören die Reformisten nicht.

Als Ergebnis der Konferenz liegen 4 Resolutionen vor.

Die erste behandelt die Forderung des politischen Wahlrechts für die Frauen in den Ländern, wo es noch nicht besteht. Wird diese Forderung in dem Sinn und mit der Zuspitzung erhoben, wie es 1910 auf der Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen geschah, so ist sie zweifellos eine revolutionäre Forderung. Als ein Hebel zur Politisierung der breiten Massen der proletarischen Frauen, als ein proletarisches Recht, das der widerstrebenden Bourgeoisie in zähen Kämpfen abgerungen werden muß, als ein Mittel zur Zerstörung aller demokratischen Illusionen über eine Verwirklichung der Befreiung der Arbeiterklasse durch Volksabstimmungen kann das Frauenwahlrecht ein wichtiger vorwärtstreibender Faktor im revolutionären Klassenkampf werden. Eine solche revolutionäre Ausnützung des Frauenwahlrechts aber liegt den Reformisten fern. Die Resolution bezeichnet als Aufgabe der Arbeiterschaft beider Geschlechter rund und nett „soziale Reformen durchzusetzen, um den Klassenkampf erfolgreich weiterzuführen" und fährt fort: „Die Frauen können den ihnen zufallenden Teil der Aufgabe nicht erfüllen, solange ihnen die Waffe des aktiven und passiven Wahlrechts fehlt." Die proletarischen Frauen werden also — wenn ihnen das Wahlrecht vorenthalten bleibt — zur Untätigkeit verurteilt. Als ob das Wahlrecht die einzige Waffe im Klassenkampf sei! Auch schweigt die Resolution davon, mit welchen Kampfmitteln die politische Gleichberechtigung der Frau zu erobern und wie die eroberte Waffe im revolutionären Sinne anzuwenden sei. Die Resolution ist also ein deutlicher Rückschritt gegenüber der Stellungnahme der Kopenhagener Konferenz. Die reformistische und opportunistische Einstellung der Hamburger Konferenz trat unverhüllt bei der konkreten Behandlung der Frage des Frauenwahlrechts in Belgien zutage, das von den belgischen Sozialdemokraten (Parti Ouvrier Belge) auf ihrem Osterkongreß abgelehnt wurde. Kein Widerspruch erhob sich auf der Konferenz, als die Delegierte von Belgien selbst diesen Beschluß damit rechtfertigte, daß durch das Frauenwahlrecht die sozialdemokratische Partei an verschiedenen Orten mehrere Sitze in dem Gemeinderate verloren hätte, und daß sie bei Einführung des politischen Frauenwahlrechts ihre jetzige knappe parlamentarische Mehrheit einbüßen könne, wodurch das Zustandekommen wichtiger Gesetze im Interesse der Arbeiter verhindert werde. Ein socher parlamentarischer Kretinismus muß sich natürlich dahin auswirken, daß die Sozialdemokratische Internationale garnicht ernstlich um das Frauenwahlrecht kämpfen kann, daß sie noch viel weniger diese Losung als ein vorwärtstreibendes Element zur Klärung und Zuspitzung der Klassengegensätze ausnutzen kann.

Die zweite Resolution beschäftigt sich mit Mutter- und Kinderschutzforderungen, die sich auf dem Papier nicht schlecht aus-

nehmen. Viele davon könnten die Kommunisten als Gegenwartslosungen ohne weiteres unterschreiben. Wesentlich ist jedoch, daß diese Forderungen von den Reformisten als Gesetzentwürfe gedacht sind, die zum Gegenstand einer reinparlamentarischen Aktion gemacht werden sollen. Sehr charakteristisch ist hier u. a., daß die Resolution sich ausgerechnet an die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz anlehnt, einer Zusammenkunft der offiziellen Vertreter der bürgerlichen Regierungen unter dem Protektorat des Völkerbundes, anstatt die proletarischen Massen und ihre Organe — Gewerkschaften, Betriebsräte, Genossenschaften — für den Kampf um diese Forderungen zu mobilisieren. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß in vielen Parlamenten die Sozialdemokraten in der Minderheit sind, und daß selbst ihre Mehrheiten in zahllosen Fällen die primitivsten Maßnahmen der sozialen Fürsorge dem „Staatswohle", d. h. der Rettung der Staatsfinanzen im Interesse der Verstärkung von Militär- und Polizeigewalt geopfert haben, so durchschaut man die Billigkeit und die Frivolität bei der Aufstellung solcher Programme. Ihr einziger Zweck ist die Vortäuschung des Handelns anstelle einer wirklichen Massenaktion und damit die Sabotage jedes wirklichen und geschlossenen Kampfes.

Bei dem Kampf um Mutter- und Kinderschutzforderungen wird interessant sein zu beobachten, auf welcher Linie in Zukunft die Anhängerinnen der bisherigen Zwei und Zweieinhalben Internationale sich praktisch einigen werden, nachdem bisher die abhängigen Sozialdemokraten noch jedesmal weitgehende Forderungen der „unabhängigen" zu Fall gebracht haben.

Der Internationale Frauentag wird durch die entsprechende Resolution ebenfalls zu einer Farce, wenn ausdrücklich jeder Sektion freigestellt wird, ihn an einem beliebigen Tage zu begehen. Es war schon notwendig, daß Adelheid Popp feststellte, das sei nicht gleichbedeutend mit der „Freiheit" der Parteien, den Frauentag nach Belieben überhaupt zu begehen oder nicht zu begehen.

Den stärksten katastrophalen Zusammenbruch der Konferenz offenbarte jedoch die Resolution über die Erziehung zur Friedensgesinnung. Angesichts des zweiten verschärften Ultimatums von Curzon an Sowjetrußland im Moment, wo der General Foch nach dem Kriegsschauplatz abreist, während die Vasallenstaaten der Entente fieberhaft für den schrecklichsten aller imperialistischen Kriege rüsten, in dem die Existenz von Sowjetrußland und des Proletariats auf dem Spiel steht, beschränken sich diese Vertreterinnen proletarischer Frauen· interessen darauf, in der Schule einen besseren Geschichtsunterricht der Jugend zu empfehlen! „Unsere Kinder sollen als erwachsene Menschen die Anwendung der rohen Gewalt aus Abscheu ablehnen!" Verworrener, gedankenloser, leichtfertiger und verbrecherischer kann kaum eine Politik bewußter Kriegshetzer genannt werden als diese Einlullung der Arbeiterklasse mit pazifistischen Phrasen, die einen aufs energischste gesteigerten und mit allen Mitteln zu führenden Abwehrkampf im Keim ersticken, die das Proletariat wehrlos seinen Schlächtern ausliefern!

Man darf die Konferenz oder mindestens die Kommissionsmitglieder nicht damit entschuldigen, daß sie sich über die konterrevolutionäre Wirkung dieser Stellungnahme nicht klar gewesen seien. Aus einem Artikel von Carry Pothuis-Smit-Amsterdam, der Vorsitzenden dieser Resolutionskommission, in der „Gleichheit" vom 15. Juni geht klar hervor, daß die Kommission auch den anderen Standpunkt zu dieser Frage kannte und sich mit ihm auseinanderzusetzen hatte. Der Kommission lag unter 3 Resolutionsentwürfen auch einer vor, der von der „Erziehung zur Wehrhaftigkeit" sprach, von Abwehr „mit allen Mitteln" und von Erziehung mit dem Ziel, die Jugend „geistig und körperlich auszurüsten zum energischsten Kampf gegen jede Bedrohung durch die Konterrevolution".

Wir zitieren weiter aus der „Gleichheit": Die Kommission hat diese und ähnliche Aeusserungen einstimmig abgelehnt . . . Bei der Besprechung der Gefahren des Faszismus herrschte Uebereinstimmung darüber, daß zum Schutz gegen diese eine bewaffnete Arbeiterschaft für die Sozialdemokratie nicht erforderlich sei. Frau Clara Bohm-Schuch betonte energisch, daß die deutschen sozialdemokratischen Frauen ihre Kinder zur Friedensgesinnung erziehen und auch gegen konterrevolutionäre Aktionen keine bewaffnete Abwehr stellen wollten. Unsere Schuld gegen die heranwachsende Jugend sei so furchtbar groß — so wurde von anderer Seite betont —, daß wir ihr nie wieder die Waffe in die Hände drücken dürften. Ebenso wurde hingewiesen auf die Gefahren der Roten Armee in Rußland und die kommunistische Einstellung zu dieser Frage u. s. f.

Von all diesen Erörterungen innerhalb der Kommission wurde vorsichtshalber der Konferenz kein Sterbenswörtchen mitgeteilt. Vielleicht waren die Kommissionsmitglieder ihrer Sache doch nicht ganz so sicher, daß nicht etwa die eine oder andere ehrliche Sozialdemokratin der Meinung sein könnte, „daß dieses etwas Tolstoianisches und Bürgerlich-Pazifistisches sei", wie es das Gewissen von Frau Pothuis-Smit selbst etwas zu beschweren scheint. Sie tröstet sich allerdings mit dem schönklingenden Schlußsatz der Resolution, daß wir zusammenarbeiten sollen, „um gegen die Schrecken des Krieges und für Völkerversöhnung und Völkerfrieden, Freiheit und Gerechtigkeit auf Erden zu kämpfen". Mögen diese Illusionisten und Pazifisten ihren Irrtum, ihre Fahrlässigkeit und Passivität unter den Schlägen des Militarismus und Faszismus nicht zu bitter zu bereuen haben.

Das organisatorische Ergebnis der Konferenz, die Schaffung eines Organs für die internationale Zusammenfassung der Arbeit der sozialdemokratischen Frauen ist von gewisser politischer Bedeutung. Eines seiner Merkmale ist der bewußte Ausschluß der Kommunisten aus der Einheitsfront aller Organisationen proletarischer Frauen. Der Plan der Arbeit sieht das Zusammenwirken der in der neuen Internationale politisch organisierten, also der sozialdemokratischen Frauen, mit der gewerkschaftlichen Ar-

beiterinnen-Internationale und dem Internationalen Genossenschaftlichen Frauenkommitee vor. Die Existenz der Kommunistischen Internationale wird totgeschwiegen — obwohl das Vorhandensein starker kommunistischer Parteien mit zahlreichen weiblichen Mitgliedern von mehr als einer Delegierten auf der Konferenz wehmütig festgestellt wurde. Das zweite Bemerkenswerte an den bei diesem Punkt ausnahmsweise abgeführten Debatten war das außerordentlich energische Eintreten der Vertreterinnen der Sozialdemokratie Deutschlands für eine sehr straffe zentralistische Eingliederung der Arbeit unter den Frauen in den Rahmen der allgemeinen Arbeit der Parteien wie auch der neuen Internationalen Exekutive. Hier standen sich zwei Standpunkte scharf gegenüber. Der von Marion Philips-England begründete Vorschlag, dem sich auch Luise Saumoneau-Frankreich, Emmy Freundlich-Oesterreich, Carry Pothuis-Holland, Anna Lindhagen-Schweden prinzipiell anschlossen, verlangte die Einsetzung eines Komitees von 3 Mitgliedern, das die internationale Verbindung unter den Sozialistinnen herstellen sollte, um die sozialistische Aufklärungsarbeit unter den Frauen erfolgreich zu gestalten.

Die Einsetzung eines solchen Komitees wurde vor allem von den Sozialdemokratinnen Wurm und Todtenhagen-Deutschland bekämpft mit folgenden Gründen: Ein Frauenkomitee neben dem Internationalen Büro schließe die Gefahr eines Nebeneinanderarbeitens statt engster Zusammenarbeit in sich und führe in seiner Konsequenz zur Errichtung einer besonderen internationalen Frauenorganisation, anstatt die sozialistischen Frauen möglichst eng mit der allgemeinen Parteiorganisation und Parteiarbeit zu verknüpfen. Bei den unlösbaren Zusammenhängen, die zwischen allgemeinen politischen Fragen und den sogenannten Frauenfragen bestehen, würde das besondere Komitee leicht unzweckmäßige Doppelarbeit neben dem Internationalen Büro leisten. Alle diese Gefahren ließen sich vermeiden, wenn anstelle des Frauenkomitees eine Genossin als Mitglied des Internationalen Büros gewählt würde, die an den allgemeinen Arbeiten des Sekretariats teilnimmt und mit der besonderen Aufgabe der zentralen Verbindung und Leitung der Arbeit der sozialistischen Frauen betraut würde. Die Eingliederung einer Sekretärin in das Büro wurde zwar von fast der ganzen Konferenz als zweckmäßig aufgenommen. Jedoch bestand ein großer Teil der Delegierten auf der Wahl des Frauenkomitees neben der Sekretärin mit der Begründung, daß solange die Frauen noch nicht in allen sozialistischen Parteien gleichberechtigt seien, sie eines solchen Organs zur Durchsetzung ihrer Forderungen bedürften. Sie bestritten lebhaft, daß die Einsetzung des Komitees einer feministischen Einstellung entspringe oder sonderbündlerischen Neigungen Rechnung trage. Es trat auf der Konferenz nicht klar in Erscheinung, inwieweit bei der Lösung dieser scheinbar organisatorischen Frage die auffallende Prinzipienfestigkeit der deutschen Delegierten, die bei wichtigen anderen Fragen oft schmerzlich zu vermissen war, tiefere politische Untergründe hatte. Möglich, daß damit

beabsichtigt wurde, die sozialdemokratischen Frauen von ihren Parteileitungen und dem Internationalen Zentralbüro scharf an die Kandare zu nehmen, damit sie nicht etwa unbequeme revolutionäre Seitensprünge machen. Bei der größeren politischen Ehrlichkeit oder Naivität mancher sozialdemokratischer Frauen besteht die Gefahr, daß sie ihr eigenes Programm ernst nehmen und mehr tun, als der Reformismus erlaubt. Die Frauenkonferenz einigte sich darauf, dem Kongreß die Wahl einer Sozialdemokratin als internationale Sekretärin für das Büro vorzuschlagen. Der Vorschlag, außerdem ein Komitee einzusetzen, über den auch in der Kommission keine Uebereinstimmung erzielt werden konnte, blieb bei der Abstimmung in der Schwebe. Die Delegationen stimmten zur Hälfte dafür zur Hälfte dagegen. Die später erfolgte Auszählung der Stimmen nach dem Gewicht der Delegation ergab eine Mehrheit dafür. Der Kongreß lehnte den Vorschlag ab, eine Sekretärin in das neue Exekutivkomitee zu wählen. Es wurde dann ein internationales Frauenkomitee gewählt, das aus den sozialdemokratischen Führerinnen Philips-England, Popp-Oesterreich und Tilanus-Holland besteht.

Unmittelbar vor dem Schlußwort der Konferenz, buchstäblich in zwölfter Stunde, sprang Lore-Agnes-Deutschland vor. Man spürte ihre innere Erregung, als sie alle Schranken der Geschäftsordnung durchbrechend, forderte, daß die Konferenz sich auch über wichtige politische Fragen ausspräche, die die Frauen sehr nahe angingen, z. B. die Ruhrbesetzung. Adelheid Popp versuchte sie zu beschwichtigen mit dem Hinweis auf die kurze Zeit der Konferenz und mit der Vertröstung auf eine Fortsetzung der Sitzung während der Tagung des Kongresses. Die Sitzung hat zwar tatsächlich zwei Tage später stattgefunden, aber ebensowenig wie die Hauptsitzung zu den brennendsten politischen Fragen Stellung genommen.

Alles in allem war die Konferenz ein geradezu klassischer Ausdruck für die Unfähigkeit der neuen Internationale, das Proletariat in seinem Befreiungskampf zu führen oder nur auch seine Gegenwartsforderungen durchzukämpfen. Insofern haben die Proletarierfrauen ebensowenig wie das gesamte Proletariat von dieser Internationale irgend etwas zu erwarten. Dennoch stellt die Konferenz die Kommunistische Internationale vor eine neue Aufgabe. Es gilt, die Führerinnen der neuen Internationale zu zwingen, Farbe zu bekennen. Sie werden sich entscheiden müssen, ob sie die Kämpfe des Proletariats um seine elementarsten Lebensnotwendigkeiten zu unterstützen bereit sind, ob sie gemeinsam mit den Kommunisten die Interessen des Proletariats rückhaltlos vertreten, ob sie auch nur das von ihnen selbst aufgestellte Programm ehrlich dafür kämpfend verwirklichen wollen. Jeden Schritt auf diesem Wege wird die Kommunistische Internationale begrüssen und zu fördern suchen. Aber ebenso entschieden werden wir Kommunisten die reformistischen Führer bekämpfen, wenn sie versuchen werden, durch leere Phrasen, Halbheiten und Täuschungsmanöver die breiten Massen der Proletarierinnen in ihrem geschlossenen Befreiungskampf

zu verwirren und zu desorganisieren. Die Stunde fordert von uns gesteigerte Aktivität, noch planmäßigeres Anknüpfen an alle Nöte der Proletarierinnen, noch entschiedeneres Eintreten für ihre Forderungen in allen Tageskämpfen. Nur so wird es uns gelingen, den Frauen des Proletariats den einzig möglichen Weg zu ihrer Befreiung so überzeugend aufzuzeigen, daß sie ihn festen Fußes beschreiten und daß die Kerntruppe der Erweckten, Denkenden und Handelnden allen falschen Führern zum Trotz die breitesten Massen ihrer Klassengefährtinnen mit sich reißt.

Hertha Sturm.

Zum dreijährigen Jubiläum des Frauenorgans der proletarischen Revolution Sowjet-Rußlands.

Sind wirklich in diesem Monat erst drei Jahre verrauscht, seitdem die „Kommunistka" zum ersten Mal unter die Genossinnen, unter die Proletarierinnen und Bäuerinnen Sowjet-Rußlands trat, eine Freundin und Führerin, die ihnen wegweisend voranschreiten und ihre Kraft steigern soll, für ihre Befreiung durch den Kommunismus zu arbeiten und zu kämpfen! Wie viele und welch gewaltige Ereignisse haben sich seitdem in Sowjet-Rußland selbst und in der Welt außerhalb seiner Grenzen vollzogen! Ereignisse, zahlreich und wichtig genug, um mit ihrer Darstellung und Untersuchung ganze Geschichtsbände zu füllen, Ereignisse, wie sie sonst wohl in Jahrzehnten, ja in Jahrhunderten die Gesellschaft verändern und bestimmend in das Leben der Völker eingreifen. Ihre Helden aber sind Klassen, die bis vor kurzem im Dunkel standen und nun mächtig empordrängen in den Lichtkreis der Geschichte, sind jene, die in anderen Ländern noch als Kulturdünger zerstampft werden: Arbeiter und Bauern. Die drei Jahre des Bestehens und Wirkens der „Kommunistka" sind so nicht mit dem Maße gewöhnlicher Zeitläufte zu messen. Sie sind Jahre der proletarischen Revolution, der Revolution der schaffenden Massen, und das gibt dem dreijährigen Jubiläum der „Kommunistka" seine Bedeutung.

In der Tat! Das Werk und der Wert der „Kommunistka" kann nur richtig gewürdigt werden im Zusammenhang mit dem großen weltgeschichtlichen Geschehen, aus dem dieses Frauenorgan hervorgegangen ist, und dem es dient. In ihm aber ist das Werden von Jahrhunderten und die Sehnsucht, das Wollen zahlloser Geschlechter zusammengedrängt. Es sind drei Jahre des Lebens und Webens der Revolution und obendrein der proletarischen Revolution, die sich nicht gleich einer bürgerlichen Umwälzung darauf beschränkt, die Staatsgewalt in die Hände einer bis dahin unterdrückten und beherrschten Klasse zu legen, sondern die die Staatsgewalt dieser Klasse sofort an ein ungeheures Ziel setzt. An die Umwälzung der Wirtschaft und Gesellschaft in der Richtung zum Kommunismus, der allein wie alle Mühseligen und Be-

ladenen so auch die Frauen in die Sonne voller Freiheit und allseitig erblühenden Menschentums emporträgt.

Die „Kommunistka" erschien als Organ der Revolution, die sich schon der stolzesten Siege rühmen durfte. Allein gerade deswegen hatte die Revolution riesigste und schwierigste Aufgaben vor sich. Sie mußte ihre Eroberungen wider die tückischen, skrupellosen Anschläge der Gegenrevolutionäre im Lande und die nicht minder tückischen, skrupellosen Machenschaften der Weltbourgeoisie verteidigen. Sie mußte gleichzeitig danach trachten, die Wirtschaft aufzubauen und zu verbessern, im kommunistischen Sinne zu erneuern und zu heben. Eine Wirtschaft, die zum großen Teil in der Rückständigkeit vergangener Zeiten steckte, in der sich die schlimmsten Sünden des Zarismus und Kapitalismus auswirkten, und die durch das Verbrechen des räuberischen Weltkriegs in Grund und Boden zerrüttet war. Bei diesem beispiellos dastehenden Werk trat den russischen Arbeitern kein Helfer zur Seite. Die Proletarier der kapitalistisch hochentwickelten Länder hatten sich von reformistischen Führern das Gift des Kleinmuts, des Mißtrauens in die eigene Kraft einflößen lassen. Erschreckt waren sie vor ihrer geschichtlichen Pflicht zurückgewichen, die Weltrevolution weiter zu tragen, die ihre russischen Brüder und Schwestern so umsichtig und opferfreudig begonnen hatten. Sowjet-Rußland ist der Schauplatz eines titanenhaften Ringens um das Werden einer neuen sozialen Welt, die verwirklichen soll, was als der Traum von Denkern, Dichtern und Propheten, was als Schrei der Plage und der Hoffnung Ungezählter durch die Menschheitsgeschichte gegangen ist: eine Gesellschaft der Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit für alle, eine Gesellschaft des Friedens auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen.

Die Proletarierinnen und Bäuerinnen Sowjet-Rußlands, deren leuchtende Fackel die „Kommunistka" ist, waren und sind keineswegs müßige, tatenlose Zuschauerinnen dieses Ringens. Ihr bestes Wollen und Können geht darin ein. Die proletarische Revolution ist auch Fleisch von ihrem Fleisch, Blut von ihrem Blut, Geist von ihrem Geist. Waren es nicht Arbeiterinnen und Soldatenfrauen, die als erste die Sturmglocke der Revolution zogen, indem sie zu vielen Zehntausenden in Petrograds Straßen mit dem Rufe demonstrierten: Brot und Frieden! Frauen fehlten bei keinem Kampfe, den die Arbeiter unter der zielklaren Führung der Bolschewiki für die Eroberung der politischen Macht ausgefochten haben, und Frauen waren unter den Opfern dieser Kämpfe. Frauen standen als todverachtende Kämpferinnen, als barmherzige Samariterinnen, als Kommissare und auf anderen verantwortlichen Posten in Reih und Glied der heldenhaften Rotarmisten, als diese den von der Revolution geheiligten Boden Sowjet-Rußlands gegen die Heere der Judenitsch, Denikin, Koltschak, Wrangel, die Horden des weißgardistischen Polens verteidigten. Millionen Arbeiterinnen und Bäuerinnen machten durch ihr entbehrungsreiches Mühen in den „Schützengräben" der Industrie und Landwirtschaft die Rote Armee unüberwindlich. Mit heißem Herzen, sorgendem Verstand und nie rastender Hand nahmen sie 1921 den Kampf gegen die Hungerkatastrophe und ihre furcht-

baren Folgen auf. Selbstverleugnend schaffen sie an dem wirtschaftlichen und sozialen Bau, in dem freie, glückliche Menschen wohnen sollen.

Gewiß: Noch ist es nicht die ganze ungeheure Gesamtheit der Proletarierinnen und Bäuerinnen Sowjet-Rußlands, die verstehend und opferfreudig an der gewaltigen, fruchtbaren Schöpfung der Revolution teil hat. Es ist zunächst nur die revolutionäre Vorhut, die Elite dieser Riesenmassen. Aber was diese revolutionäre Vorhut geleistet hat und täglich, stündlich leistet, beweist eindringlich, wie wertvoll, wie unerläßlich es ist, daß auch die noch abseits stehenden breitesten Frauenmassen des schaffenden Volks vom klaren, scharfsichtigen Geist und vom starken Willen der Revolution beseelt werden. Die große geschichtliche Stunde muß ein ihr ebenbürtiges Frauengeschlecht finden. Der Kommunismus, der die Fesseln sprengt, die der ausbeutende Besitz dem Menschentum von Mann und Weib anlegt, kann nur als gemeinsames Werk von Mann und Weib erstehen. Mit dem allem ist die große Ehre, aber auch die Schwere der Aufgaben und Verantwortlichkeit für das Leben und Weben der „Kommunistka" gegeben. Sie hat das heilige Feuer der revolutionären Erkenntnis, Tatkraft und Begeisterung unter den Proletarierinnen und Bäuerinnen wach zu halten und zu immer stärkerer, schöpferischer Glut anzufachen. Den noch Schlafenden muß sie die Erweckerin sein, den Erwachten und Unsicheren die erklärende und bildende Erzieherin, den Ziel- und Wegkundigen die freundschaftliche Anregerin und Beraterin, ihnen allen eine treue, zuverlässige Führerin, die Stimme der Revolution, die Stimme des sozialen, proletarischen Gewissens.

Drei Jahre lang hat die „Kommunistka" diese vielseitige Aufgabe getreulich und mit Erfolg erfüllt. Erfüllt unter den Gefahren und Schwierigkeiten, mit denen das revolutionäre Sowjet-Rußland zu ringen hatte, und denen sich gar manches besondere Hindernis zugesellte, das in der Art des Organs und seines Wirkungskreises verwurzelt war.

Die „Kommunistka" hat sich ungeachtet dessen behauptet, und sie ist an ihrem erhabenen Ziel gewachsen. So konnte sie das Ihre dazu helfen, daß die revolutionären Proletarierinnen und Bäuerinnen die schwere geschichtliche Stunde verstehen und tragen, in der sie sich sagen müssen, daß ihre Blütenträume vom Kommunismus nicht über Nacht reifen können. Die „Kommunistka" hat ihnen die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der „neuen Politik" begreifen gelehrt, als einer Uebergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus unter den geschichtlich gegebenen Umständen. Sie stählt ihnen den Willen und Mut, trotz alledem und alledem ihre ganze Kraft an den wirtschaftlichen und sozialen Aufbau zu setzen und nach immer höherer Leistungstüchtigkeit für alle vorliegenden Aufgaben zu streben. Sie schärft den Blick für die besonderen Probleme und Leiden, die mit der „neuen Politik" für die Frauen verbunden sind, und sie weist Mittel und Wege nach, solche Probleme der Lösung entgegenzuführen und solche Leiden wenigstens zu lindern. Es sei an Arbeitslosigkeit und Prostitution erinnert.

Indem die „Kommunistka" den Proletarierinnen und Bäuerinnen Wissen, Erkenntnis gibt, verbindet sie sie im Geiste und Willen fest, unlöslich mit der Revolution und der Sowjetordnung, der Bürgschaft dafür, daß die Entwicklung zum Kommunismus führt. Mit den Bauern verbündet halten unter dieser Ordnung die Arbeiter die politische Macht in ihrer Faust, üben sie ihre Diktatur aus, und ihre Vertreterin, die Kommunistische Partei steuert das Schiff der Revolution durch das stürmische Meer unverwandt dem kommunistischen Ziele zu. Sowjetmacht besagt Proletariermacht und Proletariermacht besagt Umsturz der Gesellschaft, Vernichtung des Kapitalismus, Aufrichtung des Kommunismus. „Die Kommunistka", die die Proletarierinnen und Bäuerinnen über die geschichtlichen Verknüpfungen aufklärt, wirbt und sammelt sie zur treuesten Unterstützung der Sowjetmacht. Sie hämmert es ihnen ins Bewußtsein, daß Sowjetmacht auch ihre Macht bedeutet, daß Sowjetmacht ihre Zukunftsfreiheit sichert.

Ein feuriges Banner wird die „Kommunistka" den schaffenden Frauen Sowjet-Rußlands in den harten, kampfreichen Tagen voranflattern, die sich gegenwärtig ankünden. Die Weltbourgeoisie ist drauf und dran, ihre Generaloffensive gegen das Proletariat, die Enterbten aller Länder, gipfeln zu lassen in einem neuen Feldzug gegen Sowjet-Rußland. Sowjet-Rußland ist die erste große proletarische Machtposition, die von der Weltrevolution geschaffen worden ist. Es ist die starke Burg aller Ausgebeuteten und Versklavten, die sich Freiheit, Menschentum, Glück verlangend wider die knechtenden Gewalten auflehnen. Solange der russische Arbeiter- und Bauernstaat unbezwungen steht, kann das Weltkapital nicht die Habenichtse und Wenigbesitzenden völlig verknechten und auf ihrer Verelendung seine Herrschaft auf lange, auf ewige Zeiten aufrichten. Und Sowjet-Rußland steht nicht nur, es erholt, es entwickelt sich bei friedlicher Arbeit. Eine verhältnismäßig kurze Spanne Zeit, und die Räterepublik wird ein blühendes Gemeinwesen sein, während die kapitalistischen Staaten ringsum verfallen. Dazu kommt, daß die reichen Naturschätze und die vielen Millionen Arbeiter und Bauern die Ausbeutungsgier der Kapitalisten reizen.

Die englischen Imperialisten schleifen gegenwärtig das Schwert, das Sowjetrußland morden soll. Die Vasallenstaaten der Entente vom finnischen Meerbusen bis zur Donaumündung rüsten zu Ueberfällen. Im Bewußtsein der Bedeutung des Friedens für den Aufbau seiner Wirtschaft, für die schaffenden Massen der ganzen Welt ist Sowjetrußland bis an die äußerste Grenze der Verständigungsmöglichkeit gegangen. In einer Front mit ihm für den Frieden stehen die denkenden Arbeiter der ganzen Welt. Und im Kriegsfalle stehen hinter ihm seine unbezwungene Rote Armee und seine Rote Flotte. Aber der Krieg wider Sowjetrußland würde unvermeidlich zu einem neuen Weltkrieg werden. Ein solcher wird auch an der Ruhr durch den französischen Imperialismus vorbereitet, dem die wirtschaftliche Ausplünderung Deutschlands nicht genügt, der dessen politische Zerstückelung erstrebt. Der Krieg um die Dardanellen, die Ausraubung der Türkei, die Herrschaft über den nahen und fernen Osten kann kommen wie der Dieb in der Nacht.

So häufen sich rings die Wolken von Ungewittern, deren sengende Blitze auch der Wirtschaft des russischen Arbeiter- und Bauernstaats und seiner allgemeinen Entwicklung verderblich werden können. Aber Sowjetrußland ist gewappnet und gerüstet. So leidenschaftlich es den Frieden will, so entschlossen und ruhmreich wird es kämpfen. Und wieder werden es seine Proletarierinnen und Bäuerinnen sein, die sowohl im friedlichen Ringen für die Aufrichtung der Wirtschaft wie im schwerterklirrenden Kampf für seine Existenz ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß der Sieg sich an seine Fahnen heftet. Die „Kommunistka" aber wird so morgen wie heute unter diesen Heldinnen stehen, ihre Energie und Hingabe befeuernd, die Macht ihrer Arbeit und ihres Kampfes erhöhend. In dieser Gewißheit grüßen in allen Ländern die revolutionären Proletarierinnen und ihre Vorkämpferinnen, die Kommunistinnen, die „Kommunistka" an ihrem Jubiläumstage. Sie grüßen in ihr all die tapferen, selbstverleugnenden Proletarierinnen und Bäuerinnen Sowjetrußlands, die für die Sache der Revolution leben und bereit sind, ihr Herzblut für sie zu geben. Sie grüßen in ihr ein bedeutsames Stück proletarischer Revolution, der die Zukunft gehört. In Sowjetrußland, in der ganzen Welt!

Clara Zetkin.

Der Streik der Pariser Näherinnen.

In Frankreich ist in den letzten Monaten eine rege Streikbewegung im Gange. In Lille und in Paris, in Elbeuf, Reims und Hacbrouch, in der Textil- und Papierindustrie, im Bankgewerbe wie in der Schuhindustrie sind die Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Plan getreten, um für die Anpassung ihrer Löhne an die in den letzten Monaten rapid gestiegenen Preise zu kämpfen. Jedoch keiner dieser Streiks, die teils wochenlang dauerten, oft große Arbeitermassen erfaßten, häufig von der Polizei brutal unterdrückt wurden, hat so die Sympathie der französischen Arbeiterklasse gefunden, ist so von ihrer werktätigen Solidarität getragen worden, als der sechswöchentliche Streik der Pariser „Midinettes", der Näherinnen der Modehäuser. Und in der Tat verdient dieser Streik die Beachtung der Proletarier weit über die Grenzen Frankreichs hinaus.

Man bedenke: Nahezu 8000 Mädchen, einer Arbeiterschicht angehörend, die im allgemeinen stark von kleinbürgerlichen Anschauungen beherrscht wird, stehen fast ausnahmslos 6 Wochen lang im Streik, täglich den Verleumdungen der bürgerlichen Presse, den Brutalitäten der Polizei ausgesetzt. Aber dieser Streik ist noch aus einem anderen Grunde interessant. Er ist ein Beispiel von der Verwirklichung der Einheitsfront des Proletariats. Denn nachdem der Streik anfangs von der revolutionären Gewerkschaft der C.G.T.U. allein geführt worden war, erklärte sich am 13. April auch die reformistische Gewerkschaft der C.G.T. für ihn. Es wurde ein gemeinsames Streikkomitee gebildet,

dem je drei Mitglieder der beiden Gewerkschaftsorganisationen und drei unorganisierte Arbeiterinnen angehörten und das in voller Uebereinstimmung den Streik bis zum Schluß leitete.

Es ist wahr, oberflächlich betrachtet machen die jungen Pariser Näherinnen mit ihrem Pariser Schick und ihrer französischen Grazie im allgemeinen wohl nicht den Eindruck schwer ausgebeuteter Proletarierinnen, tatsächlich sind sie es doch. Bei der Beurteilung des Verdienstes muß abgesehen werden von den Wenigen, die es dank der Protektion und einem besonders einnehmenden Aeußeren bis zu dem traurig-zweifelhaften Rang der „Mannequins" bringen, — eine Karriere, die indes meist schon mit dem 24. Lebensjahr ihr Ende findet. Im großen Ganzen sind die Löhne der Midinettes durchweg Hungerlöhne. Die besser bezahlten unter ihnen, die „premières mains„ und die „deuxièmes mains", (die „Hände ersten und zweiten Ranges"), die schon eine zwei- bis vierjährige Lehrzeit und Praxis hinter sich haben, erhalten 100—110 Frank in der Woche. Die übrigen 90 Frank, 80 Frank und noch weniger. Dabei darf man nicht vergessen, daß ein kleines Zimmerchen heute in Paris monatlich 100 Frank kostet, und daß für die Midinettes eines großen Modehauses tadellose Kleidung Existenzbedingung ist. Offiziell besteht der Achtstundentag in der Pariser Konfektion; aber tatsächlich wird in den meisten Betrieben viel länger gearbeitet. Da ist ein Kleid unbedingt fertig zu machen, da kann man eine Kundin unmöglich länger warten lassen, und die jungen Mädchen, elend bezahlt wie sie sind, opfern die Mittagspause, bleiben des Abends statt bis 6 bis 7 oder 8 Uhr, ja sogar noch länger und nehmen auch wohl Arbeit für Sonntag mit nach Hause. Offiziell besteht auch die 44stundenwoche, es ist sogar die Bezahlung der 4 Feierstunden am Samstagnachmittag im Gesetz vorgesehen. Aber wie oft verzichtet die junge, wie oft auch die ältere Arbeiterin auf ihren gesetzlich festgelegten Ruhenachmittag, weil der Chef, human wie er ist, ihr klar gemacht hat, daß sie sonst um den Verdienst von 4 Stunden kommt. Uebrigens steht die christliche Gewerkschaft, die unter den Näherinnen wie unter den Arbeiterinnen überhaupt Einfluß hat, auf dem Standpunkt, daß der freie Samstagnachmittag nur für die älteren Arbeiterinnen wünschenswert ist, weil die jüngeren sonst an ihrer „Moral" Schaden leiden könnten.

Die in den letzten Monaten wahnsinnig ansteigende Teuerung brachte das Maß der Geduld der Midinettes zum Ueberlaufen. Sie verlangten eine Lohnerhöhung von 20 Prozent. Die Unternehmer schlugen die Forderung ab mit der Begründung, daß die Verteuerung der Lebensmittel, die im letzten Jahr im Vergleich zum Vorjahr 300 Prozent betragen hatte, in den letzten Monaten auf 295 Prozent gesunken war, um dann wieder „nur" bis auf 297 Prozent zu steigen. Die katholische Gewerkschaft gab ihren Mitgliedern den guten Rat, sich mit dieser Antwort zu bescheiden. Die Arbeiterinnen mehrerer großer Modehäuser, unterstützt von der C.G.T.U., traten jedoch am 20. März in den Streik. Der Initiative der Streikenden, die täglich Umzüge vor den

noch arbeitenden Betrieben veranstalteten, war es zu verdanken, daß sich in wenigen Tagen die Näherinnen einer Reihe anderer Geschäfte dem Ausstand anschlossen, so daß am 14. April bereits 48 Häuser mit etwa 6000 Arbeiterinnen im Streik standen. Von der Organisierung täglicher Massenmeetings und Demonstrationen bis zur Veranstaltung von Konzerten und Tanzunterhaltungen tat das Streikkomitee alles, um die Stimmung der Streikenden zu halten. Dabei wurde es von der Polizei unfreiwillig in der denkbar wirksamsten Weise unterstützt. Das Viertel nämlich, in dem sich die meisten großen Modehäuser befinden, stand fast ständig unter einer Art Belagerungszustand. Es wimmelte von Polizisten, die jedes stehenbleibende junge Mädchen zum „Weitergehen" aufforderten und jede kleine Gruppe von Midinettes als „Ansammlung" zerstreuten. Ließen sich die Näherinnen dadurch nicht imponieren und unternahmen zum Beispiel einen kleinen Spaziergang zu einem Unternehmen, in dem die Arbeiterinnenschutzgesetze besonders schamlos mißachtet wurden, so gingen die Schützer der bürgerlichen Ordnung mit Verhaftungen gegen sie vor, teilten auch wohl Stock- und Faustschläge aus.

Die bestreikten Unternehmer trugen ebenfalls das ihrige dazu bei, um den revolutionären Elan ihrer Arbeiterinnen zu entwickeln. Denn nachdem es ihnen nicht gelungen war, durch das Versprechen von Prämien die Rückkehr der Näherinnen in die Betriebe zu erkaufen, drohten sie mit der Aussperrung, die einige von ihnen auch tatsächlich am 6. April verhängten. Die Antwort der Arbeiterinnen darauf war, daß die Näherinnen von etwa einem halben Dutzend weiterer Firmen in den Streik eintraten. Die Einheitsfront der Unternehmer hatte sich schon durch die nur vereinzelte Durchführung der Aussperrung als nicht fest gezeigt. Ihre Schwäche offenbarte sich bald völlig, als einige der größeren Häuser sich bereit erklärten, die geforderten Lohnerhöhungen zu bewilligen. Zwar gelang es ihnen dank der Unterstützung der katholischen Frauengewerkschaft, einen kleinen Teil der Arbeiterinnen zur vorzeitigen Rückkehr in die Betriebe zu verlocken. Die Mehrzahl der Streikenden harrten jedoch aus, bis zum 7. Mai, wo sämtliche Unternehmer, bis auf fünf oder sechs, den neuen Vertrag unterzeichnet hatten. Der neue Vertrag brachte den Näherinnen keinen vollen Erfolg; der vorzeitige Abschluß des gelben katholischen Syndikats hatte ihn vereitelt. Kein Zweifel, daß auch die bewilligten Lohnerhöhungen durch die steigende Geldentwertung sehr bald wieder illusorisch gemacht werden. Trotzdem ist der moralische Erfolg des Streiks ein großer. „Die Midinettes", schreibt die Pariser „Humanité", „die es so gut verstehen, ihre Leiden unter dem echt Pariser Lächeln, unter Schminke und Puder zu verbergen, haben gezeigt, daß sie Arbeiterinnen sind, die sich zu verteidigen und anzugreifen verstehen, und nicht Puppen, mit denen man spielt." Kein Zweifel, daß dieses größte Ergebnis eines siegreichen Streiks, daß das gesteigerte proletarische Selbstbewußtsein in Zukunft Früchte tragen wird.

Isa Strasser.

Aus der Kommunistischen Frauenbewegung.

Fortschritte der kommunistischen Frauenbewegung in Frankreich.

Mit Befriedigung können wir melden, daß die kommunistische Arbeit unter den Frauen in Frankreich unstreitig Fortschritte macht, seitdem die Kommunistische Partei die Krise überwunden hat, die ihr letzter Kongreß 1922 akut zugespitzt hatte. Diese Krise hatte hemmend auf die Entwicklung der jungen kommunistischen Frauenbewegung zurückgewirkt. Die „zentristisch" gerichtete Mehrheit der Parteileitung hatte mit anderen Rückständigkeiten und Schwächen von der „Sozialistischen Partei Frankreichs" — den Sozialpatrioten und Sozialpazifisten — auch eine gewisse Verständnislosigkeit und Gleichgültigkeit, um nicht zu sagen Ablehnung für die Arbeit unter den Frauen und die Arbeit durch die Frauen geerbt. So erfuhr das entsprechende Wirken der Genossinnen nur ein Mindestmaß der Förderung. Es wurde nicht klar und nicht genügend als die Erfüllung einer bestimmten, wichtigen Parteiaufgabe erkannt. Dazu kam noch, daß die führenden und tätigsten Genossinnen überzeugte, entschiedene Gegnerinnen des Opportunismus sind und seine Ueberreste und Ansätze in der Partei rücksichtslos bekämpften. Wie die Dinge sich entwickelt hatten, erfolgte die Aufhebung des Frauensekretariats der Partei und die Einstellung des Erscheinens ihres Frauenorgans: „L'Ouvrière" (Die Arbeiterin).

Die Lösung der Parteikrise durch die Entscheidung des 4. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale hat einen Wandel zum Guten gebracht. Das Frauensekretariat der Kommunistischen Partei funktioniert seit 1. Februar dieses Jahres wieder unter Genossin Marthe Bigot als Sekretärin und arbeitet in bester Fühlung mit der Parteileitung. Planmäßige Bestrebungen der Partei zur Gewinnung der Frauen für den Kommunismus sind zu verzeichnen in den Departements: Eure-et-Loire, Hérault, Isle-et-Villaine, Loire-Inférieure, Meurthe-et-Moselle, Nièvre, Pas-de-Calais, Seine, Seine-Inférieure, Seine-et-Oise, Tarn-et-Garonne, Haute-Vienne. In den Departements Rhône, Bouches-du-Rhône, Hautes-Pyrénées sollen demnächst Frauenkommissionen der Partei gegründet werden. Bei einem Kursus für das Studium des Marxismus im Departement Seine-et-Marne waren zwei Abende der Behandlung der Frauenfrage gewidmet. Das Aktionskomitee der Partei verbreitet in starker Auflage die kleine Agitations-Broschüre, die von dem Frauenreichssekretariat herausgegeben worden ist.

„L'Ouvrière", die von Genossin Bigot redigiert wird, hat seit dem Internationalen Frauentag ihr Erscheinen wieder aufgenommen und entwickelt sich gut, soweit es sich um Inhalt und Gestaltung handelt. Sie gehört unstreitig zu den besten Frauenorganen unserer Kommunistischen Internationale. Das Blatt ist voller Leben und zeichnet sich durch Vielseitigkeit aus, wie durch die wertvollen Beiträge, die es über die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterinnen, der schaffenden Frauen

bringt. Es ringt ernst und erfolgreich darum, alle gesellschaftlichen Erscheinungen vom Standpunkte des Kommunismus aus zu behandeln. Nur hin und wieder fehlt es noch durch leise bürgerlich-feministische Anklänge. So namentlich, wenn es die Beziehungen der Geschlechter zu einander behandelt, Fragen der Ehe, der Familie und Aehnliches. Dabei zeigt sich die Neigung, die objektive historische Betrachtungsweise zu verlassen und auf Rechnung des männlichen Geschlechts zu setzen, was Auswirkungen gesellschaftlicher Zustände sind, die auf dem Privateigentum beruhen. Die Zahl der Abonnentinnen der „Ouvrière" steigt, wenn auch langsam, ebenso diejenige der Vertriebsstellen, auch in der Provinz. In Frankreich bestehen noch immer starke Vorurteile gegen die Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben. Deshalb sind im allgemeinen wenig Frauen in den Versammlungen anwesend. Der Verbreitung der „Ouvrière" kommt deshalb als Propagandamittel eine große Bedeutung zu. Sehr erfreulich ist, daß die Zahl der Mitarbeiterinnen aus den Kreisen der weiblichen Erwerbstätigen wächst. Dieser Umstand spricht sowohl für das politische, revolutionäre Erwachen dieser Kreise, wie für die zunehmende Kraft unserer kommunistischen Bewegung, die werktätigen Frauen zu erfassen, und die Fähigkeit der führenden Genossinnen, junge, erwachende und erweckte Proletarierinnen zu halten und zu schulen. Dieser Umstand ist von großer Bedeutung für das Fortschreiten unserer Arbeit unter den breiten Frauenmassen, denn er trägt dazu bei, daß eine tüchtige Kerntruppe von Agitatorinnen und Organisatorinnen sich heranbildet und das tut dringend not.

Weniger erfreulich steht es mit unserer Betätigung unter den Arbeiterinnen in den Betrieben und in den Gewerkschaften. Das Frauensekretariat der Kommunistischen Partei steht selbstverständlich in Verbindung mit der Frauenkommission der C.G.T.U., d. h. des revolutionären Gewerkschaftsbundes. Einige tätige Gewerkschafterinnen unterstützen in der Folge die Bemühungen des Sekretariats, die Arbeiterinnen wachzurütteln, und sind auch bei der Redaktion und Verbreitung der „Ouvrière" behilflich. Jedoch die Betätigung der Genossinnen stößt auf ein großes Hindernis. Es ist die Abneigung, das Mißtrauen, ja der Haß der anarchosyndikalistischen Gewerkschafter gegen die kommunistische Partei, gegen jedes politische Wirken. Hinter allem und jedem wittern sie „Liste und Ränke", um die kommunistische Parteidiktatur über die Gewerkschaften" aufzurichten, um Arbeiter und Arbeiterinnen zu „Opfern betrügerischer Politikaster zu machen" und wie alle die Redensarten lauten, hinter denen sich die mangelnde geschichtliche Erkenntnis und Schulung der Anarchosyndikalisten verbirgt. Deren Einstellung ist mit der Grund dafür — wenn auch nicht der einzige —, daß trotz ernster Bemühungen die größeren Arbeiterinnenstreiks der letzten Monate nicht in vollem Maße für die Erweckung der Proletarierinnen zum Klassenbewußtsein und zu ihrer Eingliederung in die proletarische revolutionäre Kampfesfront ausgenutzt werden konnten. Ein Beispiel dafür. Genossin Colliard, Propagandistin der K.P.F., wollte in Elbeuf zu den Streikenden sprechen, zu denen

die Frauen einen starken Prozentsatz stellten. Die Streikleitung hatte trotzdem Bedenken dagegen, die sogar von kommunistischen Gewerkschaftern geteilt wurden. Genossin Colliard sei als Kommunistin politisch zu exponiert, hieß es. Es liegt auf der Hand, daß die kommunistischen Gewerkschafter den anarchosyndikalistischen Vorurteilen konsequent entgegentreten müssen. Zumal die Zellenarbeit der Genossen und die in Fluß gekommene Bewegung für die Schaffung von Betriebsräten muß diesem Ziel dienen. Das Wirken der Genossinnen unter den Arbeiterinnen wird dadurch erleichtert und gefördert werden. Von den Genossinnen, die besonders gewerkschaftlich tätig sind, muß Louise Heuchel an erster Stelle genannt werden. Unentmutigt und geschickt setzt sie ihre Tätigkeit für die gewerkschaftliche Organisierung und Schulung der Arbeiterinnen fort. Doch muß die Verbindung zwischen ihr und dem Frauensekretariat der Partei eine noch festere, regelmäßige werden. Diese Verbindung würde die schätzenswerte Tätigkeit der Genossin noch fruchtbarer machen.

Die mutige, großzügige Haltung der Kommunistischen Partei und der Roten Gewerkschaften gelegentlich der Ruhrbesetzung kommt auch in der Frauenbewegung zum Ausdruck. Die Genossinnen haben ihr Teil Verdienst daran, daß die Partei mit ihrem energischen, konsequenten Kampf gegen die Ruhrbesetzung, den Imperialismus, den Versailler Vertrag und die Kriegsgefahr in breite Massen des Proletariats dringen konnte. Sie ermüden nicht mit ihrer Aufklärungsarbeit unter den Frauen. „L'Ouvrière" ist ihnen dabei eine grundsatztreue, entschlossene Führerin. Sie führt eine klar und scharf gerichtete Kampagne gegen die Politik Poincarés und rückt die internationale Solidarität in helles Licht, die das französische und deutsche Proletariat verbindet. Es verdient Beachtung, daß die Frauen des schaffenden Volks verhältnismäßig zahlreich zu den Versammlungen kommen, die dem Protest gegen die Ruhrbesetzung dienen, und in denen Genossinnen sprechen. In solchen Versammlungen, wo Lucie Colliard das Referat hielt, stellten hier und da die Frauen die Hälfte der Zuhörerschaft. Das ist für französische Verhältnisse ein sehr großer Fortschritt. Nach Schluß der Versammlung pflegten die Frauen die kommunistische Rednerin zu umringen, um noch mehr von ihr zu hören und zu lernen. Es handelte sich dabei meist um parteilose Frauen. Wie wichtig wäre es, ihre Sympathien festzuhalten und wirksam zu machen. Leider fehlt es an den Organen dafür. Es gibt nur wenige kommunistische Agitatorinnen und Propagandistinnen, und die wenigen sind mit Verpflichtungen überbürdet. Meteorartig tauchen sie in den Versammlungen auf und verschwinden. Sie haben nicht die Möglichkeit, an einem Ort zu verweilen, einen kleinen Kreis aufklärungs- und betätigungshungriger Frauen um sich zu sammeln und die organisatorische Grundlage für weitere systematische politische Arbeit zur Erweckung und Schulung der Proletarierinnen, Kleinbürgerinnen und Bäuerinnen zu legen. Es wird eine Aufgabe des Frauensekretariats sein, in Verbindung mit der Parteileitung praktische Maßnahmen durchzuführen, die volle dauernde Ausnutzung der Versammlungserfolge ermöglichen. Die Genossinnen werden ihre ganze Kraft für solche

Maßnahmen einsetzen. Ihre Arbeitsfreudigkeit und Arbeitsenergie wird gehoben von der Erkenntnis der Bedeutung ihrer Arbeit, aber auch von ihrem Erfolg unter den ausgebeuteten Frauenmassen und dem Bewußtsein, daß die Partei immer klarer die Richtigkeit des Satzes zu erkennen beginnt: Die kommunistische Arbeit unter den Frauen ist die Hälfte der kommunistischen Arbeit.

Politisches Frauenrecht.

Die erste Parlamentswahl mit dem Stimmrecht der Frauen in Holland.

Bekanntlich hatten die Frauen in Holland durch eine Verfassungsreform nur das Recht erhalten, in die Kammer gewählt zu werden. Die ersten Wahlen nach dieser Reform brachten eine Frau in das Parlament: die Sozialdemokratin Suze Groeneweg, die zum damaligen rechten Flügel der Partei gehörte. Sie wurde also ausschließlich von Männern gewählt. Erst später mußte dank der rührigen Agitation der Sozialdemokraten — namentlich des Bundes Sozialdemokratischer Frauenvereine — und der Frauenrechtlerinnen den Frauen auch das Stimmrecht zum Parlament eingeräumt werden. Die ersten Wahlen mit Stimmberechtigung der Frauen haben zwei Sozialdemokratinnen in das Parlament geführt: Suze Groeneweg und A. de Vries-Bruins, eine Aerztin.

Die inzwischen ganz reformistisch gewordene Sozialdemokratie hat bei den Wahlen zwei Mandate verloren, die reaktionären christlichen Parteien sind am meisten gestärkt worden.

Natürlich betonen die niederländischen Sozialdemokraten — was der Wahrheit entspricht — daß die Klerikalen ihren Sieg den Frauenstimmen verdanken. In den Provinzstädten und erst recht auf dem Lande ist der Einfluß der „Schwarzen" auf die Frauen noch unerschüttert. Dort haben sogar die Frauen organisierter Sozialdemokraten für die Kandidaten der Christlichen gestimmt, wie Ankersmit, Redakteur des reformistischen Organs „Het Volk" im Berliner „Vorwärts" mitteilte. Aber ist dieser Tatbestand nicht ein Armutszeugnis für die Sozialdemokratie Hollands? Wenn die breitesten Frauenmassen noch nicht für den Gebrauch ihres politischen Rechts vorbereitet waren, wie Ankersmit meint, ist das nicht auch mit und zwar besonders die Versäumnis, die Schuld der Sozialdemokratie? Lange hat sie sich unter Troelstras Führung unter den opportunistischsten Gründen gegen die Einführung des Frauenwahlrechts gesträubt, hat der Erweckung, Sammlung und Schulung der Frauen-

massen nicht die erforderliche Aufmerksamkeit und Förderung geschenkt. Nun hat sie die böse Quittung darüber erhalten, daß sie das grundsätzlich und praktisch Nötige versäumt hat.

Der Reformismus hat sich auch sonst in diesem Falle als Wegbereiter der Reaktion erwiesen, denn er läßt die besitzenden und ausbeutenden Klassen und ihre Parteien agressiver, selbstbewußter werden und schwächt das Vertrauen der Werktätigen in ihre eigene Kraft. Daß zwei sozialdemokratische Kandidatinnen Erfolg hatten, ist nicht nur auf Rechnung der Frauenstimmen zu setzen. Durchgreifende soziale Wöchnerinnenfürsorge war eine sozialdemokratische Losung, die von der Sozialdemokratie zusammen mit jener der Entwaffnung stark in den Vordergrund gestellt wurde. Zweifellos haben diese beiden Forderungen viel Frauenstimmen gewonnen.

Frauen in den Gemeinde- und Bezirksvertretungen der Tschechoslovakei.

Nach einer Statistik der Politischen Landesverwaltung in Prag fanden 1919 in 7727 Gemeinden Tschechiens Wahlen statt. In 1576 Gemeinden wurden Frauen in die Vertretungskörperschaft gewählt. Die Gesamtzahl der damals gewählten Gemeindevertreter betrug 110770, davon waren 2837 Frauen. Von diesen Gemeindevertreterinnen gehörten an: der tschechischen Sozialdemokratie 1048; der deutschen Sozialdemokratie 522; den tschechischen Sozialisten 515; den tschechischen Agrariern 218; den Nationaldemokraten 149; den Deutschbürgerlichen 93; den tschechischen Klerikalen 79; den tschechischen Kleinhäuslern 27; der tschechischen Gewerbepartei 17; den Fortschrittlichen Sozialisten 1. Zu keiner politischen Partei und als „unpolitisch" bekannten sich 75 tschechische und 10 deutsche Gemeindevertreterinnen; den vereinigten tschechischen Parteien gehörten 71 und vereinigten deutschen Parteien 12 Gemeindevertreterinnen an. Es wurden 2 tschechisch-sozialdemokratische, 1 agrarischer weiblicher Bürgermeister gewählt und 4 Bürgermeisterstellvertreterinnen, darunter 1 deutsche Sozialdemokratin.

1919 fanden auch die Wahlen in die 213 politischen Bezirksverwaltungskommissionen statt. Sie haben zusammen 3329 Mitglieder, unter denen sich 11 Frauen befinden. Diese gehörten folgenden Parteien an: der tschechischen Sozialdemokratie 5; den tschechischen Sozialisten 3; den tschechischen Klerikalen, den tschechischen Nationaldemokraten und den Deutschnationalen je 1.

Als in Tschechien 1919 gewählt wurde, gab es im Lande noch keine Kommunistische Partei. Diese ist seither entstanden und hat sich kräftig entwickelt. Deshalb werden die nächsten Wahlen zu den Ge-

meindevertretungen und den Bezirksverwaltungskommissionen eine erhebliche veränderte Vertretung schaffen. Tschechische und deutsche, international brüderlich geeinte Kommunisten und Kommunistinnen werden in diese Vertretungskörperschaften einziehen. Und sie werden hier wirken, wie sie den Wahlkampf führen: als proletarische Klassenkämpfer und Klassenkämpferinnen, die um das Banner der Kommunistischen Internationale geschart sind. Mit unseren Genossen bereiten sich unsere Genossinnen in der Tschechoslowakei auf diesen Kampf vor.

Familienrecht.

Verbessertes Recht des unehelichen Kindes in Neuseeland

ist zu verzeichnen. In diesem englischen Dominion war das uneheliche Kind bisher vor dem Gesetz so ungünstig gestellt, daß es sogar durch die Heirat seiner Eltern nur dann die Rechte eines ehelichen Kindes erlangen konnte, wenn zur Zeit seiner Geburt einer Ehe zwischen Vater und Mutter keine gesetzlichen Hindernisse im Wege standen. Dieses erzrückständige Gesetz verhinderte die nachträgliche Legitimation einer großen Zahl unehelich Geborener. Es ist endlich im vergangenen Jahre etwas verbessert worden. Durch einen besonderen Antrag kann das vorehelich geborene Kind gleiche Rechte mit den in der Ehe geborenen Geschwistern erlangen. Das ist ein Fortschritt, dessen Winzigkeit die Macht des Eigentums und der in ihm verwurzelten Moral anzeigt. Denn die rechtliche Stellung des unehelichen Kindes ist eine Frage des Eigentums, das sich als Moral kostümiert.